

DE GRUYTER
OLDENBOURG

*Julien Reitzenstein, Dirk Rupnow,
Bernd-A. Rusinek (Hrsg.)*

VÖLKISCHES DENKEN 1848 BIS 1948

VON DER PAULSKIRCHE ÜBER
WEIMAR ZUM PETERSBERG



POLITIK - IDEOLOGIE - WISSENSCHAFT

DE
|
G

Völkisches Denken 1848 bis 1948

Politik – Ideologie – Wissenschaft



Herausgegeben von
Julien Reitzenstein, Dirk Rupnow and Bernd-A. Rusinek

Band 1

Völkisches Denken 1848 bis 1948



Von der Paulskirche über Weimar zum Petersberg

Herausgegeben von
Julien Reitzenstein, Dirk Rupnow und Bernd-A. Rusinek

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Die freie Verfügbarkeit der E-Book-Ausgabe dieser Publikation wurde durch 32 wissenschaftliche Bibliotheken und Initiativen ermöglicht, die die Open-Access-Transformation in der Geschichte fördern.

ISBN 978-3-11-069734-6
e-ISBN (PDF) 978-3-11-069745-2
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-069755-1
ISSN 2749-4993



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Attribution 4.0 International Lizenz. Weitere Informationen finden Sie unter <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0>.

Library of Congress Control Number: 2023938207

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2023 bei den Autorinnen und Autoren, publiziert von Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston. Dieses Buch ist als Open-Access-Publikation verfügbar über www.degruyter.com. Umschlagabbildung: katatonia82 / iStock / Getty Images Plus; Reichstag Rückseite: clu / DigitalVision Vectors / Getty Images. Künstlerisches Konzept Umschlaggestaltung „*Ein Haus für Demokratien im Wandel – Reichstag 1900 | 2000*“: Julien Reitzenstein
Satz: bsix information exchange GmbH, Braunschweig
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

www.degruyter.com

Open-Access-Transformation in der Geschichte

Open Access für exzellente Publikationen aus der Geschichte: Dank der Unterstützung von 36 wissenschaftlichen Bibliotheken und Initiativen können 2023 insgesamt neun geschichtswissenschaftliche Neuerscheinungen transformiert und unmittelbar im Open Access veröffentlicht werden, ohne dass für Autorinnen und Autoren Publikationskosten entstehen.

Folgende Einrichtungen und Initiativen haben durch ihren Beitrag die Open-Access-Veröffentlichung dieses Titels ermöglicht:

Dachinitiative „Hochschule.digital Niedersachsen“ des Landes Niedersachsen
Universitätsbibliothek Bayreuth
Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz
Universitätsbibliothek Bern
Universitätsbibliothek Bielefeld
Universitätsbibliothek Bochum
Universitäts- und Landesbibliothek Bonn
Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt
Sächsische Landesbibliothek, Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB)
Universitätsbibliothek Duisburg-Essen
Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg – Universitätsbibliothek
Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen
Universitätsbibliothek der FernUniversität in Hagen
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek – Niedersächsische Landesbibliothek, Hannover
Technische Informationsbibliothek (TIB)
Universitätsbibliothek Hildesheim
Universitäts- und Landesbibliothek Tirol, Innsbruck
Universitätsbibliothek Kassel – Landesbibliothek und Murhardsche Bibliothek der Stadt Kassel
Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern
Universitätsbibliothek Mainz
Bibliothek des Leibniz-Instituts für Europäische Geschichte, Mainz

Universitätsbibliothek Marburg

Universitätsbibliothek der Ludwig-Maximilians-Universität München

Universitäts- und Landesbibliothek Münster

Bibliotheks- und Informationssystem (BIS) der Carl von Ossietzky Universität
Oldenburg

Universitätsbibliothek Osnabrück

Universität Potsdam

Universitätsbibliothek Vechta

Universitätsbibliothek der Bauhaus-Universität Weimar

Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel

Universitätsbibliothek Wuppertal

Zentralbibliothek Zürich

Vorwort

Mit Freude legen wir den zweiten Band zu unserer Veranstaltungsreihe vor, der zugleich der erste Band der neuen Reihe *Politik, Ideologie und Wissenschaft* ist. In dieser Reihe erscheinen einerseits die Bände zu unseren Jahrestagungen, andererseits ausgewählte wissenschaftliche Monographien.

Unsere Themen kreisen um die Wechselwirkungen zwischen Ideologien, Wissenschaft und politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen, vor allem in der Zeit 1848 bis heute. Dies jedoch nicht allein auf Deutschland bezogen, sondern auch mit Blick auf internationale Beziehungen. Insofern bildet diese Reihe nicht nur politikwissenschaftliche und geschichtswissenschaftliche Forschungsergebnisse ab, sondern versteht sich ausdrücklich darüber hinaus als transdisziplinär.

Die ersten beiden Tagungen unserer Tagungsreihe, 2017 und 2018, befassten sich mit Ideologie, insbesondere völkischem Denken und den sogenannten Völkischen Wissenschaften. Die Ergebnisse beider Tagungen erschienen 2020 unter dem Titel „Völkische Wissenschaften: Ursprünge, Ideologien und Nachwirkungen“.

Die Jahrestagung 2019 ging der Frage nach, wie Ideologien und insbesondere das Völkische die Arbeit der Paulskirchenversammlung 1848/1849 prägten. Die völkischen Strömungen der Zwischenkriegszeit und ihr Einfluss auf das aufkommende Regime der Nationalsozialisten waren Gegenstand der vierten Jahrestagung. Die fünfte Jahrestagung 2021 befasste sich mit dem Umgang der Alliierten mit den in Deutschland präsenten Ideologien und Stereotypen. Diese Ergebnisse in Form von ausgewählten Tagungsbeiträgen legen wir mit dem aktuellen Band vor.

In Kürze erscheint mit *Völkische Forschung am Krakauer ‚Institut für Deutsche Ostarbeit‘* von Lisa Gottschall die erste Monographie in dieser Reihe.

Die kommenden Jahrestagungen befassen sich mit den Völkischen und den 1968ern, sowie den völkischen Einflüssen auf die ideologische Verfasstheit der Umweltschutzbewegung, sowie deren Prägung von Politik und Parteienlandschaft.

Danksagung

Wir bedanken uns bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, mit deren Unterstützung wir die 3. und 5. Jahrestagung gemeinsam durchführen durften – und auch bei der Wissenschaftsplattform Geschichte und Zukunft, einem Projekt des gemeinnützigen Wissenschaftsträgers History & Documentation e. V. in Berlin, sowie den weiteren institutionellen Gebern, deren Unterstützung einerseits unsere Tagungsreihe, andererseits einzelne Bände der Reihe „Politik, Ideologie und Wissenschaft“ ermöglichen.

Im Namen des Projektträgers History & Documentation e. V. bedanken sich die Herausgeber bei der Kanzlei Clifford Chance, der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Hotel Aparion für die großzügige Unterstützung der Tagungen 2019–2021, unter anderem durch die Überlassung von Räumlichkeiten, die Übernahme von Reisekosten der Referenten und die Organisation des stets vorzüglichen Caterings.

Inhaltsverzeichnis

Open-Access-Transformation in der Geschichte — V

Vorwort — VII

Danksagung — VIII

Einleitung — 1

Teil I: **Das Helle und das Dunkle der Paulskirche**

Christian Wevelsiep

„Staatserzählungen“ — 15

Frank Lorenz Müller

Die Paulskirche auf der „Bahn der Macht“

Nationalstaatsgründung und imperiale Ambitionen in der deutschen Revolution von 1848/1849 — 29

Ubaldo Villani-Lubelli

Volk und Nation von der Paulskirche bis zur Weimarer Republik — 41

Tobias Hirschmüller

Ein „Frankfurter Beispiel“?

Die großdeutsche Idee in der deutschen Erinnerung an die Revolution von 1848/1849 nach dem Zweiten Weltkrieg — 55

Tina Theobald

Presse und Sprache im Kontext der Paulskirchenversammlung — 75

Sebastian Rosenberger

Inklusions- und Exklusionsmechanismen in Parlamentsreden der Frankfurter Paulskirche — 85

Teil II: **Von völkischem Aufbruch zu mörderischer Politik. Die völkischen Ursprünge nationalsozialistischer Ideologie**

Tobias Hirschmüller

Die Revolution von 1848/1849 in völkischen Geschichtsbildern zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus — 105

Christine Absmeier

Unpolitisch Volkstum erhalten?

Völkisches Gedankengut im „Handbuch des Deutschtums im Auslande“ — 121

Sebastian Balling

Der „Jüdische Bolschewismus“ 1918–1945

Völkisch-nationalsozialistische Ideologietransfers und der Vernichtungskrieg in der Sowjetunion — 141

Petra Svatek

„Völkische Geographie als Kernstück der geographischen Forschung“

Kontinuitäten und Wandlungen in Wien und Berlin 1900–1945 — 155

Philipp Kröger

Ideologie und Technik

Zur Vorgeschichte der statistischen Erfassung von Volk, Nation und „Rasse“ im Nationalsozialismus — 167

Bernd Robionek

Völkischer Wirtschaftsnationalismus von der Weimarer Republik bis zum Zweiten Weltkrieg — 181

Sebastian Rosenberger

„Das Blut ist der Brennstoff, den die metaphysische Flamme des Schicksals verbrennt“

Der Begriff des ‚Blutes‘ in Ernst Jüngers politischer Publizistik — 193

Martin Göllnitz

Völkisch oder National?

Ideologische (Dis-)Kontinuitäten im Denken Joachim Haupts — 213

Uta Jungcurt

Konstrukte völkischer Ethik und Erkenntnistheorie

Der Rassenhygieniker Fritz Lenz (1887–1976) und der Philosoph Max Wundt (1879–1963) in ihren völkischen Netzwerken — 231

Sven Brajer

Die Deutsche Kunstgesellschaft

Eine völkische Vereinigung im Kampf gegen den „Terror des Kunstbolschewismus“ der Weimarer Republik — 245

Lena Heerdmann

Heimatkunde als Mittel der völkischen Erziehung?

Die Rolle heimatforschender VolksschullehrerInnen in der Verbreitung und Festigung völkischer Ideologien — 265

Mirjam Schnorr

Vom „unappetitliche[n] Problem“, dass „Millionen Ausländer auf die deutschen Frauen und Mädchen los[gehen]“

„Fremdvölkische“ und Fragen der Prostitution im Nationalsozialismus — 279

**Teil III: „Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen?“
Reeducation und Reorientation im besetzten
Deutschland 1945 bis 1955**

Sebastian Rojek

Die vom „NS-Bazillus“ Infizierten unter Quarantäne stellen?

Metaphorologische Einsichten in die Ziele der Entnazifizierung in Württemberg-Baden — 297

Johannes Gramlich

„Reeducation“, „Reorientation“ und die amerikanische Restitutions- und Kunstpolitik der Nachkriegszeit — 309

Sebastian Liebold

Freiheit und geistige Überlieferung

Arnold Bergstraessers Impulse zur Demokratie-Bildung — 321

Rosemarie Lazarus

Die deutsche Presse in der ersten Re-educations-Phase — 335

Nils Lange

Transatlantischer Liberalkonservatismus

Ernst Cramer und Matthias Walden im Verlag Axel Springer — **349**

Rebecca Schröder

**Behördliche und rechtliche Implementierungsprozesse der Wiedergutmachung
in Württemberg-Baden — 361**

Personenregister — 373

Einleitung

In den 24 Aufsätzen dieses Bandes werden Vorläufer des völkischen Denkens identifiziert, der nationalsozialistische Volkstums- und Rassenbegriff untersucht und Wege markiert, wie nach 1945 das vergiftete Sprechen und Denken der völkischen und nationalsozialistischen Ideologie überwunden werden sollte.

Im Zentrum stehen die Beiträge über das Völkische und den Nationalsozialismus. Die entscheidende Frage lautet, wie das völkische Sprechen und Denken in die gesamte rechte Bewegung einschließlich der nationalsozialistischen Eingang fanden und auf welche Traditionen man sich berufen konnte.

Was ist beziehungsweise was war für die Nationalsozialisten „völkisch“? Eine Definition enthält die Paraphrase diverser Zeitungsartikel und Vorträge, die ein SS-Schulungsleiter nach der „Machtergreifung“ wiedergab. Er führte aus,

„[...] dass die Rassenfrage der Schlüssel zur Weltgeschichte ist, dass Volkstum in erster Linie rassistisch bedingt ist und dass Kultur wiederum Folge und Ausdruck der Eigenschaften eines bestimmten Volkstums ist.“

Die drei Ideologeme, die der SS-Schulungsleiter anführte – Rassenfrage als Schlüssel, Volkstum rassistisch bedingt, Kultur als Ausdruck rassistisch definierten Volkstums – hatten im 19. Jahrhundert ihre Vorläufer.

Es erscheint notwendig, in diese Einleitung einige Gedanken über ideologische „Vorläufer“ aufzunehmen, da mit dem Argument der Vorläuferschaft auf dem Feld der Ideologieggeschichte häufig operiert wird und es bei Verwendung dieses Begriffs nicht selten an Reflexion mangelt. Die Frage ist, wann von direkter Vorläuferschaft gesprochen werden kann und wann wir mit diesem Argument vorsichtig umgehen sollten. So ist der Schüttauslagencharakter der NS-Ideologie zu bedenken, die sich nicht allein der völkischen und antisemitischen Literatur bediente. In seinen „Spaziergängen mit Carl Schmitt“ gibt Nicolaus Sombart dessen Äußerung wieder, dass der Golem der Sage nach einen Zettel unter der Zunge trug, Hitler aber den Zettelkasten des 19. Jahrhunderts. Vielfach stoßen wir auf verwischte Überlieferungskonturen, seltener auf lupenreine Kausalitäten. Ferner: Ein rassistischer Ideologe konnte die Texte, auf welche er sich bezog, nur bruchstückhaft zur Kenntnis genommen, wohl auch auf der Suche nach einer „passenden“ Formulierung, oder er konnte die Texte nicht verstanden haben. Zitate konnten dergestalt aus dem Zusammenhang gerissen werden, dass es der Fälschung nahekommt. Dies zeigt in diesem Band Uta Jungcurt in ihrem Beitrag „Konstrukte völkischer Ethik und Erkenntnistheorie“ an einem entstellten Fichte-Zitat des nationalsozialistischen Rassehygienikers und völkisch angehauchten Philosophen

Fritz Lenz, ferner spricht sie von der „Indienstnahme“ des Kant’schen Autonomiebegriffes. Ein weiterer Aspekt verfehlerter Rezeption und behaupteter Vorläuferschaft wäre zu nennen: Thomas Mann spricht in seinen einschlägigen Schriften und Reden von „Verhunzungen“ als Aufnahmeform und Vorläuferbehauptung. Dies betraf etwa den Begriff „Volk“.

Eine weitere Abtönung des Verständnisses von Vorläuferschaft ist in den Diskussionen im Berliner Antisemitismusstreit finden. Der Streit von 1879 bis 1881 wurde durch einen Aufsatz Heinrich von Treitschkes (1834–1896) ausgelöst, der in dem Diktum gipfelte: „Die Juden sind unser Unglück.“ In einer Kritik schrieb Theodor Mommsen (1817–1903), Treitschke habe mit seiner Schrift vom antisemitischen Gerede den „Kappzaum der Scham“ entfernt. Wenn ein namhafter Historiker wie v. Treitschke antisemitisch agitierte, war die Sprache des Antisemitismus öffentlich sagbar geworden. Diese Sagbarkeit diffundierte in die durchaus gebildeten Kreise und von dort hinab in die Masse.

Wie erschreckend das in den frühen 1920er Jahren festzustellen war, gibt ein Brief Katia Manns an ihre Freundin Margarete Hauptmann wieder, der Gattin Gerhart Hauptmanns. Unter dem 25. Juli 1924 schilderte Katia Mann die Zustände in einem Badehotel in Bansin auf der Insel Usedom:

„Überall wehen Hakenkreuzfahnen, es gibt eine ‚völkische Tanzdiele‘, in der Hakenkreuzzigaretten geboten werden, Gedichte, die von der Vernichtung der Juden handeln, sind in den Restaurants angeschlagen.“

Damit sind einige Formen von behaupteter oder tatsächlicher Vorläuferschaft genannt. Mit dem Begriff der Vorläuferschaft ist mithin reflektiert und differenziert umzugehen. Das wird von vielen Autorinnen und Autoren in diesem Band direkt oder indirekt thematisiert. Anschlussfähigkeit und Indienstnahme sind in der Regel die zuverlässigeren Begriffe.

Was nun ideologische Vorläuferschaften anbetrifft – den Terminus problembewusst gebraucht –, so behandeln sieben Beiträge in diesem Band die Frankfurter Paulskirche.

Das mag vielleicht überraschen, denn das Paulskirchenparlament wird im allgemeinen Bewusstsein, sofern darin für historische Fragen noch Raum ist, als zentraler Bestandteil der Revolution von 1848/49 gewertet und als teleologischer Ausgangspunkt, von dem aus sich die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik herleiten lässt. Das Paulskirchenparlament wurde im 20. Jahrhundert zum positiven deutschen Erinnerungsort.

Wir finden in einzelnen Reden der Versammlungen nicht *den*, aber doch auch *einen* Ausgangspunkt völkischen, rassistischen und imperialen Denkens. Dieser Aspekt ist bisher weitgehend unbeachtet geblieben. Aber der positiven teleolo-

gischen Wahrnehmung der „Paulskirche“ soll in diesem Band keine negative Teelologie (hin zum Völkischen und damit indirekt zum Nationalsozialismus) entgegengestellt werden. Wer nach Ausgangspunkten völkischen Denkens sucht, stößt eher auf das Unglückstrio Arndt, Fichte und Kleist. Aber diese Männer, Ideologen der Freiheitskriege, standen nicht allein da und hatten zahlreiche Nachfolger gefunden. Ernst Moritz Arndt war von Mai 1848 bis Mai 1849 Mitglied des Paulskirchenparlaments, damals bereits achtzig Jahre alt.

Die Paulskirchenversammlungen können als frühes Medienereignis aufgefasst werden. Daraus folgt, dass die Rolle der Sprache und der Presse bei den zeitgenössischen Politikvermittlungen zu analysieren ist. So hebt Tina Theobald in ihrem Beitrag „Presse und Sprache im Kontext der Paulskirchenversammlung“ als eine der Voraussetzungen für die zeitgenössische Verbreitung der Ideen von 1848/49 den Take Off einer neuen Art von Presse hervor, deren massive Zunahme und schließlich die Versorgung des Lesepublikums mit Parolen und Schlagworten wie „Lohnarbeiter“ und „Klasse“, „Volk“ und „Nation“.

Christoph Wevelsiep stellt in seinem Beitrag über Staatserzählungen heraus, dass mit dem Erinnerungsort „Paulskirche“ nicht allein demokratische, sondern auch von Krieg und Gewalttätigkeit geprägte „Erzählungen“ verknüpft wurden. Weitere „Erzählungen“ werden in den Beiträgen von Ubaldo Villani-Lubelli über Volk und Nation in der Weimarer Republik untersucht sowie in den beiden Aufsätzen von Thomas Hirschmüller über die großdeutschen Erinnerungen an die Paulskirche und die 1848er Revolution in völkischen Geschichtsbildern zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus.

Imperiale Angriffspantasien in Redebeiträgen der Paulskirche untersucht Frank Lorenz Müller in seinem Aufsatz „Die Paulskirche auf der ‚Bahn der Macht‘“. Untersucht werden die Bereiche „Imperialismus, Kolonialismus und Flottenpolitik“. Es sei falsch, so der Autor, Schlachtflottenwünsche und koloniale Gelüste allein Bismarck oder Wilhelm II. und dessen „Platz an der Sonne“-Diktum zuzuschreiben. Vielmehr habe es bereits in den liberalen und nationalen Diskursen des deutschen Vormärz „ein intensives und positives Engagement mit den Themen Imperialismus, Kolonialismus und Seemacht“ gegeben, und dieses Engagement habe in der Revolution 1848/49 einen Höhepunkt erreicht. Finster ist, was Sebastian Rosenberger in „Inklusions- und Exklusionsmechanismen in Parlamentsreden der Frankfurter Paulskirche“ herausarbeitet. Der Autor zieht die Debatten über die deutschen Bevölkerungsteile im Osten heran. Wie sollte in einem großdeutschen Reich – im Gegensatz zur „kleindeutschen“ Lösung – das Verhältnis zwischen Böhmen und Slawen, zwischen Deutschen und Tschechen geregelt werden und wie die polnische Frage? Die Bewertungen der Polen, Russen und Tschechen durch einzelne Redner in der Paulskirche wiesen deutlich rassistische und kulturrassistische Züge auf. Hier wird man uneingeschränkt von einer Vor-

läuferschaft der nationalsozialistischen Slaven- und Russenpolitik sprechen dürfen.

Die zweite Sequenz des Bandes, „Vom völkischen Aufbruch zu mörderischer Politik. Die völkischen Ursprünge nationalsozialistischer Ideologie“, umfasst zwölf Beiträge, wobei mit Netzwerk-Analysen, mit personen- und ideologiegeschichtlichen Zugriffen gearbeitet wird.

In seinem Beitrag „Völkisch oder national?“ befasst sich Martin Göllnitz mit dem bisher kaum bekannten NS-Ideologen Joachim Haupt (1900–1989), der schon 1923 der NSDAP beitrug, aber 1938 wieder ausgeschlossen wurde, ebenso aus der SA. Haupts politische Auffassungen irrlichterten von sozialistischen Vorstellungen, wie sie etwa die Brüder Strasser vertraten, bis zum eliminatorischen Antisemitismus. In einem Vortrag vor Hamburger Studierenden stellte er eine Verbindung zwischen Urburschenschaft, 1848er Revolution, bündischer Jugendbewegung und Nationalsozialismus her.

Uta Jungcurt untersucht in „Konstrukte völkischer Ethik und Erkenntnistheorie“ völkische und nationalsozialistische Netzwerke um den Rassehygieniker Fritz Lenz (1887–1976) und den Philosophen Max Wundt (1879–1963). Die völkischen Netzwerke entstanden unter anderem durch die Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“, die ab 1917 in dem renommierten Verlag von Friedrich Julius Lehmann in München erschien. Bei der Netzwerk-Analyse ist der Lehrstuhl-Schacher nicht zu vergessen.

Lenz und Wundt waren Mitglieder der Deutschen Philosophischen Gesellschaft, einer Abspaltung der Kant-Gesellschaft, und versuchten unter anderem auch Kant völkisch zu vereinnahmen, ja ihn sogar als Vordenker der „Rassenhygiene“ hinzustellen. Eines der Hauptwerke der völkischen Ideologie ist Wundts „Deutsche Weltanschauung. Grundzüge völkischen Denkens“, 1926 ebenfalls im Verlag Lehmanns erschienen. Die Grundzüge dieses Hauptwerkes werden von der Autorin nachgezeichnet. Es sei hier angemerkt, dass bereits der österreichische Germanist Wilhelm Scherer (1841–1886) eine nationale Ethik plante – so Gustav Roethe in seiner Berliner Rektoratsrede von 1923.

Der einflussreichste „rechte“ Schriftsteller der jüngeren Generation war Ernst Jünger, geboren 1895. Sebastian Rosenberger befasst sich mit dem Begriff des Blutes in Ernst Jüngers politischer Publizistik von Mitte der 1920er Jahre bis zur „Machtergreifung“. Den Blut- sowie den Rassenbegriff der völkischen und nationalsozialistischen Bewegung lehnte Jünger ab, so erfahren wir, aber den von ihm vertretenen Nationalismus definierte Jünger als „Wille zur Bildung blutmäßiger Gemeinschaften“ und etwas verschwiemelt oder – wie Gottfried Benn es ausdrückte – „grundsuppig“ wird Blut als Brennstoff bezeichnet, den „die metaphysische Flamme des Schicksals verbrennt“.

Blut und Rasse wurden dagegen in der nationalsozialistischen Szene amalgamiert. Ähnlich wie Martin Göllnitz am Beispiel Ernst Jüngers der Ideengeschichte des „Blutes“ nachgeht, zeichnet Sebastian Balling die Geschichte des Topos vom „jüdischen Bolschewismus“ vom Ende der Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs nach. Erste, eher diffuse Anfänge, Goebbels, der im Bolschewismus anfänglich sogar eine russische Befreiungsbewegung sah, bis der Topos vom „jüdischen Bolschewismus“, nicht zuletzt durch Münchner Einflüsse, zu einer scharfen Waffe wurde, die im Überfall auf die Sowjetunion, in den Aktivitäten der „Einsatzgruppen“, schließlich in den Vernichtungslagern auf das Brutalste zum Einsatz kam. Auch hier muss von direkter Vorläuferschaft die Rede sein.

Das ist bei dem „Handbuch des Volkstums im Auslande“ in diesem Sinne nicht der Fall, wie Christine Absmeier in ihrem Beitrag hervorhebt. Das Handbuch wurde erstmals 1904 vom „Allgemeinen Deutschen Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande“ herausgegeben, dem späteren „Verein für das Deutschtum im Auslande“ (VDA). Auf dem Wege einer Analyse dieses Handbuchs gibt die Autorin Einblicke in die geistige Welt des VDA.

Es frappiert, was die Autorin über geschichtswissenschaftliche Arbeiten zum VDA schreibt. Der VDA wurde als grundsätzlich unpolitische Anstalt betrachtet. Sie hebt dagegen das nationalistische, völkische und kolonialistische Gedankengut des VDA hervor. Von dort aus führten Wege zur noch radikaleren völkischen Bewegung. Im Handbuch sowie im VDA wiederholen sich antislawische Motive, wie wir sie bereits oben in Sebastian Rosenbergers Beitrag „Inklusions- und Exklusionsmechanismen in Parlamentsreden der Frankfurter Paulskirche“ kennengelernt haben. Der Begriff „Rasse“ spielt im Handbuch nur eine untergeordnete Rolle. Differenzkriterium ist ähnlich wie bei Ernst Moritz Arndt die Sprache.

Die Sprachforschung einschließlich der Entdeckung von deutschen „Sprachinseln“ sollte durch die Geographie erweitert und präzisiert werden. Diesen Weg untersucht Petra Svatek in ihrem Beitrag „Völkische Geographie als Kernstück der geographischen Forschung“ – Kontinuitäten und Wandlungen in Wien und Berlin 1900–1945“.

In der „Geographischen Zeitschrift“ fordert Emil Meyen 1935, dass völkische Geographie Kernstück der geographischen Forschung sein sollte – diese entscheidende Parole enthält auch der Titel des Beitrages. Es werden erstmals völkische Ausrichtungen der Geographischen Institute der Universitäten Berlin (Friedrich-Wilhelms-Universität, heute Humboldt-Universität) und Wien untersucht. Ziel der Ausrichtungen war die Erfassung deutscher Volksgruppen in Europa, verbunden mit der Abwehr von Gebietsansprüchen. Insbesondere nach Ende des Ersten Weltkriegs und der Durchsetzung der Pariser Vorortverträge verstärkten sich die Anstrengungen der völkischen Geographen. Nach 1933 in Deutschland und in Österreich nach dem „Anschluss“ 1938 mutierte die völkische Ausrichtung zur natio-

nalsozialistischen und wurde Zulieferer für die Expansions- und Vernichtungspolitik des „Dritten Reichs“.

Der Geographie zur Seite trat die statistische Erfassung, die Philipp Kröger in „Ideologie und Technik. Zur Vorgeschichte der statistischen Erfassung von Volk, Nation und ‚Rasse‘ im Nationalsozialismus“ untersucht.

Die Entwicklung der völkischen Statistik durchlief drei Phasen: Die eng an den „Nationaldiskurs“ angebundene Nationalitätenstatistik im 19. Jahrhundert, in der Zwischenkriegszeit von 1919 bis 1939 die „ethnopolitische Erfassung“ und allmählich die Aufnahme der Kategorie „Rasse“ in diese Statistiken.

In den Beiträgen von Petra Svatek und Philipp Kröger wird auf die Unschärfe des nationalsozialistischen Rasse-Begriffs und auf die Schwierigkeiten hingewiesen, „Rasse“ zu mathematisieren bzw. zu vernaturwissenschaftlichen. Der unscharfe und während der NS-Zeit, auch während des Krieges, changierende Rassebegriff ermöglichte Systemzugeständnisse an die vermeintlich Minderwertigen. Dieser Aspekt wird in Mirjam Schnorrs Beitrag hervorgehoben: „Vom ‚unappetitliche[n] Problem‘, dass ‚Millionen Ausländer auf die deutschen Frauen und Mädchen los[gehen]‘ – ‚Fremdvölkische‘ und Fragen der Prostitution im Nationalsozialismus“. Ende 1940 wurden in Deutschland erste Bordelle für so genannte „fremdvölkische“ Arbeiter eingerichtet. Mirjam Schnorrs Beitrag lässt jedenfalls die Deutung zu, dass hier ein Systemzugeständnis an die „Niederrassen“ zu erkennen ist. Die NS-Ideologen sprachen den „Niederrassen“ das Recht auf Existenz ab, sahen sich aber aus ökonomischen Gründen – Erhaltung und Erhöhung der Arbeitskraft durch partielle Zufriedenstellung – zu dem Zugeständnis genötigt, ihnen massenhaft Prostituierte zur Verfügung zu stellen.

Bernd Robioneck analysiert in „Völkischer Wirtschaftsnationalismus von der Weimarer Republik zum Zweiten Weltkrieg“ die „Versuche zur Herstellung exklusiver Wirtschaftsbeziehungen zu den Auslandsdeutschen“. Es galt, enge exklusive wirtschaftliche Beziehungen zwischen Auslandsdeutschen und deutschem „Mutterland“ herzustellen. Allerdings sieht der Autor im Konzept vom völkischen Wirtschaftsraum ohne kriegerische Eroberung bloßes „Wunschdenken“.

Die völkische und völkisch-nationalsozialistische Ideologie drang in alle Poren des „Volkskörpers“ und bemächtigte sich auch des Sports.

Gero Kopp untersucht in „Völkische Ideologien unter dem Deckmantel politischer Neutralität – Der Westdeutsche Spielverband vor 1933“ den Fußballsport. Dieser Westdeutsche Spielverband (WSV) war mit 260.000 Mitgliedern der zeitweilig größte Regionalverband des DFB. Durch die Versailler Bestimmungen war ab 1919 die Armee als Erziehungsfaktor der männlichen Jugend fortgefallen. Wehrrertüchtigung bildete daher im WSV einen „zentralen Gegenstand des Fußballsports“. In der Satzung aus den 1920er Jahren war politische und religiöse Neutralität zwar festgelegt, aber das bedeutete keine Abgrenzung zur völkischen

Bewegung. WSV-Werte waren machistische Ideale wie Kameradschaft und Stärke sowie natürlich die Heimatliebe. Die völkische Orientierung führte zum faktischen Numerus Clausus für jüdische Sportler. Damit war der WSV vor 1933 ein „Wegbereiter der späteren nationalsozialistischen Politik“. Der Nationalsozialismus hatte nach der „Machtergreifung“ keine Mühe, sich den WSV einzuverleiben. Die völkische Geschichte des WSV wird an einschlägigen Verlautbarungen der Sportfunktionäre untersucht. Ebenso wie Christine Absmeier in ihrem VDA-Aufsatz stellt auch Gero Kopp für den WSV die verdrängende und verfälschende historische Selbstdeutung des Verbandes nach dem Zweiten Weltkrieg heraus.

Nicht Funktionäre, sondern die „kleinen Leute“ der völkischen Bewegung sind das Thema in Lena Heerdmanns „Heimatkunde als Mittel der völkischen Erziehung? Die Rolle heimatforschender VolksschullehrerInnen in der Verbreitung und Festigung völkischer Ideologien“. Der Untersuchungszeitraum reicht vom späten 19. Jahrhundert bis in die NS-Zeit. Durch die Arbeiten an einer völkischen Heimatkunde waren Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen Materiallieferanten für die völkische Idee. Im Vorwort seiner „Deutschen Volkskunde“ von 1898 würdigte Elard Hugo Meyer die „zahlreichen eifrigen Volksschullehrer“. Bereits 1925 wurde es als Aufgabe der eifrigen Volksschullehrer angesehen, zur „Pflege bodenständiger Kultur und gesunden deutschen Volkstums“ beizutragen. Um diese Anstrengungen an einem konkreten Beispiel zu illustrieren, zieht die Autorin die Biographie des Volksschullehrers Wilhelm Sieben aus Viersen heran, geboren 1878. Wilhelm Sieben war ein eifriger Sammler volks- und heimatkundlichen Materials und seit den 1910er Jahren als Vielschreiber heimatschriftstellerisch aktiv. Zynisch formuliert hatte sich Siebens Arbeit gelohnt, wenn auch in einem kleinen Bereich: 1936 wurde er Leiter der Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde und Volkstum des NS-Lehrerbundes, Kreisgruppe Viersen.

Völkische Heimatverbundenheit war das nationalpädagogische Ziel sowohl im Fußballsport wie in der Volksschullehrerschaft, wie Gero Kopp und Lena Heerdmann zeigen. Die völkische Bewegung war ohne Rest anti-modernistisch. Das galt selbstverständlich auch für die Kunst. Den Kampf gegen die moderne Kunst untersucht Sven Brajer in „Die Deutsche Kunstgesellschaft – eine völkische Vereinigung im Kampf gegen den ‚Terror des Kunstbolschewismus‘ der Weimarer Republik“ am Beispiel Dresdens.

Bereits 1879 war dort der nationalistische, völkische und antisemitische „Dresdner Reformverein“ gegründet worden, der sich mit Kunst und Kultur beschäftigte. Die Gründung erfolgte bezeichnenderweise im ersten Jahr des Antisemitismustreits und wenige Monate vor dem Propagandabeginn für die „Antisemitenpetition“. 1920 gründete die Dresdner Kunsthistorikerin und Malerin Bettina Feistel-Rohmeder die „Deutsche Kunstgesellschaft“, wo ebenfalls Antisemitismus und völkische Kunst- und Weltbetrachtung zusammenflossen. Entscheidend für

die Gründung waren die Werke eines Richard Guhr (1873–1956) – übrigens Lehrer von Otto Dix. Guhr lehrte an der Dresdner Staatlichen Kunstgewerbeschule. Er war, wie der Autor schreibt, „ein wunderlicher Professor“, der auch der völkischen Esoterik nahestand. Als pathetischer Wagnerianer sah er in dessen Werk einen Schlüssel zur „arischen Regeneration“. Guhrs Wagnerkult führte zu Hitler. Unter anderem verfasste Guhr ein antisemitisches Hetzpamphlet unter dem Titel „Der Judenstil oder der Expressionismus“. Als in der Kunstgesellschaft eine heftige Kontroverse darüber entbrannte, ob Werke von Max Liebermann ausgestellt werden sollten, entstand um den 1924 als „Kunstsowjet“ entlassenen Direktor des Dresdner Stadtmuseums Paul Ferdinand Schmidt eine Gegenbewegung. Schmidt ließ Werke des Expressionismus ankaufen: Kirchner, Dix, Kokoschka. Nun beschreibt Sven Brajer den Kampf zweier Kunstparteien.

Im Herbst 1933 wurde in Dresden die Ausstellung „Entartete Kunst“ gezeigt. Sie war der Ausgangspunkt für die gleichnamige Ausstellung 1937 in München. Auf Richard Guhr und Bettina Feistel-Rohmeder gingen diese Tendenzen zurück. Sie waren Wegbereiter, aber beide, so der Autor, hätten sich in den vom Nationalsozialismus gesteckten Rahmen kaum oder gar nicht einordnen können oder wollen.

Die dritte Sequenz des Bandes, „Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen?“ Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955, umfasst sechs Beiträge.

Ein Problem der Entnazifizierung als Teil der Reeducation bestand darin, zu verhindern, dass überzeugte ehemalige Nationalsozialisten und Nicht-Nationalsozialisten oder gar Widerstandskämpfer einander wie in einem Bürgerkrieg offen bekämpften oder sich ehemalige Nationalsozialisten untereinander verbanden wie etwa der Naumann-Kreis Anfang der 1950er Jahre.

Einen eher behutsames Entnazifizierungsvorgehen schildert Sebastian Rojek in seinem Beitrag „Die vom ‚NS-Bazillus‘-Infizierten unter Quarantäne stellen? – Metaphorologische Einsichten in die Ziele der Entnazifizierung in Württemberg-Baden“. Wie aus dem Titel hervorgeht, befasst sich der Autor zugleich mit Sprachtheorie und Sprachgeschichte. Der „Befreiungsminister“ von Württemberg-Baden, Gottlob Kamm, war bestrebt, die „Ehemaligen“ vom NS-„Bazillus“ zu befreien. Er bediente sich also der medizinischen Metaphorik, die – so der Autor – auch von den Nationalsozialisten verwendet wurde. Wer von Bazillen befallen ist, ist krank. Die Rede von der Infektion entlastete die Ehemaligen, sehen wir von verbrecherischen Aktivitäten ab, indem sie die direkte Schuld herabminderte: Wer sich angesteckt hatte, konnte in der Regel nichts dafür. Die Entnazifizierung, so der Autor, sollte vor erneuter Ansteckung schützen. In einer zweiten Reduktion-Stufe sollten die Geheilten zur Demokratie nach britischem und amerikanischen Vorbild geführt werden.

Sibylle Mohrmann befasst sich in „Der Mensch lebt nicht von Brot allein. Sowjetische Umerziehung durch Kultur in der Berliner Nachkriegspresse 1945/1946“ mit den Anfängen der Entnazifizierungspraxis im sowjetisch besetzten Teil Berlins.

Die Konzeption der Umerziehung wurde im September 1944 in Moskau entwickelt. Dort, im Hotel Lux, hielt Johannes R. Becher auf einer KPD-Sitzung vor deutschen Exilanten einen Vortrag über die ideologische Umerziehung des deutschen Volkes. Erstaunlich erscheint Bechers These, dass „die besten Kräfte der Deutschen (...) mit dem besten Gewissen einer schlechten Sache gedient“ hätten. Nun musste die Umerziehung erfolgen. Hierbei sollten Literatur, Film, Presse, Radio und Theater eine besondere Rolle spielen. Im Bereich der Literatur wurden die humanistische deutsche und die antifaschistische Literatur des Auslands ins Auge gefasst, ferner Übersetzungen der Sowjetliteratur. Nach dem Sieg über Nazi-Deutschland gestattete die Sowjetische Militäradministration (SMAD) die Neugründung antifaschistischer Parteien und Zeitungen. Die Zeitungen werden in dem Beitrag aufgelistet. Die Autorin beschreibt einen paradigmatischen Konflikt im Theaterbereich. Im Hebbel-Theater wurde Brechts „Dreigroschenoper“ aufgeführt. Das berühmte Zitat „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“ lief den Umerziehungsbemühungen entgegen, denn hierfür wurde die umgekehrte Rangfolge angestrebt.

In Rosemarie Lazarus' „Die deutsche Presse in der ersten Re-educations-Phase“ wird die Pressepolitik der Amerikaner als Stufenfolge des Re-Education-Projekts beschrieben: rigide Phase, kontrollierte Lizenzpresse, indirekte Lenkung. Diese Pressepolitik wird mit jener der Sowjetischen Besatzungszone verglichen. Hier ist anzumerken, dass die Kulturpolitik unter der SMAD, wie Sibylle Mohrmann sie darstellt, im Zuge des Kalten Krieges schnell ihre fast liberal zu nennenden Züge verlor.

In „Reeducation‘, ‚Reorientation‘ und die amerikanische Restitutions- und Kunstpolitik der Nachkriegszeit“ betrachtet Johannes Gramlich die Kunstpolitik unter dem Gesichtspunkt der Umerziehung. Bei den geraubten oder zu erzwungenen Schleuderpreisen erworbenen Kunstwerken hatten die Amerikaner zunächst Rückgaben oder Entschädigungen der ehemaligen Besitzer im Blick. Die zweite Stufe war eine Kombination aus moralischer und materieller Wiedergutmachung. So erläuterte ein bayerischer Beamter im Jahre 1950: Nicht nur direkte Enteignungen der Kunstbesitzer durch den NS-Staat sollten rückgängig gemacht werden. Auch Kulturgüter, die ins Deutsche Reich gelangt waren, mussten repatriiert werden.

Johannes Gramlich sieht in dieser amerikanischen Restitutionspolitik eine Hervorhebung der Kollektivschuld, indem den Deutschen vorgehalten wurde, sie hätten zu den Profiteuren der Verfolgungspolitik der Nazis gezählt. In der ameri-

kanischen Restitutionspolitik sieht der Autor einen „Stachel im verbreiteten Unschuldsbewusstsein“.

Sebastian Liebhold blickt in seinem personengeschichtlichen Beitrag „Freiheit und geistige Überlieferung. Arnold Bergstraessers Impulse zur Demokratie-Bildung“ auf die 1950er Jahre. Bergstraesser (1896–1964) war Staats- und Politikwissenschaftler, Kultursoziologe und Nationalökonom und seit 1932 in Heidelberg Professor für Staatswissenschaft und Auslandskunde. Der Alfred-Weber-Schüler veröffentlichte 1933 die national-autoritären, aber nicht völkischen Schriften „Nation und Wirtschaft“ sowie „Staat und Erziehung“. 1935 wurde Bergstraesser die Lehrbefugnis entzogen, 1936 wurde er entlassen, 1937 ging er ins kalifornische Exil, aus dem er 1954 zurückkehrte und nach Freiburg berufen wurde. Anhand von Veröffentlichungen Bergstraessers vor 1933, im Jahre 1933, vor dem Krieg, im Exil und nach seiner Rückkehr 1954 wird ein Entwicklungsprozess Bergstraessers nachgezeichnet, der, unter anderem mit Bezug auf Goethe und Hofmannsthal, zu einem Humanismus durch Bildung und Berufung auf die abendländische Vergangenheit führte. Große Aktivitäten entfaltete Bergstraesser nach außen, sozusagen in die außeruniversitäre große Öffentlichkeit hinein und war hier „auf dem Grenzgebiet zwischen Wissenschaft und Bildung“ tätig. Er wurde zum rastlos Vortragenden, verfasste auch Beiträge für den Rundfunk und führte dort Diskussionen. An der Biographie Bergstraessers wird der Wandel vom Nationalisten zum Pro-Europäer und Pro-Amerikaner aufgezeigt.

Nils Lange beschreibt in „Transatlantischer Liberalkonservatismus: Ernst Cramer und Matthias Walden im Verlag Axel Springer“ zwei führende liberal-konservative und pro-amerikanisch orientierte Journalisten. Ernst Cramer (1913–2010) war Jude. Er konnte 1939 in die USA emigrieren. Eltern und Bruder wurden Opfer der Shoa. Cramer kehrte mit den amerikanischen Truppen nach Deutschland zurück. Er hielt es für seine Pflicht, sich in Deutschland am Wiederaufbau und an der liberaldemokratischen Umerziehung zu beteiligen. Cramer sprach nicht von Kollektivschuld, sondern von Kollektivlast. Walden, vierzehn Jahre jünger als Cramer, vertrat ganz dessen Positionen. Er war zunächst Journalist in der DDR, floh 1950 und erhielt eine Anstellung beim Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS). 1967 wurde Walden durch Cramer fester Leitartikler bei der WELT. Man kann von einem Unterwanderungsversuch sprechen, wenn Armin Mohler, der als Schweizer in die SS eintreten wollte, und der rechtsstehende Hans Zehrer, die WELT zu ultrakonservativen Positionen führen wollten. Zehrer war 1965 und bis zu seinem Tod im Jahre 1966 Chefredakteur der WELT. Es gelang ihnen nicht, ihre neurechte autoritäre Gesellschaftsidee durchzusetzen. Mohler sah die Bundesrepublik von links her bedroht, Cramer auch von rechts her. Cramer und Walden, die nach dem rechtslastigen Zwischenspiel die WELT führten, riefen aufgrund ihrer pro-amerikanischen Haltung den Protest linksliberaler Strömungen und insbe-

sondere der „1968er“ hervor. Walden kann geradezu als bête noire der Studentebewegung bezeichnet werden.

Cramers und Waldens Re-education-Konzept bezog sich nicht allein auf die Deutschen in der frühen Nachkriegszeit, sondern auch auf die Staatsablehnung als geistige Strömung der 1960er und 1970er Jahre. Sie begegneten dieser Strömung mit dem provokativen Bild vom „letzten Menschen“ aus Nietzsches „Also sprach Zarathustra“:

Seht! Ich zeige euch den letzten Menschen.

„Was ist Liebe? Was ist Schöpfung? Was ist Sehnsucht? Was ist Stern?“ – so fragt der letzte Mensch und blinzelt.

Die Erde ist dann klein geworden, und auf ihr hüpfet der letzte Mensch, der Alles klein macht. Sein Geschlecht ist unaustilgbar, wie der Erdfloh; der letzte Mensch lebt am längsten.

„Wir haben das Glück erfunden“ – sagen die letzten Menschen und blinzeln.

Berlin im August 2022

Julien Reitzenstein / Dirk Rupnow / Bernd-A. Rusinek

Teil I: **Das Helle und das Dunkle der Paulskirche**

Christian Wevelsiep

„Staatserzählungen“

1 Einleitung: Das Bild der Paulskirche

Politische Ideen haben bekanntlich einen starken Bezug zur symbolischen Repräsentation. Der Streit um die „richtige“ Form der Repräsentation gehört zum Selbstverständnis jener politischen Gemeinschaften, die sich um ihre historischen Orte Gedanken machen. Der Berliner Reichstag stand bekanntlich in den 1990er Jahren im Zentrum von Kontroversen mit Vergangenheits- und Gegenwartbezug. In welcher Form sollte die politische Macht sichtbar werden – sollte sie unsichtbar, verschwiegen sein, gegen die brachiale Gewalt der Repräsentation vergangener Zeiten gerichtet? Oder geht es nicht darum, dass auch die demokratische Macht sichtbare Symbole in der Architektur braucht? Das Ergebnis ist bekannt und jederzeit sichtbar: die Kuppel des Reichstags, in der sich die Ikonographie der traditionellen Macht spiegelt, ist begehbar und transparent. Der Leviathan vergangener Zeiten ist entmächtigt, weil nun jene in ihm leibhaftig erscheinen dürfen, die sonst nur als Objekt oder Verfügungsmasse in Erscheinung treten konnten. Der überlieferten Ikonographie des Staates wurde die Spitze genommen.

Vergleichbare Kontroversen lassen sich mit Bezug auf die Frankfurter Paulskirche beobachten, wieder einmal. Der politischen Klasse mangelte es offensichtlich nicht an Einfällen, wie man aus einem historischen Gebäude einen sinn- und bedeutungstragenden Ort machen könne: sollte an dem Ort, an dem das erste gesamtdeutsche Parlament tagte, nicht ein Raum für die Sitzungen des Frankfurter Stadtparlaments geschaffen werden? Oder wäre man näher an der Aura des Ortes, wenn man ein nationales Gedenkzentrum einrichtet, ein Zentrum für Demokratie vielleicht, an dem man also in bester Absicht der politischen Vitalisierung demokratischer Ideen nahekommt? ¹

Diese Frage kann man selbstredend nicht einem Ort aufbürden, der zwischen den politischen Fronten aufgerieben wird. Die Geschichte an sich, die mit dem Namen der Paulskirche verknüpft wird, taugt schwerlich für eine Selbstdeutung der demokratischen Gesellschaft. Sie benötigt insofern eine Tiefe der Auseinandersetzung in Richtung politischer Ideengeschichte und zugleich im Hinblick auf die Ikonen, die politische Ideen und Manifestationen begleitet haben.

¹ Zimmermann, Niklas: Bürger, habt Ihr Ideen? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04. Februar 2020, 11.

Wenn man die Ereignisse rund um die Frankfurter Paulskirche von 1848 auf einen Punkt bringen oder vielleicht in einer Erzählung zusammenführen will, dann bietet sich der Begriff der *Staatserzählung* an – ein vielschichtiger und komplexer Begriff, der nicht frei von Widersprüchen ist. Ebenso verhält es sich mit der historischen Situation jener Zeit: eine Fülle von dringenden politischen und sozialen Problemen standen zur Lösung an. Ein neues Parlament sollte alte Privilegien und ständische Traditionen überwinden, aus einem Bund souveräner Teilstaaten sollte ein Staatenbund entstehen. Neue Grenzen waren zu ziehen, territoriale, politische und auch soziale. Das Bürgertum hatte ein neues Selbstbewusstsein errungen, das sich zur Vollendung einer Revolution in der Lage sah. Welche Form einer Staatserzählung würde man dieser Zeit entnehmen wollen, wenn die Dinge doch im Grunde erst in der zeitlichen Streckung sichtbar würden? Die Geschichte, die sich auf den Ort der Paulskirche und das Datum von 1848 reduziert, wäre insofern vor allem ein Abbild einer diffusen Konstellation, mit ungelösten Konflikten und Rivalitäten. Ein Bild, dessen Signatur im Gegeneinander besteht: Klein- und Großbürger, Liberale, Demokraten, Arbeiter, und dies alles vor dem Hintergrund der europäischen Pentarchie mit Großbritannien, Russland, Österreich, Preußen und Frankreich.

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, weitere Denkmöglichkeiten, Perspektiven und Blickwinkel auf den Staat im Allgemeinen zu eröffnen, als die erwähnten. Es sollen Horizonte des Staatsdenkens umrissen werden, die sich an den altbekannten Erzählungen und den oft verwendeten Staatsbildern orientieren. Auf drei höchst unterschiedlichen Ebenen wird dem Phänomen Rechnung getragen: einleitend sollen Staatserzählungen in den Mittelpunkt rücken, ihre vermeintlich hinfälligen Sujets und ihre gegenwärtige Funktion (2). Ferner ist nach den Bedingungen zu fragen, die es erlauben, von einem politischen Wandel hin zur verfassungsgebenden Gewalt des Volkes zu sprechen. Welche Definition der Macht liegt den Narrativen des Staates zugrunde: Macht als selbstbezügliches Phänomen, das sich in Systemeigenschaften ausdrückt, oder Macht verstanden als hegemoniale Selbstwirksamkeit (3)? Beide Perspektiven führen auf die Frage zurück, unter welchen Voraussetzungen von staatlicher Souveränität überhaupt gesprochen werden kann. Und dies führt letztlich auf die abschließende Frage, worauf die Idee der Souveränität gegründet werden kann, wenn sowohl der Glaube eine erschöpfte Ressource zu sein scheint und wenn die überlieferten Staatserzählungen ihre Überzeugungskraft einbüßen. Die Antwort zielt in Richtung einer Souveränität, die letztlich auch mit starken Bildern einhergehen müsste (4).

2 Staatserzählungen

Der moderne Staat steht angeblich im Zwielficht. Je nach Blickwinkel werden Urteile abgegeben, die etwas über die Vitalität oder den Bedeutungsverlust des modernen Staates aussagen. Der Staat wird als Phänomen betrachtet, das mal als stark oder schwach, als unzeitgemäß oder zerfallend beschrieben wird; im engeren Sinn sei der europäische Nationalstaat ein Relikt vergangener Tage.²

Der Staat, um des hier geht, wurde bekanntlich in Europa „erfunden“. Zu seiner Erzählung zählte, dass er von einer Mehrheit der Gewaltunterworfenen geglaubt wurde, dass er seine Verfügungs- und Amtsgewalt mit Entscheidungs- und Organisationsfähigkeit zu verbinden wusste. Die Denkmuster, die der europäische Staat gefördert hat, gehen auf unterschiedliche Vergangenheiten in den europäischen Ländern und Regionen zurück. Aber das immer noch prägnante Bild des *souveränen Staates*, das diesen jeweiligen Entwicklungen zugrunde liegt, bleibt eine Denknwendigkeit, bei aller Kritik von Seiten der Politischen Philosophie³. Ohne in diesem Punkt in die Tiefe zu gehen, wäre die Frage zu stellen, unter welchen Bedingungen wir heute den Staat erkennen und anerkennen.

Dazu müsste man einleitend fragen, inwieweit überhaupt Erzählungen sinnvoll und notwendig sind. Grundlegend wird man zugestehen, dass politische Formen prinzipiell auf starke und überzeugende Narrative angewiesen sind. Sie bieten Möglichkeiten der Zukunftsorientierung, indem sie aufzeigen, welche politischen und sozialen Wege sich als überzeugend erwiesen haben in einer Welt immenser Komplexität. Erzählungen zeigen die „Gangbarkeit eines Weges“ auf; sie prägen das „kollektive Gedächtnis“, indem sie Ereignisse und Entscheidungen zugleich erinnern und bestätigen. Sie sind somit als Konstrukte zu begreifen, die Sinn stiften und als „politisch-kulturelle Wegweiser“⁴ im Unübersichtlichen dienen.

Erzählungen können von mindestens zwei Seiten betrachtet werden: von dem aus, der eine Geschichte erzählt, und von der anderen Seite, der Zuhörerschaft oder dem Publikum. Richten wir die Aufmerksamkeit zuerst auf den Autor bzw. die erzählende Autorität. Erzählungen ziehen Linien der Tradition bis in früheste Vergangenheiten; sie betonen etwas Gewachsenes, das nicht zur Disposition

2 Reinhard, Wolfgang: Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart. München Beck 1999, 440.

3 Schlichte, Klaus: Staatlichkeit als Ideologie. Zur politischen Soziologie der Weltgesellschaft. Hg.: Klaus-Gerd Giesen: Ideologien in der Weltpolitik. Wiesbaden: VS 2004, 149–167.

4 Münkler, Herfried: Auf der Suche nach einer neuen Europaerzählung. Hg.: Ders./Jürgen Kaube/Wolfgang Schäuble: Staatserzählungen. Die Deutschen und ihre politische Ordnung. Berlin: Rowohlt 2018, 169–197, hier 172.

steht. Der Charakter der Bindung und Verpflichtung speist sich aus der Breite der Darstellungen und Medien, die *vom Staate* erzählen. Solche Erzählungen können sich auf Geschichtswerke und Nationalliteratur, auf epische und lyrische Formen erstrecken. Sie werden nicht von oben her diktiert, sondern feierlich beschworen, durch „gebundene Sprache“ oder gar mit „musikalischer Begleitung“⁵. Erzählungen wollen Sinn stiften, weil sie zwanglose Überzeugungen ermöglichen, sie bilden das Imaginarium einer schützenden Gemeinschaft, einer verschworenen Einheit oder einer bedrohten Mitte.

Die Wirksamkeit einer Staatserzählung ist schwer unter Beweis zu stellen. Sie auf ein herausragendes Dokument zu beziehen, das der Erzählung in besonderer Weise nahekommt, wäre missverständlich. Exemplarisch sind die Zusammenhänge zwischen Staatserzählungen und der jeweiligen Kriegsbereitschaft zu nennen: Die Wege, die etwa zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs geführt haben, können die grundlegenden Aspekte der Wahrnehmungsformierung aufzeigen.

Welchen Stellenwert hat die erzählte Geschichte für die politische Kultur? Johannes Burkhardt beschreibt lange und kurze Wege in den Ersten Weltkrieg, die von historischen Signaturen zugänglich gemacht wurden⁶. In den rückblickenden Erzählungen vergangener Kriege wurden Sinnkonstrukte bereitgestellt, die die Entscheidung zum Kampf erleichterten und beschleunigten, ohne dass man einen Einzelnachweis einer bewussten Umsetzung erbringen könnte. Die Zusammenhänge um die Entstehung des Ersten Weltkrieges sind bekanntlich komplex: auf der Ebene der Handelnden erkannte man halbbewusste, gleichsam schlafwandlerische Dispositionen⁷. Diese dominante Lesart des Krieges rückt die Orientierungslosigkeit und die abgründigen Motive der Herrschenden in den Mittelpunkt. Damit werden profunde Analysen möglich, aber man übersieht dabei die Zentralstellung des Faktors „Geschichte“ in der politischen Kultur der Zeit. Man müsste – Burkhardts Reflexionen folgend – darüber hinaus fragen, inwiefern historische Erzählungen einen Raum in der Bewusstseinsformierung einnehmen. Wie stark prägen Erzählungen über vergangene Kriege gleichsam die Mentalität der Kriegsbereitschaft? In dieser vereinfachten Lesart reduzierte sich alles auf den Enthusiasmus, auf den überwältigenden nationalen Gefühlsausbruch, den man etwa im sogenannten Augusterlebnis erkennen wollte. Eine Zuspitzung, die der Vielschich-

5 Ebd., 178.

6 Burkhardt, Johannes: *Kriegsgrund Geschichte? 1870, 1813, 1756 – historische Argumente und Orientierungen bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges*. Hg.: Johannes Burkhardt/Jürgen Becker/Stig Förster/Georg Kronenbitter (Hg.): *Lange und kurze Wege in den Ersten Weltkrieg*. München: Ernst Vögel 1996, 9–87.

7 Clark, Christopher: *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*. Aus dem Englischen von Norbert Juraschitz. München: Deutsche Verlagsanstalt 2013.

tigkeit der Haltung zum Krieg im Bewusstsein der Betroffenen möglicherweise nicht gerecht wird⁸.

Aber: die Kriegsmentalität, die man nicht auf einzelne Verantwortliche reduziert, betraf doch eher eine Kultur im Ganzen, ein kollektives Gedächtnis einer Gemeinschaft, die sich in engen Bindungen zur eigenen Geschichte befand. Die Geschichtsschreibung hatte insofern einen überragenden Stellenwert: sie war ein Faktor in Sozialisation und Bildung, sie war in der Lage, Völker zu erziehen und eine Kultur zu beflügeln. Der kommende Krieg stand in der rückerinnernden Ordnung auf einer Linie der Kontinuität der Jahre 1870, 1813 und 1756: Drei Daten, die einschlägige Kriege bezeichnen, aber zugleich einen spezifischen Erfahrungsraum umranden. In der Synthese ergeben diese Daten Rückschlüsse auf historisch-kulturelle Erfahrungsräume, die sich in einer großen Erzählung verdichten lassen. Die vergangenen Kriege von 1864, 1866 und 1870 hatten ein bellizistisches Bewusstsein gefördert: Krieg war demgemäß kurz, lokal begrenzt, intensiv und vor allem siegreich. Die Tendenz in der Wendung zum Krieg war glorifizierend; sie stützte sich zudem auf einen „kriegsüberformten Reichsgründungsmythos, aus dem vertrauten Umgang mit dem Präventivkrieg nach dem Lehrstück Bismarcks und aus einer Kriegserwartung, die 1914 wider besseres Wissen militärisch wie politisch doch im Banne der siegreichen historischen Gründungskriege blieb.“⁹

Auch das Datum 1813 hatte einen vergleichbaren Einfluss. Der Widerstand gegen das Napoleonische Regime hatte sich fest in der deutschen Nationalgeschichte verankert; er galt als patriotischer Krieg gegen äußere Bedrohungen. Die liberalen und nationalen Bewegungen nahmen hier bekanntlich ihren Anfang. In der Rückschau fiel der Kriegsenthusiasmus mit der Erinnerung an die Befreiungskriege zusammen: der Geist von 1813 sollte mit dem Geist von 1914 zusammenwirken; erst nach einem Jahrhundert sollten die Freiheitskriege im bevorstehenden Ringen der Großmächte zur Vollendung gebracht werden. Die Semantik übertönte freilich alle politischen Realitäten. Denn der Rückbezug war gewissermaßen „gewagt“ und stark konstruiert. Die Kontinuitäten wurden beschworen ohne ein reales Fundament: 1813 ging es um eine Allianz gegen eine Hegemonialmacht, 1914 um das Ringen um die Vorherrschaft unter Gleichen. Die Koalitionen und Feindschaften waren jenseits des französischen Feindbildes schwerlich vergleichbar. Warum es trotzdem im Horizont der Zeitgenossen sinnvoll erschien, den kommenden Krieg mit dem vergangenen auf einer gedanklichen Linie zu verorten, wird erst aus dem patriotischen Sinnkonstrukt her ersichtlich. In der frühen Neuzeit des 17. Jahrhunderts waren es bekanntlich Söldner und Gewaltunternehmer, die das Bild des Krieges geprägt hatten. Die Idee, sich einem großen, sinnerfüllten Krieg hinzu-

⁸ Mombacher, Annika: Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg. München 2014.

⁹ Burkhardt, 1996, 36.

geben, war vergleichsweise neu. Das Sterben und Töten für das Vaterland hatte in den Befreiungskriegen den entscheidenden Impuls erhalten; erst seitdem gehörte das Aufgebot von Kriegsfreiwilligen und die Einführung einer allgemeineren Wehrpflicht zur Wirklichkeit des idealisierten, nationalstaatlich geprägten Krieges.

Das heroische Einstehen für die gemeinsame Sache der Nation führte bis in die frühe Neuzeit des friderizianischen Staates zurück. So weit hergeholt die Traditionen heute erscheinen mögen, so hatte der Siebenjährige Krieg einen Status als Geburtsstunde des deutschen Patriotismus¹⁰. Eine wiederum gewagte Historisierung, die das von den „Hand- und Geschichtsbüchern aufgenommene preußisch-kleindeutsche Geschichtsbild“¹¹ auf die deutsche Geschichte übertrug. So sehr dies nur durch elementare Auslassungen funktionieren konnte, so war wohl auch hier der militärgeschichtliche Gedanke vorrangig: der Mythos, der das siegreiche Überleben in einer Welt von Feinden begründete. Ein Mythos, der sich aus der Bedrohungsvorstellung der Einkreisung begründete und mit einer Mischung aus Angst und Machtstreben die entscheidenden geopolitischen Motive bereit stellte¹². Das Preußen von 1756 und der Beginn des Siebenjährigen Krieges galten in kühnen Konstruktionen als Träger der preußisch-deutschen Identität, die der erdrückenden Übermacht halb Europas entgegen stand.

In der Zusammenschau wird man behaupten dürfen: Staatserzählungen erscheinen hier als Kriegserzählungen. Nicht die einzelne große Erzählung, sondern das Panorama inmitten historiographischer Forschung, Schullektüre und Publizistik ergibt Hinweise auf ein historisches Bewusstsein. Verschiedene Motive wurden im Blick auf den bevorstehenden Krieg plausibel: das Vertrauen, das man einer militärischen Führung im Bewusstsein vergangener Siege entgegenbrachte und stärker vielleicht noch die Idee des Einsatzes des eigenen Lebens für eine höhere Sache – hier mit Bezug auf die Akteure des Krieges. Diese Motive legen es nahe, von einem engen Zusammenhang von Staat und Krieg auszugehen¹³. Aber die einseitige Interpretation, nach der moderne Staaten auf das Geschäft des Krieges angewiesen sind und sich demnach vor allem als Kriegsführungsstaaten auszeichnen, müsste doch erweitert werden. Denn die *Pathologie der Staatsraison* umfasst

10 Kunisch, Johannes: Friedrich der Große. Der König und seine Zeit. München: Beck 2004; Kessel, Eberhard: Friedrich der Große im Wandel der kriegsgeschichtlichen Überlieferung. In: Ders.: Militärgeschichte und Kriegstheorien in neuer Zeit, hg. v. Johannes Kunisch, Berlin 1987, 57–79.

11 Burkhardt, 1996, S. 54.

12 Faber, Karl-Georg: Zur Vorgeschichte der Geopolitik. In: Weltpolitik, Europagedanken, Regionalismus. Festschrift für Hans Gollwitzer. Münster 1982, 389–406.

13 Krippendorff, Ekkehard: Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1985; Friedrich Meinecke: Die Idee der Staatsräson. München und Berlin 1924.

natürlich das strategische geopolitische Kalkül, die Hinwendung zum machtpolitischen Erfolg. Aber sie müsste auch jene dunklen Motive erfassen, die den folgenden Krieg an jenen Abgrund brachte, den man die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts genannt hatte.

Der Gedanke, dass es lange Wege in den Krieg gibt, die sich vor allem auf Kriegserzählungen zurückführen lassen, ist hilfreich, um den Ersten Weltkrieg zumindest ein Stück weit zu verstehen. Zugleich deuten wir solche Erzählungen heute mit dem besseren Wissen der Nachgeborenen. Narrative haben ihre Höhepunkte und ihre Moden, sie stehen im Zentrum eines historischen Geschehens, sie bieten wirkmächtige Referenzen und Sinnkonstruktionen, die sich bis auf die Bereitschaft zum Töten und Getötetwerden erstrecken. Aber sie verblassen mit der Zeit so, wie auch das Gedenken an vergangene Kriege nachlässt.

Welche Erzählungen im Verhältnis von Staat und Krieg ließen sich demgegenüber heute noch begründen? Das gemeinsame Erbe von Ruhm und Reue, die gemeinsam vergossenen Tränen, erlittenes Leid und geteilte Freude, an die einst Ernest Renan dachte¹⁴, als er von der Imagination der Nation schrieb, ist Teil einer Vergangenheit, der wir heute distanziert gegenüberstehen. Erzählungen, die dem nationalen Staat mit dem Pathos des aktiven Opfers oder des passiven Erduldens nahestanden, haben heute natürlich nur noch schwache Bindungskräfte. Andere Erzählungen treten in den Mittelpunkt, die selbstredend nicht mehr auf den Linien der isolierten Nationalgeschichte verortet sind, Erzählungen, die sich auf neue soziale und politische Horizonte erstrecken. In Frage stünde etwa, so Herfried Münkler¹⁵, eine neue Europaerzählung, die sich nicht mehr an den Symbolen und Ritualen der nationalen Loyalität orientierte. In den Jahrzehnten nach 1945 waren es bekanntlich Narrative des zukünftigen Friedens und des Wohlstandes, die politischen Sinn versprechen konnten. Europa wäre demnach ein Hort des Friedens, von dem im Gegensatz zu früheren Zeiten das Versprechen auf Gewaltlosigkeit ausginge.

Doch auch diese Narrative haben ihre Höhepunkte hinter sich – und so scheinen sich gegenwärtig neue Deutungskämpfe um eine sinnstiftende und überzeugende Europaerzählung zu entwickeln. Worauf diese sich berufen können, ist zu fragen – Münkler erkennt hier mit guten Gründen die Gefahr einer schleichenden Entpolitisierung und plädiert für ein geschlossenes Europa, das die Rolle des „Global Player“ übernimmt¹⁶. Mit ebenso guten Gründen könnte man fragen, welche orientierende Erzählung der Revolution von 1848 entnommen werden könnte.

¹⁴ Renan, Ernest: Was ist eine Nation? Rede am 11. März 1882 an der Sorbonne. Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 1996.

¹⁵ Münkler, 2018, 189–196.

¹⁶ Ebd., 192.

Auf den ersten Blick wird man hier fündig: denn der Weg zur Paulskirche war ja bekanntlich ein langer Weg des Werdens einer politischen Nation mit revolutionärem Anstrich, der dem Willen einer bürgerlich-liberalen Mehrheit entsprach. Könnte man also jene Elemente aufgreifen, die gewissermaßen den „eigentlichen Geist“ der Revolution zum Ausdruck brachten? Wäre an die Geburtsstunde der deutschen Parteien anzuknüpfen, an die Entfaltung einer Interessenartikulation, die nach Öffentlichkeit verlangte, die sie bislang nicht erfahren konnte? Wäre eine solche Erzählung von 1848 in jenem Moment richtig erfasst, der die Errichtung einer sozialen Republik ins Zentrum und sich damit in die Kontinuität der politischen Revolutionen der Neuzeit stellt?

Es wäre eine Erzählung mit starken und durchaus aktuellen Motiven. Denken wir an die langatmigen Grundrechtsdebatten, die man in einen verbindlichen Katalog von Menschen- und Bürgerrechten nach dem französischen und amerikanischen Vorbild überführen wollte: es ging um elementare Rechte, aber zugleich um die Frage, wie man die errungene Macht im bestehenden Staat erhalten könnte.

So überzeugend diese hellen Motive hier erscheinen – so blenden sie doch Teile eines Geschehens aus, das eine komplexere Herangehensweise benötigt. An den Enthusiasmus und die Erwartungen der Nationalversammlung anzuknüpfen, wäre Teil einer jener Erzählungen, die sich mit guten Gründen auf das *Werden einer souveränen Nation* besinnen. Aber es wäre eine jener großen Erzählungen, deren Geltung Jean-Francois Lyotard und andere bereits vor Jahrzehnten in das Zwielicht der Postmoderne gestellt haben¹⁷. Demgegenüber wäre der Begriff der Souveränität aufzugreifen, der mehr als nur eine Perspektive und somit mehr als nur ein Narrativ benötigt.

3 Souveränität im Zwielicht

Ein schwieriger Begriff, der eine Fülle historischer Anschlüsse nahelegt: die Volkssouveränität. Der Vorgang der demokratischen Verfassungsgebung hat einen historischen und rechtlichen Stellenwert, den niemand abstreiten kann. Aber mit welchen narrativen Mitteln können die Geschehnisse erfasst werden, mit denen eben diese hochwertige politische Idee in eine wirksame Maxime umgeformt wurde? Dabei sollte es nicht um falschen Idealismus gehen oder um ein einseitiges Bild, das die Realität der gesellschaftlichen Machtverhältnisse unterläuft. Aber immerhin um eine Haltung und eine Perspektive auf die faktischen Weltläufte.

¹⁷ Lyotard, Jean-François: Das postmoderne Wissen. Wien: Passagen 1994.

Dazu müsste man freilich nach den Bedingungen fragen, die es erlauben, von einem politischen Wandel hin zur verfassungsgebenden Gewalt des Volkes zu sprechen. Solche Bedingungen zielen auf eine Definition der Macht; Macht als selbstbezügliches Phänomen, das sich in Systemeigenschaften ausdrückt; oder Macht, verstanden als hegemoniale Wirksamkeit, als der Moment der faktischen Durchsetzung und Entscheidung.

Revolutionen, die neue Verfassungen hervorbringen, sind meist als dramatische historische Zäsuren erkennbar. Solche Zäsuren gehen mit starken Bildern einher. Menschen bevölkern die Straßen und üben Druck aus; in den verfassungsgebenden Versammlungen wird gleichsam Geschichte gemacht; neue Rechte werden in stürmischen Debatten gefordert oder verteidigt. Geschichte wird aktivisch, sie wird von jenen gemacht, die sich einer großen Idee verschrieben haben. Es ist ein schönes Panorama im historischen Bildersaal. Aber es stimmt kaum mit jenem Blick überein, der im Element der verfassungsgebenden Gewalt ein gleichsam autologisches Manöver erkennt. Wer steht hinter der dramatischen historischen Zäsur der Umstellung auf moderne Verfassungen? Wer hat die großen Ideen der Aufklärung in politische Praxis übersetzt und sich in langwierigen Kämpfen um politische Anerkennung aufgegeben, um schließlich dem prozeduralen Verfassungsbegriff der Aufklärung zur Gestaltwerdung zu verhelfen? Sind es die großen Männer, die angeblich Geschichte machen, mit jener Atemlosigkeit und Gewalt, die seit jeher zu den historischen Umbrüchen dazugehörten? Oder handelt es sich um ein selbstläufiges Geschehen, in dem die Verfassung und die verfassungsgebende Gewalt einander bedingen? Die eigentlichen Akteure der Verfassungsgeschichte, so Niklas Luhmann, seien die Codierungen von Recht und Unrecht¹⁸. Die Geschichte politischen Wandels inklusive der Verfassungsrevolutionen kommt nicht in dem Bild zu sich, das im Allgemeinen überliefert wird: dass eine Menge von Akteuren in konkreten Situationen eine neue politische Wirklichkeit hervorbringt. Sondern eher in dem Bild, in dem ein kreisförmiges Geschehen der Selbstreferentialität bestätigt wird. Verfassung und Staatssouveränität genügen diesem Bild der selbstgenügsamen, systemischen Mechanik.

Eine andere Signatur, die einer vergleichbaren Radikalität entspricht, erkennt man im Blick auf die Situation des Ausnahmezustands. Von Carl Schmitt bis zu den Reflexionen von Giorgio Agamben erstreckt sich ein Denken, das die Beherrschung des Ausnahmezustands als Ausweis der Souveränität identifiziert. Souveränität – der Begriff bleibt hier freilich undeutlich und missverständlich. Sowohl in Carl Schmitts „Politischer Theologie“ als auch bei Agambens Theorie der Mo-

¹⁸ Luhmann, Niklas: Verfassung als evolutionäre Errungenschaft. In: Rechtshistorisches Journal 9, 1990, 176–220; Ders.: Das Recht der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1994.

derne heißt Souveränität äußere Exekutivgewalt¹⁹. Die Rechtsordnung reduziert sich auf den Moment der Gewaltanwendung, der zwangsläufig aus den Bestimmungen der Ausnahme resultiert. Bei Schmitt war es bekanntlich der Moment des Souveräns, der sich auf nichts anderes als die politische Deziision beruft. In der Stunde der Exekutive werden alle Reden und alle Diskursivität hinfällig. Alle Legitimierung und Erzeugung des positiven Rechts bestünden demnach in einer fatalen (oder eben praktischen) Abhängigkeit der einmal ergriffenen Herrschaft. Es sind Perspektiven, die anders als bei Luhmann das staatliche Gewaltmonopol in einer tendenziösen Lesart auf die exekutive und administrative Herstellung von Sicherheit und Ordnung zurückführen – entweder als Kritik oder als Parteinahme der Macht. Übersehen wird mit fatalen Folgen hier wie dort der ursprüngliche Zusammenhang von Freiheitsrechten und Volkssouveränität, der ursprünglich (und weiterhin) die Bindung der Staatsapparate an das demokratische Gesetz verlangt. Seit Kant ist das demokratische Recht nur dann richtig verstanden, solange weder die Freiheit der Individuen noch das demokratische Prinzip der Selbstgesetzgebung in Frage gestellt wird²⁰.

Diese demokratiethoretische Errungenschaft ist komplex und voraussetzungsreich – und in den erwähnten Bildern nur unzulänglich erfasst. Es handelt sich weder um einen selbstbezüglichen Prozess, der weit entfernt von einem „Publikum“ stattfindet, auch wenn die Verselbständigung politischer Prozesse heute natürlich ein virulentes Thema ist. Es handelt sich bei dem Motiv der Souveränität auch nicht um eine Gewalt, die sich allen anderen Sphären des Rechts widersetzen kann – auch wenn die faktische Gewalt in den Sphären der internationalen Beziehungen immer nachweisbar ist. Souveränität wird dann pervertiert, wenn sie die ursprünglichen Quellen der demokratischen Gestaltungsmacht verdunkelt. Agambens Kritik an der Wirklichkeit ist damit natürlich nicht widerlegt und soll auch nicht bestritten werden; die Vermutung, dass der Ausnahmezustand längst zum Signum moderner Staaten geworden ist, lässt sich mit wenigen Andeutungen belegen. Aber auch hier bleibt die Frage, wieviel gewonnen ist, wenn wir die Existenz rechtsfreier Räume als die eigentliche Erscheinung einer Souveränität benennen, deren Herkunft und Bestimmung verdunkelt bleiben.

Die Frage bleibt also bestehen, wer sich mit welchem Recht als „souverän“ bezeichnen darf – und inwiefern wir unter Umständen auf jenen Moment in der

19 Schmitt, Carl: Politische Romantik. Berlin 1925; Ders.: Der Begriff des Politischen. München 1932; Ders.: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität. Berlin 1934 (1922), Agamben, Giorgio: Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2002; Ders.: Ausnahmezustand. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2004.

20 Maus, Ingeborg: Über Volkssouveränität. Elemente einer Demokratiethorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2011, 22–44.

Paulskirche verweisen dürfen, in dem – idealistisch formuliert – ein historischer Transformationsprozess vollendet wurde; in dem also die Wahrnehmung der Menschenrechte und die Etablierung einer Öffentlichkeit mit dem gesetzgebenden Willen des Volkes zusammengeführt werden sollte.

4 Wer ist souverän?

Unter welchen Voraussetzungen können wir Geschichte erzählen? Geschichte ist eine kulturelle Praxis des deutenden Umgangs mit Vergangenheit. Als Inbegriff aller Formen, Inhalte und Funktionen kultureller Praxis eröffnet die Historie einen Bedeutungsraum, in dem Menschen sich ihrer Vergangenheit zuwenden. Die Zeit begegnet den Menschen freilich in zweifacher Weise: in realen Veränderungen, die gedeutet werden müssten und in Form einer inneren „Erstreckung ihres Bewusstseins“, das von starken mentalen Kräften bedingt wird. Realer Wandel und subjektive Bedeutung fließen ineinander; sie nehmen die Form einer „sinnträchtigen“ und „handlungsleitenden Vorstellung eines Zeitverlaufs“²¹ an. Solches geschichtliche Bewusstsein umgreift Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, es ist sowohl normativ als auch empirisch ausgerichtet. Es ist insofern ein eigenständiges „Denkgebilde“²², das Orientierung in der Zeit organisiert.

Nach der Zeit der großen Weltbilder, die Geschichte im Horizont eines großen Anderen verortete, hat sich bekanntlich ein Gespür für das Individuelle und Besondere in der Geschichte entwickelt, das sich dem teleologischen Denken wie auch den allgemeinen Gesetzgebungen entzieht. Geschichte zu erzählen, heißt seitdem: die historische Relevanz einer Vergangenheit mit einer narrativen Struktur zu verbinden. Die Zeit der Geschichte kann etwa für P. Ricœur oder H. White als literarische Form entbunden werden²³.

Der einschlägige Streit um die literarischen Formen der Geschichtsschreibung soll hier nicht aufgewärmt werden. Hilfreich und produktiv erscheint aber der Gedanke, dass wir vergangenen Ereignissen eine narrative Form auferlegen und sie als einen narrativen Diskurs darstellen können. Verbunden mit der Frage nach *politischer Souveränität* ergibt sich hier die Chance, Geschichte in eine narrative Figur zu überführen, die welterschließende und handlungsermöglichende

²¹ Rösen, Jörn: Kann gestern besser werden? Zum Bedenken der Geschichte. Berlin: Kadmos 2003, 111.

²² Ebd.

²³ Ricœur, Paul: Zeit und Erzählung. 3 Bände: München: Fink, 1988–1991; White, Hayden: *Meta-history. Die historische Einbildungskraft im 19. Jahrhundert in Europa*. Frankfurt am Main: Fischer 1991.

Deutungen eröffnet. Kein unmittelbarer Handlungsentwurf wird sich aus dem deutenden Rückgriff einer Erzählung ergeben, aber ein erweiterter Raum von Orientierungsmöglichkeiten.

Zur Souveränität zählen formal betrachtet Begriffe wie Legitimität, Vertrag und Sicherheit. Die Frage nach Souveränität legt viele Anschlüsse nahe, darunter die Frage nach der legitimen Herrschaft Beherrschter. In einem erweiterten Sinne geht es aber um Verhältnisse, die als formales Verfahren nur ungenügend erfasst werden. Ob Verträge eingehalten und Herrschaft bestätigt wird, ob Gewaltfreiheit praktiziert wird und Regeln beachtet werden, hat mit dem engen Verhältnis von Sprache und Gefolgschaft zu tun.

Wer sich demnach als souverän bezeichnen will, hat nicht nur mit der Autorität einer übergeordneten, gewaltfähigen Macht zu tun. Die Erzählungen des Staates in traditioneller Perspektive sehen in der Drohung des Bürgerkriegs das entscheidende Motiv zur Legitimierung des gewaltmonopolisierenden Staates. Der religiöse Bürgerkrieg, den die Philosophen des 17. Jahrhunderts noch vor Augen hatten, hatte den Schrecken einer Gewaltsituation hervorgebracht, in dem nicht mehr zwischen Gut und Böse, dem Wunsch nach Frieden und dem Willen zu Macht unterschieden werden konnte. Erst im neuzeitlichen Staat, der den Glauben und damit das Gift des Fanatismus in den Bereich des Privaten abdrängte, konnte diese Ordnung wieder errungen werden. Für Thomas Hobbes galt bekanntlich, dass die politische Vernunftmoral des Gewaltverzichts sich nur in der Errichtung eines Staates erfüllen konnte. In der Todesangst flüchten die Menschen in ein sanktionsgestütztes Gehäuse, jenen irdischen Staat, der das Leben der Menschen verlängert – zum Preis des unbedingten Vorrangs des Staatsinteresses.

Der furchteinflößende Staat, der in so wirkmächtigen Bildern präsentiert wurde wie im Frontispiz des Leviathan, hat gegenwärtig natürlich ein andere Gestalt. Er rechtfertigt sich *heute* natürlich nicht mehr bloß durch seine Gewaltfähigkeit, sondern immer auch durch Sprache, Diskursivität, den rationalen Austausch von Argumenten. Im modernen Staat geht es um friedliche, sprachlich vermittelte Formen der Auseinandersetzung. Aber er lebt bekanntlich von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann (W. Böckenförde) und muss in bestimmter Hinsicht die Sphären des kommunikativen Diskurses überschreiten.

Wer souverän ist, entscheidet mit Bildern – so beantwortet Horst Bredekamp in unerwarteter Diktion die gegenwärtigen Herausforderungen des Staates. Heute hat der Staat mit Problemen zu kämpfen, die nicht im Vertrauen auf die „höhere“ Gewalt des Souveräns als den Inhaber der Gewaltmittel²⁴ – aufgehen. Bredekamp

²⁴ Dabei ist die Moderne gewissermaßen angetreten, um die Evidenz des Vertrauens zu festigen. Zwischen Vertrauen und Gewaltlosigkeit bestehen bekanntlich enge Verbindungen. Eine emin-

weist darauf hin, dass in postmodernen und postheroischen Gesellschaften staatliches Handeln mit Texten und Bildern einher gehen muss, um politisch-ethische Resonanz zu erzeugen. Zu einem umfassenden Begriff von Politik „gehören unabdingbar auch die Simulakren des Körpers und der Gestaltung: Bilder im weitesten Sinne.“²⁵

Der Gedanke kann mit Gewinn auf die hier interessierende Frage angewendet werden, in welcher Form man an die Ereignisse in der Paulskirche anknüpft. Welche Erzählung ließe sich nach allem, was bisher aufgezeigt wurde, als lebensdienlich erweisen? Eine Staaterzählung, die sich auf den Moment des Vertragsschlusses zwischen Herrscher und Beherrschten fixiert, ist offensichtlich unzureichend. Die Menschen auf dem Frontispiz des Leviathans versammeln sich im Augenblick des Vertragsschlusses, um den Kampf aller gegen alle zu beenden. Sie tun dies freilich in einer Form der vertikalen Demut und richten ihr Haupt auf jene Autorität, die in paradoxer Weise das Ganze verkörpert²⁶. Die Macht wird bekanntlich in diesem Bild ein für allemal abgetreten. Die Autorisierung wird zwar vom Volk ausgeführt, aber sie ist fragil. Daher bedarf jeder Vertragsschluss der Überzeugungskraft, die nicht allein von Worten, sondern vom Waffenbesitz oder von starken Bildern ausgeht²⁷. Dieser Staat verbleibt also in der Dimension des autoritativen Gründungsakts: man benötigt Gewaltbereitschaft, um Gewalt einzudämmen, sichtbare Macht, um Verträge zu sichern; man benötigt ferner die visuelle Präsenz, um dem drohenden Bürgerkrieg wirksam entgegen zu treten. Der politische Körper bleibt das riesenhafte Kunstwesen, das sich nur über das ewige Spiel von Macht und Gegenmacht definiert.

Bilder, die sich auf die Darstellung eines ins Riesenhafte gesteigerten Organismus konzentrieren, oder Bilder, die als technische Apparaturen den Maschinenvorstellungen des Materialismus vergangener Zeiten entstammen, bringen frei-

te Konstellation der Moderne gehört mittlerweile zum alltäglichen Sprachgebrauch. Wir sind als Bewohner einer weitgehend befriedeten Region an den wechselseitigen Gewaltverzicht gewöhnt. Jede Begegnung und jede Auseinandersetzung, die wir ohne Gewalt erfahren können, bringt uns dem Ideal ein Stück weit näher, so Jan Phillip Reemtsma in: *Vertrauen und Gewalt*. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne. Hamburg: Sigma 2006. Dieses Vertrauen kann natürlich erschüttert werden, es ist fragil und wird bei jeglichem Gefühl der Bedrohung ausgesetzt.

25 Bredekamp, Horst: *Der Bildakt*. Frankfurter Adorno Vorlesungen 2007. Neufassung, Berlin: Wagenbach 2015; Ders.: *Souverän ist, wer mit Bildern entscheidet*. Hg.: Grit Straßenberger und Felix Wassermann: *Staaterzählungen. Die Deutschen und ihre politische Ordnung*. Berlin: Rowohlt 2018, 127–149.

26 Skinner, Quentin: *Die drei Körper des Staates*. Aus dem Englischen von Katrin Wördemann. Göttingen: Wallstein 2012.

27 Bredekamp, Horst: *Der Bildakt*. Frankfurter Adorno Vorlesungen. Berlin: Klaus Wagenbach 2007, S. 194–198.

lich nicht die Handlungszusammenhänge zum Ausdruck, die wir als geschichtliche und somit als erinnerungswürdige bezeichnen dürfen. Unter welchen Eindrücken die Teilnehmer an der Frankfurter Nationalversammlung oder die Straßenkämpfer in Berlin Geschichte schreiben wollten – es waren Ereignisse, die nicht in einem sozialtechnologischen Bild aufgehen. Es bedarf weiterer Erzählungen und Signaturen, die unmittelbar an einem Verständnis menschlicher Praxis ansetzen. Das eigentliche Motiv, das erinnerungswürdig erscheint, liegt nicht im Moment der Macht oder im Bild einer technischen Apparatur, sondern im Blick auf die humane Funktion gesellschaftlicher Institutionen. Damit wird nicht behauptet, dass die Elemente demokratischer Verfahren – sprich Souveränität, Wahlrechte, Unabhängigkeit der Gerichte oder der Ausschluss von Willkürherrschaft – in einen linearen Zusammenhang zu bringen sind. Sondern eher um den kritischen Schnittpunkt zwischen formalen Einsichten und der Praxis konkreter Handlungsträger. Die Grundgehalte der Aufklärung waren bekanntlich in starke Argumente überführt worden; die Perspektiven der Menschen- und Bürgerrechte waren als Vokabular bereits verfügbar. Aber das entscheidende Motiv findet sich vermutlich erst im Blick auf die endlichen, fragilen und kontingenten Bedingungen der politischen Auseinandersetzungen. Vermutlich „bleibt“ der Memoria weder ein starkes, imposante Bild, das die formale Prozedur abbilden würde noch eine alles überstrahlende, große Erzählung, die vom einmaligen Akt einer revolutionären Tat ausgeht. Es wäre vielmehr die faktische Bejahung einer politischen Praxis, in der täglichen „Konfrontation und Penetration der in ihren Mängeln erfahrenen gesellschaftlichen Wirklichkeit“²⁸, die kaum in ein einzelnes Bild zu überführen ist, aber ihre Geltungskraft nach wie vor unter Beweis stellt.

28 Rentsch, Thomas: Die Konstitution der Konstitution. Rechtsphilosophische Bemerkungen zur Legitimation des Grundgesetzes. In: Ders.: Negativität und praktische Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2000, 129–151, hier 134.

Frank Lorenz Müller

Die Paulskirche auf der „Bahn der Macht“

Nationalstaatsgründung und imperiale Ambitionen in der deutschen Revolution von 1848/1849

Die Revolution von 1848 spielt eine wesentliche Rolle in einigen Großinterpretationen zum Verlauf der deutschen Geschichte in der späten Neuzeit. Von besonderer Bedeutung ist sie für diejenigen, die sich auf die angeblichen Abweichung Deutschlands von einer vermeintlichen westlichen Norm kaprizieren. Der britische Historiker Alan J. P. Taylor hat 1848 einmal den Wendepunkt genannt, an dem Deutschland es versäumte, sich zu wenden und diese Unterlassung als die Essenz der Revolution bezeichnet.¹ Als Folge sollen sich die Deutschen in ihrer darauffolgenden Entwicklung vom Westen abgekehrt haben. Aus der Sicht der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts offenbarte sich diese angebliche Abkehr als defizitär. Die Flamme der Freiheit hätte 1848/1849 in Deutschland nicht so hell gebrannt, dass es zu einer wirklichen Umwälzung gekommen wäre. Der Respekt vor dem gewählten nationalen Parlament sei so gering gewesen, dass man es bald aufgegeben und verlacht hätte. Die Ehrfurcht vor den Thronen und der Obrigkeit hätte hingegen eine so gewaltige Wirkung entfaltet, dass die Deutschen am Ende vor ihnen gekuscht hätten. Letztlich erschien der Untertanenverstand der Deutschen so beschränkt, dass sie die im Herbst 1848 in Berlin einziehenden Truppen des Generals Wrangel freudig begrüßten.²

Aufgrund der Fokussierung darauf, welche vermeintlich oder tatsächlich politischen Aspekte der politischen Modernisierung des Westens in Deutschland gefehlt hätten, haben Historiker den Blick auf die Übereinstimmungen mit dem Westen über lange Zeit vernachlässigt. Zum einen ist hierbei festzustellen, dass bedeutende, als fortschrittlich-westlich verstandene Politikphänomene in Deutschland im Revolutionsjahr 1848/1849 durchaus vorhanden waren. Etwa die weit in ländliche Räume ausgreifende Fundamentalpolitisierung oder die rasante Erweiterung und Ausdifferenzierung der medial vermittelten Öffentlichkeit. Sol-

¹ Taylor, Alan J. P. *The Course of German History*. London: Hamish Hamilton, 1945, 68.

² Zur Kritik an diesem Interpretationsmodell siehe vor allem Blackbourn, David, und Geoff Eley. *The Peculiarities of German History. Bourgeois Society and Politics in Nineteenth-Century Germany*. Oxford: Oxford University Press, 1984.

che Aspekte der Revolution von 1848/1849 in Deutschland hat die neuere Forschung inzwischen prägnant herausgearbeitet.³

In diesem Beitrag richtet sich das Interesse jedoch auf eine weitere Beobachtung: auf einen Politikbereich, in dem sich die deutschen Revolutionäre von 1848/1849 (einschließlich der Parlamentarier in der Frankfurter Nationalversammlung) durchaus an den damals gängigen und von Zeitgenossen als vorbildhaft verstandenen Mustern moderner westlicher Politikmodelle orientiert haben. Allerdings handelt es sich dabei um einen Bereich, der aus heutiger Sicht eher anrühlich wirkt: um Imperialismus, Kolonialismus und Flottenpolitik.

Wenn man einigen gängigen Interpretationen zur deutschen Geschichte im langen neunzehnten Jahrhundert folgt, hätte ein im Jahr 1848/1849 von deutschen Liberalen, Nationalisten und Revolutionären betriebener Imperialismus eigentlich gar nicht existieren dürfen. Vor dem angeblichen Machtverzicht des Bürgertums in den Jahren 1848/1849 und 1866–71 galten diese Kräfte zwar als schwach, aber doch als emanzipatorisch und oppositionell. Der deutsche Nationalismus soll einen Funktionswandel von linker Opposition und Partizipationseinforderung zu rechter Systembefestigung und außenpolitischer Aggression durchlaufen haben.⁴ Der deutsche Imperialismus – zusammen mit seinem Streben nach einer Schlachtflotte und einem kolonialen Platz an der Sonne – wurde gänzlich einer Bismarckschen oder später Wilhelminischen Strategie zugeordnet. Diese soll, „von oben“ geleitet worden sein und sozialimperialistische, wahlkampfaktische oder wirtschaftspolitische Motive verfolgt haben – zugunsten der herrschenden Eliten und in Komplizenschaft mit einer feudalisierten, verführten, bürgerlichen Mittelschicht.⁵ Dafür habe das Bürgertum seine eigentlichen liberalen Ideale verkauft; eben jene Ideale, an deren Verwirklichung der damals noch unbefleckte liberale deutsche Nationalismus 1848 gescheitert war.

Im Gegensatz zu diesen sorgfältig argumentierenden historiographischen Interpretationen steht der klare Befund, dass in den liberalen und nationalen Diskursen des deutschen Vormärz ein intensives und positives Engagement mit den Themen Imperialismus, Kolonialismus und Seemacht stattfand und dass diese Ideen während der Revolution von 1848/1849 zu einem Höhenpunkt gelangten. Im

³ Umfassender Forschungsüberblick bei Hachtmann, Rüdiger. *Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Revolution von 1848/49*. Tübingen: Edition Diskord, 2002.

⁴ Winkler, Heinrich August. „Vom linken zum rechten Nationalismus. Der deutsche Liberalismus in der Krise von 1878/79“. *Geschichte und Gesellschaft* 4 (1978): 5–28.

⁵ Wehler, Hans-Ulrich. *Das deutsche Kaiserreich 1871–1918*. Göttingen: Vandenhoeck und Rupprecht, 1973, 171–181.

Treibhaus der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt wuchsen diese Ideen besonders schnell heran.⁶

Die imperialen Ideen, die im deutschen Vormärz Verbreitung fanden, kreisten um drei miteinander verzahnte Themen: Erstens ging es um den Aufbau einer deutschen Volkswirtschaft – einer „Nationalen Ökonomie“ –, die durch imperiale Rohstoffquellen und überseeische Absatzmärkte verstärkt und ergänzt sein würde. Diese Ambitionen wurden besonders von Friedrich List vertreten, für den gerade der Blick auf die überlegenen Wirtschaftsmächte der Zeit – vor allem auf Großbritannien – prägend war. Am Erfolg des Inselreiches glaubte man direkt ablesen zu können, wie sehr Nationen wirtschaftlich von ihren imperialen Netzwerken profitierten. „Bei der Theilung der neuen Welt war unser dichtendes und denkendes Volk zu spät erschienen“, resümierte der als Experte in Fragen des Kolonialhandels ausgewiesene Leipziger Ökonom Wilhelm Roscher 1848. „Dieses Ausgeschlossenheit hat natürlich für alle volkswirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands die nachtheiligsten Folgen gehabt.“⁷

Ein zweiter Themenbereich betraf die Auswanderung. Aus der öffentlichen Diskussion über dieses Phänomen entwickelte sich ein veritabler „Migrationskolonialismus“⁸, der im Verlauf der 1840er Jahre in Fahrt kam und publizistische Wellen schlug. Eine vor allem aus wirtschaftlicher Not geborene Massenauswanderung aus dem Deutschen Bund nach Übersee beschleunigte sich in den 1830er Jahren. Während in den 1820er Jahren im Durchschnitt nur etwa 2.000 Deutsche pro Jahr die Heimat verließen, wuchs die Zahl im darauffolgenden Jahrzehnt auf 14.500. In den 1840er Jahren, einer Dekade, die von Hunger und Not geprägt war, schnellte die Zahl der Auswanderer auf über 40.000 pro Jahr hinauf und erreichte 1847 gar mehr als 80.000.⁹ In der publizistischen Diskussion wurde die Auswanderung als Zeichen der Schwäche der deutschen Nation verstanden, nicht zuletzt

⁶ Dieser Beitrag fasst die Ergebnisse meiner früheren Arbeiten zusammen; siehe Müller, Frank Lorenz. „Der Traum von der Weltmacht. Imperialistische Ziele in der deutschen Nationalbewegung von der Rheinkrise bis zum Ende der Paulskirche“. *Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft* 6 (1996/97): 99–183. Grundlegend hierzu Fenske, Hans. „Imperialistische Tendenzen in Deutschland vor 1866. Auswanderung, überseeische Bestrebungen, Weltmachtträume“. *Historisches Jahrbuch* 97/98 (1978): 336–383. Wichtige neue Impulse zu diesem Thema gibt Fitzpatrick, Matthew. *Liberal Imperialism in Germany: Expansionism and Nationalism, 1848–1884*. New York: Berghahn Books, 2008.

⁷ Roscher, Wilhelm. „Nationalökonomische Ansichten über die deutsche Auswanderung“. *Deutsche Vierteljahrschrift* (3/1848): 98–99; zum weiteren Thema, siehe Müller, 1996/97, 121–127.

⁸ Smith, Woodruff. *The Ideological Origins of Nazi Imperialism*. New York/Oxford: Oxford University Press, 1986.

⁹ Marschalck, Peter. *Deutsche Überseewanderung im 19. Jahrhundert*. Stuttgart: Klett, 1973, 35–37.

aufgrund der Unfähigkeit des Vaterlandes – beziehungsweise der vielen kleinen Vaterländer –, die Landeskinder in Übersee vor Ausbeutung und Unheil zu bewahren. Viele Gräueltgeschichten über das Schicksal verratener und verkaufter Emigranten machten die Runde. Es gab zwar einige Stimmen, die den alljährlichen Aderlass als ein „soziales Sicherheitsventil“ begrüßten, das dem Land in harten Zeiten die Ernährung vieler hungriger Mäuler ersparte. Die überwiegende Reaktion auf die steigenden Auswandererzahlen war jedoch besorgt. Man beklagte den Verlust an Volkskraft, den jährlichen Blutzoll, der den Körper der deutschen Nation schwächte, und zwar zugunsten anderer Nationen, deren Kolonien nun von der Arbeitskraft und dem Geschick deutscher Auswanderer profitierten.¹⁰

Als Lösung für diese Problematik kam bald der Gedanke von deutschen Siedlungskolonien ins Gespräch. Die Pflanzung deutscher Siedlungen in Übersee versprach hier auf mehrfache Weise Abhilfe: die sicheren Ankunftsorte würden einen effektiven Schutz für Auswanderer bewirken; umgeben von Landsleuten würden die Auswanderer ihre nationale und kulturelle Eigenart – ihr Deutschtum, wie es damals hieß – bewahren und keine Ausländer werden. Zudem würden die deutschen Tochter-Kolonien durch ihren Handel und ihre Bindung an Deutschland das Vaterland bereichern und seinen Einfluss über die ganze Welt verbreiten. So würde sich die deutsche Nation an die Seite der anderen Großmächte stellen, die man damals bewundernd analysierte. In der „Allgemeinen Zeitung“ aus Augsburg, der damals wohl renommiertesten deutschen Zeitung mit überregionaler Bedeutung, hieß es etwa 1841:

Wer sich in Gedanken um ein Jahrhundert vorwärts versetzen will, wird sich leicht ungefähr vorstellen können, welche Rolle in jener Zeit die englische, französische und deutsche Rasse in der Welt spielen werden, wenn sie fortfahren zu handeln wie gegenwärtig. [...] Deutschland könnte Jahrhunderte lang sein Herzblut ausgießen, ohne dass es in einen anderen Welttheil ein neues Deutschland gründete. [...] Es ist daher hohe Zeit, dass Deutschland anfangs sich auszubreiten und die Basis neuer deutscher Völker zu legen.

Während Frankreich, England und Russland die Welt aufteilten, klagte dasselbe Blatt einige Jahre später, „gelten die Deutschen auf dem Erdball nichts. Denn sie sitzen träumerisch zu Hause und sehen beschaulich zu wie andere Nationen ganze Erdtheile für sich in Besitz nehmen.“ Dabei hatte das Blatt schon zu Beginn des Jahrzehnts ganz klar auf die Lösung hingewiesen: „Nach einer eigenen deutschen Colonie wäre die planmäßige Auswanderung ohne Zweifel am leichtesten und sichersten anzuordnen.“¹¹

¹⁰ Müller, 1996/97, 109–115.

¹¹ Allgemeine Zeitung, Nr. 145, 25.5.1841, Beilage, 1153–1154; Nr. 237, 26.8.1845, Beilage, 1889; Nr. 193, 11.7.1840, Beilage, 1529.

Für solche Kolonien benötigte man geeignete Siedlungsräume, und die Suche danach wies den Blick auf Landstriche, die noch zu haben schienen. Unbekümmert blätterte man in den Atlanten und verfiel auf Teile Nordamerikas, die noch nicht zu den USA gehörten, wie Texas oder Kalifornien, auf die bei Neuseeland gelegenen Chatham-Inseln oder auf nur vage definierte Gebiete in Sub-Sahara-Afrika, die künftig germanisiert werden sollten. 1847 wurde schließlich ein „Nationalverein für deutsche Auswanderung und Kolonisation“ begründet, der namhafte Mitglieder wie Georg Beseler, Robert Menzel, Robert Blum oder Carl Welcker anlockte, seine Arbeit jedoch erst im Sommer 1848 aufnahm.¹²

Der dritte bedeutende Themenbereich war die Hoffnung auf eine deutsche Seemacht. Die von den Organen des Deutschen Bundes weitgehend ignorierte Frage der Organisation einer deutschen Marine wurde seit Beginn der 1840er Jahre im Kontext der Nationalbewegung lebhaft diskutiert. Wieder einmal erwies sich die liberale „Allgemeine Zeitung“ als Stimmführerin. „Die Überzeugung, dass Deutschlands Seehandel, der sich immer mehr hebt [...] einer Kriegsmarine bedürfe, steht bei allen denkenden und kundigen Menschen fest“, erklärte sie schon 1841. „Dass wir eine treffliche Kriegsseemacht haben können, wird auch von niemand mehr in Zweifel gezogen.“¹³ Solche Überlegungen ruhten damals schon auf einem alten Fundament. Friedrich Ludwig Jahn, einer der Urväter der deutschen Nationalbewegung, hatte bereits 1828 eine Marine mit Weltgeltung und Freiheit verknüpft: „Seefahrt, Seehandel und Seewehr machen ein Volk erst weltreif und weltmündig“, so schrieb er in seinen „Neuen Runen-Blättern“. „Ein bloßes Landwehrvolk bleibt ein Steppenklepper, und seine Verfassung wird nie eine rechte Dauerkraft erlangen. Aber ein Seewehrvolk läßt die Sonne der Freiheit nie gänzlich untergehen.“¹⁴

Der Wunsch nach einer deutschen Flotte verband die beiden anderen Themen – Wirtschaft und Auswanderung. Friedrich List war ein beredter Befürworter der Flottenidee zum Schutz und Ausbau des deutschen Handels. Eine deutsche Flotte vor Ort sollte Auswandererschiffe und Auswanderer in den Anknüpfungshäfen und -ländern schützen und auch Handelsrouten bewachen. In den publizistischen Organen der aufkeimenden liberal-nationalen Öffentlichkeit wurden die Notwendigkeit einer deutschen Flotte, die Vorteile, die sie versprach, und die Wege zu ihrer Ermöglichung – etwa durch die Gründung einer Zollvereinsflotte – ausführlich diskutiert.¹⁵

¹² Müller, 1996/97, 115–121.

¹³ Allgemeine Zeitung, Nr. 74, 15.3.1841, Beilage, 587.

¹⁴ Jahn, Friedrich Ludwig. Meer Bedeutsamkeit [1828], in: ders., Werke, hg. v. Carl Euler, Bd. 2.1, Hof: Lion, 1885, 430–433

¹⁵ Müller, 1996/97, 132–137.

Vor allem aber verhieß der Flottengedanke Freiheit und Macht, und so beflügelte er die politische Lyrik des Vormärz. Zwei Beispiele mögen hier genügen, um das Genre zu veranschaulichen. Georg Herwegh veröffentlichte 1841 sein Gedicht „Die deutsche Flotte“ als eine „Mahnung an das deutsche Volk“. In sechzehn Strophen spornte er seine Landsleute an: „Erwach mein Volk mit neuen Sinnen/Blick in des Schicksals goldnes Buch/Lies aus den Sternen dir den Spruch/Du sollst die Welt gewinnen!/Erwach, mein Volk, heiß deine Töchter spinnen/Wir brauchen wieder einmal deutsches Linnen/Zu deutschem Segeltuch.“ Zwei Jahre darauf schlug Ferdinand Freiligrath mit seinen vierundzwanzigstrophigen „Flotten-Träumen“ in dieselbe Kerbe. Bei seiner Aufzählung der Namen, die die künftigen deutschen Kriegsschiffe tragen würden, brachte ein ganzes Pantheon deutschen Nationalstolzes und liberaler Hoffnung auf einen nautischen Nenner: „Wie unsre muth'gen Orlogsmänner heißen?/Komm mit auf's Meer, ich will es dir verkünden!/Da drüben, der mit den 60 Feuerschlünden,/Das ist ‚Der Arndt‘ – du siehst die Goldschrift gleißen.“ Andere Schiffe in dieser erträumte Flotte waren „Die Sieben“, der „Doktor Luther“, „Der Schiller“ und „Die freie Presse“. In Freiligraths Traum zieht diese Flotte dann auch prompt in einen Kampf, in dem „Volk an Volk gerungen“ wurde – bis „eine Seeschlacht Lorbeern uns geschlungen um unsre Lunten und um unsre Säbel.“¹⁶

Die vormärzliche Flottenbewegung erwies sich als so wirkungsmächtig und prägend, dass man sich im Revolutionsjahr 1848, als es darum ging, den Traum von einer deutschen Nationalstaatsgründung zu verwirklichen, hinsichtlich der Bedeutung der Marine völlig einig war. Unter den Bravo-Rufen der Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt konnte der Berichterstatter des sofort einberufenen Marine-Ausschusses bereits im Juni 1848 verkünden: „Meine Herren! Wir wollen die Einheit Deutschlands gründen; es gibt kein Zeichen für diese Einheit, das in dem Maße innerhalb und außerhalb Deutschlands diesen Beschluss verkündet, als die Schöpfung einer deutschen Flotte.“¹⁷ Für die Befürworter des Nationalstaats war dessen Befähigung zur überseeisch ausgreifenden militärischen Machtausübung und damit zum imperialistischen Handeln bereits vor seiner Gründung zu seinem Signum herangereift.

Es überrascht daher nicht, dass die im Vormärz entstandenen Diskurse, Ambitionen und Pläne mit Beginn der Revolution von 1848 eine neue Dringlichkeit erhielten. „Jetzt oder nie!“ titelte die Zeitung „Der deutsche Auswanderer“ im April 1848. – „Jetzt oder nie! Jetzt liegt kein Bundestag mehr als Hemmschuh vor

¹⁶ A. a. O., 127–132.

¹⁷ Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main. Hg. Franz Wigard. Bd. 1. Frankfurt/Main: Sauerländer, 1848, 251 [=Wigard].

den Bestrebungen guter, als Rückhalt und Stütze schlechter Regierungen.“ Die Kernforderungen, die das Blatt im Juni 1848 veröffentlichte, ergaben sich dann auch folgerichtig aus den Debatten des Vormärz: (1.) eine „tüchtige Seemacht“, (2.) die „Auswanderung nach eigenen Kolonien“ und (3.) die „Theilnahme am Welt-handel“.¹⁸ Dass damit der Anschluss an die als vorbildhaft und überlegen beneideten westlichen Imperial- und Handelsstaaten gesucht wurde, liegt auf der Hand und sollte nicht verwundern. Bei der Gründung des Nationalstaats ging es selbstverständlich nicht nur um Freiheit und Verfassung im Innern. Der Nationalist ist bestrebt, so Ernest Gellner, die Übereinstimmung von Nation und Staat zu erreichen.¹⁹ Und mit dem Staat und seinen Machtmitteln erhält die Nation die Möglichkeit, ihre Interessen auch gegen den Widerstand äußerer Gegner und Konkurrenten durchzusetzen – friedlich wie kriegerisch, in Europa wie in Übersee. Das war natürlich auch das Anliegen der deutschen Nationalisten von 1848.

So bekannte der Historiker Georg Gottfried Gervinus im März 1848 in der „Deutschen Zeitung“ ganz unverblümt, dass es uns „um den Erwerb von Macht ebensehr zu thun sein muss, wie um den Besitz der Freiheit“.²⁰ Dieser Gedanke wurde im Verlauf der Revolution implizit und explizit weitergesponnen. Besonders prägnant ausgesprochen wurde er im Januar 1849 in der Paulskirche. Reichsfinanzminister Hermann von Beckerath erklärte dort: „Das erste Bedürfnis einer großen gebildeten Nation ist das der Macht; sie will nach Außen hin geehrt und mächtig sein.“ Der prominente Abgeordnete und Historiker Friedrich Christoph Dahlmann führte diese Überlegung noch weiter aus und verknüpfte sie zwingend mit dem anderen großen Movens der Zeit – der Freiheit: „Die Bahn der Macht ist die einzige, die den gärenden Freiheitstrieb befriedigen und sättigen wird, [...] denn es ist nicht bloß die Freiheit, die er meint, es ist zur größeren Hälfte die Macht, die man ihm bisher versagte, nach dem es ihm gelüftet.“²¹

Die Bahn der Macht führte diejenigen, die 1848/1849 in Deutschland und besonders in der Paulskirche versuchten, einer großen gebildeten Nation Einheit und Freiheit zu geben, unweigerlich auch in den Imperialismus. „Jetzt oder nie“ sollten diese als ausgereift und hinlänglich bekannt verstandenen Pläne realisiert werden. Innerhalb kurzer Zeit entfalteten sich intensive und vielfältige Aktivitäten, um weltwirtschaftliche, migrationskolonialistische und flottenpolitische Zielsetzungen umzusetzen. Um diesen Wirrwarr ein wenig zu entflechten, soll der Blick im Folgenden auf zwei Ebenen gerichtet werden: (1.) auf Aktionen innerhalb

18 Der Deutsche Auswanderer, Nr. 15, 8.4.1848, 233.

19 Gellner, Ernest. Nations and Nationalism. Oxford: Oxford University Press, 1983, 1.

20 Deutsche Zeitung, Nr. 70, 10.3.1848, 544.

21 Beckeraths Rede (12.1.1849) und Dahlmanns Rede (22.1.1849) in: Wigard, Bd. VI, 4595 und Bd. VII, 4821.

der revolutionär erweiterten deutschen Öffentlichkeit und (2.) – etwas ausführlicher – auf die Entscheidungen und Handlungen der durch die Revolution geschaffenen zentralen Institutionen, der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche und der provisorischen Zentralgewalt.

In der deutschen Öffentlichkeit brach sich 1848/1849 eine gewaltige Flotteneuphorie Bahn. Dabei wurden die latent vorhandenen Flottenambitionen aus dem Vormärz zusätzlich vom Krieg gegen Dänemark angestachelt, der über die Schleswig-Krise ausgebrochen war. „Denn was ist Deutschland ohne Flotte?/Ein armer alter, schwacher Mann,/den Dänemark mit zwanzig Schiffen/Verderben, hungern lassen kann“, beklagte die „Hallesche Zeitung“ im Mai 1848.²² Überall schossen Marine-Vereine, Marine-Komitees, Flottenbauvereine aus dem Boden. In Hamburg boten Reeder Handelsschiffe zur Bewaffnung an, um einen Grundstock für die deutsche Flotte zu bilden. Im ganzen Land – besonders fernab der Küsten – kam eine Spendenbewegung zugunsten der deutschen Flotte ins Rollen. Frauen und akademische Kreise taten sich dabei besonders hervor – mit Schmuckspenden und der Überweisung von Geldern für abgesagte Kommerse. Jacob und Wilhelm Grimm beteiligten sich an der Organisation zur Bewaffnung von Kauffahrern. Lorenz von Stein fungierte als Schriftführer des Kieler Ausschusses für die Flotte, und landauf landab wurden in Denkschriften, Zeitungsartikeln und Aufrufen Überlegungen zur Größe, Form, Aufgabe und Schlagkraft der deutschen Flotte angestellt. Marcus Niebuhr, der Sohn des Historikers, plante etwa einen flottengestützten Handstreich zur Vernichtung der britischen Arsenale von Woolwich und Chatham. Und wieder wurden Verse geschmiedet, dass sich die Spanten bogen: „dann schmücke Dich mit schwarz-rot-goldner Pracht“, wurde der deutschen Flotte aufgetragen, „und zeig’ es allen Völkern, allen Reichen,/was sie vermag, die furchtlos kühne Macht,/die Flottenmacht, gebaut aus deutschen Eichen.“²³

Gleichzeitig wurden zahlreiche Vereine und Initiativen zur Auswanderungs- und Kolonisationsfrage gegründet. In diesen Foren wurden die sattsam bekannten Argumente aus dem Vormärz gebetsmühlenartig wiederholt. Alexander von Bülow eröffnete im Mai 1849 die konstituierende Sitzung des „Berliner Vereins zur Centralisation deutscher Auswanderung und Kolonisation“ mit einem Festvortrag:

Suchen wir jetzt, wo Deutschland sich zur nationalen Einheit erhebt, diesen hundertarmigen Strom [die Auswanderung], der sich unfruchtbar im Sande verliert, in ein Bett zu leiten, das ihn befruchtend auf seine Quelle zurückwirken lässt. Was soll geschehen, um die 100.000

²² Hallesche Zeitung, 28.5.1848.

²³ Zitat aus der Kölnischen Zeitung, 25.6.1848; Müller, 1996/97, 138–144.

Deutschen, die alljährlich fortziehen, auch in der Fremde mit dem Vaterland in Verbindung zu erhalten? Die Beantwortung dieser Frage soll die Aufgabe unseres Vereins sein.

Die Antwort, die man dem preußischen Ministerium kurz darauf zukommen ließ, war „eine vernünftige Kolonisation“.²⁴

Dem Verein traten bald so prominente Persönlichkeiten wie der Berliner Oberbürgermeister Franz Naunyn, der Industrielle Friedrich Harkort und der Freihandelspublizist John Prince-Smith bei. Er produzierte Vorträge und Pamphlete, die von der imperialen Eignung der deutschen Rasse, von den verbesserten Absatzmöglichkeiten für die deutsche Industrie in Übersee und von der Möglichkeit kündeten, in südamerikanischen Staaten die politische Macht zu übernehmen. Der Berliner Verein fand bald Eingang in den „Nationalverein für deutsche Auswanderung und Ansiedelung“. Dieser Dachverband war bereits im Januar 1848 gegründet worden und setzte sich im April mit der Frankfurter Bundesversammlung in Verbindung, um daran zu erinnern, dass die Auswanderung dem Ziel der „Eroberung von Einfluß und Handel in fernen Landen“ dienen muss. Im Dezember 1848 wandte sich der Verein an die Provisorische Zentralregierung in Frankfurt, um die Finanzierung einer Kommission zu erreichen, die in Mexiko und den Vereinigten Staaten mögliches Ansiedlungsland inspizieren sollte.²⁵

Mit diesen Kontakten wenden wir uns schließlich den Frankfurter Institutionen zu. Die an kolonialen und maritimen Fragen interessierte deutsche Öffentlichkeit hatte sich viel vom Zusammentreten der Nationalversammlung erwartet. Die „Allgemeine Auswanderungs-Zeitung“ aus Rudolstadt vertraute „fest, dass sie [...] dieser nationalen Lebensfrage ihre ganze Aufmerksamkeit und ihren vollen Einfluß zuwenden und mit Kraft und Nachdruck die rechten Schritte nicht unterlassen werde, damit Deutschland, in sich einig und stark, seinen schützenden Arm auch ausstrecke über alle seine Kinder in der Ferne.“ Man erwartete die „Vereinigung und Festigung deutschen Lebens, deutscher Sprache und deutscher Sitte in lebenskräftigen Kolonien und eine schirmende Flotte“.²⁶

Die Paulskirche sollte diese hochgespannten Hoffnungen nicht enttäuschen. Dies war kaum verwunderlich, denn viele Wortführer imperialistischer Hoffnungen waren als gewählte Abgeordnete in die deutsche Nationalversammlung eingezogen. Der Zeitgeist verschaffte sich Geltung. Dies begann täglich mit einem ritua-

24 Bülow, Alexander von. Zweck und Bedeutung des Berliner Vereins zur Centralisation deutscher Auswanderung und Kolonisation. Berlin: Reimarus, 1849, 11; Schreiben an Otto von Manteuffel, 26.5.1849, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, 1. HA, Rep. 77, Ministerium des Innern, Tit. 226, Nr. 115 Bd 1, Bl. 2.

25 Müller, 1996/97, 144–148.

26 Allgemeine Auswanderungszeitung, Nr. 17, 24.4.1848, 259.

lisierten Hinweis auf die Flottenbewegung. Denn zu Beginn jeder Sitzung wurden feierlich die Spenden verlesen, die aus dem ganzen Land eingegangen waren, um den Aufbau einer deutschen Flotte zu finanzieren. An dieser patriotischen Liturgie hielt das Parlament bis zum bitteren Ende fest. Noch am 6. Juni 1849, als die Nationalversammlung längst nach Stuttgart geflohen war, verkündete der Sitzungspräsident Wilhelm Löwe den Eingang einer Spende von fünf Gulden und 48 ½ Kreuzer aus Königshofen.²⁷

Es wurden jedoch auch konkrete Schritte zur Errichtung einer deutschen Flotte unternommen. Der die Nationalversammlung vorbereitende 50er-Ausschuss rief eine hochrangig besetzte „Marine-Commission deutscher Küstenstaaten“ ins Leben, die den Frankfurter Institutionen bereits im Juni 1848 einen Bericht vorlegte. Die darin skizzierten Pläne sahen eine Flotte von 24 Korvetten und Fregatten mit insgesamt über 1.000 Geschützen vor. Die Kommission definierte die Aufgaben dieser Flotte als die überseeische Unterstützung des deutschen Handels, die Befähigung zur Kanonenbootdiplomatie vor Ort und die Vorbereitung für einen etwaigen Krieg. Der Bericht wurde unter anderem dem Marine-Ausschuss der Paulskirche unterbreitet, der bereits im Mai 1848 eingerichtet worden war. Namens dieses Ausschusses beantragte Joseph von Radowitz im Juni 1848 einen Etat von 6 Millionen Talern zur Errichtung einer Flotte, deren Aktionsradius keineswegs auf den Konflikt mit Dänemark beschränkt sein sollte: „Das erste deutsche Kriegsschiff, das erscheint und sich vor die Mündung des Rio de la Plata legt, zeigt den dortigen zahlreichen Deutschen, [...] dass hinter ihnen ein Volk von 40 Millionen steht. Dasselbe gilt allenthalben“, rief er dem begeisterten Plenum in der Paulskirche zu. „Die Schöpfung der Flotte ist nicht bloß eine militärische Frage, eine commerciale Frage, sondern im höchsten Grade eine nationale Frage.“ Auch andere Redner berauschten sich an Visionen von der bevorstehenden „Ehre und Machtherrlichkeit Deutschlands“ und erinnerten an die Notwendigkeit einer Flotte zur „Erwerbung und Erhaltung einer Colonie“.²⁸

Am 14.6.1848 traf die deutsche Nationalversammlung im Anschluss an diese Debatte ihren ersten finanziellen Beschluss und wies ein Budget von 6 Millionen Talern an, um den Grundstein für den Bau einer deutschen Kriegsmarine zu legen. Nach Einrichtung der vorläufigen Zentralgewalt baute der für Marinefragen zuständige Reichshandelsminister Arnold Duckwitz ein Marine-Ministerium auf, und Ende 1849 lag unter dem Kommando von Konteradmiral Karl Rudolf Brommy eine Flotte von neun Dampffregatten oder -korvetten, zwei Großseglern und 27 Kanonenbooten auf der Weser. Die technische Marine-Kommission bei der provisorischen Zentralgewalt dachte allerdings schon weiter und legte bereits im Janu-

²⁷ Wigard, Bd. IX, 6802.

²⁸ Wigard, Bd. I, S. 251, 308, 309.

ar 1849 einen Plan vor, der deutsche Flottenstützpunkte im Mittelmeer, vor Nordamerika, in Westindien, an der Südostküste Südamerikas, an der Westküste Afrikas, in Ostindien und in China vorsah. Dazu sollten im kommenden Jahrzehnt mehr als 40 Fregatten und Korvetten in Dienst gestellt werden. Dabei wurde genau auf die weltweite Konkurrenz geblickt, und die Schlagkraft der deutschen Marine gegenüber den „Seemächten zweiten und dritten Ranges“ abgewogen, denen Deutschland „Achtung gebieten“ wollte. Zudem sollte es darum gehen, „Handels-Verträgen den gehörigen Nachdruck“ und Auswanderern den „gebührenden Schutz“ zu verleihen.²⁹

Wie bereits erwähnt war die Auswanderungs- und Kolonisationsfrage eng mit der Flottenpolitik verbunden. In dieser Angelegenheit war – wie bereits bei den Planungen der Marine-Kommission – eine Lösung in drei Schritten vorgesehen: (1.) Die verfassungsrechtliche Garantie der Auswanderungsfreiheit; (2.) die Organisation einer staatlichen Auswandererfürsorge und (3.) eine Kolonisations- und Ansiedlungspolitik. Die beiden ersten Punkte wurden recht schnell geregelt. Die Auswanderungsdebatte, mit der sich die Nationalversammlung am 21. Juli 1848 im Rahmen der Grundrechtsdiskussion befasste, offenbarte, wie weit bei einigen Abgeordneten die Hoffnungen gingen: mit dem verfassungsmäßig garantierten Recht auf freie Auswanderung verbanden Ludwig Tellkamp und Remigius Vogel die Aussicht, durch geeignete Fürsorgemaßnahmen „ein neues Deutschland“ zu begründen. Die Leitung der Auswanderströme sollte erreichen, dass „wir groß und geachtet dastehen unter den Völkern der Erde.“ Und immer wieder richtete sich der Blick auf das, „was den Engländern in ihren Niederlassungen und Colonien gelungen“ war.³⁰

Die Paulskirche brachte im Anschluss ein gesondertes Auswanderungsgesetz auf den Weg, das im Frühjahr 1849 debattiert wurde und die Einrichtung eines Reichsauswanderungsamtes vorsah. Insgesamt war der Antrag eher vorsichtig und maßvoll formuliert. Dass der Schwerpunkt auf der Überwachung und Regulierung des Auswanderungswesens lag, genügte einigen kolonialen Hitzköpfen nicht. Für Friedrich Schulz waren „die germanischen Völker [...] vorzugsweise bestimmt, den Erdball in Besitz zu nehmen.“ Am Pazifik, so hoffte er, „kann ein mächtiges herrliches Neudeutschland erblühen.“ Seine Zusatzanträge sahen vor, dass das Amt sich mit den privaten Auswanderungs- und Kolonialvereinen in Verbindung setzen sollte. Zudem sollte das Aufgabenfeld der zu ernennenden Reichskonsuln erweitert werden und nunmehr die Vorbereitung der Gründung eines „Neudeutschland“ umfassen. Beide Anträge wurden angenommen, und das solcherna-

²⁹ Wigard, Bd. I, 319; Müller, 1996/97, 154–156.

³⁰ Wigard, Bd. II, 1056–1057, 1060, 1062.

ßen erweiterte Auswanderungsgesetz wurde das erste Gesetz ohne Verfassungsrang, das die Nationalversammlung erließ.³¹

Angesichts der begrenzten Zeit und der knappen Mittel der Frankfurter Institutionen ließ sich auf der Bühne einer imperial ausgreifenden Weltpolitik natürlich nur wenig erreichen. Die hochgespannten Erwartungen erschöpften sich zu meist auf dem Papier, oder sie entwickelten keine spürbare Wirkung. Brommys Flottille dümpelte noch einige Jahre tatenlos auf der Weser, bis sie anfangs der 1850er Jahre sang- und klanglos versteigert wurde. Aber die Zentralgewalt subventionierte immerhin die Weltreise des Schriftstellers Friedrich Gerstäcker, der sich auf Empfehlung des Abgeordneten Wuttke an das Handelsministerium wandte, um Kolonialgebiete, Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Flottenstützpunkte für Deutschland zu finden. Minister Duckwitz gewährte ihm 1.000 Taler mit der Auflage, Gerstäcker möge regelmäßige Berichte schicken. Die Reise dauerte allerdings zu lange, und am 23. Januar 1850 stellte der Bundestag die Unterstützung des wackeren Weltreisenden wieder ein. Als der Rumpf der Nationalversammlung im Juni 1849 aufgelöst wurde, befand sich Gerstäckers letzter Bericht – verfasst am 16.6.1849 in Buenos Aires – noch auf dem Postweg nach Deutschland.³²

Die praktische Bilanz des Imperialismus der Revolution von 1848/1849 nimmt sich also kläglich aus: ein paar Schiffe auf der Weser, ein gestrandeter Weltreisender, dazu Berge von Papier voller hochfliegender Rhetorik. Mehr war in der kurzen Frist, die den Gründervätern des ersten deutschen Nationalstaats für ihre Unternehmung zugemessen war, nicht zu erreichen gewesen. Aber das mindert nicht die Bedeutung dessen, was gewollt und erhofft wurde. In einer erstaunlich ähnlichen Vorwegnahme dessen, was in der Bismarckzeit und danach unter Wilhelm II. als deutsche Kolonial- und Weltpolitik firmierte, erwiesen die Vertreter der deutschen Nationalbewegung und ihre Vertreter in der Paulskirche 1848/1849, dass sie durchaus auf der Höhe der Zeit waren und die in den Großmächten des neunzehnten Jahrhunderts praktizierten Politikformen kannten und nachahmen wollten.

Dazu mussten sie sich nicht erst von der Macht verabschieden oder ihre eigentliche Sendung aufgeben. In ihrem Bedürfnis nach kolonialem Landbesitz, seegestützter militärischer Kraft, nach Welthandel und globaler Geltung glichen sie den nationalen Ambitionen anderer europäischer Nationalisten ihrer Zeit. Als Befürworter eines nationalen Staats befanden sie sich im neunzehnten Jahrhundert immer auch auf der „Bahn der Macht“.

31 Müller, 1996/97, 158–159; Wigard, Bd. VIII, 5720–5721.

32 Müller, 1996/97, 160.

Ubaldo Villani-Lubelli

Volk und Nation von der Paulskirche bis zur Weimarer Republik

*Dies Land ist Deutschland.
Die inneren geistigen Gegensätze Deutschlands
sind kaum nationale,
es sind fast rein europäische Gegensätze,
die beinahe ohne gemeinsame nationale Färbung,
ohne nationale Synthese einander gegenüberstehen.*
Thomas Mann, Betrachtung eines Unpolitischen

1 Historischer Zusammenhang

Bei der Beschreibung der Nationalbewegungen und des Nationalismus in Europa ist es üblich, mindestens von zwei Konzepten der Nation zu sprechen. Das erste orientiert sich, der französischen Tradition gemäß, am politischen Willen und an subjektiven Merkmalen (z. B. Entscheidung des Bürgers); die Nation ist danach eine politische Gemeinschaft, die auf dem Willen beruht, unter einer bestimmten politischen und staatlichen Ordnung zu leben. Ernest Renan und seine Idee des alltäglichen Plebiszits stehen im Sinne des bewussten Bekenntnisses zu einem politischen Projekt. Die Nation ist nicht in der Vergangenheit, in einer gemeinsamen Geschichte oder in einem Band der Abstammung oder Rasse verwurzelt, sondern in der Gegenwart.¹ Das zweite, deutsch inspirierte Konzept der Nation sieht in der Nation eine Gemeinschaft, die durch vorstaatliche und objektive Merkmale gekennzeichnet ist, d. h. durch vermeintliche Wesensmerkmale wie Sprache, Herkunft und Kultur.² Beide Konzepte lassen sich bereits zu der Zeit dokumentieren, als sich die nationale Bewegung zwischen Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts herauszubilden begann.³

1 Renan, Ernest. *Q'est-ce qu'une nation?* (1882). Paris: Honoré Champion, 1997. 37.

2 Vgl. Mommsen, Wolfgang J. *Nation und Geschichte. Über die Deutschen und die deutsche Frage.* München-Zürich: Piper, 1990; Böckenförde, Ernst-Wolfgang. *Die Nation – Identität in Differenz.* Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1999; Dann, Otto. *Nation und Nationalismus in Deutschland, 1770–1990.* München: C. H. Beck, 1996.

3 Die Forschung über die Begriffe Nation und Nationalismus ist freilich weitaus differenzierter als die nachstehende begrenzte Auswahl. Ich zitiere nur einige Bände, die besonders aufschlussreich sind und für den folgenden Beitrag hilfreich waren: Anderson, Benedict. *Imagine Communities.* London, New York: Verso Books, 1983; Wehler, Hans-Ulrich. *Nationalismus. Geschichte –*

1789 definierte Emanuel J. Sieyès die Nation als eine Gruppe von nahestehenden Personen, die dem gleichen Recht unterliegen und durch dieselbe gesetzgebende Versammlung vertreten werden: „Qu'est-ce qu'une nation? Un corps d'associés vivant sous une loi commune et représentés par la même législatures“.⁴ In diesem Fall ist die Nation eine gemeinsame politische Ordnung und manifestiert sich in der Repräsentation der assoziierten Individuen als reine Einheit des politischen Willens. 1815 führte ein deutsches Lexikon ein weiteres Konzept der Nation an: „Die Bestandteile der Nationalität aber, oder das, was die Nationalität begründet, ist die gleiche Abstammung und Sprache der auf verschiedenen Erdteilen wohnenden Menschen, daher man auch die Nation beschreiben kann, als einen durch gleiche Abstammung und Sprache ausgezeichneten Teil der erdbewohnenden Menschheit.“⁵

Diese Differenzierung der zwei Begriffe, die in der historisch-politischen Kritik weithin anerkannt ist, hat zur Unterscheidung zwischen staatenlosen Völkern (und Nationen) und solchen, die sich in einem bereits existierenden Staat bildeten, geführt. Mit anderen Worten orientierte sich das politische Selbstbewusstsein, das zur Entstehung von Nationen führte, für den Fall, dass es nicht auf einem bereits bestehenden Staat aufbauen konnte, an Kriterien eines früheren Zustands wie Sprache, Herkunft, Geschichte und Kultur – in gewissem Sinne die Nation als Schicksals- statt als Willensgemeinschaft. Dies ist der Fall bei dem Begriff der Nation, der sich in Deutschland im Gegensatz zum französischen politischen Nationalismus entwickelt hat. Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts waren die Deutschen, wie eingangs erwähnt, ein Volk ohne Staat. Mit den Kriegen gegen Napoleon und dem beginnenden nationalen Erwachen Deutschlands, das zum Befreiungskrieg führte, kam es zu einer Veränderung. Sowohl in der Ablehnung der französischen und napoleonischen Herrschaft als auch in der Herausbildung eines Nationalgefühls entwickelte sich ein Selbstbewusstsein der Nation in einem spezifischer politischen Sinne, das mit dem Ideal der Befreiung verbunden war.⁶

Formen – Folgen, München: C. H. Beck, 2001; Hobsbawm, Eric. *Nation and Nationalism since 1780*. Cambridge: Cambridge University Press, 1990; Gellner, Ernst. *Nations and Nationalism*, London: Cornell University Press, 1983; Smith, Anthony D. *Theories of Nationalism*. Harper & Row: London, 1971.

4 Sieyès, Emmanuel J. *Qu'est-ce que le tiers état?* Paris: Sipiél, 2002. 5.

5 *Conversations-Lexikon=Encyclopädisches Handwörterbuch für die gebildeten Stände*. Leipzig-Altenburg: Brockhaus, 1815. 604.

6 Vgl. Dann, Otto. „Deutsche Nationsbildung. Die deutsche Nation“. Hg. Otto Dann. München: SH-Verlag: Vierow, 1994. 9–23; Weichlein, Siegfried. „Nation State, Conflict Resolution, and Culture War, 1850–1878“. *The Oxford Handbook of German History*. Ed. Helmut Welser Smith. Oxford: Oxford University Press, 2012. 283–289; Green, Abigail. *Fatherlands. State-Building and Nation-*

Das Problem besteht offensichtlich darin, dass der Anspruch einer deutschen nationalen Identität nicht auf die Beziehung zu einem Staat und einer politischen Ordnung zählen konnte, weil diese nicht existierten. Daher die notwendigen Hinweise auf natürliche und vorstaatliche Besonderheiten. Diese Eigenschaften wurden nun jedoch mit dem Ziel verwendet, einen Nationalstaat zu schaffen, der zwangsläufig über ein politisches und normatives System verfügen und dieses auch gegenüber den zahlreichen Kleinstaaten des Deutschen Bundes gestalten musste. Der Begriff der Nation beschränkte sich nicht mehr nur auf die kulturelle und geistige Dimension, sondern wurde auch auf ein politisches Konzept zurückgeführt.⁷

Auf diese Weise sollte die Sprach- und Kulturnation der politischen Nation entsprechen, die offensichtlich einen Nationalstaat mit durch die Regionen und Gebiete definierten Grenzen erforderte, in denen eine sprachliche, kulturelle und historische Gemeinsamkeit bestand.

Wenn also für die deutschsprachigen Menschen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihre Nation vor allem ein kulturelles Phänomen (mit auch universalistischen Aspekten) und weniger ein politisch-institutionelles Problem (Staatsnation) war, zeigte dieser Ansatz angesichts der politischen Spaltung der Mitte des 19. Jahrhunderts alle seine Grenzen. Vor diesem kurz angedeuteten historisch-konzeptionellen Hintergrund ist die Beziehung zwischen Volk und Nation in der Paulskirche und ihre nachfolgende Entwicklung zu lesen.

hood in Nineteenth-Century Germany. Cambridge: Cambridge University Press, 2001; Hawgood, John A. *The Evolution of Germany* (1955), New York: Routledge, 2020, 166–170. Die Ursprünge dieses Nationalgefühls gehen historisch auf eine frühere Epoche zurück, zu der die Reformation Luthers sicherlich beigetragen hat, ein Aspekt, auf den ich hier nicht eingehen kann. Robert von Friedeburg hat diesem Thema und dem Verhältnis zwischen Luthers Erbe und dem modernen Staatsverständnis im deutschen Raum kürzlich ein interessantes Werk gewidmet. Ich verweise auf seine Arbeit: Friedeburg, Robert von. *Luthers Vermächtnis. Der Dreißigjährige Krieg und das moderne Verständnis vom Staat im alten Reich, 1530er bis 1790er Jahre*. Frankfurt am Main: Klostermann, 2021.

⁷ Zum Beispiel formulierte Ernst Moritz Arndt den Zusammenhang zwischen der kulturellen und politischen Dimension in „Was ist des Deutschen Vaterland“; dazu kommt auch selbstverständlich *Das Lied der Deutschen*. Darüber hinaus weise ich auf Fichtes Rede an die deutsche Nation aus den Jahren 1806–1807 hin (vgl. Fichte, Johann Gottlieb. *Reden an die deutsche Nation*, Hamburg: Meiner, 2008). Vgl. auch Jansen, Christian. Ernst Moritz Arndt, in: *Handbuch der völkischen Wissenschaften* (Bd. 2). Hg. Michael Fahlbusch, Ingo Haar, Alexander Pinwinkler. Berlin–Boston: Walter de Gruyter, 2017. 39–43.

2 Volk und Nation in der Nationalversammlung der Paulskirche

Einer der zentralen Streitpunkte der Paulskirchenversammlung war die Frage, ob der neue deutsche Staat kleindeutsch (ohne Österreich) oder großdeutsch (die deutschen Länder Österreichs einschließend) sein sollte. Wie das Verhalten gegenüber den bestehenden deutschen Teilstaaten und Dynastien zeigte, plante die Paulskirche nicht, die machtpolitische Veränderung in der Mitte Europas durch einen abrupten Bruch mit der Vergangenheit und einen schlagartigen gezielten Einsatz von Machtmitteln herbeizuführen.⁸ Das Problem des deutschen Territoriums und der Grenzen Deutschlands war in dieser besonderen historischen Phase sehr schwer zu lösen, aber zweifellos blieb es auch später, wenngleich mit unterschiedlichen Merkmalen, bestehen und hat die deutsche Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert stark geprägt.

Sehr aufschlussreich für die Frage nach Volk und Nation in der Nationalversammlung der Paulskirche ist eine Untersuchung der Verfassung von 1849. Das Wort Volk erscheint im Text siebenunddreißig Mal in folgenden unterschiedlichen Wortzusammenhängen: viermal ‚Völkerrechtlich‘, dreizehnmal Volkshaus, dreimal Volksschulen, einmal Volksstämme, einmal Volksthümliche, fünfmal Volk (e) und neunmal Volksvertretung. Nur in einem Fall wird jedoch auf die Vielzahl der Staaten hingewiesen, aus denen das deutsche Volk besteht: „Das deutsche Volk besteht aus den Angehörigen der Staaten, welche das deutsche Reich bilden“ (Art. 131). In einem anderen Fall wird auf die Volksstämme Deutschlands Bezug genommen: „Den nicht deutsch redenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volksthümliche Entwicklung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege“ (Art. 188).

Der Begriff Nation hingegen erscheint in der Verfassung von 1849 nur einmal als ‚Nationalversammlung‘.

Diese Daten zeigen erstens, dass die Begriffe Volk und Nation im Text überhaupt nicht eindeutig verwendet wurden, zweitens, dass diesen Begriffen damals noch kein klares Vorhaben eines deutschen Staates zugrunde lag.

⁸ Darüber ist die Forschung umfangreich, vgl. Visionen eines zukünftigen Deutschlands: Alternativen zur Paulskirchenversammlung 1848/49 (3 Bde). Hg. Horst Dippel, Berlin: Duncker&Humblot 2017; Wollstein, Günter. Das ‚Großdeutschland‘ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49, Düsseldorf: Droste, 1977. 309; Kolb, Eberhard. Die kleindeutsche Reichsgründung. Die deutsche Nation. Hg. Otto Dann, Vierow: SH-Verlag, 1994. 45–49; Eley, Geoff. From Unification to Nazism. Reinterpreting the German Past (1986), New York: Routledge, 2020. 65; Hawgood, John A. The Evolution of Germany (1955). New York: Routledge, 2020. 106–108.

Das Scheitern des politisch-institutionellen Projekts der Paulskirche und die Schwierigkeit, ein Gleichgewicht oder eine politisch-institutionelle Synthese zwischen dem Österreichischen Reich und Preußen zu finden, führten zu einem Spannungsverhältnis zwischen dem kulturellen Nationalismus (zumindest in seiner ursprünglichen Phase mit teilweise universalistischen Merkmalen) und dem politischen Nationalismus, der nach einer politisch-institutionellen Einheit strebte. Das wurde in Deutschland zunächst 1848 sinnfällig, als die revolutionäre Staatsbildung nicht zuletzt am bitteren Streit zwischen den unterschiedlichen Gestaltungsentwürfen scheiterte, und erst recht 1871, als die Reichsgründung fast unmittelbar einen Ruf nach der inneren Nationsbildung (Bismarck), einen nach inneren Feinden suchenden, purifizierenden Nationalismus und schließlich auch imperiale Weltmachtträume zur Folge hatte.

3 ... durch Eisen und Blut!

Die von Bismarck betriebene deutsche Einigung (1871), die die deutschen Staaten und Dynastien zusammenführte, stand im Gegensatz zu den revolutionären Idealen und liberalen und demokratischen Bestrebungen von 1848 und war ein Einigungsprojekt, das sich eher auf preußische Stärke und Macht bezog: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen – sondern durch Eisen und Blut“.⁹ Bismarck führte den Prozess der nationalen Einigung durch, indem er den Bund des Nordens und des Südens in einer Reihe von Sitzungen seiner Regierungsdelegationen in Versailles zusammenbrachte, wo das Deutsche Reich ausgerufen wurde (18. Januar 1871). Es war sicherlich der Höhepunkt von Bismarcks Werk und die größte Demütigung für Frankreich. Doch war das Deutsche Reich verfassungsrechtlich kein echter Bundesstaat, sondern mehr ein Staatenbund. Preußen hatte eine hegemoniale Position inne. Dem Reichskanzler gelang es, geschickt zwischen den verschiedenen institutionellen Kompetenzen zu vermitteln, da er wusste, dass er das Vertrauen des Herrschers genoss.

Für die deutsche Geschichte nach der Französischen Revolution war die verfassungsmäßige Zentralität des monarchischen Prinzips bis zum Ersten Weltkrieg einer der am stärksten konsolidierten Punkte. Das deutsche monarchische Prinzip hatte sicherlich seine eigenen Merkmale. Neben der Bedeutung der souveränen

⁹ Rede Bismarcks in der Budget-Kommission des Preußischen Landtags vom 30.9.1862, vgl.: Bismarck, Otto. Die gesammelten Werke. Friedrichsruher Ausgabe, Bd. 10: Reden. Bearb. von Wilhelm Schußler. Berlin: Verlag für Politik und Wissenschaft, 1928. 140.

Macht gab es im Gegensatz zu Frankreich und England, wo sich der Mechanismus der Gewaltenteilung entwickelt hatte, im deutschen Raum eher eine direkte Beteiligung der Klassen am politischen und verfassungsmäßigen Leben auf der Grundlage von Prinzipien der traditionellen, nicht immer rechtlichen Legitimität. Darüber hinaus spielte das deutsche Bürgertum eine wichtige Rolle.¹⁰ Die Geschichte der deutschen Verfassung des 19. Jahrhunderts und die Entwicklung des Reichszustands drückten den Versuch aus, den Gegensatz zwischen dem monarchischen und dem repräsentativen Prinzip zu überwinden.

1903 beschrieb Otto Hintze diese Widersprüche und erklärte in dem Text ‚Rasse und Nationalität und ihre Bedeutung für die Geschichte‘:

Wir haben es infolge der historisch erwachsenen Schwierigkeiten nicht vermocht, einen Staat zu bilden, der die ganze deutsche Nation umfaßt; und unser Reich ist kein Einheitsstaat geworden, sondern ein Bundesstaat, in dem die Absonderung der Stämme noch keineswegs völlig überwunden ist. Die deutsche Nationalität ist dabei auch keine so einheitliche und homogene wie die der Engländer und Franzosen; ihr fehlt noch der feste, gleichmäßige Rassencharakter, und das ist ein Mangel, der sich namentlich an der Stellung der Deutschen im Ausland zeigt. Weil unsere Nationalität diese feste physische Grundlage noch entbehrt, weil sie nur im Gemüt und nicht auch im Geblüt steckt, darum ist der Deutsche im Ausland so leicht in Gefahr, sein Deutschtum zu verlieren, darum behauptet er seine Nationalität nicht mit derselben Zähigkeit und Selbstverständlichkeit wie der Franzose oder gar der Engländer.¹¹

In diesem berühmten Absatz berücksichtigt Otto Hintze die offenen Fragen der deutschen Nation und ihres Volkes auch im Unterschied zur französischen Tradition. Des Weiteren zeigt sich auch die Besonderheit des deutschen Nationsbegriffes im Vergleich zu anderen europäischen Traditionen.¹² Er geht davon aus, dass die Deutschen mit der Verwirklichung des Bundesstaats im Jahr 1871 sogar Gefahr laufen könnten, ihr Deutschtum zu verlieren.

Die mit der Einigung von 1871 konsolidierte Spaltung zwischen kulturellem und politischem Nationalismus führte aber auch zu einem mehrdeutigen und teilweise widersprüchlichen Verhältnis zwischen Nationalismus, Weltpolitik und Imperialismus. Nichtsdestoweniger entwickelte das Deutsche Reich eine eigene im-

10 Schiera, Pierangelo. *Il laboratorio borghese. Scienza e politica nella Germania dell'Ottocento*. Bologna: il Mulino, 1987. Vgl. auch Senigaglia, Cristiana. „The debate on democratization and parliament in Germany from 1871 to 1918“. *Parliaments, Estates & Representation*, 40,3 (2020): 290–307.

11 Hintze, Otto. *Soziologie und Geschichte*. Hg. Gerhard Oestreich, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1964. 61–65.

12 Vgl. auch Plessner, Helmut. *Gesammelte Schriften VI. Die verspätete Nation*. Hg. Günter Dux, Odo Marquard und Elisabeth Ströker, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1982. 58–81.

periale Weltpolitik.¹³ Nicht zu übersehen ist jedoch, dass es zwischen dem Ende des 19. Jahrhunderts und dem Beginn des 20. Jahrhunderts einen „Kulminationspunkt des nationalistischen Zeitalters“ gab, wie Hintze feststellt, der schreibt:

Regen sich in der Epoche der Weltpolitik nicht vielleicht schon neue, übernationale Mächte? Es fehlt nicht an Stimmen, die das behaupten, auch außerhalb der Lager jener Parteien, die ihrem Wesen nach international gesinnt sind. Ich will nur eine dieser Stimmen anführen: die Friedrich Nietzsches. Er hat es für das Strebeziel jedes vernünftigen Menschen im 19. Jahrhundert erklärt, ‚ein guter Europäer zu werden‘, statt eines guten Deutschen oder Franzosen. Mit solchen Stimmungen, die die kosmopolitischen Schwärmereien aus der Zeit unserer klassischen Literatur wieder aufnehmen, verbinden sich heute auch wohl politische Zukunftsräume, in denen die europäischen Nationen zu einem großen Staatenbunde oder wenigstens zu einem Zoll- und Handelsbunde geeinigt erscheinen. Rings um uns her haben sich Riesenreiche gebildet, und sie werden sicher noch wachsen an Ausdehnung und Stärke. England mit seinem Kolonialreich, Rußland mit seinem asiatischen Besitz und Einfluß, Amerika mit seiner Monroe-Doktrin und seinem Hochschutzzollsystem – das sind Kolosse, gegen deren wirtschaftliches und politisches Schwergewicht die Staaten des alten Europa (so meint man) sich als gleichberechtigt nur behaupten können, wenn sie sich einmütig zusammenschließen zu einem größeren Ganzen. Patriotischer Ehrgeiz hat wohl davon geträumt, daß in diesem Staatenbunde Deutschland die führende Macht sein werde. ... Daß es so etwas geben kann in der modernen Welt, das zeigen uns England, Amerika, Frankreich. Wir haben ein Material von Menschen, so edel wie nur irgendeine Nation der Welt. Sorgen wir dafür, daß auch ein festes, kompaktes, einheitliches Volkstum daraus werde, das nicht bloß im Gemüt, sondern auch im Geblüt steckt, die deutsche Rasse der Zukunft!¹⁴

In diesem Abschnitt von Hintze treten alle Unklarheiten im Verhältnis zwischen patriotischer Referenz, Weltpolitik und sogar Europäismus zutage. An dieser Stelle vertritt Hintze die Notwendigkeit einer deutschen Nation innerhalb eines europäischen Staatenbundes, in dem Deutschland eine führende Rolle spielen soll. Einerseits handelt es sich um einen geopolitischen Anhaltspunkt, andererseits bestätigt diese Stellungnahme, wie tief die deutsche Frage und die Bedeutung des deutschen Nationsbegriffs mit der Europaidee verbunden war bzw. ist.

¹³ Vgl. Smith, Helmut Walser. „Authoritarian State, Dynamic Society, Failed Imperialist Power, 1878–1914“. *The Oxford Handbook of German History*. Hg. Helmut Walser Smith. Oxford: Oxford University Press, 2015. 307–335.

¹⁴ Hintze, Otto. *Soziologie und Geschichte*. Hg. Gerhard Oestreich, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1964. 63. Vgl. auch Zimmerman, Andrew. *Race and World Politics: Germany in the Age of Imperialism, 1878–1914*. *The Oxford Handbook of German History*. Hg. Helmut Walser Smith. Oxford: Oxford University Press, 2015. 359–377 und Breuer, Stefan. *Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2008.

4 Max Weber über Volk und Nation

Ein radikaler Paradigmenwechsel in der Interpretation der Begriffe Volk und Nation wurde erst mit Max Weber möglich, der als Erster eine völlig neue Deutung vorschlug und auch die politisch-institutionelle Entwicklung in der Weimarer Republik maßgeblich beeinflusste.

Max Weber dekonstruierte den deutschen Nationsbegriff – ein nach Sprache, Sitte und Schicksal zusammengehöriges Stück Menschheit – und wies dieses Stück Menschheit als Ergebnis eines politischen Willens aus. Damit formulierte er in *Wirtschaft und Gesellschaft* einen ganz neuen Begriff der Nation:

„Nation“ ist ein Begriff, der, wenn überhaupt eindeutig, dann jedenfalls nicht nach empirischen gemeinsamen Qualitäten der ihr Zugerechneten definiert werden kann. Er besagt, im Sinne derer, die ihn jeweilig brauchen, zunächst unzweifelhaft: daß gewissen Menschengruppen ein spezifisches Solidaritätsempfinden anderen gegenüber zuzumuten sei, gehört also der Wertsphäre an ... „Nation“ im üblichen Sprachgebrauch ist zunächst nicht identisch mit „Staatsvolk“, d. h. der jeweiligen Zugehörigkeit [zu] einer politischen Gemeinschaft. Denn zahlreiche politische Gemeinschaften (so Österreich [von 1918]) umfassen Menschengruppen, aus deren Kreisen emphatisch die Selbständigkeit ihrer „Nation“ den anderen Gruppen gegenüber betont wird, oder andererseits Teile einer von den Beteiligten als einheitliche „Nation“ hingestellten Menschengruppe (so ebenfalls Österreich). Sie ist ferner nicht identisch mit Sprachgemeinschaft, denn diese genügt keineswegs immer (wie bei Serben und Kroaten, Amerikanern, Iren und Engländern), sie scheint andererseits nicht unbedingt erforderlich (man findet den Ausdruck „Schweizer Nation“ auch in offiziellen Akten neben „Schweizer Volk“), und manche Sprachgemeinschaften empfinden sich nicht als gesonderte „Nation“ (so, wenigstens bis vor kurzem, etwa die Weißrussen). ... Daß „nationale“ Zugehörigkeit nicht auf realer Blutsgemeinschaft ruhen muß, versteht sich vollends von selbst: überall sind gerade besonders radikale „Nationalisten“ oft von fremder Abstammung. Und vollends ist Gemeinsamkeit eines spezifischen anthropologischen Typus zwar nicht einfach gleichgültig, aber weder ausreichend zur Begründung einer „Nation“, noch auch dazu erforderlich. ... ethnisches Zusammengehörigkeitsgefühl haben auch die Weißrussen den Großrussen gegenüber zweifellos immer gehabt, aber das Prädikat einer besonderen „Nation“ [529] würden sie selbst jetzt schwerlich für sich in Anspruch nehmen.¹⁵

Im *Volk* sah Weber nur ein anderes Wort für *Stamm*. Insofern steht der Begriff der Nation bei Weber ganz in der deutschen Tradition; nichtsdestoweniger untermauert er ihn jedoch mit dem Prinzip der Solidarität (*ein spezifisches Solidaritätsempfinden*). Verbinden wir Webers Nationsbegriff mit der während der Übergangsphase und vor den Wahlen zur Nationalversammlung von 1919 angestellten Überlegung zu ‚Deutschlands künftiger Staatsform‘, deutet sich das Gesamtbild ei-

¹⁵ Weber, Max. *Wirtschaft und Gesellschaft*. Politische Gemeinschaften, Kap. VIII, Tübingen: Mohr Siebeck, 1980. 528–529.

nes Paradigmenwechsels an. Obwohl Max Weber die parlamentarische Monarchie als die für die Demokratisierung Deutschlands zweckmäßigste institutionelle Form anerkannte, betrachtete er die entstehende Republik als den sichersten Weg für die Lösung der großdeutschen Frage:

Die Republik als Staatsform scheint zur Zeit der sicherste Weg, das großdeutsche Problem, welches jetzt vor uns steht, einer Lösung entgegenzuführen. Wir müssen für die Staatsform eintreten, welche gestattet, die möglichste Höchstzahl von Deutschen in einem Verband zu einigen. Ob dies für Österreich und Bayern in normalen Zeiten auf die Dauer die Republik sein würde, mag jetzt dahingestellt bleiben. Für die Gegenwart scheint es so zu sein, und, wenn es so ist, so sind daraus die Konsequenzen zu ziehen.¹⁶

In diesem außerordentlichen Text berücksichtigt Max Weber die wichtigen Themen der entstehenden Republik mit einer klaren historischen Retrospektive:

Mit unzulänglichen dilettantischen Kräften steht die politisch ungeschulte Nation vor der Aufgabe, an die Stelle von Bismarcks Werk etwas anderes zu setzen. Denn dieses Werk ist dahin. Schon aus Gründen der Außenpolitik, die ja bei seinem Aufbau sehr stark mitspielten. Einmal weil das dynastische Österreich zerfällt, – von Bismarcks Standpunkt aus gesehen eine Veranstaltung, welche die Zugehörigkeit von 10 Millionen Deutschen zum Reich opferte, um 30 Millionen Nichtdeutsche politisch zu neutralisieren. [...] Weil die militaristische Epoche der deutschen Geschichte zu Ende ist. Weil schließlich jedenfalls die bisherige dynastische Lösung des kleindeutschen Problems für die Zukunft ebensowenig wie dieses selbst in Betracht kommt. Was nun? Obwohl diese Vorfrage zur Zeit praktisch entschieden scheint, fragen wir doch noch einmal: parlamentarische Monarchie oder Republik? [...] Die Interessen und Aufgaben der Nation stehen uns turmhoch über allen Gefühlen. Ebenso über allen Fragen der politischen Form überhaupt. Auch deren Gestaltung ist uns aber zunächst ein nüchternes staatstechnisches Problem und nicht eine Gefühlsangelegenheit. [...] es ist für die Entwicklung dieses nationalen Selbstgefühls schlimm, daß die Demokratie zu uns nicht, wie in Holland, England, Amerika, Frankreich, in Verbindung mit erfolgreichen Kämpfen oder, wie wir es erstrebt hatten, in Verbindung mit einem ehrenvollen Frieden gekommen ist, sondern im Gefolge einer Niederlage. Die schmachvolle Konkursliquidation des alten Regimes, mit der sie belastet ist, tritt hinzu, um ihre Zukunft politisch zu verdütern. Es sind zunächst nicht frohe Tage, die sie der Nation versprechen kann. Die Republik ist eine Saat auf Hoffnungen, von denen wir heute nicht wissen, ob sie alle erfüllt werden.¹⁷

Dabei verbindet Max Weber mit theoretischer und historisch-politischer Klarsicht alle kontroversen Fragen und Zukunftsperspektiven des deutschen Staates. Gleichzeitig stellt er jedoch eine völlig neue Perspektive vor: Ausgehend von einer

16 Weber, Max. Zur Neuordnung Deutschlands. Schriften und Reden. Deutschlands künftige Staatsform, 1918–1920, Tübingen: Mohr Siebeck, 1991. 28.

17 Weber, Max. Zur Neuordnung Deutschlands. Schriften und Reden. Deutschlands künftige Staatsform, 1918–1920, Tübingen: Mohr Siebeck, 1991. 25–26 und 29.

Kritik an der von Bismarck durchgeführten Einigung (1871) – mit ihren außenpolitischen und militaristischen Implikationen – schlägt er eine Argumentation vor, die den technischen Staat bzw. die institutionelle Frage in den Mittelpunkt rückt. Schließlich wird das Problem der Bedingungen für die Entstehung der Demokratie in Deutschland hervorgehoben, das bekanntlich ein unüberwindbares Hindernis für den Erfolg der Weimarer Republik blieb.

5 Volk und Nation in der Weimarer Republik

Ausgehend von der oben beschriebenen theoretischen und historischen Analyse möchte ich abschließend auf den folgenden Punkt aufmerksam machen.

In diesem Beitrag sollte nicht nur ein kurzer Gesamtüberblick über die Entwicklung der Begriffe ‚Volk‘ und ‚Nation‘ von der Paulskirche bis zur Weimarer Republik gegeben, sondern auch gezeigt werden, wie diese Begriffe mit der Entstehung der ersten deutschen Demokratie umgewandelt wurden. Mit der Weimarer Republik begann eine ganz andere Geschichte dieser Begriffe, die mit der Geburt einer neuen Staatsform und politischen Kultur verbunden ist. Als Beispiel könnte man die Figur von Friedrich Ebert, dem ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik. Wie keine andere deutsche Persönlichkeit der ersten deutschen Demokratie hat sich Friedrich Ebert für die Stärkung der politischen Institutionen und für die nationale Republik engagiert. Unter den vielen Initiativen, die Friedrich Ebert ergriffen hat, könnte man zwei nennen. Die erste stammt aus der Zeit, als der Sozialdemokrat Friedrich Ebert noch Mitglied und Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten war und Deutschland in der Übergangsphase zwischen Herbst 1918 und den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 regierte. In einer Rede im Dezember 1918 versuchte Ebert, die heimkehrenden Truppen zu überzeugen, die Einheit der Nation zu retten:

Kameraden, willkommen in der Deutschen Republik, herzlich willkommen in der Heimat, die sich nach Euch gesehnt hat [...] Ihr findet unser Land nicht so vor, wie Ihr es verlassen habt. Neues ist geworden, die deutsche Freiheit ist erstanden. Die alte Herrschaft, die wie ein Fluch auf unseren Taten lag, hat das deutsche Volk abgeschüttelt. Es hat sich selbst zum Herrn über das eigene Geschick gemacht. Auf Euch vor allem ruht die Hoffnung der deutschen Freiheit. Ihr seid die stärksten Träger der deutschen Zukunft. Niemand hat schwerer als Ihr unter der Ungerechtigkeit des alten Regimes gelitten, an Euch haben wir gedacht, als wir mit einem verhängnisvollen System aufräumten, für Euch haben wir die Freiheit erkämpft, für Euch der Arbeit ihr Recht errungen [...] Nun liegt Deutschlands Einheit in Eurer Hand, sorgt Ihr dafür, daß Deutschland beieinander bleibt, daß nicht das alte Kleinstaatenehend uns wieder übermannt, daß nicht die alte Zerrissenheit unsere Niederlage vervollständigt. Rettet Ihr die Einheit der deutschen Nation, die Ihr nun Bürger werdet der einen, der

untrennbaren Deutschen Republik! [...] Bald schlägt die ersehnte Stunde des Friedens, bald wird die konstituierende Nationalversammlung die Freiheit und die Republik fest verankern, durch den unantastbaren Willen des ganzen deutschen Volkes [...] Ihr sollt mitschaffen an dem großen Werk einer neuen deutschen Zukunft.¹⁸

Diese Rede, die Ebert am 10. Dezember 1918 vor den aus dem Krieg zurückgekehrten Soldaten hielt, ist ein wichtiges Beispiel für den Versuch, eine deutsche Nation und ein deutsches Volk auf neuer Grundlage zu bilden. Abgesehen von der Frage, ob diese Rede ein Erfolg war oder nicht, sei darauf hingewiesen, dass Ebert bereits 1918 die Begriffe *Einigkeit*, *Recht* und *Freiheit* verwendet hat. Die zweite Initiative geht auf den 11. August 1922 zurück, als Ebert zum dritten Jahrestag des Inkrafttretens der Weimarer Verfassung eine offizielle Mitteilung herausgab, von der einige wichtige Passagen anzuführen sind:

Vor drei Jahren, am 11. August, hat sich das deutsche Volk seine Verfassung gegeben, das Fundament seiner Zukunft. Diesen Tag wollen wir, trotz aller Not der Gegenwart, mit Freude und Hoffnung begehen. [...] Wir wollen keinen Bürgerkrieg, keine Trennung der Stämme. Wir wollen Recht. Die Verfassung hat uns nach schweren Kämpfen Recht gegeben. Wir wollen Frieden. Recht soll uns Freiheit bringen. Wir wollen Einigkeit. Recht soll uns einig zusammenhalten. So soll die Verfassung uns Einigkeit, Recht und Freiheit gewährleisten. Einigkeit und Recht und Freiheit! Dieser Dreiklang aus dem Liede dieses Dichters gab in Zeiten innerer Zersplitterung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck; er soll auch jetzt unseren harten Weg zu einer besseren Zukunft begleiten. [...] In Erfüllung seiner Sehnsucht soll unter den schwarz-rot-goldenen Fahnen der Sang von Einigkeit und Recht und Freiheit der festliche Ausdruck unserer vaterländischen Gefühle sein.¹⁹

Wie in der Rede wird auch in dieser Mitteilung der Versuch deutlich, die deutsche Nation und das deutsche Volk im Zeichen aufgeklärter Prinzipien zu einigen. *Einigkeit*, *Recht* und *Freiheit* waren die Schlüsselbegriffe und -konzepte der Erklärung Eberts, in der er Hoffmann von Fallerslebens (1798–1874) Deutschlandlied als offizielle Hymne der Republik proklamierte, aber auch die Werte, auf die sich die Weimarer Demokratie gründete und auf deren Basis die Gründerväter nach dem Ersten Weltkrieg und den Ereignissen von 1918/19 eine neue Seite der deutschen Politikgeschichte aufschlagen wollten.

Das immer wiederkehrende Problem der deutschen Grenzen, d. h. die Alternative zwischen den kleindeutschen und den großdeutschen Grenzen, das Deutschland im Laufe des 19. Jahrhunderts beschäftigt hatte, war auch während

¹⁸ Ebert, Friedrich. Ansprache an die Heimkehrenden Truppen. Politische Reden III. Hg. Peter Wende, Frankfurt am Main: Deutscher Klassiker Verlag, 1994. 94–96.

¹⁹ Ebert, Friedrich. Friedrich Ebert – Reden als Reichspräsident (1919–1925). Hg. Walter Mühlhausen, Bonn: Dietz, 2016. 212–213.

der Weimarer Republik präsent. Es wurde durch den Vertrag von Versailles noch verschärft. Ich zitiere Gustav Radbruch, der 1924 erklärte:

[...] die deutsche Nation endet nicht an den deutschen Grenzen, sie umfaßt die deutschen Minderheiten in allen Gebieten, die unser geschichtliches Schicksal von dem Gebiete des Deutschen Reiches getrennt hat. Sie umschließt vor allem unsere Stammesbrüder in Deutschösterreich.²⁰

Am Anfang des Endes der ersten deutschen Demokratie stand genau dieses Problem, das ein Erbe der Paulskirche war. Natürlich wurde die Weimarer Republik durch eine verhängnisvolle Kombination aus ökonomisch-strukturellen und psychologisch-gefühlsmäßigen Gründen, Frustrationen, Angst und Revanchismus, neoromantischem Nationalismus und imperialistischen Triebkräften in die Krise gestürzt; dazu kam die ewige (geopolitische) Unentschlossenheit Deutschlands zwischen der europäischen Kulturheimat und dem auf die Eroberung eines ‚Lebensraums‘ ausgerichteten nationalistischen Sonderweg.²¹ Aus all diesen Gründen wurde die demokratische Republik als im Wesentlichen antideutsch wahrgenommen, als eine strafende Verhängung des so genannten Materialismus der Zivilisation zum Nachteil der deutschen nationalen Kultur. Aber die mystische Darstellung der Prinzipien, aus denen die Weimarer Republik entstanden ist, ist ein Zeichen für einen radikalen, fast revolutionären Wandel, der durch das gewagte demokratische Experiment von 1919 repräsentiert wird.

Tatsächlich markiert die Weimarer Republik mit all ihren historischen Grenzen und auch unter Berücksichtigung des umstrittenen Verfassungssystems den Beginn des Konzepts einer Nation, die auf politisch-institutionellen Grundlagen in klarer Diskontinuität zur früheren deutschen Tradition beruht. Darüber hinaus war die Weimarer Republik ein Versuch, dem Deutschen Reich eine neue institutionelle Form auf der Grundlage des politischen Willens zum Aufbau einer neuen politischen und rechtlichen Ordnung zu geben. Die Weimarer Verfassung, die zwar einige Elemente der Kontinuität mit der Verfassung der Paulskirche auf-

20 Radbruch, Gustav. Gesamtausgabe, Bd. 14: Staat und Verfassung (1924). Heidelberg: Müller Verlag, 2002. 86. Vgl. auch Fahlbusch, Michael. Volk ohne Raum – Raum ohne Volk. Der lange Schatten der Deutsch-Völkischen in der Weimarer Republik. Demokratieggeschichte als Zäsurgeschichte. Diskurse der frühen Weimarer Republik, Hg. Heitren Kämper. Berlin: Walter de Gruyter, 2014. 253–283.

21 Vgl. Fahlbusch, Michael. Grundlegend, Kontext und Erfolg der Geo- und Ethnopolitik vor 1933. Geopolitik. Grenzgänge im Zeitgeist. Band 1.1 1890 bis 1945. Hg. Irene Diekmann, Peter Krüger, Julius H. Schoeps. Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg, 2000. 103–146. Mommsen, Hans. Nationalismus in der Weimarer Republik. Die deutsche Nation. Hg. Otto Dann, Vierow: SH-Verlag. 83–95; Herbert, Ulrich. Das dritte Reich. Geschichte einer Diktatur, München: C. H. Beck, 2016. 25–31.

weist, aber insbesondere an die Grundrechte denkt, verweist auf eine völlig neue Vorstellung von einer deutschen Nation.

Tobias Hirschmüller

Ein „Frankfurter Beispiel“?

Die großdeutsche Idee in der deutschen Erinnerung an die Revolution von 1848/1849 nach dem Zweiten Weltkrieg

1 Einleitung

Das „preußische Beispiel“, wie Manfred Schlenke es nannte, hatte nach der vollständigen Niederlage des Deutschen Reiches nach dem Zweiten Weltkrieg als geschichtspolitisches Argument ausgedient, einen autoritären Staat als deutsche Eigenart der Geschichte, als Vorteil für die Deutschen zu legitimieren und eine republikanische Staatsform als wesensfremd zu diskreditieren¹. Die deutsche Revolution des neunzehnten Jahrhunderts wurde im Gegenzug seither als Fixpunkt der Erinnerung etabliert, um demokratische Traditionen beziehungsweise einen Beginn der Demokratiegeschichte in Deutschland zu verankern². Man könnte fast von einem „Frankfurter Beispiel“ sprechen, wenn Traditionskonstruktionen zu den Revolutionsjahren 1848 und 1849 seit der Nachkriegszeit mit Schlagwörtern wie „Freiheit“, „Einheit“ und „soziale Gerechtigkeit“ verbunden werden³. Kritik an den selektiven, entproblematisierenden und harmonisierenden Aspekten dieser Neuinterpretation war und ist zwar stets vorhanden⁴. Doch es besteht ein

1 Schlenke, Manfred: „Das ‚preußische Beispiel‘ in Propaganda und Politik des Nationalsozialismus“. *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* 18.27 (1968): 15–23.

2 Etwa: Baum, Hans-Peter. „1848/49, 1918/19, 1948/49. Jahre des demokratischen Aufbruchs aus dem Blickwinkel der Ereignisse in Würzburg“. *1848/49, 1918/19, 1948/49. Jahre des demokratischen Aufbruchs. Eine Ausstellung des Stadtarchivs*. Hg. Stadtarchiv Würzburg. VDS Verlagsdruckerei Schmidt: Neustadt an der Aisch, 2018. 7–22; Frenken, Wilhelm. *Als die Demokratie Wurzeln schlug. Die Revolution von 1848 und ihre Auswirkungen auf das Heinsberger Land*. Heinsberg: SPD-Ortsverein Heinsberg Eigendruck, 1998; Gall, Lothar. *Aufbruch zur Freiheit. Über die Abgeordneten der Paulskirche und ihren späten Triumph*. *Die politische Meinung. Monatsschriften zu Fragen der Zeit* 43 (1998): 63–71.

3 Hirschmüller, Tobias. „Von der Barrikade ins Parlament. Die Pazifizierung der Revolution von 1848/1849 im westdeutschen Geschichtsbild nach dem Zweiten Weltkrieg“. *Wissen im Mythos. Die Mythisierung von Personen, Institutionen und Ereignissen und deren Wahrnehmung im wissenschaftlichen Diskurs*. Hg. Eva Muster u. a. München: AVMpress, 2018. 249–288.

4 Biefang, Andreas. „Gründungsmythen der parlamentarischen Demokratie? Erinnern an die Verfassungsgebungen von 1848/49 und 1948/49 am historischen Ort“. *Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik*. Hg. Thomas Hertfelder, Ulrich Lappenküper und Jürgen Lillteicher. Göttingen: Vandenhoeck & Ru-

breiter Konsens in Gesellschaft und Politik darüber, dass 1948/49 die Westdeutschen im Parlamentarischen Rat und 1989 die Ostdeutschen an der Bornholmer Straße das vollendeten, was im März des Jahres 1848 mit den Barrikaden in der Nähe des Berliner Stadtschlusses begonnen wurde. Dabei wird die deutsche Demokratie noch dazu in eine gemeinsame europäische historische Entwicklung integriert⁵.

Die aus Graz stammende Kölner Stadtkonservatorin Hiltrud Kier nannte 1983 die Paulskirche daher ein „gesamtdeutsches demokratisches Denkmal des Wiederaufbaus“⁶, ohne zu erwähnen, welche Diskrepanz zwischen der Vorstellung eines Gesamtdeutschlands im Revolutionsjahr und zur Zeit der Rekonstruktion ein Jahrhundert später bestand. Die Äußerung ist symptomatisch für einen der Widersprüche, die der Aufwertung von 1848 bei gleichzeitiger Abwertung von 1871 innewohnten und auch noch innewohnen, seit sie nach 1945 unter den Bedingungen der vollständigen Niederlage und der sich abzeichnenden Teilung Deutschlands in die Erinnerungskultur Eingang fand. Was nicht recht in dieses neue Geschichtsbild passte und daher meist übergangen wurde, ist der Umstand, dass es sich bei der Nationalversammlung in der Paulskirche zunächst um einen Österreich einschließenden gesamtdeutschen und damit nach zeitgenössischem Sprachgebrauch „großdeutschen“ Staatsgründungsversuch handelte⁷. Nicht umsonst wählten die Abgeordneten mit Erzherzog Johann von Österreich (1782–1859) einen Angehörigen des Habsburger Herrscherhauses zum provisorischen Staatsoberhaupt, zum sogenannten Reichsverweser. Dies wirft die Frage auf, wie im demokratischen Gedanken an 1848 mit der großdeutschen Idee der Paulskirche umgegangen wurde

precht, 2016. 179–196; Gailus, Manfred. „Deutsche Revolutionsfeierlichkeiten 1998. Zwischenbemerkung zur Politik und Kultur der Erinnerung an 1848“. *Werkstatt Geschichte* 7.20 (1998): 59–68; Hettling, Manfred. „Die Jagd nach dem demokratischen Anfang. Rückblick auf das Jubiläumsjahr zu 1848“. *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 51.5/6 (2000): 302–312; Kittel, Manfred. „Abschied vom Völkerfrühling? National- und außenpolitische Vorstellungen im konstitutionellen Liberalismus 1848/49“. *Historische Zeitschrift* 275 (2002): 333–383; Leutzsch, Andreas. „Die Ambivalenz der Märzforderungen – Auftakt zu einem deutschen Sonderweg?“. *Jede Umwälzung trägt den Charakter ihrer Zeit“: Ostwestfalen-Lippe 1848/49. Regionalhistorische Studien anlässlich der Ausstellung Revolution – Kommunikation – Öffentlichkeit im Historischen Museum Bielefeld. Texte und Dokumente*. Hg. Horst Walter Blanke. Waltrop: Hartmut Spenner Verlag, 1999. 23–42.

5 Hirschmüller, Tobias. „Von ‚Großdeutschland‘ zu ‚Gesamtdeutschland‘? Die Erinnerung an die Revolution von 1848/49 und die politische Geographie der deutschen Demokratie in Europa“. *Die Verortung der Bundesrepublik. Ideen und Symbole politischer Geographie nach 1945*. Hg. Frank Becker, Michael Wala und Darius Harwardt. Bielefeld: transcript, 2020, 195–245.

6 Kier, Hiltrud. „Die Paulskirche in Frankfurt – ein gesamtdeutsches demokratisches Denkmal des Wiederaufbaus“. *Kunstchronik* 36 (1983): 4–5.

7 Wollstein, Günter. *Das „Großdeutschland“ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49*. Düsseldorf: Droste 1977.

und wird. Wie hat sich die Erinnerung an das „Großdeutschland“ der Paulskirche in den über 70 Jahren der zweiten deutschen Demokratie gewandelt? Kann es ein „Frankfurter Beispiel“ für die deutsche Demokratie nach 1945 geben?

Ein Blick in die bisherige Forschung ist wenig zufriedenstellend. Denn die Erinnerung an die Revolution wurde insbesondere mit Blick auf bestimmte Orte der Revolution, in ausgewählten historischen Epochen oder mit dem Fokus auf bestimmte Parteien oder Gruppierungen untersucht⁸. Lediglich Wolfram Siemann beschäftigte sich in einem Aufsatz mit „Österreich in der deutschen Erinnerung zu 1848/49“ und kam hierbei zu dem Ergebnis, dass 1948 bei den Feiern in Frankfurt und Berlin die „Österreicher nicht mehr gegenwärtig“ waren. Fortan sei die deutsche Frage im Hinblick auf Österreich „als Warnung vor einem Irrweg in den Nationalismus“ behandelt worden. Und wo schließlich 1998 das Nachbarland in der Erinnerungskultur des wiedervereinigten Deutschlands Erwähnung fand, geschah dies „eingefügt in die gesamteuropäische Bewegung und Erschütterung“⁹. So bilanzierte auch Rüdiger Hachtmann 2002 in seiner „Einführung in die Revolu-

8 Baumgart, Franzjörg. *Die verdrängte Revolution. Darstellung und Bewertung der Revolution von 1848 in der deutschen Geschichtsschreibung vor dem Ersten Weltkrieg*. Düsseldorf: Schwann 1976; Mergel, Thomas. „Sozialmoralische Milieus und Revolutionsgeschichtsschreibung. Zum Bild der Revolution von 1848/49 in den Subgesellschaften des deutschen Kaiserreichs“. *Die Revolution von 1848/49. Erfahrung – Verarbeitung – Deutung*. Hg. Christian Jansen und Thomas Mergel. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1998. 247–267; Gildea, Robert. „Mythen der Revolutionen von 1848“. *Europa 1848. Revolution und Reform*. Hg. Dieter Dowe, Heinz-Gerhard Haupt und Dieter Langewiesche. Bonn: Dietz, 1998. 1201–1233; Hettling, Manfred. „Nachmärz und Kaiserreich“. *1848 – Revolution in Deutschland*. Hg. Christof Dipper und Ulrich Speck. Frankfurt am Main u. a.: Insel-Verlag, 1998. 11–24; Hahn, Hans-Werner. „Verdrängung und Vermächtnis. Die Revolution von 1848/49 in der Geschichtskultur der Deutschen“. *Revolution an der Grenze. 1848/49 als nationales und regionales Ereignis*. Hg. Klaus Ries. St. Ingbert: Röhrig, 1999. 23–45; Wolfrum, Edgar. „Die Revolution von 1848/49 im geschichtspolitischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklungslinien von 1948/49 bis zur deutschen Einheit“. *Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Essays*. Hg. Wolther von Kieseritzky und Klaus-Peter Sick. München: Beck, 1999. 299–316; Hattenhauer, Hans. „Kampf um ein Geschichtsbild. Die Märzgefallenen“. *Geschichtsbilder. Festschrift für Michael Salewski zum 65. Geburtstag*. Hg. Thomas Stamm-Kuhlmann, Jürgen Elvert, Birgit Aschmann u. a. Stuttgart: Steiner, 2003. 369–380; Klemm, Claudia. *Erinnert – umstritten – gefeiert. Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Gedenkkultur*. Göttingen: V&R Unipress, 2007; Doering, Michael. *Das sperrige Erbe. Die Revolution von 1848/49 im Spiegel deutscher Schulgeschichtsbücher (1890–1945)*. München u. a.: Waxmann, 2008.

9 Siemann, Wolfram. „Großdeutsch – kleindeutsch? Österreich in der deutschen Erinnerung zu 1848/49“. *1848. Ereignis und Erinnerung in den politischen Kulturen Mitteleuropas*. Hg. Barbara Haider und Hans Peter Hye. Wien: Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, 2003. 97–111, hier 108 u. 110.

tion von 1848/49“, die Frage nach „Groß-“ oder „Kleindeutschland“ sei „schon lange nicht mehr aktuell“¹⁰.

Warum soll die Rolle des großdeutschen Aspektes im Revolutionsgedenken nach 1945 trotzdem noch einmal untersucht werden? Unabhängig davon, dass nach dem Zweiten Weltkrieg ein „Anschluss“ Österreichs an die sich konsolidierende westliche deutsche Demokratie unmöglich erschien, bleibt die Frage, welche Wertung der großdeutsche Aspekt in der Erinnerungskultur von Gesellschaft, Politik und Wissenschaft erfuhr, auch wenn hieraus keine tagespolitischen Forderungen mehr abgeleitet wurden. Im Ergebnis soll durch die vorliegende Analyse gezeigt werden, welchen Indikator die Erinnerung an die Revolution von 1848/49 für den Wandel des deutschen Selbstverständnisses nach 1945 darstellt. Aus Platzgründen muss der Fokus hier auf die Westzonen beziehungsweise die Bundesrepublik gelegt werden. Quellengrundlage der Untersuchung sind die Kommentare und die Berichterstattung in der Tagespresse insbesondere zu Jahrestagen sowie die Reden einschlägiger politischer Akteurinnen und Akteure.

Im weiteren Verlauf soll zunächst ein Blick auf die großdeutschen Erinnerungen vor 1945 geworfen werden, bevor die Haltungen in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu betrachten sind. Als letzter Punkt wird ein Abgleich mit den Sichtweisen auf das Großdeutschland der Paulskirche im wiedervereinigten Deutschland vollzogen.

2 Die großdeutsche Idee nach 1848. Ein kurzer Abriss

„Kein Deutschland lässt sich ohne Oesterreich denken; [...]“¹¹, so schrieb der gebürtig aus Koblenz stammende Clemens Fürst von Metternich (1773–1859) am Silvestertag des Jahres 1849 aus Brüssel an Karl Friedrich von Kübau Freiherrn von Kübeck (1780–1855). Letzterer stand zu diesem Zeitpunkt in Frankfurt am Main an der Spitze der Bundeszentralcommission, um ein Interim bis zur endgültigen Regelung der deutschen Angelegenheit nach den beiden Revolutionsjahren zu gestalten. Diese Forderung des einstigen Staatskanzlers war eine Mahnung, Österreich als Macht in Deutschland gegen kleindeutsche Ambitionen zu positionieren. Standen bei Metternich noch die Interessen des Kaiserstaates im Vordergrund, war

¹⁰ Hachtmann, Rüdiger. *Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Revolution von 1848/49*. Tübingen: Ed. diskord, 2002. 200.

¹¹ Brief von Clemens von Metternich an Karl Friedrich von Kübeck, Brüssel, 31. Dezember 1849. *Kübeck und Metternich. Denkschriften und Briefe*. Hg. Adolf Beer. Wien: Carl Gerold & Co, 1897. 55.

aus nationalpolitischen Gründen ein Festhalten an der großdeutschen Lösung nach 1850 in den deutschen Staaten außer Österreich auch in katholischen und liberalen Kreisen wie auch in der Arbeiterbewegung anzutreffen, welches auch nach der kleindeutschen Kaiserproklamation in Versailles fortbestand¹². Die historische Diskrepanz zwischen dem Frankfurter Reichsgründungsversuch und der obrigkeitstaatlichen Umsetzung erfuhr bald nach 1871 sukzessive eine Nivellierung. So wurde beispielsweise zu Otto von Bismarcks (1815–1898) 70. Geburtstag neben dem „Reichsgründer“ auch der „opferwilligsten großdeutschen Patrioten nach dem Jahre 1848“ gedacht, so die „Kölnische Zeitung“ vom 31. März 1885¹³.

Nach dem Ende der Monarchie in Deutschland 1918 und der territorialen Umgestaltung Mittel- und Osteuropas erhielt die großdeutsche Forderung nach einer Einbeziehung des verbliebenen „Deutsch-Österreich“ in den deutschen Staat als nunmehrige „Anschlussbewegung“ erneut Auftrieb. Zumal mit der Beseitigung der Fürsten und der Donaumonarchie die beiden entscheidenden Faktoren, die einem Großdeutschland bisher im Weg gestanden waren, nun nicht mehr existierten. Diese Forderungen waren sowohl bei den demokratischen Parteien wie der Sozialdemokratie (SPD), dem Zentrum und den Liberalen wie auch an den extremen Rändern links und rechts anzutreffen. Dabei diente in nahezu allen gesellschaftlichen Spektren die Erinnerung an die Revolution von 1848 dazu, die Zugehörigkeit Österreichs zum übrigen Deutschland historisch zu belegen¹⁴. In seiner

12 Bus, Erhard. *Großdeutsches im Kleindeutschen Reich. Wirkung und Verbreitung des großdeutschen Gedankengutes im Deutschen Reich zwischen Reichsgründung und Abschluß des Zweibunds*. Darmstadt: W. Lutz, 1986.

13 „Zu Bismarcks Geburtstag“. *Kölnische Zeitung*, 31. März 1885. Hierzu auch: Effner, Bettina. „Das schwierige Erbe der Revolution. Die Auseinandersetzung mit 1848/49 in liberaler Politik und Publizistik der Bismarckzeit“. *Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland*. Hg. Heinrich August Winker. Göttingen: Wallstein-Verlag, 2004. 41–66.

14 Rohe, Karl. *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik*. Düsseldorf: Droste Verlag, 1966; Miller, Susanne: „Das Ringen um ‚die einzige großdeutsche Republik‘. Die Sozialdemokratie in Österreich und im Deutschen Reich zur Anschlußfrage 1918/19“. *Archiv für Sozialgeschichte* 11 (1971): 1–67; Hess, Jürgen C. *Das ganze Deutschland soll es sein. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei*. Stuttgart: Klett-Cotta, 1978; Busenius, Daniel. *Der Mythos der Revolution nach dem Sieg des nationalen Mythos. Zur Geschichtspolitik mit der 48er-Revolution in der Ersten Republik Österreichs und der Weimarer Republik 1918–1933/34*. Dissertation Berlin: Online-Ressource 2011; Hochman, Erin R. „Ein Volk, ein Reich, eine Republik: Großdeutsch Nationalism and Democratic Politics in the Weimar and First Austrian Republics“. *German History* 32.1 (2014): 29–52; Böhles, Marcel. *Im Gleichschritt für die Republik. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Südwesten, 1924 bis 1933*. Essen: Klartext, 2016; Zitelmann, Rainer. *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*. Reinbek: Lau-Verlag, 2017⁵; Hirschmüller, Tobias: „Zwischen Internationalismus und Revisionismus. Der Protest der KPD gegen den Versailler Vertrag und die Regelung der Reparationszahlungen“. *Neue Forschungen zur*

Eröffnungsrede für die Weimarer Nationalversammlung am 6. Februar 1919 erklärte beispielsweise Friedrich Ebert (1871–1925) (SPD), dass in Anknüpfung an die Tradition von 1848 die Deutschen in Österreich „im neuen Reich der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen“ geheißen werden sollten¹⁵. Auch Theodor Heuss (1884–1963)¹⁶, damals Politiker der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), gab in seiner im gleichen Jahr erschienenen Schrift „Deutschlands Zukunft“ zu bedenken: „In der Paulskirche saßen auch die Deutschen aus Österreich.“ Daher müsse „unser Denken“ nun „zurückgehen über Bismarck zum Jahr 1848“. Seine Bilanz lautete daher: „Bismarcks Reich ist tot und Großdeutschland allen zur gemeinsamen Aufgabe gestellt.“¹⁷ Durch den Vertrag von Versailles war zwar ein „Anschluss“ der Republik Österreich an Deutschland verboten, doch wurde dies in der deutschen Außenpolitik weiter angestrebt¹⁸. Auch für Heuss blieb es nur eine „Zeitfrage“, bis die internationale Situation dies zuließ, wie er 1928 in einem Interview im „Neuen Wiener Journal“ darlegte¹⁹. In der deutschen Geschichtswissenschaft während der Weimarer Republik war zwar der Bruch mit Bismarck und seinem Werk kaum so anzutreffen wie bei Heuss. Doch wurde auch hier versucht, den „Anschluss“ mit historischen Thesen untermauert zu vertreten²⁰.

Geschichte der KPD. Hg. Frank Jacob, Tobias Hirschmüller und Andrea Brait. Berlin [im Erscheinen].

15 Ebert, Friedrich. „Rede zur Eröffnung der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung in Weimar, 6. Februar 1919“. *Friedrich Ebert. Schriften, Aufzeichnungen, Reden. Mit unveröffentlichten Erinnerungen aus dem Nachlaß, Bd. 2.* Hg. Friedrich Ebert (Junior). Dresden: Reissner, 1926. 153. Zur Sicht von Friedrich Ebert auf die Paulskirche im Kontext der 75-Jahr-Feier 1923 insbesondere: Rebentisch, Dieter. *Friedrich Ebert und die Paulskirche. Die Weimarer Demokratie und die 75-Jahrfeier der 1848er Revolution.* Heidelberg: Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, 1998.

16 Kruij, Gudrun. „Gescheiterter Versuch oder verpflichtendes Erbe? 1848 bei Theodor Heuss“. 1848. *Die Erfahrung der Freiheit.* Hg. Patrick Bahners und Gerd Roellecke. Heidelberg: Müller, 1998. 189–208; Hirschmüller, Tobias. *Der Liberale und die Vergangenheit. Theodor Heuss und das deutsche Geschichtsbild.* Berlin: be.bra wissenschaft verlag, 2015.

17 Heuss, Theodor. *Deutschlands Zukunft.* Stuttgart: Engelhorn, 1919. 6. u. 9.

18 Dumin, Frederick. „Das Problem eines deutsch-österreichischen Anschlusses 1918–1919“. *Österreich in Geschichte und Literatur* 9 (1965): 403–418; Preradovich, Nikolaus von. *Die Wilhelmstraße und der Anschluss Österreichs 1918–1933.* Bern u. a.: Peter Lang GmbH, 1971; Schumacher, Alois. „Frankreich und die Anschlussfrage“. *Fünfzig Jahre danach – Der „Anschluß“ von innen und von außen gesehen.* Hg. Felix Kreissler. Wien u. a.: Europaverlag, 1989. 37–51; Leonhard, Jörn. *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923.* München: C. H. Beck, 2018. 1053–1068.

19 Heuss, Theodor. Das Schicksal Oesterreichs. Der Anschluß eine Zeitfrage? (Aus einem Gespräch). *Neues Wiener Journal*, 24. März 1928.

20 Elvert, Jürgen. „Die Revolution 1848/49 in der historiographischen Rezeption der Zwischenkriegszeit“. 1848. *Revolution in Europa. Verlauf, politische Programme, Folgen und Wirkungen.* Hg.

Die Umsetzung des „Anschlusses“ durch Adolf Hitler (1889–1945) im Jahr 1938 wurde zwar nur in geringem Umfang mit der Revolution von 1848 historisch legitimiert. Beispielsweise antwortete der „Führer“ Frankfurts Oberbürgermeisters Friedrich Krebs (1894–1961) auf dessen Begrüßungsrede bei einem Festakt im Frankfurter Römer am 31. März 1938 und damit nur rund 20 Tage nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Österreich: „Das Werk, für das vor 90 Jahren unsere Vorfahren kämpften und bluteten, kann nunmehr als vollbracht angesehen werden.“²¹ Das Jahr 1848 erfuhr in der Folgezeit keine weitere Aufwertung im NS-Geschichtsbild, doch blieb der Begriff „Großdeutschland“ nun dauerhaft mit der nationalsozialistischen Herrschaft verbunden²².

3 Die verpasste großdeutsche Chance? Betrachtungen in der Nachkriegszeit

Nur drei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bot sich der im Entstehen begriffenen westdeutschen Demokratie mit dem 100. Jahrestag der Revolution die Gelegenheit, nach außen zu demonstrieren, dass mit den preußischen Vorbildern gebrochen wurde und andere historische Traditionen nun im Vordergrund standen. Neben der erklärten Anknüpfung an demokratische Linien in der deutschen Geschichte war mit den Jahrhundertfeiern von 1948 auch erneut die Sehnsucht nach einer nationalen Einheit verbunden. In Analogie zu 1848 war hierbei noch nicht klar, welches Territorium ein geeintes Deutschland umfassen sollte. Hinsichtlich des Revolutionsgedenkens fällt zunächst auf, dass in vielen Kommentaren, Reden, aber auch wissenschaftlichen Beiträgen zwar oft von einem „Gesamtdeutschland“, einer „gesamtdeutschen Bewegung“, von „ganz Deutschland“ im Jahr 1848 gesprochen wurde. Damit wurden zwar die Österreich geographisch einschließenden Deutschland-Begriffe der Weimarer Zeit und des „Dritten Reiches“ weiterverwendet²³, allerdings ohne das Nachbarland explizit zu erwähnen.

Heiner Timmermann. Berlin: Duncker & Humblot, 1999. 467–479; Kraus, Hans-Christof. „Kleindeutsch – Großdeutsch – Gesamtdeutsch? Eine Historikerkontroverse der Zwischenkriegszeit“. *Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse*. Hg. Alexander Gallus, Thomas Schubert und Tom Thieme. Baden-Baden: Nomos Verlags-Gesellschaft, 2013. 71–86.

21 Hitler. *Reden und Proklamationen 1932–1945: 1. Triumph (1932–1938)*. Hg. Max Domarus. Leinberg: Pamminer & Partner Verlagsgesellschaft mbH, 1988⁴. 841.

22 Schneeberger, Paul. *Der schwierige Umgang mit dem „Anschluss“*. *Die Rezeption in Geschichtsdarstellungen 1946–1995*. Innsbruck u. a.: Studien-Verlag, 2000.

23 Beispielsweise: Dankworth, Herbert. *Das alte Großdeutschtum. Versuch einer Bestimmung seiner kulturellen Grundlagen*. Frankfurt am Main: Frankfurter Societäts-Druckerei, 1925; Schüßler,

Der Lübecker Stadtarchivar Ahasver von Brandt²⁴ beispielsweise erinnerte an die „gesamtdeutsche Bewegung“, schrieb von „gesamtdeutschem Wollen“ und pries die „gesamtdeutsche Bedeutung“ der Stadt Lübeck für die „Geschichte der acht- und vierziger Bewegung“²⁵. Eine genaue Präzisierung, auf welche Grenzen sich dieses „gesamt“ bezog, erfolgte hier jedoch wie zumeist nicht. Auch die Rede von Frankfurts Oberbürgermeister Walter Kolb (1902–1956) (SPD) zur Eröffnung der vereinfacht wieder aufgebauten Paulskirche ließ die Grenzfragen nach Süden und Osten offen. Denn während er nach Westen und Norden konkrete Orte aufzählte, um ein zukünftiges geeintes Deutschland geographisch zu umschreiben, benannte er für die anderen Fälle nur die Himmelsrichtungen und vermied eine Festlegung²⁶.

Präziser wurde der Tübinger Historiker Rudolf Stadelmann,²⁷ wenn er in der „Deutschen Rundschau“ schrieb, „alle deutschen Provinzen von Konstanz bis Königsberg und von Schleswig bis Brunn“ seien von den revolutionären Ereignissen ergriffen worden²⁸, wodurch er auch deutschsprachige Gebiete in den Erblanden sowie in den Ländern der böhmischen Krone der Donaumonarchie als historisches Deutschland verstand. Ähnlich äußerte sich Stadelmanns Münsteraner Kollege Kurt von Raumer²⁹ in seiner Ansprache bei dem Gedenktakt der Universität am 13. Mai 1948 über das Frankfurter Parlament: „Seine Vertreter waren aus allen deutschen Gauen aufgeboden worden, Steiermark, Kärnten, Südtirol im Süden bis Schleswig und Ostpreußen im Norden, Limburg im Westen bis nach Posen im Os-

Wilhelm. *Deutsche Einheit und gesamtdeutsche Geschichtsbetrachtung. Aufsätze und Reden*. Stuttgart: Cotta, 1937; Birke, Ernst. *Der gesamtdeutsche Raum*. Breslau 1938; Scharff, Alexander. „Europäische und gesamtdeutsche Zusammenhänge der schleswig-holsteinischen Erhebung“. *Stufen und Wandlungen der deutschen Einheit*. Hg. Kurt von Raumer und Theodor Schieder. Stuttgart u. a.: Deutsche Verlags-Anstalt, 1943. 196–223; Schieder, Theodor. „Die Bismarcksche Reichsgründung von 1870/71 als gesamtdeutsches Ereignis“. Raumer/Schieder, 1943. 342–401. Eine Untersuchung zur Diskussion in der Geschichtswissenschaft: Kraus, 2013.

24 Graßmann, Antjekathrin. „Ahasver von Brandt“. *Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck, Bd. 1*. Hg. Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. Neumünster: Wachholtz, 2006. 43–46.

25 Brandt, Ahasver von. *Lübeck und die deutsche Erhebung 1847–1848. Gedenkschrift zur Hundertjahrfeier der Revolution*. Lübeck: Antäus-Verlag, 1948. 5 u. 12.

26 Kolb, Walter. „Lebenswille und Glaube. Zur Jahrhundertfeier in der Frankfurter Paulskirche“. *Frankfurter Rundschau*, 18. Mai 1948.

27 Heimpel, Hermann. „Rudolf Stadelmann und die deutsche Geschichtswissenschaft“. *Historische Zeitschrift* 172.2 (1951): 285–307.

28 Rudolf Stadelmann, „Das Jahr 1848 und die deutsche Geschichte“. *Deutsche Rundschau. Stuttgarter Ausgabe* 71.5 (1948): 99–110, hier 102.

29 Jatho, Jörg-Peter und Gerd Simon. *Gießener Historiker im Dritten Reich*. Gießen: Focus-Verlag, 2008. 68–69.

ten.³⁰ Der in Frankfurt am Main wirkende Historiker Otto Vossler³¹ erklärte überhaupt die großdeutsche Variante als die Kernidee der Paulskirche: „Unendlich schwer, ja unvorstellbar war es den Großdeutschen, die Jahrhunderte alte Verbindung mit Österreich, mit der ruhmreichen deutschen Kaisermacht zu zerschneiden, unvorstellbar, eine durch nichts auszugleichende Selbstverstümmelung und Verrat an der eigenen Nation, die deutschen Brüder von sich zu stoßen wie Fremde.“³² Derartige Formulierungen bedeuteten keine Forderung eines neuen Anschlusses, sehr wohl aber den Wunsch einer Wahrung der historischen Verbundenheit mit den deutschen Österreichern.

Noch stärker war die Erinnerung an die großdeutsche Lösung in einem Teil des süddeutschen katholischen Milieus anzutreffen, zumal Österreich mehrheitlich katholisch war und ist.³³ Publiziert wurde hierzu unter anderem in katholisch geprägten pädagogischen Zeitschriften, aber auch in wissenschaftlichen Periodika. Dabei fällt auf, dass hier ein großdeutsches Reich von 1848 nicht Symbol für eine deutsche Großmachtstellung, sondern als verpasste Chance für eine föderalistische deutsche Verfassung und damit Befriedung für Europa gesehen wurde. Ein Beispiel ist Pater Wunibald Rußer (1891–1977), der Benediktiner in Metten im niederbayerischen Landkreis Deggendorf und Gymnasiallehrer war³⁴. Rußer schrieb in der in Donauwörth erscheinenden „Pädagogischen Welt“, einer „Monatsschrift für Erziehung, Bildung, Schule“, über den großdeutschen Versuch von 1848:

30 Raumer, Kurt von. „Gedenkrede“. *Sinn und Erbe der deutschen Revolution 1848. Ansprachen bei dem Gedenktakt der Universität am 13. Mai 1948*. Hg. Emil Lehnartz und Kurt von Raumer. Münster: Aschendorff, 1949. 8–31, hier 10.

31 Muhlack, Ulrich. „Geschichte als Sinn. Otto Vossler“. *Frankfurter Historiker*. Hg. Evelyn Brockhoff, Bernd Heidenreich und Michael Maaser. Göttingen: Wallstein Verlag, 2017. 145–168.

32 Vossler, Otto. *Die Revolution von 1848 in Deutschland*. Frankfurt am Main: Ullmann, 1948. 74.

33 Schon der Revolution 1848/1849 war in der katholischen Presse eine religiös begründete Orientierung nach Wien vorhanden: Kim, Phil-young. *Ein deutsches Reich auf katholischem Fundament. Einstellungen zur deutschen Nation in der strengkirchlichen katholischen Presse 1848–1850*. Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang GmbH, 2010. Auch in der Folgezeit blieb die Vorstellung von Österreichs Funktion als „katholische Großmacht“ bestehen: Mayer, Gottfried. *Österreich als „katholische Großmacht“: Ein Traum zwischen Revolution und liberaler Ära*. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 1989. Die großdeutsche Idee als Wunsch nach dem „Anschluss“ war im deutschen Katholizismus auch in der Weimarer Republik weiterhin vorhanden: Richter, Reinhard. *Nationales Denken im Katholizismus der Weimarer Republik*. Münster u. a.: LIT Verlag, 2000.

34 Kolb, Aegidius. *Bibliographie der deutschsprachigen Benediktiner 1880–1980, Bd. 1: Bayerische Kongregation, Österreichische Kongregation und Böhmisches Kongregation*. St. Ottilien: Eos-Verlag, 1985. 50.

Einigermaßen ein Abbild des alten Reiches hätte gegenüber der liberalen Form der ‚Klein-deutschen‘ das Reich der ‚Großdeutschen‘ werden können. In ihm hätten auch alle fremdsprachigen Völker der Habsburger Monarchie ihren Platz bekommen unter Wahrung aller ihrer natürlichen Rechte. Als eine Föderation von freien Völkern wäre es ein Bindeglied zwischen dem Osten und dem Westen geworden. Kein eifersüchtiger Nationalismus hätte in ihm um die Führung zu kämpfen brauchen, es wäre für die kleinen Völker des Südostens in ihrer Vereinzelung und der unheilvollen Verzahnung ihrer Wohnsitze ein Kristallisationskern gewesen, an den sie sich hätten anschließen können, ohne die Freiheit fürchten zu müssen.³⁵

Somit wurde ein föderatives großdeutsches Reich als ethnisch heterogener Stabilitätsfaktor für Europa und Antipode des überwiegend deutschsprachigen kleindeutsch-preußischen Staates konstruiert und damit ein Bruch mit der auf Homogenität fußenden nationalen Machtstaatstradition vollzogen. Johannes Schuth (1894–1966), seit 1932 Geistlicher Rektor im St.-Anna-Krankenhaus in Morbach³⁶, kam in der „Trierer Theologischen Zeitschrift“ zu einem ähnlichen Ergebnis. Schuth erklärte die großdeutsche Haltung der Katholiken von 1848 damit, dass der alte Reichsgedanke in seinen früheren Kerngebieten im Westen fest verwurzelt gewesen sei³⁷. Eine ähnliche Negierung erfuhr die kleindeutsche Perspektive in der katholisch geprägten sogenannten „Abendlandbewegung“³⁸, wie etwa bei dem Schulbuchautor Theodor Traber, für den die Weiterentwicklung des Deutschen Bundes im Sinne des „Mitteleuropaplanes“ von Felix Fürst von Schwarzenberg (1800–1852) die richtige Konsequenz aus der gescheiterten Revolution gewesen wäre³⁹.

Ein anderer Zugang zur großdeutschen Lösung von 1848 wurde in den Empfehlungen der 1. deutsch-österreichischen Historikertagung in Braunschweig im Jahr 1956 festgehalten. Hier wurde zwar auch die großdeutsche Variante als die eigentliche Intention der Revolution gesehen, das Scheitern der Paulskirche jedoch mit den ethnischen Gegensätzen begründet:

35 Rußer, Wunibald. „Die Revolution von 1848“. *Pädagogische Welt. Monatsschrift für Erziehung, Bildung, Schule* 2.3 (1948): 143–152, hier 148.

36 Feilchenfeldt, Konrad. „Clemens Brentano an Hermann Joseph Dietz. Ungedruckte Briefe aus dem Nachlaß Schuth. Mit zwei Textbeispielen“. *Verführung zur Geschichte. Festschrift zum 500. Jahrestag der Eröffnung einer Universität in Trier*. Hg. Georg Droege, Wolfgang Frühwald und Ferdinand Pauly. Trier: NCO-Verlag, 1973. 347–365.

37 Schuth, Johannes. „Die deutschen Katholiken und das Jahr 1848“. *Trierer Theologische Zeitschrift* 57.11/12 (1948): 349–352, hier 350.

38 Schildt, Axel. *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*. München: Oldenbourg, 1999.

39 Traber, Theodor. „Die Paulskirche und die deutsche Frage im Jahre 1848“. *Neues Abendland. Zeitschrift für Politik, Kultur und Geschichte* 3.1 (1948): 4–8.

Nach dem Sieg der militärischen und dynastischen Kräfte in Berlin und Wien war eine ‚großdeutsche‘ Lösung nicht mehr möglich, obwohl die Mehrheit der Paulskirche sich nach wie vor dafür einsetzte; auch die sog. ‚Kleindeutschen‘, die ‚Erbkaiserlichen‘, wünschten, falls die Monarchie sich auflösen sollte, die Einbeziehung der deutschen Teile Österreichs. Der eigentliche Gegensatz war schließlich der eines großen mitteleuropäischen 70-Millionen-Reiches (Schwarzenberg) – mit Einschluß der slawischen Teile, Ungarns und der italienischen Gebiete – und eines ‚kleindeutschen‘ Bundesstaates ohne die deutschen Teile Österreichs.⁴⁰

Dadurch wurde die historische Verbundenheit zwischen Deutschen und Österreichern weiterhin hervorgehoben und dafür der Gegensatz zu den Slawen betont. Zu einem anderen Ergebnis kam die deutsch-luxemburgische Historikertagung im Jahr darauf in Hinblick auf Luxemburg. Die dortigen Ereignisse des Jahres 1848 wurden als von den Geschehnissen in Deutschland separate Vorkommnisse gewertet⁴¹. Woran zu erkennen ist, dass die staatliche Eigenständigkeit des Großherzogtums bereits etabliert war.

Politisch waren solche großdeutschen Verklärungen kaum anzutreffen, wenn auch Reinhold Maier (1889–1971), liberaler Ministerpräsident von Württemberg-Baden, bedauerte: „Deutschland entstand nicht in der Form eines großen, und weiten, allumfassenden deutschen Vaterlandes“⁴². Das unter Erwin Stein (1903–1992) von der Christlich-Demokratischen Union (CDU) stehende Kultusministerium Hessen erklärte 1948 in seinen Handreichungen zu 1848: Die „österreichische Frage“ sei nun „wesenslos geworden“⁴³. Theodor Heuss gab immerhin noch zu bedenken, die großdeutsche Erinnerung an 1848 nicht durch 1938 zu negieren⁴⁴. Eine Ausnahme bildete Joseph Baumgartner (1904–1964)⁴⁵ von der Bayerischen Volkspartei, später Mitglied der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU). Er meinte, „Bayern wird sich immer zur großdeutschen Kulturgemeinde bekennen, die von der Adria bis zur Nordsee, von Straßburg bis Königsberg reicht.“ Separat-

40 Deutsch-österreichische Historikertagung Braunschweig. „Deutschland und Österreich 1700–1848. Empfehlungen der 1. deutsch-österreichischen Historikertagung Braunschweig, 9.–12. April 1956“. *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht* 5 (1956): 19–25.

41 Deutsch-luxemburgisch Historikertagung Braunschweig. „Empfehlungen der 1. deutsch-luxemburgisch Historikertagung Braunschweig, vom 24. bis 26. April 1957“. *Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht* 6 (1957): 176–178.

42 Maier, Reinhold. „Das Jahr 1848 und die Gegenwart“. *Stuttgarter Rundschau* 3.3 (1948): 1–2, hier 1.

43 Stein, Erwin. „Zum Geleit“. 1848. *Die revolutionäre Bewegung und ihr Erbe*. Hg. Ministerium für Kultus und Unterricht Hessen. Wiesbaden: Limes-Verlag, 1948. 3.

44 Heuss, Theodor. *Ein Vermächtnis. Werk und Erbe von 1848*. Stuttgart: Schwab, 1948. 231–232.

45 Vossen, Regina. „Föderalistisch leben oder asiatisch sterben.“ *Joseph Baumgartner und die bayerische Politik 1945–1953*. Zulassungsarbeit Ludwig-Maximilians-Universität München 1993.

tisten waren für ihn nur die Preußen, die 1848/49 die „Oesterreicher vor den Kopf stießen und die kleindeutsche Lösung für ein Groß-Preußen vorzogen“⁴⁶. Wenn Baumgartner auch mit dieser Haltung politisch einen Sonderfall darstellte, so spiegelte er doch die verbreitete Auffassung wider, nach der die kleindeutsche Lösung einen Schritt Richtung Zentralismus und Verlust regionaler Gestaltungsmöglichkeiten bedeutet habe. Auch der Historiker und Publizist Georg Smolka (1901–1982)⁴⁷ würdigte 1949 die „großdeutschen Föderalisten, vornehmlich Süddeutsche und Österreicher“, die einen „weniger straffen Reichsaufbau unter tunlichster Schonung der Selbständigkeit der Einzelstaaten“ anstrebten⁴⁸. Doch ist an der Formulierung „Süddeutsche und Österreicher“ zu erkennen, dass Smolka sich hier bereits der historischen Differenzierung zwischen beiden bewusst war. Zudem verwahrte er sich gegen die retrospektive Verklärung der Revolution.

Grundsätzliche Bedenken an der gängigen Aufwertung der Revolution in der Nachkriegszeit waren auch bei Friedrich Meinecke anzutreffen, der mahnte, an Großmachtphantasien habe es in der Paulskirche nicht gefehlt.⁴⁹ Auch Gerhard Ritter verwahrte sich gegen die retrospektive Glorifizierung der für ihn instabilen und für Europa nicht verkraftbaren großdeutschen Lösung.⁵⁰ Wilhelm Mommsen meinte sogar, das Festhalten an der „universellen“ Reichsidee habe 1848 letztlich zum Scheitern geführt und langfristig sei der deutsche Staat daran zugrunde gegangen⁵¹.

Somit bleibt über die unmittelbare Nachkriegszeit festzuhalten, dass Österreich noch bewusst als Teil der deutschen Geschichte angesehen wurde und in Gesellschaft und Wissenschaft in der Erinnerung der föderalistische großdeutsche Lösungsweg in nicht geringem Maße als eher „heller Aspekt“ von 1848 gesehen wurde. Hieraus resultierende politische Forderungen wie zur Zeit der Weimarer Republik waren aber kaum anzutreffen. Kritische Stimmen unter anderem in der Geschichtswissenschaft und auch in der Politik sahen die großdeutsche Lösung nicht nur wie Hachtmann als historisch obsolet, sondern als problematische Idee, die den späteren Weg in die Katastrophe der deutschen Geschichte angedeutet habe.

46 „Wir müssen Bayern sein“. *Der Spiegel*, 12. Mai 1949.

47 Handschuh, Christian. *Georg Smolka. Von der „Ostforschung“ zum „Abendland“*. Münster: Aschendorff, 2003.

48 Smolka, Georg. „Die Deutsche Revolution“. *Frankfurter Hefte* 3.5 (1848): 401–414, hier 411.

49 Meinecke, Friedrich. *1848. Eine Säkularbetrachtung*. Berlin: Blanvalet, 1948. 27.

50 Ritter, Gerhard. *Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens*. München: Münchner Verlag, 1948. 73–74.

51 Mommsen, Wilhelm. *Größe und Versagen des deutschen Bürgertums. Ein Beitrag zur politischen Bewegung des 19. Jahrhunderts, insbesondere zur Revolution 1848/49*. München: Oldenburg, 1964². 206.

4 Ein Vorbild der deutschen Selbstbeschränkung? Interpretationen im wiedervereinigten Deutschland

Im Zuge der gelingenden Westbindung der jungen Bundesrepublik sowie schließlich der sogenannten „Neuen Ostpolitik“ verschwanden die Erinnerungen an eine Österreich umschließende „gesamtdeutsche“ Bewegung des Jahres 1848. Aussprüche wie jener, das „ganze Deutschland“ solle es sein, waren alsbald mehrheitlich nur mehr in Heimatzeitschriften von Vertriebenen anzutreffen. Doch war hier die Erinnerung an 1848 weniger auf Österreich fokussiert, sondern diente als historisches Argument, dass die deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße zur deutschen Demokratiegeschichte und damit zu Deutschland gehörten⁵². Diese Haltung war auch bei zahlreichen heimatvertriebenen Bundestagsabgeordneten der CDU noch lange anzutreffen. So hieß es 1974 in der Erklärung einer Gruppe von aus dem Sudetenland stammenden Parlamentariern, das „deutsch-tschechische Problem“ sei „auf das engste mit dem Eintritt des demokratischen Gedankens in die mitteleuropäische Politik im Jahre 1848 verknüpft“. Mit anachronistischer Begrifflichkeit wurde darauf verwiesen, dass „zahlreiche sudetendeutsche Abgeordnete“ in der Nationalversammlung in Frankfurt gesessen seien. Zudem sei „sudetendeutschen und tschechischen Volksvertretern im österreichischen Reichstag von Kremsier 1849 ein beispielhafter Ausgleich gelungen“⁵³.

Das Verblassen der Erinnerung an die Bedeutung Österreichs in der Revolution kommentierte zum 150. Jubiläum Hans Maier (CSU), von 1970 bis 1986 Kultusminister von Bayern. Er schrieb im Dezember 1998 in der Süddeutschen Zeitung in einem Rückblick auf die bisherigen Revolutionsfeierlichkeiten: „Revolution in Deutschland – das hieß 1848 auch Revolution in Tirol, Deutsch-Böhmen, Schlesien, Ostpreußen. Ganz selbstverständlich wählte die Paulskirche einen Österreicher – Erzherzog Johann – zum ersten parlamentarisch bestellten Reichsverweser.“ Doch vermisste er in der bundesdeutschen Erinnerungskultur Österreich als den entscheidenden Teil der deutschen Frage: „Man mied fast ängstlich ‚gesamtdeut-

52 „Das ganze Deutschland“. *Ostpreußenblatt*, 6. Juli 1963; Navalys, Peter. „Der ‚ewige Präsident‘. Das Leben des Eduard von Simson aus Königsberg“. *Ostpreußenblatt*, 19. August 1967; Greve, Uwe. „Steinerne Zeugen deutscher Geschichte (IX): Die Frankfurter Paulskirche. Eine Erinnerung an den Wunsch nach Überwindung deutscher Zersplitterung“. *Ostpreußenblatt*, 27. September 1980; „1848 legten freie Volksvertreter in der Frankfurter Paulskirche die Wurzeln für einen geeinten Staat“. *Ostpreußenblatt*, 3. September 1988.

53 Erklärung von Walter Becher, Hermann Götz, Gerhard Kunz, Egon Alfred Klepsch, Erich Riedl, Herbert Werner, Fritz Wittmann, Siegfried Zoglmann, Bonn, 20. Juni 1974. *Verhandlungen des Deutschen Bundestages*. 7. Wahlperiode 1972–1976, Stenographische Protokolle. 7576.

sche' Erinnerungen.⁵⁴ Zu Sabine Freitags Buch über „Die Achtundvierziger“ hielt Maier fest, hier „kommen die Österreicher (und erst recht die Böhmen und Tiroler) praktisch nicht vor“⁵⁵. Die Herausgeberin legt bei ihrer Auswahl von Biografien die kleindeutsche Perspektive zugrunde. Dies kritisierte Maier auch an dem Werk von Christof Dipper und Ulrich Speck⁵⁶. Zwar sei Wien hier ein Brennpunkt, dennoch löse das Buch kaum das ein, was der Untertitel „Revolution in Deutschland“ verspricht. Diese Bilanz stimmt mit dem hier einleitend erwähnten Zitat von Siemann überein⁵⁷. Auch Franz Kadell bemerkte hierzu 1998 kritisch in der „Magdeburger Volksstimme“: „Von Festrednern zum Thema Nationalversammlung von 1848 wird übrigens regelmäßig übergangen, wie selbstverständlich zum Begriff Deutschland damals Österreich gehörte, so, als ob es wegen des Hitlerischen Anschlusses von 1938 peinlich sei, überhaupt darüber zu reden.“⁵⁸

Ein Blick in die Stellungnahmen aus der Geschichtswissenschaft scheint dies auf der fachlichen Ebene zu bestätigen. Ulrich Speck erklärte: „Im Zuge dieser Entwicklung trat der Gegensatz zwischen ‚Großdeutschen‘, die auf den Einbau Österreichs beharrten, und den ‚Kleindeutschen‘, die darauf zu verzichten bereit waren, in den Vordergrund.“⁵⁹ Mit dem Ausdruck „beharrten“ wird den Großdeutschen eine mangelnde Anpassungsfähigkeit unterstellt und „Einbau“ impliziert, dass das Einzubauende a priori außerhalb ist. Heinrich August Winkler sah in der großdeutschen Lösung eine Friedensgefahr für Europa: „Die 48er wollten ursprünglich einen großdeutschen Nationalstaat, also unter Einbeziehung der deutschsprachigen Teile Österreichs. Ein solcher Staat hätte das Habsburgerreich gesprengt und das europäische Gleichgewicht zerstört. Dieses Programm lief auf einen großen europäischen Krieg hinaus.“ Als eine aus Winklers Sicht begrüßenswerten Folgen der Revolution blieb für ihn: „Aber nach 1848 war sehr viel klarer geworden, was ‚Deutschland‘ politisch und geographisch bedeutete: Es gab keinen Zweifel mehr, daß die Tschechen, die Italiener in ‚Welschtirol‘ und Triest, die Slo-

54 Maier, Hans. „Das tolle, das widersprüchliche Jahr. Was blieb von 1848? – Eine Bilanz der ersten deutschen Revolution nach 150 Jahren“. *Süddeutsche Zeitung*, 19. Dezember 1998.

55 *Die Achtundvierziger. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49*. Hg. Sabine Freitag, München 1998.

56 Dipper/Speck, 1998.

57 Siemann, 2003. 108.

58 Kadell, Franz. „1848 ist nah“. *Magdeburger Volksstimme. Zeitung für Sachsen-Anhalt*, 19. Mai 1998.

59 Speck, Ulrich. „Das Reden nimmt kein End?“. *Damals. Das aktuelle Magazin für Geschichte und Kultur. Spezial. 1848/49. Für die Freiheit streiten* (1998): 44–50, hier 49.

wenen in Kärnten, Krain und der Steiermark keine Deutschen sein wollten.“⁶⁰ Ähnlich hieß es bei Dieter Langewiesche:

Die deutsche Nationalbewegung träumte 1848 davon, ihren Nationalstaat in den Grenzen des Deutschen Bundes von 1815 zu errichten, also bis nach Südtirol und an die Adria, östlich bis an die Leitha, ganz Böhmen und Mähren einschließend. Das hätte bedeutet, die Habsburgermonarchie in eine deutschösterreichisch und eine ungarisch beherrschte Hälfte aufteilen zu müssen und dauerhaft mit der italienischen Nation in Konflikt zu geraten. Europäische Kriege hätten gedroht. Der kleindeutsche Nationalstaat hingegen, für den sich die Frankfurter Paulskirche schließlich mit knapper Mehrheit entschied, war für die Nachbarn erträglich.⁶¹

Gleiches gilt für Lothar Gall, wenn er schrieb, die „großdeutsche Lösung barg aber erhebliche Probleme“ und Deutschland sei von nun an „kleindeutsch definiert“ gewesen⁶². Letztlich noch Günther Wollstein sah diese Mäßigung der Abgeordneten als Verdienst für Europa: „Angesichts dessen ist es der Paulskirche hoch anzurechnen, daß sie schließlich den Zwängen europäischer Notwendigkeiten durchaus Tribut zu zollen wußte, indem sie sowohl auf das kleindeutsche Konzept umschwenkte als auch letztlich den Waffenstillstand im Schleswig-Krieg schluckte und sich schließlich zu einem ansehnlichen Minderheitenschutz verstand.“⁶³

Was auch zum 150. Jubiläum auffällt, ist, dass mit Stolz in regionalgeschichtlichen Zeitschriften die Rolle der eigenen Abgeordneten, der eigenen „Helden“, vorgestellt worden ist. Wenn es um die Frage nach Österreich ging, wurde das Eintreten des jeweiligen Abgeordneten für die kleindeutsche Lösung nun als Beleg für dessen Kompetenz gewertet. Während bis zum Ende der Nationalversammlung großdeutsch gesinnten Abgeordneten Engstirnigkeit und rein nationales Denken vorgeworfen wurde, galten die Kleindeutschen als einsichtsfähig, da sie für die Erreichung demokratischer Mitbestimmung auch zur Mäßigung bereit gewesen seien⁶⁴. Bei manchen Autoren galt die Bereitschaft zum Verzicht auf Österreich oder andere fremdsprachige Teile des Deutschen Bundes als historisches Vorbild,

60 August Winkler, Heinrich. „Ist die Revolution gescheitert?“. *Damals 1848/49* (1998): 98–99, hier 98.

61 Langewiesche, Dieter. „Die politische Landkarte wurde immer wieder neu geschrieben. Wo der deutsche Osten lag“. *Spiegel Geschichte*, 25. Januar 2011.

62 Gall, Lothar. „Das Erbe der Revolution“. *Damals 1848/49* (1998): 106–111, hier 109.

63 Wollstein, Günter. „Für Recht und Freiheit. 1848 / In einem Festakt am 18. Mai wird des Paulskirchen-Parlaments gedacht“. *Rheinischer Merkur*, 15. Mai 1998.

64 Wernher, Hellmut. „Ein Niersteiner 1848 in der Paulskirche“. *Niersteiner Geschichtsblätter* 2 (1999): 9–17; Kirch, Karl. „Wir, die mit aller Macht die Revolution aufgehalten haben: Die Oberpfälzer Liberalen in der Frankfurter Nationalversammlung 1848“. *Heimat Nabburg* 22 (2002): 35–64.

auch im 20. Jahrhundert auf die „großdeutsche“ Variante, diesmal den Grenzverlauf von 1937, verzichtet und sich auf Einheit und Freiheit fokussiert zu haben. So wurde auch die Bereitschaft zum Verzicht auf Posen in die Tradition einer deutsch-polnischen Grenzanerkennung gestellt. Das fällt beispielsweise bei Otto Dann auf, wenn er bilanziert: „Mit dieser Reduzierung des deutschen Staatsgebietes vollzog die Nationalversammlung eine realistische Selbstbeschränkung ihrer Zielvorstellungen.“⁶⁵ Eine der Ausnahmen in der neuesten deutschen Geschichtswissenschaft ist hingegen der Aufsatz von Karl Traupe über Karl Heinrich Jürgens (1801–1860), lutherischer Theologe, Publizist sowie Mitglied des Frankfurter Vorparlaments und des Fünffzigausschusses. Schon in der Überschrift wird der Protagonist als „antipreußisch-großdeutscher Liberaler“ durch den Autor charakterisiert, wodurch eine Österreich einschließende Lösung als mit liberalem Gedankengut vereinbar erklärt wird⁶⁶.

Wo der großdeutsche Gedanke eine Omnipräsenz als politische Forderung auch noch 1998 besaß, war das rechtsextreme Spektrum. In einer Artikelseite des Wochenblattes „National-Zeitung“⁶⁷, dessen Eigentümer der Vorsitzende der Deutschen Volksunion (DVU) Gerhard Frey (1933–2013) war, sollte bewiesen werden, dass die Ansichten der Paulskirche mittlerweile als rechtsradikal verbrämt seien und sich die BRD nicht als Erbin der Tradition sehen könne. Dabei wurde auch mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten von Persönlichkeiten wie Ludwig Uhland (1787–1862)⁶⁸, Heinrich von Gagern (1799–1880) und Alexander Graf Auerperg (1806–1876)⁶⁹, Ernst Moritz Arndt (1769–1860),⁷⁰ Friedrich Ludwig Jahn (1778–1852) sowie Jacob und Wilhelm Grimm (1786–1859)⁷¹ von der großdeutschen Gesinnung in der Paulskirche eine politische Forderung an die Gegenwart abgeleitet. Auch Robert Blum (1807–1848) sei ein „Verfechter des großdeutschen Gedan-

65 Dann, Otto. „1848 – ein Epochenjahr in der Entwicklung des deutschen Nationalismus?“. 1848. *Epochenjahr für Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland*. Hg. Bernd Rill. München: Hans-Seidel-Stiftung, 1998. 143–154, hier 150–151.

66 Traupe, Karl. „Karl Heinrich Jürgens (1801–1860). Ein antipreußisch-großdeutscher Liberaler in der Frankfurter Nationalversammlung“. *Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49*. Hg. Helmut Bleiber. Berlin: Fides, 2003. 259–294.

67 Reissen, Jana. *Die Sprache der Rechten: Analysen am Beispiel der Deutschen National-Zeitung*. Saarbrücken: VDM, 2010.

68 Stein, Reinhold. „So ‚rechtsradikal‘ war die Paulskirche! Bekenntnisse in der Nationalversammlung 1848/49. 1. Teil“. *National-Zeitung*, 20. März 1998.

69 Stein, Reinhold. „So ‚rechtsradikal‘ war die Paulskirche! Bekenntnisse in der Nationalversammlung 1848/49. 3. Teil“. *National-Zeitung*, 10. April 1998.

70 Stein, Reinhold. „So ‚rechtsradikal‘ war die Paulskirche! Bekenntnisse in der Nationalversammlung 1848/49. 4. Teil“. *National-Zeitung*, 17. April 1998.

71 Stein, Reinhold. „So ‚rechtsradikal‘ war die Paulskirche! Bekenntnisse in der Nationalversammlung 1848/49. 5. Teil“. *National-Zeitung*, 8. Mai 1998.

kens“ und Reichsverweser Erzherzog Johann ein „hochverdienter, vor allem aber dem großdeutschen Gedankengut verpflichteter Mann“ gewesen, der „allenthalben bei den Deutschen von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt in höchstem Ansehen“ gestanden sei⁷².

Bezugnahmen auf die großdeutsche Lösung wie im rechtsextremen Milieu sind auch wiederholt in der rechtskonservativen „Jungen Freiheit“⁷³ anzutreffen. Schon 1998 hatte Lothar Höbelt hier bedauert: „Verpaßt haben wir die Abzweigung zur großdeutschen Variante der deutschen Einigung.“⁷⁴ Die Kommunikation von Wertschätzung gegenüber einem alle Deutschen repräsentierenden Parlament nahm nach dem Jahr 2000 sukzessive zu, etwa wurden die „gesamtdeutschen Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche vor 160 Jahren“ als ein „Ruhmesblatt der deutschen Demokratie“ bezeichnet.⁷⁵ Der Frankfurter Nationalversammlung gedachte das Blatt als „des einzigen freigewählten wirklich gesamtdeutschen, nämlich das gesamte deutsche Volk umfassenden, Parlaments“, in dem weder „Denkverbote, noch Schweigespirale oder Medienmanipulation“ vorgekommen sei⁷⁶. Martin Möller erklärte explizit, dass das „Parlament der Paulskirche“ für einen „Herrschaftsbereich“ stehe, „nicht etwa nur über die unbestritten deutschen Gebiete des deutschen Bundes, sondern möglichst auch über alle nichtdeutschen Erblande Preußens, Österreichs und anderer Bundesstaaten“⁷⁷. Gegenwärtig finden sich auch in der Alternative für Deutschland (AfD) Anknüpfungen an die großdeutsche Idee von 1848, wie bei Alexander Gauland. Ziel ist es hier, die Zusammenarbeit seiner Partei und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) mit einer historischen Legitimation auszu-

72 Stein, Reinhold. „So ‚rechtsradikal‘ war die Paulskirche! Bekenntnisse in der Nationalversammlung 1848/49. 2. Teil“. *National-Zeitung*, 27. März 1998.

73 Kubon, Stefan. *Die bundesdeutsche Zeitung „Junge Freiheit“ und das Erbe der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zur Erfassung der Kontinuität „konservativ-revolutionärer“ politischer Ideen*. Würzburg: Ergon-Verlag, 2006; Kornexl, Klaus. *Das Weltbild der Intellektuellen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. Dargestellt am Beispiel der Wochenzeitschrift Junge Freiheit*. München: Utz, 2008.

74 Höbelt, Lothar. „Revolutionen: Mehr Mythos als Substanz. Verraten und verkauft“. *Junge Freiheit*, 13. März 1998.

75 Scheil, Stefan. „Ein Ruhmesblatt der deutschen Demokratie. Die gesamtdeutschen Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche vor 160 Jahren“. *Junge Freiheit*, 16. Mai 2008.

76 Mölzer, Andreas. „1848“. *Junge Freiheit*, 30. Januar 1998.

77 Möller, Martin. „Im Prinzip monarchistisch und reichstreu. 18. Mai 1848 in der Paulskirche: Die Mehrheit der Nationalversammlung plädierte für ein erbliches Kaisertum“. *Junge Freiheit*, 17. Mai 2017.

statten⁷⁸. Somit reicht die Tendenz zur Neubewertung der großdeutschen Ideen mittlerweile auch wieder in den Kreis der in den Parlamenten vertretenen Parteien.

5 Fazit

In der Bilanz bedeutet dies, dass der großdeutsche Gedanke in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch „heller“ präsent, aber keine Richtlinie mehr war. Dabei galt die großdeutsche Lösung als Symbol für Ausgleich, Dezentralisierung und vereinzelt auch für das Integrationspotential von ethnischer Heterogenität. Doch diese Aspekte konnte auch die sich alsbald etablierende Erinnerung an die kleindeutsche Lösung als Vorbild deutscher machtpolitischer Zurücknahme aufnehmen und wurde so zur selektiven aber fixierten Narration der bundesdeutschen Erinnerungskultur. Die großdeutsche Idee erhielt hingegen sukzessive die Zuschreibung, zu den eher „dunklen“ Seiten der Paulskirche zu zählen. Das Streben nach ihr gilt als Grund für das Scheitern der Einheit und den politischen Unfrieden in Europa. Das Bestreben, diesen Konsens einer historischen Interpretation aufzubrechen, ist jedoch immer wieder anzutreffen. Doch im Unterschied zur Nachkriegszeit ist dies nicht mehr im föderal orientierten katholischen süddeutschen Milieu anzutreffen, sondern im rechtskonservativen- bis rechtsextremen Spektrum, wo der erneute „Anschluss“ immer Forderung blieb und historisch untermauert wurde und wird. Die Idee, das „Großdeutschland“ von 1848 für revisionistische und völkische Argumente zu instrumentalisieren, reicht mittlerweile vom extremen Rand über den Rechtskonservatismus in die Parlamente.

Was somit in den Jahrzehnten seit dem Kriegsende stattfindet, ist im Ergebnis – hinsichtlich des hier untersuchten Aspekts – eine fast gänzliche Umpolung der geschichtspolitischen Verwendung der Paulskirche. Vor 1945 ist sie vor allem „großdeutsche“ Gegenerinnerung gegenüber einer dominierenden kleindeutsch-preußischen Geschichtserzählung. Nach 1945 wurde 1848 zum Element einer mit der Zeit weitgehend konsensfähigen – wenn auch sachlich einige Ausblendungen voraussetzenden – „Meistererzählung“ in der Demokratiegeschichte. Zugleich wird es aber von der großdeutschen zur kleindeutschen Referenz, außer bei den Rechtskonservativen bis ganz Rechten. Damit ist hinsichtlich der deutschen Gren-

⁷⁸ Löwenstein, Stephan. „Präsidentenwahl in Österreich. Warum die FPÖ für die AfD ein Vorbild ist“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. November 2016, https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/praesidentenwahl-in-oesterreich-warum-fpoe-vorbild-fuer-afd-ist-14540777.html?printPage&Article=true#pageIndex_0 (18. Juli 2022).

zen die kleindeutsche Lösung, die jetzt natürlich nicht mehr so heißt und auch nicht mehr „preußisch“ genannt wird, sozusagen „hinübergerettet“ über den Wechsel von einer (preußisch-)machtstaatlichen zu einer demokratischen Traditionserzählung.

Tina Theobald

Presse und Sprache im Kontext der Paulskirchenversammlung

1 1848 – Das Revolutionsjahr der Kommunikation

„Das Jahr 1848 mit seinem saubern Treiben hat einen Samen von Unwissenheit unter den Gelehrten ausgestreut nachdem die Hegelei den Boden dazu gepflügt hatte, und jetzt steht die Saat in Blüthe. Man merkt es in allen Ecken und Enden: daß Cigarren rauchen, politisieren und Eisenbahn fahren an die Stelle ernster Studien getreten ist.“¹

Was Arthur Schopenhauer hier beklagt, ist nicht allein die für das 19. Jahrhundert kennzeichnende Politisierung breiter Bevölkerungsschichten oder die Industrialisierung und Technisierung des Gewerbes. Vielmehr verweist er in einer kulturpessimistischen Sicht auf einen grundlegenden Wandel der Bildungs- und Geisteshaltung seiner Zeitgenossen. Deutlich wird dieser Wandel seines Erachtens vor allem an der „ganze[n] allgemeine[n] und höchst schändliche[n] deutsche[n] Sprachverhuzung“, die „von bornirtestem Unverstand“ zeugt und deren „Haupt-handhaber [...] die Löhnlinge der Buchhändler und die Zeitungsschreiber“² sind.

Für Arthur Schopenhauer ist das Jahr 1848 also der entscheidende Wendepunkt nicht nur der politischen oder technisch-wirtschaftlichen Geschichte, die wir heute unter den positiven Konzepten der politischen und industriellen Revolution zusammenfassen. Vor allem erscheint ihm das Jahr 1848 zentral für mediale und sprachliche Wandelprozesse zu sein, die wiederum auf alle Lebens- und Wissensbereiche zurückwirken. Warum wir das Jahr 1848 heute – im Gegensatz zur kulturpessimistischen Sicht Arthur Schopenhauers – als Revolutionsjahr der Kommunikation³ verstehen können, soll im Folgenden betrachtet werden, indem die Entwicklung der Presse und ihrer Sprache im Kontext der Paulskirchenver-

1 Schopenhauer, Arthur. „Über die, seit einigen Jahren, methodisch betriebene Verhuzung der deutschen Sprache (1856–60)“. Arthur Schopenhauers sämtliche Werk. Bd. 6. Hg. Paul Deussen. München: Piper, 1923. 429–490. 479.

2 Schopenhauer, 1923. 479.

3 Den Begriff der „Kommunikationsrevolution“ prägte 1972 der Wirtschaftswissenschaftler und -historiker Knut Borchardt für das 19. Jahrhundert, in dem „mehr noch als die Sachgüterproduktion [...] die Verkehrsleistung für Güter, Personen, Nachrichten, Zahlungsmittel, Kapital gestiegen [ist]“, so dass „Personen miteinander in Leistungsbeziehungen [traten], die nie zuvor füreinander erreichbar gewesen sind.“ (Borchardt, Knut. Die industrielle Revolution in Deutschland. München: Piper, 1972. 98); vgl. Siemann, Wolfram. 1848/49 in Deutschland und Europa. Ereignis – Bewältigung – Erinnerung. Paderborn: Schöningh, 2006. 115

sammlung nachgezeichnet und deren zeitgenössische Wahrnehmung in den Blick genommen wird.

2 Kommunikation zwischen Restriktion und Erneuerung

Wie auch Schopenhauer vermerkt, wurde der Samen für diese vielschichtige Revolution 1848 „gesät“⁴, der Boden hierfür aber schon deutlich früher „gepflügt“⁵, nämlich spätestens im ausgehenden 18. Jahrhundert, als geeignete Kanäle für das wachsende Interesse an politischer Partizipation, an Information und Bildung gesucht wurden. Diese Kanäle mussten bestimmte Bedingungen erfüllen, sie sollten – um überhaupt eine politische Öffentlichkeit herstellen zu können – stets auf die vielfältigen aktuellen Zeitgeschehnisse Bezug nehmen können, also regelmäßig erscheinen, inhaltlich aktuell und universell sein. Auch sollten sie nicht nur für ausgewählte Mitglieder der Gesellschaft, sondern für alle verständlich und zugänglich sein.⁶

Diesen Bedingungen der Universalität, Publizität, Periodizität und Aktualität konnte die Literatur nicht entsprechen, die in einer literarisch oder wissenschaftlich überformten und nicht für alle verständlichen Sprache nur ausgewählte Wissensbereiche für ausgewählte Lesergruppen behandelte. Größeres Potenzial hatten hingegen die Zeitungen und Zeitschriften, die seit Anfang des 17. Jahrhunderts immerhin die Merkmale der Periodizität und Aktualität erworben hatten und spätestens im 18. Jahrhundert ihre Leserkreise immer mehr ausweiten konnten. So stellte 1795 Joachim von Schwarzkopf fest, dass „eine Folge der neuesten Aufklärung [...] dagegen die Allgemeinheit des Zeitungslesens auch unter denjenigen Ständen [sei], welche wenig oder gar keine wissenschaftliche Kultur haben“⁷. Die Gefahr, dass die Zeitungsektüre „den Dämon der Staatskritik in die vertraulich-

⁴ Schopenhauer, 1923. 479.

⁵ Schopenhauer, 1923. 479.

⁶ Vgl. Heinrich-Jost, Ingrid. Die Presse in der Märzrevolution von 1848 in Deutschland. Dortmund: Institut für Zeitungsforschung, 1981. 9.

⁷ Schwarzkopf, Joachim von. Ueber Zeitungen. Ein Beytrag zur Staatswissenschaft. Frankfurt am Main: Varrentrapp und Wenner, 1795. 75 f.

ten Kreise [führe]⁸, könne laut Fürst von Metternich nur gebannt werden, indem Gewalten wie die Presse, „sollten sie nicht gefährlich sein, stets geregelt werden“⁹ müssen.

Im Gegensatz zu Schwarzkopf und Metternich betont Ludwig Börne 1818 die potenzielle Funktion der Presse, „Trägerin einer neu entstehenden Gesellschaftsordnung zu werden, in der das gesamte Volk an Entscheidungen des öffentlichen Lebens teilhaben könne“¹⁰, und wünscht sich, „daß die Tagesblätter in Stundenblätter auseinandergingen, damit nichts überhört werde und verloren gehe.“¹¹ Denn „die Zeitschriften sind es, welche die Münzen bilden; [sie] unterhalten den Wechselverkehr zwischen Lehre und Ausübung. Nur sie führen die Wissenschaft ins Leben ein und das Leben zur Wissenschaft zurück.“¹² Diese von Börne beschriebene Mittlerfunktion der Presse spezifiziert 1846 der Publizist Ernst Dronke mit Blick auf die politische Kontrollfunktion der Presse und ihre Aufgabe, zwischen den politischen Vertretern und dem Volk zu vermitteln:

Die Bedeutung der Presse ist in dieser Hinsicht nicht zu verkennen. Ihre Macht ist eine doppelte; diejenige der Gewalt gegenüber, ein Organ des Gemeinwillens zu sein, und diejenige, die öffentliche Meinung wiederum zu leiten und zu befehlen.¹³

Diese beiden Sichtweisen, Schwarzkopf wie Metternich auf der einen und Börne wie Dronke auf der anderen Seite, sind kennzeichnend für die Zeit zwischen der Französischen und der Märzrevolution, die geprägt ist von Kämpfen um Presse- und Meinungsfreiheit auf der einen und staatlichen Kontrollversuchen auf der anderen Seite. Eben wegen dieser Einschränkungen der Pressefreiheit konnten sich weder Zahl noch Inhalt der Zeitungen entscheidend im Vergleich zu den vergangenen Jahrhunderten verändern. Die Zeitung blieb in der ersten Jahrhunderthälfte weitestgehend auf ihre Informationsfunktion beschränkt. Meist wurden unter Länderrubriken – ähnlich wie in den ersten Zeitungen des 17. Jahrhunderts – unkommentierte Nachrichten gesammelt und die Neuigkeiten aus Deutschland

8 *Schwarzkopf*, 1795. 75 f.

9 Klemens Wenzel Fürst von Metternich in einem Brief an Bernhard von Bülow 1842, zitiert nach Wilke, Jürgen. „Auf dem Weg zur Großmacht. Die Presse im 19. Jahrhundert“. Das 19. Jahrhundert. Sprachgeschichtliche Wurzeln des heutigen Deutsch. Hg. Rainer Wimmer. Berlin, New York: de Gruyter, 1991. 73–94. 73.

10 Theobald, Tina „Die ‚Industrialisierung‘ von Presse und Sprache im 19. Jahrhundert.“ Die Zeitung als Medium in der neueren Sprachgeschichte. Korpora, Analyse, Wirkung. Hg. Oliver Pfefferkorn, Jörg Riecke und Britt-Marie Schuster. Berlin: de Gruyter, 2017. 23–37. 25.

11 Börne, Ludwig. „Ankündigung der Wage (1818)“. *Sämtliche Schriften*. Bd. 1. Hg. Inge und Peter Rippmann. Düsseldorf: Melzer, 1964. 667–686. 669 f.

12 *Börne*, 1964. 669 f.

13 Dronke, Ernst. Berlin. Bd. 1. Frankfurt am Main: Literarische Anstalt, 1846.73.

nicht an erster, sondern an letzter Stelle angeführt. Ursächlich hierfür dürfte sein, dass die Verfasser, die nur selten hauptberufliche Journalisten waren, nicht in Konflikt mit der Zensur treten wollten. Aus diesem Grund ist auch die Sprache dieser Zeitungen der ersten Jahrhunderthälfte nüchtern und tatsachenorientiert und von den sprachlichen Vorbildern der Hauptberufe ihrer Verfasser geprägt.¹⁴

Anders verhält es sich in den Zeitschriften, in denen zumeist Literaten das Zeitgeschehen kommentierten. Um die Zensur zu umgehen, gebrauchten journalistisch tätige Schriftsteller wie Ludwig Börne „für diesen und jenen Gedanken diesen und jenen dichterischen Ausdruck, den [aber] der gemeine Mann nicht versteht.“¹⁵ Während die Zeitungen also durchaus vom „gemeinen Mann“ verstanden werden konnten, ihre Inhalte ob der Zensur aber kaum politisch bildend waren, vermochte die Zeitschrift zwar theoretisch diese Funktion der politischen Bildung zu erfüllen, nicht aber praktisch wegen ihrer sprachlichen Gestaltung, die nur einem kleinen, gebildeten Teil der Bevölkerung verständlich war. Den Zeitungen mangelte es folglich an inhaltlicher Universalität, den Zeitschriften an sprachlicher Publizität, der Presse insgesamt an zwei ihrer heute wichtigsten Merkmale.

3 Presse und Sprache im Kontext der Paulskirche

Mit den Bemühungen um eine freie inhaltlich vielfältige und sprachlich verständliche Presse wurde folglich seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert „der Boden dazu gepflügt“¹⁶, breiten Bevölkerungsschichten die Teilhabe an Politik und Bildung zu ermöglichen. Der „Same“¹⁷ hingegen ist die Gewährung der Kommunikationsfreiheit in Gestalt von Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, der durch die Märzrevolution von 1848 „gesät“¹⁸ wurde und nicht nur in der freien Stadt Frankfurt schnell zu „keimen“¹⁹ begann wie im März 1843 der Frankfurter *Freistädter* verkündet:

14 Vgl. Püschel, Ulrich. „Journalistische Textsorten im 19. Jahrhundert“. Das 19. Jahrhundert. Sprachgeschichtliche Wurzeln des heutigen Deutsch. Hg. Rainer Wimmer. Berlin: de Gruyter, 1991. 428–447. 428 f.; Theobald, Tina. Presse und Sprache im 19. Jahrhundert. Eine Rekonstruktion des zeitgenössischen Diskurses. Berlin: Akademie Verlag, 2012. S. 97 ff.; Theobald, 2017. 26.

15 Börne, Ludwig. „Bemerkungen über Sprache und Stil (1826)“. Sämtliche Schriften. Bd. 1. Hg. Inge und Peter Rippmann. Düsseldorf: Melzer, 1864. 589–596. 594 f.

16 Schopenhauer, 1923. 479.

17 Schopenhauer, 1923. 479.

18 Schopenhauer, 1923. 479.

19 Schopenhauer, 1923. 479.

Vorwärts! Ein neuer Zeitabschnitt hat begonnen! Geschlossen sind die alten Bücher der Welt-Chronik und die Hand des Geschichtsschreibers langt nach einem frischen Bande, dessen jetzt noch unbeschriebene Blätter einst Kunde geben werden von einer vollständigen Umgestaltung des europäischen Staatensystems ... Gutenberg's herrliche Erfindung darf endlich nach langer Knechtung in ihrem Geburtslande uneingeschränkt ihre Segnungen entfalten!²⁰

Dass die Pressefreiheit ein lang ersehntes Gut war, zeigt sich unter anderem daran, dass mit Beginn der Revolution die Zahl der Zeitungen beträchtlich anstieg. In den Staaten des Deutschen Bundes lassen sich für das Jahr 1848 ca. 1.700 Zeitungen zählen und auch die Auflagen- und Abonnentenzahlen steigen zumeist um das Dreifache. Anzunehmen ist, dass die Leserschaft aber nochmals deutlich größer war als die gedruckten Exemplare, da die Zeitungen in Lesegesellschaften und Vereinen von mehreren gelesen und auch gemeinsam rezipiert und diskutiert wurden. Auch gewannen die Zeitungen und Zeitschriften deutlich an Umfang und mussten den durch die Freiheit der Rede wachsenden Inhalten mit Großformaten entgegenkommen.²¹

Diese äußerlichen Veränderungen resultierten also letztlich daraus, dass die Zeitung endlich ihre Inhalte erweitern konnte. Es dominierte nicht mehr der altbekannte tatsachenorientierte Stil der unparteiisch politisch-militärischen Berichterstattung. Vielmehr fanden kommentierende Textsorten wie der Leitartikel oder auch die Leserbriefe einen exponierten Platz auf der ersten Seite. Auch Werbeanzeigen für schwarz-weiß-rot-goldene Bänder, für Parlamentshüte und Freiheitszigarren fanden sich in den neuen Zeitungen, die begannen, sich über das Anzeigengeschäft zu finanzieren. Meist als Feuilleton unter dem Strich vom restlichen Inhalt abgehoben waren unterhaltsame Beiträge, die nicht selten die Entwicklungen der Frankfurter Nationalversammlung literarisch oder satirisch aufbereiteten. Gewann die Zeitung also erstmals die Funktion der kritischen Auseinandersetzung mit den berichteten Ereignissen und die der Unterhaltung des lesenden Publikums, so erweiterte sie spätestens mit dem Jahr 1848 ihre Merkmale um das zentrale Motiv der Universalität.²²

Diese zunehmende inhaltliche Komplexität führte schließlich zu der Notwendigkeit einer formalen thematischen Differenzierung, um die Zeitungen für die Leser übersichtlicher zu gestalten. Immer häufiger wurde deshalb eine Unterteilung der Zeitungsinhalte nach Sachgebieten oder Ressorts vorgenommen. Neben

20 Der Freistädter. Uncensirtes Local-Blatt für Frankfurter Angelegenheiten. Frankfurt am Main, 1848/1849. Nr. 1 vom 16.03.1848.

21 Vgl. Werner, Eva Maria. Kleine Geschichte der deutschen Revolution von 1848/49. Wien: Böhlau, 2009. 45; *Theobald*, 2012. 62–65.

22 Vgl. *Heinrich-Jost*, 1981. 24; *Theobald*, 2012. 69 ff.; *Püschel*, 1991. 428 ff.

dem bereits erwähnten Leitartikel auf dem Titelblatt, dem Feuilleton unter dem Strich und den Anzeigen am Ende des Blattes fanden sich auch Zeitungssparten, in denen Meldungen über wirtschaftliche, technische, lokale, regionale und kulturelle Ereignisse gesammelt wurden. Die neue thematische Vielfalt aber auch der anwachsende Zeitungsumfang verlangten vom Leser, sein Leseverhalten zu ändern, indem er von der Ganzlektüre zur selektiven Lektüre überging. Um ihm die Selektion innerhalb der Themenvielfalt zu erleichtern, wurden die verschiedenen Artikel zunehmend mit Überschriften versehen. Eine Gliederung erfolgte nicht mehr wie noch in der ersten Jahrhunderthälfte nach Korrespondenzorten oder -ländern, sondern nach Themen und Inhalten bis hin zu Schlagzeilen mit eigenen syntaktischen Strukturen, die einen gewissen Leseanreiz bieten sollten.²³

Mit den freien Kommunikationsmöglichkeiten gewann die Presse folglich zunehmend an Publikumsnähe und bediente ganz unterschiedliche Leserkreise mit ihren vielfältigen Inhalten und der neuen Möglichkeit, diese selektiv zu rezipieren. Die Presse zeichnete sich also spätestens seit dem Revolutionsjahr 1848 nicht allein durch eine Universalität ihrer Inhalte, sondern auch durch ihre Publizität aus. Dabei sollte hierbei nicht nur zeitungsimern eine differenzierte Leserschaft angesprochen werden, sondern der Zeitungsmarkt bediente insgesamt vielfältige Interessen. Denn neben die etablierten Nachrichtenmedien traten neue Medien wie die Tendenzpresse, die sich politischen Lagern zuordnen ließ und nicht selten von entsprechenden Vereinen unterstützt wurde. Zu nennen wäre hier z. B. die Frankfurter *Deutsche Zeitung*²⁴ als Organ der liberalen Casino-Fraktion, die *Allgemeine Arbeiter-Zeitung*²⁵, die sich in Frankfurt das Ziel setzte, „die Fragen des Tages und die Ereignisse unserer bedeutungsvollen Zeit vom Standpunkte des arbeitenden Volkes [zu] besprechen“²⁶ oder auch die konservative Frankfurter *Neueste Preußische (Kreuz-)Zeitung*²⁷, die sich als „Ergänzung zu der Berliner Kreuzzeitung“²⁸ verstand.²⁹

Von besonderer Bedeutung waren zudem die weit verbreiteten politischen so genannten „Witzblätter“ oder satirischen Zeitungen wie der Frankfurter *Satyr*³⁰,

23 Vgl. Theobald, 2012. 87; Püschel, 1991. 438 ff.

24 *Deutsche Zeitung*. Frankfurt, 1847–1850.

25 *Allgemeine Arbeiter-Zeitung*. Organ für die politischen und sozialen Interessen des arbeitenden Volkes. Frankfurt am Main, Mai/Juni 1848.

26 *Allgemeine Arbeiter-Zeitung*. Organ für die politischen und sozialen Interessen des arbeitenden Volkes. Frankfurt am Main, Nr. 1 vom 18.05.1848.

27 Frankfurter *Neueste Preußische (Kreuz-)Zeitung*. Frankfurt, 1849.

28 *Neueste Preußische (Kreuz-)Zeitung*, Nr. 1 von 1848 (ohne Datumsangabe).

29 Vgl. Werner, 2009. 48 f.; Heinrich-Jost, 1981. 11; Theobald, 2012. 65.

30 *Der Satyr*. Lose Blätter aus dem Reiche. Frankfurt am Main, 1848/1849.

dessen „Haupttendenz [...] ist, keine Tendenz zu haben“³¹. Er verpackte politische Aufklärung und Belehrung leicht verständlich und unterhaltsam in Textsorten wie beispielsweise fiktiven Briefen, in denen Parlamentsmitglieder oder wiederkehrende volkstümliche Figuren sich selbst charakterisierten oder aktuelle Tagesfragen diskutierten. Publikumsnähe und ein breites Verständnis erzeugten dabei nicht nur die typischen Karikaturen, sondern auch und vor allem die Verwendung volksnaher Varietäten wie den Dialekten.³² Hier zeigt sich, dass die Wahl der richtigen Sprache ein zentrales Anliegen der Presse war. Die meisten Zeitungen und Zeitschriften verwiesen sogar explizit in ihren ersten Nummern – wie der *Frankfurter Volksbote*³³ darauf, dass die „Besprechung der wichtigsten Tagesbegebenheiten in einfacher, gemeinverständlicher Sprache [geschehen solle], ohne diplomatische Wendungen und wichtigtuerische Redensarten, in einer Sprache, [...] vor allen Dingen der Bestimmtheit der Kürze befließigt.“³⁴

Eben diese Kürze ist es, die unter dem Stichwort ‚komprimierende Sprachökonomie‘ kennzeichnend für die Presse werden soll. Denn die Vielfalt der Inhalte, der begrenzte Raum und die zunehmend sozial und kulturell differenzierte Leserschaft stellen gänzlich neue Anforderungen an die Verfasser der Zeitung. So nahm beispielsweise in der Zeitungssyntax das Bemühen zu, mit einfachen kommunikativen Mitteln dem durchschnittlich gebildeten Leser ein Ereignis klar, übersichtlich und in geringem Umfang und vor allem mit geringem Zeitaufwand für den Verfasser vorzustellen. Satzgefüge gingen zugunsten einer vergleichsweise starken Zunahme von Einfachsätzen zurück. Dies war vor allem dadurch möglich, dass der zentrale Gehalt der Aussage auf das Substantiv verlagert wurde, so dass dieses in den Einfachsätzen eine überragende Stellung einnahm.³⁵ Nicht allein in der Syntax, sondern auch in der Lexik kommt es zu einer sprachlichen Verdichtung, die aus der immer schneller und komplexer werdenden Pressekultur resultiert. Für wortreichere Fügungen treten Komposita ein oder es treten zahlreiche Nomina actionis auf *-ung* wie *Modernisierung*, *Versorgung*, oder *Einschränkung* an die Stelle von wortreicheren verbalen Ausdrucksweisen. Diese hatten den Vorteil, dass sie sich leicht mit Präpositionen zu Präpositionalsyntagmen verbinden ließen und so Nebensätze ersparten.³⁶ Diese von vielen Zeitgenossen kritisierten sprachlichen Veränderungen sind jedoch keineswegs neue Erfindungen

31 Der Satyr. Lose Blätter aus dem Reiche. Frankfurt am Main, Nr. 1 von 1848 (ohne Datumsangabe).

32 Heinrich-Jost, 1981. 26.

33 Frankfurter Volksbote. Frankfurt am Main, 1849–1856.

34 Frankfurter Volksbote. Frankfurt am Main, Nr. 1 vom 04.04.1849.

35 Vgl. Theobald, 2012. 83 f.; Theobald, 2017. 30.

36 Vgl. Theobald, 2012. 88 f.; Theobald, 2017. 30 f.

der Zeitungen. Vielmehr orientieren sie sich an bereits in den Fachsprachen vorhandenen sprachlichen Möglichkeiten und Existenzformen und machen sie einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich. So habe laut Otto Schröder „manches Wortgut den Weg aus der Amtsstube durch die Zeitung in die Literatur gemacht“³⁷, denn

gerade die Zeitungen [nehmen] auf die Entwicklung unserer Sprache in der Gegenwart einen ganz gewaltigen Einfluß (...), weil jeder sie täglich liest und weil unmerklich Ausdrücke und Wendungen aus der Sprache der Zeitungen in die Umgangssprache jedes Zeitungslersers übergehen.³⁸

In diesem Sinne fungiert die Zeitung spätestens seit der Mitte des 19. Jahrhunderts als eine Art Trichter, durch den nicht allein die vermittelten Wissensbestände, sondern auch die mit ihnen verbundenen sprachlichen Existenzformen gefiltert an die politisch interessierte Leserschaft übergehen. Nicht allein die Ideen der bürgerlichen Revolution von 1848 fanden somit durch die Presse Verbreitung in der Öffentlichkeit, sondern auch deren zentrale Wortschatzteile wie *Volk*, *Nation*, *Klasse* oder *Lohnarbeiter*.³⁹ Entstehen also „in dieser erweckten Zeit täglich neue Dinge und mit denselben neue Wörter, und wo man nicht flugs das neue Wort findet, da prägt man ein altes zu neuem Werte um“⁴⁰, so ist es die Presse, die diesen Sprachwandelprozess beschleunigt, indem sie diese neuen Dinge und die neuen Wörter veröffentlicht.

4 Die Demokratisierung von Sprache und Presse

„Was die Dampfmaschinen und Eisenbahnen für den äußern und commerciellen Verkehr, sind die Journale bereits im Reiche des Gedankens und für den geistigen Umsatz geworden, und diese geistig-industrielle Bedeutung des Journalismus, welche nur in den Pfennigmagazinen eine dem gesammten Staatshaushalte der Literatur verderbliche, jedoch vorübergehende Ausartung gefunden, ist für die allgemeine Volksbildung der zukünftigen Kulturperiode, wie sie sich entwickeln wird, als wesentlich vorbereitend und förderlich anzusehen.“⁴¹

37 Schröder, Otto. Vom papiernen Stil. Berlin: Walther & Apolant, 1888. 70.

38 Becker, Karl Ferdinand. Der deutsche Stil. Frankfurt am Main: G. F. Kettenbeil, 1848. 153.

39 Vgl. Werner, 2009. 51 f.; Theobald, 2012. 101 f.; Theobald, 2017. 33.

40 Riehl, Wilhelm Heinrich. „Die Arbeiter. Eine Volksrede aus dem Jahre 1848“. Die Eigentumslosen. Der deutsche Pauperismus und die Emanzipationskrise in Darstellungen und Deutungen der zeitgenössischen Literatur. Hg. Carl Jantke und Dietrich Hilger. Freiburg: Alber, 1965. 392–405. 394.

41 Mundt, Theodor. Schriften in bunter Reihe, zur Anregung und Unterhaltung. Mit Beiträgen von dem Verfasser der Tutti frutti, Leopold Schefer, Johann Schön, Heinrich Stieglitz, F. G. Kühne u. A. Leipzig: Reichenbach, 1834. 5.

Ihre Realisierung findet diese „für die allgemeine Volksbildung der zukünftigen Kulturperiode“ und die Entwicklung der Sprache von Mundt schon 1834 prophezeit „geistig-industrielle Bedeutung des Journalismus“⁴² im Revolutionsjahr 1848 im Kontext der Paulskirchenversammlung.

Dabei ist diese Kommunikationsrevolution nicht Folge der politischen oder auch der industriellen Revolution, sondern vielmehr Teil derselben. Denn das durch Aufklärung und Französische Revolution gesteigerte Bildungsbewusstsein der Gesellschaft hat die Märzrevolution mit vorbereitet, die wiederum in der Kommunikationsfreiheit die Möglichkeiten geschaffen hatte, die Expansion der Presse zu einem multifunktionalen Massenmedium zu fördern. Die hierfür notwendigen technischen Grundlagen der Presseproduktion und -übermittlung boten hingegen die Errungenschaften der industriellen Revolution. Diese enge wechselseitige Abhängigkeit der verschiedenen revolutionären Prozesse des 19. Jahrhunderts, für die das Jahr 1848 zentral ist, erlaubt es also nicht, nur eine Quelle des Wandels auszumachen. Schopenhauers eingangs zitiertem Vorwurf, dass vor allem die Zeitungsschreiber die „Hauptthandhaber der allgemeinen deutschen Sprachverhunzung“⁴³ seien, ist deshalb abschließend entgegen zu halten, dass die Presse eben als massenwirksames Medium die anderen sprachlichen, politischen oder technischen Entwicklungen erst zu Tage treten lässt. Gleichermaßen wirkt sie dadurch aber auch auf diese Veränderungen zurück.⁴⁴

Mag Schopenhauer das Gefühl gehabt haben, dass das Jahr 1848 einen „Samen der Unwissenheit unter den Gelehrten ausgestreut“⁴⁵ hat, dass die Qualität von Bildung und Sprache unter der Quantität der publizistischen Schriftstücke abnehme, so hat es doch in den Augen vieler Zeitgenossen einen „Samen“ der Gleichberechtigung und des sprachlichen Ausgleichs „gesät“. Denn die freie demokratisierte Presse brachte breite Bevölkerungsgruppen nicht allein mit zuvor exklusiven gesellschaftlichen Wissensbeständen, sondern auch mit deren sprachlichen Existenzformen in Kontakt und trug gleichermaßen zur politischen, kulturellen und sprachlichen Bildung bei.

So ist mit Rückerts Gedanken zu schließen, dass wie „Staat und Gesellschaft alle Prärogative zu Gunsten Aller oder des abstrakten Volkes fallen lassen müssen, so auch die Sprache. Auch diese demokratisiert sich, aber so, daß sie vornehmer wird.“⁴⁶ Und zwar vornehmer in dem Sinne, dass die Wahl der Varietät nicht

⁴² Mundt, 1834. 5.

⁴³ Schopenhauer, 1923. 479.

⁴⁴ Vgl. Theobald, 2012. 99 ff.; Theobald, 2017. 33.

⁴⁵ Schopenhauer, 1923. 479.

⁴⁶ Rückert, Heinrich. „Die deutsche Schriftsprache und die Dialekte“. *Deutsche Vierteljahrs-Schrift* 27.3 (1864): 90–137. 114.

zwingend von dem sozialen Stand der Sprechenden oder Schreibenden abhängig ist, sondern vielmehr von der situativen Einbettung oder den Inhalten der Kommunikation.

So lange [nämlich] geklatscht wird, Schnurren gerissen werden, behauptet der volkstümliche Ausdruck sein Recht: Sobald aber das Gespräch, wie es jetzt von Tag zu Tag mehr geschieht, sich auf die Politik wirft, tritt wenigstens eine schwache Annäherung an das ein, was man unter gebildetem Ausdruck versteht.⁴⁷

⁴⁷ Rückert, 1864. 112.

Sebastian Rosenberger

Inklusions- und Exklusionsmechanismen in Parlamentsreden der Frankfurter Paulskirche

1 Einleitung

In diesem Beitrag sollen zwei Debatten im Frankfurter Paulskirchenparlament, welche östliche Randgebiete des deutschen Bundes, nämlich Böhmen und Posen betrafen, auf die Eigen- und die Fremdwahrnehmung der ersten gesamtdeutschen Parlamentarier hin analysiert werden. Die Argumentationen der Politiker wurden in den Diskussionen wesentlich durch eigene politische Ziele sowie persönliche, fraktionsspezifische und nationale Selbstbilder wie auch durch Vorurteile, Stereotype und ideologisch wie fraktionspolitisch geprägte Fremdbilder bestimmt. Auf diese Weise ergaben sich, je nach der Haltung gegenüber der slawischen Bevölkerung in den östlichen Gebieten des Deutschen Bundes, Inklusions- und Exklusionsmechanismen, die auf der Grundlage ausgewählter Parlamentsreden herausgearbeitet werden sollen.

Als Quellen dienen vor allem die Protokolle der Reichstagssitzungen, in denen die Reden der Abgeordneten, Verlauf und Ergebnisse der Abstimmungen sowie Reaktionen der Zuhörer (Beifalls- und Missfallenskundgebungen) dokumentiert wurden. Ergänzt wurde dieses Korpus durch einige Paratexte wie Briefe von Parlamentariern, öffentliche Proklamationen und Zeitungsartikel.¹ Da Presseorgane in dieser Zeit, nach dem Wegfall der langjährigen Pressezensur und Restriktion, wie Pilze aus dem Boden schossen und, häufig parteigebunden, die Öffentlichkeit über die Debatten in der Paulskirche informierten und so zu einer Politisierung der Bevölkerung beitrugen², wäre eine Analyse der Stellungnahmen von Zeitungen verschiedener politischer Couleur zu den in diesem Beitrag behandelten Themen überaus interessant, kann aber hier nicht geleistet werden.

1 Hier sind zu nennen: Mollat, Georg (Hrsg.): Reden und Redner des ersten deutschen Parlaments. Osterwieck/Harz: Zickfeldt, 1895; sowie: Hildebrandt, Gunther (Hrsg.): Opposition in der Paulskirche. Reden, Briefe und Berichte kleinbürgerlich-demokratischer Parlamentarier 1848/49. Berlin: Akademie-Verlag, 1981.

2 Vgl. dazu Frank Engehausen: Die Revolution von 1848/49. Paderborn u. a.: Schöningh, 2007: 187–193.

2 Analyse

2.1 Die Debatte über den Status Böhmens in der Nationalversammlung

Nach dem Sturz Metternichs am 13. März 1848 sahen böhmische Nationalisten die Chance zur Errichtung eines unabhängigen tschechischen Nationalstaats und begannen, gegen die deutsch-österreichische Staatsgewalt zu agitieren. Dies löste den tschechischen Volksaufstand ab dem 12. Juni 1848 aus, der durch Fürst Windisch-Graetz am 17. Juni nach mehrtägiger Bombardierung der Stadt Prag blutig beendet wurde.³ Diese Vorgänge wurden mehrfach in der Paulskirche thematisiert.

Am 27. Mai 1848 stellt der Abgeordnete Titus Mareck aus der Fraktion Donnersberg fest, dass die innerhalb des österreichischen Kaiserreichs lebenden Slawen die Magyaren und die Deutschen als Unterdrücker wahrnahmen, was auch der Grund für den panslawistischen Kongress sei, der zu dieser Zeit in Prag stattfand. Das Ziel der Panslawisten sei letztlich die Errichtung eines slawischen Großreiches. Mareck befürchtet einen Aufstand der Slawen aufgrund eines immer aggressiveren Nationalismus, woraus Gefahr entstehen könne für die „600.000 deutschen Brüder, die in Ungarn zwischen Magyaren und Slawen eingeklemt leben“.⁴ Es herrsche großes Misstrauen gegenüber den Deutschen, die Slawen zweifelten daran,

daß wir ihnen in jenen Bezirken, wo sie den größeren Theil, wo sie die Majorität bilden, sowohl in Unterrichtssachen, als in der Gerichtsverfassung ..., als auch in Communalangelegenheiten, ihre Sprache lassen wollen und werden. Einige glauben ..., daß wir durchaus die deutsche Sprache in allen jenen Bezirken einführen wollen, wo nicht deutsch gesprochen wird.⁵

Dieses Misstrauen könne durch eine Note der Nationalversammlung beschwichtigt werden, „daß Deutschland durch seine Vertreter feierlich erkläre, daß es nie-

³ Vgl. dazu Engehausen 2007: 145 und Dieter Hein: Die Revolution von 1848/49. München: Beck, 1998, ³2004, 76 und 90 f.

⁴ Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main. Herausgegeben auf Beschluß der Nationalversammlung durch die Redactions-Commission und in deren Auftrag von Professor Franz Wigard. 8 Bände + Inhaltsverzeichnis. Frankfurt am Main 1848–1850, hier Bd. I, S. 118. Der Text wird im Folgenden mit der Sigle *SB*, der Bandnummer in römischen und der Seitenzahl in arabischen Zahlen zitiert.

⁵ *SB* I, 118.

mals zur Unterdrückung irgendeiner, also auch nicht der slawischen Nationalität, die Hand bieten werde“.⁶

An diesen Antrag schloss sich eine längere Debatte an, an der sich einiges über das Bild von den Slawen und das Selbstbild der von den Abgeordneten vertretenen Deutschen herauslesen lässt. Die Abgeordneten verfolgten in ihren Beiträgen eine Doppelstrategie: Einerseits wollten sie eine Eskalation in Böhmen um jeden Preis verhindern, weshalb sie für vertrauensbildende Maßnahmen bei der tschechischen Bevölkerung plädierten, andererseits wollten sie weder dem aggressiven Nationalismus der Panslawisten nachgeben noch die Interessen der deutschen Bevölkerung in Böhmen preisgeben. Beispielhaft dafür steht der Beitrag Georg Achleitners aus Österreich (Fraktion Westendhall):

Zwei Slawen kommen hier auf einen Deutschen, und die Interessen der Deutschen sind bei weitem mehr gefährdet, als die der Slawen. Wir sollen allerdings Vertrauen erwecken; ich aber, ich bin auch der Ansicht, daß wir uns entschieden für das deutsche Princip erklären. Ich ... stimme dafür, daß wir erklären, wir wollen uns entschieden an Deutschland anschließen, und diese Erklärung so bestimmt als möglich aussprechen, denn dieses wird auch ein Mittel werden, die Slawen davon zu überzeugen, daß wir uns durch sie nicht einschüchtern lassen.⁷

Der Abgeordnete Neuwall geht noch einen Schritt weiter: Er vermutet hinter dem tschechischen Irredentismus reaktionäre Mächte, die sich von einer Eskalation eine Destabilisierung der neuen Verhältnisse und damit eine Rückkehr zum Status quo ante erhofften:

Vertrauen müssen wir zu erwecken suchen, denn der Panslawismus ist sehr thätig, und dieser Panslawismus ist großentheils nur ein Bild, welches man hinstellt, die Nationalität ist es, wodurch man die Völker lockt. Es stecken ganz andere, wichtigere und viel tiefere Gründe dahinter, namentlich diejenigen, deren Macht jetzt gebrochen ist, ... die in dem deutschen Reiche ihre Zwecke nicht mehr erreichen können, und die nun in einem slawischen Reiche unter dem Vorwande der Nationalität auf Kosten des Bestandes der Freiheit, auf Kosten des guten Rechts, auf Kosten der Regierungen, des Souverains selbst ihre frühere Macht wieder erringen wollen.⁸

Nachdem die Nationalversammlung am 31. Mai die durch Mareck beantragte Erklärung abgegeben hat, nach der sie die Rechte der nichtdeutschen Nationalitäten im Bundesgebiet zu schützen beabsichtige, ist die Debatte jedoch noch lange nicht beendet. Vielmehr erhält sie einige neue Aspekte, welche über die unmittelbar gegebene Situation weit hinausreichen. So werden etwa panslawistische Forderungen

⁶ SB I, 118.

⁷ SB I, 120.

⁸ SB I, 120.

gen nach einem Ausscheiden Böhmens aus dem Bundesgebiet mit dem Verweis auf die historische Zugehörigkeit des Gebiets zum Heiligen Römischen Reich zurückgewiesen. Ernst Moritz Arndt aus Bonn (1769–1860), der zunächst zur äußersten Rechten gehörte und später fraktionsloser Abgeordneter war, verlegt die Zugehörigkeit Böhmens zu Deutschland sogar in die Zeit der Völkerwanderung: „Wenn man die deutschen Theile gesehen hat, die Urenkel von Markomannen und Hermunduren, was würde man sagen, wenn diese Böhmen nun mit einem Male sich herausreißen wollten mitten aus Deutschland?“⁹ Dass eine solche Sichtweise nicht nur in der politischen Rechten zu finden ist, beweist der Dortmunder Abgeordnete Johann Wilhelm Gustav Höfken (1811–1889) aus der Fraktion Württemberger Hof, für den Böhmen ein „ursprünglich deutsche[s], durch Natur, Geschichte, Bildung, durch Gesetz und Recht mit Deutschland untrennbar verbundene[s]“ Land ist.¹⁰

Vor allem gehe es darum den „czechischen Fanatismus“¹¹, so der Abgeordnete Johann Nepomuk Berger aus Mähren (1816–1870; Fraktion Donnersberg), einzudämmen und einen Austritt Böhmens aus dem Reich zu verhindern. Am schärfsten wird dies durch den Wiener Abgeordneten Schilling formuliert:

Die Drohung [...] bestand darin, daß ich erklärte, Deutschland habe die Pflicht, Böhmen im Nothfall mit der Schärfe des Schwerdtes festzuhalten, und nicht zu dulden, daß Böhmen sich von Deutschland trenne, daß es ein slavisches Oesterreich gründe, welches kein freies, kein in dem Sinne freies sein kann, in dem wir Deutsche eines gestalten wollen.¹²

Nach der Niederschlagung des Aufstands im Juni 1848 war die Situation in Böhmen am 1. Juli wieder Thema in der Nationalversammlung, wobei der Ton nun schärfer wurde.

Zunächst wurde der Bericht eines Ausschusses verlesen, der sich mit dieser Thematik befasst hatte. Dieser gab den tschechischen Nationalisten die Schuld an der Eskalation der Gewalt:

Die vielgestaltige Slawenbewegung, die bald unter der allgemeinen Benennung des Panslawismus, bald unter dem Namen der einzelnen Slawenstämme auftritt, hat in der neueren Zeit für das westliche Europa ihren Centralpunkt in Prag gefunden, von wo aus sie, von dem czechischen Elemente getragen, auf eine Vereinigung aller im Süd-Westen von Europa wohnenden Slawenstämme hinarbeitet, und zunächst nach der Herrschaft in Oesterreich strebt, als endliches Ziel aber die Gründung eines großen Slawenreiches in Aussicht nimmt.¹³

9 SB I, 214 f.

10 SB I, 212.

11 SB I, 214.

12 SB I, 215.

13 SB I, 661.

Doch auch Deutsche und Österreicher seien mitschuldig an den Geschehnissen, da die Schwäche der österreichischen Regierung „der slawischen und namentlich der czechischen Partei eine, ihre Macht weit übersteigende Meinung von sich selbst beigebracht“ habe, was in diesen den „Uebermuth großgezogen (?) [hat], der zur terroristischen Unterdrückung der deutschen Bevölkerung herangewachsen ist“.¹⁴

Dem tschechischen Nationalismus werden nun explizit deutschnationale Töne entgegengehalten, namentlich durch den fraktionslosen Prager Abgeordneten Ignaz Kuranda (1811–1884), der die Zugehörigkeit Böhmens zu Deutschland erst, mit implizitem Bezug auf den bereits zitierten Beitrag Arndts, etymologisch und dann aufgrund einer präsupponierten höheren wirtschaftlichen und kulturellen Leistungsfähigkeit der Deutschen gegenüber den Tschechen begründet:

Ich sage dieß nicht, weil wie Deutschen bei dieser Frage im Nachtheil sein werden, denn ein germanischer Stamm, die Markomannen, war noch früher als die Slaven Bewohner dieses Landes. Der Name des Landes ist auch ein Deutscher – Böhme, Bojerheim nannten ihn die Nachfolger der Bojaren – in keiner Chronik wird er Czechien genannt. ... Diese Minorität, die wir Deutschen in Böhmen bilden, wird aber bei Weitem durch die Kraft aufgewogen, welche sie in die Schaal legen. In dem halbmondförmigen Kreise, welchen die reindeutsche Bevölkerung (von der gemischten nicht zu sprechen) um den czechischen Mittelpunkt bildet: der Ackerbau, wo ist er am besten gepflegt? Die Industrie, wo sind ihre Hauptsitze? ... Die Brunnen- und Badeorte Teplitz, Karlsbad, Marienbad, die ein Brunnen unversiegbaren Einkommens für das Land sind; wo liegen sie? In den deutschen Kreisen. Die Bergwerke, welche seit Jahrhunderten den Reichthum des Landes begründeten – wer hat sie bebaut? Deutsche Hände, deutscher Fleiß. Wer hat das Städtewesen, den Bürgerstand in Böhmen begründet, den fleißigen behäbigen Mittelstand, durch den sich Böhmen vor Polen, Croatien und andern halben und ganzen Slavenländern auszeichnet? – Ich bin zu stolz, meine Herren, um auch noch auf Wissenschaft und Unterricht hinzuweisen; von den Zeiten des deutschen Kaisers Karl IV., der die erste Universität zu Prag gründete, bis auf die heutige Zeit, wo Böhmen, die nicht czechisch schreiben können, uns Deutsche mit Waffen bekämpfen, die sie aus dem Zeughause unserer Schulen bekommen haben.¹⁵

In diesem Zitat wird auch die terminologische Unterscheidung zwischen den Substantiven *Böhme* und *Tscheche* bzw. den zugehörigen Adjektiven deutlich, die sich in den Debattenbeiträgen durchgängig findet: Als *Böhmen* werden diejenigen bezeichnet, welche *treu* zu den Deutschen und zum Deutschen Bund stehen; als *Tschechen* werden lediglich die bekämpften Nationalisten, die Gegenpartei bezeichnet. Anhand der Referenzierung auf die slawische Bevölkerung wird also durch positive Konnotation Inklusion und durch negative Exklusion betrieben.

14 SB I, 661.

15 SB I, 664 f.

Die Forderung nach Gleichstellung der Ethnien, so Kuranda, sei letztlich nichts als eine Maske, hinter der tschechische Nationalisten ihre *Tyranneigelüste* verbürgen und gegen die es sich zu verteidigen gelte:

Jetzt handelt es sich nicht mehr darum, daß die Czechen gleiche Rechte besitzen sollen mit den Deutschen! Es handelt sich um ihre Oberherrschaft! Unsere Wahlen wurden als nicht berechtigt ausgeschrien, unsere Farben wurden insultirt, unsere Vereine wurden gesprengt, unsere Presse eingeschüchtert und terrorisirt. Es handelt sich darum, daß wir Deutsche fortan bloß als Eingewanderte, als geduldete Fremdlinge betrachtet werden sollen; es handelt sich hier nicht mehr etwa darum, dem deutschen Element zum Sieg über das czechische zu verhelfen, es handelt sich nur um Vertheidigung desselben gegen slavische Tyranneigelüste.¹⁶

Letztlich handle es sich beim tschechischen Aufstand um nichts als um eine „Conterrevolution gegen alle Errungenschaften deutscher Bildung und deutschen Rechts“.¹⁷ Kuranda lobt jedoch die Reaktion des Militärs, welches diesen Aufstand niederschlagen konnte, denn nun „müßte es diesen ultraczechischen Gleißnern klar werden, daß ihre eigene Kraft zu schwach sei, um gegen die Deutschen, um gegen den ganzen Inhalt einer Jahrhunderte alten Civilisation mit Erfolg kämpfen zu können“.¹⁸ Letztlich schreibt Kuranda den Deutschen und Österreichern damit eine höhere ‚Zivilisation‘ zu als den Slawen, ein Denkschema, das in späteren Jahren vielfach der Aufwertung des Deutschen gegenüber dem benachbarten Ausland diente.¹⁹

Der fraktionslose Abgeordnete Andreas Jeitteles aus Olmütz (1799–1878) spricht sich für die Beibehaltung eines alle Nationen gleichstellenden politischen Kurses aus, fordert aber, energischer gegen separatistische Tschechen vorzugehen. Deshalb spricht er sich für die Entsendung von Truppen in das böhmische Gebiet aus, wobei er zur Bekräftigung seiner Forderung das Pathos der ‚Befreiungskriege‘ beschwört:

Wenn es sich jemals darum handelt, die asiatische Barbarei von Deutschland's Grenzen fern zu halten, wenn es sich darum handeln sollte, den Kosacken und die Knute herauszufegen, dann werden sich 100.000 deutsche Männer in den Kampf zu gehen nicht scheuen. Sie ist noch nicht erloschen die Begeisterung von 1813. Ja die von 1848 wird jene von 1813 noch weit hinter sich zurücklassen.²⁰

16 SB I, 665.

17 SB I, 665.

18 SB I, 665.

19 Vgl. dazu Rosenberger, Sebastian: Das Konzept der ‚Zivilisation‘ in den Jahren um den Ersten Weltkrieg. In.: Historische Text- und Diskurssemantik. Hrsg. Jochen A. Bär. Berlin, Boston: de Gruyter, 2021, 294–310. (Jahrbuch für germanistische Sprachgeschichte 11, 2020).

20 SB I, 667.

Beachtenswert ist hier das Syntagma *asiatische Barbarei*, das im Adjektivattribut auf den alten Topos des zivilisatorisch rückständigen Ostens gegenüber dem Westen zurückgreift und dies mit dem attribuierten Substantiv noch unterstreicht. Der Topos der zivilisatorischen Überlegenheit der Deutschen wird damit auch hier aufgegriffen, ein Hinweis darauf, dass er in dieser Zeit bereits verbreitet war.

Die Forderung nach Truppen in Böhmen wird zwiespältig aufgenommen. Der Abgeordnete Giskra etwa glaubt einerseits, „daß Viele derselben [Tschechen] den tiefsten Haß gegen die Deutschen, ja bis zur gänzlichen Vernichtung der Deutschen, gehegt und ausgesprochen haben“²¹, andererseits bestehe die Gefahr, dass die böhmische Bevölkerung auf Truppen erst recht mit Widerstand reagieren könnte. Arnold Ruge von der äußersten Linken fürchtet gar einen „Racenkrieg“²² in dem Fall, dass deutsche Truppen in Böhmen stationiert würden.

Insgesamt wird jeglichem Bestreben der ‚Tschechen‘, das Bundesgebiet zu verlassen, eine klare Absage erteilt, darin sind sich die Redner aus allen Fraktionen einig. Am deutlichsten formuliert dies Giskra, der befürchtet, dass sich der ‚tschechische‘ Separatismus auch auf andere Regionen ausdehnen könnte, was den dortigen deutschen Bewohnern schaden würde; deutlich wird der Antagonismus, der zwischen ‚unzivilisierter‘ slawischer und ‚zivilisierter‘ deutscher Bevölkerung konstituiert wird:

Ich fordere, daß die Deutschen in Mähren nicht von dem deutschen Mutterlande losgerissen, nicht im Stiche gelassen werden, wenn die Czechen die mährischen Slaven für sich wollen. Ich will die dort wohnende deutsche Bevölkerung in ihrem deutschen Sinne erhalten und festketten an unser großes Deutschland, ich fordere für diesen Theil von Deutschland den nationalen Standpunkt gerade in der Rücksicht der Erhaltung deutscher Elemente daselbst, die bedroht sind, wenn eine neue Bewegung der Czechen entstände, und die mährischen Slaven fortrisse, und beide vereint, und gestützt auf eine andere Macht eine staatliche Trennung erwirken wollten. ... Die Ausbreitung czechischer Bewegung in Mähren würde die Deutschen in Mähren in ihrem Bestande bedrohen, und wer kann es dann in seinem Gewissen verantworten, die Blüten der Bildung und Humanität hier preiszugeben an einen erst neu sich bildenden Staat, der dieselben abstreift im nationalen Fanatismus gegen alles Deutsche. Es wäre ein Verbrechen gegen alles Recht der Menschheit, wenn man in Böhmen, Mähren und Schlesien eine auf deutsche Grundlage gegründete Bildung und Entwicklung einem neuen Staatenbildungs-Versuche preisgeben, das hieße hier, dem Untergange weihen wollte.

21 SB I, 671.

22 SB I, 671. *Rasse*, in diesem Beleg noch als Lehnwort französischen Ursprungs erkennbar, trägt hier noch nicht die ideologisierte Bedeutung späterer Zeiten. Gleichwohl wurde der Ausdruck bereits um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts zur pseudowissenschaftlichen Qualifizierung bestimmter menschlicher Gruppen verwendet, wie der folgende Beleg aus Gustav Freytags Roman *Soll und Haben* (1855) zeigt: „es giebt keine race, welche so wenig das zeug hat, vorwärts zu kommen ... als die slavische“ (zitiert nach: Deutsches Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm. 16 Bände in 32 Teilbänden. Leipzig: Hirzel, 1854–1961, hier Band 14, Sp. 144).

Das mag einem kosmopolitischen Philosophen genügen, das genügt mir nicht, und ich hoffe, nicht einer Versammlung deutscher Männer, wie Sie, meine Herren, sind!²³

Erneut werden die nationalen Stereotype deutlich, zudem wird klar das Recht auf Seiten der Nationalversammlung beansprucht: Diese stehe, wie ‚das Deutsche‘ per se, für *Bildung* und *Humanität*, für die *Rechte der Menschheit*, auf Seiten der ‚Tschechen‘ wird nur *nationaler Fanatismus* gesehen, wodurch deren Anliegen als unberechtigt und schädlich bewertet werden. Die präsupponierte ‚zivilisatorische Kluft‘ wird auch hier greifbar.

Es wird aber auch betont, dass die meisten Bewohner dieser Länder treu zum österreichischen Kaiserhaus stünden, weshalb die Gefahr des Separatismus nicht so groß sei wie einige befürchteten. Es sei sogar im Interesse der Böhmen, im Verband zu bleiben, wie Adolph Wiesner aus Wien ausführt:

Auf diese Weise ... würde eine große, kernhafte Bevölkerung, die man durch allerlei Trug und Arglist von Deutschland abzuschneiden sucht, an Deutschland geknüpft werden. Diese slavischen Landleute werden dann einsehen, daß wir es gut mit ihnen meinen; sie werden einsehen, daß die Aufwiegler, die sie für ein Slavenreich zu stimmen suchen, kein Recht haben, sie gegen Deutschland aufzustacheln und daß sie ihnen nicht bieten, was wir ihnen bieten. Auf diese Weise werden wir die ungeheure Bewegung, die ich fürchte und tief beklage, auf eine staatsweise, humane Art dämpfen.²⁴

Auch hier wird die *staatsweise, humane Art* der ‚Deutschen‘ dem *Trug* und der *Arglist* der ‚tschechischen‘ *Aufwiegler* gegenübergestellt.

Schließlich wird auch die Eroberung Prags durch Windisch-Graetz thematisiert. Für Johann Nepomuk Berger gibt es aus Sicht der Anhänger der Revolution und der Nationalversammlung keinen Grund, darüber glücklich zu sein, denn der Fürst habe den Sieg über die ‚tschechischen‘ Nationalisten nicht für Deutschland errungen, sondern für das Haus Habsburg. Er befürchtet, wie sich später zeigen sollte, zu Recht, eine Gegenbewegung der Reaktion, bei der sowohl ‚Deutsche‘ als auch ‚Tschechen‘ auf der Verliererseite stehen könnten:

Der Fürst Windisch-Grätz sieht sich nicht als einen Vertheidiger der deutschen Sache an, welche in Wien siegte, sondern Fürst Windisch-Grätz ist ein Werkzeug der Camarilla, ... Nun die Sache in Böhmen ist die, der Deutsche hat nicht gesiegt und der Czeche hat nicht gesiegt, die Czechen und die Deutschen aber befinden sich gegenüber der Reaction, und es wird vielleicht bald die Zeit eintreten, wo wir Beide zusammen gegen eine dritte gefährliche Macht werden in Schutz nehmen müssen.²⁵

23 SB I, 672.

24 SB I, 668.

25 SB I, 674.

In der Frage, wie man mit der Situation in Böhmen zu verfahren habe, sind sich die Abgeordneten der Nationalversammlung, dieses Fazit kann man aus diesem Abriss der Debatte ziehen, bei allen individuellen und fraktionsbedingten Unterschieden in zwei Aspekten einig: In der Ablehnung jeglicher separatistischer Bewegung (eine Haltung, die später in der Frage um Schleswig jedoch nicht konsequent durchgehalten wird) und in der Betonung der Einheit Deutschlands samt dem Ziel, die Errungenschaften der Revolution nicht zu gefährden. In Detailfragen – etwa, was die Frage nach der Entsendung von Truppen nach Böhmen angeht – bleiben sie allerdings uneins.

Von den Böhmen wird ein ambivalentes Bild gezeichnet: Einerseits ist man gewillt, ihre berechtigten Ansprüche (etwa was die Sprachenpolitik betrifft) anzuerkennen, andererseits zeigt sich ein latent bis offen dargelegter Chauvinismus gegenüber den Slawen, der sich zum einen in einer Haltung paternalistischer Fürsorge, zum anderen in expliziter Abwertung der slawischen Bevölkerung gegenüber der deutschen äußert. Dies wird besonders im mehrfach behaupteten Zivilisationsgefälle zwischen Deutschen bzw. Österreichern auf der einen und Slawen auf der anderen Seite deutlich. Von den Böhmen werden die ‚Tschechen‘ als gefährliche Separatisten negativ abgegrenzt. Die Nationalversammlung verhält sich damit der slawischen Bevölkerung in Böhmen gegenüber inkludierend, indem sie sich dem Separatismus verweigert, und exkludierend zugleich, indem sie ihnen trotz aller Beteuerungen nicht den gleichen Rang innerhalb der Nation zuweist.

2.2 Zu den Ereignissen in Posen

Nach den Beschlüssen des Wiener Kongresses wurde das unter preußischer Verwaltung stehende Großherzogtum Posen eingerichtet.²⁶ Während der 48er-Revolution wurde es zum Zankapfel zwischen der preußischen Regierung, welche das Gebiet nicht abtreten und die deutschstämmige Bevölkerung des Großherzogtums schützen wollte, und den Polen, die nach einer nationalen Reorganisation Posens strebten. Als die deutschen Bewohner die Nationalversammlung um die Aufnahme des Großherzogtums in den deutschen Bund baten, kam es zu Ausschreitungen von Seiten der polnischen Bevölkerung, so dass ein Bürgerkrieg drohte.²⁷

²⁶ Vgl. dazu Lentz, Thierry: 1815. Der Wiener Kongress und die Neugründung Europas. Aus dem Französischen von Frank Sievers. München: Siedler 2014, 198–205.

²⁷ Vgl. dazu Nebel, Hermann (Hrsg.): Robert Blum. Ausgewählte Reden und Schriften. Heft 5. Blum und die polnische Frage. Leipzig: KTO Press, 1979, 99–112, hier 99–103; ferner: Broszat, Martin: 200 Jahre deutsche Polenpolitik. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, ⁴1986.

Der preußische Kommissar Ernst von Pfuel ordnete als Lösung des Konflikts eine Demarkationslinie an, welche die vermehrt deutsch besiedelten westlichen Teile des Großherzogtums Posen von den überwiegend polnisch besiedelten östlichen Teilen trennen sollte. Zugleich sollte der westliche Teil in den Deutschen Bund aufgenommen werden, wobei der dortigen polnischen Bevölkerung die ungehinderte volkstümliche Entwicklung in Hinsicht auf Religion, Unterricht, Literatur, innere Verwaltung und Rechtspflege sowie die Gleichberechtigung ihrer Sprache garantiert wurde. Die Aufnahme erfolgte am 2. Mai 1848. Die Polen lehnten diese Lösung unter Verweis auf die Einheit der polnischen Nation ab, zudem warfen sie den Preußen vor, Germanisierungsversuche unternommen zu haben.

Mit dieser Frage hatte sich nun die Nationalversammlung auseinanderzusetzen. Die Debatte begann am 24. Juli, zog sich über mehrere Tage hin und endete am 27. Juli mit der Entscheidung, den westlichen Teil des Großherzogtums in den Deutschen Bund aufzunehmen und die Demarkationslinie zu akzeptieren. Diese Entscheidung stand jedoch einer gegenteiligen des Vorparlaments und des Fünfzigerausschusses entgegen, weshalb sie vor allem bei den radikalen Demokraten heftigen Widerspruch hervorrief.²⁸

Im Folgenden sollen drei Reden aus unterschiedlichen Fraktionen in den Blick genommen werden, so dass die Positionen zur Gegenwart und Zukunft Posen bei der Linken, beim Zentrum und bei der Rechten einem Vergleich unterzogen werden. Die erste dieser Reden hielt Robert Blum (1807–1848) von der Fraktion Deutscher Hof (gemäßigte Linke) am 24. Juli.

Lange Zeit hätten, so beginnt Blum, die Polen „einen Wall gebildet zwischen der nordischen Barbarei und der westlichen Bildung“, weshalb die Deutschen den Polen viel zu verdanken hätten.²⁹ Doch aufgrund der seit 80 Jahren währenden Zerrissenheit und Unterdrückung sei das polnische Volk einige Stufen herabgesunken. Umso mehr sei es nun aber die Aufgabe der Deutschen, dazu beizutragen, dass es sich wieder erheben könne: „So paart sich mit der Theilnahme an dem Volke das Bewußtsein der Schuld unserer Väter, die wir tilgen müssen“.³⁰ Selbst wenn man die gewaltsamen Ausschreitungen von polnischer Seite verurteile, müsse man anerkennen, dass hier ein „edler“ Trieb am Werke gewesen sei, die letzte Kraft dem Vaterlande zu widmen.³¹ Blum erkennt, auch im Hinblick auf das eige-

28 Vgl. dazu das öffentliche Protestschreiben der Fraktion Donnersberg vom 27. Juli 1848. Abgedruckt in: Die Revolution von 1848/49. Eine Dokumentation. 131 Dokumente und eine Zeittafel. Hrsg. Walter Grab. München: Nymphenburger Verlags-Handlung, 1980, 140–143.

29 SB II, 1141.

30 SB II, 1141.

31 SB II, 1142.

ne *Nationalgefühl*, die nationalistischen Bestrebungen der Polen wie aller anderen Völker als berechtigt an:

Nun, dann seien Sie auch auf der anderen Seite so gerecht, und wenn Sie Posen durchschneiden, um die Deutschen zu reklamieren, so schneiden Sie auch Schleswig durch, geben Sie die Slaven los, die zu Oesterreich gehören, und trennen Sie auch Südtirol von Deutschland. – Ja, ich sage mehr: Wenn Sie ein so lebhaftes Nationalgefühl haben, ... so befreien Sie die deutschen Ostseeprovinzen von der Herrschaft Rußlands, und befreien Sie die 600.000 unglücklichen Deutschen im Elsaß, die sogar unter einer Republik schmachten.³²

Bezüglich der Demarkationslinie gibt Blum die fehlende Kenntnis der tatsächlichen Bevölkerungsverhältnisse zu bedenken, weshalb auf dieser Grundlage keine Entscheidung getroffen werden könne. Er fordert schließlich, dass nicht das Recht des Stärkeren, sondern, ganz im Sinne der Aufklärung die Vernunft über die Frage entscheiden solle, wobei die Polen aber in jedem Falle als gleichberechtigter Partner fungieren sollten.³³

Im Anschluss an Blum hielt Wilhelm Jordan aus Berlin (1819–1904), der zunächst wie Blum zur Fraktion Deutscher Hof gehörte, später aber zum Zentrum (Landsberg) wechselte, eine lange Rede, in der er ganz den Standpunkt Preußens einnahm und aus seiner Geringschätzung der Slawen keinen Hehl machte.

Mit der preußischen Demarkation sei „nichts Anderes geschehen, als daß man festgestellt hat, wie weit sich Deutschland tatsächlich nach Osten erstreckte, d. h. wie weit deutsche Sprache und Gesittung siegreich vorgedrungen ist.“³⁴ Die Frage, die sich dabei stelle, laute damit:

Soll eine halbe Million Deutscher unter deutscher Regierung, unter deutschen Beamten leben und zum großen deutschen Vaterlande gehören, oder sollen sie in der secundären Rolle naturalisirter Ausländer in die Unterthänigkeit einer anderen Nationalität, die nicht so viel humanen Inhalt hat, als das Deutschthum gegeben, und hinausgestoßen werden in die Fremde? – Wer die letztere Frage mit Ja beantwortet; wer da sagt, wir sollen diese deutschen Bewohner von Posen den Polen hingeben und unter polnische Regierung stellen, den halte ich mindestens für einen unbewußten Volksverräther.³⁵

An der Demarkationslinie hätten sich im Laufe der Zeit auf beiden Seiten ‚Nationalitätsinseln‘ gebildet, so dass eine einfache Scheidung nicht mehr ohne weiteres möglich sei. Dies führe zu einem weiteren wichtigen Punkt, nämlich der Sicherheit Deutschlands:

³² SB II, 1142.

³³ Vgl. SB II, 1142.

³⁴ SB II, 1143.

³⁵ SB II, 1143.

Bei einem ausbrechenden Kriege würden wir in Gefahr kommen, unsere Ostländer zu verlieren, wenn wir nicht ihre strategischen Linien in unsrer Gewalt behielten. Um den Hauptpunkt dieser strategischen Linien, um die Festung Posen selbst mitzubehalten, dazu bedurfte es keiner Abweichung von dem Grundsatz, nach dem die Scheidungslinie gezogen war, denn diese mit zehn Millionen deutschen Geldes erbaute Stadt ist der Mehrzahl ihrer Bewohner nach deutsch.³⁶

Um ‚die Festung Posen‘ zu sichern habe Preußen auch einige polnisch besiedelte Landstriche sich einverleiben müssen; die preußische Regierung hätte hier nicht anders handeln können, ein Unterlassen hätte die Sicherheit Deutschlands gefährdet.

Für die insbesondere bei den Demokraten vorhandene Sympathie mit den Polen hat Jordan die einfache Erklärung, dass man die Polen umso mehr möge, je weniger man sie kenne und stattdessen einem *kosmopolitischen Idealismus* folge:

Sie befolgt, so zu sagen, ein geographisches Gesetz, das heißt, man findet sie in demselben Maße zu- und abnehmend, je weiter man sich nach Westen oder Osten entfernt. Dieser Umstand, daß man die Polen desto mehr lieb hat, je weiter man von ihnen entfernt ist, und je weniger man sie kennt, und desto weniger, je näher man ihnen rückt [...], dieser Umstand, sage ich, muß jedenfalls die Vermutung erregen, daß diese Zuneigung nicht sowohl auf einem wirklichen Vorzuge des polnischen Charakters, als vielmehr auf einem gewissen kosmopolitischen Idealismus, nicht sowohl auf einer klaren Erkenntniß unserer Verhältnisse zu unsern östlichen Nachbarn, als vielmehr auf einem hergebrachten, politischen Glaubensartikel beruhe, den man eben hinnimmt, ohne ihn weiter zu untersuchen.³⁷

Die Wiederherstellung Polens aufgrund eines schlechten Gewissens sei demnach eine „schwachsinnige Sentimentalität“.³⁸

Das u. a. von Robert Blum vorgebrachte Argument, Polen bilde einen ‚Schutzwall‘ gegen die ‚Barbarei‘ (gemeint ist Russland), weist Jordan mit Blick auf die Stärke der deutschen Nation zurück:

Es wäre traurig, wenn ein Volk von 45 Millionen, das in ziemlich compacter Geschlossenheit dasteht, in dem wohlverschanzten Centrum Europa's glauben wollte, gegenüber einem anderen Volke, das allerdings ein Drittel Einwohner mehr zählt [gemeint ist Russland; S. R.], aber durch seine weite Ausdehnung in demselben Maße für den Angriff gelähmt, als für die Vertheidigung gestärkt wird, einer Vormauer zu bedürfen. [...] Deutschland ist sich allein Mannes genug, um jeden Angriff auf seine Integrität machtlos an sich zerschellen zu lassen.³⁹

36 SB II, 1143 f.

37 SB II, 1144.

38 SB II, 1144.

39 SB II, 1144.

Die Wiederherstellung Polens würde massiv gegen die deutschen Sicherheitsinteressen verstoßen, da einerseits der „erste Tag eines selbstständigen Polenreichs [...] der erste Tag eines Kampfes auf Leben und Tod mit uns [wäre], denn in unserer Zeit kann kein Land als selbstständiger Staat existieren ohne Seeküsten; das ist eine Wahrheit, so klar wie das Sonnenlicht“⁴⁰, andererseits steige die Gefahr eines Krieges mit Russland, den aber einige, welche den „Russenhaß“⁴¹ predigten, gerade beabsichtigten, um das alte System auch dort zu beseitigen. Doch Jordan differenziert:

Der Haß zwischen Nationen ist eine mit der Cultur des neunzehnten Jahrhunderts unverträgliche Barbarei, ist geradezu ein Unsinn. Das russische Volk ist wahrlich nicht hassenswerth! An der Oberfläche, die es uns zukehrt, mag es verdorben und angefault sein, durch die künstliche Schminke einer fremdländischen Schreincultur (doch wohl Scheincultur?), die ihm seine Despoten aufgeklebt haben; der Kern des Volkes aber ist unverdorben, und alle unbefangenen Berichterstatter stimmen darin überein, daß es auch den Russen nicht fehlt an vortrefflichen Eigenschaften, und daß sie manchen Keim in sich tragen, der sie berechtigt zu der Hoffnung auf eine große Zukunft. Unser Haß kann allein gegen das System gerichtet sein, unter dem Rußland seufzt.⁴²

Die Wiederherstellung Polens sei damit „eine selbstvergessene Politik, eine Politik der Schwäche, eine Politik der Furcht, eine Politik der Feigheit“⁴³; stattdessen plädiert Jordan für einen „gesunden Volksegoismus“, der die Wohlfahrt und Ehre des Vaterlandes an die erste Stelle rücke⁴⁴; „Aber eben dieser Egoismus, ohne den ein Volk niemals eine Nation werden kann, wird von den Polenfreunden als höchst verdammlich bezeichnet“⁴⁵

Preußen habe Polen durch einen regelrechten Friedensvertrag (die Akte des Wiener Kongresses) erhalten, es bestehe deshalb kein Unrecht, das gesühnt werden müsse, wie die Linken meinten, sondern das *Recht des Stärkeren*. Damit stellt er sich explizit gegen die vorherige Forderung Robert Blums, nicht mit Gewalt, sondern mit den Mitteln der Vernunft zu überzeugen:

Nein, ich gebe ohne Winkelzüge zu: Unser Recht ist kein anderes, als das Recht des Stärkeren, das Recht der Eroberung. Ja, wir haben erobert. Die Deutschen haben polnische Länder erobert, aber diese Eroberungen sind auf einem Wege, auf eine Weise geschehen, daß sie

40 SB II, 1145.

41 SB II, 1145.

42 SB II, 1145.

43 SB II, 1145.

44 SB II, 1145., Sperrung im Original.

45 SB II, 1145.

nicht mehr zurückgegeben werden können. Es sind, wie man es schon so oft gesagt hat, nicht sowohl Eroberungen des Schwertes, als Eroberungen der Pflugschaar.⁴⁶

Jordan verweist auf die Ostkolonisation seit dem Mittelalter, welche die Überlegenheit des deutschen Volkes gegenüber den slawischen Völkern hinreichend belege, so dass die Eroberung Polens eine *naturnotwendige Tatsache* sei, die letztlich nichts anderes als die *Bestattung einer Leiche* gewesen sei. Erkennbar überträgt Jordan hier naturwissenschaftliche Denkweise auf die Politik, er naturalisiert Völker und Nationen zu Lebewesen, die einem gewissen Lebenszyklus unterworfen sind; in gewissem Sinne lässt sich hier das Konzept des Sozialdarwinismus *avant la lettre* herauslesen:

Die Uebermacht des deutschen Stammes gegen die meisten slavischen Stämme, vielleicht mit alleiniger Ausnahme des russischen, ist eine Thatsache, die sich jedem unbefangenen Beobachter aufdrängen muß, und gegen solche, ich möchte sagen, *naturhistorische* Thatsachen lässt sich mit einem Decrete im Sinne der kosmopolitischen Gerechtigkeit schlechterdings nichts ausrichten. Das ist ein Satz, der so feststeht wie für uns der Erdball selbst. [...] Ich behaupte also, die deutschen Eroberungen in Polen waren eine Naturnothwendigkeit, Das Recht der Geschichte ist ein anderes als das der Compendien. Es kennt nur Naturgesetze, und eins derselben sagt, daß ein Volksthum durch seine bloße Existenz noch kein Recht hat auf politische Selbstständigkeit, sondern erst durch die Kraft, sich als Staat unter andern zu behaupten. Der letzte Act dieser Eroberung, die viel verschrieene Theilung Polens, war nicht, wie man sie genannt hat, ein Völkermord, sondern weiter nichts, als die Bestattung einer längst in der Auflösung begriffenen Leiche, die nicht mehr geduldet werden durfte unter den Lebendigen. Denn in der That, ein Volk, das aus Edelleuten, Juden und Leibeigenen bestand, war, nachdem eine langjährige Anarchie es verwildert, einer vernünftigen Freiheit unfähig, und konnte, als eine solche Freiheit zur Lebensbedingung wurde, nicht länger existieren.⁴⁷

Auch was die Leistungsfähigkeit betreffe, seien die Polen den Deutschen deutlich unterlegen; zunächst beschränkt Jordan seine Aussagen auf die höheren gesellschaftlichen Schichten:

Ich sage, die gebildeten Stände der polnischen Nation finden nun einmal keinen Geschmack daran, auf eine so gewöhnliche, mühsame, practische, prosaische Weise, wie es ein Beamter wohl thun kann, an der Herstellung ihrer Nationalität mitzuarbeiten. Das überlassen sie dem deutschen Ernste, dem deutschen Fleiße, und schwärmen lieber im Auslande herum, wo sie durch ihre Salonpolitur und eine gewisse ritterliche Tournüre die Herzen zu gewinnen wissen, und arbeiten mit unermüdlicher Standhaftigkeit daran, irgendwo einen großen Zusammenstoß zu bewirken, um, begünstigt von der Erschütterung, wieder einen Versuch

⁴⁶ SB II, 1146. Durch die Anspielung auf die Bibel (Jes. 2, 4) werden die vermeintlich friedlichen Absichten der Deutschen hervorgehoben.

⁴⁷ SB II, 1146., Sperrung im Original.

zu machen zur politischen Herstellung ihres Polenreichs, ohne zu bedenken, daß noch nie, solange die Welt steht, ein Volk politisch untergegangen ist, wenn es nicht vorher physisch zu Grunde gegangen war, und daß es ebenso ein durchaus eitles Beginnen ist, von oben her durch irgendwelche (?) Verfassung ein Volk ins politische Dasein hinein decretiren zu wollen, das sich noch keine ökonomische Grundlage erarbeitet hat.⁴⁸

Preußen habe mehr für die polnische Nation getan zu haben als „jene Edelleute, die wie Sturmvögel überall auftauchen, wo es einen Krieg, einen Aufstand zu schüren gibt, um im allgemeinen Zusammenstoß die Gelegenheit zu einer neuen Schilderhebung zu gewinnen“.⁴⁹ Ein Menschenalter unter deutscher Regierung habe bewirkt, „was ein Jahrtausend unter Polen unmöglich gewesen ist“⁵⁰, nämlich den Wohlstand des Landes. Dass der größte Teil des Grundeigentums von polnischen in deutsche Hände übergegangen ist, erklärt Jordan damit, dass Deutsche mehr Ertrag aus ihm herausholen könnten und deshalb reicher geworden seien, während die Polen verarmten. Damit verallgemeinert Jordan seine Geringschätzung auf das gesamte polnische Volk:

Die Polen sind noch immer ein Adelsvolk, das die weise Sparsamkeit, den angestrengten Fleiß der Deutschen als Zeichen einer niedrigen Gesinnung, als einen schmutzigen Geiz ansieht. [...] Es war lediglich der Polen eigene Schuld, wenn sie ihr Land in deutsche Hände kommen ließen; und es wäre eine eigenthümliche Gerechtigkeit, wenn wir das auf diese Weise und auf dem rechtlichsten Wege erworbene Land nun auf einmal aus kosmopolitischer Großmuth sammt den Deutschen, die darauf sitzen, in fremde Unterthänigkeit hinausgeben wollten. [...] Hat der Deutsche die Wälder gelichtet, die Sümpfe getrocknet, den Boden urbar gemacht, Straßen und Kanäle angelegt, Dörfer gebaut und Städte gegründet, um den Epigonen des exilierten hundertköpfigen polnischen Despotenthums neue Schmarotzerneser zu bereiten?⁵¹

Insgesamt sei zu bemerken „daß beim Polen⁵² der Hang zu den Freuden einer rauschenden Geselligkeit unverhältnismäßig stärker entwickelt ist, als die Lust zu mühsamer Arbeit und er Geschmack an einem einfachen Familienleben, wie bei

48 SB II, 1147.

49 SB II, 1147.

50 SB II, 1147.

51 SB II, 1147 f.

52 Man beachte hier den kollektiven Singular, der das Individuum hinter Typisierungen verschwinden lässt und sich somit vorzüglich zur Diskriminierung eignet; vgl. dazu von Polenz, Peter: Deutsche Satzsemantik. Grundbegriffe des Zwischen-den-Zeilen-Lesens. 3., unveränderte Auflage. Mit einem Vorwort von Werner Holly. Berlin, New York: de Gruyter, 2008, 149; sowie Lobenstein-Reichmann, Anja: Sprachliche Ausgrenzung im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit. Berlin, Boston: de Gruyter, 2013, 80–82.

den Deutschen“.⁵³ Daher dürfe man ihnen „ein deutsch gewordenes Land, eine zahlreiche deutsche Bevölkerung zu Staatsexperimenten“ nicht überlassen.⁵⁴

Nach einem längeren Exkurs über die Problematik der Konfessionen schließt Jordan mit den Worten: „Ich bin durchaus gegen die Herstellung polnischer *Aristokratie*, aber eben so sehr für die Herstellung eines polnischen *Volkes*, das bis jetzt noch nicht existiert hat, und wozu auch gegenwärtig nur erst die von Deutschland gepflegten Keime vorhanden sind“⁵⁵; diese Keime großzuziehen sei die schwere Aufgabe, die Deutschland mit der Eroberung dieser Gebiete übernommen habe, und mit dieser Aufgabe sei auch genug Sühne geleistet für alles, was man mit der polnischen Teilung den Polen angetan habe; und in diesem Zusammenhang könne Polen beweisen, dass es ebenfalls zu ausdauernder Arbeit fähig sei. Jordan spricht sich also für die Aufnahme Posens in den Deutschen Bund aus, wobei neben Sicherheitsinteressen auch paternalistische Argumentationsmuster den Ausschlag geben.

Am darauffolgenden Tag hält der dem rechten Lager zugehörige Joseph von Radowitz (1797–1853; Steinernes Haus, später Café Milani), preußischer Militärbefehlshaber und Freund des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV., eine Rede, die wie die Jordans zunächst auf die Sicherheitsinteressen Preußens und damit Deutschlands abhebt:

Es ist schwer zu begreifen, wie man bei diesem Schritt die Pflichten gegen die deutsche Nationalität und gegen die deutschen Interessen in solchem Maße ignorieren konnte. Neben 800.000 Polen wohnen in der Provinz ungefähr 600.000 Deutsche, diese wurden also in den Zweifel versetzt, ob sie von dem deutschen Staate Preußen getrennt und einem polnischen Reiche überwiesen zu werden bestimmt seien. Die deutsche Grenze sollte auf einer ihrer gefährlichsten Stellen zwischen Glogau und Thorn bloßgestellt, eine Festung, die wir mit 10 Millionen Thaler deutsch-preußischen Geldes erbaut haben, eine Festung, die allein eine Vertheidigungsfront zwischen Weichsel und Oder möglich macht, könnte hierdurch preisgegeben werden!⁵⁶

v. Radowitz verteidigt die Aufnahme Posens in den Deutschen Bund und die von den Preußen gezogene Demarkationslinie als wenigstens vorläufig bestmögliches Mittel, die Nationalitätskonflikte einzudämmen. Er fordert,

für die Landesbezirke der ersten Kategorie [deutsch besiedelt; S. R.] die geschehene Aufnahme in den Bund gutzuheißen, ferner die gezogene Demarcationslinie vorläufig anzuerkennen, bis uns genugsames Material vorliegt, um darüber einen definitiven Beschluß zu fas-

⁵³ SB II, 1148.

⁵⁴ SB II, 1148.

⁵⁵ SB II, 1151, Sperrungen im Original.

⁵⁶ SB II, 1156.

sen; endlich die deutsche sowohl als die polnische Nationalität in beiden Landestheilen zu wahren. Ich vermag nicht einzusehen, wie wir es gegen Deutschland zu verantworten vermöchten, uns gegen diese Anträge zu erklären, oder einen Zustand, wie den gegenwärtigen, noch ferner fortbestehen zu lassen.⁵⁷

Wer auf diese Lösung verzichte, müsse entweder fordern, dass die ganze Provinz Posen in den Deutschen Bund aufgenommen werde oder die gesamte Provinz aus dem Reichsverband ausschließen. Wer das erste wolle, müsse anerkennen, dass innerhalb Deutschlands eine fremde Nationalität über ein Teilgebiet herrsche. Und für noch gravierender hält Radowitz die Bedenken gegen die zweite Lösung, denn wer „die gesammte Provinz Posen von der Einverleibung in den deutschen Reichskörper ausschließen will, der spricht damit aus, daß er 500.000 Deutsche einem künftigen polnischen Reiche überweise“, was eine „Theilung Deutschlands“ zur Folge hätte.⁵⁸

Während der Linke Robert Blum also gegen die Aufnahme des westlichen Teils des Großherzogtums Posen in den Deutschen Bund spricht und eine Demarkationslinie nur unter bestimmten Voraussetzungen akzeptieren will, stimmen der Liberale Wilhelm Jordan und der Rechte Joseph von Radowitz und mit ihnen die Mehrheit der Nationalversammlung sowohl für die Aufnahme als auch für die Demarkationslinie und widersprechen somit den Beschlüssen des Vorparlaments. Das Ziel der Demokraten, der polnischen Nation Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht zu leisten, wurde damit überstimmt. Bei Radowitz und vor allem bei Jordan wird die Aufnahme des westlichen Großherzogtums mit den Interessen Deutschlands als Ganzem und der deutschen Bevölkerung im Besonderen begründet, während die Interessen der Polen in ihrer Argumentation zwar Erwähnung finden, den deutschen Interessen aber untergeordnet werden; dabei verhehlt insbesondere Jordan seine antislawischen Ansichten nicht. Seine Rede kann als frühes Beispiel für völkisches Denken mit der Privilegierung des eigenen Volkes und der Stigmatisierung anderer Völker angesehen werden, wie es etwa 20 Jahre später mehr und mehr Platz im Denken vieler Deutscher einnahm und bis weit ins 20. Jahrhundert hinein immer weiter radikalisiert wurde, bevor es, zur politischen Umsetzbarkeit gelangt, schwerwiegende Folgen zeitigte. Doch auch die polenfreundliche Argumentation Blums enthält abwertende Elemente, etwa wenn er konstatiert, dass die polnische Bevölkerung, wenn auch nur aufgrund preußischer Unterdrückung, zivilisatorische Defizite aufweise. Auch hier kann von einer gleichberechtigten Behandlung der Slawen also nur eingeschränkt die Rede sein.

57 SB II, 1156.

58 SB II, 1156.

3 Fazit

Während für die Linke die Bombardierung Prags und Krakaus sowie die Entscheidung der Nationalversammlung in der Debatte um die Zukunft Posens „Siege des Absolutismus und der Aristokratie“⁵⁹ sind und rundweg abgelehnt und verurteilt werden, zeigen sich in der Behandlung der böhmischen und der polnischen Frage innerhalb der Nationalversammlung signifikante Unterschiede, die auch mit dem jeweiligen Status der betroffenen Regionen zusammenhängen. In beiden Gebieten fand sich ein erheblicher Anteil an deutscher Bevölkerung, deren Interessen alle Redner des Parlaments im Blick behalten. Strittig sind die aus der historischen Entwicklung gewachsenen Rechte und Pflichten der Deutschen gegenüber den Regionen: Während Böhmen als langjähriger Bestandteil des deutschen Reichsgebiets auf keinen Fall preisgegeben werden sollte, weshalb man auch drastische Mittel befürwortete, mit denen das Land im Deutschen Bund gehalten werden sollte, kam es im Falle Polens nur auf die Interessen der deutschen Bevölkerung an. Entsprechend fällt auch die Beurteilung der nichtdeutschen Bevölkerung in beiden Gebieten aus: Die tschechische Bevölkerung wird insgesamt als dem österreichischen Kaiserreich und Deutschland gegenüber *treu* dargestellt und von den tschechischen Separatisten, den „fanatischen Ultraczechen“ (Ignaz Kuranda)⁶⁰ abgegrenzt. Die polnische Bevölkerung erfährt hingegen eine deutliche Abwertung, offensichtlich deshalb, weil sie auf eine weniger lange Tradition im Reichsgebiet zurückblicken kann als die tschechische.

So zeigen sich in den beiden Debatten über Böhmen und Polen sowohl die ‚helle‘ als auch die ‚dunkle‘ Seite der Paulskirche: Die ‚helle‘ im Bestreben, auch die nichtdeutschen Bevölkerungsteile politisch, rechtlich und kulturell nicht zu benachteiligen, die ‚dunkle‘ in Abwertungen und den Exklusionstendenzen, die insbesondere die polnische Bevölkerung betreffen und die in der deutschen Geschichte bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts eine unselige Tradition entwickeln sollten.

⁵⁹ Grab 1980, 141.

⁶⁰ SB I, 665.

Teil II: **Von völkischem Aufbruch zu mörderischer Politik. Die völkischen Ursprünge nationalsozialistischer Ideologie**

Tobias Hirschmüller

Die Revolution von 1848/1849 in völkischen Geschichtsbildern zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus

1 Einleitung

„Die Geschichte hat immer Recht.“ Dieses Zitat hat Julian Köck als Teil des Titels für seine 2015 erschienene Dissertation gewählt, in der er die „Völkische Bewegung im Spiegel ihrer Geschichtsbilder“ untersucht¹. Es veranschaulicht die in seiner Arbeit behandelten Interpretationen und damit die Instrumentalisierung von Geschichte durch völkische Autoren. Dass die Vertreter dieser Bewegung ihre Anliegen und Forderungen auch durch Rückgriffe auf historische Beispiele legitimieren wollten, haben unter anderem Helmut Berding² in einem Beitrag über die völkische Erinnerungskultur oder auch Rainer Hering in einer Arbeit über die Konstruktion der Nation durch die Alldeutschen herausgestellt³. In der Forschung wurden dabei vor allem die Glorifizierung der Germanen⁴ seit dem neunzehnten Jahrhundert bis hin zum „Ahnenerbe“⁵, die Erinnerung an Schlachten⁶ oder auch

1 Köck, Julian. *„Die Geschichte hat immer Recht.“ Die Völkische Bewegung im Spiegel ihrer Geschichtsbilder*. Frankfurt am Main u. a.: Campus Verlag, 2015.

2 Berding, Helmut. „Völkische Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert.“ *Massenmedien und Zeitgeschichte. Berichtsband der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) vom 20. bis 22. Mai 1998 in Mainz zum Thema Massenmedien und Zeitgeschichte*. Hg. Jürgen Wilke. Konstanz: UVK-Medien, 1999. 227–233.

3 Hering, Rainer. *Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939*. Hamburg: Christians, 2003.

4 Puschner, Uwe. *Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache – Rasse – Religion*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2001. 92–99; *Zur Geschichte der Gleichung „germanisch – deutsch.“ Sprache und Namen, Geschichte und Institutionen*. Hg. Heiko Steuer, Heinrich Beck, Dieter Geuenich und Dietrich Hakelberg. Berlin: De Gruyter, 2004; *Germanenideologie. Einer völkischen Weltanschauung auf der Spur*. Hg. Martin Langebach. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2020.

5 Gasche, Malte. *Der „Germanische Wissenschaftseinsatz“ des „Ahnenerbes“ der SS 1942–1945. Zwischen Vollendung der „völkischen Gemeinschaft“ und dem Streben nach „Erlösung“*. Bonn: Habelt, 2014.

6 Puschner, Uwe. „Die Alldeutschen, die Völkischen und die Schlacht, 1913–1813.“ *Die Völkerschlacht bei Leipzig. Verläufe, Folgen, Bedeutungen 1813–1913–2013*. Hg. Martin Hofbauer und Martin Rink. Berlin: De Gruyter, 2017. 347–360.

die Überhöhung von Helden- beziehungsweise Führerfiguren wie Otto von Bismarck (1815–1898) untersucht⁷.

In Anbetracht der weitgehenden Pazifizierung in den Jubiläumserinnerungen an die Revolution von 1848/1849⁸ im Geschichtsbild der Westzonen seit 1945 sowie danach in der Bundesrepublik erscheint es zunächst als kaum wahrscheinlich, dass auch solch ein Ereignis in den völkischen Ideen vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus Relevanz besessen hat. Hier muss zum einen das in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft kommunizierte Bild der revolutionären Ereignisse als demokratische, insbesondere parlamentarische, soziale und letzten Endes europäische Bewegung differenziert werden. Manfred Kittel konnte beispielsweise mit seiner Betrachtung über den „Abschied vom Völkerfrühling“⁹ den nationalistischen und eben nicht nur europäischen Aspekt von 1848 herausstellen. Klaus von See verortete Friedrich Christoph Dahlmann (1785–1860)¹⁰ und Georg Beseler (1809–1888)¹¹ in einer Tradition von völkisch-nationalem Denken in der deutschen Geschichte. Hans Henning Hahn hat belegt, dass „Anfänge des völkischen Diskurses in der Paulskirche“¹² stattfanden, und Hans-Christian Petersen hat mit einem Aufsatz über das „östliche Europa als koloniale[n] Raum in den Debatten der Frankfurter Paulskirche“ ebenfalls hierzu geforscht¹³. Die oft als so genuin demokratisch dargestellte Revolution war somit geprägt von völkischen Denkweisen, mit einer Vorgeschichte seit den Revolutionskriegen ab 1792¹⁴.

7 Beispielsweise die Überhöhung von Bismarck bei Max Beyer: Gräfe, Thomas. „Zwischen katholischem und völkischem Antisemitismus. Die Bücher, Broschüren und Bilderbogen des Schriftstellers Max Beyer (1861–1921)“. *Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur* 34.2 (2009): 121–156.

8 Hirschmüller, Tobias. „Von der Barrikade ins Parlament. Die Pazifizierung der Revolution im westdeutschen Geschichtsbild nach dem Zweiten Weltkrieg“. *Wissen im Mythos. Die Mythisierung von Personen, Institutionen und Ereignissen und deren Wahrnehmung im wissenschaftlichen Diskurs*. Hg. Eva Muster u. a. München: AVMpress, 2018. 249–288.

9 Kittel, Manfred. „Abschied vom Völkerfrühling? National- und außenpolitische Vorstellungen im konstitutionellen Liberalismus 1848/49“. *Historische Zeitschrift* 275 (2002): 333–383.

10 See, Klaus von. *Freiheit und Gemeinschaft. Völkisch-nationales Denken in Deutschland zwischen Französischer Revolution und Erstem Weltkrieg*. Heidelberg: Winter, 2001. 53–63.

11 See, 2001. 64–70.

12 Hahn, Hans Henning. „Die Anfänge des völkischen Diskurses in der Paulskirche 1848“. *Hundert Jahre sudetendeutsche Geschichte. Eine völkische Bewegung in drei Staaten*. Hg. Hans Henning Hahn. Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang GmbH, 2007. 39–59.

13 Petersen, Hans-Christian. „Deutsche Antworten auf die ‚slawische Frage‘. Das östliche Europa als kolonialer Raum in den Debatten der Frankfurter Paulskirche“. *Völkische Wissenschaften: Ursprünge, Ideologien und Nachwirkungen*. Hg. Michael Fahlbusch, Ingo Haar, Anja Lobenstein-Reichmann und Julien Reitzenstein. Berlin u. a.: De Gruyter, 2020. 54–79.

14 Hermand, Jost. *Der alte Traum vom neuen Reich. Völkische Utopien und Nationalsozialismus*. Frankfurt am Main: Athenäum, 1988. 32–45.

Zum anderen lag der völkischen Bewegung mit ihren Ideen selbst etwas Revolutionäres zugrunde, weshalb George L. Mosse zurecht eine „völkische Revolution“ beschrieb¹⁵. In der völkisch geprägten Geschichtswissenschaft der Weimarer Republik standen dann auch nicht nur historistisch die großen Persönlichkeiten im Fokus, sondern unter rassistischen Gesichtspunkten auch die „Volksgeschichte“¹⁶. Rainer Zitelmann stellte auch bei Adolf Hitler (1889–1945) ein revolutionäres Selbstverständnis heraus, das mit der Revolution von 1848 legitimiert wurde¹⁷. Bis heute ist die Tradition des Widerstands gegen Eliten und damit eine revolutionäre Haltung in völkischen Kreisen festzustellen, weshalb Samuel Salzborn den „Angriff der Antidemokraten“ als „völkische Rebellion der Neuen Rechten“ beschreibt¹⁸.

Daher stellt sich die Frage: Welche Rolle besaß die Revolution von 1848 im völkischen Gedächtnis zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus? Quellengrundlage ist neben den Schriften der führenden Ideologen auch die Berichterstattung der zentralen Zeitschriften dieses Spektrums. Hierfür sollen im Folgenden chronologisch die Epochen Kaiserreich, Weimarer Republik und „Drittes Reich“ behandelt werden.

2 Das Kaiserreich

Die Erinnerung an die Revolution von 1848/1849 war im Kaiserreich insbesondere durch das sozialdemokratische Milieu getragen, welches hier Anknüpfungspunkte wie Einheit, Freiheit und soziale Gerechtigkeit fand¹⁹. Sie war zudem im liberalen

15 Mosse, George L. *Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus*. Frankfurt am Main: Hain, 1991.

16 Oberkrome, Willi. *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1993.

17 Zitelmann, Rainer. *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*. Reinbek: Lau-Verlag, 2017⁵. 177–178.

18 Salzborn, Samuel. *Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten*. Weinheim: Beltz Juventa, 2017; hierzu auch: *Völkische Bewegung, konservative Revolution, Nationalsozialismus. Aspekte einer politisierten Kultur*. Hg. Schmitz, Walter und Clemens Vollnhals. Dresden: Thelem, 2005.

19 Hettling, Manfred. „Revolutionsbilder. Nachmärz und Kaiserreich“. *1848 – Revolution in Deutschland*. Hg. Christof Dipper und Ulrich Speck. Frankfurt am Main u. a.: Insel-Verlag, 1998. 11–24; Mergel, Thomas. „Sozialmoralische Milieus und Revolutionsgeschichtsschreibung. Zum Bild der Revolution von 1848/49 in den Subgesellschaften des deutschen Kaiserreichs“. *Die Revolution von 1848/49. Erfahrung – Verarbeitung – Deutung*. Hg. Christian Jansen und Thomas Mergel. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1998. 247–267.

Bürgertum vorhanden, welches sogar zu mancher Bismarckfeier an 1848 erinnerte²⁰. Die Zeitungen des völkischen Milieus erinnerten Bismarck permanent, aber kaum die Revolution. Zum 50. Jahrestag der Ereignisse war etwa in den „Alldeutschen Blättern“ nichts darüber zu lesen²¹. Einer der wenigen 1848 thematisierenden Artikel erschien im März 1898 in der von Friedrich Lange (1852–1917)²² herausgegebenen „Deutschen Zeitung“²³. Hierin wurde despektierlich über jene gesellschaftlichen Gruppen gesprochen, also Sozialdemokraten und Liberale, die die Revolution feiern und damit den alten Kaiser Wilhelm I. (1797–1888) beleidigen würden: „Ein widerwärtiger Anachronismus ist diese Feier.“ Dies sei eine „sehr starke Dosis Taktlosigkeit“. Zudem galten die nach Amerika geflohenen Revolutionäre von 1848 als Verräter, was daran zu erkennen sei, dass auch nach der Reichsgründung keiner mehr in die Heimat zurückgekommen sei²⁴.

Ähnlich geringschätzig wurde die Revolution bei anderen Vordenkern des völkischen Milieus gesehen, so sie denn überhaupt thematisiert wurde. Friedrich Lienhard (1865–1929)²⁵ konzentrierte sich auf Friedrich den Großen und andere von ihm als „Helden“ der Geschichte erachtete Persönlichkeiten, worunter selbstverständlich keine Revolutionäre zu finden waren²⁶. Auch Friedrich Lange erwähnt etwa in seiner Schrift „Vom Deutschen Reiche zum Deutschen Vaterlande“ die Ereignisse von 1848 nicht²⁷. Max Beyer (1861–1921)²⁸ ließ in seiner kurzen Bismarck-Betrachtung die Revolutionsjahre ebenso außen vor und schilderte dafür

20 Hirschmüller, Tobias. „Erinnerungskultur in Kriegsgesellschaften. Bismarck und die beiden Weltkriege im Rheinland und in Westfalen“. *Westfälische Forschungen* 68 (2018): 183–221.

21 Hofmeister, Björn. „Alldeutsche Blätter (1894–1939)“. *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Bd. 6: Publikationen*. Hg. Wolfgang Benz. München: Saur, 2013. 11–14.

22 Gossler, Ascan. „Friedrich Lange und die ‚völkische Bewegung‘ des Kaiserreichs“. *Archiv für Kulturgeschichte* 83 (2001): 377–411.

23 Stegmann, Dirk. „Die ‚Deutsche Zeitung‘ 1917–1918. Präfaschistische Öffentlichkeit am Ende des Kaiserreiches“. *Kultur, Politik und Öffentlichkeit. Festschrift für Jens Flemming*. Hg. Dagmar Bussiek und Simona Göbel. Kassel: kassel university press, 2009. 266–288; Leicht, Johannes. „Die Deutsche Zeitung (1896–1934)“. *Handbuch 6*. Benz, 2013. 139–140.

24 „Das Jahr Achtundvierzig (Von einem deutschen Ingeniör über See)“. *Deutsche Zeitung*, 18. März 1898.

25 Neumann, Thomas. „Lienhard, Friedrich“. *Internationales Germanistenlexikon 1800–1950, Bd. 2: H–Q*. Hg. Christoph König. Berlin u. a.: De Gruyter, 2003. 1091–1092; Kimmel, Elke. „Lienhard, Friedrich“. *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Bd. 2/2: Personen L–Z*. Hg. Wolfgang Benz. Berlin: Saur, 2009. 483.

26 Lienhard, Friedrich. *Wege nach Weimar. Beiträge zur Erneuerung des Idealismus, Bd. 3: Friedrich der Große*. Stuttgart: Greiner & Pfeiffer, 1917³; Lienhard, Friedrich. *Helden. Bilder und Gestalten*. Leipzig: Meyer, 1900.

27 Lange, Friedrich. *Vom Deutschen Reiche zum Deutschen Vaterlande*. Berlin: Lüstenöder, 1893.

28 Gräfe, 2009. 121–156.

die Reichsgründung umso ausführlicher²⁹. Adolf Bartels (1862–1945)³⁰ hat zwar in seiner Schrift „Der Bauer in der deutschen Vergangenheit“ die Bauernbefreiung von 1848 befürwortet³¹, doch in seiner Abhandlung über Bismarck diesen den Revolutionären als den weitsichtigen Politiker gegenübergestellt³².

Albrecht Wirth (1866–1936)³³ schrieb 1912 in „Männer, Völker und Zeiten“: „Die Territorial-Gewalten erwiesen sich vorläufig als mächtiger denn die nationale, von keinem überragenden Führer organisierte Begeisterung.“³⁴ Somit erkannte er das auf die Nation gerichtete Anliegen immerhin an. Auch hob er hervor: „Eine löbliche Frucht des Nationalbewußtseins war die Schaffung einer deutschen Flotte.“ Doch lautete seine Bilanz über 1848/49: „Den Gewinn von alledem hatten weder Deutschland noch Italien, sondern die übrigen Mächte.“ Denn, so Wirth weiter: „Der Sturm von 1848 hat hingegen nicht nur bei den Deutschen Freiheitsgelüste erweckt, sondern auch bei den anderen, bisher unter strenger Zucht gehaltenen und als minderwertig angesehenen Völkern der Donaumonarchie, bei Polen, Tschechen und Magyaren, denen sich später Slowaken, Slowenen, Serben, Ruthenen und Kroaten anschlossen.“³⁵ Damit ging er auf Distanz zu einer Massenbewegung für nationale Interessen, da er hiervon einen Flächenbrand zum Nachteil Deutschlands befürchtete.

Ähnlich despektierlich äußerte sich Heinrich Claß (1868–1953)³⁶ in seiner unter dem Pseudonym „Einhart“ erschienenen „Deutschen Geschichte“. Für die Um-

29 Bewer, Max. *Bismarck*. Berlin u. a.: Schuster & Löffler, 1905.

30 Rösner, Thomas. „Adolf Bartels“. *Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871–1918*. Hg. Uwe Puschner, Walter Schmitz und Justus H. Ulbricht. München u. a.: Saur, 1996. 874–894.

31 Bartels, Adolf. *Der Bauer in der deutschen Vergangenheit. Mit einhundertachtundsechzig Abbildungen und Beilagen nach den Originalen aus dem 15.–18. Jahrhundert*. Leipzig: Eugen Diederichs, 1900.

32 Bartels, Adolf. *Bismarck der Deutsche*. Düsseldorf: Lesch & Irmer, 1915. 27–31.

33 Puschner, Uwe. „Völkische Geschichtsschreibung. Themen, Autoren und Wirkungen völkischer Geschichtsideologie. Geschichte für Leser“. *Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland im 20. Jahrhundert*. Hg. Wolfgang Hardtwig und Erhard Schütz. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2005. 287–307, hier 303.

34 Wirth, Albrecht. *Männer, Völker und Zeiten. Eine Weltgeschichte in einem Bande*. Hamburg u. a.: Janssen, 1912. 203.

35 Wirth, 1912. 204.

36 Erbar, Ralph. „Dr. Heinrich Claß (1868–1953). Ein Wegbereiter des Nationalsozialismus?“. *Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz, Bd. 1: „Eine nationalsozialistische Revolution ist eine gründliche Angelegenheit“*. Hg. Hans-Georg Meyer und Hans Berkessel. Mainz: Schmidt, 2000. 41–49; Hering, Rainer. „(...) ist der Einfluß der Juden auf sittlich-geistigem Gebiete (...) noch viel verderblicher“. Antisemitismus in der populären Geschichtsdarstellung von Heinrich Claß“. *Antisemitische Geschichtsbilder*. Hg. Werner Bergmann und Ulrich Sieg. Essen: Klartext, 2009. 193–210; Leicht, Johannes. *Heinrich Claß 1868–1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen*. Paderborn u. a.: Schöningh, 2012.

stürze in Berlin im März 1848 machte er polnische Migranten verantwortlich, die durch treue Truppen schnell zu besiegen gewesen wären, wenn nicht der König schwach gewesen wäre. Er schreibt: „In Preußen, Österreich, überall da, wo die Revolution siegreich geblieben war, herrschte in jenen Tagen ein wüstes, unübersehbares Durcheinander.“ Anders sah er die Paulskirche, da hier „eine Fülle glänzend begabter Männer, besonders aus den Kreisen der Gelehrten [...]“ und daher „vielleicht das an geistigen Kräften reichste Parlament der Geschichte“ versammelt gewesen seien. Claß unterscheidet somit in seiner Wertung zwischen Revolution und Nationalversammlung und attestierte vor allem Heinrich von Gagern das Format einer Führerfigur. Die Kaiserkrone habe der preußische König dann aus außenpolitischen Gründen nicht annehmen können. In der Folge sei schließlich auch die Nationalversammlung „entartet“, da sie daraufhin ebenfalls den Weg der Revolution habe beschreiten wollen³⁷.

Somit kann bilanziert werden, dass während des Kaiserreichs in den wenigen Stellungnahmen zu 1848 im völkischen Erinnerungsdiskurs ein distanzierteres Bild vorlag. Nur vereinzelt wurde anerkannt, dass immerhin ein deutsches Nationalbewusstsein aufgekommen sei.

3 Die Weimarer Republik

Nach der Revolution von 1918/19 blieb die ablehnende Haltung der traditionell völkischen Vertreter bestehen. In der „Deutschen Zeitung“ wurden anlässlich der 75-Jahr-Feier von 1923 die Vorwürfe, die Revolution zu feiern, gegenüber Sozialdemokraten, Liberalen und Demokraten wiederholt³⁸. Dafür wurde an die Rückkehr des Prinzen Wilhelm, des späteren Kaisers, 1848 aus England wohlwollend erinnert³⁹. Einen Anknüpfungspunkt bot auch der Krieg gegen Dänemark während der Revolution, da die Deutschen sich durch die als ungerecht empfundene Volksabstimmung gemäß dem Versailler Vertrag in einer Tradition der Abwehr betrachteten⁴⁰.

Auch Albrecht Wirth wiederholte in seiner 1922 erschienenen „Weltgeschichte der Deutschen“: Die „Volksversammlungen, Massenpetitionen, Straßendemonstrationen hatten“ zwar genügt, „die schwachen Regierungen zu beseitigen“

37 Claß, Heinrich. *Deutsche Geschichte von Einhart*. Leipzig: Dieterich, 1914⁵. 263–264. Die Behauptungen von Claß bleiben auch über die politischen Umbrüche hinweg in späteren Auflagen konstant, etwa 1923¹², 1941¹⁹.

38 „Revolutionsfeiern“. *Deutsche Zeitung*, 19. Mai 1923.

39 „Rückkehr des Prinzen Wilhelm aus England 1848“. *Deutsche Zeitung*, 19. März 1921.

40 „1848 – 1864 – 1920“. *Deutsche Zeitung*, 17. Mai 1923.

und die schwarz-rot-goldene Fahne, „die das Erwachen des deutschen Volkstums von Krain bis Tilsit bedeutete“, habe überall „geflattert“⁴¹. Doch sei das Verhängnisvolle an 1848, dass auch „feindliche Stürme“ geweckt wurden. Somit lautete die Bilanz von Wirth: „Man mußte das zusammengebrochene Gebäude mit ganz anderen Steinen und nach ganz anderen Grundsätzen neu errichten. Der Baumeister, der dazu berufen war, hieß Otto von Bismarck.“⁴²

Der völkische Journalist Ernst Graf zu Reventlow (1869–1943)⁴³, der ab 1937 im Beirat der Forschungsabteilung „Judenfrage“ in Walter Franks (1905–1945) „Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands“ arbeitete⁴⁴, ließ in seiner seit 1920 erscheinenden Zeitung „Der Reichswart“⁴⁵ erklären, dass die Gemeinsamkeit des 18. März 1848 und des 9. November 1918 darin bestünde, dass „Geheimbünde“ die Drahtzieher gewesen seien. Die „zum größten Teil beklagenswerten jungen Deutschen“ haben seit dem Hambacher Fest sich für die Revolution vereinnahmen lassen. Die Opfer der Märzunruhen in Berlin im Jahr 1848 seien nicht die „Opfer der Reaktion“, sondern die „Opfer des Judentums“⁴⁶. Damit war die völkische Erinnerung an die Revolution nun auch antisemitisch aufgeladen. Dieselbe Tendenz waren in dem 1930 erschienenen Buch „Weltgeschichte der Revolutionen und das Recht des Widerstandes“ von Heinrich Wolf (1858–1942) anzutreffen⁴⁷. Auch hier wurde zwar zunächst wertgeschätzt, dass die Revolution von Nationalbewusstsein getragen wurde, doch seien der „Frankfurter Juden- und der Potsdamer Preußengeist“ unvereinbar gewesen⁴⁸.

Von diesen traditionellen völkischen Geschichtsbildern hat sich in der Weimarer Republik dann überraschenderweise Adolf Hitler abgehoben und sich mehrheitlich befürwortend über die Revolution geäußert. In einer Rede auf einer NSDAP-Versammlung im Jahr 1926 in Eutin meinte er zwar zunächst ähnlich wie Wirth: „So machte man 1848 die ersten schüchternen Versuche, aus den 36 oder 40 verschiedenen Vaterländern ein einziges zu machen. Man wußte nicht, daß nur das Schicksal, der Kampf, ein Land einigen kann. Bis dann endlich der Riese

41 Wirth, Albrecht. *Weltgeschichte der Deutschen*. Berlin: Siegmund, 1922³. 312.

42 Wirth, 1922³. 316.

43 Kimmel, Elke. „Reventlow, Ernst Graf zu“. *Handbuch 2/2*. Hg. Benz, 2009. 684–685.

44 Heiber, Helmut. *Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1966.

45 Schrader, Stefanie. „Der Reichswart (1920–1944)“. *Handbuch 6*. Hg. Benz, 2013. 592–593.

46 „Vom 18. März zum 9. November. ‚Toll!‘“. *Der Reichswart*, 24. März 1923.

47 Wolf, Heinrich: *Weltgeschichte der Revolutionen und das Recht des Widerstandes*. Leipzig: Weicher, 1930. 288–290; ähnlich: Wolf, Heinrich. *Deutsche Geschichte*. 2000 Jahre römische Geschichte Deutscher Nation. Hannover: Meyer, 1936³. Zu Wolf: Köck, 2015. 149–183.

48 Wolf, 1930. 290.

kam, der mit gewaltiger Hand die Einigung vollzog.“⁴⁹ Hitler verwahrte sich jedoch gegen eine Gleichsetzung von 1848 mit 1918 und sprach den Repräsentanten der Weimarer Demokratie das Recht einer Traditionsbildung zur Paulskirche ab. Im „Illustrierten Beobachter“ schrieb er 1928 über die Unterschiede der Revolutionen: „Das ist der wirklich innere Grund, warum die Novembermänner, denen die deutsche Größe und gar die deutsche Kraft nicht nur vollkommen wurst, sondern sogar verhaßt ist, nun plötzlich für den Einheitsstaat schwärmen und die schwarz-rot-goldene Flagge anständiger Märzrevolutionäre in ihre schmutzigen Finger genommen haben. Die 48er Patrioten glaubten einst unter dieser Fahne die Zeit der elenden deutschen Ohnmacht beenden zu können, während sie den neudeutschen Revoluzzern als Symbol der Abrüstung der deutschen Ehre und der deutschen Kraft gilt.“⁵⁰ Im Jahr 1929 schrieb er im selben Blatt: „Dabei waren diese Menschen (zum einen Teil wenigstens!) noch redliche Patrioten, bereit, für ihr großdeutsches Ideal, wenn notwendig auf die Barrikaden zu steigen.“⁵¹ Damit waren für ihn die Revolutionäre vom März des Jahres 1848 im Gegensatz zur bisherigen völkischen Bewegung ein Vorbild, da sie im Kampf auf der Straße gegen als unfähig erachtete Systeme bereit waren, Gewalt einzusetzen. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass im Vergleich zu anderen historischen Ereignissen und Personen, auf die Hitler sich bezog, die Revolution von 1848 nur eine marginale Rolle einnahm.

Festzuhalten ist also für die Zeit der Weimarer Republik, dass die traditionellen Anhänger der völkischen Idee ihre Geschichtsbilder kaum veränderten. Mit dem Nationalsozialismus entwickelte sich aber eine Gruppierung, die neue Interpretationen aufnahm, um ihren Kampf um die Straßen zu legitimieren.

4 Das „Dritte Reich“

Nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler blieben zwei Aspekte der 1848er Revolution im nationalsozialistischen Geschichtsbild konstant. Sie wurde weiterhin wertgeschätzt, doch blieb sie keine signifikante Größe in der Propaganda. Auffällig ist, wenn auch nicht überraschend, dass nun hervorgehoben wurde, dass „die Juden“ daran schuld gewesen seien, wenn 1848 gescheitert war. Beispiele sind die

49 Hitler, Adolf. „Rede auf NSDAP-Versammlung in Eutin, 9. Mai 1926“. *Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. 1. Die Wiedergründung der NSDAP. Februar 1925–Juni 1926*. Hg. Institut für Zeitgeschichte. München u. a.: Saur, 1992. 423–427, hier 425.

50 „Politik der Woche“. *Illustrierter Beobachter*, 10. November 1928.

51 „Politik der Woche“. *Illustrierter Beobachter*, 26. Januar 1929.

1939 erschienene Schrift „Die jüdische Verfälschung des Sozialismus in der Revolution von 1848“⁵² von Kurt Heinrich Neumann oder die Dissertation „Die Juden in der ersten deutschen Nationalversammlung“ von Siegfried Erasmus (1911–?), Gauarchivar in Weimar⁵³. Insbesondere stand Eduard Simson (1810–1899) als Präsident der Nationalversammlung in der Kritik, da er mit „in der Front jenes durch die Taufe getarnten, ‚assimilierten‘ Judentums“ Einfluss in der Paulskirche und später im Kaiserreich gewinnen konnte⁵⁴. Vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der Deutschen Arbeitsfront wurde eine Broschüre „Die Juden im Jahrzehnt der deutschen Revolution 1848 und ihr Einfluß auf die Arbeiterbewegung“⁵⁵ herausgegeben. Hierin galt insbesondere der Einfluss von Karl Marx (1818–1883) auf die Ereignisse in Deutschland als folgenreich.

Neben diesen antisemitischen Argumenten wurde vereinzelt die außenpolitische Handlungsschwäche der Provisorischen Zentralgewalt bemängelt, da es an einer starken Armee gefehlt habe⁵⁶. Auffällig sind die Dissertationen über die Revolution, die während des „Dritten Reiches“ erschienen sind. Aus unterschiedlichen Regionen von Lippe-Detmold⁵⁷ bis Dortmund⁵⁸, über Nördlingen⁵⁹, Schweid-

52 Neumann, Kurt Heinrich. *Die jüdische Verfälschung des Sozialismus in der Revolution von 1848*. Berlin: Junker und Dünnhaupt, 1939.

53 Erasmus, Siegfried. *Die Juden in der ersten deutschen Nationalversammlung 1848–1849*. Jena: Fink 1941. Zum Entstehungskontext: Lerchenmueller, Joachim. *Die Geschichtswissenschaft in den Planungen des Sicherheitsdienstes der SS. Der SD-Historiker Hermann Löffler und seine Denkschrift „Entwicklung und Aufgaben der Geschichtswissenschaft in Deutschland“*. Bonn: Dietz, 2001. 104.

54 Knott, Josef. *Eduard Simson in der Revolution von 1848–49*. Dissertation München 1939; Frank, Walter. „Der Geheime Rat Paul Kayser“. *Historische Zeitschrift* 168 (1943): 302–335 u. 541–563, hier 562–563.

55 *Die Juden im Jahrzehnt der deutschen Revolution 1848 und ihr Einfluß auf die Arbeiterbewegung (ein Grundriß)*. Hg. Deutsche Arbeitsfront / Arbeitswissenschaftliches Institut. Berlin, 1942.

56 Meier, Eberhard. *Die außenpolitischen Ideen der Achtundvierziger*. Berlin: Ebering, 1938; Scharff, Alexander. *Die europäischen Großmächte und die deutsche Revolution. Deutsche Einheit und europäische Ordnung 1848–1851*. Leipzig: Koehler & Amelang, 1942.

57 Wortmann, Wilhelm. *Die Revolution von 1848/49 in dem Fürstentum Lippe-Detmold*. Würzburg: Triltsch 1937 (Dissertation Marburg 1932).

58 Mertes, Paul Hermann. *Dortmund im deutschen Einigungskampf von 1848–49. Ein Beitrag zur Geschichte des Ruhrgebiets*. Bochum-Langendreer: Heinrich Pöppinghaus o. H.-G., 1937.

59 Keßler, Hermann. *Politische Bewegungen in Nördlingen und dem bayerischen Ries während der deutschen Revolution 1848/49*. München: Beck, 1939.

nitz⁶⁰, Solingen⁶¹, Worms⁶² und Zwickau⁶³ wurden die Leistungen nationalbewusster Volksbewegungen hervorgehoben.

Nach dem „Anschluss“ Österreichs erklärte Hitler anlässlich einer Feier im Frankfurter Römer am 31. März 1938, dass nunmehr kann nunmehr die Arbeit der „Vorfahren“ als vollendet angesehen werden könne⁶⁴. Auch in der NS-Presse „Westfälische Landeszeitung – Rote Erde“ hieß es: „Das eigentliche Ziel von 1848, das Großdeutsche Volksreich, sei nun umgesetzt.“⁶⁵ Das Blatt erklärte als Lehren aus der Revolution für das nationalsozialistische Deutschland, man könne nur mit Österreich bestehen, müsse mit neuen Ideen und nicht mit alten Methoden einfach regieren, Beständigkeit der Bräuche sowie Sitten sichern und solle sich in Pflichterfüllung, Selbstaufopferung, Fleiß und Sparsamkeit bewähren⁶⁶. Konkreter als diese allgemeinen Formulierungen wurde die Propaganda nicht.

Eine der Personen, die sich noch dezidiert mit der Revolution beschäftigten, war Wilhelm Koppen (geb. 1896), ein Redakteur des „Völkischen Beobachters“, der 1921 in Frankfurt am Main zu dem Thema „Jakob Venedey. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Gedankens“⁶⁷ promoviert wurde. Nach mehreren Tätigkeiten bei Tageszeitungen während der Weimarer Republik wurde er 1934 Mitglied der Sturmabteilung (SA) und trat 1938 in die Redaktion des „Völkischen Beobachters“ ein⁶⁸. Koppen hat 1939 in der Reihe „In Deutschlands Namen“ eine Schrift mit dem Titel „1848, das Jahr der Warnung und großdeutschen Mahnung“

60 Radler, Leonhard. *Die Stadt Schweidnitz und die Revolution von 1848*. Schweidnitz: Bergland-Druckerei, 1933 (Dissertation Hamburg).

61 Kuhn, Sigfrid. *Der Aufstand der Kleineisenindustriearbeiter im Stadt- und Landkreis. Solingen, am 16. und 17. März 1848, seine Ursachen und seine Ergebnisse*. Solingen: Buchdruckerei B. Boll (Verlag des Solinger Tagblattes) 1938 (Dissertation München).

62 Uhrig, Dorothee. *Worms und die Revolution von 1848/49*. Worms: Buchdruckerei Eugen Kranzbühler Gebrüder Cnyrim, 1934 (Dissertation Frankfurt).

63 Michel, Martin. *Revolution und Reaktion von 1848 bis 1850 in Zwickau und Umgegend*. Friedrich Prehl, Zwickau, 1937 (Dissertationen Leipzig).

64 Hitler. *Reden und Proklamationen 1932–1945: 1. Triumph (1932–1938)*. Hg. Max Domarus. Leonberg: Pamminer & Partner Verlagsgesellschaft mbH, 1988⁴. 841. Siehe hierzu auch den anderen Beitrag von Tobias Hirschmüller in diesem Band.

65 „Das großdeutsche Volksreich. Gedanken zur Frankfurter Führerkundgebung“. *Westfälische Landeszeitung – Rote Erde*, 1. April 1938; auch: Ziegler, Wilhelm. „Die Lösung der deutschen Frage“. *Völkischer Beobachter. Wiener Ausgabe*, 18. März 1938.

66 „Zehn Gebote aus dem Jahre 1848“. *Westfälische Landeszeitung – Rote Erde*, 31. März 1938.

67 Koppen, Wilhelm. *Jakob Venedey. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Gedankens in Deutschland*. Dissertation Frankfurt am Main, 1921.

68 Felsenreich, Romeo. *Die Journalisten des Völkischen Beobachters – Woher kamen sie? Wohin gingen sie?*. Magisterarbeit Wien, 2012. 71–72.

verfasst. Im Jahr 1942 erscheint sogar eine Feldpostausgabe⁶⁹. Während in seiner Doktorarbeit völkischen Elemente noch nicht greifbar waren, ist die Schrift von 1942 von nationalsozialistischer Ideologie geradezu durchdrungen. Koppen beklagte: „Die achtundvierziger Revolution hat in den folgenden beiden Menschenaltern meist eine ungerechte Beurteilung erfahren.“⁷⁰ Über die Gegenwart konnte er jedoch bilanzieren: „Wir sehen heute diese Zusammenhänge klarer und gerechter als die Zeitgenossen, denen sich noch kein weiterer Durchblick in die Vergangenheit öffnete und denen Parteigeist den Blick verdunkelte.“⁷¹ Auch für Koppen waren die Juden⁷², aber auch der Zwiespalt der Parlamentarier daran schuld, dass die Revolution scheiterte⁷³. Selbst dem Plan des Fürsten Felix von Schwarzenberg (1800–1852) konnte er etwas abgewinnen: „Diese große Vision eines Siebzigmillionen-Reiches ließ die Männer der Paulskirche nicht ungerührt. Sie haben alles versucht, einen Weg zu finden, der dies Zusammenleben eines volksdeutschen Reiches mit dem österreichischen Raum ermöglicht hätte.“⁷⁴ Aber die Kraft von 1848 sei dennoch nicht verloren gegangen, sondern von Bismarck aufgenommen worden⁷⁵. Nicht „jedem Revoluzzer gedenken wir“, aber „den ehrlichen Kämpfern“, denn für die Nationalsozialisten soll die Revolution von 1848 als „ein Stück deutschen Schicksals“ Antrieb sein, „Volksleben und Staatsapparat in Einklang zu bringen“⁷⁶.

Ein heterogenes Bild lag jedoch in den im Nationalsozialismus produzierten Schulbücher vor. Nachdem zunächst die Bücher aus der Weimarer Republik mit Ergänzungen weiterverwendet wurden, erschienen genuin nationalsozialistisch geprägte Schulgeschichtsbücher gemäß den Vorstellungen des Regimes erst nach längeren Diskussionen ab 1939, wobei auch hier nicht von einem strukturierten Vorgehen gesprochen werden kann⁷⁷. Bezüglich der Revolution von 1848/1849 waren die Lehrerhandbücher und der Lehrplan des Reichsministeriums nur kurso-

69 Koppen, Wilhelm. *1848 – das Jahr der Warnung und großdeutschen Mahnung*. Leipzig: Lühe-Verl, 1939.

70 Koppen, Wilhelm. *1848 – das Jahr der Warnung und großdeutschen Mahnung. Feldpostausgabe*. Leipzig: Lühe-Verl, 1942.

71 Koppen, 1939. 49.

72 Koppen, 1939. 42.

73 Koppen, 1939. 32.

74 Koppen, 1939. 37.

75 Koppen, 1939. 48.

76 Koppen, 1939. 49.

77 Selmeier, Franz. *Das nationalsozialistische Geschichtsbild und der Geschichtsunterricht 1933–1945*. Dissertation München, 1969. 107–169.

risch gehalten⁷⁸. Dementsprechend entschieden die Autoren und Herausgeber oft ein Stück weit nach eigenem Ermessen⁷⁹. Der promovierte Lehrer Bernhard Kumsteller (1890–?), der schon in der Weimarer Republik Schulbücher herausgegeben hatte, passte seine Bände der Ideologie an⁸⁰. Er schrieb in seinem „Geschichtsbuch für die deutsche Jugend“, in der Paulskirche seien „die besten Köpfe und die reinsten Herzen des damaligen Deutschlands vertreten“ gewesen⁸¹. Doch seien von diesen Männern über Jahre die „politischen Fragen erörtert und durchdacht, aber nicht praktisch politisch gearbeitet“ worden. Zudem habe es zu viel Einfluss der Juden in der Paulskirche gegeben, die letztlich machtlos blieb⁸². Als Bilanz hielt er aber wertschätzend fest:

Dennoch: vergebens war der Kampf von 1848 nicht. Er hat das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit in Millionen von Deutschen zu vollem Leben erweckt, er hat die Forderung nach dem Reich in voller Klarheit vor die Nation hingestellt.⁸³

Kritischer sah dies Moritz Edelmann (1891–1973), zunächst Oberstudiendirektor und Schulleiter an der Staatlichen Augusta-Schule in Berlin. Das SS-Mitglied überführte den Verband der Geschichtslehrer Deutschlands in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB)⁸⁴. In seiner Publikation „Volkwerden der Deutschen“ bemängelte er die Uneinigkeit des Bürgertums und das Fehlen eines „Führers“. Daher lautete sein Fazit:

78 Weiß, Joachim. *Revolutionäre und demokratische Bewegungen in Deutschland zwischen 1789 und 1849. Eine Untersuchung zu Geschichtsdarstellung und Geschichtsbild in deutschen Schulgeschichtsbüchern der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Zeit*. Hildesheim: Lax, 1991. 325–348.

79 Einen Überblick zu den Autoren und Herausgebern von NS-Schulgeschichtsbüchern: Hirschmüller, Tobias. „Feind wider Willen? Österreich als Kriegsgegner der preußischen ‚Heroen‘ in nationalsozialistischen Schulgeschichtsschulbüchern“. *Die Kriege des langen 19. Jahrhunderts in Geschichtsschulbüchern*. Hg. Andrea Brait und Tobias Hirschmüller. Innsbruck: innsbruck university press, 2022. 87–119, hier 98–106.

80 Jacobmeyer, Wolfgang. *Das deutsche Schulgeschichtsbuch 1700–1945. Die erste Epoche seiner Gattungsgeschichte im Spiegel der Vorworte, Bd. 3: Dokumentation der Vorworte und Lehrbücher 1871–1945*. Berlin: LIT Verlag 2011. 1432.

81 Kumsteller, Bernhard, Ulrich Haacke und Benno Schneider. *Geschichtsbuch für die deutsche Jugend. Klasse 7*. Leipzig: Quelle & Meyer, 1943². 330–331.

82 Kumsteller, Haacke und Schneider, 1943². 331.

83 Kumsteller, Haacke und Schneider, 1943². 339.

84 Arand, Tobias. „Der ‚Gleichschalter‘ des Geschichtsunterrichts. Moritz Edelmann und die Schulbuchreihe ‚Volkwerden der Deutschen‘“. Hg. *Geschichtsdidaktische Schulbuchforschung*. Hg. Saskia Handro und Bernd Schönemann. Berlin u. a.: LIT Verlag, 2011². 235–247.

Mit guten Gedanken, schönen Reden und Mehrheitsbeschlüssen haben sie eben doch nichts erreicht. Auch hat der Bau des Reiches in vielen Stücken nicht für Deutschland gepaßt, weil sie ihn dem fremden Muster aus dem Westen abgesehen haben und ihm nachbilden wollten.⁸⁵

Wieder eine andere Perspektive lieferte Dietrich Klagges (1891–1971), ein Volksschullehrer und ursprünglich Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Er verließ die Partei 1924 und wechselte zunächst zur radikaleren Deutschvölkischen Freiheitspartei (DVFP) und schließlich zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Klagges verlor seine Lehramtsstellung wegen seiner Parteizugehörigkeit, wurde aber dafür 1931 vom Braunschweigischen Landesminister Anton Franzen (1896–1968), ebenfalls NSDAP, zum Regierungsrat im Volksbildungsministerium ernannt. Im gleichen Jahr erfolgte die Wahl zum Staatsminister für Inneres und Volksbildung durch den Braunschweigischen Landtag⁸⁶. Klagges war verantwortlich für die Schulbruchreihe „Volk und Führer“, in der unter anderem schon die Zusammensetzung der Paulskirche auf Missfallen stieß:

Der Herkunft nach gehörte die Mehrzahl der Abgeordneten den führenden Geistesschichten oder doch den Kreisen eines akademisch gebildeten Beamtentums an, während die Wirtschaftskrise sehr schwach, die Arbeit überhaupt nicht vertreten waren.⁸⁷

Außerdem wurde es als „unbegrenzter Idealismus“ verworfen, die Verabschiedung der Grundrechte höher als den Aufbau einer militärischen Macht zu gewichten:

Statt mit der staatlichen Macht begann man mit ihrer Verneinung, mit den Freiheiten des einzelnen – der Freiheit des Glaubens, der Wissenschaft, der Presse und der Versammlung, der Sicherheit von Leib und Gut, der Gleichheit des Rechts.⁸⁸

85 *Volkwerden der Deutschen. Geschichtsbuch für höhere Schulen. Klasse 4: Deutsche Geschichte von 1648–1871 bis zur Gegenwart.* Hg. Moritz Edelmann und Leo Otto Gruenberg. Leipzig u. a.: B. G. Teubner, 1942⁴. 189.

86 Schwarz, Christopher. „Objektiv ist, wer deutsch ist“– Dietrich Klagges ‚Geschichte als nationalpolitische Erziehung‘. *Geschichtsdidaktik(er) im Griff des Nationalsozialismus?* Hg. Wolfgang Hasberg. Münster: LIT Verlag, 2005. 145–164.

87 *Volk und Führer. Deutsche Geschichte für Schulen. Klasse 4: Preußen gestaltet das Reich.* Hg. Dietrich Klagges. Frankfurt am Main: Moritz Diesterweg, 1944⁵. 282.

88 Klagges, 1944⁵. 282.

Trotzdem wurde, ähnlich wie bei Kumsteller, anerkannt, dass langfristig doch „etwas gewonnen“ worden sei, da nach Klagges Auffassung in Preußen nun fähige Männer auf die Reichsgründung hinarbeiteten⁸⁹.

Die größte Ablehnung erhielt die Revolution von 1848 bei Paul Schmitthenner (1884–1963). Dieser war wie Klagges zunächst in die DNVP und für seine Partei 1925 bis 1933 Mitglied des Badischen Landtags. Ab 1933 in der NSDAP und 1934 Mitglied der SS (1944 im Rang eines SS-Brigadeführers), stieg er bis 1938 zum Rektor der Universität Heidelberg auf. Durch Erlass Hitlers erhielt er die Funktion des badischen Ministers des Kultus und des Unterrichts und wurde zudem Beauftragter für kulturelle Fragen im annektierten Elsass⁹⁰. Die Nationalversammlung in der Paulskirche war auch für Schmitthenner unter dem Einfluss des Judentums gestanden. Ein „Wirklichkeitssinn“ und damit der „Sinn für die Macht“ wie grundsätzlich ein „Führer“ seien nicht vorhanden gewesen, wie in „Führer und Völker“ behauptet wurde. Dort hieß es weiter: „Das deutsche Volk wollte Taten sehen, aber in Frankfurt redete man lieber.“ Außerdem wurde „das stürmische Eintreten für die Unabhängigkeit der preußischen Polen“ als fatal für Deutschland gewertet⁹¹.

Eine zentrale Bedeutung konnte die Revolution im NS-Geschichtsbild nicht erlangen letztlich wurde trotz der totalitären Ideologie kein einheitliches Bild zu 1848 etabliert. Zumal sie insbesondere in den letzten Kriegsjahren als ein gescheiterter Versuch nicht in dem Umfang zu Durchhalteparolen geeignet war wie etwa die Standhaftigkeit Friedrich des Großen im Siebenjährigen Krieg.

5 Fazit

Im völkischen Milieu des Kaiserreichs wurde die Revolution von 1848 meist als zielloser und gescheiterter Versuch abgelehnt, wenn auch ehrenvolle Absichten anerkannt wurden. Diese Sicht wurde durch den Umbruch von 1918/1919 bestätigt,

⁸⁹ Klagges, 1944⁵. 286.

⁹⁰ Lennartz, Ulrike. „Ein badischer ‚Preuße‘: Paul Schmitthenner, Badischer Staatsminister“. *Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg*. Hg. Michael Kißener und Joachim Scholtyseck. Konstanz: Universitäts-Verlag Konstanz, 1997. 623–653; Fichtenau, Viktor. „Prof. Dr. Paul Schmitthenner: Universität als Stätte wehrpolitischer Erziehung“. *Täter Helfer Trittbrettfahrer, Bd. 7: NS-Belastete aus Nordbaden + Nordschwarzwald*. Hg. Wolfgang Proske. Gerstetten: Kugelberg Verlag, 2017. 257–271.

⁹¹ *Führer und Völker. Geschichtsbuch für höhere Schulen. Klasse 7: Von der deutschen Ostsidlung bis zu den Anfängen Bismarcks*. Hg. Paul Schmitthenner und Friedrich Fliedner. Bielefeld u. a.: Velhagen und Klasing, 1941². 250–252.

aber die Ablehnung der Revolution stärker als zuvor antisemitisch aufgeladen. Hiervon unterschied sich die aufsteigende nationalsozialistische Bewegung, die sich als Volksbewegung gegen ein korruptes System inszenieren wollte und sich in diesem Punkt in die Tradition von 1848 stellte. Doch darf nicht vergessen werden, dass diese Tradition trotz aller scheinbaren Wertschätzung eine marginale Rolle im NS-Geschichtsbild besaß.

Nachwirkungen völkischer Konstrukte lassen sich vereinzelt auch in Erinnerungsfeierlichkeiten nach dem Zweiten Weltkrieg zeigen, so im Katalog der Stadt Ettlingen anlässlich des 100. Jahrestages der Revolution. Hierin heißt es:

Baden hatte, wie die benachbarte Schweiz, das Glück gehabt, aus verschiedenen Volksstämmen (Alemannen, Schwaben, Rhein- und Main-franken) eine föderative Einheit zustande zu bringen, die sowohl dem damaligen Deutschen Bund wie überhaupt Europa fehlte, das vom reaktionären Metternich-System nur durch dynastische Interessen zusammengehalten wurde. Dank seiner langen Zugehörigkeit zur keltisch-römisch-germanischen Besiedelung der Oberrheinlande erwies sich Ettlingen neben Mannheim, Heidelberg, Offenburg, Freiburg und Konstanz als treibende Kraft der Revolution.⁹²

Somit wurde eine Offenheit für revolutionäre Ideen mit der Volkszusammensetzung begründet. Solche völkischen Geschichtsbilder unter demokratischen Perspektiven blieben jedoch die Ausnahme. In der Hauptsache beschränkten und beschränken sich Fortführungen der völkischen 1848-Deutungen auf extreme Ränder der Gesellschaft.

⁹² *Ettlingen und die europäische Revolution 1848–49*. Hg. Heimatmuseum Ettlingen. Ettlingen: A. Graf, 1948. O. S.

Christine Absmeier

Unpolitisch Volkstum erhalten?

Völkisches Gedankengut im „Handbuch des Deutschtums im Auslande“

1 Der Schulverein/VDA, unpolitisch oder völkisch?

Seinen völkischen Aufbruch hatte der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) nicht erst nach dem Großen Krieg, auch wenn er zu diesem Zeitpunkt zu einer gesellschaftlich anerkannten Massenorganisation wurde. Schon kurz nach 1900 vermischten sich in den Publikationen des noch unter dem Namen „Allgemeiner Deutscher Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande“ (ADSV) agierenden Vereins ältere, auf die deutsche Sprache und Kultur bezogene Volkstumskonzepte mit „zukunftsfähigen“ nationalistischen, kolonialistischen und chauvinistischen Elementen.

Die bis heute einzige Monografie über den VDA bis zum Ende des Ersten Weltkriegs bzw. dessen Vorgänger, den 1881 gegründeten ADSV, veröffentlichte Gerhard Weidenfeller 1976¹, ergänzt durch einen zusammenfassenden Aufsatz von 1981². Von Jürgen Kloosterhuis überprüft und in den wesentlichen Aussagen bestätigt³, blieb Weidenfellers Arbeit bis heute das Standardwerk für die Vereinsgeschichte im betreffenden Zeitraum. Der Verein wurde darin als zahlenmäßig unbedeutender Zusammenschluss überwiegend von Professoren und Lehrern aus dem Gebiet des Deutschen Reiches beschrieben, die auf dem Weg der Unterstützung von außerhalb des Reichsgebiets gelegenen Schulen die deutsche Sprache und Kultur im Ausland fördern wollten. Dabei stellte Weidenfeller den Verein als Vertreter eines deutschen Nationalismus⁴ im Sinne Theodor Schieders⁵ dar. Auffällig ist, dass Weidenfeller und in seiner Folge Kloosterhuis den Verein und seine

1 Weidenfeller, Gerhard. VDA, Verein für das Deutschtum im Ausland. Allgemeiner Deutscher Schulverein (1881–1918): Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Nationalismus und Imperialismus im Kaiserreich. Bern: Peter Lang, 1976.

2 Weidenfeller, Gerhard. Der VDA zwischen „Volkstumskampf“ und Kulturimperialismus. *Zeitschrift für KulturAustausch* 31 (1981): 17–26.

3 Kloosterhuis, Jürgen. Friedliche Imperialisten: Deutsche Auslandsvereine und auswärtige Kulturpolitik, 1906–1918. Frankfurt am Main: Peter Lang, 1994.

4 Weidenfeller, 1976. 372–378.

5 Zuletzt zur Diskussion um die Person Theodor Schieders Haar, Ingo. Theodor Schieder, in: Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Alexander Pinwinkler (Hg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaft*

Vertreter auch angesichts anderslautender Beispiele als grundsätzlich unpolitisch einordneten: „Man wollte ‚unpolitisch‘ Volkstum erhalten.“⁶ Weidenfeller reduzierte den Verein auf ein bloß idealistisches Interesse an Sprache, Kultur und Brauchtum⁷, gegenläufige Tendenzen relativierte er. So beurteilte Weidenfeller etwa das Verhältnis des deutschen Schulvereins trotz seiner engen Verbindungen zum österreichischen Mutterverein, dem Wiener „Deutschen Schulverein“, als bewusst distanziert, da dieser sich vermeintlich zu stark in politischen Fragen engagierte.⁸ Gleichzeitig referierte er etwa über die anhaltende „Einmischung in den Kampf der Siebenbürger-Sachsen gegen die madjarischen Assimilationsbestrebungen“ und den sich in steigenden Mitgliederzahlen ausdrückenden Zuspruch für solche Maßnahmen⁹. Die Opposition, in die der Verein durch seine Einflussnahme auf innere Fragen des Nachbarstaates zur saturierten, die Zweibundpolitik verfolgenden Reichsregierung geriet und die ihn die staatliche Anerkennung kostete, entschuldigte Weidenfeller durch die angebliche Verwechslung des Schulvereins mit verwandten Schutzvereinen.¹⁰ Gerade die unbestrittene Nähe des Schulvereins zum Alldeutschen Verband, zum Flottenverband oder auch zu Wirtschaftsverbänden spielte Weidenfeller herunter¹¹ und rechtfertigte sie mit der Notwendigkeit zur Werbung neuer Mitglieder. Völkische, antisemitische oder rassistische Tendenzen innerhalb des Vereins schloss Weidenfeller grundsätzlich aus, qualifizierte sie als Einzelmeinungen.¹²

Ganz im Gegensatz zur verharmlosenden Darstellung Weidenfellers und auch Kloosterhuis' werteten Rainer Münz und Rainer Ohliger den VDA in ihrem Beitrag über die Auslandsdeutschen als deutschen Erinnerungsort¹³ als Träger explizit völkischer Ideen. Dabei setzten sie den VDA mit dem Alldeutschen Verband gleich und bescheinigten auch dem VDA die Politisierung der „völkisch definierten, wenn nicht sogar determinierten Abstammungsnation“¹⁴. Obwohl auch Münz/Ohliger die Reichweite des VDA eher gering einschätzten, bleibt festzuhalten, dass sie ihn keinesfalls als unpolitischen Kulturverein einordneten, sondern ihm einen

ten: Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme, 2. Aufl., Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2017, 714–725.

6 Weidenfeller, 1981. 20.

7 Weidenfeller, 1976. 390.

8 Weidenfeller, 1976. 377, 388.

9 Weidenfeller, 1976. 376.

10 Weidenfeller, 1976. 288–293.

11 Weidenfeller, 1976. 247–316.

12 Weidenfeller, 1976. 385–386.

13 Münz, Rainer/Ohliger, Rainer. Auslandsdeutsche, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, 4. Aufl., München: C. H. Beck. 370–388.

14 Münz/Ohliger, 2002. 373.

wichtigen Anteil bei der Verbreitung und Aufladung eines radikal-völkischen Volksbegriffs zusprachen, gerade schon während der Zeit vor dem Großen Krieg.¹⁵

In den letzten Jahren relativierten sich die Urteile über den Schulverein/VDA. Er galt als einer der deutschnationalen Vereine im Umkreis der alldeutschen und der Kolonialbewegung, der durch sein Ziel, das Deutschtum im Ausland zu fördern, auch in Verbindung mit der völkischen Bewegung gebracht wurde.¹⁶ Im „Handbuch der völkischen Wissenschaften“ erhielt er kein eigenes Lemma, obwohl der Beitrag von Julia Landau zur Vereinszeitschrift wertvolle Hinweise zum „scheinbar unpolitische[n]“ Auftreten des Blattes und den „weltpolitischen Ansprüche[n] und Geltungsbedürfnisse[n] der Leserschaft“¹⁷ gab. Anregend war auch die Frage Cornelia Eislers nach Alternativen zur streng völkisch-nationalistischen Ausrichtung unter jenen Wissenschaftlern und Publizisten der Zwischenkriegszeit, die sich mit dem Auslandsdeutschtum beschäftigten.¹⁸

Ausschlaggebend für die Einordnung des Vereins durch Zeitgenossen wie auch spätere Bearbeiter scheint der Anteil völkischen Denkens zu sein, den Vereinsfunktionäre und Autoren der Vereinspublikationen in ihren Äußerungen zu den zeitgenössischen Diskursen erkennen ließen. Erschwerend für die Einordnung wirkt sich aus, dass es trotz reicher Literatur und wertvollen einschlägigen Forschungen keine verbindliche Definition für völkisches Denken gibt.¹⁹ Zwar dis-

15 Münz/Ohliger, 2002. 372–373.

16 Blackbourn, David. Germans Abroad and Auslandsdeutsche: Places, Networks and Experiences from the Sixteenth to the Twentieth Century. *Geschichte und Gesellschaft* 41 (2015): 321–346; Eisler, Cornelia. Auslandsdeutschtum, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015. Zugriff am 19. Juli 2022. <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/auslandsdeutschtum>.

17 Landau, Julia, Der Auslandsdeutsche/Deutschtum im Ausland, in: Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Alexander Pinwinkler (Hg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften: Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme*, 2. Aufl., Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2017. 2061–2064, hier 2061.

18 Eisler, Cornelia. Minderheiten als volkskundliches Kompetenzfeld? Das Konzept des „Grenz- und Auslandsdeutschtums“ in der Weimarer Republik, in: Cornelia Eisler/Silke Göttisch-Elten (Hg.): *Minderheiten im Europa der Zwischenkriegszeit: Wissenschaftliche Konzeptionen, mediale Vermittlung, politische Funktion*, Münster: Waxmann, 2017. 43–65.

19 Breuer, Stefan. Die Völkischen in Deutschland: Kaiserreich und Weimarer Republik. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2008; Puschner, Uwe. Völkisch: Plädoyer für einen „engen“ Begriff, in: Paul Ciupke/Klaus Heuer/Franz-Josef Jelich/Justus H. Ulbricht (Hg.): *Die Erziehung zum deutschen Menschen: Völkische und nationalkonservative Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik*, Essen: Klartext, 2007, 53–66; Fahlbusch, Michael/Haar, Ingo/Alexander Pinwinkler (Hg.): *Handbuch der völkischen Wissenschaften: Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme*, 2. Aufl. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2017.

kutierten Puschner und Breuer Ideologeme wie Sprache, Religion, Volk und Rasse als Merkmale völkischen Denkens, doch zeige sich für die Zeit des Kaiserreichs kein einheitliches Bild. Keinesfalls dürfe man der Gefahr erliegen, völkische Konzepte der NS-Zeit auf die Zeit um 1900 zurückzuprojizieren, wie Trommler mit Blick auf neuere Forschungen mahnte, ohne jedoch konkrete Beispiele zu nennen.²⁰ Auch Breuer warnte vor der Konstruktion einer langen Tradition völkischen Denkens, was letztlich die Absicht der NS-Wissenschaftler fortführe.²¹

Für den Umgang mit einem so unterschiedlich beurteilten Verein wie dem ADSV/VDA bietet sich die von Breuer eingeführte Differenzialdiagnostik an. Die Nähe des Vereins zu verwandten, eindeutiger völkisch konnotierten Verbänden schon zur Untersuchungszeit sowie die vielfältigen Verwechslungen durch Zeitgenossen sprechen für starke „Interpenetrationen“²², also die gezielte wechselseitige Einflussnahme rechtsnationaler Gruppen untereinander.²³ Die Völkischen waren kein monolithischer Block mit in sich geschlossener Ideologie. Ihre Ideen zirkulierten innerhalb des nationalen Spektrums und wurden von Vereinen und einzelnen Akteuren unterschiedlich stark rezipiert und verinnerlicht.

Im Folgenden soll entlang der Ideologeme Religion, Deutschtum, Nationalismus und Kolonisation nach dem Anteil völkischen Denkens in einer zentralen Publikation des ADSV/VDA gefragt werden. Diese Fragestellung trägt nicht nur zum besseren Verständnis des Kurswechsels innerhalb des Vereins fort von seiner Oppositionsrolle und hin zur staatlichen und breiteren gesellschaftlichen Anerkennung bei. Auch ein wesentlicher Unterschied innerhalb des völkisch-nationalen Lagers, der zwischen den eher großbürgerlichen Alldeutschen und den stärker völkisch geprägten „kleinbürgerlichen Proletaroiden“, den Breuer herausgearbeitet hatte²⁴, kann am Beispiel des ADSV/VDA bestätigt werden.

Als Quelle dient das „Handbuch des Deutschtums im Auslande“²⁵, das während einer Phase der inhaltlichen Neuausrichtung des Vereins entstand. Als Herausgeber firmierte der Schulverein, ein Team von Autoren und Herausgebern sorgte für unterschiedliche inhaltliche Akzente. Die erste Auflage war 1904 nach nur wenigen Wochen vergriffen, eine Neuauflage erschien zwei Jahre später.²⁶ So-

20 Trommler, Frank. *Kulturmacht ohne Kompass: Deutsche auswärtige Kulturbeziehungen im 20. Jahrhundert*. Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 2014.

21 Breuer, 2008. 8–9.

22 Breuer, 2008. 106.

23 Puschner, 2007. 57.

24 Breuer, 2008. 127–32.

25 Allgemeiner Deutscher Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande (Hg.): *Handbuch des Deutschtums im Auslande*: Einleitung von Professor Dr. Fr. Paulsen. Unter Mitarbeit von Hubert Fritz Richard Henoch und Friedrich Paulsen, 1. Aufl. Berlin: Dietrich Reimer, 1904.

26 Weidenfeller, 1976. 295–298.

mit kann das Handbuch als repräsentativ sowohl für im Verein als auch in einer breiteren Öffentlichkeit vertretene Haltungen gelten. In der Literatur rezipiert wurde vor allem die Einleitung Friedrich Paulsens, die eine bestimmte Facette innerhalb des Vereins besonders hervorhebt, den Kulturidealismus. Paulsen betonte den Auftrag deutscher Schulen im Ausland als Dienst an der klassischen Menschheitsbildung ohne nationalen Anspruch. Sowohl Weidenfeller als auch Trommler stellten in Frage, ob der prominente Bildungshistoriker Paulsen damit für die Vereinsmitglieder in ihrer Gesamtheit sprach.²⁷ Mit Sicherheit vertrat er eine vitale Strömung, doch der Blick in die im Handbuch gebotene, nur vordergründig sachliche Zusammenstellung von historischem und statistischem Material zu deutschen Siedlern im Ausland zeigt, dass daneben auch andere Stimmen existierten, die massiv nationalistisch und völkisch geprägt waren.

2 Glaube und Religion

Die im Handbuch präsentierte Haltung gegenüber Religionsfragen zu untersuchen, bietet sich an, auch wenn Religion und Religiosität als Charakteristikum für völkisches Gedankengut von Breuer und Puschner unterschiedlich beurteilt wurden. Während Breuer „Religion und Weltanschauung“²⁸ nicht für ein Merkmal hielt, durch das man die Völkischen zweifelsfrei identifizieren könne, bezeichnete Puschner diese als „die entscheidenden Antriebskräfte für das völkische Denken und Handeln und für den völkischen Radikalismus.“²⁹ Gerade Religiosität und Esoterik wertete er als unabdingbar für die völkische Gedankenwelt, da sich mit dem Bewusstsein über das Auserwähltsein durch Gott der besondere Anspruch der Deutschen gegenüber anderen Nationen oder Völkern begründen lasse.³⁰

Das Handbuch selbst drückte Skepsis, wenn nicht sogar Ablehnung gegenüber Glaube und Religion aus. Keinesfalls schienen sie zentrale Werte zu sein. Bei der Darstellung der böhmischen und mährischen Geschichte überwog eine kritische Bewertung der Hussitenkriege und des Dreißigjährigen Krieges, weil sie den deutschen Interessen geschadet haben. „Die religiösen und nationalen Kämpfe des 15. Jahrhunderts verschaffen dann wieder den Slaven das Uebergewicht, das sie bis gegen 1620 behalten. Am Ende des 17. Jahrhunderts hat das Deutschtum seine Ver-

²⁷ Weidenfeller, 1976. 298; Trommler, 2014. 134–135.

²⁸ Breuer, 2008. 10–11.

²⁹ Puschner, 2007. 66.

³⁰ Puschner, 2007. 65–66.

luste aus den Hussiten-Kriegen wieder eingebracht.³¹ Stärker noch als religiöse oder gesellschaftliche Auseinandersetzungen deutete der Autor die Glaubenskriege als „nationale Kämpfe“, als Ringen zwischen Deutschen und Tschechen. Diese Meinung wurde zwar auch von der zeitgenössischen Historiografie vertreten, speiste sich aber ebenso wie im Handbuch aus einem stark nationalistischen Impetus.³² Obwohl es sich um zwei verwandte Reformationsbewegungen handelte, galt die hussitische Bewegung als ausschließlich tschechisch und schädlich für alles Deutsche, während die lutherische Reformation als urdeutsch und somit positiv bewertet wurde. Nach Frömmigkeit und individuellem Glauben fragten diese Interpretationen nicht. Auch die katholische Volksfrömmigkeit im Böhmerwald wurde als eher folkloristisch beschrieben.³³ Das Handbuch präsentierte eine säkularisierte und nationalistische Haltung. Religiöse Motive traten in den Hintergrund, an die Stelle der Religionskriege rückte der Kampf für nationale Interessen.

Dass das Luthertum am ehesten das Zeug zu einer nationalen Religion hatte, wird an der Beschreibung der Deutschen im Baltikum deutlich: „Die Deutschen in den Ostseeprovinzen waren dann immer die treuesten und zuverlässigsten Untertanen des Zaren. Selbst als ihnen, gewissermaßen ein Vorspiel der späteren Russifizierung, unter Nikolaus I. die orthodoxe Religion aufgenötigt werden sollte, harrten sie fest und in Treue beim Deutschtum und Luthertum aus.“³⁴ Nicht ihrem Glauben seien diese Menschen treu geblieben, sondern dem Deutschtum. Glaubenstreue wurde umgedeutet in nationale Treue.

Noch deutlicher trat die Neuinterpretation religiös motivierter Haltungen bei der Darstellung der Auswanderer ins Russische Reich hervor. Hierbei handelte es sich um Auswanderungsbewegungen mit einem hohen Anteil an religiöser Motivation, der wenn überhaupt, eher beiläufig erwähnt wurde. „Alle [Siedlungen rund um Tiflis] entstanden durch die Auswanderung protestantischer Separatisten, denen in Württemberg Schwierigkeiten bereitet wurden.“³⁵ Bei den genannten Schwierigkeiten handelte es sich um theologische Differenzen einer Gruppe von Menschen mit der württembergischen Amtskirche, die durch die staatlichen

31 Henoch, Hubert Fritz Richard. Handbuch des Deutschtums im Auslande, in: Allgemeiner Deutscher Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande (Hg.): Handbuch des Deutschtums im Auslande: Einleitung von Professor Dr. Fr. Paulsen, 1. Aufl., Berlin: Dietrich Reimer, 1904, 11–160, hier 34.

32 Bahlcke, Joachim. Erinnerungskonkurrenz: Geschichtsschreibung in den böhmischen Ländern vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt a. M., Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Warszawa, Wien: Peter Lang, 2016.

33 Henoch, 1904. 24.

34 Henoch, 1904. 73.

35 Henoch, 1904. 98.

Behörden sanktioniert wurden und die ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige Grund für deren Auswanderung waren.³⁶ Der utopische Aspekt dieser Auswanderung, der Ziel und Zweck dominierte sowie der feste Wille, schon bei der Abreise eine spirituell-pietistische Gemeinschaft zu bilden und nicht erst am Zielort jene Vorstellungen in die Praxis umzusetzen, die ihnen die württembergische Landeskirche verwehrte, blieben völlig unerwähnt. Der dezidiert pietistische Charakter dieser Gemeinden musste auch knapp 100 Jahre nach Beginn der Ansiedlung deutlich spürbar gewesen sein, doch verlor der Autor des Handbuchs kein Wort darüber. Stattdessen gab er diesen Gemeinden eine vermeintlich bessere Prognose: „Aller Voraussicht nach werden die deutschen Dörfer noch auf Jahrzehnte hinaus ihr Volkstum bewahren.“³⁷ Die württembergischen Separatisten wurden zu Deutschen umgeschrieben, ihre religiös motivierten Werte und Normen in Volkstum umgedeutet, die ursprünglich utopisch-religiös motivierte Auswanderung säkularisiert.

Auch bei der Beschreibung der Mennoniten-Gemeinden in Russland bevorzugte der Autor eine säkularisierte soziologische Sprache, die die am Ideal der Urkirche orientierten Gemeindestrukturen der Gruppen als „gemeindesozialistische Gedanken“³⁸ umdeutete. Als Erben der Täufer galten die Mennoniten durchaus auch in der Kirchengeschichtsschreibung als der „linke Flügel der Reformation“ oder als Vertreter der „radikalen Reformation“, zumindest als Freikirchen. In ihren abgeschlossenen Siedlungen in Russland setzten sie ihre speziellen Werte einer imaginierten urchristlichen Gemeinde in die Praxis um. Häufig genug deuteten schon die russischen Zeitgenossen deren spezifische Lebensformen als typisch deutsch, weil ihnen der Vergleich mit den allgemeinen Verhältnissen in Deutschland fehlte. Am Beispiel der Mennoniten in Manitoba lobte das Handbuch die ausdrücklich religiös begründete Entscheidung der Siedler, an einem eigenen deutschsprachigen Schulwesen festzuhalten, anstatt die Kinder auf staatliche, englischsprachige Schulen zu schicken.³⁹ Nicht nationale Vorbehalte müssen der Grund für diese Ablehnung gewesen sein, sondern die seit der Reformationszeit vorherrschende Ansicht, dass Glaubenslehre in der jeweiligen Muttersprache zu erfolgen habe. Glaube und die daraus erwachsenden Werte und Haltungen als Motive schienen dem Autor jedoch fremd zu sein.

36 Röder, Annemarie. Religiöse Aspekte bei der Migration württembergischer Pietisten in Richtung Kaukasus 1817, in: Christine Absmeier/Matthias Asche/Márta Fata/Annemarie Röder/Anton Schindling (Hg.): Religiös motivierte Migrationen zwischen dem östlichen Europa und dem deutschen Südwesten vom 16. bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart: Kohlhammer, 2018, 201–222.

37 Henoch, 1904. 98.

38 Henoch, 1904. 75.

39 Henoch, 1904. 120.

Auch die jüngere Forschung interpretierte Siedlungsinitiativen ganz ohne Berücksichtigung religiöser Motive. Kathleen Neils Conzen, die sich vor allem auf die deutschen Siedler in Nordamerika bezog, diejenigen in Russland aber vergleichend in ihre Untersuchung einbezog, beschrieb diese als „kolonisierende Bevölkerung aus Bauern und Handwerkern“⁴⁰, die ein Gebiet suchten, auf dem sie möglichst unabhängig von staatlichem Zugriff ihre spezifischen Gesellschaftsutopien entfalten wollten. Die abstrakte Interpretation Kathleen Neils Conzens und darauf aufbauend auch die Trommlers⁴¹ vom aus eigenem Antrieb kolonisierenden Deutschen ohne dahinterstehenden Kolonialstaat lässt sich gut auf die Auswanderungen nach Osteuropa anwenden, bleibt jedoch unvollständig, wenn nicht die spezifisch religiösen Gründe für das Handeln dieser Siedler berücksichtigt werden. Festzuhalten bleibt, dass der säkulare „Sog der Vision, ein Kolonisator zu sein“⁴² als Hauptmotiv für die Siedlungsbestrebungen galt, während ihre religiösen Konnotationen nicht beachtet oder umgedeutet wurden.

Wichtiger als die Richtigkeit der einen oder anderen Interpretation ist aber in diesem Zusammenhang, mit welcher Absicht und zugunsten welchen Konzepts das Handbuch die Siedlungsgeschichte säkularisierte. Glaube hatte im Handbuch keinen Platz und wurde durch Ideologeme aus der völkischen Gedankenwelt substituiert. Kirche wurde höchstens als Organisationsform wahrgenommen, etwa bei der genauen Beschreibung der evangelischen Kirche in Russland⁴³, während Ausprägungen der spirituellen Überzeugungen in Alltagspraxis und Lebensweise der Gemeinden umgedeutet wurden in ein im Folgenden noch genauer zu definierendes Deutschtum.

3 Deutschtum – Charakter, Sprache, Abstammung und Nation

Die persönlichen Eigenschaften, die den idealtypischen deutschen Siedler und Kolonisten auszeichnen sollten, verdeutlichte ein Gedicht, das der Beschreibung der Besiedlung Amerikas vorangestellt war, sich aber auf die als deutsch interpretier-

⁴⁰ Neils Conzen, Kathleen. Phantomlandschaften der Kolonisierung: Die Deutschen und die Entstehung des pluralistischen Amerika, in: Frank Trommler/Elliott Shore (Hg.): Deutsch-amerikanische Begegnungen: Konflikt und Kooperation im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart, München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2001, 31–45, hier 38.

⁴¹ Trommler, 2014. 130–131.

⁴² Neils Conzen, 2001. 38.

⁴³ Henoch, 1904. 75–78.

ten Leistungen weltweit bezog.⁴⁴ Es passte zu dem von Kathleen Neils Conzen beschriebenen Narrativ des selbstbestimmten Kolonisten, der, von seiner Sehnsucht nach Freiheit geleitet, in ferne Gegenden zog, und lieber Armut und Not in Kauf nahm, als sich einer ungeliebten Macht zu unterwerfen.

„Traum im Haupte, Trotz im Herzen,
Zogen sie in weite Welten,
Flog die Falkenbrut der Freien
Zu der Wildnis armen Zelten.“⁴⁵

Der erwähnte Traum mochte für eine Idee stehen, nicht zwingend eine religiöse, „Trotz“ für den Widerstandsgeist, den gerade die separatistischen Auswanderer mit Sicherheit mitbrachten. „Deutsche Kämpfer“ und „deutsche Pioniere“ verkörperten die genannten Tugenden, wohlgemerkt aber nicht diejenigen, die „in Sicht der Panzerboote“ oder „im Schatten deutscher Fahnen“ auszogen.⁴⁶ Ein starkes Maß an Individualismus und Unabhängigkeit von staatlich organisierten Expeditionen wurde dem deutschen Siedler zugeschrieben, den in erster Linie ein innerer Antrieb in die Welt hinauszog.

Den Siebenbürger Sachsen attestierte das Handbuch, dass ihr „schönstes Erbe“ die „übernommene Zähigkeit im Festhalten ihres Volkstums“⁴⁷ sei. Neben dem Kolonisierungsdrang galt Standhaftigkeit somit als typisch deutsch. Daneben lobte der Autor die „Tapferkeit, Ausdauer und Treue“⁴⁸ als Tugenden der Siebenbürger Sachsen. Solche Treue konnte dem Staat gelten, in dem die Siedler lebten, so wie etwa den Deutschbalten Treue dem russischen Staat gegenüber attestiert wurde⁴⁹. Vor allem aber galt sie den mitgeführten „Sitten und Bräuchen“⁵⁰ und noch mehr der deutschen Sprache und Kultur. Als Deutscher galt, so das Handbuch, wer sich als solcher bezeichnete, auch wenn er in einem anderen Staat oder unter nichtdeutscher Verwaltung lebte. Zudem erkannte man den Deutschen an kulturellen Merkmalen wie Bauweise, Kleidung und so genannten „Volksbräuche [n]“.⁵¹ Treue, also das persönliche Bekenntnis zum Deutschtum, aber auch als verwandt erkannte kulturelle Praktiken machten die Zugehörigkeit zum Deutschtum aus, nicht die Erfassung durch staatliche oder kirchliche Verwaltung.

44 Henoch, 1904. 110.

45 Henoch, 1904. 110.

46 Henoch, 1904. 110.

47 Henoch, 1904. 65.

48 Henoch, 1904. 68.

49 Henoch, 1904. 73.

50 Henoch, 1904. 24.

51 Henoch, 1904. 24.

Daneben galt die Sprache als ausschlaggebendes Kriterium dafür, zu welchem Volk oder zu welcher Nation eine Person zugerechnet wurde. Richard Boeckh als einer der bedeutendsten Statistiker des 19. Jahrhunderts führte dieses Prinzip nicht nur in die Arbeit des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus ein, sondern verhalf ihm als Vorstand und Vorsitzender des ADSV auch im Verein zu Geltung.⁵² Die zahlreichen Statistiken im Handbuch zeugen von seinem Einfluss, auch wenn er zum Zeitpunkt des Erscheinens nicht mehr Vorsitzender war. Deutlicher als in den nüchternen Tabellen war die Beschreibung der Sprachverteilung gerade für den böhmischen Raum in den einzelnen Städten und Regionen mit einer Bewertung verbunden. Sie klang wie ein Heeresbericht, in dem das Verhältnis der deutschsprachigen im Vergleich zu tschechischsprachigen Menschen mit militärischen Metaphern kommentiert wurde.⁵³ Mehrsprachigkeit galt als Manko, als nationale Unzuverlässigkeit gegenüber dem Deutschtum.⁵⁴ Dabei war Mehrsprachigkeit bei den Deutschen im Ausland die Regel, wie etwa aus der Tabelle für Ungarn hervorging.⁵⁵ Die aus der Zips berichtete Forderung, dass Schüler in der Schule Ungarisch lernen und der Unterricht im Gymnasium ganz auf Ungarisch stattfinden solle, wies das Handbuch als Zumutung zurück.⁵⁶ Bewunderung dagegen zollte der Autor der Haltung der Banater Schwaben: „Der Schwabe ist härter als der Sachse in Zipsen und Siebenbürgen; er nimmt nicht dem Serben und Rumänen zuliebe dessen Sprache an, sondern zwingt die, die sein Brot essen, zu seiner Mundart.“⁵⁷ In der Beschreibung des Handbuchs handelte es sich um ein imaginiertes Deutschtum. Das, was es so standhaft zu bewahren galt, blieb erstaunlich schwach konturiert und bezog sich neben Sprache und idealisierten Charaktereigenschaften auf nicht näher beschriebene Praktiken der Volkskultur. Die so genannten Deutschen im Ausland wurden zu einer Projektionsfläche für die Überlegungen der Reichsdeutschen, die dort ein ursprüngliches Deutschtum voraussetzten.

52 Kröger, Philipp. Die Entdeckung der „Völkermischzone“: Ostmitteleuropa im Blick deutscher Statistiker und die Berechnung bevölkerungspolitischer Programme in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung (ZFO) / Journal of East Central European Studies (JECES)* 68.2 (2019): 223–248; Hainbuch, Dirk/Florian Tennstedt. Sozialpolitiker im Deutschen Kaiserreich: 1871 bis 1918. Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1871 bis 1945, Kassel: Kassel University Press, 2010, 16–17. Boeckh wird hier nur als Mitglied im ADSV aufgeführt.

53 Henoch, 1904. 13–14.

54 Henoch, 1904. 30.

55 Henoch, 1904. 63.

56 Henoch, 1904. 64.

57 Henoch, 1904. 65.

Während die Sprache ein wichtiges Zugehörigkeitsmerkmal zum deutschen Volk war, spielten Herkunft und Abstammung oder sogar Rasse in den Überlegungen des Handbuchs eine untergeordnete Rolle. Dies verdeutlicht die Auseinandersetzung mit der nordamerikanischen Statistik. In den USA werde die Herkunft der Menschen abgefragt, nicht aber die Sprache oder Nationalität. Eine aussagekräftige Zählung sei damit nicht möglich, monierte der Autor, da gerade die Auswanderer aus den europäischen Vielvölkerreichen sich durch vielfältige Sprachen und Kulturen unterschieden und durch ihre Herkunft aus einem Staat nicht hinreichend charakterisiert werden konnten. „Er [der amerikanische Statistiker] zählt Polen aus Deutschland, aus Oesterreich, aus Rußland und auch noch Polen aus einem unbekanntem Polen, einem Polen an sich.“⁵⁸ Gleiches galt ihm auch für deutschsprachige Auswanderer, die aus allen der genannten Reiche kommen konnten. Aussagekräftiger erschienen ihm „die deutsche Sprache und das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum deutschen Stamme“⁵⁹ als Identifikationsmerkmal.

Den Maßstab der Sprache legte das Handbuch auch an, wenn es darum ging, die außerhalb des Reiches lebenden Deutschen zu identifizieren. Gemeinsamer Nenner war nicht die regionale Herkunft, sondern ein im weitesten Sinne deutscher Dialekt. Da war es unerheblich, dass die Siebenbürger Sachsen aus Flandern und Friesland stammten⁶⁰ oder dass die Deutschen in Böhmen aus allen denkbaren angrenzenden Regionen eingewandert waren, deren unterschiedliche Dialekte sie noch zur Zeit des Autors unterschieden⁶¹. Wichtig war nur die Abgrenzung gegenüber anderen Ethnien, vor allem gegenüber Slawen und Ungarn. Eine Auseinandersetzung mit der Frage, wie denn Juden einzuordnen seien, fand im Handbuch nicht statt. Die Statistiken gaben die Anzahl der Juden wieder, soweit sie erfasst waren, kommentiert wurde deren Zugehörigkeit zum Deutschtum aber nicht. Angesichts der Tatsache, dass gerade die osteuropäischen Juden als Protagonisten deutscher Sprache und Kultur galten⁶², bei gleichzeitigen antisemitischen Tendenzen im Verein und im Umfeld des Vereins⁶³, wäre eine Thematisierung der Juden im östlichen Europa im Zusammenhang mit der Behandlung der Auslandsdeutschen zu erwarten gewesen. Ausdrücklich ausgeschlossen waren sie nicht aus der Definition des Handbuches, für ihre Zugehörigkeit zum „Deutschtum“ bekannte man sich aber auch nicht eindeutig. Das Handbuch verzichtete auf offenen

58 Henoch, 1904. 110–111, hier 111.

59 Henoch, 1904. 111.

60 Henoch, 1904. 67.

61 Henoch, 1904. 23–24.

62 Trommler, 2014. 174–178.

63 Weidenfeller, 1976. 264–71.

Antisemitismus und unterschied sich somit von vielen anderen Vertretern der völkischen Bewegung. Durch die Fokussierung auf deutsche Sprache und Kultur als Distinktionsmerkmal wies das Handbuch völkische Überzeugungen in der Definition Puschners⁶⁴ auf, auch wenn es sich bei den Ideologemen Abstammung oder Rasse⁶⁵ wiederum davon distanzierte.

Die vielbeschworene Treue hatte dem Deutschtum zu gelten und war weitgehend unabhängig vom Staat. Diese Unterscheidung war wichtig, da sie die gedankliche Grundlage für die Zugehörigkeit der Deutschen im Ausland zum Deutschtum bei gleichzeitiger Integration in einen ausländischen Staat bot. Auch wenn diese Integration womöglich zu weit gehen mochte wie bei den Deutschbalten, so attestierte ihnen das Handbuch trotzdem die erwünschte Bewahrung ihres Deutschtums.⁶⁶ Fragwürdig musste dagegen die Haltung der deutschsprachigen Schweizer wirken:

Dem deutschen Schweizer ist ein stärkeres schweizer, als ein deutsches Nationalbewußtsein eigen, zudem kokettiert er gern mit seiner republikanischen Staatsform und schaut verächtlich auf die in einer Monarchie lebenden Reichsdeutschen herab. Daher erscheint ihm der Franzose, Italiener oder Romane eher als Landsmann, als der blutsverwandte Reichs- oder österreichische Deutsche, mit deren Geschichte die seine eng zusammenhängt.⁶⁷

Nationalbewusstsein war untrennbar mit Deutschbewusstsein verbunden, und ebenso klar war auch, dass dieses, gleichviel in welchem politischen Gefüge, alle anderen Loyalitäten übertreffen musste.

Die Auseinandersetzung mit den Nationalbewegungen vor allem des Habsburgerreichs nahm deswegen so breiten Raum in den Beschreibungen des „Handbuchs des Deutschtums im Auslande“ ein und erhielt eine besondere Schärfe, weil neben der traditionellen Nähe zum österreichischen Verein auch der Vorsitzende des deutschen Schulvereins, Alois Brandl, Böhmen und Mähren als „wichtigstes Kampfgebiet“ ansah.⁶⁸ Ein deutsch-tschechischer Gegensatz wurde bis zur Zeit der Hussitenunruhen zurückgeführt, während der den Deutschen schwerer Schaden zugefügt worden sei⁶⁹, und der wieder neu belebt und noch übertroffen wurde durch das „Erwachen des tschechischen Volksbewußtseins im 19. Jahrhun-

⁶⁴ Puschner, Uwe. Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich: Sprache, Rasse, Religion. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2001.

⁶⁵ Retterath, Jörn. Volk, in: Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Alexander Pinwinkler (Hg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften: Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme, 2. Aufl., Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2017, 1184.

⁶⁶ Henoch, 1904. 73.

⁶⁷ Henoch, 1904. 83–84.

⁶⁸ Weidenfeller, 1976. 285.

⁶⁹ Henoch, 1904. 23–25; 34.

dert⁷⁰. Wie Trommler vergleichend feststellte, wuchs gerade im Habsburgerreich der Einfluss „ethnischer Berufsfunktionäre“, die in zunehmend aggressivem Ton Lobbyarbeit für ihre jeweilige Sprache und Kultur leisteten⁷¹, ein Ton, den das vermeintlich sachliche Handbuch unkritisch übernahm. Entsprechend stereotyp klangen auch die Klagen über die angebliche Unterdrückung der Siebenbürger Sachsen durch die Ungarn⁷² und die wiederholte Bedrohung deutscher Siedler durch polnische Nationalisten⁷³. Gerade die Abgrenzung gegenüber dem Polentum und allen damit assoziierten Eigenschaften entsprach tiefliegenden Ängsten unter den bürgerlichen Lesern im Deutschen Reich.⁷⁴ Das Handbuch präsentierte somit eine stark nationalistische Haltung, die sich in deutlichem Antislawismus manifestierte. Als spezifisches Merkmal des Völkischen war diese Breuer⁷⁵ zufolge nicht zu werten, während Puschner gerade den Antislawismus durchaus den völkischen Ideologemen zurechnete⁷⁶.

4 Ostsiedlung, die bessere Kolonisation

Auch wenn der Schulverein mit der bewussten Absicht des Prestigegewinns den Kontakt mit der deutschen Kolonialbewegung pflegte und durch sein Engagement für im Ausland lebende Deutsche auch eine gewisse inhaltliche Nähe aufwies,⁷⁷ bedeutet dies nicht, dass Vereinsangehörige die Kolonialpolitik der Regierung unterstützten. Neben jenen Kräften, die deutsches Bemühen um überseeische Kolonien für notwendig hielten, um die deutsche Überlegenheit auch anderen Nationen zu beweisen, gab es solche, die angesichts der mühsamen und wenig erfolgreichen Entwicklung deutscher Kolonien um 1900 von „Kolonialmüdigkeit“ ergriffen worden waren.⁷⁸ Zudem zeitigten die verbreiteten kolonialen Träumereien national erweckter Bürgerlicher nur selten konkrete Auswanderungsbereitschaft.⁷⁹ Sogar die Alldeutschen ordneten den Erwerb überseeischer Kolonien ih-

70 Henoch, 1904. 34.

71 Trommler, 2014. 136.

72 Henoch, 1904. 67–68.

73 Henoch, 1904. 56–57.

74 Trommler, 2014. 146–149.

75 Breuer, 2008. 7–9.

76 Puschner, 2007. 62–63.

77 Weidenfeller, 1976. 285–287.

78 Trommler, 2014. 140–141.

79 Trommler, 2014. 141–142.

rem Hauptziel unter, der Erhaltung deutschen Volkstums weltweit.⁸⁰ Generell stellte Puschner fest, dass die Kolonialfrage nur eine untergeordnete Rolle im völkischen Denken spielte.⁸¹ Grundlage für diese Ablehnung sei die Rassenideologie der Völkischen gewesen, die eine Vermischung der Rassen durch den Kolonialismus befürchteten.⁸² Die Misserfolge der deutschen Kolonialpolitik bestätigten sie noch in ihren Auffassungen.⁸³

Auch das Handbuch drückte eine merkliche Distanz zu den Schutzgebieten des Deutschen Reiches aus. Sehr knapp referierte es Geschichte und gegenwärtige Verhältnisse für Deutsch-Ostafrika⁸⁴, Deutsch-Südwestafrika⁸⁵, Togo⁸⁶, Kamerun⁸⁷ und Kiautschou⁸⁸ und die pazifischen Inseln⁸⁹. Staatliches Handeln stand im Vordergrund, nicht etwa die Leistung einzelner Siedler. Nicht das Individuum konnte sich hier entfalten, sondern Kollektive wie das Militär, Staatsbeamte und Angehörige großer Handelshäuser. Besonders deutlich wurde dies an der tabellarischen Aufschlüsselung der in Togo und Kamerun ansässigen weißen Bevölkerung, in der diese Berufsgruppen überwogen.⁹⁰ Von wiederholten Aufständen der einheimischen Bevölkerungen gegen die deutsche Schutzmacht war die Rede, auch von Grenzstreitigkeiten mit anderen Kolonialmächten. Der distanzierte Ton lässt darauf schließen, dass der Autor die Schutzgebiete nicht für Orte hielt, an denen deutsche Überlegenheit offenbar werden konnte.

Vergleichbare Zurückhaltung drückte das Handbuch bei Darstellung der Besiedlungsgeschichte der baltischen Länder aus, die, zeitlich weiter entfernt, im Mittelalter stattgefunden hatte. Auch hier betonte es das Handeln staatlicher oder kirchlicher Organisationen wie der Stadt Lübeck oder des Schwertordens und des Deutschen Ordens, und auch hier seien die Kolonisatoren nicht willkommen gewesen, sondern haben ihre Anwesenheit immer wieder gewaltsam verteidigen müssen.⁹¹ Ihrer Sozialstruktur nach ordnete der Autor die Deutschbalten den

80 Puschner, Uwe. Kolonialismus im völkischen Diskurs, in: Dagmar Bussiek/Simona Göbel (Hg.): Kultur, Politik und Öffentlichkeit: Festschrift für Jens Flemming. Kassel: Kassel University Press, 2009, 230–242, hier 231.

81 Puschner, 2009. 232–233.

82 Puschner, 2009. 234–236.

83 Puschner, 2009. 241–242.

84 Henoch, 1904. 105–106.

85 Henoch, 1904. 104–105.

86 Henoch, 1904. 103.

87 Henoch, 1904. 103–104.

88 Henoch, 1904. 96.

89 Henoch, 1904. 158–159.

90 Henoch, 1904. 103–104.

91 Henoch, 1904. 72.

Großgrundbesitzern, höheren Beamten und freien Berufen zu⁹², die noch dazu ausgezeichnet in den russischen Staat integriert waren. Kein Wunder demnach, „daß also Kurland, Livland, Estland als verlorener deutscher Boden zu bezeichnen sind.“⁹³, wie der Autor seine Beschreibung abschloss.

Trotz des Fragezeichens, das hinter jeder Form staatlicher Kolonisierung stand, drückte sich im Handbuch eine dezidiert kolonialistische Haltung aus, die sich jedoch nicht auf überseeische Gebiete bezog. Nachdem deutschsprachige Auswanderer schon seit vielen Jahrhunderten sowohl in Ost- und Südostmitteleuropa sowie in Osteuropa gesiedelt und dafür Begriffe wie „Kolonie“ oder „Kolonisation“ verwendet hatten, ohne damit einen nationalen Anspruch zu verbinden⁹⁴, rückten deren Existenz und Handeln seit etwa 1880 in den Mittelpunkt nicht nur völkischer Diskussionen. Um diese Zeit entstanden nicht allein Kolonialbewegung und völkische Bewegung⁹⁵, auch die Diskussion rund um die „deutsche Ostsiedlung“⁹⁶ nahm Fahrt auf. Die Sicht der Reichsdeutschen auf die im Ausland lebenden Deutschsprachigen änderte sich vor dem Hintergrund des Kolonialdiskurses. Auf der Suche nach ausländischen Handelspartnern gerieten sie in den Fokus der expandierenden Wirtschaft, sie wurden quasi wiederentdeckt. Bei diesen Kontakten reduzierten Reichsdeutsche die „fremden“ Deutschen auf ihre als deutsch interpretierten Kulturmerkmale, was längerfristig zur Zurückdrängung ihrer Mehrfachidentitäten führte.⁹⁷ In diesem Umfeld entstand das Konstrukt des „Auslandsdeutschen“ mit sehr spezifischen Merkmalen.⁹⁸ Gerade mit Bezug auf die mittelalterlichen Ostwanderungen, aber auch auf die deutsche Beteiligung an der Besiedelung Nordamerikas bildete sich der Mythos des Deutschen als „Kulturträger und Kulturbringer“.⁹⁹ Angesichts der starken, durch die Industrialisierung ausgelösten Migrationsbewegungen von Ost nach West, war Furcht vor einem slawischen Ansturm besonders im Bürgertum weit verbreitet. Dieser Entwicklung galt es mit „innerer Kolonisation“ zu begegnen¹⁰⁰, und folglich richteten sich völk-

92 Henoeh, 1904. 72.

93 Henoeh, 1904. 73.

94 Trommler, 2014. 130.

95 Breuer, 2008. 57.

96 Kienemann, Christoph. Der koloniale Blick nach Osten: Osteuropa im Diskurs des Deutschen Kaiserreiches von 1871. Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2018, 86–104; Hackmann, Jörg. Deutsche Ostsiedlung, in: Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Alexander Pinwinkler (Hg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften: Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme, 2. Aufl., Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2017, 976–997.

97 Trommler, 2014. 133.

98 Blackburn, 2015. 342.

99 Trommler, 2014. 139; Blackburn 2015, 342.

100 Trommler, 2014. 148.

sche Kolonialpläne nicht auf überseeische Gebiete, sondern auf den osteuropäischen Raum, beginnend mit den ostdeutschen Provinzen.¹⁰¹

Für die Beschreibung der mittelalterlichen Ostsiedlung benutzte das Handbuch eine eindeutig kolonialistische Schablone. Am Beispiel der Besiedlung Böhmens und Mährens wie auch Siebenbürgens stellte der Autor die kulturelle Überlegenheit der Kolonisierenden heraus, die in ihrem Handeln einem missionarischen Impuls folgten.¹⁰² Eingeladen von lokalen Fürsten und Klöstern, waren es deutschsprachige Siedler aus den umliegenden Regionen, die „dichten Urwald in ein blühendes Kulturland verwandelten.“¹⁰³ Die Geschichte der Ostsiedlung wurde als Triumph deutscher Überlegenheit und landwirtschaftlicher Kompetenz dargestellt: „So schufen der schwere deutsche Pflug und das deutsche Weinmesser den blühenden Acker- und Weinbau.“¹⁰⁴ Rückschläge oder gar Misserfolge ließ die idealisierte Erzählung nicht zu, wie auch Leistungen der Einheimischen nicht berücksichtigt wurden. Das Stereotyp des deutschen Kolonisators als eines „Lehrmeister[s] der übrigen Bevölkerung“¹⁰⁵ setzte sich fort bis zu den Migrationsbewegungen um 1800. Erfolgreiche Entwicklungsarbeit galt als Beweis für deutsche Überlegenheit.

Als zentrales Merkmal der Beschreibung präsentierte das Handbuch das Narrativ der „Gerufenen“. Nicht mit Gewalt seien die Protagonisten der idealisierten Ostsiedlung gekommen, sondern auf Bitten der Landesherren und Fürsten. Dadurch erhielt die Siedlung einen defensiven Charakter, der die deutsche Kolonisationsleistung als Gefälligkeit den Aufnahmegesellschaften gegenüber erscheinen ließ. Von den Siebenbürger Sachsen beispielsweise hieß es: „Sie kamen nicht als unberechtigte Fremdlinge, sondern, wie ihnen König Andreas II. 1224, als er ihre vom madjarischen Adel angetasteten Vorrechte bestätigte und vermehrte, ausdrücklich bezeugt, gerufen von seinem Großvater Geisa II.“¹⁰⁶ Autochthone Bevölkerungsteile blieben entweder unerwähnt oder wurden als dankbar lernende Schüler dargestellt. Häufig genug berichtet das Handbuch von Undank gegenüber den Siedlern, doch verband man diese Missachtung deutscher Wohltaten vornehmlich mit den jeweiligen Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts. Das sorgfältig kultivierte Gefühl der Höherwertigkeit und Andersartigkeit als Merkmal des

101 Puschner, 2009. 239–241; Hackmann, 2017. 979; Kienemann, 2018. 55–86.

102 Grewe, Bernd-Stefan/Lange, Thomas. *Kolonialismus*. Stuttgart: Reclam, 2015, 11; Osterhammel, Jürgen/Jansen, Jan C. *Kolonialismus: Geschichte, Formen, Folgen*. 7., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage. München: C. H. Beck, 2012, 19–20.

103 Henoch, 1904. 25.

104 Henoch, 1904. 34.

105 Henoch, 1904. 57–58.

106 Henoch, 1904. 67.

Kolonialismus¹⁰⁷ sprach nicht nur aus dem Handbuch, Trommler beschrieb es auch als Charakteristikum der Siedler. Im Gegensatz zu den Siedlern in Nordamerika galten die Siedler im östlichen Europa von Anfang an als überlegen, lebten in geschlossenen Ansiedlungen und verfügten über eine gewisse Arroganz ihrer Umwelt gegenüber. Die deutschsprachigen Minderheiten wurden gleichzeitig bewundert und beargwöhnt, sie prägten, obwohl sie nicht unbedingt repräsentativ waren, das Deutschlandbild in den Aufnahmegesellschaften.¹⁰⁸

Während die Idealisierung der mittelalterlichen Ostkolonisation als herausragende Leistung der Deutschen von Nationalisten und Imperialisten getragen wurde¹⁰⁹, fand die damit verbundene Agrarromantik besonderen Widerhall in völkischen Kreisen. Unter den von Puschner als völkisch definierten Merkmalen Antiurbanismus, Blut- und Boden-Ideologie sowie Ablehnung des Industriekapitalismus waren lediglich agrarromantische Überzeugungen¹¹⁰ im Handbuch stark ausgeprägt. Nicht nur die Siedler im östlichen Europa trieben Landwirtschaft, auch bei den deutschsprachigen Nordamerikanern lobte das Handbuch das vergleichsweise starke Engagement in diesem Erwerbsbereich.¹¹¹ Kolonisation im Sinne des Urbarmachens, wie sie mit Blick auf die deutsche Ostsiedlung verherrlicht wurde, übte eine nicht zu unterschätzende Faszination auf völkische Kreise aus und zeitigte eine ablehnende Haltung gegenüber jeder anderen Form der Kolonisierung.

5 Resümee

Im Schulverein waren um 1900 Elemente völkischen Gedankenguts vertreten, wenn auch nicht das ganze zu dieser Zeit denkbare Spektrum. Vielmehr praktizierte man völkischen Eklektizismus, übernahm also einzelne Themen oder Merkmale, soweit sie zum eigenen Standpunkt passten. Glaube und Religion, laut Puschner ein zentrales Merkmal völkischen Denkens, spielten im Handbuch eine untergeordnete Rolle. Religiöse Motive für Glaubenskriege oder Wanderungsbewegungen bewertete das Handbuch kritisch oder ablehnend, wenn sie nicht gleich umgedeutet und durch andere, säkulare Gründe als Ursache ersetzt wur-

107 Grewe/Lange, 2015. 11.

108 Trommler, 2014. 131–132.

109 Hackmann, 2017. 979.

110 Puschner, 2007. 63–64.

111 Henoch, 1904. 116.

den. Esoterische oder mystische Züge fehlen ganz, Kirche spielte nicht als Glaubensgemeinschaft eine Rolle, sondern in erster Linie als Organisation.

Wenn es um das leidenschaftlich bejahte Deutschtum ging, blieb das Handbuch unkonkret. Die von Weidenfeller und Kloosterhuis skizzierte inhaltliche Neuausrichtung des Vereins um 1900 kann als Anreicherung des älteren Deutschtumsbegriffs mit völkischen Inhalten beschrieben werden. Dem deutschen Siedler, denn dieser galt als Vorbild, wurden bestimmte Charaktereigenschaften zugeschrieben, zu denen ein freiheitsliebender, womöglich rebellischer Geist und sehr viel Individualismus zählten. Zupackend und durchsetzungsfähig, sollte er in der Lage sein, durch seine naturgegebene Überlegenheit andere Länder zu kultivieren. Neben seinen agrarischen und handwerklichen Kompetenzen qualifizierte ihn dazu vor allem die deutsche Sprache in einer breiten Varietät an Dialekten. Herkunft und Abstammung hingegen galten nicht als Kriterium, nicht einmal in Bezug auf Juden. Schärfer deutlich wurden die Trennlinien gegenüber Slawen und Ungarn. Hier vertrat das Handbuch einen ausgeprägten Nationalismus, der sich mit starkem, kulturell begründetem Chauvinismus verband. Lässt man das vehemente Bekenntnis zu Sprache und Nation als Indizien für eine völkische Weltanschauung gelten, so zeigte das Handbuch eindeutig völkische Merkmale. Doch während Puschner Antisemitismus und Rassismus als typisch völkisch wertete¹¹², unterschied Breuer die Völkischen von den Antisemiten¹¹³. Auch wenn das Handbuch auf Antisemitismus und Rasse oder auch nur Abstammung als Distinktionsmerkmale verzichtete, enthielt es trotzdem völkisches Gedankengut, das die nach außen getragene kulturelle Definition des Deutschtums flankierte.

Den entscheidenden Hinweis für die Einordnung des Schulvereins/VDA gaben die Äußerungen des Handbuchs bezüglich des Ideologems Ostsiedlung. Der überlegene und expansionistische, zweifelsfrei kolonialistische Blick richtete sich nicht auf überseeische Kolonien, sondern auf die Gebiete östlich der Reichsgrenzen. Die „deutsche Ostsiedlung“ wurde als herausragende Kulturleistung, als Triumph und Vorbild für zukünftige Vorhaben gefeiert. Wenn Puschner also die Ablehnung außereuropäischer Kolonien bei gleichzeitiger Idealisierung der Ostkolonisation als völkisches Merkmal bei den Alldeutschen identifizierte, so galt dies in vielleicht noch stärkerem Maße für die Mitglieder des Schulvereins/VDA. Denn sie verkörperten den „proletaroiden Intellektuellen“, den Breuer als typischen Träger völkischen Gedankenguts beschrieb. Im Gegensatz zu den eher im Großbürgertum verwurzelten Alldeutschen waren es die Lehrer, kleinen Beamten und Freiberufler, die im Schulverein vertreten waren und ihren Geltungsdrang mit der Überhöhung der deutschen Ostkolonisation nährten.

112 Puschner, 2007.

113 Breuer, 2008. 26–27.

Seinen völkischen Aufbruch hatte der Verein somit kurz nach der Jahrhundertwende, auch wenn er schleichend vor sich ging und vielleicht nicht offensichtlich war. Fest steht, dass mit nationalistischem und kolonialistischem Gedankengut Übergänge zur noch radikaleren völkischen Bewegung vorhanden waren, oder anders gesagt, dass einzelne völkische Positionen auch schon vor Beginn des Weltkriegs im Verein vorhanden waren. Vor diesem gedanklichen Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass das Vorrücken deutscher und österreichischer Truppen an der Ostfront in der Vereinspresse begeistert verfolgt und die Osterweiterung innerhalb der Kriegszieldiskussion unterstützt wurde. Die bereits im Verein vorhandenen Prädispositionen ermöglichten die rasche Anpassung an Ereignisse wie den Frieden von Brest-Litowsk oder den Versailler Vertrag und das Geben plausibler Antworten. Eine alternative Entwicklung wäre aber kurz nach der Jahrhundertwende trotz allem denkbar gewesen.

Sebastian Balling

Der „Jüdische Bolschewismus“ 1918–1945

Völkisch-nationalsozialistische Ideologietransfers und der Vernichtungskrieg in der Sowjetunion

1 Einleitung

In der Goldhagen/Browning-Debatte ab 1996 wurde unter anderem die Frage diskutiert, ob die deutschen Täter während der Shoah als Ideologen der Vernichtung ihrem eliminatorischen Antisemitismus freien Lauf ließen, oder ob es „ganz normale Männer“ waren, deren sozialpsychologische Prägungen und situatives Gruppenhandeln die Ursachen für ihre Täterschaft bildeten. In der Debatte wurden Sozialpsychologie, Täteridentität und -biographie, Ideologie und situative Aspekte als klar voneinander abgrenzbare Bereiche definiert. Die neuere Holocaustforschung hat inzwischen an solch monokausalen Gegenüberstellungen fundamentale Kritik geäußert. Sie betont stattdessen, „dass sich [...] Intention und Funktion, Rationalität und Ideologie, Disposition oder Situation, Zentrum und Peripherie nicht ausschließen“, sondern „in einem dialektischen Verhältnis zueinander“ stehen¹.

In diesem Artikel möchte ich versuchen, am Beispiel der Ideologiegeschichte des „Jüdischen Bolschewismus“ diesem Verhältnis nachzugehen, in dem ich die Entstehungs- und Transformationsgeschichte des Ideologems² von seinen völkischen Wurzeln am bayerischen Beispiel bis zu seiner Verwendung als Rechtfertigungsmotiv nationalsozialistischer Gewalt im Rahmen des Vernichtungskriegs in der Sowjetunion und des Holocausts nachzeichne.

1 Vgl. Longerich, Peter. „Tendenzen und Perspektiven der Täterforschung“. Aus Politik und Zeitgeschichte 14–15 (2007): 3–7, online abrufbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30537/tendenzen-und-perspektiven-der-taeterforschung-essay/> (zuletzt abgerufen am 18. Juli 2022).

2 Ich folge hier dem von Julia Kristeva und Fredric Jameson ausgearbeiteten Begriff des Ideologems. Ein Ideologem ist demzufolge ein „emblem of a ‚pseudo-idea‘, which is a conceptual or a believe system“, das innerhalb eines Proto-Narrativs verortet wird und stets auch eine materielle Funktion besitzt: Es dient seinem Autor zur Selbstverortung und Machtgewinnung innerhalb sozialer Systeme. Vgl. Marling, William. „The Formal Ideologeme“. *Semiotica* 98 (1994): 277–299, hier 282.

2 Der „jüdische Bolschewismus“ in der völkischen Bewegung Münchens und seine Verankerung in der nationalsozialistischen Presse 1918–1923

Wenngleich die Vorstellung einer genuin „jüdischen“ Herrschaft im bolschewistischen Russland keinesfalls nur auf die völkische Bewegung oder den deutschen Sprachraum beschränkt war³, so kam ihr in der völkischen Vorstellungswelt eine besondere Bedeutung als antithetisches Zerrbild zur politischen Selbstverortung zu. Eine weitere Besonderheit prägte das Verhältnis völkischer Publizistik zu dem Ideologem: Dessen Verbreitung begann in der völkischen Bewegung zumeist nicht, wie zu erwarten wäre, im Winter 1917/1918, sondern erst mit dem auf die Novemberrevolution 1918 folgenden Frühjahr 1919⁴, was als Zeichen für die starke nationale, zum Teil aber auch regionale Prägung gewertet werden kann.

Einer der zentralen Bezugspunkte für eine Vielzahl von Publizisten aus dem deutschvölkischen Spektrum stellte Anfang 1919 das „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes“⁵ des in der völkischen Bewegung Münchens aktiven Ingenieurs Gottfried Feder dar⁶. In seinem Manifest zeigte sich Feder verwundert darüber, dass „die sozialistische Gedankenwelt von Marx bis Engels, vom kommunistischen Manifest angefangen bis herauf zum Erfurter Programm [...] wie auf Kommando“ vor der Sozialisierung des Finanzkapitals Halt gemacht habe. Er erklärte dies mit der Existenz einer „Goldenen Internationalen“ – ein antisemiti-

3 Vgl. exemplarisch Schröder, Joachim. „Der Erste Weltkrieg und der ‚jüdische Bolschewismus‘“. Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg. Hg. Gerd Krumeich, Essen: Klartext, 2010. 77–96; Pufelska, Agnieszka. „Die Konstruktion des Feindbildes der ‚Judäo-Kommune‘ im Polen der Zwischenkriegszeit“. Selbstbilder – Fremdbilder – Nationenbilder. Hg. Juliette Wedl/Stefan Dyroff/Silke Flegel (Hrsg.), Berlin: LIT, 2007. 45–62 sowie Dieckmann, Christoph. „Jüdischer Bolschewismus‘ 1917 bis 1921. Überlegungen zu Verbreitung, Wirkungsweise und jüdischen Reaktionen.“ Holocaust und Völkermorde. Die Reichweite des Vergleichs. Hg. Sybille Steinbacher. Frankfurt am Main: Campus, 2012. 55–81.

4 Jung, Walter. Ideologische Voraussetzungen, Inhalte und Ziele aussenpolitischer Programmatik und Propaganda in der deutschvölkischen Bewegung der Anfangsjahre der Weimarer Republik. Das Beispiel Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund. Göttingen: 2000, 163–164.

5 Vgl. Feder, Gottfried: An Alle, Alle! Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes. Diessen: Verlag Jos. C. Huber, 1919.

6 Vgl. Tyrell, Albrecht. „Gottfried Feder – der gescheiterte Programmatiker“. Die braune Elite I. 22 biographische Skizzen. Hg. Ronald M. Smelser/Rainer Zitelmann. Darmstadt: WBG, 1989. 28–40. Vgl. zu Feders Verankerung u. a. in der Thule-Gesellschaft Tyrell, Albrecht: „Gottfried Feder and the NSDAP“. The Shaping of the Nazi State. Hg. Peter D. Stachura. London: Routledge Library Editions, 1978. 48–87, hier 52.

scher Code für jüdische Einflussnahme – die den Sozialismus für sich eingespannt habe⁷.

Feders Schrift wurde in den Deutschvölkischen Blättern ausführlich rezipiert⁸. Einer seiner stärksten Rezipienten in der völkischen Szene Münchens war der Publizist Dietrich Eckart. Eckart gab ab dem 7. Dezember 1918 eine Wochenzeitung namens „Auf gut deutsch! Wochenschrift für Ordnung und Recht“ heraus, in der er zentralen Ideologemen der deutschvölkischen Vorstellungswelt scheinbaren philosophischen Gehalt verlieh⁹. In einer Besprechung des „Manifests“ am 16.08.1919 ergänzte er, dass „die ganze Reihe von Marx und Engels herauf, bis zu Kautzky (sic!, SB) und den ‚Praktikern‘ Toller, Mühsam, Wadler, Levien [...] Juden, d. h. fleischgewordener Geldgeist, glatte Verkörperung der Zinsidee, weiter nichts [...]“ gewesen seien¹⁰. Eckarts antisemitische Ausfälle zeigen die besondere Bedeutung, die die Münchener Räterepublik für die Genese des „Jüdischen Bolschewismus“ hatten und sind zugleich Beweis für die starke essentialistische Prägung seines Antisemitismus.

Ab Ende 1918 wurde Eckart bei der Arbeit an seiner Wochenzeitung durch den deutschbaltischen Emigranten Alfred Rosenberg unterstützt¹¹, der wiederum von Eckart in die Thule-Gesellschaft und den Bayreuther Kreis um Houston Stewart Chamberlain eingeführt wurde¹². Bei der Formulierung des „Jüdischen Bolschewismus“ in *Auf gut deutsch!* arbeiteten beide Ideologen fortan eng zusammen: Alfred Rosenberg, 1934 von Hitler als Leiter der ideologischen Schulung in der NSDAP betraut, transzendierte mit Hetze gegen sowjetrussische Politiker Eckarts regionalen Bezugsrahmen¹³ und bot diesem damit eine Negativfolie für politische Selbstverortungen, die im Sommer 1919 noch unter dem Schlagwort „Deutscher Bolschewismus“ fingieren konnten: „Nur das Opfer vermag uns zu retten. [...] Die Besitzenden unter uns müssen auf den Zins verzichten. Ich nenne das den deutschen Bolschewismus, während ich den andern den jüdischen heiße.“¹⁴

7 Vgl. Feder, 1919. 38–45 und 52–53.

8 Vgl. Jung, 2000. 417.

9 Vgl. Engelmann, Ralph Max: Dietrich Eckart and the Genesis of Nazism. Saint Louis: 1971. 96.

10 Eckart, Dietrich: „Deutscher und jüdischer Bolschewismus“. *Auf gut deutsch! Wochenschrift für Ordnung und Recht* 25 (1919): 386–394, hier 388 f.

11 Vgl. Rosenberg, Alfred. Dietrich Eckart. Ein Vermächtnis. München: Verl. Franz Eher Nachf., 1928. 44–45.

12 Vgl. Goodrick-Clarke, Nicholas. Die okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus. Wiesbaden: marix, 2014. 121–135.

13 Vgl. Rosenberg, Alfred. „Die russisch-jüdische Revolution“. *Auf gut deutsch! Wochenschrift für Ordnung und Recht* 8 (1919): 120–123.

14 Eckart, 1919. 389–390.

Ab Spätsommer 1919 kooperierte Eckart außerdem erstmals mit dem deutschbaltischen Zeichner Otto von Kursell, der wie Rosenberg in Riga Teil des Korps Rubonia gewesen war¹⁵. Die erste Kooperation beider Ideologen war Eckarts Artikel „Tagebuch“ in *Auf gut deutsch!*, der das Vorhandensein eines „jüdischen Bolschewismus“ in den bayerischen Räterepubliken beweisen sollte. Kursell illustrierte den Artikel durch antisemitische Konterfeis von Karl Radek, Hugo Haase, Hugo Preuß sowie Eugen Ernst¹⁶.



Abb. 1: Zeichnung von Karl Radek, in Eckart, 1919. 488.

Mit seinen Illustrationen schuf Kursell das Bild des archetypischen „jüdischen Bolschewisten“ und kombinierte hinterhältige Gesichtsausdrücke mit tradierten Vorstellungen einer angeblich charakteristischen jüdischen Physiologie. Zusammen mit Eckart, Rosenberg und einer Vielzahl weiterer völkischer Publizisten war er damit Teil einer antisemitischen Welle, die bereits im Februar 1919 zur Ermordung Kurt Eisners geführt hatte. Dessen Mörder, der ebenfalls im Umfeld der

¹⁵ Vgl. zur Bedeutung der Rubonia als Bezugspunkt für ein ganzes Netzwerk rechtsextremer, deutschbaltischer Emigranten Longerich, Peter. *Hitler. Biographie*. München: Siedler, 2015. 97–98.

¹⁶ Vgl. Eckart, Dietrich. „Tagebuch“. *Auf gut deutsch! Wochenschrift für Ordnung und Recht* 32–33 (1919): 486–515.

Thule-Gesellschaft agierende Graf Anton von Arco auf Valley hatte kurz vor dem Mord eine Notiz verfasst, in der er behauptete: „Eisner ist Bolschewist, er ist Jude, er ist kein Deutscher, [...]“¹⁷

Während 1920 die „Protokolle der Weisen von Zion“ in Deutschland veröffentlicht wurden, die die antisemitische Welle nochmals verstärkten, erlebte die ein Jahr zuvor als Deutsche Arbeiterpartei (DAP) gegründete, im Februar 1920 in NS-DAP umbenannte Partei ihre ersten öffentlichkeitswirksamen Erfolge. Die Gründungszeit der DAP zeigte deutlich ihre Vernetzung in der völkischen Münchener Szene: Eckart beispielsweise war ein halbes Jahr nach der Gründung der DAP zwar noch nicht Mitglied, hielt jedoch auf Bitten des Gründers Anton Drexler vielfach Reden bei Parteiveranstaltungen¹⁸. Im Rahmen der Beobachtung der Partei durch „Vertrauensleute“ des Reichswehr-Gruppenkommandos 4 besuchte auch Adolf Hitler 1919 eine Veranstaltung, bei der Gottfried Feder einen Vortrag hielt¹⁹. Einige Tage später wurde Hitler Mitglied der DAP und ab November 1919 einer ihrer zentralen Redner. Durch die zunehmende Zusammenarbeit der DAP mit dem „Schutz- und Trutzbund“ konnte die Partei Massenveranstaltungen abhalten, in deren Rahmen Hitler in einer seiner ersten Reden den „Jüdischen Kommunismus“ angriff²⁰.

Verstärkt durch die deutschlandweite Berichterstattung über Gräueltaten bolschewistischer Truppen während des Russischen Bürgerkriegs²¹, wurde der bereits von Rosenberg geförderte internationale Bezugsrahmen des Ideologems nochmals verstärkt. Als eine der wichtigsten monografischen Erscheinungen dieser Phase kann das im Sommer 1921 erschienene „Totengräber Russlands“ gelten²², das die Zusammenarbeit Rosenbergs, Eckarts und Kursells eindrücklich belegt. Rosenberg schrieb für das Buch das Vorwort mit dem Titel „Der jüdische Bolschewismus“, Kursell zeichnete insgesamt 29 seiner Konterfeis, Eckart unterlegte die antisemitischen Kopfzeichnungen mit antisemitischen Gedichten.

Nach dem gescheiterten Hitlerputsch im November 1923 und Eckarts Tod im Dezember 1923 erschien schließlich posthum Eckarts Buch „Der Bolschewismus

17 Zit. nach: Ullrich, Volker. „Mord in München“. *Die Zeit* 9 (2009). Online abrufbar unter: <http://www.zeit.de/2009/09/A-Eisner/komplettansicht> (zuletzt abgerufen am 20.07.2022).

18 Vgl. Plewnia, Margarete. *Auf dem Weg zu Hitler. Der „völkische“ Publizist Dietrich Eckart*. Bremen: Schöningh Universitätsverlag, 1970. 66.

19 Vgl. Longerich, 2015. 73–75.

20 Hitler, Adolf. „München, 16. Januar 1920. Diskussionsbeitrag auf einer DAP-Versammlung“. *Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*. Hg. Eberhard Jäckel. Stuttgart: DVA, 1980. 105.

21 Vgl. Kershaw, Ian. *Hitler. 1889–1936*. Stuttgart: dtv, 1998. 197–199.

22 Vgl. Eckart, Dietrich/Kursell, Otto von/Rosenberg, Alfred. *Totengräber Russlands*. München: Deutscher Volksverlag Dr. Ernst Boepple, 1921.

von Moses bis Lenin. Zwiegespräch zwischen Adolf Hitler und mir²³. Es handelte sich zwar um kein tatsächlich authentisches Gespräch zwischen Eckart und Hitler²⁴, zeigte jedoch erneut deutlich den essentialistischen und eliminatorischen Antisemitismus, der in diesen Kreisen vorherrschte. Eckart behauptete in seinem Buch, der Bolschewismus sei bereits in der jüdischen Frühgeschichte nachzuweisen, und lasse sich im Alten Testament in der Geschichte von 75.000 ermordeten Persern im Buch Esther finden²⁵. Zwar besaß diese alttestamentarische Geschichte keinerlei historische Basis, Eckart begründete damit jedoch einen Bestandteil des Ideologems, der während der nationalsozialistischen Herrschaft erneute Prominenz erfahren sollte.

3 Dissens und Hegemoniebildung im Feindbilddiskurs der NSDAP 1925–1926

Mit dem Scheitern des Hitlerputsches begann eine fast zweijährige Phase, in der die Zersplitterung der NSDAP in unterschiedliche Gruppierungen offen zu Tage trat²⁶. Zwar konnten Bündnisse zwischen Ersatzorganisationen einige Wahlerfolge auf Landes- und Reichsebene feiern²⁷, ideologische Konflikte zwischen einzelnen Gruppen wurden nun jedoch umso heftiger ausgetragen. In München war Rosenberg ab Juni 1924 damit beschäftigt, das ideologische Erbe Eckarts im Rahmen seiner neuen Monatsschrift „Der Weltkampf“ weiterzuführen²⁸. Bereits im mit „Sowjet-Judäa“ betitelten zweiten Heft vertrat er die Theorie eines „chaotischen“ russischen „Rassecharakters“, der in Russland dem „Jüdischen Bolschewismus“ freie Hand gelassen habe und ergänzte damit Eckarts antisemitischen Essentialismus um rassentheoretische Ideologeme²⁹.

23 Eckart, Dietrich. Der Bolschewismus von Moses bis Lenin. Zwiegespräch zwischen Adolf Hitler und mir. München: Hoheneichen-Verlag, 1924.

24 Vgl. Plöckinger, Othmar. Geschichte eines Buches. Adolf Hitlers „Mein Kampf“. 1922–1945. München: Oldenbourg, 2006. 15.

25 Shaul, Shaked. Esther, Book of. Encyclopaedia Iranica 8. Hg. Ehsan Yarshater. London: Mazda, 1998. 655–657.

26 Vgl. Longerich, 2015. 100 und Bauer, Kurt. Nationalsozialismus. Ursprünge, Anfänge, Aufstieg und Fall. Wien: UTB, 2008. 85–86.

27 Vgl. Longerich, 2015. 141–142 sowie Piper, Ernst. Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe. München: Blessing, 2005. 98–100.

28 Vgl. zur Bedeutung der Zeitschrift Piper, 2005. 106–117.

29 Vgl. Rosenberg, Alfred. „1. Das Wesen des Bolschewismus“. Der Weltkampf 1 (1924): 1–6, hier 1–2.

Zeitgleich arbeitete Hitler in der Landsberger Festungshaft am Ersten Band von „Mein Kampf“. Nach der Veröffentlichung am 18. Juli 1925 ließ sich erkennen, dass er die Eckart'sche Ausprägung des Ideologems insbesondere in das vierte Kapitel mit dem Titel „München“ eingepflegt hatte. Für Hitler stand fest, dass es einen unvermeidbaren, apokalyptischen Kampf zwischen Juden (als Trägern des „Marxismus“) und Deutschen geben müsse:

Siegt der Jude mit Hilfe seines marxistischen Glaubensbekenntnisses über die Völker dieser Welt, dann wird seine Krone der Totenkranz der Menschheit sein, dann wird dieser Planet wie einst vor Jahrtausenden menschenleer durch den Äther ziehen.³⁰

1925 war zugleich das Jahr, in dem die bislang hegemoniale Bolschewismusdeutung der Münchener Kreise in der im Februar neugegründeten NSDAP erstmals in Frage gestellt wurde. Da sich die Machtstrukturen in der Partei verschoben hatten, kamen auch Publizisten zum Zug, die abweichende Bolschewismusdeutungen vertraten. Vor diesem Hintergrund erschien im „Völkischen Beobachter“ am 10. August 1925 eine „Antibolschewistische Sondernummer“, in der Joseph Goebbels als Vertreter eines neuen Kurses gar eine Wesensverwandtschaft zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus behauptete³¹. Zusammen mit Gregor Strasser gründete Goebbels am 10. September 1925 die sogenannte „Arbeitsgemeinschaft der nord- und westdeutschen Gaue“ (AG). Publizistisches Organ der AG wurden die alle zwei Wochen erscheinenden „Nationalsozialistischen Briefe“, worin Strasser und Goebbels ihr vom Parteimainstream abweichendes Bolschewismusverständnis formulierten:

[...] nicht deshalb hält sich das russische Rätssystem, weil es bolschewistisch, weil es marxistisch, weil es international ist, sondern weil es national, weil es russisch ist. Kein Zar hat je das russische Volk so in seiner Tiefe, in seiner Leidenschaft, in seinen nationalen Instinkten erfaßt wie Lenin. Er gab dem russischen Bauern das, was dieser sich von jeher unter Bolschewismus vorgestellt hatte: Freiheit und Eigentum.³²

Goebbels griff zwar Hitlers in „Mein Kampf“ festgeschriebene Vorstellungen eines typisch „jüdischen Marxismus“ auf³³, sah im sowjetischen Bolschewismus jedoch

30 Vgl. Hitler, *Mein Kampf*. Eine kritische Edition, Bd. 1. Hg. Christian Hartmann/ Othmar Plöckinger/ Roman Töppel/Thomas Vordermayer. München: Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, 2016. 65–66.

31 Vgl. Goebbels, Joseph. „Das Ringen um die Diktatur“. *Völkischer Beobachter* 38/110a (1925): 7.

32 Vgl. Goebbels, Joseph. „Nationalsozialismus oder Bolschewismus?“. *Nationalsozialistische Briefe* 1/2 (1925): 1–2.

33 Vgl. zu Goebbels' „Mein Kampf“-Lektüre Longerich, Peter: *Joseph Goebbels. Biographie*. München: Siedler, 2012. 75.

ein nationales Befreiungsprojekt, wie er in weiteren Artikeln betonte³⁴. Am 22. November 1925 wurde schließlich in Hannover von zentralen Akteuren der norddeutschen NSDAP die Formulierung eines neuen Programms angedacht, das den „sozialistischen“ Kurs der Partei stärken sollte³⁵. Bei ihrem Projekt orientierten sich Goebbels und Strasser am „sozialistische[n] System des Bolschewismus“³⁶ und warfen dem deutschen Nationalismus vor, er sei nichts mehr als „der egozentrische Verzweiflungskampf des Nationalkapitalismus [...]. Daher auch sein brütender Haß gegen den Bolschewismus.“³⁷

Aus Sicht des Münchener Partei-Establishments stellten solche Zeilen die programmatische Ausrichtung der Partei in Frage und bedrohten zudem jedes Bündnis mit konservativ-nationalistischen Kräften. Auf der sogenannten „Bamberger Führertagung“ am 14. Februar 1926 beendete Hitler schlussstrichartig die Programmdiskussion und insistierte auf seiner Rolle als ideologischer Führer. Nach der Auflösung der AG Anfang Oktober 1926³⁸ erschien am 11. Dezember 1926 schließlich der zweite Band von „Mein Kampf“, indem Hitler nochmals endgültig die ideologische Position der Partei zum Bolschewismus und Russland festschrieb und das Ideologem zugleich mit der „Lebensraum“-Ideologie verband:

Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. [...] Das Schicksal selbst scheint uns hier einen Fingerzeig geben zu wollen. Indem es Russland dem Bolschewismus überantwortete, raubte es dem russischen Volk jene Intelligenz, die bisher ihren staatlichen Bestand herbeiführte und garantierte. [...] Seit Jahrhunderten zehrte Rußland von diesem germanischen Kern seiner oberen leitenden Schichten. An seine Stelle ist der Jude getreten.³⁹

34 Vgl. exempl. Goebbels, Joseph. „Das russische Problem“. *Nationalsozialistische Briefe* 1/4 (1925): 4–5.

35 Vgl. Kühnl, Reinhard. „Das Strasser-Programm von 1925/1926“. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 14/3 (1966): 317–330.

36 Vgl. Strasser, Gregor. „Zu den aussenpolitischen Zielen des Jungdeutschen Ordens“. *Nationalsozialistische Briefe* 1/8 (1926): 1–2, hier 1.

37 Vgl. Goebbels, Joseph. „West- oder Ost-Orientierung. Einige ergänzende Bemerkungen zu *** und Strassers Ausführungen ‚Zu den aussenpolitischen Zielen des Jungdeutschen Ordens‘“. *Nationalsozialistische Briefe* 1/8 (1926): 2–5, hier 3.

38 Vgl. Longerich, 2015. 167–169.

39 Hitler, 2016. 316 f.

4 Didaktisierung und außenpolitische Instrumentalisierung des „jüdischen Bolschewismus“ 1933–1941

Schon vier Tage nachdem die NSDAP am 30. Januar 1933 den Reichskanzler- und mehrere Ministerposten besetzt hatte, wurde die strikte antimarxistische Ausrichtung der neuen Staatsführung im Rahmen eines Gesprächs zwischen Marine- und Heeresbefehlshabern und Adolf Hitler deutlich, in dem dieser die „Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel“ zu einem staatlichen Ziel erhob⁴⁰. Die folgenden Jahre waren geprägt von schwerwiegenden Repressionen, Verhaftungen und Morden an kommunistischen, sozialdemokratischen und anderen linken Oppositionellen.

Am 12. November 1935 hielt Heinrich Himmler als „Reichsführer SS“ auf dem Reichsbauerntag in Goslar eine programmatische Rede zur Zukunft der SS, in der er diese ausdrücklich als „antibolschewistische Kampforganisation“ charakterisierte. Die später veröffentlichte und als Schulungsmaterial für SS-Einheiten dienende Rede knüpfte in ihren Bezugnahmen an die Ursprünge des antibolschewistischen Antisemitismus der 1920er Jahre an. Analog zu Eckarts „Der Bolschewismus von Moses bis Lenin“ behauptete Himmler in seiner Rede, die Ermordung von 75.000 Persern im Buch Esther sei „eines dieser geschichtlichen Beispiele der radikalen Vernichtung eines arischen Volkes durch bolschewistisch-jüdische Methoden“⁴¹. Bereits ab Anfang 1935 befand sich innerhalb der SS ein ausführliches Ausbildungsprogramm im Aufbau, in dessen Rahmen sogenannte „SS-Leithefte“ veröffentlicht wurden, die ideologische Inhalte für zu schulende SS-Einheiten didaktisierten. 1936 wurden die *Leithefte* mit einem systematischen Lehrplan versehen und im wöchentlichen und monatlichen Rhythmus zusammen mit Lichtbildstreifen zur „Weltanschaulichen Schulung“ der SS-Angehörigen genutzt. Zentraler Bestandteil der Ausbildung war die Vermittlung antisemitischer Ideologie – bereits der zweite Block der Grundschulung war mit „Judentum, Freimaurerei und Bolschewismus“ betitelt⁴².

Nachdem Himmler im Juni 1936 außerdem zum Chef der deutschen Polizei ernannt wurde, begann die sukzessive Übertragung dieser Schulungsstrukturen

⁴⁰ Zit. nach Wippermann, Wolfgang. Heilige Hetzjagd. Eine Ideologieggeschichte des Antikommunismus. Berlin: Rotbuch, 2012. 23.

⁴¹ Vgl. Himmler, Heinrich. Die Schutzstaffel als anti-bolschewistische Kampforganisation. München: Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf., ³1937. 3–4.

⁴² Vgl. Harten, Hans-Christian. Himmlers Lehrer. Die weltanschauliche Schulung in der SS 1933–1945. Paderborn: Schöningh, 2014. 422–423.

auf die Polizei. Zudem wurden die Schulungen innerhalb der SS und der Polizei in den Jahren 1937 und 1938 zunehmend standardisiert. Zu Beginn des Jahres 1939 wurde vom Schulungsamt in der Vorbereitung des Überfalls auf Polen eine „Sonderschulung“ für die Allgemeine SS mit ‚Judentum-Bolschewismus‘ als einem von drei Themenschwerpunkten“ durchgeführt⁴³. Im Januar 1939 hielt Hitler eine Rede, die an tradierte Vorstellungen des „Jüdischen Bolschewismus“ in der NSDAP anknüpfte und zugleich dessen Bedeutung für den Zweiten Weltkrieg umriss: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum inner- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa!“⁴⁴

Wenngleich der Hitler-Stalin-Pakt ein „kurzzeitiges Intermezzo“ der antibolschewistischen Propaganda und der Schulung innerhalb der SS und Polizeieinheiten darstellte⁴⁵, verfolgten Machthaber und Militärs in der Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion das Feindbild des „Jüdischen Bolschewismus“ wieder mit einer hervorstechenden Vehemenz. So charakterisierte Hitler im März 1941 den baldigen Krieg vor Alfred Jodl, Mitglied des Oberkommandos der Wehrmacht, als „Auseinandersetzung zweier Weltanschauungen. [...] Die jüdisch-bolschewistische Intelligenz, als bisheriger ‚Unterdrücker‘ des Volkes, muß beseitigt werden.“⁴⁶ Erich Hoepner, Befehlshaber der Panzergruppe 4, wandte sich schließlich am 02. Mai 1941, wenige Wochen vor dem Überfall auf die Sowjetunion, an seine Truppe mit den Worten, dieser Krieg sei „die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitzisch-asiatische Überschwemmung, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus. Dieser Kampf muss die Zertrümmerung des heutigen Russland zum Ziel haben und deshalb mit unerhörter Härte geführt werden.“⁴⁷

43 Vgl. Matthäus, Jürgen: „Die ‚Judenfrage‘ als Schulungsthema von SS und Polizei. „Inneres Erlebnis“ und Handlungslegitimation“. Ausbildungsziel Judenmord? „Weltanschauliche Erziehung“ von SS, Polizei und Waffen-SS im Rahmen der „Endlösung“. Hg. Matthäus, Jürgen. Frankfurt am Main: Fischer, 2003. 35–87, hier 54.

44 Vgl. Hitler, Adolf. Der Führer vor dem ersten Reichstag Großdeutschlands. Reichstagsrede vom 30. Januar 1939. Berlin: Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf., 1939. 48–49.

45 Vgl. Wildt, Michael. „Antikommunismus und Nationalsozialismus“. Der Antikommunismus in seiner Epoche. Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA. Hg. Norbert Frei/Dominik Rigoll. Göttingen: Wallstein, 2017. 94–110, hier 104–105 sowie Harten, 2014, 467.

46 Zit. nach Wildt, 2017. 105.

47 Zit. nach Wette, Wolfram. Karl Jäger. Mörder der litauischen Juden. Frankfurt am Main: Fischer, 2011. 75 f.

5 Der „jüdische Bolschewismus“ und der nationalsozialistische Vernichtungskrieg

Mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 propagierten NS-Schulungsinstitutionen und diverse Medien den „jüdischen Bolschewismus“ erneut als ultimatives Feindbild⁴⁸. In der SS-Zeitung „Das Schwarze Korps“ begann bereits in der zweiten Ausgabe nach dem Überfall eine vehemente antisemitisch-antibolschewistische Propagandakampagne, die an die Bilder der 1920er Jahre und die „Weltanschauliche Erziehung“ anknüpfte⁴⁹.

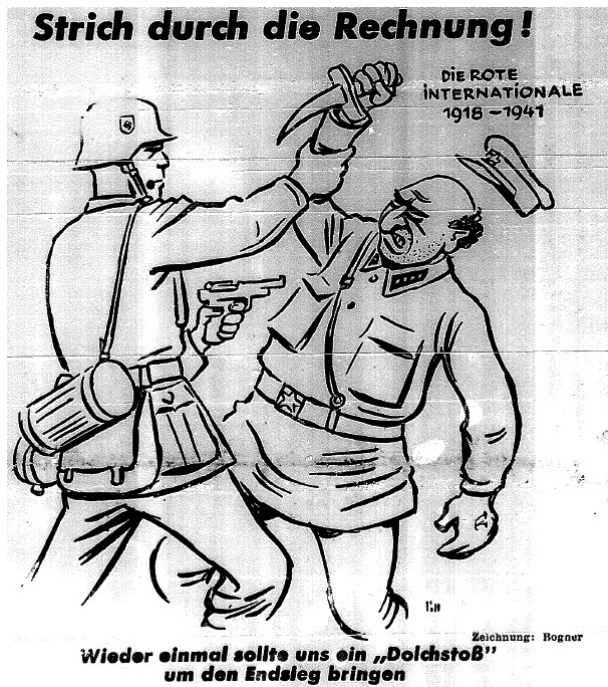


Abb. 2: O. V. Strich durch die Rechnung. 1.

⁴⁸ Vgl. Herf, Jeffrey: *The Jewish Enemy. Nazi Propaganda during World War II and the Holocaust*. Cambridge: The Belknap Press, 2008. 92–101.

⁴⁹ Vgl. O. V. „Strich durch die Rechnung“. *Das Schwarze Korps. Zeitung der Schutzstaffeln der NSDAP* 7/27 (1941): 1. Vgl. für die Steuerung des antibolschewistischen Antisemitismus durch das Propagandaministerium ab Spätsommer 1941 Scharnberg, Harriet. Die „Judenfrage“ im Bild. Der Antisemitismus in nationalsozialistischen Fotoreportagen. Hamburg: Hamburger Edition, 2018. 361.

Zeitgleich mit der publizistischen Reintensivierung der Feindbildproduktion wurden die ab Spätsommer 1941 begonnen massenhaften Judenerschießungen durch die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD sowie anderer Einheiten, die im rückwärtigen Heeresgebiet operierten, ideologiedidaktisch begleitet. So kamen im September 1941 die Broschüren „Europas Schicksalskampf gegen den Bolschewismus“ sowie „Bolschewismus – jüdisches Untermenschentum“ zum Versand und wurden nachweislich auch in am Holocaust beteiligten Polizeieinheiten zur Schulung eingesetzt⁵⁰.

Auch die Wehrmacht, die während des gesamten Krieges keine ideologische und mörderische Distanz zu SS- und Polizeieinheiten zeigte, versorgte ihre Soldaten im Vernichtungskrieg mit dem „jüdischen Bolschewismus“ als ideologischem Deutungsangebot für das Erlebte. So wurde etwa in der Wehrmachtszeitung „Mitteilungen für die Truppe“ im November 1941 der Antikominternpakt als Vereinigung „der Völker, welche den Bolschewismus als die Weltpest, als die tödliche Gefahr für das Leben der Völker erkannt haben und entschlossen sind, ihn auszurotten, koste es, was es wolle“, dargestellt⁵¹.

Während des Holocaust wurde das Ideologem vielfach herangezogen, um in offiziellen Dokumenten die nationalsozialistischen Morde zu rechtfertigen. So hieß es beispielsweise in einem stilistisch gereinigten „Tätigkeits- und Lagebericht“ des Reichssicherheitshauptamtes: „In Shitomir mußten 3.145 Juden erschossen werden, da sie erfahrungsgemäß als Träger der bolschewistischen Propaganda und Sabotage in Betracht gezogen werden mußten.“⁵²

Zwar lassen sich weder von der Bedeutung des „jüdischen Bolschewismus“ in der „Weltanschaulichen Erziehung“ noch vor dem Hintergrund des stark durchdigierten Berichtwesens unmittelbare Rückschlüsse auf ideologische, handlungswirksame Motive der nationalsozialistischen Täter ziehen, Elemente des Ideologems wurden während des Vernichtungskriegs jedoch auch in Briefen und Tagebüchern von Mitgliedern der Wehrmacht sowie SS und Polizeieinheiten zur Erklärung und Rechtfertigung des Erlebten genutzt. So stellten insbesondere Charakterisierungen ziviler Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft als „schmierige Bewohner“ in Feldpostbriefen ein Scharnier zum Feindbild dar. Mehrere Au-

50 Vgl. Harten, Hans-Christian. Die weltanschauliche Schulung der Polizei im Nationalsozialismus. Paderborn: Schöningh, 2018. 434–441.

51 Zit. nach Kipp, Michaela. „Großreinemachen im Osten“. Feindbilder in deutschen Feldpostbriefen im Zweiten Weltkrieg. Frankfurt am Main: Campus, 2014. 66–67.

52 Vgl. „Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 6 der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD in der UdSSR, Berichtszeit vom 1.-31.10.1941“. Zit. nach Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD. Hg. Peter Klein. Berlin: Edition Hentrich, 1997. 232.

toren von Feldpostbriefen erklärten etwa ihren Angehörigen im Frühjahr 1942, die „Rote Armee“ bestehe aus „entmenschten Horden“. Michaela Kipp schlussfolgerte daraus, dass für einige Täter der Wehrmacht insbesondere während des Partisanenkampfs das „Bild einer vollständigen Durchdringung der russischen Zivilbevölkerung vom ansässigen Judentum“ besondere Wirksamkeit entfaltet habe⁵³. Auch in privaten Dokumenten von SS-Angehörigen im Einsatz in der Sowjetunion wird die Bezugnahme auf das Ideologem deutlich. So berichtete Karl Kretschmer, SS-Obersturmführer und Mitglied des Sonderkommandos 4a der Einsatzgruppe C, am 27. September 1942 in einem Brief an seine Frau: „Da dieser Krieg nach unserer Ansicht ein jüdischer Krieg ist, spüren die Juden ihn in erster Linie. Es gibt in Rußland, soweit der deutsche Soldat ist, keine Juden mehr. [...] Wir Deutsche sind nun einmal nach dem Willen des Schicksals das Volk der Zukunft.“⁵⁴

Mit der Zurückdrängung des deutschen Vorstoßes durch die Rote Armee intensivierte die nationalsozialistische Staatsführung schließlich erneut ihre antisemitisch-antibolschewistische Rhetorik, und knüpfte ein weiteres Mal an die Verteidigung „des gesamten westlichen Abendlandes“ gegen den „asiatischen“ Bolschewismus an. Dadurch bediente sie ein noch weit bis in die Bundesrepublik reichendes Motiv, dessen antisemitische Charakterzüge jedoch nach 1945 allmählich entschärft wurden⁵⁵.

6 Schlussfolgerungen

Das Ideologem des „Jüdischen Bolschewismus“ war bereits 1919 für die noch stark in der völkischen Bewegung Münchens verankerten späteren Nationalsozialisten zu einem zentralen politischen Feindbild geworden und zur Formulierung eigener politischer Standpunkte von besonderer Bedeutung. Das Feindbild passte sich zugleich perfekt in die essentialistisch-antisemitische Weltdeutung führender Ideologen ein. Mithilfe einer Vielzahl an Publikationen in München ausgearbeitet, waren seine Produzenten während der Richtungsstreitigkeiten in der NSDAP zwischen 1924 und 1926 mit Bolschewismusdeutungen konfrontiert, die ihrem Antise-

⁵³ Vgl. Kipp, 2014. 49–52 sowie 101–108 und 124.

⁵⁴ Vgl. „Brief von Karl Kretschmer an seine Frau v. 19.10.1942“. Zit. nach „Schöne Zeiten.“ Judenmord aus Sicht der Täter und Gaffer. Hg. Willi Dreßen/Ernst Klee/Volker Rieß. Frankfurt am Main: Fischer, ⁴1988. 154–161.

⁵⁵ Vgl. Schildt, Axel. „Antikommunismus von Hitler zu Adenauer“. Der Antikommunismus in seiner Epoche. Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA. Hg. Norbert Frei/Dominik Rigoll. Göttingen: Wallstein, 2017. 186–203, hier 190–191.

mitismus zwar nicht diametral entgegenstanden, aber weder eine Koppelung an die Lebensraumideologie erlaubten noch die vorangegangenen Deutungen eines „jüdischen Bolschewismus“ hinterfragten. Trotz zum Teil vehementer Auseinandersetzungen wurde das Ideologem nach der Machtübertragung zu einem zentralen und unhinterfragten Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie und in den Jahren 1935–1945 in einer Vielzahl von Broschüren und Schulungsmaterialien für Polizei-, SS- und Wehrmachtseinheiten vereinheitlicht und didaktisiert. Presseartikel in Zielgruppenmedien für die im Vernichtungskrieg ab 1941 eingesetzten Einheiten sorgten für die Verfügbarkeit eines eliminatorischen, antisemitisch-antibolschewistischen Deutungsrahmens, der die eigene Gewalt rationalisieren konnte. Letztlich lässt sich die Bedeutung des Feindbildes für individuelle Täter zwar oft nicht en détail nachvollziehen, die intensive Schulung sowie die propagandistische Dauerbeschallung mit dem Feindbild legen jedoch nahe, dass deutsche Truppen durchaus flexibel auf das tradierte nationalsozialistische Deutungsangebot für das Erlebte zurückgreifen konnten. Wenngleich dieser Aspekt nicht als monokausale Erklärung und unmittelbarer Ursachen-Wirkungszusammenhang für das Täterhandeln gelten kann, so ist er gleichfalls ernst zu nehmen. Die dauerhafte mediale Präsenz eliminatorisch-antisemitischer Bilder in der deutschen Gesellschaft vor und während des Nationalsozialismus, die Vermittlung von Feindbildern wie dem „Jüdischen Bolschewismus“ in der ideologischen Schulung von SS- und Polizeieinheiten, die Sozialpsychologie der Täter, ihr Korpsgeist, ihre Männlichkeitsvorstellungen und ihre Reinheitsideologeme müssen als historisch miteinander verschränkt begriffen werden – sie bilden eine Einheit in der nationalsozialistischen Massengewalt.

Petra Svatek

„Völkische Geographie als Kernstück der geographischen Forschung“

Kontinuitäten und Wandlungen in Wien und Berlin 1900–1945

1 Einleitung

Im Jahre 1935 plädierte der deutsche Geograph und Raumplaner Emil Meynen (1902–1994) in der *Geographischen Zeitschrift* dafür, dass die „völkische Geographie das Kernstück der geographischen Forschung sein“¹ sollte. Bereits lange Zeit vor dem Nationalsozialismus begann sowohl in Deutschland als auch in Österreich eine völkische Ausrichtung der Geographie, die schließlich infolge der NS-Ideologie eine Intensivierung und einen politischen Radikalisierungsschub erhalten hatte. Auch die völkische Geographie legte ihr Augenmerk auf Rasse und Volkstum, wobei die Definition, was man unter völkischer Geographie zu verstehen habe, im Laufe der Zeit Veränderungen erfahren hatte. Zudem war sie keine einheitliche Forschungsrichtung. Sie vereinigte eine Vielzahl an unterschiedlichen Ansätzen und Themen, die siedlungsgeographische, wirtschaftsgeographische, volkskundliche und rassenbiologische Aspekte kombinierte und auch geopolitische, historische und mythologische Komponenten einbezog. Ziel dieses Artikels ist es, erstmals diese „völkische“ Geographie am Beispiel der Geographischen Institute der Universität Wien und der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin vom Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg näher zu analysieren. Welche unterschiedlichen Perioden können festgestellt werden und wie verhielt sich die völkische Geographie zur Politik der jeweiligen Zeit?

Über die Entwicklung der völkischen Geographie des deutschsprachigen Raumes sind bis jetzt kaum Forschungen durchgeführt worden. Abhandlungen existieren zum Beispiel zum Antisemitismus in der Geographie² und zu wenigen Geo-

1 Meynen, Emil. „Völkische Geographie“. *Geographische Zeitschrift* 41 (1935): 135–141, hier 440.
2 Kost, Klaus. „Anti-Semitism in German geography 1900–1945“. *GeoJournal* 46 (1998): 285–291; Michel, Boris. „Antisemitismus, Großstadtfeindlichkeit und reaktionäre Kapitalismuskritik in der deutschsprachigen Geographie vor 1945“. *Geographica Helvetica* 69/3 (2014): 93–202; Michel, Boris. „Anti-Semitism in early 20th century German geography. From a „spaceless“ people to the root of the „ills“ of urbanization. *Political Geography* 65 (2018): 1–7; usw.

graphen, wie zum Beispiel Karl Haushofer (1869–1946).³ Völkische Forschungen von deutschsprachigen Geographen wurden zudem im Rahmen der Studien zu den Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften⁴ und zur Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung⁵ thematisiert. Auch das *Handbuch der völkischen Wissenschaften*, zuletzt in zweiter Auflage im Jahre 2017 erschienen, enthält Biographien von völkisch forschenden Geographen.⁶ In den letzten Jahren hat sich die Autorin mit den Geographischen Instituten der Universitäten Wien und Berlin in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts näher auseinandergesetzt und dabei die Kontinuitäten und Wandlungen der völkischen Forschungen untersucht.⁷

3 Ebeling, Frank. *Geopolitik. Karl Haushofer und seine Raumwissenschaft 1919–1945*. Berlin: Akademie-Verlag, 2018; usw.

4 Fahlbusch, Michael. *Wissenschaft im Dienste der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945*. Baden-Baden: Nomos 1999; Fahlbusch, Michael. „Im Dienste des Deutschtums in Südosteuropa: ethnopolitische Berater als Tathelfer für Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. *Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches. Institutionen-Inhalte. Personen*. Hg. Beer, Mathias, und Gerhard Seewann. München: R. Oldenbourg Verlag, 2004. 175–214; Fahlbusch, Michael. „Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft“. *Handbuch der völkischen Wissenschaften. Forschungskonzepte-Institutionen-Organisationen-Zeitschriften*. Hg. Fahlbusch, Michael, Haar, Ingo, und Alexander Pinwinkler. Berlin: Walter de Gruyter, 2017. 2023–2033; usw.

5 Gutberger, Hansjörg. *Raumentwicklung, Bevölkerung und soziale Integration: Forschung für Raumplanung und Raumordnungspolitik 1930–1960*. Wiesbaden: Springer, 2017; Werner, Oliver. *Wissenschaft „in jedem Gewand“? Von der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ zur „Akademie für Raumforschung und Landesplanung“ 1935 bis 1955*. Göttingen: Wallstein, 2022.

6 Fahlbusch, Michael. „Emil Meynen“. *Handbuch der völkischen Wissenschaften. Biographien*. Hg. Fahlbusch, Michael, Haar, Ingo, und Alexander Pinwinkler. Berlin: Walter de Gruyter, 2017. 509–517; Grün, Bernd. „Friedrich Metz“. *Handbuch der völkischen Wissenschaften. Biographien*. Hg. Fahlbusch, Michael, Haar, Ingo, und Alexander Pinwinkler. Berlin: Walter de Gruyter, 2017. 494–499; Henniges, Norman. „Albrecht Penck“. *Handbuch der völkischen Wissenschaften. Biographien*. Hg. Fahlbusch, Michael, Haar, Ingo, und Alexander Pinwinkler. Berlin: Walter de Gruyter, 2017. 570–577; Stock, Hubert. „Egon Lendl“. *Handbuch der völkischen Wissenschaften. Biographien*. Hg. Fahlbusch, Michael, Haar, Ingo, und Alexander Pinwinkler. Berlin: Walter de Gruyter, 2017. 439–441.

7 Siehe zum Beispiel: Svatek, Petra. „Das südöstliche Europa als Forschungsraum“. *Wiener Raumforschung und „Lebensraumpolitik“*. *Ressourcenmobilisierung und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem*. Hg. Flachowsky, Sören, Hachtmann, Rüdiger, und Florian Schmaltz. Göttingen: Wallstein, 2016. 82–120; Svatek, Petra. „Geographisches Institut der Universität Wien“. *Handbuch der völkischen Wissenschaften. Forschungskonzepte-Institutionen-Organisationen-Zeitschriften*. Hg. Fahlbusch, Michael, Haar, Ingo, und Alexander Pinwinkler. Berlin: Walter de Gruyter, 2017. 1398–1405; Svatek, Petra. „Kontinuität oder Wandlung? Stadt- und Landesplanung am Geographischen Institut der Universität Wien um 1938“. *GW-Unterricht. Zeitschrift des Vereins für geographische und wirtschaftliche Bildung 152/4* (2018): 5–13; Svatek, Petra. „Hugo Hassinger (1877–1952). Volkstumsforscher, Raumplaner, Kartograph und Historiker“. *Österreichische Historiker. Lebensläufe und Karrieren 3*. Hg. Karel Hruza. Wien: Böhlau, 2019. 123–155; Svatek, Petra.

Dabei konnte sie auf die Veröffentlichungen des deutschen Wissenschaftshistorikers Norman Henniges aufbauen, der die Forschungspraxis von Wiener und Berliner Geographen in den ersten beiden Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts analysierte.⁸

2 Die ersten Anfänge als deskriptive Forschungsrichtung

Die erste Periode beginnt um 1900 und reicht bis in die Mitte der 1910er Jahre. Die völkische Geographie kann zu dieser Zeit als eine deskriptive Forschungsrichtung bezeichnet werden. Die Wiener und Berliner Geographen lieferten zwar noch keine Expertisen für die Politik der damaligen Zeit, legten aber den Grundstein für die spätere Volks- und Kulturbodenforschung sowie die NS-Flurbereinigung und Vernichtungspolitik. Die bedeutendsten Protagonisten waren Albrecht Penck (1858–1945), Erwin Hanslik (1880–1940) und Hugo Hassinger (1877–1952). Penck, der sich an der Universität München im Fachbereich Geographie habilitiert und ab 1885 die Professur für Physiogeographie an der Universität Wien innehatte, unternahm mit seinen Studierenden regelmäßig Exkursionen in die verschiedensten Teile der Habsburgermonarchie. Diese Exkursionen bedeuteten einen völlig neuen methodischen Ansatz innerhalb der deutschsprachigen Geographie, die bis dahin auf studentische Praktika und Feldforschungen weitgehend verzichtete. Pencks Studierende erhielten dabei eine „Schulung zur Beobachtung“ und konnten dadurch „vom angeleiteten Training zu selbständiger Forschung“⁹ im Feld un-

„Die Wiener Hochschularbeitsgemeinschaften für Raumforschung: Forschungen über Südosteuropa“. Raumforschung zwischen Nationalsozialismus und Demokratie. Das schwierige Erbe der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, Arbeitsberichte der ARL 29. Hg. Sabine Baumgart. Hannover: ARL, 2020. 26–37; Svatek, Petra. „Academic Geography and its Networks in Vienna and Berlin: A First Comparative Study“. *Science in the Metropolis: Vienna in Transnational Context 1848–1914*. Hg. Mitchell G. Ash. New York: Routledge, 2021. 135–151; usw.

8 Henniges, Norman. „Sehen lernen“: Die Exkursionen des Wiener Geographischen Instituts und die Formierung der Praxiskultur der geographischen (Feld-)Beobachtung in der Ära Albrecht Penck (1885–1906). *Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft* 156 (2014): 141–170; Henniges, Norman. „Naturgesetze der Kultur“: Die Wiener Geographen und die Ursprünge der „Volks- und Kulturbodentheorie“. *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies*, 14/4 (2015): 1309–1351; usw.

9 Henniges, Norman. Die Spur des Eises. Eine praxeologische Studie über die wissenschaftlichen Anfänge des Geologen und Geographen Albrecht Penck (1858–1945). Beiträge zur regionalen Geographie 69. Leipzig: Selbstverlag Leibniz-Institut für Länderkunde e. V., 2017. 412, 442; siehe auch Henniges, 2014. 147–165.

terrichtet werden. Gegenstand der Exkursionen und Praktika waren zwar physio-geographische Themen, doch geriet der handelnde Mensch immer mehr in den Fokus. Penck vermittelte seinen Studierenden den angeblichen Wandel an Kulturformen in den unterschiedlichsten Teilen der Habsburgermonarchie und inspierte sie somit für spätere Forschungsprojekte.¹⁰

Es waren vor allem seine beiden Dissertanten Hugo Hassinger und Erwin Hanslik, die sich fortan mit den kulturellen Unterschieden diverser Völker auseinandersetzen und somit am Geographischen Institut der Universität Wien eine völkische Ausrichtung der Geographie begründeten. Diese Entwicklung begann mit einer eher deskriptiven Beschreibung, wobei auch hier im Gegensatz zur späteren Zeit ein direktes Zuarbeiten für die Politik gegenüber den anderen beiden Perioden noch nicht vorhanden war.

Hassingers zentrale Prägung seiner wissenschaftlichen Laufbahn erfolgte während seiner Lehr- und Forschungstätigkeit in Mährisch-Weißkirchen, als er mit dem Nationalitätenkampf zwischen Slawen und Deutschen in Berührung kam. Dieser Konflikt veranlasste ihn, das „Deutschtum“ näher zu erforschen. Im Jahre 1907 publizierte er in der deutschnationalen Zeitschrift *Der getreue Eckart* seine erste kulturwissenschaftliche Abhandlung über *Hemmungen unserer nationalen Schutzarbeit*. Darin bezeichnete er die Slawen als ein kulturell und geistig niedrig stehendes Volk und diskriminierte sie aufgrund ihrer Rasse. Gleichzeitig lobpreiste er die Kulturentwicklung der Deutschen. Er vertrat unter anderem die Ansicht, dass

in den Schulen, in denen die Slawen einen namhaften Bruchteil oder gar die Mehrheit der Schüler bilden, das deutsche Kind in seinem Wissen verkürzt, in seiner Charakterbildung verkümmert wird [...] Ganz abgesehen davon, daß nun einmal der Slawe ein ganz anderes Gefühlsleben und eine ganz andere Art als der deutsche besitzt und es fraglich erscheint, ob die slawische Einwirkung auf das deutsche Fühlen und Denken für unsere Kinder vorteilhaft ist.¹¹

Die angeblichen kulturellen Unterschiede zwischen Deutschen und Slawen hatten Hanslik bereits während seiner Kindheit in Biała (Galizien) kennengelernt. Das Thema der Kulturgrenzen zwischen West- und Osteuropa wurde Forschungsgegenstand seiner Dissertation. Auch er attestierte den Slawen Minderwertigkeit, auch wenn er keine solch radikalen Formulierungen wählte wie sein Kollege Hassinger. Hanslik übertrug die geomorphologische Zyklentheorie des amerikani-

¹⁰ Siehe auch: Henniges, 2014. 158–165.

¹¹ Hassinger, Hugo. „Hemmungen nationaler Schutzarbeit“. *Der Getreue Eckart. Monatsschrift für die Gesamtinteressen deutscher Schutzarbeit* 5 (1907): 1–6, 29–26, hier 3–4. Siehe zu diesem Thema auch: Svatek, 2019. 126–127.

schen Geographen William Morris Davis (1850–1934) in die Kulturgeographie, indem er den deutschen und slawischen Kulturformen verschiedene Kulturhöhen zuordnete. Diese würden wiederum unterschiedlichen und zyklisch verlaufenden Kulturstadien von der „Jugend“ über die „Reife“ bis hin zum „Alter“ entsprechen. Dabei sah Hanslik die wirtschaftliche Entwicklung als bedeutendstes Kriterium an.¹²

3 Politisierung der völkisch-geographischen Forschung und zunehmende Radikalisierung

Mit dem Ersten Weltkrieg verstärkte sich die politische Ausrichtung der völkischen Studien, indem die Geographen tagespolitische Themen aufgriffen und ihre Forschungen als Beitrag zur Politik verstanden. Es fand eindeutig eine Politisierung der völkischen Forschung und eine zunehmende Radikalisierung statt.

Im Gegensatz zu den Jahren davor intensivierte Hanslik seine Forschungen zur deutsch-slawischen Sprachgrenze und wollte nun seine Ergebnisse der Politik, wie zum Beispiel für einen friedlichen Austausch zwischen Völkern, zur Verfügung stellen. Die Politik berücksichtigte seine Forschungen allerdings nicht. Denn sie waren wegen seines recht skurrilen Raumkonstruktes auch innerhalb der Geographie umstritten. So etwa dehnte Hanslik den europäischen Kultureinfluss bis zur südlichen Sahara und in den Orient aus.¹³

Albrecht Penck, der 1906 zum Professor für Geographie an die Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin berufen wurde, begann Ende 1918 von sich aus ohne Auftrag seitens der Politik kartographische Projekte, welche die ethnographischen Verhältnisse im Osten des Reiches und in Polen visualisieren sollten. Sie waren als Handreichungen für die Politik bei den Pariser Friedensverhandlungen ge-

12 „So stehen an und unweit der Sprachgrenze zwei Gebiete ganz anderer Kultur einander gegenüber. In der Gegenwart sind es zwei Gebiete verschiedener Kulturhöhe und damit verschiedenen Kulturstadiums. Der hohen städtischen Kultur Westeuropas steht die niedere ländliche Kultur Osteuropas gegenüber. Der reifen westeuropäischen Kultur steht die jugendliche osteuropäische entgegen, welche zur vollen wirtschaftlichen geistigen und staatlichen Höhe noch einen weiten Weg hat.“ Hanslik, Erwin. „Kulturgeographie der deutsch-slawischen Sprachgrenze“. *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 8 (1910): 103–127, 443–475, hier 475. Dazu auch: Henniges, 2015. 1317–1323.

13 Svatek, 2021. 142; Feichtinger, Johannes. „Kulturwissenschaften.at: Varianten, Traditionen und Entwicklungen in Österreich. Ein Essay“. Kulturwissenschaft(en) im europäischen Kontext. Fachhistorische Entwicklungen zwischen Theoriebildung und Anwendungsorientierung. Hg. Steffen Höhne. Frankfurt am Main: Lang-Ed., 2013. 109–122, hier 116; Henniges, 2015. 1332–1335.

dacht. Aus diesem Grund übermittelte er Anfang Mai 1919 Karten an die deutsche Regierung und stellt weitere Karten für die Verhandlungen in Aussicht. Doch blieb eine positive Nachricht von Seiten der Regierung aus. Die deutsche Regierung verzichtete im Gegensatz zu Österreich auf Karten, die allerdings ohnehin kaum gebraucht wurden. Denn in Paris gab es mit den Alliierten keine Verhandlungen über einen auf Gegenseitigkeit gegründeten Schutz nationaler Minoritäten.¹⁴ Österreichische Geographen, wie Robert Sieger von der Universität Graz und weitere Geographen der Wiener Exportakademie (Franz Heiderich, Hermann Leiter, usw.) wurden hingegen bewusst von Politikern sowohl bei der Kartenerstellung als auch als Sachverständige ethnographischer Verhältnisse mit einbezogen. Doch bestand ihre Aufgabe zum großen Teil nicht in der Interpretation der Daten, sondern in ihrer bloßen Zurverfügungstellung.¹⁵

Die Pariser Friedensverhandlungen hatten sowohl bei den deutschen als auch österreichischen Geographen wegen der Aufteilung des Deutschtums auf viele Staaten Europas eine aggressive völkische Bewegung zur Folge. In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg kam es daher zu einer Radikalisierung der Deutschtumsforschung. Vor allem Albrecht Penck setzte sich mit dem deutschen Volks- und Kulturboden in Ost- und Südosteuropa auseinander und entwickelte ein neues Konzept, das jedoch teilweise auf den Ausführungen seines Dissertanten Erwin Hanslik fußte.

Der Vorteil der Kombination beider Begriffe lag für Penck darin begründet, dass er mit der scheinbar historisch legitimierten Idee des deutschen Kulturbodens sowohl über das staatliche Territorium von 1914 als auch über das deutsche Sprachgebiet hinausgehen konnte. Dadurch war es möglich, die territorialen Machtansprüche jenseits des bisherigen Revisionismus auf Kosten anderer Länder, in der es keine deutsche Bevölkerungsmehrheit mehr gab, radikal auszudehnen.¹⁶

14 Pinwinkler, Alexander. „Hier war die große Kulturgrenze, die die deutschen Soldaten nur zu deutlich fühlten ...“ Albrecht Penck (1858–1945) und die deutsche „Volks- und Kulturbodenforschung“. *Österreich in Geschichte und Literatur mit Geographie* 2011/2 (2011): 180–191, hier 182–183, 187; Herb, Guntram Henrik. *Under the map of Germany. Nationalism and Propaganda 1918–1945*. New York: Routledge, 1997. 24–28; Schultz, Hans-Dietrich. „Ein wachsendes Volk braucht Raum“. Albrecht Penck als politischer Geograph. 1810–2010: 200 Jahre Geographie in Berlin. *Berliner Geographische Arbeiten* 115. Hg. Nitz, Bernhard, Schultz, Hans-Dietrich und Marlies Schulz. Berlin: Geographisches Institut, 2010. 99–153.

15 Svatek, Petra. „Ethnic Cartography and Politics in Vienna 1918–1945“. *British Journal for the History of Science* 51/1 (2018): 99–121, hier 102–105.

16 Henniges, 2015. 1338. Zu dem Thema siehe auch Schultz, Hans-Dietrich. „Albrecht Penck: Vorbereiter und Wegbereiter der NS-Lebensraumpolitik?“. *E&G Quaternary Science Journal* 66 (2018): 115–129.

Pencks Volks- und Kulturbodentheorie wurde sowohl in Deutschland als auch in Österreich popularisiert und der allgemeinen Bevölkerung vor allem in populistischen Zeitschriften wie zum Beispiel *Grenzland*,¹⁷ präsentiert. Die Beiträge setzten sich mit dem Schutz der Deutschen und deren Kultur in Europa auseinander und würdigten deren kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen.

Die Deutschumsforschung der Wiener und Berliner Geographen wurden ab dem Beginn der 1930er Jahre vor allem in den Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften¹⁸ fortgeführt. Das hatte eine verstärkte interdisziplinäre Ausrichtung zur Folge. Hatten die Geographen ihre völkischen Studien zuvor weitgehend innerhalb ihrer Fachrichtung bearbeitet, so sind ab nun Wissenschaftler vieler verschiedener Wissenschaftsgebiete und Institutionen beteiligt. Als Beispiel soll der 1933 initiierte *Burgenlandatlas* genannt werden, der von Hassinger und dem niederösterreichischen Geographen Fritz Bodo (1893–1978) geleitet wurde und ein verschleiertes politisches Projekt darstellte. Er sollte nach den geheimen und nur für den Dienstgebrauch bestimmten Berichten der Südostdeutschen Forschungsgemeinschaft (SODFG) unter anderem für „die Abwehr etwa auftauchender ungarischer revisionistischer Bestrebungen“¹⁹ herangezogen werden. Dieses Atlasprojekt war vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich die umfangreichste interdisziplinäre Arbeit, die von Geographen der Universität Wien geleitet wurde, und an der neben 19 Geistes- und 14 Naturwissenschaftlern auch Heimatforscher, Lehrer, Landesplaner sowie Mitarbeiter der burgenländischen Landesregierung beteiligt waren.²⁰

Berliner Pendant ist der 1929 von Albrecht Penck initiierte und von seinem Nachfolger Norbert Krebs (1876–1947) geleitete „Atlas des deutschen Lebensraumes in Mitteleuropa“. Dieser Atlas sollte unter anderem einen Beitrag zu einem einheitlichen deutschen Kulturraum und zum Konzept des deutschen Lebensraumes leisten. Die Mitarbeiter kamen von der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, von diversen Universitätsinstituten, Reichsbehörden (Reichsamt für

17 Zur Zeitschrift „Grenzland“ siehe: Svatek, Petra. „Zeitschrift Grenzland“. Handbuch der völkischen Wissenschaften. Forschungskonzepte-Institutionen-Organisationen-Zeitschriften. Hg. Fahlbusch, Michael, Haar, Ingo, und Alexander Pinwinkler. Berlin: Walter de Gruyter, 2017. 2081–2084.

18 Zu diesen Forschungsgemeinschaften siehe u. a. Fahlbusch, 1999.

19 Politisches Archiv Auswärtiges Amt, R 60291 (Tätigkeitsbericht der Südostdeutschen Forschungsgemeinschaft über das Rechnungsjahr 1934/35).

20 Zum Burgenlandatlas siehe: Svatek, Petra. „Burgenlandatlas“. Handbuch der völkischen Wissenschaften. Forschungskonzepte-Institutionen-Organisationen-Zeitschriften. Hg. Fahlbusch, Michael, Haar, Ingo, und Alexander Pinwinkler. Berlin: Walter de Gruyter, 2017. 2057–2060.

Wetterdienst, Reichsstelle für Bodenforschung, usw.) und von der Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft.²¹

4 Geographische Forschung als Quelle für die völkisch-rassische Neuordnung Europas

Insbesondere nach Hitlers Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939, worin er sein Vorhaben zu eine völkisch-rassischen Neuordnung Europas präsentierte,²² wurden die völkisch-geographischen Forschungen schließlich zu einer bedeutenden politischen Quelle. Die Wiener Geographen gingen eine enge Verbindung mit der NS-Politik ein und leisteten mit ihren Karten und Publikationen einen Beitrag zu den nationalsozialistischen Umsiedlungsvorhaben. So forderte zum Beispiel Hassinger in einem 1941 in Breslau gehaltenen Vortrag explizit eine „Flurbereinigung des deutschen Volkstums“.²³ Eine der ersten Studien zu diesem Thema lieferten innerhalb der SODFG Hugo Hassinger, Walter Strzygowski (1908–1970) und Hans Graul (1909–1997), die 1939 im Auftrag des Vereins für das Deutschtum im Ausland eine *Denkschrift zur Umsiedlung der Südtiroler* in das westliche Polen ausarbeiteten.²⁴ Doch kam die Initiative nicht nur von politischer Seite und Behörden, sondern häufig von den Geographen selbst. Es ist hier von ineinandergreifenden „Hand-

21 Schleiermacher, Sabine. „Nationalsozialistische Raumplanung und Volkstumsforschung. Der Atlas des deutschen Lebensraumes der Preußischen Akademie der Wissenschaften“. Wissenschaftsakademien im Zeitalter der Ideologien. Politische Umbrüche – wissenschaftliche Herausforderungen – institutionelle Anpassungen, Acta Historica Leopoldina. Hg. Vom Bruch, Rüdiger, Gerstengarbe, Sybille, Thiel, Jens und Simon Renkert. Stuttgart: Wiss. Verl.-Ges, 2014. 395–418.

22 Siehe dazu Wildt, Michael. „Völkische Neuordnung Europas“. Geschichte der europäischen Integration bis 1989. Hg. Hohls, Rüdiger, und Hartmut Kaelble. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2016. 37–44.

23 Universitätsarchiv Wien, Nachlass Hassinger, Kt. 26 (Vortrag Hassingers auf der Tagung deutscher wissenschaftlicher Ost- und Südostinstitute in Breslau September 1941): „Nun muss es auch einmal zu einer Flurbereinigung des deutschen Volkstums im Donauraum kommen, in dem Sinn, dass diese zersplitterten und unökonomisch geformten Sprachinseln zu einer besseren Formung kommen. Die natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen aller deutschen Sprachinseln müssen genau erforscht sein, wenn das Standortproblem des Aus- und Einsiedlungsraumes richtig gelöst werden soll“. Zu diesem Kontext siehe unter anderem Svatek, 2020. 33–34.

24 Fahlbusch, 1999. 513–515.

lungsfeldern²⁵ auszugehen. Eine alleinige „Indienstnahme“²⁶ der Wissenschaften durch die Politik kann eher ausgeschlossen werden.

Die Forschungen erfolgten vor allem im Rahmen der 1938 gegründeten Arbeitsgemeinschaft für Raumerforschung der Universität Wien, die von Hassinger geleitet wurde.²⁷ Die Projekte *Landflucht von der südöstlichen Reichsgrenze*, die *Bestandsaufnahmen der deutschen Volksgruppen im mittleren Donauraum und geographische Untersuchung ihrer Siedlungsgeschichte* und die *Neuordnung der deutschen Volksgruppengebiete im innerkarpatischen Raum* sollten einen Beitrag zur Wiederbesiedlung strukturschwacher Reichsgebiete leisten, die rassische Struktur der Bewohner ergründen und die Umsiedlung deutscher Volksgruppen vorbereiten. Dabei entstanden umfangreiche Kooperationen über die Disziplinen- und Institutsgrenzen hinweg, wie zum Beispiel mit Mitarbeitern der Volksdeutschen Mittelstelle, des Deutschen Auslandsinstituts Stuttgart, der Wiener Hochschule für Bodenkultur, des Statistischen Amtes, der Landesbauernschaft Donauland, des Agrarpolitischen Gauamtes Wien, der Gauverwaltung Niederdonau und diverser Institute der Universität Wien sowie mit den deutschen Volksgruppen vor Ort, um noch effizienter eine „zweckmäßige Formung des deutschen Siedlungsgebietes“²⁸ vorbereiten zu können. Zudem war das Geographische Institut der Universität Wien an der Erstellung von Volkstumskarten beteiligt, die in der P-Stelle der SODFG unter dem Wiener Geographen Wilfried Krallert (1912–1969) in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt für Umsiedlungsaktionen gedruckt wurden und auch den Anteil der jüdischen Bevölkerung verzeichneten. Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass sie bei der Deportation und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung eine Rolle spielten.²⁹

Die Geographen der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin setzten sich während der NS-Zeit vor allem mit Landflucht, Siedlungs- und Flurformen und Volkstumsgrenzen innerhalb des Reiches, in den Grenzregionen und in Osteuropa auseinander. Dabei scheinen sie Expertisen zur Stärkung der deutsch-nationalen

25 Ash, Mitchell G. „Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander“. *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten*. Hg. Vom Bruch, Rüdiger, und Brigitte Kaderas. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 2002. 32–51, hier 34.

26 Ash, Mitchell G. „Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert“. *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), 11–46, hier 17.

27 Zu dieser Arbeitsgemeinschaft siehe: Svatek, 2020. 26–37.

28 Universitätsarchiv Wien, Nachlass Hassinger, Kt. 16 (Ansuchen zum Projekt „Bestandsaufnahmen der deutschen Volksgruppen im mittleren Donauraum und geographische Untersuchung ihrer Siedlungsgeschichte“ 1942/43).

29 Eine umfangreiche Studie zu den Projekten liefert die Autorin unter anderem in folgenden Publikationen: Svatek, 2016. 94–117; Svatek, 2019. 134–155; Svatek, 2020. 26–37; usw. Zu den Volkstumskarten der SODFG siehe auch Fahbusch, 1999. 634–637.

Identität, zur möglichen Wiederbesiedlung grenznaher Regionen und allgemein zur wissenschaftlichen Vorbereitung der durchzuführenden Neuordnung des deutschen Lebensraumes geliefert zu haben. Auch mythologische Komponenten flossen in die völkisch-geographischen Forschungen mit ein. Als Beispiel ist Albert Herrmann (1886–1945) zu nennen, der an der Friedrich-Wilhelms-Universität historische Geographie lehrte. Er untersuchte in den 1920er und frühen 1930er Jahren das Chott el-Djerid im heutigen Tunesien und kam zu dem Schluss, dass einst das Königreich Atlantis dort situiert gewesen sein müsste.³⁰ Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten arisierte Herrmann schließlich seine Atlantis-Theorie. Die Bewohner von Atlantis zählten für ihn zu einer nordisch-arischen Rasse, die ursprünglich aus Friesland stammte. Er war der Überzeugung, dass die Germanen bereits vor dem Christentum eine Hochkultur entwickelt hatten. Dies entsprach der nationalsozialistischen Ideologie von der Vollkommenheit der arischen Deutschen.³¹ Um diese Theorie zu belegen, analysierte Herrmann auch höchst fragwürdige Quellen, wie zum Beispiel die so genannte *Ura-Linda-Chronik*, die in altfriesischer Sprache mythologische, religiöse und historische Themen ab 2100 v. Chr. beschreibt. Doch handelte es sich bei dem Buch um eine Fälschung aus dem neunzehnten Jahrhundert.³²

Im Gegensatz zum Geographischen Institut der Universität Wien konnten bis jetzt am Geographischen Institut der Friedrich-Wilhelms-Universität keine Projekte ausfindig gemacht werden, die explizit eine ethnische Flurbereinigung vorbereiteten. Auch eine Exklusionsrhetorik („wer nicht zur Volksgemeinschaft gehören durfte“)³³ ist bisher in keinem der bereits analysierten Text zu erkennen gewesen. Zudem scheinen die Geographen weit weniger Projekte von sich aus initiiert zu haben als ihre Wiener Kollegen. Doch müssen für endgültige Schlussfolgerungen noch weitere Forschungen durchgeführt werden.

30 Herrmann, Albert. „Forschungen am Schott el-Djerid und ihre Bedeutung für Platons Atlantis“. *Dr. A. Petermann's Mitteilungen aus Justus Perthes Geographischer Anstalt* (1930), 170–174, 243–250.

31 Siehe dazu sein Buch: Herrmann, Albert. *Unsere Ahnen und Atlantis: nordische Seeherrschaft von Skandinavien bis nach Nordafrika*. Berlin: Klinkhardt & Biermann, 1934.

32 Zur *Ura-Linda-Chronik* als Quelle für die NS-Ideologie siehe zum Beispiel: Wiwjorra, Ingo. „Herman Wirth. Ein gescheiterter Ideologe zwischen „Ahnenerbe“ und Atlantis“. *Historische Rassistismusforschung. Ideologen, Täter, Opfer*. Hg. Barbara Danckwortt. Hamburg: Argument-Verlag, 1995. 90–112.

33 Wildt, Michael. *Volk, Volksgemeinschaft, AfD*. Hamburg: Hamburger Edition, 2017. 66; vgl. auch Wildt, Michael. *Die Ambivalenz des Volkes: der Nationalsozialismus als Gesellschaftsgeschichte*. Berlin: Suhrkamp, 2019.

5 Abschließende Bemerkungen

Die Entwicklung der völkischen Geographie begann an den Geographischen Instituten der Universitäten Wien und Berlin mit einer eher deskriptiven Beschreibung und setzte sich mit einer zunehmenden Politisierung, Popularisierung und Radikalisierung durch den Ersten Weltkrieg und die Beschlüsse der Pariser Friedensverhandlungen weiter fort. Mit der Gründung der Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften vollzog sich eine zunehmende inter- und multidisziplinäre Ausrichtung. Während der NS-Zeit wurden die völkisch-geographischen Forschungen zu einem unmittelbaren Zulieferer für die Expansions- und Vernichtungspolitik, wobei es zu einer Kumulation von Kollaborationen mit unterschiedlichen wissenschaftlichen, Raumordnungs- und politischen Instituten gekommen war.

Gemeinsame völkisch-geographische Projekte existierten zwischen Wiener und Berliner Kollegen im Untersuchungszeitraum nicht. Doch kannten sich die Geographen sowohl vom Studium als auch von Tagungen, was einen Wissensaustausch möglich machte. Hassinger, Hanslik und Krebs studierten zeitgleich bei Penck am Geographischen Institut der Universität Wien. Pencks Konzept des deutschen Volks- und Kulturbodens beruht teilweise auf den Ausführungen seines Dissertanten Hanslik, der wiederum während seines Studiums von Pencks Sichtweisen beeinflusst wurde. Hassinger und Krebs leisteten mit ihren Atlasprojekten ab den 1930er Jahren einen Beitrag zum Konzept des deutschen Lebensraumes, was wohl auch zu einem Informationsaustausch geführt hatte.

Die Geographen von geographischen Instituten anderer Universitäten hatten während der NS-Zeit ebenfalls ihre Forschungen völkisch ausgerichtet. Unterschiede existieren vielfach bis in die 1920er Jahre, als man vielerorts den Fokus auf geomorphologische und länderkundliche Forschungen legte. Zu den bedeutendsten Protagonisten zählen unter anderem Karl Haushofer, Siegfried Passarge (1866–1958), Alfred Hettner (1859–1941) und Oskar Schmieder (1891–1980). Doch diese Geographen müssen bezüglich der völkischen Ausrichtung ihrer geographischen Studien noch näher untersucht werden.

In Berlin gab es außerhalb des Geographischen Institutes der Friedrich-Wilhelms-Universität noch andere Institutionen, die sich mit völkisch-geographischen Forschungen auseinandersetzten. Zu nennen wären zum Beispiel das Institut für Grenz- und Auslandsstudien und die Publikationsstelle Dahlem. Letztgenannte Institution fertigten unter anderem Volkstumskarten an, die detaillierte Angaben zu Sprache und Religion enthielten.³⁴ Studien zur Bevölkerungsstruktur Ost- und

³⁴ Fahlbusch, 1999. 563–567.

Südosteuropas wurden auch am Institut für Grenz- und Auslandsstudien durchgeführt.³⁵ Die völkisch-geographischen Forschungen dieser Institutionen werden von der Autorin in den nächsten Monaten unter besonderer Berücksichtigung der Verbindung zur Politik, der etablierten Netzwerke und der Forschungspraxis näher untersucht.

35 Zu dieser Institution siehe: Korb, Alexander. „Institut für Grenz- und Auslandsstudien“. Handbuch der völkischen Wissenschaften. Forschungskonzepte-Institutionen-Organisationen-Zeitschriften. Hg. Fahlbusch, Michael, Haar, Ingo, und Alexander Pinwinkler. Berlin: Walter de Gruyter, 2017. 1414–1420.

Philipp Kröger

Ideologie und Technik

Zur Vorgeschichte der statistischen Erfassung von Volk, Nation und „Rasse“ im Nationalsozialismus

Auf sechs von zehn Seiten eines Berichts vom Dezember 1939 schilderte Albert Rapp (1908–1975) die „Berechnung der Abschiebungszahlen und Planung der weiteren Evakuierungsmassnahmen“. Rapp war Leiter des Amtes für die Umsiedlung von Polen und Juden, Vorgänger der Umwandererzentralstelle, und zuständig für die Deportationen des sogenannten ersten Nahplanes des Reichssicherheitshauptamtes. Dass Zahlen und Berechnungen einen Großteil des Berichts ausmachen, ist kein Zufall. Ein zentrales Problem bestand Rapp zufolge darin, verlässliche Daten über die Bevölkerung zu erhalten, um sie entsprechend der Deportationsplanung selektieren zu können. Das „gesamte Material“ war veraltet oder ungenau¹. Rapp hoffte, dass die Daten einer im Dezember begonnenen „Einwohnererfassung“², eine Volkszählung, eine „wesentliche Erleichterung der Evakuierungsmaßnahmen“ böten³. Um das mörderische Programm einer „neue[n] Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“, so Hitler im Oktober 1939⁴, in die Tat umzusetzen, bedurfte es einer Ressource, die erst in jüngerer Zeit in den Fokus der historischen Forschung geraten ist: Daten⁵.

Mittels der Einwohnererfassung sollte die Bevölkerung der besetzten Gebiete in ethnopolitische Kategorien sortiert und darüber zum Gegenstand des Germanisierungsprogramms werden. Dass Daten darin eine zentrale Rolle spielten, ist nicht verwunderlich. Großangelegte sozialtechnologische Eingriffe bedingen, dass der moderne Staat die Objekte seines politischen Handelns lesbar macht, sie in

1 Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce. Bd. 12. Warszawa 1960. Dok. 8: Abschiebung von Juden und Polen aus dem Warthegau. Erfahrungen aus dem bisherigen Ablauf der Aktion und Planung für die zukünftigen Transporte, 18.12.1939, gez. Rapp. 22–31 F., hier 26 F.

2 Zur Einwohnererfassung sowie dem engen Zusammenhang von Datenerfassung und Deportationsplanung vgl. Biuletyn, 1960. Dok. 4: Raäumung in den neuen Ostprovinzen, 28.11.1939, gez. Heydrich. 15 F–17 F.

3 Biuletyn, 1960, Dok. 8. 31 F.

4 Rede Adolf Hitlers vor dem Reichstag am 6.10.1939, VEJ 4/17. 99–102, hier 99.

5 Vgl. jedoch Aly, Götz und Karl Heinz Roth. Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus, überarbeitete Neuausgabe. Frankfurt a. M.: Fischer, 2000.

Daten übersetzt⁶. Bemerkenswert ist vielmehr, wie der nationalsozialistische Staat Menschen selektierte. Als Grundlage der Erfassung dienten drei Kriterien: „Volkszugehörigkeit“, ein als subjektiv verstandenes Bekenntnis zu jenem „Volk, dem der einzelne sich verbunden fühlt“, sowie eine als objektiv geltende Abfrage der Sprache und Religionszugehörigkeit⁷. Darüber wurden Menschen als Polen, Juden oder Deutsche identifiziert.⁸ „Rasse“, also die Selektion anhand physischer Merkmale und damit entlang der sogenannten „nordischen Rassenlehre“, wie sie – von Hans F. K. Günther popularisiert – zu einem wichtigen Bezugspunkt nationalsozialistischer Vorstellungswelten wurde⁹, spielte keine Rolle.

Auch in anderen Selektionsmechanismen der NS-Herrschaft im östlichen Europa, so etwa beim Screening der sogenannten „Volksdeutschen“ seitens der Einwandererzentralstelle, war „Rasse“ nur ein Kriterium unter vielen¹⁰. Gerhard Wolf hat gezeigt, dass die „Deutsche Volksliste“ in den besetzten polnischen Gebieten Zugehörigkeit nicht über „Rasse“, sondern auch aus herrschaftsfunktionalen Erfordernissen entlang völkischer Kriterien organisierte¹¹. Im Hinblick auf die eingangs erläuterten Datenpraktiken kann indes noch ein weiterer Grund ausgemacht werden, warum „Rasse“ nicht zentrales Selektionskriterium im nationalsozialistischen Staat wurde: Die aus bevölkerungspolitischer Sicht notwendige Übersetzung dieser Kategorie in Daten ließ sich nicht einwandfrei umsetzen.

Dieser Aufsatz verfolgt die bis ins neunzehnte Jahrhundert zurückreichende Geschichte der statistischen Erfassung von Volk, Nation und „Rasse“. Dabei zeigt sich nicht nur, dass die nationalsozialistische Erfassungspraxis Ergebnis eines längeren historischen Prozesses ist. Es besteht auch ein Zusammenhang jener ideologischen Kategorien und den technischen Bedingungen ihrer Herstellung. Volk, Nation und „Rasse“ sind, mit Rogers Brubaker gesprochen, keine Dinge in der Welt,

6 Vgl. Scott, James C. *Seeing Like a State. How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed*. New Haven: Yale University Press, 1998.

7 Archiwum Państwowe w Poznaniu, 53/4632/0/2/252, Anmeldung zur polizeilichen Einwohnererfassung.

8 Alle Ethnonyme in diesem Text seien als ethnopolitische Kategorien und nicht als Bezeichnungen für tatsächliche ethnische Gruppen verstanden – für sie wird daher auch keine geschlechtergerechte Sprache genutzt. Darin folge ich dem Ansatz Brubakers, Ethnizität ohne Gruppen zu denken. Vgl. Brubaker, Rogers. *Ethnicity without Groups*. *European Journal of Sociology* 43.2 (2002): 163–189.

9 Vgl. Essner, Cornelia. *Die „Nürnberger Gesetze“ oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933–1945*, Paderborn u. a.: Schöningh, 2002. 61–75.

10 Vgl. Strippel, Andreas. *NS-Volkstumspolitik und die Neuordnung Europas. Rassenpolitische Selektion der Einwandererzentralstelle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (1939 – 1945)*. Paderborn u. a.: Schöningh, 2011. 98–129.

11 Vgl. Wolf, Gerhard. *Ideologie und Herrschaftsrationalität. Nationalsozialistische Germanisierungspolitik in Polen*. Hamburg: Hamburger Edition, 2012.

sondern Perspektiven auf sie. Die Frage besteht demnach weniger darin, ob diese Kategorien konstruiert sind, sondern wie sie konstruiert und darüber wirkmächtig wurden¹². Einerseits waren und sind Volk, Nation und „Rasse“ leere Signifikanten, die unentwegt mit Bedeutung gefüllt wurden. Andererseits war die Statistik eine Technologie, die die gedachten Ordnungen materialisierte und die Abstrakta in konkrete Gegenstände des politischen Handelns überführte. Die Statistik und Technologien der Datenverarbeitung schrieben Zugehörigkeiten fest – sie fixierten die Bedeutung der flottierenden Signifikanten.

Insbesondere Daten ethnopolitischer Zugehörigkeiten sind also, das zeigt sich auch in jüngeren Ansätzen einer „Kulturgeschichte der Statistik“ oder auch „Data Histories“¹³, kein einfaches Abbild einer den Zahlen vorgelagerten Realität. Vielmehr stellen sie eine bestimmte Wirklichkeit in Tabellen und Zahlenreihen erst her. Dieses Herstellungsprozess vermittelte zwischen Ideologie, statistischer Theorie und Technik sowie Empirie und veränderte alle über die Statistik verknüpften Elemente¹⁴. Jedoch ließ sich nicht jede zeitgenössische Bedeutung von Volk, Nation und „Rasse“ in Daten – und damit auch in politisches Handeln – übersetzen.

1 Sprache und Abstammung – die Nationalitätenstatistik im neunzehnten Jahrhundert

Die sogenannte Nationalitätenstatistik entstand in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts. Eine deutsche Erfindung war sie indes nicht. In allen europäischen Imperien nahm die Statistik als notwendiges Regierungswissen moderner Staatlichkeit Ethnizität in jenem Moment in den Blick, als der aufkeimende Nationalis-

¹² Brubaker, 2002. 174–175.

¹³ Bilo, Nicolas, Stefan Haas und Michael C. Schneider. Grundbegriffe einer Kulturgeschichte der Statistik. Einleitung. Die Zählung der Welt. Kulturgeschichte der Statistik vom 18. bis 20. Jahrhundert. Hg. Stefan Haas, Michael C. Schneider, Nicolas Bilo. Stuttgart: Franz Steiner, 2019. 9–22; Data Histories. Hg. Aronova, Elena, Christine van Oertzen und David Sepkoski. *Osiris* 32.1 (2017).

¹⁴ An anderer Stelle habe ich beschrieben, wie sich mittels der Akteur-Netzwerk-Theorie die statistische Erfassung des Nationalen als ein Netzwerk analysieren lässt, das mannigfaltige heterogene Elemente verknüpft und ko-konstitutiv hervorbringt. Vgl. Kröger, Philipp. Die Entdeckung der „Völkermischzone“. Ostmitteleuropa im Blick deutscher Statistiker und die Berechnung bevölkerungspolitischer Programme in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 68.2 (2019): 223–248.

mus erforderte, diesem Phänomen auch mittels Datenerfassung Herr zu werden¹⁵. Die deutsche Nationalitätenstatistik war jedoch enger an den Nationaldiskurs gekoppelt als in anderen europäischen Staaten. Bereits in den 1840er Jahren versuchten deutschsprachige Wissenschaftler Zugehörigkeiten und Grenzen der deutschen Nation in Zahlen und ethnografischen Karten zu ergründen.

In dieser Tradition stehend, legte der Richard Boeckh (1824–1907), einer der bekanntesten deutschsprachigen Statistiker des neunzehnten Jahrhunderts, in den 1860er Jahren eine einflussreiche Theoretisierung der Nationalitätenstatistik vor¹⁶. Boeckh verband den sich aus der deutschen Romantik speisenden Frühnationalismus mit der statistischen Denkweise des neunzehnten Jahrhunderts, dessen Empirieverständnis an die Naturwissenschaften angelehnt war. Für die hier verfolgte These ist nun relevant, wie Boeckh Nation und Volk – er nutzte sie synonym – statistisch operationalisierte. Boeckh ging es um eine objektive Erfassung des Nationalen. Er sortierte daher alle seiner Ansicht nach subjektiven Kriterien aus: Nationalitätenstatistik bedeutete die „Ermittlung von Thatsachen“ und könne daher „nicht auf dem Wege der Summierung persönlicher Ansichten erreicht“ werden¹⁷. Zugleich schien es Boeckh nicht möglich, Abstammung, die ihm als eine „Grundlage der Nationalität“ galt,¹⁸ statistisch zu erfassen. Er verwies zwar auf bereits erfolgte anthropologische Forschung, doch stelle die „Buchführung über die Menschheit“ bislang nicht „das Material“ bereit, die „Abstammung der Individuen festzustellen.“¹⁹ Zugleich meinte er, dass eine „gemischte Abstammung der Individuen“ den für die Statistik notwendigen Binärcode unterlaufen könnte²⁰. Ein Kriterium, das Ambivalenz erzeugte, untergrub den Anspruch auf Objektivität – jeder Mensch musste mittels der erhobenen Kriterien eindeutig einer Nation zugeordnet werden können. War die „Abstammung“ nicht direkt erfassbar, so sei sie es mittelbar über das Kriterium der „Volks-“ oder auch „Muttersprache“. Sprache beruhte für Boeckh sowohl auf einer „organische[n] Grundlage“ als auch auf der geistigen Gemeinschaft der Nation²¹.

15 Zum „Zensus als imperiales Herrschaftsmittel“ im Hinblick auf die ethnopolitische Vermessung der Bevölkerung vgl. Leonhard, Jörn und Ulrike von Hirschhausen. *Empires und Nationalstaaten im 19. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2009. 53–76.

16 Boeckh, Richard. Die statistische Bedeutung der Volkssprache als Kennzeichen der Nationalität. *Zeitschrift für Völkerpsychologie und Sprachwissenschaft* 4 (1866): 259–402; Boeckh, Richard. *Der Deutschen Volkszahl und Sprachgebiet in den europäischen Staaten*. Berlin: Guttentag, 1869.

17 Boeckh, 1869. 36.

18 Ebd., 3.

19 Boeckh, 1866. 297.

20 Boeckh, 1869. 3.

21 Ebd., 5.

Im Jahr 1890 erhob Preußen im Rahmen einer Volkszählung erstmalig auf individueller Ebene das Kriterium der Muttersprache als Kennzeichen der Nationalität, 1900 folgte das Deutsche Reich. Die Erfassung der Muttersprache produzierte jedoch insbesondere in den östlichen Grenzländern des Deutschen Reiches keine Eindeutigkeit der nationalen Verhältnisse. Anhand der Muttersprache konnten nicht alle Gezählten als Deutsche oder Polen erfasst werden. Es entstand das Bild einer ethnografisch hybriden Grenzregion²². Statistiker versuchten daraufhin etwa durch die Kombination der Muttersprache mit anderen erhobenen Kriterien wie der Religionszugehörigkeit eindeutigere Ergebnisse zu erzielen. Im Königlich Preussischen Statistischen Bureau kombinierte der Bearbeiter der Nationalitätenstatistik, Arthur von Fircks (1838–1900), die Daten einer anthropologischen Studie mit den Ergebnissen der Volkszählung aus dem Jahr 1890. Rudolf Virchow (1821–1902) hatte zwischen 1874 und 1886 über Fragebögen die Augen-, Haar- und Hautfarbe von annähernd sieben Millionen Schulkindern erfasst und darüber Gruppen – vom blonden bis zum brünetten Typus – gebildet²³. Fircks meinte, anhand dieser Daten etwa die Zahl der „Deutsche[n] reiner Abkunft“, die „dem deutschen Volke verloren gegangen“ waren²⁴, berechnen zu können. Der Geograf Alexander Supan (1847–1920) kritisierte Fircks hingegen dafür „aus der Sprachenstatistik eine Stammesstatistik zu konstruieren“. Fircks hatte den blonden Typus als „germanischen Typus“ ausgelegt. Supan stellte jedoch klar, dass der „germanische Typus“ zwar blond, jedoch „nicht alle Blond[e] [...] germanischer Abstammung“ seien²⁵.

Nicht jede Vorstellung von Volk und Nation ließ sich in Daten übersetzen und damit technisch herstellen²⁶. So konnte zwar von einer Abstammungsgemeinschaft ausgegangen werden, statistisch erfassen ließ sie sich jedoch bislang nicht. Die Zählbarkeit einer Kategorie setzte erstens bestimmte Eigenschaften dieser Kategorie, zweitens ein bestimmtes Instrumentarium und drittens eine wider-

22 Vgl. Kröger, 2019. 232–236.

23 Vgl. Geulen, Christian. *Wahlverwandte. Rassendiskurs und Nationalismus im späten 19. Jahrhundert*. Hamburg: Hamburger Edition, 2004. 114.

24 Fircks, Arthur Freiherr von. Die preussische Bevölkerung nach ihrer Muttersprache und Abstammung. Auf Grund des Ergebnisses der Volkszählung vom 1. Dezember 1890 und anderer statistischer Aufnahmen. *Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus* 33 (1893): 189–296, hier 199.

25 Supan, Alexander. Die Nationalitäten der preussischen Monarchie nach der Zählung von 1890. *Petermanns Geographische Mitteilungen* 40 (1894): 160–165, hier 161.

26 Für eine ausführliche Darstellung dieses Arguments anhand des Kaiserreichs vgl. Kröger, Philipp. Die Grenzen des Vergleichs. Die statistische Vermessung der östlichen Grenzregionen des Kaiserreichs und die Unterschiede deutscher Herrschaft in Übersee und Europa. *Geschichte und Gesellschaft* 47.4 (2021): 623–647.

spruchsfreie Implementation in der Empirie voraus. In Fircks Rückgriff auf die Daten Virchows deutete sich zudem an, was in der Zwischenkriegszeit deutlicher zutage trat: „Rasse“ auf der einen sowie Volk und Nation auf der anderen Seite folgten unterschiedlichen Logiken der Zugehörigkeit und bedurften unterschiedlicher Erhebungsmodi. Denn eines der zentralen Ergebnisse von Virchows Studie war, dass „Rasse“ die Grenzen von Nation und Volk transzendierte²⁷.

2 Bekenntnis und „Rasse“ – ethnopolitische Erfassung in der Zwischenkriegszeit

Die Zwischenkriegszeit ist im Hinblick auf die statistische Erfassung ethnopolitischer Zugehörigkeit durch zwei gegensätzliche Entwicklungen gekennzeichnet. Erstens kam es unter deutschsprachigen Statistikern zu einer Abkehr von der alleinigen Erfassung als objektiv geltender Kriterien, sie führten ein subjektives Kriterium ein. Zweitens gewann „Rasse“ an Bedeutung und differenzierte sich mehr und mehr aus.

Ausschlaggebend für Aufnahme eines subjektiven Kriteriums in den Kanon der zu erhebenden Merkmale nationaler Zugehörigkeit waren die im Zuge der Bestimmungen des Versailler Vertrages abgehaltenen Plebiszite in West- und Ostpreußen sowie Oberschlesien. Dabei hatten mehr Menschen für den Verbleib beim Deutschen Reich gestimmt als in den Vorkriegszählungen Deutsche erfasst worden waren. Zugleich hatten die wissenschaftlichen Delegationen der Entente diese Vorkriegszählungen genutzt, um an der Ostgrenze des Deutschen Reiches Forderungen nach Gebietsabtretungen zu unterstreichen²⁸. Insbesondere der Geograf Wilhelm Volz (1870–1958) opponierte vor diesem Hintergrund und seiner Studien über die „völkische Struktur Oberschlesiens“ gegen die bisherige Erfassungspraxis nationaler Zugehörigkeit im Deutschen Reich. Er kritisierte insbesondere die Vermessung der Bevölkerung entlang einiger, als objektiver geltender Kriterien, da sich, so Volz, bei den Volksabstimmungen gezeigt hätte, dass das subjektive Bekenntnis der Zugehörigkeit das zentrale Kriterium der Nationalität sei²⁹. Insgesamt

²⁷ Massin, Benoit. From Virchow to Fischer. Physical Anthropology and „Modern Race Theories“ in Wilhelmine Germany. *Volkgeist as Method and Ethic. Essays on Boasian Ethnography and the German Anthropological Tradition*. Hg. George W. Stocking. Madison: University of Wisconsin Press, 1996. 79–154, hier 100.

²⁸ Vgl. zum Folgenden auch Kröger, 2019. 236–237.

²⁹ Vgl. Volz, Wilhelm. *Die völkische Struktur Oberschlesiens*. Breslau: Marcus, 1921; Volz, Wilhelm. *Oberschlesien und die ober-schlesische Frage*. Breslau: Marcus, 1922. 43–64.

samt festigte sich bei Statistikern wie etwa Wilhelm Winkler (1884–1984), einem der führenden Nationalitätenstatistiker der Zwischenkriegszeit,³⁰ oder auch Karl Keller, zuständig für die preußische Nationalitätenstatistik, die kombinierte Erhebung objektiver und subjektiver Merkmale³¹.

Umgesetzt wurde eine kombinierte Erhebung erst in der Volkszählung 1939 und bald darauf in jener eingangs erläuterten Einwohnererfassung. Insbesondere in „gemischtsprachigen Gebieten“, so drückte es Friedrich Burgdörfer (1890–1967), einer der führenden NS-Bevölkerungswissenschaftler, aus, könne dieses Verfahren eindeutige Ergebnisse erzielen³². Bei der Volkszählung 1939 erfolgte indes noch ein weiteres Novum: Es würde „erstmalig möglich sein“, so Burgdörfer 1938, „einen Überblick über die Gesamtheit der Rassejuden und Judenmischlinge im Deutschen Reich zu gewinnen.“ Mittels sogenannter Abstammungskarten waren alle Einwohner:innen des Deutschen Reichs verpflichtet, Auskunft darüber zu geben, „ob einer seiner vier Großeltern der blutsmäßigen Abstammung nach Volljude war oder ist.“³³ Mit den Bestimmungen der Nürnberger Gesetze wurde „Rasse“ also über das Kriterium der Abstammung statistisch operationalisiert. Warum aber wurde im NS-Staat „Rasse“ nicht anhand physischer Merkmale und damit auch entlang der sogenannten „nordischen Rassenlehre“ erfasst?

In der Zwischenkriegszeit hatte „Rasse“ auch in der statistischen Debatte Konjunktur³⁴. Bezugspunkt dabei war zunächst der erste Versuch in Europa, „Rasse“ im Rahmen einer Volkszählung zu implementieren. Die österreichische Volkszäh-

30 Winkler begründete unter anderem das Institut für Statistik der Minderheitsvölker an der Universität Wien und publizierte das *Statistische Handbuch für das gesamte Deutschtum*. Vgl. Winkler, Wilhelm. *Statistisches Handbuch für das gesamte Deutschtum*. Berlin: Verlag Deutsche Rundschau, 1927 sowie Pinwinkler, Alexander. *Wilhelm Winkler (1884–1984) – eine Biographie*. Zur Geschichte der Statistik und Demographie in Österreich und Deutschland. Berlin: Duncker & Humblot, 2003.

31 Keller, Karl. Die fremdsprachige Bevölkerung im Freistaate Preussen. *Zeitschrift des preußischen statistischen Landesamtes* 66 (1926): 144–188. Vgl. auch den zeitgenössischen Forschungsstand zur Nationalitätenstatistik bei Witt, Kurt. *Volkstumsstruktur und Volkstumsprobleme des Ostsudeten-Beskidens-Raumes im Spiegel der Statistik*. Berlin: Publikationsstelle Berlin-Dahlem, 1943. 14.

32 Burgdörfer, Friedrich. Bevölkerungspolitische Aufgaben der Volkszählung 1939. *Archiv für Bevölkerungswissenschaft* 9 (1939): 160–166, hier 162.

33 Burgdörfer, Friedrich. Die Juden in Deutschland und in der Welt. Ein statistischer Beitrag zur biologischen, beruflichen und sozialen Struktur des Judentums in Deutschland. *Forschungen zur Judenfrage* 3 (1938): 152–198, hier 193.

34 Vgl. etwa Thurnwald, Richard. Die „Rasse“ als Volkszählungsfrage. *Deutsches Statistisches Zentralblatt* 15 (1923): 71–78; Keller, Karl. Zur Frage der Rassenstatistik. *Allgemeines Statistisches Archiv* 24 (1934/35): 129–142; Götz, Josef. Die amtliche Statistik und die Rassenforschung. *Allgemeines Statistisches Archiv* 27 (1937/38): 415–422.

lung 1923 stellte eine Frage zur „Volkszugehörigkeit und Rasse“. Definiert wurden diese Begriffe indes nicht. Der Völkerkundler Richard Thurmwald (1869–1954) vermutete, dass die Frage auf einen Passus im Vertrag von Saint Germain zurückzuführen sei, der ein staatliches Optionsrecht für Menschen „différent par la race et la langue“ vorsah. *Race* war jedoch, so Thurmwald, nicht das, was man im Deutschen unter „Rasse“ verstünde – nämlich die „Zugehörigkeit zu einer der aufgestellten Systemrassen“³⁵. Diese könne jedoch wiederum nicht im Rahmen einer Volkszählung „durch Laien und ohne jeden Anhaltspunkt“ erhoben werden³⁶. Auch der Statistiker Karl Keller sprach im Hinblick auf die Volkszählung in Österreich von einem „völligen Mißerfolg“: „Rasse“ war mit einer „einfachen Frage in einem Zählpapier“ nicht zu erfassen³⁷.

Wissenschaftler wie Thurmwald und Keller aber etwa auch der Statistiker Josef Götz, der zur „Rassenstatistik“ promoviert wurde³⁸, folgten der „nordischen Rassenlehre“ Hans F. K. Günthers (1891–1968). Nach dessen Auffassung, die sich in Bestsellern wie der *Rassenkunde des deutschen Volkes* hunderttausendfach verkaufte³⁹, war „Rasse“, so zitierte ihn Keller, ein Set vererbbarer „körperlicher Merkmale und seelischer Eigenschaften“, anhand derer Menschen Gruppen zugeordnet werden könnten⁴⁰. Günthers Taxonomie bestand, wobei diese Zahl variierte und umstritten war, aus „6 Hauptrassen (nordisch, fälisch, ostisch, ostbaltisch, dinarisch, westisch)“⁴¹. Ein Volk wiederum war in dieser Vorstellung durch ein spezifisches Mischungsverhältnis geprägt, das sich messen und darüber von anderen Völkern abgrenzen ließ. Jedoch seien die meisten Individuen selbst nicht „reinrassische Personen“, sondern „Mischlinge“⁴². Für Keller basierte eine „Rassenstatistik“ auf der „festen Verbindung von Erbeigenschaften, in denen wir das Wesen der verschiedenen Rassen erblicken“. Es ging darum, die „Personengruppen, welche Träger dieser Verbindungen sind, zahlenmäßig zu erfassen“⁴³.

Die Entscheidung der Güntherschen Auffassung von „Rasse“ zu folgen ist auch damit zu begründen, dass sie allein durch die hohe Auflage seiner Bücher eine gewisse Diskurshegemonie erlangte. Zugleich war es jedoch auch eine Frage

35 Thurmwald, 1923. 72–73.

36 Ebd., 78.

37 Karl Keller, 1934/35, 78. Vgl. auch Burgdörfer, 1938. 154.

38 Vgl. Götz, Josef. Rasse und Statistik. *Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes* 68 (1936): 314–333.

39 Günther, Hans F. K. *Rassenkunde des deutschen Volkes*. München: J. F. Lehmanns, 14¹⁹³⁰.

40 Günther, zit. n. Keller, 1934/35. 131.

41 Keller, 1934/35. 138. An anderer Stelle verweist er darauf, dass etwa der Anthropologe Eugen Fischer nur von vier „Hauptrassen“ ausging.

42 Ebd., 141.

43 Ebd., 135.

der technischen Umsetzung. Keller verwies zu Beginn seiner Abhandlung zur „Rassenstatistik“ auf die Definition des Hamburger Anthropologen Walter Scheidt (1895–1976), der in den 1920er Jahren mit neuer Methode den Anstoß zu einem der größten „rassenanthropologischen“ Forschungsprojekte der Zwischenkriegszeit gegeben hatte⁴⁴. Für Scheidt, so Keller, war „Rasse nicht eine Personengruppe, sondern eine Gruppe von ausgelesenen Erbeigenschaften“. Ein Mensch sei also kein „Glied“ einer „Rasse“, sondern hatte eine „Rasse“. Die Statistik könne diese Definition jedoch nicht anwenden: „für sie kommen nur Personen als Einheiten, die auszuzählen sind, in Betracht.“⁴⁵

Mittels der Definition Günthers konnte, so die Statistiker, „Rasse“ also zumindest theoretisch statistisch erfasst werden. Jedoch versagte – das hatte sich in Österreich gezeigt – das bisherige statistische Instrumentarium. Eine Volkszählung übersetzte Menschen mittels der Abfrage eines oder mehrerer Kriterien in Daten, wodurch diese dann in ethnopolitische Kategorien sortiert werden konnten. „Rasse“ in der Definition Günthers beruhte auf der Erhebung eines Datensatzes entlang verschiedener Messpunkte am menschlichen Körper. Das Verfahren knapp heruntergebrochen, wurden aus diesen Daten Indizes berechnet, die sich dann etwa einer bestimmten Schädelform zuordnen ließen, die wiederum ein Merkmal der „Rassenzugehörigkeit“ bildete⁴⁶. Insgesamt bedurfte es also für jedes Individuum einer Vielzahl von Daten sowie verschiedener Messinstrumente⁴⁷, um „Rasse“ zu erfassen.

Für Statistiker wie Wilhelm Winkler konnte daher eine „Erhebung der rassennmäßigen Herkunft [...] zuverlässig, d. h. vermittels einer anthropologischen Untersuchung, nur an Teilmassen, nicht aber bei der Volkszählung an der gesamten Bevölkerung vorgenommen werden.“⁴⁸ Darin sah Keller wiederum die Gefahr, „daß die untersuchten Teilmassen eine Auslese der Bevölkerung darstellen, deren

44 Die Methode, die Scheidt erstmalig auf der Elbinsel Finkenwerder anwendete, wurde zum Vorbild für einen Forschungsantrag, den Eugen Fischer 1928 an die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft richtete. Vgl. Dokumentenarchiv des Museums am Rothenbaum, Kulturen und Künste der Welt, 101–1 Nr. 783, Anthropologische Erforschung der deutschen Bevölkerung, 2.11.1928, gez. Fischer sowie Aichel, Mollison, Reche, Saller, Scheidt, Thilenius.

45 Keller, 1934/35. 131.

46 So wurde etwa der „Schädelindex“ über die mittels eines Tastzirkels vorgenommene Messung von Schädelbreite und -länge bestimmt. Eine Formel (Schädelbreite*100/Schädellänge) ließ den Index berechnen. Darüber konnte die Schädelform bestimmt werden, die als ein „Rassenmerkmal“ galt. Vgl. Günther, 1930. 32.

47 Vgl. Schultz, Bruno K. Taschenbuch der rassenkundlichen Meßtechnik. München u. a.: J. F. Lehmanns, 1937.

48 Winkler, Wilhelm. Grundriss der Statistik. Bd. II: Gesellschaftsstatistik. Berlin: Springer, 1933. 39.

rassische Zusammensetzung prozentual anders ist als bei der Gesamtbevölkerung“⁴⁹. Kellers Vorschlag einer „Rassenstatistik“ zielte daher auf ein von der anthropometrischen Vermessung abgeleitetes Verfahren ab. Er wollte in Anlehnung an Wilhelm Schallmayer für jede Person einen „erbbiographische[n] Personalbogen“ erstellen lassen. Diesen könnten Amtsärzte nach einer von Anthropologen ausgearbeiteten „Liste der für die Rassenbestimmung wichtigsten körperlichen Merkmale“ anhand einer „Punktmethode“ ausfüllen. Darüber ließe sich für jede erfasste Person „der Prozentsatz des Blutes der verschiedenen Rassen, soweit das möglich ist, feststellen.“⁵⁰

Umgesetzt wurde eine statistische Totalerfassung der „Rassenzugehörigkeit“, wie sie unter anderem Keller vorschlug, nie. Es gab kein Verfahren, mittels dessen sich die „nordische Rassenlehre“ statistisch einwandfrei operationalisieren ließ. Einen Versuch, der in die Richtung Kellers zielte und die individuelle prozentuale „Rassenzugehörigkeit“ entsprechend der Güntherschen Taxonomie erheben wollte, wurde Ende der 1930er Jahre vom Anthropologen Egon von Eickstedt und seinen Schüler:innen in einigen Regionen Schlesiens vorgenommen⁵¹. Der erhebliche Aufwand war jedoch, folgt man den Ausführungen über die „Irrwege rassenkundlicher Untersuchungen“ des Rassenhygienikers Fritz Lenz (1887–1976), vergeblich – seitenlang kritisierte Lenz die Versuche, „Menschen nach Prozenten in Rassen aufzuteilen“.⁵²

3 „Rasse“, Technik, Politik – abschließende Bemerkungen

Während im nationalsozialistischen Staat vordergründig, im Diskurs, die von Günther popularisierte „nordische Rassenlehre“ eine zentrale Rolle einnahm, so ließ sie sich doch nicht einwandfrei in Daten übersetzen. Daten waren jedoch notwendiges Regierungswissen und daher auch notwendiges Instrument eines bevölkerungspolitischen Programms, das anhand ideologischer Kategorien von Volk, Nation und „Rasse“ operierte. Wird also die Frage danach gestellt, warum der NS-Staat im Jahr 1939 seine Bevölkerung entlang des Bekenntnisses, der Sprache und

⁴⁹ Keller, 1934/35. 140.

⁵⁰ Ebd., 140–141.

⁵¹ Vgl. Eickstedt, Egon von und Ilse Schwidetzky. Die Rassenuntersuchung Schlesiens. Eine Einführung in ihre Aufgaben und Methoden. Breslau: Priebatsch, 1940.

⁵² Fritz Lenz, Über Wege und Irrwege rassenkundlicher Untersuchungen. *Zeitschrift für Morphologie und Anthropologie* 39 (1941): 385–413, 393.

der Religionszugehörigkeit und nicht der „Rasse“ selektierte, so kann auch auf die hier verfolgte Geschichte ethnopolitischer Erfassung verwiesen werden: Das Verfahren hatte sich über einen längeren Zeitraum in den theoretischen Auseinandersetzungen der Nationalitätenstatistik sowie deren praktischen Anwendung in Volkszählungen herausgebildet.

In der Tat erscheint es folgerichtig im Scheitern der Güntherschen Taxonomie einen Beleg dafür zu sehen, wie „haltlos die angeblich wissenschaftlich fundierte nationalsozialistische Rassenlehre war“. Nicht zuletzt, so Wolfgang Benz weiter, seien zur „Bestimmung der Abstammung die Religionszugehörigkeit der Eltern, Großeltern und weiterer Vorfahren herangezogen“ worden, „da es andere – naturwissenschaftliche – Kriterien nicht gab.“⁵³ Für besagten Rassenhygieniker Lenz war jedoch gerade dieses Verfahren aus naturwissenschaftlicher Perspektive die richtige Methode. Die „äußeren Merkmale“ seien weniger wichtig als die „abstammungsgemäße Herkunft“. Die Identifikation von „Juden“ sei daher „mit Recht nicht nach äußeren Rassenmerkmalen, sondern nach der Abstammung“ vorgenommen worden. Die „Rassenlehre“ Günthers scheiterte – doch war sie eben nicht die einzige Definition von „Rasse“, die nationalsozialistischer Ideologie und Politik zugrunde lag.

Der Anthropologe Walter Scheidt, dessen Definition von „Rasse“ der Statistiker Karl Keller als nicht operationalisierbar ablehnte, arbeitete seit den 1920er Jahren an einer Methode und Technik zur „rassischen“ Totalerfassung. Er griff dafür auf Kirchenbücher als basalem Datensatz zurück, verarbeitete diese jedoch in einem aufwendigen Verfahren der „Verkartung“ zu Karteien⁵⁴. Diese Karteien ließen ihn gar über ein „bevölkerungsbiologisches Reichsarchiv“ nachdenken, das den „ganzen Volkskörper“ abbilden könnte und Grundlage für Bevölkerungspolitiken bilden sollte⁵⁵. Der Punkt ist nun folgender: Geriet Scheidt, der immer wieder gegen die Güntherschen Vorstellungen von „Rasse“ anschrieb, aufgrund ideologischer Differenzen zu Beginn der NS-Herrschaft ins wissenschaftliche und politische Abseits, so stellte er jedoch eine Technologie bereit, mittels derer sich „Rasse“ potentiell herstellen ließ.

Anklang fand die genealogische Verkartungstechnik zur Totalerfassung des „Volkskörpers“ etwa bei Achim Gercke (1902–1997), dem Sachverständigen für

53 Benz, Wolfgang. Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung. München: Beck, 2007. 23. Ich danke Matthias Weipert für diesen Hinweis.

54 Für eine detaillierte Beschreibung dieses Verfahrens vgl. Scheidt, Walter. Volkstumskundliche Forschungen in deutschen Landgemeinden. *Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie einschließlich Rassen- und Gesellschaftshygiene* 21 (1929): 129–191.

55 Scheidt, Walter. Ein bevölkerungsbiologisches Reichsarchiv. Anregungen und Fragen für Verwaltungsbeamte. *Allgemeines Statistisches Archiv* 22 (1932): 561–568, hier 565.

Rassenforschung beim Reichsministerium des Innern. Die Verkartung von Kirchenbüchern solle, so Gercke 1933, eine „großzügige Rassenpolitik“ sowie die „Ermittlung der Stammes- und Rassenzugehörigkeit“ ermöglichen⁵⁶. Kurt Mayer (1910–1961), der als Gerckes Nachfolger dessen nun in „Reichsstelle für Sippenforschung“ umbenannte Dienststelle 1935 übernahm, dachte ebenfalls über eine Zentralkartei nach. Umgesetzt wurden Verkartungsmethoden für bevölkerungspolitische Zwecke seitens der Reichsstelle etwa Mitte der 1930er Jahre in Berlin⁵⁷. Ebenso arbeitete der Reichsnährstand im Verbund mit dem Nationalsozialistischen Lehrerbund sowie dem Rassenpolitischen Amt der NSDAP an einer „Deutschen Volkssippenkunde“, einer Totalerfassung der Bevölkerung mittels Kirchenbuchverkartung⁵⁸. Federführend für Methode und Technik war dabei Wilhelm Klenck (1890–1959), der die Karteitechnik als Mitarbeiter Scheidts erlernt hatte.⁵⁹ Wurde die daraufhin aufgenommene Erfassung durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochen und auch eine 1942/43 vereinbarte Zusammenarbeit zwischen Reichssippenamt und SS-Führung zur Kirchenbuchverkartung nicht mehr umgesetzt, so zeichneten sich darin jedoch, so Wolfram Pyta, „die Konturen einer umfassenden erbbiologischen Durchleuchtung ab, deren rassistische Konsequenzen [...] einen beklemmenden Vorgeschmack von der nach einem ‚Endsieg‘ im NS-Rassenstaat betriebenen Politik vermitteln.“⁶⁰

Es lässt sich also nur spekulieren, wie „Rasse“ in der Folge des geschilderten Prozesses in politisches Handeln überführt worden wäre. Jedoch zeigt sich dabei – wie auch generell für die hier analysierten Formen ethnopolitischer Erfassung –, dass die ideologischen Kategorien von Volk, Nation und „Rasse“ nicht allein an ihrer Oberfläche betrachtet werden sollten. Dies gilt insbesondere für jene Formen rassistischer Politik, die in die „Mechanismen des Staates“ eingezogen sind: Foucault erkennt die Spezifik des modernen Rassismus darin, dass er „nicht an

56 Gercke, Achim. Die Aufgabe des Sachverständigen für Rasseforschung beim Reichsministerium des Innern. Leipzig: Zentralstelle für Deutsche Personen- und Familiengeschichte, 1933. 22.

57 Dazu sowie auch zum Folgenden vgl. Schlumbohm, Jürgen. Family Reconstitution Before Family Reconstitution. *Historical Demography in the Context of Racial Science and Racial Policy. Annales de démographie historique* 136 (2018): 218–234.

58 Klenck, Willy und Ernst Kopf. Deutsche Volkssippenkunde. Berlin: Reichsnährstand Verlagsgesellschaft, 1938. Vgl. auch Gausemeier, Bernd. Auf der „Brücke zwischen Natur- und Geschichtswissenschaft“. Ottokar Lorenz und die Neuerfindung der Genealogie um 1900. Wissensobjekt Mensch. Humanwissenschaftliche Praktiken im 20. Jahrhundert. Hg. Vienne, Florence und Christina Brandt. Berlin: Kadmos, 2008. 137–164, hier 161–162; Pyta, Wolfram. „Menschenökonomie“. Das Ineinandergreifen von ländlicher Sozialraumpolitik und rassenbiologischer Bevölkerungspolitik im NS-Staat, in: *Historische Zeitschrift* 273.2 (2001): 31–95, hier 75–81.

59 Vgl. Scheidt, 1929. S. 150 sowie deren gemeinsame Publikation: Scheidt, Walter und Wilhelm Klenck. Geestbauern im Elb-Weser-Mündungsgebiet (Börde Lamstedt). Jena: Gustav Fischer, 1929.

60 Pyta, 2001. 84–85.

Mentalitäten, Ideologien oder Lügen der Macht gebunden“ ist, sondern an die „Technik“ oder auch „Technologie der Macht“⁶¹. Wenn auch Technik und Technologie nicht in dem hier verfolgten engeren Sinne verstanden werden müssen, so bietet eine solche Lesart doch Erkenntnisgewinn. Die Möglichkeit Volk, Nation und „Rasse“ in Daten zu übersetzen – auch verstanden als eine technische Operation ihrer Herstellung –, war eine Bedingung dafür, sie zu materialisieren und in Politik zu überführen. Dieser technische Aspekt von Klassifikationssystemen wird häufig übersehen⁶². Dabei liegt in dem hier skizzierten Zusammenhang von Ideologie und Technik nicht nur ein wichtiger Aspekt der Wirkmächtigkeit ethnopolitischer Kategorien, sondern er verweist zugleich auf ihre Gefahr.

61 Foucault, Michel. In *Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975–76)*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1999. 295, 299.

62 Vgl. Bowker, Geoffrey C. und Susan Leigh Star. *Sorting Things Out. Classification and its Consequences*. Cambridge/Mass. u. a.: MIT Press, 2000.

Bernd Robionek

Völkischer Wirtschaftsnationalismus von der Weimarer Republik bis zum Zweiten Weltkrieg

Im wissenschaftlichen Diskurs um Formen des Wirtschaftsnationalismus blieben die völkisch begründeten Beziehungen deutscher Minderheiten zu ihrem Ursprungsland weitgehend unbeachtet. Wie Martin Broszat feststellte, gehörte vor 1945 neben dem Antisemitismus, einer imaginären „Volksgemeinschaft“, der „Blut und Boden“-Ideologie und dem neugermanischen Mythos auch die populäre Vorstellung von einem organisch verbundenen Gesamtvolk, das über die Staatsgrenzen hinaus alle Menschen deutscher Abstammung umfassen sollte, zu den völkischen Strömungen.¹ Nach 1918 erlebte das öffentliche Engagement für die angeblich von den Titularnationen bedrohten „Volksgenossen“ im (ost)europäischen Ausland geradezu einen Boom.² Ganz oben auf der Agenda standen dabei kulturelle Gemeinsamkeiten oder gar Postulate einer Wesensgleichheit zwischen deutschen Staatsangehörigen und den Auslandsdeutschen. In den angrenzenden Ostgebieten spielten sie für die Revisionspolitik eine wesentliche Rolle. Das Faszinosum eines „Hundertmillionenvolkes“ übte auf Nationalisten eine starke Anziehungskraft aus. Wann den kulturellen und politischen Verbindungen auch wirtschaftliche folgen sollten, war bei einer geschätzten Größe von bis zu dreißig Millionen „Deutschen“ außerhalb der Staatsgrenzen nur eine Frage der Zeit.³ Dieser Beitrag soll die Konzeptionen, Akteure und Konjunkturen eines „völkischen Wirt-

1 Broszat, Martin. „Die völkische Ideologie und der Nationalsozialismus“. *Dt. Rundschau* 58.1 (1958): 53–68, hier 60.

2 Vgl. Gröber, Angela. „Selbstbehauptung auf dem engen Stück Erde“. Nationale Mobilisierung der deutschen Minderheit in der Karpatenukraine 1918–1938“. *Schutzvereine in Ostmitteleuropa. Vereinswesen, Sprachenkonflikte und Dynamiken nationaler Mobilisierung 1860–1939*. Hg. Haslinger, Peter. Marburg: Verlag Herder-Institut, 2009, 235–244.

3 Laut Hans Steinacher, Chef des „Volksbundes für das Deutschtum im Ausland“ (VDA), entfielen davon über zehn Millionen auf Übersee, 16 Millionen auf das „Grenzdeutschtum“ (Österreich eingerechnet). Vier Millionen lebten „ohne territorialen Zusammenhang mit dem geschlossenen Reichsgebiet“ (BA NL1184/101: Denkschrift Steinacher (Volksdeutscher Rat), [1935]). Die ökonomische Seite der Minderheitenpolitik war stark ausgeprägt: Von sechzig Millionen Reichsmark, die in der ersten Hälfte der 1930er Jahre von der Reichsregierung zur Verteilung an deutsche Minderheiten in Osteuropa vorgesehen waren, sollten drei Viertel wirtschaftlichen und nur 25 % kulturellen Zwecken dienen (Akten der Reichskanzlei [ARK]. Die Kabinette Brüning I und II. Hg. Karl Dietrich Erdmann. Boppard: Boldt, 1982/1990. 36 f.)

schaftsnationalismus“ zwischen Weimarer Republik und Drittem Reich exemplarisch aufzeigen.

1 Vordenker oder Begleitrhetoriker?

Der Gedanke, Wirtschaft nach nationalistischen Gesichtspunkten zu gestalten, war nach dem Ersten Weltkrieg keineswegs neu. Schon Anfang der 1840er Jahre vertrat Friedrich List die Idee, dass die Wirtschaft nationalen Interessen zu dienen habe. Doch waren es dann umgekehrt wirtschaftliche Motive, die als Katalysator der deutschen Nationalstaatsbildung wirkten.⁴ Eine Politisierung ökonomischer Verhältnisse erfolgte auch bei den Unabhängigkeitsbestrebungen der Polen und Tschechen, wobei es im östlichen Europa auch ohne nationalistische Intentionen zu ethnischen Segregationen in der Wirtschaft kam.⁵ Wirtschaftsnationalismus richtet(e) sich – etwa gegen Minderheiten in einem Staat – nach innen oder in Form protektionistischer Maßnahmen nach außen.⁶ In der Zwischenweltkriegszeit verstärkte sich in Ostmittel- und Südosteuropa der Trend, den Zugang zu sozioökonomischen Ressourcen (Landzuteilungen aus den staatlichen Bodenreformen, Posten im öffentlichen Dienst, aber auch Ausbildungsplätze und Agrarkredite) über nationale Zugehörigkeiten zu steuern.⁷

Deutschland trat nach 1918 als Schutzmacht seiner Volkszugehörigen in anderen Staaten auf. Vor dem Hintergrund der Revisionspolitik verfolgte die politische

⁴ Vgl. Zorn, Wolfgang. „Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge der deutschen Reichsgründungszeit“. Probleme der Reichsgründungszeit 1848 – 1879. Hg. Helmut Böhme. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2. Aufl. 1972. 296–316.

⁵ Jaworski, Rudolf. „Zwischen ökonomischer Interessenvertretung und nationalkultureller Selbstbehauptung. Zum Wirtschaftsnationalismus in Ostmitteleuropa vor 1914“. *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 53.2 (2004): 257–268; Jaworski, Rudolf. „Nationalismus und Ökonomie als Problem der Geschichte Ostmitteleuropas im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts“. *Geschichte und Gesellschaft* 8.2 (1982): 184–204; Liszkowski, Uwe: „Politökonomie des Wodkas“. Die jüdische Schenke im polnischen Feudalismus“. *Jüdische Welten in Osteuropa*. Hg. Annelore Engel-Braunschmidt und Eckhard Hübner. Frankfurt/M.: Lang, 2005: 141–153; Lorenz, Torsten. „Genossenschaften und Nation-Building in Osteuropa 1850–1940“. *Soziale Konflikte und nationale Grenzen in Ostmitteleuropa: Festschrift für Helga Schultz zum 65. Geburtstag*. Hg. Dagmara Jajeśniak-Quast. Berlin, Wałbrzych: BWV, 2006. 157–170.

⁶ Schultz, Helga. „Wirtschaftsnationalismus in Osteuropa – Thesen und Fragen“. *Wirtschaftsnationalismus als Entwicklungsstrategie ostmitteleuropäischer Eliten: Die böhmischen Länder und die Tschechoslowakei in vergleichender Perspektive*. Hg. Eduard Kubu und Helga Schultz. Prag, Berlin: Skřivan, 2004. 17–29.

⁷ Vgl. Teichova, Alice. *Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte: Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit*. München: Oldenbourg, 1988.

Führung eine staatliche Anbindung der deutschen Minderheiten in Europa, die rund sechseinhalb Millionen Menschen zählten.⁸ Die expansiven Volksgrenzen, so hieß es, seien nicht übereinstimmend mit den durch den Versailler Vertrag definierten Staatsgrenzen. Im damaligen Selbstverständnis bildete das gesamte deutsche Volk also eine organisch miteinander verbundene Einheit. Für die ökonomische Ausprägung dieser Denkrichtung kann man deshalb von einem völkischen Wirtschaftsnationalismus sprechen.

Direkt nach dem Ersten Weltkrieg waren die Konzepte einer ökonomischen Einbindung der deutschen Minderheiten von Berlin aus eher pragmatisch gedacht. Da die geschäftlichen Netzwerke durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen waren, der internationale Handel unter dem Druck der Reparationszahlungen aber wichtiger denn je war, sollten die „Volksdeutschen“ den Ausführungen der Reichsaußenminister Walther Rathenau und Gustav Stresemann zufolge als kommerzielle Brückenbauer und potenzielle Absatzmärkte zur Steigerung der Exporte dienen.⁹ Einen Aufschwung bekamen diese Bestrebungen Mitte der 1920er Jahre mit der binnenwirtschaftlichen Konsolidierung und wiederhergestellten handelspolitischen Souveränität.¹⁰

Im Vergleich zu den Spitzenpolitikern waren die Pläne der Volkstumsideologen deutlich idealistischer. Theodor Wanner, Gründer und Vorsitzender des Stuttgarter Deutschen Ausland-Institutes (DAI), favorisierte die Schaffung eines „ge-

8 Brubaker, Rogers. *Nationalism reframed: Nationhood and the National Question in the New Europe*. 8. Aufl. Cambridge: Cambridge University Press, 8. Aufl. 2005. 118; Alexander, Manfred. „Die Politik der Weimarer Republik gegenüber den deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa, 1918–1926“. *Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento* 4 (1978): 341–367; Fink, Carole. „Stresemann's Minority Policies, 1924–29“. *Journal of Contemporary History* 14,3 (1979): 403–422.

9 Akten zur deutschen auswärtigen Politik [ADAP] B/III, Nr. 175, 35; Pieper, Helmut. Die Minderheitenfrage und das Deutsche Reich 1919 – 1933/34. Hamburg: Metzner, 1974. 95 f.; Oltmer, Jochen. „Heimkehr? ‚Volksdeutsche fremder Staatsangehörigkeit‘ aus Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa im deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik“. *Europäische Geschichte Online*. Hg. Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2011–06–01. URN: urn:nbn:de:0159-2011050904 [2012–02–29]. Vgl. Spaulding, Robert. *Osthandel und Ostpolitik: German Foreign Trade Policies in Eastern Europe from Bismarck to Adenauer*. Providence: Berghahn, 1997. 107. Gross, Stephen. „Selling Germany in South-Eastern Europe: Economic Uncertainty, Commercial Information and the Leipzig Trade Fair 1920–40“. *Contemporary European History* 21,1 (2012): 19–39; Hiden, John. „The Baltic Germans and German Policy towards Latvia after 1918“. *The Historical Journal* 13,2 (1970): 295–317, hier 303 f.; Berend, Ivan. *Decades of Crisis: Central and Eastern Europe before World War II*. Berkeley: University of California Press, 2001. 236. Vgl. Loesch, Karl v. „Das Deutschum als Kulturfaktor im mittel- und südosteuropäischen Raume“. *Wirtschaftliche Nachrichten für Rhein und Ruhr* 8,39 (1927): 1203–1205.

10 Klein, Helmut. *Kulturelle und wirtschaftliche Verbindung mit den Deutschen im Auslande*. Berlin: Heymann, 1930. 42.

samtdeutschen“ Binnenmarktes nach dem Ergänzungsprinzip.¹¹ Auf ähnliche Weise vertrat Karl Maßmann, Vorstandsmitglied des „Deutschen Schutzbundes“,¹² einen völkischen Wirtschaftsnationalismus.¹³ Auch beim wissenschaftlichen Nachwuchs am Lehrstuhl des Nationalökonomen Ludwig Bernhard an der Berliner Universität wurden derartige Gedankengänge entwickelt, um „die Erkenntnis von der Schicksalsverbundenheit des deutschen Volkstums auch auf dem Gebiete der Wirtschaft [...] in die Tat um[zu]setzen und [...] die gesamtdeutsche Wirtschaft der Zukunft zu gestalten“.¹⁴

Am zwischenstaatlichen Fokus des deutschen Außenhandels änderte sich indes kaum etwas: Der Volkswirt Günther Wehenkel konstatierte 1930 weiterhin „naturgemäß ein geringes Interesse“ für wirtschaftliche Angelegenheiten der Auslandsdeutschen und kritisierte den „etatistischen“ Rahmen der klassischen, in der Tradition des „westlichen Liberalismus“ stehenden Volkswirtschaftslehre, die „den Lebensfragen nationaler Minderheiten auch heute noch verständnislos“ gegenüberstehe.¹⁵ Trotzdem hielten Volkstheoretiker wie Max Hildebert Boehm an der Idee einer „wirtschaftlichen Konnationale“ fest.¹⁶ Ungeachtet der globalen Rezession der frühen 1930er Jahre forderte außer Maßmann auch Franz Thierfelder (Generalsekretär der Deutschen Akademie in München)¹⁷ eine Bevorzugung von auslandsdeutschen Wirtschaftsinteressen, da die Millionen Reichsmark kulturel-

11 Ritter, Ernst. Das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart 1917–1945: Ein Beispiel deutscher Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen. Wiesbaden: Steiner, 1976. 42.

12 Die Gründung des „Deutschen Schutzbundes für das Grenz- und Auslandsdeutschtum“ erfolgte unter Beteiligung führender Volkstumsideologen (u. a. Max Hildebert Boehm und Karl von Loesch). Seine Funktionen bestanden in der Zusammenfassung der Revisionsbestrebungen und einer gezielten Beeinflussung der öffentlichen Meinung (vgl. Müller, Thomas. *Imaginerter Westen: Das Konzept des „deutschen Westraums“ im völkischen Diskurs zwischen politischer Romantik und Nationalsozialismus*. Bielefeld: Transcript, 2009. 236).

13 Maßmann, Karl. „Grundsätzliches zur Frage einer gesamtdeutschen Wirtschaftspolitik“. Bücher des Deutschtums, Bd. 2: Staat und Volkstum. Hg. Karl von Loesch. Berlin: Dt. Schutzbund Verlag, 1926. 424–435; Maßmann, Karl. „Wirtschaftskräfte im Volkstumskampf“. *VDA-Jahrbuch 1* (1935): 71–87.

14 Maßmann, 1926. 425.

15 Wehenkel, Günther. „Genossenschaft und nationale Minderheit“. *Nation und Staat 3,5* (1930): 293–301.

16 Boehm, Max Hildebert. *Das eigenständige Volk: Volkstheoretische Grundlagen der Ethnopolitik und Geisteswissenschaften*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1932. 212.

17 Die „Akademie zur Wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschtums“ (kurz: Deutsche Akademie) wurde 1925 in München als kulturpolitische Vereinigung zur Erforschung und Verbreitung deutscher Kultur sowie der Förderung der deutschen Sprache im Ausland gegründet. Aus ihr ging Anfang der 1950er Jahre das Goethe-Institut hervor.

ler Hilfsleistungen aus Deutschland sonst vergeblich gewesen seien.¹⁸ Der Konstruktion einer unzertrennlichen Amalgamierung von Volk und Wirtschaft widmete sich Herbert Kniesche in seiner staatsrechtlichen Habilitationsschrift von 1937. Ganz im rhetorischen Fahrwasser des Institutsleiters Johann Wilhelm Mannhardt, der vom „deutschen Gesamtvolk auf der Erde“ sprach,¹⁹ plädierte er für die Verabsolutierung des Volkstumsgedankens durch „die Herstellung weitestgehender und engstmöglicher Wirtschaftsbeziehungen zwischen Kernvolk und Volksaußengruppen über alle staatlichen Machtgrenzen hinweg“.²⁰

Unter der faschistischen Herrschaft erhielt das Wunschdenken vom völkischen Wirtschaftsraum neue Impulse. Die Adaption des nun offiziell verwendeten antisemitischen Feindbildes ins Repertoire der Deutschtumsideologen ließ ab 1933 nicht lange auf sich warten. Traten antijüdische Anklänge vor 1933 in der Volkstumspublizistik – auch angesichts ihrer primär antislawischen Spitze – eher sporadisch auf, so entpuppten sie sich seitdem als konstitutives Element im Gedankengebäude einer „gesamtdeutschen“ Wirtschaft, zumal damit eine Aufwertung der utilitaristischen Rolle, die den Auslandsdeutschen bisher zugeordnet gewesen war, einherging. Unabhängig von konkreten Resultaten verstärkte die antisemitische Frontbildung den oberflächlichen Eindruck einer „gesamtdeutschen“ Gemeinschaft und half so, über bestehende Differenzen hinwegzutäuschen.²¹

„Erst heute wird mehr und mehr erkannt, daß wirkliche Volkswirtschaft volksdeutsche Wirtschaft ist, d. h. das Wirtschaften des durch gleiches Blut, gleiche Rasse und Sprache verbundenen deutschen Volkstums, auch dann, wenn Volksgrenzen und Staatsgrenzen sich nicht miteinander decken“,²² hieß es 1935 in der antiliberalen, am „Mitteleuropa“-Konzept orientierten Zeitschrift „Die Tat“.²³ Als „volksdeutsche Wirtschaft“ konnte die Idee vom ethnisch exklusiven Zusammenschluss nach 1933 an Fahrt aufnehmen. Ein hierarchischer Aufbau nach Be-

18 Thierfelder, Franz. Die wirtschaftliche Bedeutung des Auslandsdeutschtums: Vortrag, gehalten im Weltwirtschafts-Institut der Handels-Hochschule Leipzig am 30. Mai 1933. Stuttgart: Enke, 1934; vgl. Maßmann, 1935.

19 Zit. n. Bleuel, Hans Peter. Deutschlands Bekennner: Professoren zwischen Kaiserreich und Diktatur. Bern: Scherz, 1968. 183 f.

20 Kniesche, Herbert. Das Volk in der Wirtschaft: Ein Versuch vom Standpunkt volkstheoretischer Wirtschaftsbetrachtung – an Beispielen aus dem wirtschaftlichen Nationalitätenkampf. Jena: Fischer, 1937. 286.

21 So etwa bei Wehenkel, Günter. Gesamtdeutsche Volkstumswirtschaft. Binnen- und auslandsdeutsche Wirtschaft als Schicksalsgemeinschaft. Berlin: Lehrmittelzentrale d. Amtes f. Arbeitsführung d. Dt. Arbeitsfront, 1936. 14.

22 Hüfner, Adam. „Volksdeutsche Wirtschaft“. *Die Tat* 27,4 (1935): 281–288, hier 286.

23 Vgl. Stapelfeldt, Gerhard: Der Imperialismus: Krise und Krieg 1870/73 bis 1918/29, Bd. 1: Politische Ökonomie. Hamburg: Kovač, 2008. 556.

rufsständen, eine auf die eigene Volksgruppe ausgerichtete Arbeitskräftevermittlung und ein zentraler Handelsverkehr mit Deutschland waren integrale Ingrediensen der auf dem Führerprinzip fußenden „volksdeutschen Wirtschaft“.²⁴ Sie sollte bei gleichzeitiger weltanschaulicher Überbrückung innerer Disparitäten eine zentrale Rolle bei der „Arisierung“ spielen.²⁵ Die Wirtschaftsorganisation der Sudetendeutschen Partei etwa zielte auf eine Schädigung der als jüdisch, tschechisch oder als völkisch illoyal gebrandmarkten Unternehmen.²⁶

2 Auf dem Weg zur „volksdeutschen Wirtschaft“

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatte in Teilen Osteuropas eine Verdichtung von Wirtschaftsbereichen nach ethnischen Kriterien stattgefunden.²⁷ Kulturelle Intimitäten und die Verringerung der Transaktionskosten förderten die kommerzielle Konzentration auf die eigene ethnische Gruppe. Dieses Phänomen ist auch aus Einwanderungsgesellschaften bekannt, wo sich Immigranten gleicher Herkunft oft auch im Wirtschaftsleben zusammenschließen. Bei den deutschen Minderheiten zwischen den Weltkriegen wirkten jedoch staatliche Akteure. Mit der Stabilisierung der Reichsmark dirigierte die Berliner Deutschtumsbürokratie, allen voran die von Erich Krahmer-Möllenberg geleitete „Deutsche Stiftung“, verschleierte Geldtransfers an auslandsdeutsche Unternehmen, meist Agrargenossenschaften.²⁸ Entgegen der Meinung von H. A. Winkler war die Instrumentalisierung

24 Vgl. Kardel, Harboe. „Der Aufbau der volksdeutschen Wirtschaft in Nordschleswig“. *Dt. Arbeit* 42,2/3 (1942): 78–81.

25 Heimberger, Philipp. „Volksgruppe und Wirtschaft“. *Nation und Staat* 15,3 (1940): 76–83; „Volksdeutsche Wirtschaft in der Entscheidung“. *Dt. Arbeit* 40,10 (1940): 360–361.

26 Jančík, Drahomir, Eduard Kubů und Jiří Šouša. „‘Aryanization’ and Social Change in the Bohemian Lands, 1938–45: Acquisition of Jewish Property – an Instrument of Social Rise for the New Owners“. *Unternehmertum im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Unternehmerische Aktivitäten in historischer Perspektive*. Hg. Herbert Matis. Wien, Berlin, Münster: Lit, 2010. 215–250.

27 Vgl. Danneberg, Stéphanie. *Wirtschaftsnationalismus lokal: Interaktion und Abgrenzung zwischen rumänischen und sächsischen Gewerbeorganisationen in den siebenbürgischen Zentren Hermannstadt und Kronstadt, 1868–1914*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2018.

28 Bamberger-Stemmann, Sabine. „Deutsche Stiftung“. *Handbuch der völkischen Wissenschaften: Personen, Institutionen, Forschungsprogramme, Stiftungen*. Hg. Ingo Haar und Michael Fahlbusch. München: Saur, 2008. 122–128; Gentzen, Felix-Heinrich. „Die Rolle der ‚Deutschen Stiftung‘ bei der Vorbereitung der Annexion des Memelgebietes im März 1939“. *Jahrbücher für Geschichte der UdSSR* 5 (1961): 71–94; Krekeler, Norbert. *Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik: Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1973. 72.

der „Auslandsdeutschen für die Zwecke der deutschen Hegemonialpolitik“ in der Ära Stresemann deutlich stärker ausgeprägt als während der späteren Präsidialkabinette.²⁹ Im Frühjahr 1926 ließ Stresemann dreißig Millionen RM für wirtschaftliche Zwecke in den Minderheitengebieten bereitstellen. Anfang 1927 wurde der Verfügungsrahmen per Kabinettsbeschluss verdreifacht.³⁰ Neben Polen folgten geheime Kreditvergaben an deutsche Genossenschaftsbanken in der Tschechoslowakei,³¹ Rumänien³² und Jugoslawien, wobei es programmatisch war, dass sich Deutschland im gleichen Zeitraum mit diesen Ländern in grundlegenden Wirtschaftsverhandlungen befand.³³

In den einzelnen Ländern beflügelten die Kreditvergaben an deutsche Genossenschaftsbanken die Bildung von ethnischen Ökonomien. An den Spitzen der Verbände standen üblicherweise führende Persönlichkeiten aus dem kulturellen und politischen Leben der Minderheiten.³⁴ Zutritt zu den meist landwirtschaftlichen Genossenschaften sollten prinzipiell nur ethnisch Deutsche erhalten. Als der Bedarf an Krediten während des globalen Preisrückgangs für Getreide in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre massiv stieg, schaffte der exklusive Zugang zu den materiellen Ressourcen der Kooperativen einen Hebel für die Bindung der Zielgruppen an die regionalen Deutschtumsbewegungen, denen mit ihren Genossenschaftsorganisationen wirtschaftliche Standbeine wuchsen. Vom Selbstverständnis her zielten diese Zusammenschlüsse auf eine Konservierung des deutsch besiedelten Territoriums im Ausland ab.³⁵

29 Vgl. Winkler, Heinrich August. *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik. München: Beck, 4. Aufl. 2002. 554.

30 ARK. Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 1. 511.

31 ADAP B/III, 473.

32 ARK. Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2. S. 1199/1386 f.; ARK. Das Kabinett Müller II, Bd. 1. S. 28 f.; ADAP B/VII, 49.

33 Stegmann, Dirk. „Deutsche Zoll- und Handelspolitik 1924/5–1929 unter besonderer Berücksichtigung agrarischer und industrieller Interessen“. *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Bd. 2. Hg. Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod. Düsseldorf: Athenäum, 1977. 499–513, bes. 510 f.; Höpfner, Hans-Paul. *Deutsche Südosteuropapolitik in der Weimarer Republik*. Frankfurt/M.: Lang, 1983. 103.

34 Robionek, Bernd. „Ethnic-German Cooperatives in Eastern Europe between the World Wars: The Ideology and Intentions behind an Ethnic Economy“. *National Economies: Volks-Wirtschaft, Racism and Economy in Europe between the Wars (1918–1939/45)*. Hg. Christoph Kreutzmüller, Michael Wildt und Moshe Zimmermann. Newcastle: Cambridge Scholars, 2015. 212–228.

35 Vgl. Robionek, Bernd. „Im Gravitationsfeld des ‚Mutterlandes‘: Deutsche Genossenschaften in Nordbosnien zwischen den Weltkriegen“. *„Nijemci“ u Bosni i Hercegovini i Hrvatskoj: Nova istraživanja i perspektive*. Hg. Enes Omerović. Sarajevo, Tübingen, Zagreb: Institut za istoriju, 2015. 219–240.

Als industrielle Kreise in den späten 1920er Jahren zunehmend auf das Vermittlungspotenzial der deutschen Minderheiten setzten, flankierten Privatinitiativen die diskrete Finanzierungspolitik der Reichsregierung, die sich auch mit Kapital in der Industrie beteiligte.³⁶ Maßmann betrieb – offensichtlich aus eigener Initiative – Mitte der 1920er Jahre eine „Wirtschaftsberatungsstelle für die deutschen Minderheiten im Ausland“.³⁷ Aus Kreisen des DAI erfolgte die Gründung der Stuttgarter „Deutsch-Donauländischen Warenaustausch AG“, um erklärtermaßen „engere wirtschaftliche Beziehungen mit den Banater Schwaben zu pflegen“.³⁸ Von exportorientierten Industriellen erhielt der „Deutsche Schutzbund“ Rückhalt für seine Pläne, einen „engen wirtschaftlichen Zusammenschluss der mitteleuropäischen Staaten unter Einschließung des gesamten Siedlungsgebietes der Deutschen von Nord- und Ostsee bis zum Adriatischen und Schwarzen Meer“ herbeizuführen.³⁹ Diese Vorstöße fügten sich nahtlos in die Bestrebungen zur Schaffung eines deutsch(-österreichisch) dominierten Großraumes in „Mitteleuropa“ ein.⁴⁰

36 Wie etwa 1927, als sich die Regierungen des Reiches und Preußens mit über 25 Mio. RM an drei Hüttenwerken im ostoberschlesischen Revier beteiligten, obwohl die Diagnose für die Betriebe offiziell auf „100 % verschuldet“ lautete (ARK. Das Kabinett von Papen, Bd. 1. 277–279). Diese groß angelegte, politisch motivierte Kapitalverflechtung widerlegt zugleich J. Hiden's irriige Annahme: „Any far reaching credit for threatened or lost industrial and commercial undertakings was automatically ruled out by Germany's situation in the 1920s.“ (Hiden, John. „The Weimar Republic and the Problem of the Auslandsdeutsche“. *Journal of Contemporary History* 12.2 (1977): 273–291, hier 280). Vgl. Oncken, Hermann. „Die Bedeutung des Auslandsdeutschtums für die deutsche Zukunft“. *Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen* 3.7 (1927). 32–50, hier 48; Schlenker, Max. „Die Werbekraft des Auslandsdeutschtums für Absatz und Ausbreitung der reichsdeutschen Wirtschaft im Auslande“. *Rundbrief des Vereins für das Deutschtum im Ausland* 11 (1927): 1f.

37 PA AA R30392: Wirtschaftsberatungsstelle für die deutschen Minderheiten im Ausland (Maßmann) an Ostabteilung des AA (Zechlin), Berlin, 18. Juni 1925.

38 PA AA R118095: „Kompensationsgeschäfte mit den deutschen Siedlern im rumänischen und jugoslawischen Banat“, Deutsch-Donauländische Warenaustausch-GmbH an RMEL, Stuttgart, 8. Februar 1934.

39 Zit. n. Thörner, Klaus. *Der ganze Südosten ist unser Hinterland: Deutsche Südosteuropapläne von 1840 bis 1945*. Freiburg: Ça ira, 2008. 358.

40 Die Verwirklichung des Mitteleuropa-Gedankens unter Einschluss der deutschen Minderheiten blieb vom späten Kaiserreich bis in die frühen 1930er Jahre hinein ein ideologisches Leitmotiv (bes. Schödl, Günter. „Lange Abschiede: Die Südostdeutschen und ihre Vaterländer (1918–1945)“. *Land an der Donau. Deutsche Geschichte im Osten Europas*. Hg. Günter Schödl. Berlin: Siedler, 1995. 455–649, hier 643–648); Loesch, Karl v.: „Was ist Mitteleuropa?“. *Volk und Reich* 12 (1936): 85–96; Frommelt, Reinhard. *Panuropa oder Mitteleuropa: Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925–1933*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1977. 57f.; Sachse, Carola. „Ehe von Schornstein und Pflug: Utopische Elemente in den Raumvorstellungen des *Mitteleuropäischen Wirtschaftstages* in der Zwischenkriegszeit“. „Mitteleuropa“ und „Südosteuropa“ als

Nach den ersten Anfängen intensiver Handelskontakte mit Auslandsdeutschen zog Maßmann 1927 ein ernüchterndes Zwischenfazit, wobei er auch auf die starke Integration auslandsdeutscher Unternehmen in ihre autochthonen Wirtschaftsräume hinwies.⁴¹ Der „Schutzbund“ konstatierte 1931 die vielfältige „Wirtschaftsverflechtung“ der Sudetendeutschen mit ihrer tschechischen Umgebung.⁴² Zur Förderung des Exports schien das „Deutschtum“ in Übersee ohnehin geeigneter als die oft eher bäuerlich geprägten Minderheiten in Europa.⁴³ Grenzen setzte der außenwirtschaftlichen Anbindung auch der binnenländische Protektionismus, der sich während der Weltwirtschaftskrise verstärkte.⁴⁴ Demnach sank in den frühen 1930er Jahren das Interesse an einer „gesamtdeutschen“ Wirtschaft.

Der „April-Boycott“ gegen jüdische Geschäftsleute brachte hier neue Impulse.⁴⁵ Die negative Handelsbilanz aus dem Exportrückgang von 1934 rief zahlreiche Initiativen auf den Plan, bei denen die Auslandsdeutschen die Rolle handelspolitischer Heilsbringer spielen sollten.⁴⁶ 1933/34 nutzte Alfred Rosenbergs Außenpolitisches Amt der NSDAP (APA) rumäniendeutsche Kanäle zur Bekämpfung jüdischer

Planungsraum: Wirtschafts- und kulturpolitische Expertisen im Zeitalter der Weltkriege. Hg. Carola Sachse. Göttingen: Wallstein, 2010. 49–86).

41 Maßmann, Karl. „Hoffnungen und Hemmungen im auslandsdeutschen Wirtschaftsleben“. *Volk und Reich* 3.3 (1927): 113–121.

42 Zit. n. Jaworski, Rudolf. Vorposten oder Minderheit? Der sudetendeutsche Volkstumskampf in den Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der ČSR. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1977. 39 f. Vgl. Boyer, Christoph. „Nationality and Competition: Czechs and Germans in the Economy of the First Czechoslovak Republic (1918–1938)“. *Nation, State and the Economy in History*. Hg. Alice Teichova und Herbert Matis. Cambridge: Cambridge University Press, 2003. 262–276.

43 Severin, Franz Joseph. Das Deutschtum im Auslande und die Möglichkeit seiner Einwirkung auf den deutschen Export. Emsdetten: Lechte, 1935. 155. Vgl. Schlenker, Max. „Vorwort“. *Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen* 3,7 (1927): 2–4 sowie Wertheimer, Fritz. „Auslanddeutschum und deutsche Wirtschaft“. *Das Werk* 9,8 (1929): 345–349.

44 Thalheim, Karl. „Die Wirtschaftsstruktur des Grenz- und Auslandsdeutschums“ *Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftskunde* 1 (1936): 44–57, 49; ARK. Die Kabinette Marx III und IV, Bd. 2. 869 f. Petzina, Dietmar. „Elemente der Wirtschaftspolitik in der Spätphase der Weimarer Republik“ *Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte* 21.2 (1973): 127–133.

45 Hier eine Literaturlauswahl zur Hetzkampagne: Morgenthaler, Sybille. „Countering the Pre-1933 Nazi Boycott against the Jews“. *Leo Baeck Institute Year Book* 36 (1991): 127–149; Barkai, Avraham. Vom Boycott zur „Entjudung“: Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1943. Frankfurt/M.: Fischer, 1988; Ahlheim, Hannah. „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“ Antisemitismus und politischer Boykott in Deutschland 1924–1935. Göttingen: Wallstein, 2011.

46 Vgl. Volkmann, Hans-Erich. Ökonomie und Expansion: Grundzüge der NS-Wirtschaftspolitik. München: Oldenbourg, 2003. 107 f.

Geschäftsleute.⁴⁷ Das Sonderreferat „W“ des Auswärtigen Amtes (ab 1936 „Handelspolitische Abteilung“)⁴⁸ argumentierte für seine Ziele wiederholt mit der Berücksichtigung „volksdeutscher“ Interessen.⁴⁹ Der in den USA geborene Volkswirt Gustav Moshack, Leiter des Referats für Auskunfts- und Stellenvermittlung des DAI, betrieb seit Sommer 1933 eine hartnäckige Kampagne gegen jüdische Mitarbeiter deutscher Firmen im Ausland und kooperierte zu diesem Zweck mit den Auslandsorganisationen (AO) der NSDAP.⁵⁰ Das „Außenhandelsamt“ der AO erklärte es zu seinem Ziel, den „Abbau jüdischer Auslands-Vertreter deutscher Firmen systematisch und kompromißlos [...] durchzuführen“.⁵¹ Ebenso wie der APA-Chef Rosenberg, der aus einer deutschbaltischen Familie stammte, konnte der „Reichsbauernführer“ Walther Darré auf einen auslandsdeutschen Hintergrund verweisen. Darrés Reichsnährstand (RNS) machte dem VDA unmissverständlich seine Führungsrolle auf dem Gebiet der auslandsdeutschen Landwirtschaft deutlich.⁵² Konkret zeigte sich dieses Ansinnen, als der RNS eine vom VDA vertretene Forderung für eine deutsche Zentralgenossenschaft in der Vojvodina absichtlich abblockte.⁵³ Mit dem wirtschaftspolitischen „Amt X“ der 1937 eingerichteten „Volksdeutschen Mittelstelle“ (VOMI) wurde der Ämterkonkurrenz eine Zentralinstanz übergeordnet.⁵⁴

Weil die „Donauschwaben“ ab Mitte der 1930er Jahre in Ländern mit einer engen außenwirtschaftlichen Anbindung an Deutschland lebten, schienen sie für

47 ADAP C/III,2. 550; PA AA R89210: Vermerk AA (Busse), Berlin, 25. August 1933; Kuusisto, Seppo. Alfred Rosenberg in der nationalsozialistischen Außenpolitik 1933–39. Helsinki: Societas Historica Finlandiae, 1984. 210 f. Vgl. Kaiser, David. *Economic Diplomacy and the Origins of the Second World War: Germany, Britain, France, and Eastern Europe, 1930–1939*. Princeton: University Press, 1980. 78.

48 Vgl. Radkau, Joachim. „Entscheidungsprozesse und Entscheidungsdefizite in der deutschen Außenwirtschaftspolitik 1933–1940“. *Geschichte und Gesellschaft* 2 (1976): 33–65, hier 37.

49 PA AA R105942: „Stellungnahme zu den Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums und Reichsernährungsministeriums betreffend Preisvereinbarungen mit dem Ausland.“ (Clodius), Berlin, 5. Oktober 1935.

50 Ritter, 1976. 131–134.

51 BA R55/925, 62: „Unterbindung der Vermittlung jüdischer und politisch unzuverlässiger Vertreter im Auslande durch Anzeigen-Organen des Inlandes.“ (Abschrift), Außenhandelsamt der Auslands-Organisation der NSDAP (Reutter), Berlin, Januar 1938.

52 BA NL1094 III/5: Reichsbauernführer (Stabsamt) an Eigenkanzlei Darré, Berlin, 20. Februar 1936.

53 Robionek, Bernd. *Ethnische Ökonomie im politischen Spannungsfeld: Das deutsche Genossenschaftswesen in der Vojvodina (1922–41)*. Hamburg: Kovač, 2019. 142–144. An dieser Stelle danke ich Prof. Anna Artwińska für die freundliche Unterstützung.

54 Lumans, Valdis. *Himmeler's Auxiliaries: The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe, 1933 – 1945*. Chapel Hill, London: University of North Carolina Press, 1993.

intensive Handelsverbindungen mit ihrem „Mutterland“ prädestiniert.⁵⁵ Wie eine Mikrostudie für die Vojvodina zeigen konnte, waren die Unternehmen der dortigen Minderheit allerdings nicht zwangsläufig Profiteure der Handelsoffensive des Dritten Reichs.⁵⁶ Die von der aggressiven NS-Außenpolitik vorangetriebenen „Volksgruppen“-Verträge mit der Slowakei, Ungarn und Rumänien stärkten die Machtstellung der seit den späten 1930er Jahren gleichgeschalteten Führungskader in den auslandsdeutschen Wirtschaftsverbänden.⁵⁷ Zu den Trägern der „volksdeutschen Wirtschaft“ entwickelten sich die Genossenschaftsverbände, deren zentralistische Gliederung dem Muster des Reichsnährstandes folgte. Hermann Wagener organisierte in der ersten Hälfte der 1940er Jahre als VOMI-Wirtschaftsberater die kriegswirtschaftliche Inanspruchnahme der „Volksdeutschen“ im mittlerweile um die Bačka vergrößerten Ungarn.⁵⁸ Während der kontinentalen Vormachtstellung Deutschlands konnte der Zugriff auf die „volksdeutsche Wirtschaft“ rücksichtsloser erfolgen als noch zur Friedenszeit.⁵⁹ Interesse weckte sie in Berlin nach Kriegsausbruch auch angesichts des britischen *economic warfare*.⁶⁰

55 Grenzebach, William. *Germany's Informal Empire in East-Central Europe: German Economic Policy toward Yugoslavia and Rumania, 1933–1939*. Stuttgart: Steiner, 1988; Treue, Wilhelm. „Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan: Zur Struktur der Außenhandelspolitik Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs 1933–1939“. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1 (1953): 45–64; Lukač, Dušan. *Treći Rajh i zemlje jugoistočne Evrope*, Bd. 1/2. 1933–1936. Belgrad: Balkanološki Institut Srpske Akademije Nauka i Umetnosti, 1982; Schröder, Hans-Jürgen. „Südosteuropa als ‚Informal Empire‘ Deutschlands 1933–1939: Das Beispiel Jugoslawien“. *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 23 (1975): 70–96.

56 Robionek, Bernd. „A New Light on Yugoslav-German Trade Relations and Economic Anti-Semitism: The Ethnic-German Poultry Product Cooperative in the Vojvodina during the 1930s“. *German-Balkan Entangled Histories in the Twentieth Century*. Hg. Christopher Molnar und Mirna Zakić. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press, 2020. 45–60.

57 Janovsky, Karl. „Volksdeutsche Wirtschaft in Rumänien und Jugoslawien“. *Deutsche Arbeit* 40.10 (1940): 334–337; Brunner, Heinz. „Volksdeutsche Wende im südosteuropäischen Raum“. *Nation und Staat* 14.10–11 (1941): 358–368.

58 Spannenberger, Norbert. *Der Volksbund der Deutschen in Ungarn 1938 – 1944 unter Horthy und Hitler*. München: Oldenbourg, 2002. 330.

59 Shimizu, Akiko. *Die deutsche Okkupation des serbischen Banats 1941–1944 unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien*. Münster: Lit, 2003. 257–264; Zakić, Mirna. *Ethnic Germans and National Socialism in Yugoslavia in World War II*. Cambridge: University Press, 2017; Mirnić, Josip. „Die Batschkadeutschen zur Zeit der ungarischen Besetzung (1941–1944)“. *Acta Historica* 18 (1972): 319–350; Komorowski, Jutta. „Die wirtschaftliche Ausbeutung des serbischen Banats zur Zeit der faschistischen deutschen Okkupation 1941–1944 unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der deutschen Minderheit“. *Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas* 31 (1988): 211–246.

60 „Volksdeutsche Wirtschaft in der Entscheidung“. *Deutsche Arbeit* 40.10 (1940): 360 f.

3 Schlussbetrachtung

Wiederkehrende Verweise auf „Möglichkeiten der Entwicklung volksdeutscher Wirtschaftsbeziehungen, die leider im Blickfeld einer nur staatsdeutsch denkenden Wirtschaftsdiplomatie noch kaum aufgetaucht sind“, zeugten davon, dass dieser Sektor der „Volkstumsarbeit“ in den Augen ihrer Verfechter noch einiges zu wünschen übrigließ.⁶¹ Das ständige Aufzeigen angeblich ungenutzter Potenziale ist ein Indikator dafür, wie sehr hier Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklafften. Die Versuche zur Herstellung exklusiver Wirtschaftsbeziehungen zu den Auslandsdeutschen bewegten sich im Spannungsfeld zwischen politischen Zielen und rein ökonomischen Interessen. Die Entwicklung verlief dabei stufenweise: Stand vor der Machtübernahme der NSDAP die Revisionspolitik im Vordergrund, so machten sich seit 1933 zunehmend antisemitische Aspekte bei der Gestaltung völkischer Wirtschaftsbeziehungen bemerkbar. Während des Zweiten Weltkriegs kulminierten diese Bestrebungen in der Beteiligung am organisierten Raub jüdischen und slawischen Eigentums sowie einer totalen Ausrichtung der Produktionskräfte auf die kriegerische Expansion des NS-Regimes. Insofern war die „volksdeutsche Wirtschaft“ in die verbrecherische NS-Politik eingebunden.⁶²

61 Bürger, E. G. „Agrarverfassung“. Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Bd. 1. Hg. Carl Petersen und Otto Scheel. Wrocław: Hirt, 1933. 58. Vgl. Kniesche, Herbert. „Außendeutsche Wirtschaftskunde: Ihr Stand und die Erfordernisse ihrer Behandlung“. *Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung* 3.3/4 (1939): 527–550.

62 Vgl. Loose, Ingo. Kredite für NS-Verbrechen: Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939–1945. München: De Gruyter, 2007.

Sebastian Rosenberger

„Das Blut ist der Brennstoff, den die metaphysische Flamme des Schicksals verbrennt“

Der Begriff des ‚Blutes‘ in Ernst Jüngers politischer Publizistik

1 ‚Blut‘ als Konzept in der völkischen Literatur

Als Goethes Faust mit Mephistopheles die Wette abschließt, wird diese „mit einem Tröpfchen Blut“ (V. 1737) besiegelt, und der böse Geist stellt fest, dass sich Blut für die Unterzeichnung eines solchen Kontrakts besonders gut eigne, da dieses „ein ganz besonderer Saft“ sei (V. 1740). Er rekurriert damit auf eine Jahrtausende alte Tradition, die dem Blut als der „Ursubstanz des Lebens“¹ in Mythos, Religion und Literatur eine besondere Rolle zuschreibt. Im 11. Gesang von Homers *Odyssee* etwa ermöglicht das Opferblut dem Seher Teiresias, Odysseus seine Zukunft zu weissagen. In Ägypten bestreichen die Israeliten zum Paschafest die Türpfosten ihrer Häuser mit Lämmerblut, um sie vor dem Todesengel zu schützen (2. Mose 12, 7). Im Judentum gilt Blut als Lebenskraft, weshalb der Verzehr von Blut verboten ist (5. Mose 12, 23). In der christlichen Liturgie werden Fleisch und Blut Christi rituell als Brot und Wein verbildlicht. In der Literatur des Hochmittelalters wird dem Blut Christi heilende Wirkung zugeschrieben (Gralsliteratur). Im Nibelungenlied badet Siegfried in Drachenblut und wird unverwundbar, später beginnt sein Leichnam zu bluten, als sein Mörder Hagen an die Bahre tritt.²

Diese religiös-kultischen und literarischen Elemente traten mit Beginn der Neuzeit und der systematischen Erforschung auch des menschlichen Körpers zurück. Mit der Entdeckung des Blutkreislaufs durch William Harvey 1628 und der Erforschung der physiologischen Funktionen des Blutes als Transportmittel von Nährstoffen erfolgte eine zunehmende Entmystifizierung des Blutes zumindest im Bereich der Medizin und der Naturwissenschaften. Gleichwohl lässt sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine Gegenbewegung, eine Re-Mystifizierung des Blutes in bestimmten gesellschaftlichen Kreisen erkennen. Joseph Arthur Comte de Gobine-

¹ Betz, Hans Dieter et al.: Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft (im Folgenden: RGG). 4., völlig neu bearbeitete Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck, 1998. Band 1, Sp. 1648.

² Vgl. dazu RGG 1, 1648–1654.

au etwa machte die Qualität der ‚Menschenrassen‘ an der Reinheit ihres Blutes fest:³ Komme es zur Vermischung des Blutes, dann habe dies eine Degeneration der ‚Rasse‘ zur Folge, die schließlich zum „Tod eines Volkes“⁴ führe: „Ich meine also, daß das Wort *degenerirt*, auf ein Volk angewandt, bedeuten muß und bedeutet, daß dieses Volk nicht mehr den inneren Werth hat, den es ehemals besaß, weil es nicht mehr das nämliche Blut in seinen Adern hat, dessen Werth fortwährende Vermischungen allmählich eingeschränkt haben“⁵.

Mit Gobineau begann die unselige Tradition des pseudowissenschaftlich verbrämten Rassismus. Auf seinen Theorien aufbauend entwickelten insbesondere im deutschen Sprachraum völkisch⁶ gesinnte Autoren mehr oder weniger ausgearbeitete Rassentheorien, mittels derer die angebliche Überlegenheit der ‚arischen‘ Rasse sowie ihre vermeintliche Gefährdung durch die ‚semitische‘ Rasse, insbesondere die Juden, erwiesen werden sollte.⁷ Die Unterschiede zwischen den ‚Rassen‘ wurden maßgeblich am ‚Blut‘ festgemacht. Houston Stewart Chamberlain, einer der führenden Rassentheoretiker um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, formulierte den Gedanken so:

Das heutige Europa [...] stellt das bunte Ergebnis einer unendlich mannigfaltigen Vermischung dar: was uns alle aneinander bindet und zu einer organischen Einheit verknüpft, das ist germanisches Blut. Blicken wir heute umher, wir sehen, dass die Bedeutung einer jeden Nation als lebendige Kraft von dem Verhältnis des echt germanischen Blutes in ihrer Bevölkerung abhängt. Nur Germanen sitzen auf den Thronen Europas.⁸

Chamberlain verknüpfte seine Rassenideologie mit dem überlieferten Antisemitismus, was ihn für die seit den 1880er Jahren immer stärker und selbstbewusster werdenden Antisemiten in Deutschland attraktiv machte. So ist es kein Wunder, dass seine Gedanken auch direkt in die Ideologie des Nationalsozialismus eingin-

3 Vgl. Gobineau, Joseph Arthur Comte de: Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen. Deutsche Ausgabe, übersetzt durch Ludwig Schemann. 4. Auflage. Erster Band. Stuttgart: Frommann, 1922, 44.

4 Gobineau 1922, 8.

5 Gobineau 1922, 31 f. (die Kursivierung entspricht einer Sperrung im Original).

6 Zum Begriff des Völkischen vgl. Rosenberger, Sebastian: Oswald Spenglers „Der Untergang des Abendlandes“. Eine völkische Geschichtsphilosophie? In: Völkische Wissenschaften: Ursprünge, Ideologien und Nachwirkungen. Hrsg. Michael Fahlbusch et al. Berlin/Boston: de Gruyter, 2020, 118–139. Dort auch weitere Literatur. (2020a)

7 Vgl. dazu Rosenberger, Sebastian: Von Gobineau bis Rosenberg. Rassenkonzepte der völkischen Bewegung. In: Wörter – Zeichen der Veränderung. Hrsg. Dominika Bopp et al. Berlin/Boston 2020: de Gruyter, 231–265. (2020b)

8 Houston Stewart Chamberlain: Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts. 20. Auflage. München: F. Bruckmann, 1935, S. 305.

gen. Auch hier nahm das ‚Blut‘ eine prominente Rolle ein. *Blut* wurde nahezu synonym zu *Rasse* und *Volk* verwendet, wie man etwa bei Alfred Rosenberg, nach Hitler der einflussreichste theoretische Begründer der nationalsozialistischen Ideologie, sehen kann:

Zu gleicher Zeit aber wird in den gebeugten Seelen der Hinterbliebenen der toten Krieger [des Ersten Weltkriegs] jener Mythos des Blutes, für den die Helden starben, erneut, vertieft, bis in die letzten Verästelungen erfaßt und erlebt. Diese innere Stimme fordert heute, daß der Mythos des Blutes und der Mythos der Seele, Rasse und Ich, Volk und Persönlichkeit, Blut und Ehre, allein, ganz allein und kompromißlos das ganze Leben durchziehen, tragen und bestimmen muß.⁹

Entsprechend beschreibt Cornelia Schmitz-Berning die Bedeutung des Wortes *Blut* in der Zeit des ‚Dritten Reiches‘ als „rassisch geprägte Erbmasse eines Volkes; auch: Synonym für: Rasse“.¹⁰ Folgerichtig wurden die Nürnberger Rassengesetze vom 15.9.1935 offiziell als „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ oder kurz als *Blutschutzgesetz* bezeichnet.¹¹

Neben dieser dominierenden Linie der Verwendung des Ausdrucks *Blut* lassen sich in den völkischen und nationalistischen Diskursen der Weimarer Republik jedoch auch andere Verwendungsweisen des Wortes nachweisen. Einer besonders markanten individuellen Verwendung des Wortes bei einem sprachmächtigen Autor, nämlich bei Ernst Jünger, wird sich dieser Beitrag im Folgenden widmen.¹²

2 Ernst Jüngers politische Ideologie in den 1920er Jahren

Ernst Jünger kehrte hochdekoriert aus dem Ersten Weltkrieg zurück und erlangte mit seinem Kriegstagebuch *In Stahlgewittern* (Erstauflage 1920) rasch Berühmtheit. In den zwanziger Jahren betätigte er sich u. a. als politischer Publizist, der

⁹ Rosenberg, Alfred: *Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit*. 7. Auflage. München: Hoheneichen Verlag, 1943, 698 f.

¹⁰ Schmitz-Berning, Cornelia: *Vokabular des Nationalsozialismus*. 2., durchgesehene und überarbeitete Auflage. Berlin: de Gruyter, 2007, 109. Dort auch weitere Belege.

¹¹ Schmitz-Berning 2007, 121.

¹² Auch auf Seiten der radikalen Linken kam ein spezifischer Blutsbegriff zum Einsatz, etwa im Text der *Internationale*: „Unser Blut sei nicht mehr der Raben, | Nicht der mächt'gen Geier Fraß!“. Da dieser Blutsbegriff jedoch für die völkischen Diskurse im Allgemeinen und für Jünger im Speziellen praktisch keine Rolle spielt, sei er im Folgenden ausgeklammert.

eine Heroisierung des Frontsoldatentums propagierte, die Weimarer Republik und den Parlamentarismus scharf kritisierte und zu gewaltsamem Umbruch aufrief. Mit seinen Aufsätzen wurde Jünger zu einer „Zentralfigur“¹³ des ‚Neuen‘¹⁴ oder ‚Heroischen Nationalismus‘¹⁵. Er trat 1925 dem Stahlhelm bei und schrieb für die *Standarte*, die Beilage der Zeitung des Stahlhelm. Später publizierte er in den Zeitschriften *Arminius* und *Widerstand*, die zeitweise auch von ihm selbst herausgegeben wurden, vereinzelt auch im *Völkischen Beobachter*.¹⁶ Diese Zeitschriften hatten zwar nur eine geringe Reichweite, die Zahl ihrer Abonnenten war klein, dennoch erreichten sie ihre Zielgruppen, die bündische Jugend und die nationalistischen Wehrgruppen.¹⁷ Um ihn bildete sich schnell ein Kreis gleichgesinnter junger Nationalisten. Armin Mohler beschreibt die ideologische Verfassung dieser Gruppierung so: „In diesem Milieu gab es neben der verständlichen Forderung nach Anerkennung des Frontsoldaten eine diffuse Mischung aus Rachebedürfnis, Landsknechtromantik und Verschwörertum. Aber erst durch Jünger bildete sich eine konsistente nationalistische, genauer: nationalrevolutionäre Ideologie“¹⁸. Jünger verstand es besser als jeder andere, das gemeinsame Fronterlebnis in Sprache zu überführen und den ‚Höllentränen des Krieges‘ „in einen kultivierten Ästhetizismus des Todesgrausens“ umzuschmelzen.¹⁹

Diese Ästhetisierung und Heroisierung des Soldatentums führte bei Jünger zu einer elitären Verachtung des zivilen Lebens und seiner Institutionen. Bereits 1923 schrieb er:

Die sogenannte Revolution von 1918 war kein Schauspiel der Wiedergeburt, sondern das eines Schwarmes von Schmeißfliegen, der sich auf einen Leichnam stürzte, um von ihm zu zehren. Welche Idee ist denn verwirklicht durch diese Revolution? Die der Freiheit? Der Demokratie? Des parlamentarischen Staates? Diese Frage dürfte wirklich jeden in Verlegenheit setzen. Nicht einmal im rein Formalen war etwas Neues zu sehen, zum Teil wurden russi-

13 Mohler, Armin/Karlheinz Weißmann: Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch. 6., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. Graz: Ares-Verlag, 2005, 146.

14 Breuer, Stefan: Die radikale Rechte in Deutschland 1871–1945. Eine politische Ideengeschichte. Stuttgart: Reclam, 2010, 176–203, bes. 182–191.

15 Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München: dtv, 1978, 103.

16 Zu Details zur Karriere Jüngers als politischer Publizist vgl. Berggötz, Sven Olaf: Nachwort: In: Ernst Jünger: Politische Publizistik 1919 bis 1933. Hrsg., kommentiert und mit einem Nachwort von Sven Olaf Berggötz. Stuttgart: Klett-Cotta, 2001, S. 834–869, hier 843–847.

17 Vgl. Mohler/Weißmann 2005, 148.

18 Mohler/Weißmann 2005, 147.

19 Sontheimer 1978, 103.

sche Einrichtungen kopiert, verbrauchte Phrasen von 1789 und 1848 hervorgezerrt, längst verfaulte Schlagworte des Marxismus aufgewärmt.²⁰

Im Aufsatz *Von den Wahlen* (1926) erklärte er dann im Namen einer von der Jugend getragenen nationalistischen Revolution dem Parlamentarismus und der Demokratie unverhohlen den Krieg:

Keine Stimme für irgendeine Partei! Wir müssen abseits stehen, aber gerüstet, und den unaufhaltsamen Zersetzungsprozeß, in dem diese Stätten des Geschwätzes bereits begriffen sind, beschleunigen, indem wir die beste Zufuhr drosseln. Wir müssen sie gründlich aus der Mode bringen. Frontsoldaten dorthin schicken, heißt sie beleidigen. [...] Jeder Mißkredit, den die ‚hohen Häuser‘ auf sich laden, bedeutet automatisch eine Stärkung für die Kräfte, die sich nicht infizierten und die vielleicht nicht einmal zu marschieren brauchen, um aufzuräumen, sondern dazu gerufen werden. [...] Eine junge Bewegung, die dadurch nicht wächst, ist allerdings nicht mehr wert, als in die Parlamente zu gehen.²¹

Bereits ein Jahr zuvor hatte er keinen Hehl aus seiner Gesinnung als rechtsradikaler Staatsfeind gemacht:

Wir bilden eine Einheit durch Blut, Gesinnung und Erinnerung, den ‚Staat im Staate‘, den Sturmblock, um den sich die Masse schließen soll. Wir schätzen keine langen Reden, eine neue Hundertschaft ist uns wichtiger, als ein Sieg im Parlament. Zuweilen feiern wir Feste, um die Macht geschlossen paradieren zu lassen und um nicht zu verlernen, wie man Massen bewegt. Schon erscheinen zu diesen Festen Hunderttausende. Der Tag, an dem der parlamentarische Staat unter unserem Zugriff zusammenstürzt, und an dem wir die nationale Diktatur ausrufen, wird unser höchster Festtag sein.²²

Der prinzipiellen Gleichheit aller, die in demokratischen Gesellschaften herrscht, zog Jünger ein am Militär orientiertes hierarchisches System vor. Nach seiner Ansicht sollte das Ziel des Nationalismus „der nationale, soziale, wehrhafte und autoritativ gegliederte Staat aller Deutschen“ sein²³, an dessen Spitze die Elite des ‚männlichen‘ Bevölkerungsteils stehen sollte. Das Attribut ‚männlich‘ behielt Jünger denjenigen vor, die wie er an der Front gestanden hatten: „dieser Frontsoldat erkennt nur eine Weltanschauung an: die Männliche!“²⁴ Den Akteuren der Novemberrevolution hingegen hielt er vor, auf die ‚Männlichkeit‘ verzichtet zu haben: „Jedenfalls gelang es der sogenannten Revolution nicht, sich den Frontkämpfer dienstbar zu machen, und das ist bezeichnend für sie. Damit leistete sie Ver-

²⁰ Jünger 2001, 34 f.

²¹ Jünger 2001, 245.

²² Jünger 2001, 151 f.

²³ Jünger 2001, 504 u. ö.

²⁴ Jünger 2001, 45.

zucht auf Symbole wie Männlichkeit, Ehre, Mut – Symbole, die immer zum Siege geführt haben und führen werden.“²⁵

Mit diesem Männlichkeitsideal ging eine emphatische Bejahung der modernen Technik und gerade der viele Frontkämpfer der Ersten Weltkriegs traumatisierenden Kriegstechnik Hand in Hand.²⁶ Den Grund für diese Affinität zur Technik sieht Mohler in Jüngers Lektüre von Oswald Spenglers *Untergang des Abendlandes*, die sich in Jüngers Texten immer wieder niederschlägt. Jüngers Hochachtung vor Spengler²⁷ zeige sich, so Mohler, auch darin, dass er dessen Diagnose vom Ende der ‚faustischen‘ Kultur anerkannte und in der Technik die Möglichkeit zur Gestaltung der ‚Zivilisation‘ sah.²⁸

Die Begeisterung für die Möglichkeiten der Technik teilte Jünger mit den Nationalsozialisten, mit denen er zunächst durchaus sympathisierte.²⁹ Nach allmählicher Distanzierung brach Jünger mit Hitlers Bewegung, da er deren Legalitätskurs ablehnte und eine gewaltsame Revolution favorisierte.³⁰

Mit dem Abkühlen des Verhältnisses zu den Nationalsozialisten ging auch ein deutlicher Rückgang von Jüngers Produktivität einher, was Schriften politischen Inhalts anbelangt. Nach 1929 konzentrierte er sich weitgehend auf Auftragsarbeiten und Rezensionen zu nationalistischer und vor allem Kriegsliteratur. Außerdem arbeitete er an seinem großen Essay *Der Arbeiter*, der 1932 erschien und in dem er den Arbeiter in einer technisierten Welt als Gegensatz zum verachteten Bürger und als neuen Menschentypus stilisierte, der den künftigen nationalistischen Staat tragen sollte.³¹ Nach der ‚Machtergreifung‘ 1933 verstummte Jünger

25 Jünger 2001, 118.

26 Vgl. etwa Jünger 2001, 404.

27 Vgl. Jünger 2001, 115.

28 Vgl. Mohler/Weißmann 2005, 185 f. Zu Spenglers Zivilisationsbegriff vgl. Rosenberger, Sebastian: Das Konzept der ‚Zivilisation‘ in den Jahren um den Ersten Weltkrieg. In.: Historische Text- und Diskurssemantik. Hrsg. Jochen A. Bär. Berlin, Boston: de Gruyter, 2021, 294–310. (Jahrbuch für germanistische Sprachgeschichte 11, 2020)

29 Vgl. dazu ausführlich Berggötzt 2001, 854–861.

30 Auch den Antisemitismus der Nationalsozialisten teilte er nicht; für Jünger war die ‚Judenfrage‘ kein Thema, dem er gesteigertes Interesse entgegenbrachte. Als er sich schließlich doch genötigt fühlte, dazu Stellung zu nehmen, machte er in seinem Aufsatz *Über Nationalismus und Judenfrage* (1930; vgl. Jünger 2001, 587–592) deutlich, dass die Juden für seine Form des Nationalismus von geringer Relevanz sind. In seinem *Schlußwort zu einem Aufsatz* (1930; vgl. Jünger 2001, 538–546) erkennt er die „zerstörerischen Qualitäten“ der jüdischen ‚Rasse‘ an (Jünger 2001, 544), erklärt aber die Gefahr, die von den Juden ausgehe, für überschätzt. Obwohl er von den Antisemiten und Nationalsozialisten als ‚Judenfreund‘ diffamiert wurde, hielt Jünger an seiner Ablehnung des biologischen Antisemitismus und Rassismus fest (vgl. dazu Berggötzt 2001 861–866).

31 Vgl. dazu Sontheimer 1978, 105 f.

als politischer Publizist, er widmete sich verstärkt der Entomologie und der Romanschriftstellerei, sein Roman *Die Marmorclippen* (1939) wird jedoch meist als versteckte Kritik an den Machthabern und als Distanzierung von seinen früheren politischen Ideen gelesen.³² Der Literaturwissenschaftler Helmuth Kiesel schreibt dazu:

Auch an Jünger ist zu beobachten, daß die Erfahrung eines politischen Engagements, das der Autor selbst bald nicht mehr gutheißen mochte, zu einer Abwendung von der Politik und zu einer Verwerfung von Literatur führte, die sich um politische Wirkung bemühte. Auch Jünger ist ein Beispiel für die politisch problematischen künstlerischen Einseitigkeiten, die sich aus der unglücklich verlaufenden deutschen Geschichte ergaben.³³

Doch selbst wenn man den Eindruck einer späteren Distanzierung Jüngers von seiner politischen Publizistik der zwanziger Jahre teilt, kann man nicht umhin, ihn aufgrund seiner aggressiven Rhetorik, seiner Verachtung für die Demokratie und seiner wortgewaltigen Agitation in nationalistischen Kreisen als einen der intellektuellen Wegbereiter des Nationalsozialismus zu bezeichnen.

3 Analyse des Wortfelds *Blut* bei Ernst Jünger

3.1 Vorbemerkung

Im Folgenden wird die Semantik des Lexems *Blut* samt seiner Wortbildungen in den Schriften Jüngers aus den 1920er Jahren untersucht. Mit der Methode der lexikalisch-semantischen Analyse von Einzelbelegen sollen dabei die verschiedenen Verwendungsweisen und -kontexte, in denen Jünger das Lexem verwendet, herausgearbeitet werden. Dabei geht es einerseits um seine Distanzierung vom völkischen Rassebegriff, für den *Blut* eine zentrale Vokabel ist (vgl. oben), andererseits soll Jüngers spezifischer Begriff des ‚Blutes‘ deutlich werden. Es wird sich zeigen, dass dieser Begriff keineswegs eindeutig ist, sondern schillernd in verschiedenen Kontexten variiert, so dass sich eine Polysemierung des Wortes ergibt.

³² Vgl. Kiesel, Helmuth: Geschichte der literarischen Moderne. Sprache, Ästhetik, Dichtung im 20. Jahrhundert. München: C. H. Beck, 2004, 271.

³³ Kiesel 2004 272.

3.2 Gebrauch im physiologischen Sinne

Selbstverständlich ist auch bei Jünger der alltagsbezogene Gebrauch des Wortes *Blut* belegt. In den *Stahlgewittern* belehrt ihn „die Wärme des reichlich strömenden Blutes bald, daß ich verwundet war“.³⁴ Er findet, dass Deutschland es wert sei, „dafür zu bluten und zu sterben“.³⁵ Erwähnenswert ist ferner das Syntagma *blutbetaute Wiesen*³⁶. Da diese Bedeutung jedoch wenig aussagekräftig ist für Jüngers Ideologie, soll auf Belege dieser Art nicht weiter eingegangen werden.

3.3 Gebrauch im übertragenen Sinne

Wesentlich durch die Kriegserfahrungen geprägt, doch ebenfalls konventionell ist die Verwendung von *Blut* als Synonym für *Leben*. Explizit wird diese Synonymie etwa im folgenden Satz, in dem beide Ausdrücke in Aggregation zueinander stehen: „Nicht nur die blauen und roten Linien der Gräben sind hier gezeichnet, sondern auch das, was an Blut, was an Leben in ihnen verborgen war“³⁷. Dieses Verhältnis von Blut und Leben, das – wohl unbeabsichtigt – dem jüdischen Begriff des ‚Blutes‘ folgt (vgl. oben), wird auch in Metaphern abstrahiert: „Dies ist das Wesen des Nationalismus, ein neues Verhältnis zum Elementaren, zum Mutterboden, dessen Krume durch das Feuer der Materialschlachten wieder aufgesprengt und durch Ströme von Blut befruchtet ist“.³⁸ *Blut* wird hier als lebensspendend metaphorisiert.

Ganz konkret wird *Blut* auf die Toten der Schlachtfelder des Krieges bezogen. In diesen Fällen finden sich gängige Syntagmen wie *Blut vergießen*³⁹, *Blut* (Subj.) *fließen*⁴⁰ oder *Opfer des Blutes*⁴¹ und Wortbildungen wie *Blutopfer*.⁴² Entsprechend blicken sich die Stoßtruppführer mit *blutdürstigen Augen* an⁴³.

34 Ernst Jünger: In *Stahlgewittern*. Stuttgart: Klett-Cotta 2014, 32.

35 Jünger 2014, 35.

36 Jünger 2014, 7.

37 Jünger 2001, 458. Wegen des begrenzten Raumes ist es nicht möglich, mehr als eine kleine Auswahl der untersuchten Belege zu zitieren. Um die Argumentation dennoch nachvollziehbar zu machen, werden nicht zitierte Belege als Belegstellenangaben in die Fußnoten gesetzt.

38 Jünger 2001, 535.

39 Jünger 2001, 335.

40 Jünger 2001, 393.

41 Jünger 2001, 376.

42 Jünger 2001, 615.

43 Jünger 2014, 222.

Zudem kann *Blut* metonymisch für *Mensch* stehen. ‚Gutes Blut‘ ist jedoch, wie an späterer Stelle noch deutlicher werden wird, auf die Nationalisten in Jüngers Sinne beschränkt; dies ist der *blutmäßige*⁴⁴ Teil der Gesellschaft, im Gegensatz zum Bürgertum, das als *blutleer*⁴⁵ denunziert wird. Beide Adjektive verhalten sich demnach antonym zueinander. Dieser Gegensatz zwischen Nationalist und Bürger wird in folgendem Beleg besonders deutlich: „Der Erfolg der Anschauung, daß man sich der Parteien zu unseren Zwecken bedienen könnte, kann nur der sein, daß einem verrotteten Mechanismus aus den Reihen der Frontsoldaten frisches Blut zugeführt wird, das sich in den parlamentarischen Windungen und Sackgassen verzehrt“.⁴⁶

Noch ausfallender gegen das *Phrasen dreschende Spießbürgertum* wird Jünger in einem Text von 1929, in dem er diesem die *Abenteurer* und *Landsknechte* entgegn hält, die in ihrem Einsatz für die Nation später das Vorbild für das *junge Blut*, also die künftige Generation sein sollen:

Man sagt den Männern, die unmittelbar nach dem schwersten aller Kriege jenen wunderlichen Kreuzzug ins Baltikum antraten, nach, daß sie Abenteurer gewesen seien, und der Spießbürger betet es nach. Aber ach, wenn wir nur immer über solche Landsknechte verfügen würden, die selbst, wenn die allerletzte Karte verspielt zu sein scheint, noch einen donnernden Trumpf auf den Tisch zu hauen wissen. O ihr jämmerliches Geschmeiß, welches junge Blut möchte denn später, wenn von euch längst nicht mehr die Rede sein wird, wünschen, mit euch im Lande die dreimal ausgespienen Phrasen der französischen Revolution gedroschen zu haben, anstatt mit jenen Abenteuern euch den Rücken zu kehren und auf eine neue Heerfahrt zu ziehen.⁴⁷

Wenn Jünger außerdem davon spricht, dass das „Reich in Feuer und Blut versunken“ sei⁴⁸, dann wird deutlich, dass *Blut* bei ihm nicht nur metonymisch für den Menschen, sondern auch für die Nation als Gesamtheit des Volkes stehen kann. Dieser Umstand leitet zu einer weiteren Verwendungsweise des Wortes über.

3.4 ‚Blut‘ als nationales Band

Den Blut- und Rassenbegriff der völkischen Bewegung, wie er oben ansatzweise beschrieben wurde, lehnt Jünger kategorisch ab; er ist kein Rassentheoretiker in diesem Sinne, auch wenn er selbst einen Rassenbegriff besitzt, der aber eng mit

44 Jünger 2001, 189.

45 Jünger 2001, 217.

46 Jünger 2001, 244.

47 Jünger 2001, 532 f.

48 Jünger 2001, 375.

seinem eigenen Blutbegriff verbunden ist. Gleichwohl spricht auch er von *Blutsge-meinschaften*.⁴⁹ Doch er meint etwas völlig anderes als die völkischen Rassentheoretiker.

Vielmehr fungiert das ‚Blut‘ in einem Teil der Belege als eine Art nationales Band, das die verschiedenen Teile eines Volkes trotz aller Differenzen zusammenhält. Deutlich wird dies anhand des folgenden Belegs:

Aber gerade wir, die die Geschlossenheit des Volkes wollen und die in der inneren Politik nur ein Mittel zu Ermöglichung der äußeren sehen, sollten uns bemühen, über allen Streitigkeiten, die nun einmal ausgetragen werden müssen, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, das uns vereinen soll, wie es die Kräfte vereinte, die trotz des gleichen Blutes 1866 gegeneinanderstanden. Gerade diese Kämpfe wirkten verbindender, als eine laue Zeit des Friedens es vermocht hätte.⁵⁰

Jünger deutet den preußisch-österreichischen Krieg von 1866 demnach als einen Krieg, der innerhalb der Nation *gleichen Blutes* geführt wurden; diese *Blutsge-meinschaft* ist nach seiner Ansicht so stark, dass selbst die Folge des Krieges, das Ausscheiden des Habsburgerreiches aus dem preußisch-deutschen Reichsverband, als nebensächlich abgetan werden; der Krieg sei vielmehr *verbindend* gewesen.

In diesem Sinne ist mehrfach von *deutschem Blut*⁵¹ die Rede, das *prächtig* sei⁵². Diese Attribute werden jedoch nicht für alle Deutschen gleichermaßen vergeben, sondern nur für die Nationalisten im Sinne Jüngers, welche Fronterfahrung und ‚Männlichkeit‘ im oben erläuterten Sinne besitzen. Die höchste Ehrung gebühre den im Krieg Gefallenen, mit denen die Überlebenden eine *Blutsbrüderschaft* verbinde: „Daher stehen sie [die gefallenen Kameraden] uns auch näher als den Kommenden, sie sind noch Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut, die große Mutter Deutschland verbindet uns noch unmittelbar, so wie Geschwister verbunden sind. Ja, Blutsbrüderschaft verbindet uns!“⁵³ Hier wird der Gedanke klar ausgesprochen, dass die Nation, die *große Mutter Deutschland*, alle Deutschen zu einer großen Familie verbinde und das ‚Blut‘ deshalb als allen Deutschen gemeinsames Merkmal das Band bildet, das die nationale Gemeinschaft garantiert. Zugleich besitzt diese gemeinschaftliche Verbindung Exklusivitätscharakter, denn diejenigen, denen die Fronterfahrung fehlt oder nicht zumindest von einer solchen träumen und nach ihr streben, kurz, die nicht ‚Männli-

⁴⁹ Vgl. Jünger 2001, 191.

⁵⁰ Jünger 2001, 170 f.

⁵¹ Vgl. z. B. Jünger 2001, 204; 315.

⁵² Vgl. Jünger 2001, 395.

⁵³ Jünger 2001, 384.

chen‘, sind von dieser Gemeinschaft ausgeschlossen.⁵⁴ Sie sind die verachteten Bürger, die es wie ihre politische Manifestation, die Weimarer Demokratie, zu bekämpfen gilt: „Denn nicht das Geld wird in ihr die bewegende Kraft darstellen, sondern das Blut, das in geheimnisvollen Strömen die Nation verbindet und das lieber fließt als sich knechten läßt“.⁵⁵

Aber inwiefern kann das ‚Blut‘ diese Aufgabe als gemeinschaftsstiftendes Band übernehmen? Wie hat man sich die *geheimnisvollen Ströme* vorzustellen, mit welchen das ‚Blut‘ die Nation verbinde? Die Antwort auf diese Fragen fällt, wie sich zeigen wird, komplex aus, da Jünger hier, trotz allem Streben nach Klarheit, ziemlich vage bleibt.

3.5 Mystifizierung des ‚Blutes‘

Diese Vagheit liegt darin begründet, dass Jünger seine zentrale Vorstellung des ‚Blutes‘ in einer modernen Form der Mystik in immer neuen Umschreibungen zu umkreisen versucht, ohne wirklich konkret zu werden. Diese metaphysische Suche nach dem ‚Wesen‘ des ‚Blutes‘ führt zu seiner Mystifizierung, die sich der begrifflichen Fixierung entzieht, weshalb Jünger immer wieder neue Varianten der Paraphrasierung einsetzt. Eine Konstante bildet jedoch der Metaphernkomplex ‚Fluss, Strom‘, der in den Umschreibungen immer wieder in verschiedenen Varianten auftaucht: Es ist die Rede von „tausend dunklen Blutströmen“, aus denen „das Blut des Einzelnen“ gemischt sei⁵⁶ oder vom „Schicksalsstrom“, der sich „an das Mittel des Blutes“ binde und aus dem sich „besondere Blutbahnen [...] von den großen Schlagadern der Kulturen zu den feinsten Kapillaren der Individualitäten hinab“ abzweigten⁵⁷. Mit Hilfe dieser Metapher wird das ‚Blut‘ als lebendige und lebensspendende Grundlage von Nation und Nationalismus etabliert und vom *abstrakten Gerüst geistiger Konstruktion* scharf abgegrenzt:

Nationalist sein, heißt die Notwendigkeit der Nation vertreten wollen mit allen Mitteln, die in Frage kommen können. Es heißt, die Idee der Nation als einen obersten Wert setzen, dem alle anderen Werte unterzuordnen sind. Es heißt also nicht, Europäer oder Weltbürger sein, sondern es für wichtiger und entscheidender halten, Deutscher, Franzose, Engländer oder Italiener zu sein. Es heißt, das Besondere höher schätzen als das Allgemeine, das Leben über

⁵⁴ Dabei ist zu betonen, dass Jünger auch feindlichen, besonders englischen Soldaten höchsten Respekt zollt. Sein Nationalismus ist gegen die bürgerliche Demokratie gerichtet, nicht gegen andere Völker.

⁵⁵ Jünger 2001, 36.

⁵⁶ Jünger 2001, 129.

⁵⁷ Jünger 2001, 276.

den Begriff stellen und die organische Begrenzung über das Ungebundene. Es heißt, dem Leben verbunden sein wollen durch die großen, geheimnisvollen Ströme des Blutes und nicht durch das abstrakte Gerüst einer geistigen Konstruktion. Nur für die wirklichen Lebenseinheiten, nicht aber für das Nützliche, Praktische oder Künstliche ist das Leben zu jedem Opfer bereit.⁵⁸

In dieser Eigenschaft determiniert das ‚Blut‘ das gesamte Denken, Fühlen und Wahrnehmen eines Menschen, es ist die Bedingung der Möglichkeit des Menschen, seine Umwelt kognitiv wie sensorisch zu erfassen:

Das Blut ist tiefer als alles, was man darüber sagen und schreiben mag. Seine dunklen und hellen Schwingungen zaubern jene Melodien hervor, die uns betrübt oder glücklich stimmen. Sie ziehen uns hin zu Personen, Landschaften und Dingen, oder sie stoßen uns von ihnen zurück. Jenes Etwas, jenes Mehr, das sich uns preisgibt in den Umrissen eines Gebirges, der Linienführung einer Ebene, [...] jener Akzent, den das Leben mit traumhafter Sicherheit allen Dingen gibt – er wird durch die Art und Eigenart des Blutes bestimmt. Die Erscheinung ist gegeben, aber die Stärke und Fülle des Blutes erst setzt ihren Wert, macht sie bedeutend, symbolisch und tief. Mit dem Auge sehen wir, mit den Ohren hören wir, mit der Hand tasten wir, mit dem Gehirn nehmen wir fremde Gedanken auf, aber ob dies alles für uns nur toter Stoff ist oder ob es zu uns in einer lebendigen Beziehung steht, das entscheidet das Blut. Durch Nerven und Sinne nehmen wir wahr, was ist: durch das Blut enthüllt sich uns, was dahintersteckt. Durch die Sinne erkennen wir; durch das Blut erkennen wir an. Durch das Blut fühlen wir uns fremd oder verwandt.⁵⁹

Aus diesem Grund habe man sich den „Gesetzen des Blutes zu unterwerfen“⁶⁰ und die „Forderungen des Blutes“ zu vertreten⁶¹; der „Imperativ des Blutes“ bestimme den Charakter eines Menschen⁶², das Blut gebe „Orientierung“⁶³. Als Nationalist habe man „an ein schärfstes Bedingtein von Wahrheit, Recht und Moral durch Zeit, Raum und Blut“ zu glauben.⁶⁴ Aus diesem Grund wird das ‚Blut‘ eng mit dem ‚Schicksal‘ verbunden als *unsichtbare Kraft* mit dem *tragenden Stoff*, beide sind zentrale Bestandteile von Jüngers nationalistischer Theorie:

Das aber ist die große Spannung, die dem Leben Sinn, Würde und tragischen Gehalt verleiht. Schicksal und Blut, eine unsichtbare Kraft und ein tragender Stoff, durch den sie sich offenbart. Von ihr müssen wir ausgehen, um das Wesen des Blutes ganz zu verstehen. Ein Blut ohne Schicksal ist wie eine ungeladene Batterie, wie eine Magnetnadel ohne magneti-

⁵⁸ Jünger 2001, 187.

⁵⁹ Jünger 2001, 191 f.

⁶⁰ Jünger 2001, 130.

⁶¹ Jünger 2001, 337.

⁶² Jünger 2001, 210.

⁶³ Jünger 2001, 128.

⁶⁴ Jünger 2001, 280.

schen Zug. Die Reinheit und Hochzucht des Blutes oder die Güte seiner Mischung ist ohne diese große Kraft bedeutungslos. Nur am Prüfstein des Schicksals beweist das Blut seinen Wert.⁶⁵

Blut und *Schicksal* sind häufig nahe beieinander zu finden, in Formulierungen wie „Glaube an die Bindungen des Blutes, des Bodens und des Schicksals“⁶⁶, das „Leben, in dem das Schicksal blutmäßig regiert“⁶⁷ oder „Blut, das dem Schicksal seine Opfer bringt“⁶⁸. Beide werden als *Schicksals-* und *Blutseite* des Lebens vom *Geist* des liberalen Bürgertums abgegrenzt.⁶⁹ Auf diese Weise konstituiert Jünger einen Nationalismus, der durch *Blut und Boden* bedingt sei.⁷⁰

Für diesen Nationalismus dienen „Feuer und Blut“ als „Kraftquellen des Lebens“, welche den Mann befähigten, für die Belange seiner Nation einzutreten, die aber unter den gegenwärtigen Bedingungen der Weimarer Republik nahezu versiegt seien.⁷¹ Dem „Verwesungsprozeß“, der nach der Revolution von 1918 eingetreten sei, müsse der „Schöpfungsprozeß des Blutes“ entgegengesetzt werden, denn „aus dem Blute“ wachse jene „Energie“, die erst nach neuen Formen verlangen lasse, also einen Umsturz ermögliche.⁷² Auf diese Weise erhält Jüngers Blutbegriff auch ein vitalistisches Element.

Sein spezifischer metaphysisch-mystischer Blutbegriff ist denn auch der Grund, warum Jünger mit dem Rassenbegriff der Völkischen wenig anzufangen weiß und ihn mit aller Deutlichkeit ablehnt: „Das, was meiner Ansicht nach den Propagandisten des Blutes und der Rasse mangelt, ist nichts anderes – als ein wenig Blut, ein wenig von jenem unaussprechlichem Saft, der nämlich gar kein Ideal darstellt, sondern bedeutend mehr – eben das, was die Ideale erst setzt und ihnen Gültigkeit schafft“.⁷³

Eben weil für Jünger die Macht des ‚Blutes‘ etwas Selbstverständliches ist, das intuitiv und gerade nicht rational begründet werden kann (vgl. unten), erteilt er allen Versuchen einer Rationalisierung von ‚Blut‘ und ‚Rasse‘, wie sie in der ‚Rassenwissenschaft‘ und Anthropologie der Zeit gerade völkischer Provenienz versucht wurde, eine klare Absage:

65 Jünger 2001, 193.

66 Jünger 2001, 331.

67 Jünger 2001, 209.

68 Jünger 2001, 276.

69 Jünger 2001, 240.

70 Vgl. Jünger 2001, 183; *Blut und Boden* ist hier erkennbar in anderem Sinn verwendet als in der nationalsozialistischen Blut-und-Boden-Ideologie.

71 Jünger 2001, 409.

72 Jünger 2001, 376.

73 Jünger 2001, 538 f.

Daher lehnen wir alle jene Bestrebungen ab, die die Begriffe Rasse und Blut verstandesmäßig zu stützen versuchen. Den Wert des Blutes durch das Gehirn, durch Mittel der modernen Naturwissenschaften beweisen zu wollen, das heißt, den Knecht für den Herren zeugen lassen. Wir wollen nichts hören von chemischen Reaktionen, von Bluteinspritzungen, von Schädelformen und arischen Profilen. Das alles muß ausarten in Unfug und Haarspaltereien und öffnet dem Intellekt die Einfallsporten in das Reich der Werte, die er nur zerstören, aber niemals begreifen kann. Das Blut legt keinen Wert darauf, sich auf einem Wege legitimieren zu lassen, auf dem auch die Verwandtschaft zum Pavian bewiesen werden kann. Das Blut ist der Brennstoff, den die metaphysische Flamme des Schicksals verbrennt. Was es sonst noch ist, wie seine Körperchen aussehen und wie sie chemisch reagieren, das ist für uns ohne Belang. Darüber mögen sich die Männer hinter den Mikroskopen auseinandersetzen. Mit solchen Fragen füllt der Geist Bücher, aber nicht das Leben den Schicksalsraum.⁷⁴

In Abgrenzung zum völkischen Rassebegriff entwickelt Jünger einen *metaphysischen* Blutsbegriff, der sich mit den Methoden der Naturwissenschaft nicht erfassen lässt:

Es gibt aber neben der bewußten Überlieferung der Geschichte einen unbewußten Charakter des Blutes, und auf ihn kommt es an. [...] Das Blut wiederum ist für den neuen Nationalismus nicht wie für das ‚Land‘ ein vorwiegend biologischer, sondern ein vorwiegend metaphysischer Begriff. Das Wort Rasse beginnt in seiner Anwendung ebenso peinlich zu werden wie das Wort Tradition, und es muß betont werden, daß alle Reinheit und Hochzucht des Blutes bedeutungslos ist, wenn nicht jenes unfaßbare Mehr hinzukommt, daß [sic!] die Blutkörperchen, wie immer sie unter dem Mikroskop aussehen mögen, mit den geheimnisvollen Energien eines spezifischen Lebens begabt. Diese Energien lassen sich nicht ‚erneuern‘, sie sind vorhanden oder sie fehlen, und dann ist alles vorbei.⁷⁵

Zugleich wird das ‚Blut‘ mystifiziert⁷⁶, indem ihm jenes ominöse *Mehr* zugeschrieben wird, welches das Blut mit der *geheimnisvollen Energie* ausstatte, die ihm seine besonderen Eigenschaften verleihe. Worin diese *Energie* besteht, wird nicht gesagt. Dennoch ermöglicht sie es nach Ansicht Jüngers dem ‚Blut‘ als Fundament des künftigen nationalistischen Staates zu fungieren:

Wir kommen ohne den Begriff des Nationalismus nicht aus. Dem Nationalismus freilich, als dem Willen zur Bildung blutmäßiger Gemeinschaften, sind alle diese Mächte feindlich gesinnt. Damit allerdings sind sie auch dem nationalistischen Staate, der sich auf der reinen Grundlage des Blutes fundamentieren will, entgegengesetzt. Sie sind daher nicht überstaatlicher, sondern internationaler oder besser *antinationaler* Natur.⁷⁷

⁷⁴ Jünger 2001, 193 f.

⁷⁵ Jünger 2001, 232 f.

⁷⁶ Vgl. auch Jünger 2001, 191.

⁷⁷ Jünger 2001, 294.

Das ‚Blut‘ soll jedoch nicht nur Fundament des nationalistischen Staates, sondern auch Kampfmittel sein, diesen zu erringen. Um einen Umsturz auf möglichst breite Basis zu stellen und auch die Arbeiter für die Sache des Nationalismus zu gewinnen, propagiert Jünger einen *Sozialismus des Blutes*, den er dem verhassten Liberalismus, der *Macht des Geldes*, gegenüberstellt:

Als Mittel dieses Kampfes erkannten wir das *Blut*. Ihm allein schreiben wir die Fähigkeit zu, die Gemeinschaften zu binden und sie mit dem Unendlichen zu verknüpfen. Das Blut muß sich des Lebens bemächtigen, seiner Äußerungen und Form bis zur umfassendsten Form des Staates hinaus. Es muß auch von den Maschinen Besitz ergreifen, denn nur so gewinnt diese eintönige, zweckmäßige und rastlose Arbeit ihre höhere Aufgabe, ihre bunte Fülle und ihren tieferen Sinn. Gibt es einen Sozialismus, so kann es nur ein Sozialismus des Blutes sein; ist die Macht des Geldes zu überwinden, so wird sie nur durch die Übermacht des Blutes zu brechen sein.⁷⁸

Diesen Blutbegriff kann man vorläufig fassen als Lebensform, die das individuelle Leben überdacht; metaphysische, überindividuelle, vom Einzelnen unabhängig existierende Entität, die als Bedingung jeglicher Lebensäußerung gedacht wird. Um als Kampfbegriff zur Erringung eines erstrebten nationalistischen Staats brauchbar zu sein, ist dieser Blutbegriff jedoch viel zu abstrakt. Dies war auch Jünger bewusst. Deshalb bemühte er sich, ihn durch Präzisierungen wie durch Negativierung antagonistischer Konzepte fassbarer zu gestalten.

3.6 Die *blutmäßige* Disposition

Letztere wird durch die Aufspannung mehrerer Gegensatzpaare erreicht, in denen *Blut* positiv gegen verschiedene Formen der kognitiven Welterfassung ausgespielt wird. Die häufigsten dieser Gegenüberstellungen sind *Blut* und *Intellekt*⁷⁹, *Blut* und *Verstand*⁸⁰, *Blut* und *Gehirn*⁸¹, *blutmäßig* und *geistmäßig*⁸² und *blutmäßig* und *blutleer*⁸³. Eine Besonderheit zeigt sich bei *Blut* und *Geist*, da diese sowohl als Gegensatzpaar als auch als einst verlorene und für den nationalistischen Staat wieder zu erreichende notwendige Einheit konstituiert werden. Der Gegensatz ergibt sich aus dem Verlust dieser ursprünglichen Einheit, an deren Stelle der *abge-*

78 Jünger 2001, 371; kursiv im Original.

79 Vgl. Jünger 2001, 332 f.; 127 f.; 143; 145; 157; 161.

80 Vgl. Jünger 2001, 45; 160 f.; 331; 340.

81 Vgl. Jünger 2001, 133; 208.

82 Vgl. Jünger 2001, 372; 180 f.; 183; 489.

83 Vgl. Jünger 2001, 239.

storbene Geist der ‚Zivilisation‘ (vgl. dazu unten) getreten ist, wie die beiden folgenden Belege zeigen:

Die große Unabhängigkeitserklärung der Vernunft hat Blut und Geist geschieden, die dunklen und hellen Ströme, ohne deren Kreislauf das Leben versiegt.⁸⁴
[...] wenn dieses himmelschreiende, verbrecherische Mißverhältnis, diese schamlose Vergewaltigung des besten, breitesten Blutes der Nation durch einen abgestorbenen Geist nicht im Herzen des Dichters empfunden wird, wo soll es denn sonst empfunden werden?⁸⁵

Diese Differenz, die zwischen *Geist* und *Blut* eingetreten ist, führt letztlich zu weltanschaulichen Unterschieden, welche die Gesellschaft spalten: „Der grundlegende Unterschied zwischen dem Marxismus und dem Nationalismus ist der, daß hier die Gemeinsamkeit des Geistes und dort die des Blutes als entscheidend empfunden werden.“⁸⁶ Diesem defizitären Zustand setzt Jünger das Bild einer ursprünglichen und natürlichen Einheit entgegen, die durch die ‚Zivilisation‘ verloren gegangen sei:

Der Geist gleicht dem Baume, der oben im Licht einen umso weiteren Umkreis beherrscht, je tiefer seine Wurzeln dem Boden verflochten sind. Aus dunklen und geheimnisvollen Gründen drängt der Geist zum Licht. Er entspringt nicht in den hellen Bereichen des Bewußtseins, sondern mündet in sie aus. Der Geist braucht das Blut, weil er in das Leben gebettet ist, aber er braucht das Bewußtsein nicht.⁸⁷

An diesen Stellen greift Jünger implizit auf Oswald Spengler zurück, dessen *Untergang des Abendlandes* er, wie oben bereits bemerkt, sehr schätzte. Spengler entwickelte in diesem geschichtsphilosophischen Werk die Theorie, dass Kulturen als lebendige Organismen geboren werden, blühen und vergehen. Am Ende ihres Lebenszyklus gehen sie in ‚Zivilisationen‘ über. Die ‚Zivilisation‘ in Spenglers Sinn ist demnach die Verfallsform einer Kultur. Nach Spengler ist die abendländische Kultur mit Beginn des 19. Jahrhundert in das Stadium der ‚Zivilisation‘ eingetreten, die mit der Moderne ihren Höhepunkt erreicht. Dementsprechend werden die Erscheinungen der Moderne als Anzeichen für die Zivilisation kritisiert.⁸⁸ Dieser Zivilisationsbegriff ist bei Jünger stets präsent, auch wenn er nur gelegentlich auf Spengler verweist. Da der *Untergang des Abendlandes* aber in den 1920er Jahren unter den Gebildeten allgemein bekannt war, dürften Stellen wie die folgende gemeinhin als Allusion auf Spengler verstanden worden sein: „Solche Fragen ent-

⁸⁴ Jünger 2001, 614.

⁸⁵ Jünger 2001, 486.

⁸⁶ Jünger 2001, 332.

⁸⁷ Jünger 2001, 321 f.

⁸⁸ Vgl. dazu ausführlich Rosenberger 2020a.

springen der Bluteere einer späten, vom Boden gelösten Zeit, die weit entfernt ist von dem rassenhaften Takt, dem der Wellenschlag des Lebens in seiner furchtbaren Pracht ein unmittelbares Erlebnis bedeutet“.⁸⁹

Diesen Erscheinungen des modernen Lebens, der ‚Zivilisation‘, setzt Jünger das Ideal des Soldaten entgegen, der in der Schlacht die *Gesetzmäßigkeit* des ‚Blutes‘ spürt und auf diese Weise den zivilisatorischen Verfall zu überwinden vermag:

Aber nun fährt das rote Signal zum Angriff hoch, und mit diesem Feuerzeichen tritt das System von Kraft, in dem sich die Leistung der Kompanie verwirklicht, in eine ganz neue und andersartige Gesetzmäßigkeit ein, welche das Leben straffer und blutvoller regiert, aber welche der menschliche Geist inmitten des sehr mathematischen Umkreises unserer großen Städte und einer späten Zivilisation nicht mehr als die eigentlich zwingende anerkennen möchte. Nur noch bei Kriegen, großen Festen und wirklichen Revolutionen greift diese Gesetzmäßigkeit unmittelbar in die Welt der starren Formen und Bindungen ein.⁹⁰

Für Jünger ist der Soldat „der Mensch des blutmäßigen Daseins“⁹¹, der sich souverän über die Probleme der modernen Welt hinwegsetzt:

Der Soldat, als das Vorbild und Sinnbild wirklicher Männlichkeit von jeher, wird durch die Fragestellungen einer platten Fortschrittlichkeit in seinem Wesen nicht berührt. Besser als jeder andere vielleicht besitzt er noch den Zugang zum vollen Menschentum. Und auch soviel ist sicher: Wenn wir uns irgendwie befreien wollen vom äußeren und inneren Drucke dieser Zeit, so muß sehr viel Soldatentum im besten Sinn dabei sein, sehr viel Mut und Herz, sehr viel Glaube und blutmäßige Sicherheit.⁹²

Zum Ideal des Soldatentums gehört eine innere Disposition, in der die dem Blut zugeschriebenen Eigenschaften Denken, Fühlen und Handeln bestimmen, ein Zustand, in dem die betreffende Person nicht nachzudenken braucht, um instinktiv das Richtige zu tun. Jünger beschreibt diese besondere Disposition so:

Die magnetische Kraft des Blutes bedarf keiner Merkmale und Erkennungszeichen materieller Art. Seine Fahnen besitzen keinen logischen, sondern symbolischen Wert. Seine Einheiten finden sich im Raum wie sich zwei Falter in einem nächtlichen Tale finden, und wären sie die einzigen in meilenweitem Kreis. Sie sind sich ihrer Zeit bewußt wie Schwärme von Zugvögeln, die mehr von der Witterung wissen als alle Wetterwarten der Welt. [...] Das Blut

89 Jünger 2001, 87; Parallelstellen bei Spengler wären leicht nachzuweisen, müssen hier aber aus Platzgründen unterbleiben.

90 Jünger 2001, 153.

91 Jünger 2001, 312.

92 Jünger 2001, 312.

wittert mit untrügbarer Sicherheit das, was ihm gefährlich und was ihm freundlich ist. Es ist nicht hinter das Licht zu führen, weil es, um zu sehen, kein Licht nötig hat.⁹³

Soldaten sind im Ideal Jüngers „vollblütige Kerle, die mit Lust und Liebe bei der Sache sind“ und die sich nicht darum scheren, ob die kriegerischen Mittel, die sie einsetzen, „von einer verallgemeinerten Moral gebilligt werden oder nicht“⁹⁴. Sie stehen über der Moral und handeln nur so, wie es ihnen das ‚Blut‘ gebietet. Feiglinge hingegen besitzen *Sklavenblut*⁹⁵ oder *Fischblut*⁹⁶. Sie sind keine ‚Männer‘ im Sinne Jüngers.

Diese Disposition ist für Jünger auch notwendig, da es Kräfte gibt, die ‚dem Blut‘ feindlich gesinnt sind. Jünger benennt als solche die Juden, die Freimauerei, den Jesuitismus und den Liberalismus⁹⁷: „Alle diese Kräfte sind äußerst verschiedener Natur, ihr gemeinsames Kennzeichen besteht darin, daß sie dem Blute feindlich sind“.⁹⁸

In diesem Blutbegriff liegt schließlich auch der tiefere Grund, warum Jünger die Revolution von 1918/19 so vehement ablehnte: Sie sei keine *blutmäßige* gewesen, wie sie es hätte sein sollen, wenn der daraus entstehende Staat eine Zukunft haben sollte. Da sie nicht von den Frontsoldaten getragen worden sei, hätte sie auch nicht deren *blutmäßige* Disposition haben können. Bei Jünger lautet der Gedanke wie folgt: „Revolution, das ist ein schönes, blutlebendiges Wort, das den Mann wohl packen kann und aus dem der mächtige Wille ungeborener Reiche zum Dasein ruft – eine solche Revolution haben wir nicht gehabt“.⁹⁹ Stattdessen propagierte er eine zweite, eine ‚echte‘, ‚nationale‘ Revolution, die eine „national, sozial, wehrhaft und autoritativ“ gegliederte Gemeinschaft herbeiführen werde.¹⁰⁰ Diese vier Adjektive umschreiben Jüngers politisches Programm in nuce, sie werden an vielen Stellen wiederholt. Dieses ist jedoch nur mit *Blut* zu verwirklichen – in allen in diesem Beitrag beschriebenen Bedeutungen des Wortes.

93 Jünger 2001, 194.

94 Jünger 2001, 213.

95 Vgl. Jünger 2001, 211.

96 Vgl. Jünger 2001, 62.

97 Vgl. Jünger 2001, 294 f.

98 Jünger 2001, 295.

99 Jünger 2001, 123.

100 Jünger 2001, 123 u. ö.

4 Fazit

Blut wird also bei Jünger in vielfacher Weise verwendet. Neben dem Denotat und dem Rückgriff auf allgemeinsprachliche übertragene Verwendungsweisen zeigt sich bei ihm vor allem ein spezifischer Gebrauch, der, von einer mystisch-metaphysischen, aber recht vagen Grundlage ausgehend, sich in verschiedener Weise sowohl im Individuum als auch in der Gemeinschaft manifestiert. Bei der Einzelperson zeigt sich dieses vor allem in einer bestimmten psychischen Disposition, die intuitiv und ohne Umweg über den Verstand das jeweils richtige sagt und tut und die kompromisslos und konsequent das gesetzte Ziel verfolgt. Diese Disposition findet sich vor allem beim Frontsoldaten, während sie für das die Weimarer Republik tragende Bürgertum negiert wird. Hier offenbart sich Jüngers eigene Fronterfahrung, die sein Denken nachhaltig prägte. Bei Gruppen und idealerweise im Kollektiv wirkt das ‚Blut‘ vor allem verbindend und die Gemeinschaft konstituierend. Aufgrund des von Oswald Spengler diagnostizierten Stadiums der ‚Zivilisation‘ als Verfallsform der abendländischen Kultur ist jedoch die ursprüngliche Einheit von ‚Blut‘ und ‚Geist‘ verlorengegangen und muss durch eine neue Form des Nationalismus restituiert werden. Für einen neuen nationalistischen Staat bekämpft ‚das Blut‘ die Kräfte der ‚Zivilisation‘, die vor allem im liberalen Bürgertum ausgemacht werden. Das Ziel ist ein, wenn notwendig, auch gewaltsamer Umsturz, um einen neuen nationalistischen Staat zu etablieren, der die Attribute *national*, *sozial*, *wehrhaft* und *autoritativ* trägt. Jünger erweist sich so als antidemokratischer Denker und Publizist.

Gleichwohl blieb Ernst Jünger ein intellektueller Revolutionär, er war trotz aller Rhetorik kein Mann der Tat. Nach anfänglichen Sympathien distanzierte er sich vom Nationalsozialismus und stand dem Regime des ‚Dritten Reiches‘ reserviert gegenüber, auch wenn er sich letztlich mit ihm arrangierte. Als einer seiner publizistischen Wegbereiter muss er dennoch angesehen werden, da er mit zur Delegitimation der Weimarer Demokratie beitrug.¹⁰¹

101 Zu Jünger als einflussreichem Denker der radikalen Rechten der Weimarer Republik außer der bereits genannten Literatur auch: Kiesel, Helmuth: Zwischen Kritik und Affirmation. Ernst Jüngers Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. In: Zwei deutsche Diktaturen. Hrsg. von Günther Ritter. Paderborn u. a.: Schöningh, 1997, 163–172; Kiesel, Helmuth.: Ernst Jünger. Die Biographie. München: Siedler/Random House, 2007, bes. 266–384; sowie Paul Noack: Ernst Jünger. Eine Biographie. Berlin: Fest, 1998, bes. 55–97.

Martin Göllnitz

Völkisch oder National?

Ideologische (Dis-)Kontinuitäten im Denken Joachim Haupts

Ob man in einem *Who is Who* der führenden Ideologen des völkischen Spektrums zwischen 1918 und 1933 den Namen Joachim Haupt finden würde, darf bezweifelt werden. Bislang hat sich die Geschichtswissenschaft nur am Rande mit dem in Frankfurt/Oder geborenen NS-Intellektuellen befasst, was nicht zuletzt dem spärlich erhaltenen Quellenmaterial zu seiner Person geschuldet ist.¹ Falls es je einen Nachlass Haupts gegeben hat, der Aufschluss über sein Denken und Handeln geben könnte, so befindet er sich, wenn er nicht längst zerstört wurde, im Besitz seiner in Schleswig-Holstein lebenden Tochter, die bereits unzählige Kontaktversuche vonseiten der Forschung brüsk abgewiesen hat. Erhalten geblieben sind dagegen diverse Veröffentlichungen Haupts, einige Berichte aus seiner Kieler Studienzeit sowie zahlreiche, obgleich unvollständige Unterlagen aus einem Parteiauschlussverfahren, das im Dezember 1935 vor dem Gaugericht Groß-Berlin gegen ihn beantragt worden war. Weiterhin lassen sich der Erinnerungsliteratur ehemaliger NS-Größen vereinzelt Informationen zu Joachim Haupt entnehmen, wobei die Erinnerungen des nur drei Monate als Hamburger Gauleiter amtierenden Albert Krebs am umfänglichsten auf den NS-Funktionär Bezug nehmen. Hiernach handelte es sich bei Joachim Haupt keineswegs um einen unbekanntem Außenseiter, sondern um den führenden Kopf der nationalsozialistischen Studierenden Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre, der im Gleichklang mit anderen völkischen Ideologen die geschichtlichen und weltanschaulichen Wurzeln des Nationalsozialismus aufgezeigt habe.² Nun mag freilich das Urteil des ebenfalls in Parteiungnade gefallenen Krebs' kein wirklicher Gradmesser für die ideologische Bedeutung Haupts sein, zumal er diesen nur ein einziges Mal getroffen hatte und sich später nicht mehr an die Einzelheiten des Gesprächs erinnern konnte. Auch erwähnt er in dem Zusammenhang lediglich einen Vortrag, den Haupt vor Hamburger Studierenden gehalten hatte und in dem dieser die Verbindung zwischen

1 Siehe bislang Göllnitz, Martin. *Der Student als Führer? Handlungsmöglichkeiten eines jungakademischen Funktionärskorps am Beispiel der Universität Kiel (1927–1945)*. Ostfildern: Jan Thorbecke Verlag, 2018; Sperling, Christoph. *Joachim Haupt (1900–1989). Vom Aufstieg eines NS-Studentenfunktionärs und Sturz des Inspektors der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten*. Eine biographische Studie. Berlin: Peter Lang, 2018.

2 Krebs, Albert. *Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1959. 207–208.

Urburschenschaft, 1848er Revolution, Jugendbewegung und nationalsozialistischer Bewegung herstellte.

Der vorliegende Beitrag thematisiert daher erstmals die Kontinuitäten und Diskontinuitäten im ideologischen Denken Haupts, der bereits Anfang der 1920er Jahre, noch als Student, mit verschiedenen Spielarten sozialistischen und völkisch-nationalen Denkens experimentierte. Die Grundlage hierfür bilden zwei Veröffentlichungen, die er während seiner Studienzeit publizierte und die über seine weltanschaulichen Vorstellungen Aufschluss geben.³ Anhand dieser sowie weiterer ideologischer Verlautbarungen in den Folgejahren lässt sich erkennen, wie sich Haupts Weltanschauung in den frühen 1920er Jahren sukzessive wandelte: blieb sein völkisches Weltbild anfänglich noch sehr abstrakt und wies keine rassistischen oder antisemitischen Elemente auf, so radikalisierte sich dieses nach seinem Beitritt in die NSDAP.

Zugleich wird an diesem Lebensabschnitt deutlich, dass die völkische Ideologie für ihn nicht nur eine Schreibtischangelegenheit darstellte, über die man gelegentlich debattierte und die man publizistisch erörterte; stattdessen machte er sich das Gebot einer „Propaganda der Tat“⁴ zu Eigen und war überdies bereit, ein ungewöhnlich hohes Maß an Energie und Zeit in den völkischen Aufbruch zu investieren: Nach eigener Aussage nahm er 1923 am Hitler-Putsch teil, besuchte den „Führer“ in Landsberg und etablierte mit anderen Parteigenossen die NSDAP-Gaue Pommern und Schleswig-Holstein sowie diverse regionale Parteigliederungen. In diese Zeit fallen zudem die ersten Bündnisse mit führenden Parteigrößen wie Joseph Goebbels und Gregor Strasser, aber auch erste Konflikte mit rivalisierenden NS-Funktionären wie Wilhelm Tempel oder Baldur von Schirach. Vor allem die Kieler Studienzeit ist für die Forschung von hohem Interesse, da Haupt zum ersten überregionalen NS-Studentenführer avancierte und erheblichen Einfluss auf die reichsweite Entwicklung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB) nahm. Unmittelbar nach der Machtübernahme 1933 reüssierte er dann als Ministerialrat im preußischen Kultusministerium, wo er die Ideen seines Doktorvaters Hans Freyer adaptierte und gemäß seiner eigenen ideologischen Vorstellungen im Zuge der Etablierung der Nationalpolitischen Er-

³ Haupt, Joachim. Vom deutschen Nationalsozialismus. Frankfurt/Main: Werner & Winter, 1921; Haupt, Joachim. Völkisch oder national? Eine grundlegende Auseinandersetzung mit der deutsch-„nationalen“ Oberschicht. München: Deutscher Volksverlag, 1924.

⁴ Siehe Wildt, Michael. Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. Hamburg: Hamburger Edition, ²2008. 89. Zu Hitler als Mann der Tat, der wenig Neigung für das geschriebene Wort hatte und in seinen Reden wiederholt zum Aktionismus aufrief, ferner Wildt, Michael. „Volksgemeinschaft“ als politischer Topos in der Weimarer Republik“. NS-Gewaltherrschaft. Beiträge zur historischen Forschung und juristischen Aufarbeitung. Hg. Alfred Gottwaldt, Norbert Kampe und Peter Klein. Berlin: Ed. Hentrich, 2005. 23–39, 36–37.

ziehungsanstalten (NPEA) umsetzte; zeitweise war er darüber hinaus maßgeblich an der Gleichschaltung der Hochschulen beteiligt. Erst ein von parteiinternen Rivalen gegen ihn angestregtes Parteiausschlussverfahren beendete die steile Karriere des einstigen Revolutionärs; so hatte er sich im Alter von 21 Jahren selbst bezeichnet, unwissend, dass er nur 14 Jahre später eben jener Revolution, die er mitgetragen hatte, zum Opfer fallen sollte.

1 Biographischer Hintergrund

Um Joachim Haupts Weltanschauung in den völkischen Strömungen der Weimarer Republik verorten zu können, erscheint es notwendig, vorab dessen Biographie und politische Karriere – natürlich in der gebotenen Kürze – zu betrachten. Seine Kindheit verbrachte der am 7. April 1900 in Frankfurt/Oder geborene Joachim Friedrich Hermann Haupt im bürgerlichen Umfeld seiner Geburtsstadt, wo er zunächst eine humanistische Oberschule besuchte. Im Anschluss an die Tertia absolvierte er seine weitere Schulausbildung an der Königlich Preußischen Hauptkadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde, wo er neben Ernst von Salomon auch Reinhard Sunkel, der fortan zu seinen engsten Weggefährten zählen sollte, kennenlernte. Diese jungen, von früher Jugend an durch das Militär geprägten Männer, die durch eine „Verfügung des Preußischen Kriegsministeriums zwecks ordnungsgemäßer Ablegung der Reifeprüfung zur Erhaltung eines ausgebildeten Offiziersnachwuchses“ an der „Einziehung zum Kriegsdienst 1918 befehlsgemäß“ gehindert worden waren, empfanden es offenbar als Makel, nicht an der Front des Ersten Weltkrieges gekämpft zu haben.⁵ Um ihren Dienst am Vaterland dennoch leisten zu können, suspendierten Haupt und Sunkel ihre bisherige schulische Ausbildung und meldeten sich im Januar 1919 – im Alter von 18 Jahren – als Freiwillige zum Landjägerkorps Maercker, um an den Straßenkämpfen in Berlin, Erfurt und Halle teilnehmen zu können. Die Abiturprüfung legten sie erst Ostern 1920 in Berlin erfolgreich ab.⁶

Während seiner Zeit als Freikorpskämpfer kam Haupt wiederholt in Kontakt mit dem völkisch-militanten Politikverständnis, das in diesen Kampfverbänden

⁵ Bundesarchiv Berlin (künftig: BArch Berlin), R 4901/25523, Fragebogen Sunkels vom 29.5.1933.

⁶ Schularchiv des Gymnasiums Schloss Plön (künftig: SGSP), Unterlagen: J. Haupt, Parteitätigkeit (undatiert, 1934/35); Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (künftig: GStA PK), I. HA, Rep. 77, Nr. 5469, Reichsminister des Innern an den Preußischen Ministerpräsidenten vom 23.8.1938.

zirkulierte.⁷ Hier kulminierten jene Erfahrungen von Niederlage, Revolution und territorialem Zerfall, die in den 1920er Jahren zur Mobilisierung und Radikalisierung einer hochexplosiven, männlichen Subkultur erheblich beitrugen.⁸ Besonders deren studentische Angehörige zeichneten sich durch ein überaus erbarungsloses militantes Verhalten sowie einen rüden soldatischen Umgangston aus.⁹ Mit einem derartigen Auftreten suchten sie ihren Mangel an Kampferfahrung wettzumachen, und als Ausdrucksform favorisierten sie zudem ein hohes Maß an politischer Gewalt. Obschon Aggression also zu einem elementaren Kennzeichen ihres Bedürfnisses nach Selbstschutz avancierte, dürfte das in der zeitgenössischen Presse bisweilen kolportierte Bild desillusionierter Studenten, die, „stinkend nach Schnaps, das Monokel im Auge und eine Zigarette lässig im Mund“, auf „unschuldige Weiber und Kinder“ schossen, stark überzeichnet gewesen sein.¹⁰ Nichtsdestotrotz kann angenommen werden, dass die Erfahrungen, die vor allem die jüngeren Männer im Freikorpsmilieu machten, deren politisches Koordinatensystem nachhaltig beeinflussten.

Ob Haupt bereits im Freikorpsmilieu oder erst während seines Philosophiestudiums an der Kieler Universität, wo er sich zum Sommersemester 1920 eingeschrieben hatte, mit der NS-Ideologie in Berührung kam, lässt sich dem nur fragmentarisch erhaltenen Quellenkorpus nicht mehr entnehmen. Klar ist jedenfalls, dass er unmittelbar nach seinem Wechsel an die Universität in Frankfurt/Main im Wintersemester 1921/22 eine „Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft“ gründete und in diesem Zusammenhang die Broschüre *Vom deutschen Nationalsozialismus* publizierte, die zugleich als Programmschrift für die Hochschulgruppe fungierte. Letztlich fiel die von Haupt geführte Arbeitsgemeinschaft aber kaum durch Aktionen auf und schief nach dessen Wechsel an die Greifswalder Universität im folgenden Winter wieder ein. In der Provinz Pommern beteiligte er sich dann erstmals konkret an der Parteilarbeit der NSDAP, was wohl auf ein persönliches

7 Siehe zum studentischen Engagement in Freikorpsverbänden Göllnitz, Martin. „Radikalität, Unbedingtheit, Kälte. Zur Beteiligung deutscher und österreichischer Jungakademiker an politischen Gewaltakten nach dem Ersten Weltkrieg (1919–1922)“. *Zeiten des Aufruhrs (1916–1921). Globale Proteste, Streiks und Revolutionen gegen den Ersten Weltkrieg und seine Auswirkungen*. Hg. Frank Jacob und Marcel Bois. Berlin: Metropol, 2020. 462–488.

8 Vgl. Theweleit, Klaus. *Männerphantasien*, 2 Bde. Frankfurt/Main: Verlag Roter Stern, 1977–1978.

9 Vgl. Gerwarth, Robert. *Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkrieges*. München: Siedler, 2017. 158–159; Barth, Boris. *Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933*. Düsseldorf: Droste, 2003. 237–238.

10 Zit. n. Schreiner, Florian J. „Von Langemarck zum Annaberg. Das Verhältnis akademischer und militärischer Akteure in der Nachkriegszeit 1918–1921“. *Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa* 25 (2017): 299–334, 327.

Treffen mit Adolf Hitler in München 1922 zurückzuführen ist.¹¹ Denn kurz darauf beantragte Haupt seine Parteimitgliedschaft und gründete gemeinsam mit anderen Parteigenossen den *Pommerschen Beobachter* – eine nationalsozialistische Tageszeitung, dessen Schriftleitung Haupt übernahm.¹² Im Zuge der Etablierung des Propagandablattes lernten Haupt und Sunkel auch den Greifswalder Professor Theodor Vahlen sowie Wilhelm Karpenstein kennen, mit denen sie den Gau Pommern sowie mehrere NSDAP- und SA-Ortsgruppen in der Region aufbauten.

Bedeutsam für sein Parteiengagement dürften ferner die Ereignisse des Jahres 1923 gewesen sein, wobei allen voran seine Teilnahme am Marsch auf die Feldherrnhalle, die Verhaftung Hitlers und das reichsweite Verbot gegen die NSDAP zu nennen sind. Auch Pommern blieb von dem Machtvakuum, das Hitler hinterlassen hatte, nicht verschont. Zahlreiche Konflikte waren die Folge, die die NS-Bewegung in ihrem Kern bedrohten und die überdies Eingang in einen von Haupt im Jahr 1924 publizierten Aufsatz mit dem Titel *Völkisch oder national? Eine grundlegende Auseinandersetzung mit der deutsch-„nationalen“ Oberschicht* gefunden haben. Im selben Jahr besuchte er Hitler in Landsberg, wo er die Instruktion erhielt, die Unabhängigkeit der NSDAP zu wahren.¹³ Zurück in Greifswald kam es allerdings zu heftigen Unstimmigkeiten mit Theodor Vahlen, der in Absprache mit Erich Ludendorff die Vereinigung der pommerschen NSDAP mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei forcierte und somit die Anordnung Hitlers hintertrieb. Da Hitler mehrere Briefe Haupts in der Folge unbeantwortet ließ und dieser zudem aus der Redaktion des *Pommerschen Beobachters* gedrängt wurde, legte er seine politischen Ämter nieder und wechselte zusammen mit Sunkel noch zum Wintersemester 1924/25 zurück an die Kieler Universität, wo er sich nun verstärkt auf sein Studium konzentrierte. So wurde seine Dissertationsschrift *Logische und historische Wertung in der Geschichte*, die er bei den Professoren Hans Freyer und Theodor Litt verfasst hatte, am 18. Mai 1925 von der Leipziger Universität angenommen; sein Rigorosum legte er am 25. Februar des Folgejahres erfolgreich ab.¹⁴

Trotz der in Pommern gemachten Erfahrungen betätigte sich Joachim Haupt weiterhin für die NS-Bewegung. Zu den etwa 30 Nationalsozialisten, die sich am 1.

¹¹ SGSP, Unterlagen: J. Haupt, Parteitätigkeit (undatiert, 1934/35).

¹² Inachin, Kyra T. „Martyrer mit einem kleinen Häuflein Getreuer“. Der erste Gauleiter der NSDAP in Pommern Karl Theodor Vahlen“. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 49 (2001): 31–51, 31–37; Mittenzwei, Jan. „Dem Führer entgegenarbeiten‘ – NSD-Studentenbund und NSD-Dozentenbund in Greifswald“. „... die letzten Schranken fallen lassen“. Studien zur Universität Greifswald im Nationalsozialismus. Hg. Dirk Alvermann. Köln: Böhlau, 2015. 90–128.

¹³ Sperling, 2018. 42–43; Mittenzwei, 2015. 91.

¹⁴ Sperling, 2018. 64–67. Vgl. Haupt, Joachim. *Logische und historische Wertung in der Geschichte*. Leipzig: Diss. phil., 1929.

März 1925 in Neumünster zur offiziellen Gründung des NSDAP-Gaues Schleswig-Holstein unter Führung Hinrich Lohses trafen, gehörten auch Haupt und sein Weggefährte Sunkel.¹⁵ In der Folgezeit avancierten sie zu den führenden Parteivertretern in der preußischen Provinz. Während Sunkel am Aufbau der Kieler NSDAP-Ortsgruppe und Kreisleitung partizipierte, deren Führung er 1931 übernahm, widmete sich Haupt vorrangig dem Aufbau von NS-Nachwuchsorganisationen.¹⁶ Zu diesem Zweck unterhielt er zahlreiche Kontakte zu unterschiedlichen Jugendbünden, denn Ableger der Hitlerjugend (HJ) oder des NS-Schülerbundes gab es zu diesem Zeitpunkt in Schleswig-Holstein noch nicht; entsprechende Ortsgruppen sollten erst 1928 auf Anweisung Haupts etabliert werden. Allerdings existierte eine NS-Wandervogelgruppe, aus der er bald seine Entourage rekrutierte. Zu seinem Hauptbetätigungsfeld entwickelte sich jedoch die von ihm und Sunkel an der Kieler Universität im Februar 1927 gegründete Hochschulgruppe des NSDStB, die bei den unmittelbar folgenden Hochschulwahlen der Kieler Studentenschaft großen Zuspruch unter den Studierenden erhielt. Der junge NS-Funktionär übernahm die Führung der örtlichen Studentenschaft und wurde kurz darauf sogar zum Leiter des norddeutschen Kreises der Deutschen Studentenschaft ernannt – erstmalig übernahm damit ein Nationalsozialist den Vorsitz einer überregionalen Studentenvertretung.¹⁷

Von der Kieler Förde aus beeinflusste er fortan die Entwicklung des NSDStB auf Reichsebene, nahm 1927 eine prominente Stellung im Konflikt mit dem preußischen Kultusminister Carl Heinrich Becker ein und führte gemeinsam mit Baldur von Schirach die Rebellion gegen den Münchener NSDStB-Initiator und Jurastudenten Wilhelm Tempel an.¹⁸ Kiels starke Rolle im studentischen Partegefüge und das eigenwillige Vorgehen der örtlichen Funktionäre um Haupt waren Tempel seit langem ein Dorn im Auge, zumal diese sämtliche Erlasse und Entscheidungen der NSDStB-Reichsleitung ignorierten. Insbesondere Haupt agierte in diesem Streit auf diversen Ebenen der Parteipolitik und sicherte sich die Unterstützung von hohen Parteiangehörigen wie Joseph Goebbels, Gregor Strasser und Alfred Rosenberg. Dass letztlich Baldur von Schirach im Juli 1928 die Nachfolge Tempels antrat und nicht Haupt, was Hitler und Rudolf Heß bevorzugt hätten, lag in erster

15 Dohnke, Kay. „Das ‚Kernland nordischer Rasse‘ grüßt seinen Führer. Gaugründung, ideologische Positionen, Propagandastrategien: Zur Frühgeschichte und Etablierung der NSDAP in Schleswig-Holstein“. *Informationen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte* 50 (2008): 9–27, 9–12; Rietzler, Rudolf. „Kampf in der Nordmark“. *Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919–1928)*. Neumünster: Wachholtz, 1982. 347–353.

16 Göllnitz, 2018. 63–66.

17 Faust, Anselm. *Der Nationalsozialistische Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik*, Bd. 1. Düsseldorf: Pädagogischer Verlag Schwann, 1973. 60.

18 Göllnitz, 2018. 69–81.

Linie daran, dass Joachim Haupt im Herbst 1927 sein Studium beendet hatte und sich seitdem im schulischen Vorbereitungsdienst befand.

Mit seinem anhaltenden Parteiengagement in der Öffentlichkeit bewegte sich Haupt ohnehin auf äußerst dünnem Eis, insbesondere nachdem das preußische Staatsministerium am 25. Juni 1930 einen Beschluss gefasst hatte, der allen Beamten fortan eine Mitgliedschaft in der NSDAP oder der KPD verbot: Laut dem Beschluss verletzte jeder Beamte, der sich für eine der beiden Organisationen betätigte oder sie auf jede erdenkliche Weise unterstützte, seine besondere Treueverpflichtung gegenüber dem Staat und machte sich daher eines Dienstvergehens schuldig.¹⁹ Haupt, der aufgrund seiner Propagandatätigkeit für die NS-Bewegung bereits 1928 in einen Konflikt mit dem Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein geraten war,²⁰ gelang es letztlich aber nicht, sich in politischer Abstinenz zu üben. So referierte er etwa im November 1930 auf Einladung des Hamburger NSDStB erneut über ein ideologisches Thema: *Die geistigen Grundlagen des Nationalsozialismus*. Dem Provinzialschulkollegium reichte der Vortragstitel als Begründung dafür, um ihn, unter Berufung auf den Beschluss des preußischen Staatsministeriums vom Juni 1930, endgültig „von allen Dienstverrichtungen zu befreien“.²¹

Die dienstliche Suspendierung sowie die anschließende Entlassung müssen unter rechtlichen Gesichtspunkten als folgerichtig eingestuft werden; immerhin hatte sich Haupt in seinem Vortrag mit Zitaten wie dem folgenden klar als Verfassungsfeind zu erkennen gegeben: „Die Einrichtung der Parteien [...] wird bei der Neubildung des Staates beseitigt werden müssen.“²² Nicht endgültig zu klären ist indes, warum er trotz des im Deutschen Reich lebhaft diskutierten Beschlusses des Staatsministeriums und der eindeutigen Vorwarnung der ihm vorgesetzten Behörden seine berufliche Laufbahn durch seine Vortragstätigkeit gefährdete. Zwei Jahre zuvor hatte er das Angebot Hitlers, die Reichsleitung des NSDStB zu übernehmen, mit Rücksicht auf seine Lehramtskarriere noch abgelehnt. Ende 1930 war die politische Situation aber längst eine andere: Die NSDAP erhielt bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 18,3 % der abgegebenen Stimmen und rangierte somit als zweitstärkste Partei hinter der SPD.²³ Berufliche Nachteile

¹⁹ Vgl. dazu Schmahl, Hermannjosef. Disziplinarrecht und politische Betätigung der Beamten in der Weimarer Republik. Berlin: Duncker & Humblot, 1977. 137.

²⁰ Landesarchiv Schleswig-Holstein (künftig: LASH), Abt. 301, Nr. 5918, Provinzialschulkollegium an PMWKV vom 26.1.1928.

²¹ LASH, Abt. 301, Nr. 5918, Provinzialschulkollegium an Oberstudiendirektor Teichert vom 26.1.1931.

²² O. V. „Dr. Haupts Entlassung“. *Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter* 7 (1931): 61.

²³ Grüttner, Michael. Das Dritte Reich 1933–1939. Stuttgart: Klett-Cotta, 2014. 46; Mommsen, Hans. „Das Jahr 1930 als Zäsur in der deutschen Entwicklung der Zwischenkriegszeit“. Weimar 1930.

schreckten Haupt nicht mehr in dem Maße ab, wie es während seines Referendariats noch der Fall gewesen war. Nur eine Woche nach seiner Entlassung fungierte er bereits als Schriftleiter der *Niedersächsischen Tageszeitung*, deren Erstausgabe am 1. Februar 1931 unter der Herausgeberschaft des späteren Reichserziehungsministers Bernhard Rust erschien.²⁴

Über Haupts Rolle im Entstehungsprozess der Zeitung ist ebenso wenig bekannt wie über die Umstände seiner Einstellung – aber es ist nicht von der Hand zu weisen, dass Herausgeber und Schriftleiter sich seit geraumer Zeit persönlich kannten. Im Rahmen seiner Tätigkeit als Redakteur und Schriftleiter des Ressorts Politik machte Haupt mehrfach auf sich aufmerksam. Aufgrund diverser Artikel, die in dem von ihm verantworteten Ressort erschienen, sah sich der Oberpräsident der Provinz Hannover, Gustav Noske, in den Jahren 1931 und 1932 wiederholt dazu veranlasst, die Zeitung temporär zu verbieten.²⁵

In der engen Zusammenarbeit zwischen Haupt und Rust ist mit aller Wahrscheinlichkeit der entscheidende Beweggrund zu sehen, der den ab 1933 amtierenden Kultusminister Preußens dazu bewog, seinen Günstling mit einem hohen Posten in der Berliner Ministerialbürokratie zu versorgen. Nur wenige Tage nach seinem eigenen Amtsantritt ernannte Rust seinen Freund Haupt trotz dessen fehlender Verwaltungserfahrung zum Ministerialrat, mit der Anweisung, ein spezifisch nationalsozialistisches Erziehungskonzept zu erarbeiten.²⁶ Dieses Konzept, das Haupt ab März 1933 sukzessive entwickelte, ausarbeitete und konkretisierte, mündete schließlich in den Nationalpolitischen Erziehungsanstalten.²⁷ Nachdem bereits zum Ende des Jahres 1933 die ersten staatlichen Einrichtungen in Plön, Köslin und Potsdam gegründet worden waren, ernannte ihn Rust offiziell zum Inspekteur der Landesverwaltung der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten in

Politik und Kultur im Vorfeld der NS-Diktatur. Hg. Lothar Ehrlich und Jürgen John. Köln: Böhlau, 1998. 1–13, 6–9.

24 Vgl. dazu und zum Folgenden GStA PK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 54523, Mitteilung an den preußischen Justizminister vom 3.7.1931; Dietzler, Anke. „Ausschaltung, Gleichschaltung, Anpassung – die hannoverschen Tageszeitungen nach der nationalsozialistischen Machtübernahme“. *Hannoversche Geschichtsblätter* 41 (1987): 193–271, 257–258.

25 GStA PK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 54522, Abschrift eines Beschlusses des Reichsgerichts vom 21.8.1931; GStA PK, I. HA, Rep. 84a, Nr. 54523, Noske an den Verlag Niedersächsischer Beobachter vom 27.6.1931.

26 BArch Berlin, NS 38/2284, Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 12.2.1933.

27 Zum Konzept sowie der Entstehung und Verwirklichung der NPEA vgl. Scholtz, Harald. NS-Ausleseschulen. Internatsschulen als Herrschaftsmittel des Führerstaates. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1973. 29–91; Ueberhorst, Horst. Elite für die Diktatur. Die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten 1933–1945. Ein Dokumentarbericht. Düsseldorf: Droste, 1969. 38–63.

Preußen. Fortan war er dem preußischen Kultusminister bzw. ab Mai 1934 dem Reichserziehungsminister direkt unterstellt.²⁸

Nur 17 Monate später fand Haupts Karriere ein abruptes Ende, als er am 19. Oktober 1935 von der Berliner Gestapo verhaftet und Ende desselben Jahres seines Amtes enthoben wurde. In der Forschung wird Haupts politische Entmachtung äußerst unterschiedlich interpretiert: Während einige Historiker Heinrich Himmler als Initiator der Entlassung ausmachen, dem Haupts enge Bekanntschaft zu Gregor und Otto Strasser ein Dorn im Auge gewesen sein soll, vermuten andere die Reichsjugendführung unter Baldur von Schirach als verantwortlichen Akteur, weil Haupt eine Zusammenarbeit der NPEA mit der HJ vehement ausschloss.²⁹ Klar ist jedenfalls, dass die Initiatoren des Parteiverfahrens sich auf den Paragraphen 175 stützten und den Verdacht der Homosexualität aus dessen Zugehörigkeit zur Bündischen Jugend herleiteten, da dem Funktionär nach Einschätzung von Albert Krebs nicht mit den „üblichen ‚weltanschaulichen‘ Vorwürfen“ beizukommen war.³⁰ Auch eine nachträgliche Verbindung zum sogenannten Röhm-Putsch ist nicht auszuschließen, wie eine Bemerkung des Berliner Gaugerichts nahelegt: Dieses hatte in einem Parteischreiben den Verdacht formuliert, der Angeklagte sei „am 30. Juni 1934 vergessen worden“.³¹ Wahrscheinlicher ist jedoch, dass mehrere Motive zusammenspielten und das Karriereende Haupts begünstigten. Seine Weigerung, die NPEA enger an die SS oder die HJ anzubinden, brachte ihn in Konflikt zu Himmler und Schirach, schließt aber eine gezielte Entmachtung durch andere Mitglieder der NS-Führungsspitze nicht aus. Aufgrund seiner Zuordnung zum linken Flügel der NSDAP, in erster Linie wegen seiner engen Verbindungen zu den Brüdern Strasser und zum SA-Stabschef Ernst Röhm, nach dem er die erste NPEA in Plön benannt hatte und wofür er mit dem Rang eines Sturmbannführers in der Obersten SA-Führung ehrenhalber belohnt worden war,³² stellte er für das Herrschaftssystem der Nationalsozialisten eine potenzielle Quelle revolutionärer Umtriebe dar.

Die Hintergründe aufzuklären, die zur Amtsenthebung Haupts sowie zu dessen Entfernung aus der NSDAP führten, ist deshalb so schwierig, weil die von dem SD-Mitarbeiter Reinhard Höhn in Schulpforta gefundenen Briefe des Angeschul-

28 Nagel, Anne Chr. Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934–1945. Frankfurt/Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag, 2012. 158.

29 Vgl. dazu und zum Folgenden ausführlich Göllnitz, 2018. 527–528.

30 Krebs, 1959. 208.

31 BArch Berlin, R 9361-III/572469, Gaugericht Berlin an die Oberste SA-Führung vom 27.10.1937.

32 Göllnitz, 2018. 510; Heggen, Alfred. „Die offizielle Einweihung der Nationalpolitischen Erziehungsanstalt ‚Ernst Röhm‘ in Plön am 28. Oktober 1933“. *Jahrbuch für Heimatkunde im Kreis Plön* 37 (2007): 46–62, 50–55.

digten an einige seiner Schüler, die angeblich seine homosexuellen Neigungen belegen würden, nicht mehr existieren. Dass zudem ein enger Mitarbeiter Himmlers die Schriftstücke mit homoerotischem Inhalt ausfindig machte, ließ schon Zeitgenossen argwöhnen, ob hier nicht ein parteipolitisch zuverlässiger Nationalsozialist von seinen Kontrahenten desavouiert und ausgeschaltet werden sollte.³³ Überdies gelang es trotz umfangreicher Ermittlungen der Gestapo weder dem Gaugericht Berlin noch dem Obersten Parteigericht, Haupt homosexuelles Verhalten nachzuweisen.³⁴ Im Mittelpunkt des Verfahrens standen bald vielmehr dessen homoerotische Einstellung sowie seine Kritik am Verhalten zweier Kriminalbeamter. Aufgrund dieser „Verfehlungen“ beantragte das Gaugericht letztlich den Ausschluss Haupts aus der NSDAP: Mit dem Hinweis auf die „Gefährlichkeit und Verwerflichkeit“ der Handlungen meinte das Oberste Parteigericht mildernde Umstände nicht berücksichtigen zu können, obwohl sich der Funktionär während der Weimarer Republik außergewöhnlich stark für die NS-Bewegung engagiert hatte.³⁵

Am 6. Juli 1938 erfolgte Joachim Haupts endgültige Entfernung aus der NSDAP; nur vier Wochen später vollzog auch die SA den dauernden Ausschluss aus der Gliederung.³⁶ Nachdem er bereits Ende des Jahres 1935 seines Amtes als Ministerialrat und seiner Funktion im Reichserziehungsministerium enthoben worden war, endete nun auch seine Parteikarriere. Anhand der geschilderten Ereignisse ist es nicht unproblematisch, ein abschließendes Resümee zu ziehen. Ob Haupt tatsächlich im Juni/Juli 1934 „vergessen“ worden war oder ob nicht vielmehr seine Homosexualität als Vorwand genutzt wurde, um einen unliebsamen Konkurrenten zu entmachten, ist aufgrund des nur fragmentarischen Aktenbestandes nicht abschließend zu klären. Ein Zerwürfnis mit führenden Parteigenossen dürfte aber in jedem Fall der ausschlaggebende Grund für Haupts Karriereende gewesen sein – wer erst einmal in Ungnade gefallen war, der galt innerhalb des Parteiapparates oft genug als „erledigt“.

33 Göllnitz, 2018. 528.

34 BArch Berlin, R 9361-I/15579, Gaugericht Berlin an das Oberste Parteigericht vom Mai 1938.

35 BArch Berlin, R 9361-I/15579, Urteil des Obersten Parteigerichts vom 6.7.1938.

36 BArch Berlin, R 9361-I/15579, Urteil des Obersten Parteigerichts vom 6.7.1938.

2 Ideologische (Dis-)Kontinuitäten im Denken Joachim Haupts

Joachim Haupts erste öffentliche Auseinandersetzung mit den völkischen Ideen erfolgte 1921 im Rahmen seiner bei der Frankfurter Universitätsdruckerei veröffentlichten Broschüre *Vom deutschen Nationalsozialismus*, die mit zwölf Seiten denkbar dünn ausfiel und vornehmlich den Mitgliedern seiner nationalsozialistischen Hochschulgruppe als Programmschrift dienen sollte. So liest sich denn auch das kurze Elaborat, das zunächst den übergeordneten Zweck dieser Arbeitsgemeinschaft skizziert. In erster Linie ging es Haupt und seinen Mitstreitern um die Konstituierung einer Weltanschauung, während die Aufstellung eines korrespondierenden Programms nur auf Grundlage derselben entstehen könne. So wundert es auch nicht, dass Haupt sich von den etablierten politischen Parteien abgrenzte, indem er betonte, „was für jede Art von Partei Dogma ist, ist für uns [ein] Problem“.³⁷ Damit gab er seiner – im Wesentlichen wohl akademisch gebildeten – Leserschaft zu verstehen, dass er bestehende Dogmen weder anerkennen noch annehmen wolle, da sie allenfalls als Anstoß dazu taugen würden, eben diesen Dogmatismus kritisch zu hinterfragen. Für Haupt waren es insbesondere die treibenden Ideen des frühen 20. Jahrhunderts, allen voran der Internationalismus, der Nationalismus sowie der Sozialismus, die den eigenen Anspruch absoluter Gültigkeit erhoben, doch im Grunde längst ihr wahres Wesen verloren hätten und nur noch leere Worthülsen seien.³⁸

Nach Haupt mangelte es aber nicht nur dem Sozialismus oder dem Nationalismus an Substanz, auch das deutsche Volk sei infolge der Kriegsniederlage 1918 zerbrochen. Er geht sogar noch einen Schritt weiter, wenn er davon spricht, dass ein geeintes Volk nicht mehr existiere und dass zwischen den „nationale[n] Erbfeinde[n]“ Deutschland und Frankreich weniger Gegensätze bestünden als innerhalb der deutschen Bevölkerung.³⁹ Diese innere Zerrissenheit führt er überwiegend auf den unversöhnlichen Hass zwischen dem rechten und dem linken politischen Lager der Weimarer Republik zurück, wobei er für die Rechte den nationalen Gedanken sowie den Kapitalismus reklamiert, während sich die Linksparteien einem internationalen Sozialismus verpflichtet fühlen. Beide verbinde aber die Suche nach einem neuerlichen Nationalgefühl, weshalb alle sozialistisch bzw. national empfindenden Deutschen, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, letztlich eine Schicksalsgemeinschaft bilden würden. Daraus zieht Haupt die

³⁷ Haupt, 1921. 3.

³⁸ Haupt, 1921. 4.

³⁹ Haupt, 1921. 4.

Schlussfolgerung, dass nur der Nationalsozialismus, in dem sich die Nation mit dem Sozialismus organisch vereine,⁴⁰ ein wahres deutsches Volk erschaffen könne, dessen Ausgestaltung er als „wahrhaft lebenskräftigen Volksorganismus“ beschrieb.⁴¹ Wie auch andere Ideologen des völkischen Spektrums der Weimarer Republik griff er auf den Begriff des Organismus zurück, der zugleich als Antithese zum Mechanischen gebraucht wurde.⁴² Und analog zu den völkischen Strömungen der 1920er Jahre verzichtete er auf eine exakte Definition des Terminus. Es ging ihm vielmehr um die implizite Bedeutung, die der Begrifflichkeit wie eine Art Grundrauschen anhaftete, wenn er beispielsweise feststellt, der deutsche Volksorganismus werde durch die mechanische Staats- und Lebensform der Demokratie in seinem Entstehen unterdrückt.⁴³ Es ist dieser polemische Vergleich des Alten mit dem Neuen, des Toten mit dem Lebendigen, der Haupts völkische Ideologie anfänglich auszeichnete.

Auffällig ist zudem seine Aufgeschlossenheit gegenüber dem Sozialismus, den er im Gegensatz zu anderen völkischen Ideologen der Weimarer Republik nicht kategorisch ablehnte. Anders aber als sein Schulfreund Ernst von Salomon, der für Ernst Niekichs nationalbolschewistischen *Widerstand. Zeitschrift für national-revolutionäre Politik* schrieb, bewahrte er sich in seinen Publikationen und Reden eine gewisse Distanz.⁴⁴ Denn obgleich linke Ideen unter den national(sozialistisch) gesinnten Studierenden der 1920er Jahre durchaus salonfähig waren, wie sich am Programm des frühen NSDStB und dessen ersten Reichsleiter Wilhelm Tempel beobachten lässt, betrachtete das Gros des national-völkischen Oppositionsmilieus sozialistische Tendenzen eher skeptisch. Wohl auch deshalb blieb Haupt in seiner Skizze eines deutschnationalen Sozialismus auffallend vage, einzig bei der Frage des Individuums wollte er den Sozialismus nicht als Gleichmacherei, sondern als

40 Joachim Haupt war keineswegs der einzige Intellektuelle der Weimarer Republik, der sich mit der ideologischen Synthese von Sozialismus und Nation befasste. Vgl. die Zusammenstellung bei Werth, Christoph H. *Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1996.

41 Haupt, 1921. 8.

42 Sontheimer, Kurt. *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933*. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag, ⁴1994. 256.

43 Haupt, 1921. 4.

44 Vgl. zu Salomon und dessen nationalrevolutionären Ideen exemplarisch Fröhlich, Gregor. *Soldat ohne Befehl. Ernst von Salomon und der soldatische Nationalismus*. Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2018; Hermand, Jost. „Der ‚Preuße‘ Ernst von Salomon. Ein antisemitischer Nationalrevolutionär?“. *Preußens Himmel breitet seine Sterne... Beiträge zur Kultur-, Politik- und Geistesgeschichte der Neuzeit*. Hg. Willi Jasper und Joachim Knoll. Hildesheim: Olms, 2002. 121–132. Zu Niekisch und dessen Zeitschrift vgl. Rättsch-Langejürgen, Birgit. *Das Prinzip Widerstand. Leben und Wirken von Ernst Niekisch*. Bonn: Bouvier, 1997.

„allerfeinste Differenzierung“ des Menschen gemäß dessen Anlagen verstehen.⁴⁵ Ihm ging es dabei allerdings nicht um eine biologisch-rassistische Selektion, die im völkischen Diskurs der späten Weimarer Jahre zunehmend populär wurde.⁴⁶ Entscheidend sollten ausschließlich individuelle Leistung sowie Charaktereignung sein.

Es sind solche Formulierungen und Ideen, die deutlich machen, dass sich Haupts völkisches Weltbild zu diesem Zeitpunkt noch nicht am 25-Punkte-Programm der NSDAP vom 24. Februar 1920 orientierte.⁴⁷ Rassistische, antisemitische oder volkswirtschaftliche Grundsätze, wie sie im Programm der frühen NSDAP zu finden sind, lassen sich für Haupt – zumindest in Bezug auf das Jahr 1921 – nicht feststellen. Im Hinblick auf den Begriff Volk lässt sich ferner konstatieren, dass bei Haupt davon zwar häufig die Rede war, aber er diesen nur selten näher bestimmte.⁴⁸ Einzelne ideologische wie begriffliche Parallelen zwischen ihm und den Nationalsozialisten sind wohl vor allem auf die vielfach zirkulierenden Ideen, Stereotypen und Ressentiments innerhalb des deutsch-völkischen Milieus zurückzuführen.⁴⁹ Insgesamt bewies er eine enorme ideologische Elastizität, die seine Verortung innerhalb der völkischen Strömungen der frühen 1920er Jahre erschwert. Die genauere Betrachtung zeigt auf, dass sich seine Weltanschauung in vielen Aspekten mit jener dynamisch-changierenden Melange aus völkischem Aufbruch und neuen nationalen Narrativen, die für die Weimarer Jahre prägend waren, überschneidet. Hier sind etwa die Ablehnung des Internationalismus, die fehlende Anerkennung des Versailler Friedensvertrages und der Hass auf die sogenannten „Novemberverbrecher“ zu nennen.⁵⁰

Im Sommer 1924 veröffentlichte Haupt dann den Aufsatz *Völkisch oder national?*, der ebenfalls näher in den Blick genommen werden soll. Bereits das Vorwort

45 Haupt, 1921. 9.

46 Vgl. Vopel, Stephan. „Radikaler, völkischer Nationalismus in Deutschland 1917–1933“. Nationalismus und Nationalbewegung in Europa 1914–1945. Hg. Heiner Timmermann. Berlin: Duncker & Humblot, 1999. 161–182.

47 Ein Abdruck des Programms findet sich bei Zehnpfennig, Barbara. Adolf Hitler: Mein Kampf. Weltanschauung und Programm. Studienkommentar. München: Fink, 2011. 265–267; Puschner, Uwe. „Anti-Semitism and German Voelkish Ideology“. Antisemitismus, Paganismus, Völkische Religion. Hg. Hubert Cancik und Uwe Puschner. München: Saur, 2004. 55–64.

48 Zur Verwendung des Begriffs während der Weimarer Republik siehe Retterath, Jörn. „Was ist das Volk?“. Volks- und Gemeinschaftskonzepte der politischen Mitte in Deutschland 1917–1924. München: De Gruyter Oldenbourg, 2016. 44–45; ferner Hartung, Günter. „Völkische Ideologie“. Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871–1918. Hg. Uwe Puschner, Walter Schmitz und Justus H. Ulbricht. München: K. G. Saur, 1996. 397–410.

49 Vgl. dazu u. a. Breuer, Stefan. Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2010. 147–251.

50 Haupt, 1921. 5.

lässt erkennen, dass seine Weltanschauung genügend Anschlussmöglichkeiten geboten hatte, um vom vielschichtigen und diversifizierten völkischen Spektrum ins Lager der Nationalsozialisten wechseln zu können. Nach einer kurzen historischen wie inhaltlichen Skizze der völkischen Bewegung, die er als „Blutgemeinschaft“ beschreibt, widmet er sich der „tödliche[n] Einheitsfront“ der „Novemberverbrecher“, die sich gegen das deutsche Volk erhoben hätten.⁵¹ Unter Bezugnahme auf die nationalsozialistischen Feindbilder macht er nun neben den etablierten Parteien vor allem die Juden und Jesuiten, aber auch den Industrie- und Leih- sowie den päpstlichen Glaubenskapitalismus als diejenigen aus, die sich gegen die Völkischen erhoben hätten und jenen Lebensraum in ihrem eisernen Griff hielten, der eigentlich für die neu erwachte deutsche Seele bestimmt sei.⁵² Den Anspruch des deutschen Volkes legitimiert er dabei weitgehend mithilfe eines der völkischen Ideologie angepassten Geschichtsrevisionismus, der rassistische Stereotype ebenso bedient wie das „Blut-und-Boden“-Narrativ. Insgesamt vermittelt die Lektüre den Eindruck, dass sich Haupt nun fast gänzlich an der historisch verklärten Propaganda der NSDAP orientiert,⁵³ um seinerseits zur Legendenbildung der Nationalsozialisten beizutragen, wenn er etwa den Versailler Vertrag und den gescheiterten Hitlerputsch als die zwei verheerendsten Katastrophen der jüngsten deutschen Geschichte bezeichnet.⁵⁴ Den Fokus seiner völkischen Geschichtsauffassung legt er allerdings auf die Germanen und das Heilige Römische Reich, um den Kreislauf einer vermeintlich andauernden kulturellen Unterdrückung des deutschen Volkes aufzuzeigen. Auf diese Weise konstruiert Haupt einen historischen Brückenschlag zur völkischen Bewegung, der die Aufgabe zufalle, diesen Kreislauf für immer zu durchbrechen.⁵⁵

Während er 1921 noch auf rassistische und antisemitische Vorurteile verzichtet hatte, bildeten diese 1924 das wesentliche *Movens* seiner Ausführungen und dominierten seine völkische Ideologie. Rasse machte nun für Haupt die biologische Grundlage einer jeden völkischen Substanz aus, die aber nur von jenen erfasst werden könne, die noch nicht durch fremden Einfluss degeneriert seien.⁵⁶ Für ihn bedeuteten das Eindringen fremden Volkstums, fremder Kulturen oder Rassen zwangsläufig eine kulturelle Zersetzung, was letztlich im Niedergang eines

51 Haupt, 1924. 3.

52 Haupt, 1924. 3.

53 Vgl. Paul, Gerhard. *Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933*. Bonn: Dietz, 1990; Witamwas, Birgit. *Geklebte NS-Propaganda. Verführung und Manipulation durch das Plakat*. Berlin: De Gruyter, 2016. 46–100.

54 Vgl. dazu und zum Folgenden Haupt, 1924. 5–20.

55 Haupt, 1924. 20.

56 Haupt, 1924. 9.

Volkes münden würde – exemplarisch verweist er auf das kaiserliche Rom und das Berlin seiner Gegenwart.⁵⁷ Der Propaganda des nationalsozialistischen Antisemitismus verhaftet, bewegt sich seine Argumentation größtenteils im undurchsichtigen Nebel zeitgenössischer Verschwörungstheorien.⁵⁸ Nach Haupt sei das deutsche Volk gezwungen, in einem „jüdischen System“ zu leben, dem sich sämtliche Parteien der Republik – freiwillig oder unfreiwillig – untergeordnet hätten.⁵⁹ Die völkische Bewegung könne somit auch keine Bündnisse mit den etablierten Parteien schließen, da diese bereits von den Juden unterwandert seien. Vor allem im letzten Kapitel rechnet der junge Nationalsozialist mit der Weimarer Parteienlandschaft ab, wobei er überwiegend die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) kritisiert, deren Politiker nur vortäuschen würden, völkische Interessen zu vertreten.⁶⁰ Diese ideologische Ambivalenz der Deutschnationalen sowie deren liberaler, christlicher Geist stünden aber im krassen Kontrast zu den Idealen und Zielen der Völkischen.⁶¹ Beim Topos der „Überparteilichkeit“, den Haupt wiederholt für die NS-Bewegung reklamiert, handelte es sich freilich um eine „Leerformel“, deren politisch-ethische Funktion der Legitimation von Herrschaftsausübung diene und den Widerstand gegen die antidemokratischen Kräfte der Weimarer Republik schwächen sollte.⁶²

3 Schlussbetrachtung

In den drei Jahren, die zwischen den beiden Veröffentlichungen liegen, veränderte sich Haupts ideologisches Weltbild elementar. Sein vermehrter Kontakt zur NSDAP, der er 1923 beitrug, und allen voran zu Adolf Hitler wirkten offenbar in hohem Maße radikalierend, wie sich überdies an seinem Verhalten und Auftre-

⁵⁷ Haupt, 1924. 7.

⁵⁸ Vgl. dazu Kershaw, Ian. „Antisemitismus und die NS-Bewegung vor 1933“. Vorurteil und Rassenhass. Antisemitismus in den faschistischen Bewegungen Europas. Hg. Hermann Graml, Angelika Königseder und Juliane Wetzel. Berlin: Metropol, 2001. 29–47.

⁵⁹ Vgl. dazu und zum Folgenden Haupt, 1924. 28.

⁶⁰ Zu den Völkischen in der DNVP siehe Breuer, 2010. 183–193; Ohnezeit, Maik. Zwischen „schärfster Opposition“ und dem „Willen zur Macht“: Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in der Weimarer Republik 1918 bis 1928. Düsseldorf: Droste, 2011. 120–146.

⁶¹ Haupt, 1924. 30.

⁶² Vgl. dazu Hering, Rainer. „Parteien vergehen, aber das deutsche Volk muß weiterleben“. Die Ideologie der Überparteilichkeit als wichtiges Element der politischen Kultur im Kaiserreich und in der Weimarer Republik“. Völkische Bewegung – Konservative Revolution – Nationalsozialismus. Aspekte einer politisierten Kultur. Hg. Walter Schmitz und Clemens Vollnhals. Dresden: Thelem, 2005. 33–43, 42.

ten in Pommern und Schleswig-Holstein beobachten lässt. Zunehmend machte er sich die Parteiideologie zu eigen und erweiterte sein völkisches Denken um eine rassische Weltanschauung sowie einen militanten Antisemitismus. Letzterer markierte im Jahr 1924 eine wesentliche Säule seiner nunmehr radikalisierten Ideologie, wobei er weniger den Juden als Individuum verurteilte, als vielmehr das Judentum als Ganzes, da dieses das deutsche Volk unterdrücke und in Geiselhafte halte. Die etablierten Parteien, aber auch die deutsche Wirtschaft hätten sich hingegen bewusst für die Weimarer Republik als demokratischen Staat und somit gegen die Befreiung des Volkes entschieden. In seinem Weltbild vermischte sich allem Anschein nach ein fundamentaler Antisemitismus mit der Kritik an Kapitalismus und Demokratie zu einem untrennbaren Motivknäuel.⁶³

Eine Zuordnung Haupts im Kontext der frühen NSDAP ist indes schwierig. Am ehesten lassen sich Überschneidungen zum linken Parteispektrum feststellen. Hieraus erklären sich gewiss auch seine engen Kontakte zum späteren Kreis um die Brüder Strasser, die ab 1925 in Nord- und Westdeutschland einen sozialistisch geprägten Parteiflügel etablierten.⁶⁴ Auch für Haupt war der Sozialismus der eigentliche Kern der Bewegung, weshalb er in Anlehnung an Rudolf Jung überwiegend von einem nationalen bzw. völkischen Sozialismus sprach, während er den Terminus „Nationalsozialismus“ in seinen beiden Veröffentlichungen nur selten nutzte.⁶⁵

Anhand der im vorliegenden Beitrag diskutierten Veröffentlichungen Haupts aus den Jahren 1921 und 1924 wird abschließend deutlich, dass seine völkische Weltanschauung weniger von ideologischen (Dis-)Kontinuitäten als vielmehr von phasenhaften Radikalisierungen und Anpassungen geprägt war. Beispielhaft ist hier der Terminus „Volk“ anzuführen, der von Haupt zu einem alles entscheidenden Bezugspunkt stilisiert wurde. Primär im Sinne einer ethnischen Gemeinschaft gedacht, bildete der Begriff die weltanschauliche Einheit und Klammer, die ihn

63 Diese Perspektive behielt Haupt in den folgenden Jahren bei, wie sich etwa einem Beitrag aus dem Jahr 1927, in dem er mit der geplanten Reform des Studentenrechts durch den preußischen Kultusminister Carl Heinrich Becker hart ins Gericht geht, entnehmen lässt. Als treibende Kraft hinter dessen „Politik der Nadelstiche“ wollte Haupt die „Zusammenhänge von Geld und Geist, von Kapitalismus und demokratischer und jüdischer Intelligenz“ ausmachen, gegen die sich die Studierenden ebenso wehren müssten wie „gegen alle parteipolitischen Eingriffe“. Vgl. Haupt, Joachim. „Die Verfassungsfrage in Würzburg“. *Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter* 3 (1927): 67.

64 Vgl. Kühnl, Reinhard. „Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken. Das Strasser-Programm von 1925/26“. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 14 (1966): 317–333, 324–333.

65 Vgl. Jung, Rudolf. *Der nationale Sozialismus. Eine Erläuterung seiner Grundlagen und Ziele*. Troppau: Verlag Neue Zeit, 1919.

mit anderen Ideologen einer radikalnationalistischen Weltanschauung verband.⁶⁶ Dadurch, dass er sich in seiner Broschüre *Vom deutschen Nationalsozialismus* lediglich oberflächlich auf das Volk berief, kaschierte er die unterschiedlichen Vorstellungen, Definitionen und Konzepte von Volk, die innerhalb der völkischen Strömungen existierten. Anstatt sich aber in der Folgezeit mit anderen nationalen Vorstellungen näher zu befassen (Diskontinuität) oder bei einer vagen Begriffsverwendung (Kontinuität) stehen zu bleiben, radikalisierte er den Terminus in seinem zweiten veröffentlichten Elaborat und passte diesen der nationalsozialistischen Ideologie an. Ließ er zunächst noch offen, ob sich das Volk allein durch gleiche Abstammung, Rasse und Aussehen oder auch über *weiche* Kriterien wie Kultur und Sprache konstituiere, bezeichnete er 1924 für eine Zugehörigkeit zum Volk allein die Abstammung und „Blutgemeinschaft“, nicht aber die Staatsangehörigkeit als ausschlaggebend. Überdies stellte er dem deutschen Volk nun das jüdische als Antipode gegenüber. Die Ausgrenzung von Juden – und anderen „Fremdvölkischen“ – bildete keine Nebenerscheinung seiner radikalisierten Volkskonstruktion, sondern war den völkischen Weltbildern und ihrer Vorstellung von einer Rassenhierarchie inhärent. Es verwundert daher nicht, dass insbesondere die NS-Bewegung ab Ende der 1920er Jahre versuchte, ihr manichäisch binär geprägtes Weltbild von gewaltsamer Exklusion und volksgemeinschaftlicher Inklusion mithilfe militanter Aktionen umzusetzen.

Gemäß dieser ideologischen Radikalisierung und Haupts zu zunehmendem Engagement für den Nationalsozialismus war es nur folgerichtig, dass er das Gebot einer „Propaganda der Tat“ sukzessive verinnerlichte, wohingegen eine intellektuelle Erörterung der völkischen Ideologie für ihn erheblich an Relevanz verlor. Schließlich beschwor der Kieler NSDStB vor allem unter seiner Führung einen Lebensstil, dessen ideale Verkörperung nicht der „streberhafte Stubenhocker“ war, sondern der „Stürmer und Dränger“, jener „eisern entschlossene Kerl“, der in der Lage war, eine Universität semesterlang in Atem zu halten.⁶⁷

⁶⁶ Retterath, Jörn. „Volk ist etwas ganz anderes, als was bisher als solches auftrat“. Volkskonzepte in der Völkischen Bewegung zu Beginn der Weimarer Republik“. *Völkische Wissenschaften. Ursprünge, Ideologien und Nachwirkungen*. Hg. Michael Fahlbusch, Ingo Haar, Anja Lobenstein-Reichmann und Julien Reitzenstein. Berlin: De Gruyter Oldenbourg, 2020. 102–117, 102.

⁶⁷ Göllnitz, 2018. 70. Zu den Zitaten siehe Pleyer, Kleo. „Studenten! An die Front!“. *Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter* 3 (1927): 102–103.

Abkürzungsverzeichnis

BArch Berlin:	Bundesarchiv Berlin
DNVP:	Deutschnationale Volkspartei
GStA PK:	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
HJ:	Hitlerjugend
LASH:	Landesarchiv Schleswig-Holstein
NPEA:	Nationalpolitische Erziehungsanstalt
NSDAP:	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDStB:	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
SA:	Sturmabteilung
SGSP:	Schularchiv des Gymnasiums Schloss Plön
SS:	Schutzstaffel

Uta Jungcurt

Konstrukte völkischer Ethik und Erkenntnistheorie

Der Rassenhygieniker Fritz Lenz (1887–1976) und der Philosoph Max Wundt (1879–1963) in ihren völkischen Netzwerken

Obwohl Vertreter ganz unterschiedlicher Fachdisziplinen, eint die beiden völkischen Wissenschaftler Lenz und Wundt das von ihnen verfolgte Ziel, völkischen Ideologemen eine philosophische Grundlegung zu verschaffen¹. Während Max Wundt seit 1920 einen Lehrstuhl für Philosophie innehatte, wurde Fritz Lenz 1923 auf den ersten deutschen Lehrstuhl für Rassenhygiene berufen². Max Wundt war Philosophiehistoriker und veröffentlichte zahlreiche Schriften zu völkischen Kernthemen, ausgerichtet auf die Erarbeitung einer „wahrhaft völkischen Weltanschauung“³. Lenz publizierte 1917 in der alldutschen Zeitschrift *Deutschlands Erneuerung* unter dem Titel „Erneuerung der Ethik“ einen Aufsatz, in dem er eine spezifische „Rassenethik“ zu begründen versuchte⁴. Die Argumentationslinien und Denkfiguren, die beide Autoren im Rekurs auf die europäische Philosophiegeschichte entwickelt haben, sollen in diesem Beitrag nachgezeichnet werden. Zuvor werden die organisatorischen und publizistischen Netzwerke skizziert, die beiden Autoren zur Verfügung standen und die zum Durchbruch völkischer Denk- und Handlungswege in der Zwischenkriegszeit entscheidend beigetragen haben.

1 Fabian Link hat den völkischen Wissenschaften „apriorische metaphysische Vorannahmen“ attestiert. Der folgende Beitrag untersucht die Wege, auf denen völkische Wissenschaftler ihren völkischen Grundüberzeugungen das Prädikat einer philosophischen Letztbegründung zu verschaffen versuchten. Link, Fabian. „Rassisch-völkische Metaphysik, innovative Deutungen und moderne Methoden“. Zur Epistemologie völkischer Wissenschaften. Hg. Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Anja Lobenstein-Reichmann/Julien Reitzenstein: *Völkische Wissenschaften: Ursprünge, Ideologien und Nachwirkungen*. Berlin/Boston: de Gruyter, 2020. 304–335.

2 Fangerau, Heiner, und Thorsten Halling. „Fritz Lenz“. Hg. Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Alexander Pinwinkler *Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme*. Berlin/Boston: de Gruyter 2017, Band 1 Biographien. 442–445.

3 Wundt, Max. *Deutsche Weltanschauung. Grundzüge völkischen Denkens*. München: J.F. Lehmanns, 1926. 4. Eine Biographische Skizze zu Max Wundt findet sich bei Jungcurt, Uta. *Alldösterreichischer Extremismus in der Weimarer Republik. Denken und Handeln einer einflussreichen bürgerlichen Minderheit*. Berlin/Boston: de Gruyter, 2016. 172–175.

4 Lenz, Fritz. „Zur Erneuerung der Ethik“. *Deutschlands Erneuerung* 1.1 (1917): 35–56.

Sowohl Lenz als auch Wundt waren Mitglied in der Deutschen Philosophischen Gesellschaft, einer 1918 von dem Neukantianer Bruno Bauch zusammen mit Max Wundt und anderen geschaffenen Abspaltung von der Kant-Gesellschaft⁵. In ihrer Satzung verpflichtete sie ihre Mitglieder zur „Pflege, Vertiefung und Wahrung der deutschen Eigenart“ in Abgrenzung zur „Philosophie aller Kulturvölker“, wie sie in der Kant-Gesellschaft gepflegt werde⁶. Der Neugründung war eine von Bruno Bauch provozierte Kontroverse um einen Beitrag in den *Kant-Studien*, dem wissenschaftlichen Organ der Kant-Gesellschaft, vorausgegangen. Dort hatte er sich nicht nur zur „Nation [...] als Grundlage der völkischen Einheit und [...] Gemeinschaft des Blutes“ bekannt, sondern auch Vorbehalte gegen „jüdischen Grundbesitz“ sowie gegen die „jüdische Überfremdung“ der deutschen Kultur artikuliert, eine gezielte Attacke gegen die jüdischen Mitglieder der Gesellschaft⁷. Die alldeutsche Zeitschrift *Deutschlands Erneuerung* widmete diesen Vorgängen einen eigenen Artikel⁸. Max Wundt war Mitglied des Alldeutschen Verbandes und eine Reihe anderer alldeutscher Funktionäre fand sich in den Reihen der Deutsche Philosophische Gesellschaft⁹, die bis 1923 auf 1200 Mitglieder anwuchs¹⁰.

Die Gründung der Monatszeitschrift *Deutschlands Erneuerung* war eine Initiative des Verlegers J. F. Lehmann, Mitbegründer der Ortsgruppe München des Alldeutschen Verbandes und seit 1898 Mitglied der erweiterten Verbandsleitung¹¹. Er hatte einen Vorschlag Houston Stewart Chamberlains aufgegriffen, der 1916 nach seiner Einbürgerung umgehend dem Alldeutschen Verband beigetreten war¹². Die Auftaktnummer der Zeitschrift präsentierte „Vaterland und Rasse“ als die Mächte,

5 Die Kant-Gesellschaft wurde als wissenschaftliche Gesellschaft zum hundertsten Todestag Immanuel Kants 1904 von dem Philosophen und Kant-Forscher Hans Vaihinger in Halle gegründet und entwickelte sich bald zu einer der größten philosophischen Gesellschaften weltweit. <https://www.philosophie.fb05.uni-mainz.de/kant-forschungsstelle-kant-gesellschaft> (14.06.2020).

6 Zitiert nach Tilitzki, Christian. *Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*. Berlin: Akademie-Verlag, 2002. 488.

7 Eine ausführliche Darstellung des Vorgangs findet sich bei Sieg, Ulrich. *Aufstieg und Niedergang des Marburger Neukantianismus. Die Geschichte einer philosophischen Schulgemeinschaft*. Würzburg: Königshausen und Neumann, 1994. 399–402.

8 Oswald, Werner. „Philosophie und Volkstum“. *Deutschlands Erneuerung* 2.3. (1918): 215–219.

9 Unter ihnen Max Maurenbrecher, Chefredakteur der im Januar 1917 in alldeutsche Hände gelangten *Deutschen Zeitung*, Erich Kühn, Schriftleiter von *Deutschlands Erneuerung*, Hans F. K. Günther, Rassentheoretiker, Georg von Below, Historiker. Tilitzki, 2002. 489.

10 Sieg, Ulrich. *Geist und Gewalt. Deutsche Philosophen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus* München: Hanser, 2013. 159.

11 Biographische Skizze zu J. F. Lehmann bei Jungcurt, 2016. 183–188.

12 Diese „allererste Handlung“ nach seiner Einbürgerung „in die Wege zu leiten“ hatte Chamberlain schriftlich von Lehmann erbeten. Bundesarchiv Berlin, R 8048/315, Bl. 5, Schreiben Chamberlains an Lehmann vom 8. August 1916.

denen man sich „im Notfall gebieterisch“ zu unterwerfen habe¹³. Als Herausgeber der Zeitschrift firmierten namhafte Hochschullehrer wie die Historiker Georg von Below und Dietrich Schäfer, der Theologe und einflussreiche Vordenker der Inneren Mission Reinhold Seeberg und der Biologe und Hygieniker Max von Gruber, dem Fritz Lenz 1919 seine Habilitation verdankte. Weiterhin der Marburger Rechtsphilosoph Erich Jung, 1924 Max Wundt und 1927 der Rassentheorie-Autor Hans F. K. Günther, dem sein Deutschbund-Bruder Wilhelm Frick wenig später als thüringischer NS-Innenminister einen Lehrstuhl für Sozialanthropologie in Jena einrichtete¹⁴. Die Zeitschrift sollte das „Geistesleben“ erreichen und „für den Staatsgedanken“ mobilisieren, „Besitz und Bildung“ zu mehr Engagement in der politischen Arena mobilisieren¹⁵. Der „Rassenethik“-Entwurf von Fritz Lenz erschien im ersten Heft im April 1917. Wenige Monate später verfügte die Zeitschrift über 4200 Abonnenten¹⁶. Sie wurde vom Lehmanns Verlag bis 1943 weitergeführt.

Lehmann hatte 1890 in München einen medizinischen Fachverlag übernommen, den er in der Folgezeit zum Spezialverlag für Rassentheorie und Revancheliteratur ausbaute. Die Gewinne aus dem verlagseigenen Alleinstellungsmerkmal, international nachgefragte medizinische Atlanten, ermöglichten es ihm, das weitere Verlagsprogramm seinen politischen Neigungen zu unterwerfen. Begeisterte Lektüre Paul de Lagardes, einschlägige Kampferfahrungen bei der Niederschlagung der Münchener Räterepublik¹⁷ sowie verwandtschaftliche Beziehungen zur Gesellschaft für Rassenhygiene und die enge Freundschaft zu Heinrich Claß, der mit der Übernahme des Vorsitzes der Alldeutschen 1908 seinen Verband als Katalysator der völkischen Bewegung zu etablieren versuchte¹⁸, waren Elemente seiner politischen Prägung. Lenz publizierte 1921 bei ihm gemeinsam mit Eugen Fischer und Erwin Baur den „Grundriss der menschlichen Erblichkeitslehre und

13 *Deutschlands Erneuerung* 1.1 (1917): 3. Autor und zugleich Chefredakteur war Erich Kühn, Syndikus der Handelskammer Görlitz, bevor er 1917 in die Hauptschriftleitung von *Deutschlands Erneuerung* wechselte. Ab 1919 gehörte er zu den führenden Funktionären des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes und trat 1920 in die DAP ein. Jungcurt, 2016. 180–181.

14 Weitere Herausgeber waren Houston Stewart Chamberlain, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes Heinrich Claß und sein Stellvertreter Paul Bang sowie aus dem Freundeskreis Alfred Hugenbergs der Frankfurter Regierungspräsident Friedrich von Schwerin. Die Zeitschriften des J. F. Lehmanns Verlages 1890–1945 (CD-Rom). Hg. Sigrid Stöckel. Die „rechte Nation und ihr Verleger“. Politik und Popularisierung im J. F. Lehmanns Verlag 1890–1979. Berlin: LOB.de-Lehmanns Media 2002. 3. Biographische Skizzen zu den Herausgebern von *Deutschlands Erneuerung* bei Jungcurt, 2016. 151–183.

15 Hagenlücke, Heinz. Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs. Düsseldorf: Droste, 1997. 106.

16 Heidler, Mario. „Die Zeitschriften des J. F. Lehmanns Verlages“. Stöckel, 2002. 47–101, 61.

17 Jungcurt, 216. 184, 285–286.

18 Jungcurt, 216. 36–37.

Rassenhygiene“, ein Grundlagenwerk, das dazu beitrug, die Rassenhygiene noch in der Weimarer Republik zu einer „Leitwissenschaft“ zu etablieren¹⁹. 1922 erwarb der Verlag das Verbandsorgan der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene, das *Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie*. Seiner Mitgliedschaft im Deutschbund verdankte Lehmann den Kontakt zu dem als Rassentheoretiker dilettierenden Germanisten Hans F.K. Günther, den er als Hausautor für seinen Verlag verpflichtete. Günther lieferte nicht nur 1923 die später zum nationalsozialistischen Standardwerk avancierende „Rassenkunde des deutschen Volkes“, sondern publizierte bis in die Mitte der dreißiger Jahre jährlich ein bis zwei Bände rassenkundlicher Populärliteratur²⁰. Max Wundt veröffentlichte ab 1918 seine politischen Kampfschriften bei Lehmann²¹. Seit dessen Eintritt in die NSDAP 1920 gelangte ein Teil der Verlagsproduktion regelmäßig in die Hände Adolf Hitlers, als Geschenk mit persönlicher Widmung²². Der überlieferte Bestand von Hitlers Bibliothek in der Library of Congress enthält von Lehmanns Büchern über 60 Exemplare, das größte Kontingent an Schenkungen einer Einzelperson²³. Und Hitler war nicht der einzige Beschenkte. Die im politischen Teil des Verlagsprogramms erscheinenden Bücher und Zeitschriften wurden sowohl mit kostenlosen Vorabdrucken und Sendungen an Einzelpersonen beworben als auch gratis an Bibliotheken oder politische Vereinigungen versandt. Noch heute finden sich ganze Gesamtauflagen der Monatszeitschrift *Deutschlands Erneuerung* in deutschen Universitätsbibliotheken, wo die Zeitschrift in den zwanziger Jahren auch in den akademischen Lesehallen auslag²⁴. Der Lehmanns Verlag hat völkische Autoren publiziert, gefördert und in die nationalsozialistische Bewegung überführt und er hat nachhaltig zur Verbreitung des wissenschaftlichen Nimbus völkischer Konstrukte beigetragen. Im rassentheoretischen Diskurs hatte er eine unbestreitbare Leitfunktion.

Fritz Lenz hatte innerhalb dieses Diskurses schon früh seine Rolle gefunden. Er gründete 1910 im Alter von 22 Jahren gemeinsam mit seinem späteren Mitautor, dem Anthropologen Eugen Fischer, die Ortsgruppe Freiburg der Gesellschaft

19 Schneider, Frank und Petra Lutz. Erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus. Heidelberg: Springer, 2014. 43.

20 Publikationsliste bei Jungcurt, 2016. 360–361.

21 Publikationsliste bei Ferdinand, Horst. „Max Wundt“. Baden-Württembergische Biographien 3. Hg. Landeskundliches Informationssystem Baden-Württemberg, 2002. 466–470. https://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kgl_biographien/117356271/Wundt+Max+Wilhelm+August (23.02.2020)

22 Heidler, Mario. „Biographische Skizze der Familie Lehmann/Spatz“. Stöckel, 2002. 17–30. 28.

23 Gassert, Philipp, und Daniel S. Mattern. The Hitler Library. A Bibliography. Westport, Conn.: Greenwood Press, 2001. 24.

24 Jungcurt, 2016. 153, Anm. 242.

für Rassenhygiene. Einer der Mitbegründer der Gesellschaft, der Münchener Bakteriologe und Hygieniker Max von Gruber, holte ihn 1913 an sein dortiges Hygiene-Institut. Im selben Jahr übernahm er die Schriftleitung des *Archivs für Rassen- und Gesellschaftsbiologie*. Die Kriegsjahre verbrachte er als Hygieniker im Gefangenenlager Puchheim bei München und entwarf dort, wie aus seiner Personalakte hervorgeht, ein Programm für seine spätere Lehrtätigkeit als Hygieniker. Die Rassenhygiene sollte dort als „praktische Rassenpflege“ gelehrt werden, alle Teilgebiete der Sozialhygiene dem Primat des „Lebens der Rasse“ unterworfen²⁵. Der Versuch, eine philosophisch begründete „Rassenethik“ zu formulieren, dürfte in diesem Zusammenhang zu sehen sein.

Seine Bemühungen, dieses Konstrukt anhand von Zitaten einzelner renommierter deutscher Philosophen in die Tradition der deutschen Geistesgeschichte zu stellen, soll hier exemplarisch an Fichte, Schopenhauer und Kant demonstriert werden. Mit nicht-deutschen Ethik-Konzepten setzt Lenz sich denkbar knapp auseinander. Eine „Erneuerung der Ethik“ sei zwingend notwendig, weil „bedenkliche Anschauungen“ in die deutsche Ethik Eingang gefunden hätten, die als „fremde Bestandteile“ ausgeschieden werden müssten²⁶. Dem egalitären und universalistischen Anspruch des englischen Utilitarismus der Autoren Jeremy Bentham und John Stewart Mill hält er entgegen: Der „immerwährende Daseinskampf zwischen den verschiedenen Menschengruppen, den keine Theorie beseitigen“ könne, mache es unmöglich, alle Menschen als „gleichwertig vor dem Sittengesetz“ anzusehen²⁷. Man könne sich beim sittlichen Handeln nicht mehr an der „Menschheit“ als Ganzer orientieren, wie es vielleicht für Goethe noch möglich gewesen sei. Der Krieg habe deutlich gemacht, dass das „Wohl des Volkes“ nur das „Wohl des eigenen Volkes“ sein könne.

Als Objekt seiner Ethik imaginiert Lenz das Volk als „Strom, der durch die Jahrtausende zieht und in dem die einzelnen Individuen nur vergängliche Wellen sind“, dieser Strom stelle den „organischen Kern des Volkes“ dar, geformt aus „Blut und Rasse“²⁸. Mit dieser Projektion sucht er Anschluss an zu seiner Zeit gängige Zitate von Fichte und Schopenhauer, um das Konstrukt einer „Rassenethik“ innerhalb der deutschen Philosophiegeschichte zu verorten, zunächst mit einer Passage aus Fichtes „Reden an die deutsche Nation“: „Der Glaube des edlen Menschen an die ewige Fortdauer seiner Wirksamkeit auch auf dieser Erde gründet sich demnach auf die Hoffnung der ewigen Fortdauer des Volkes, aus dem er selber sich entwickelt hat.“ Soweit Johann Gottlieb Fichte. Lenz behauptet nun, von

25 Fangerau, 2017. 442–443.

26 Lenz, 1917. 35.

27 Lenz, 1917. 40.

28 Lenz, 1917. 35–38.

dieser Auffassung Fichtes sei es nur noch „ein kleiner Schritt“, um die „Rasse als höchstes Ziel“ sittlichen Handelns zu setzen und er erhebt den Anspruch, dass die „Ethik der Rasse“ nicht nur „aus dem Geiste des deutschen Idealismus geboren“, sondern „seine notwendige Fortsetzung“ sei²⁹. Liest man bei Fichte selbst nur wenige Zeilen weiter, so stellt sich dieser Interpretationsversuch als haltlos heraus. Auch Fichte erweist sich dort wie Goethe als ein Vertreter des von Lenz zuvor diffamierten „Menschheitsglaubens“, denn er fährt fort: „Sein [des „edlen Menschen“ Anm. d. Verf.] Glaube und sein Streben, unvergängliches zu pflanzen, sein Begriff, in welchem er sein eigenes Leben als ein ewiges Leben erfasst, ist das Band, welches zunächst seine Nation, und vermittels ihrer das ganze Menschengeschlecht innigst mit ihm selber verknüpft, und ihrer aller Bedürfnisse bis ans Ende der Tage einführt in sein erweitertes Herz.“³⁰ Wir sehen Fichte heute zwar als einen „der ‚Erfinder‘ des deutschen Nationalismus“³¹, wissen andererseits aber auch um seine Ambivalenz. Ihn für eine Rassenethik vereinnahmen zu wollen, erscheint hier als deutlicher Versuch einer Instrumentalisierung.

Im Anschluss ist es Arthur Schopenhauer, der mit einem Zitat aus seiner Preisschrift „Die beiden Grundlagen der Ethik“ für Lenz' Begründung einer „Rassenethik“ herhalten muss.³² Schopenhauer unterzieht dort zunächst Kants „Grundlegung zur Metaphysik der Sitten“ einer ausführlichen Kritik, um dann seine eigene Ethik auszuformulieren, deren Kernaussage in der Moralfähigkeit des Menschen aufgrund seiner Mitleidsfähigkeit besteht. Da alles Leben Leiden sei, könne jedes Individuum mit dem Leiden seines Mitmenschen Mitleid empfinden und sei deshalb zu einer moralischen Handlung, einer Handlung frei von eigen-nützigen Motiven, in der Lage. Zur Erläuterung dieser menschlichen Fähigkeit, im anderen, dem „Nicht-Ich“ in der Diktion Schopenhauers, auch das eigene Wesen, das „Ich“, erkennen zu können, formuliert er das folgende Beispiel: „Wer für sein Vaterland in den Tod geht, ist von der Täuschung frei geworden, welche das Dasein auf die eigene Person beschränkt; er dehnt sein eigenes Wesen auf seine Landsleute aus, in denen er fortlebt, ja auf die kommenden Geschlechter derselben, für welche er wirkt – wobei er den Tod betrachtet wie das Winken der Augen, welches das Sehen nicht unterbricht.“³³ Dass Schopenhauer (1788–1860) als Zeitzeuge der deutschen Befreiungskriege ein solches Beispiel wählt, um die Iden-

²⁹ Lenz, 1917. 46.

³⁰ Fichte, Johann Gottlieb. Reden an die deutsche Nation. Leipzig: Meiner, 1871. 99. (Zuerst 1808)

³¹ Jansen, Christian. „Gehören Herder, Arndt, Fichte, Fries und Hundt-Radowsky zur ‚völkischen Wissenschaft‘?“. Fahlbusch, 2020. 41–53.

³² Lenz, 1917. 48.

³³ Schopenhauer, Arthur. Die beiden Grundprobleme der Ethik, behandelt in zwei akademischen Preisschriften, Leipzig: Brockhaus, 2. verbesserte und vermehrte Ausgabe, 1860. 273.

tifikationsfähigkeit des menschlichen Selbst mit dem Anderen zu erläutern, ist nachvollziehbar. Lenz greift sich nun dieses Zitat um erneut zu behaupten, die „Rassenethik“ finde „ihre geschichtliche Anknüpfung“ an die „große Zeit des deutschen philosophischen Idealismus“³⁴. Zuvor hatte er sich an anderer Stelle bereits von Schopenhauers Mitleids-Ethik distanziert³⁵. Was ihn ganz offensichtlich fasziniert, ist das Pathos der Aufhebung des Individuums in der Allgemeinheit, denn als Sozialingenieur der Rassenpolitik braucht er Argumente, die die Unterwerfung des Einzelnen unter den Primat der „Rassenpflege“ rechtfertigen, wie er in seinem Aufsatz formuliert: „Wer in der Arbeit für seine Rasse seinen wahren Nutzen, im Leben für sie sein Glück findet – und wenn es sein muss zum Tode – dessen Eigenliebe bezieht sich nicht auf das enge Ich, sondern auf ein höheres Selbst.“³⁶

Der Versuch, Maßnahmen der „Rassenhygiene“ als abgeleitet aus einem „höchsten Zweck“, einem „sittlichen Hochziel“ oder als „Moralprinzip“ zu rechtfertigen, gipfelt in der Indienstnahme des Autonomiebegriffes von Immanuel Kant, der mit dem kategorischen Imperativ die menschliche Fähigkeit zur Selbstgesetzgebung postuliert hatte. Kants Überzeugung, das Individuum sei Kraft seiner Vernunft autonom in der Lage sein Verhalten in Verantwortung vor seinen Mitmenschen selbst zu steuern, wird von Lenz dahingehend pervertiert, dass er behauptet, eine solche „autonome Ethik“ könne ihre Werte letztendlich selbst setzen. „Wir sind damit bei der autonomen Ethik angekommen, wie sie Kant vertreten hat. Nur aus unserem eigenen Wesen kann unsere Sittlichkeit stammen.“ Kants kategorischer Imperativ müsse mit einem „materialen Inhalt“ gefüllt werden, was durch Fichte mit dem Hinweis auf die „ewige Fortdauer des Volkes“ bereits geschehen sei und nun durch „die Aufstellung der Rasse als höchstes Ziel des sittlichen Handelns“ vollendet werde. Der eklatante Widerspruch zu Kants Formel – „Handle so, dass du die Menschheit sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst“ – ist Lenz sehr wohl bewusst. Er wischt ihn mit einem dezisionistischen Handstreich vom Tisch und konstatiert: „Unserem sittlichen Bewusstsein aber entspricht die Selbstzwecklichkeit der Individuen nicht.“³⁷ Es ist der Schlüsselsatz dieses Textes. Er macht den Weg frei, um Menschen das Recht an ihrer Person und an ihrem Körper zu nehmen und sie ohne Skrupel dem Primat der „Rassenhygiene“ zu unterwerfen.

Der Text erhielt 1933 unter dem Titel „Die Rasse als Wertprinzip. Zur Erneuerung der Ethik“ eine Neuauflage bei Lehmanns. Im gleichen Jahr wechselte Lenz

34 Lenz, 1917. 48.

35 Lenz, 1917. 41.

36 Lenz, 1917. 50–51.

37 Lenz, 1917. 44–45.

auf einen Lehrstuhl für Rassenhygiene in Berlin und wurde sowohl zum Abteilungsleiter für Rassenhygiene am Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblchkeitslehre und Eugenik als auch zum Mitglied des Sachverständigenrates für Bevölkerungs- und Rassenpolitik des Innenministeriums unter Leitung von Wilhelm Frick berufen. Dort war er an der Ausformulierung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, der Grundlage für die später durchgeführte Zwangssterilisierungen, beteiligt, an der Diskussion und Organisation der Sterilisationen sog. Rheinlandbastarde und an den Beratungen zu einem Euthanasiegesetz, das die gesetzliche Basis der Behindertenmorde im Rahmen der „Aktion T4“ abgeben sollte³⁸. Lenz war Mitglied der NSDAP und mehrerer NS-Massenorganisationen. Ab 1940 schulte er „Rassenprüfer“ der Einwandererzentralstelle des Reichssicherheitshauptamtes der SS. 1946 erhielt Lenz zwei Lehrstuhlangebote und konnte, obwohl seine Vergangenheit öffentlich Anstoß erregt hatte, ab 1947 in Göttingen seine Lehre wieder aufnehmen. Nach einem erfolgreichen Entnazifizierungsverfahren wurde er dort 1952 zum Ordinarius für menschliche Erb- lehre ernannt³⁹.

Max Wundt ist keiner politischen Partei beigetreten, er lehnte Parteien als Instrumente der politischen Willensbildung grundsätzlich ab. Der „Parteigedanke“ entspringe den „öden Gleichheitstheorien der Aufklärung“, die einzig sinnvolle Art der Beteiligung des Volkes an der Regierung sei die berufsständische Vertretung⁴⁰. Diesem 1919 formulierten Postulat ist er in der Folgezeit treu geblieben. Er fand andere Wege, seine politischen Grundüberzeugungen auszuagieren. Über seine politisch imprägnierte Hochschullehrertätigkeit hinaus⁴¹ tat er das als Publizist und als Mitglied von Vereinen und Verbänden, so im Alldeutschen Verband,

38 Kaupen-Haas, Heidrun. „Die Bevölkerungsplaner im Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik“. Der Griff nach der Bevölkerung. Aktualität und Kontinuität nazistischer Bevölkerungspolitik. Hg. Heidrun Kaupen-Haas. Nördlingen: Greno, 1986. 103–120. 105, 112–115.

39 Fangerau, 2017. 443–444.

40 Wundt, Max. „Parteien oder Stände?“ *Deutschlands Erneuerung* 3.5. (1919): 333–338. Wundt war der Sohn des Physiologen, Psychologen und Philosophen Wilhelm Wundt. Er war nach einem Studium der klassischen Philologie und Philosophie in Leipzig 1904 mit einer Studie über Herodot in Philosophie promoviert worden, hatte sich in Straßburg 1907 mit einer Arbeit zum „Intellektualismus in der griechischen Ethik“ habilitiert und war dort bis Kriegsbeginn als Privatdozent tätig. Nach seinem Einsatz an der Westfront ließ er sich von September bis Dezember 1918 an die Universität Dorpat „abkommandieren“ und wechselte für das Sommersemester 1919 als a. o. Professor nach Marburg. Hantke, Manfred. Geistesdämmerung. Das philosophische Seminar an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen 1918–1945. Tübingen: Publikationen der Universität Tübingen, 2015. 188. <http://dx.doi.org/10.15496/publikation-4825> (06.06.2020)

41 Die sozialdemokratische Zeitung *Schwäbische Tagwacht* titulierte ihn in ihrem Kommentar zu seiner Berufung nach Tübingen 1929 als „Hakenkreuzprofessor“. Hantke, 2015. 190.

dessen Gesamtvorstand er ab 1925 angehörte, in der Deutschen Philosophischen Gesellschaft und ab 1920 in der Gesellschaft Deutscher Staat, einer vom Vorstand der Alldeutschen initiierten Akademiker-Vereinigung, die „die geistigen Waffen für die nationale Politik der Gegenwart und Zukunft“ liefern sollte. Ihre Publikationsreihe wuchs bis 1929 auf 84 Titel an. 1927 wurde Wundt Mitherausgeber der Zeitschrift *Nationalwirtschaft* des Bundes für Nationalwirtschaft und Werkgemeinschaft, einer Abspaltung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie anlässlich der Kontroversen um die Zahlungsregelungen für die deutschen Reparationen nach dem Dawes-Plan. Der Bund propagierte „völkische Wirtschaft“ und „Werksgemeinschaft“ zur Behebung der „klassenkämpferischen Zerreißung der Betriebe.“⁴² Schließlich gehörte Wundt 1927 zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufs für den Kampfbund für deutsche Kultur Alfred Rosenbergs und trat 1936 in die Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland ein⁴³.

Seine beiden Lehrstuhlberufungen hatten deutlich politische Konnotationen. Mit der 1920 erfolgten Berufung nach Jena sollte dort die deutschnationale Fraktion innerhalb der Fakultät gestützt werden, die die sozialdemokratischen Bestrebungen für eine universitäre Volksschullehrer-Ausbildung bekämpfte⁴⁴. Im Berufungsverfahren für seinen Wechsel nach Tübingen 1929 wurde sein Philosophieren als „die eigentlich deutsche Form der Weltanschauung“ gewertet, und seine „besonders starke Persönlichkeit“ und rhetorische Begabung ließen ihn geeignet erscheinen für die zahlreichen „nicht-fachphilosophischen“ Hörer an der Philosophische Fakultät. 1935 bescheinigte ihm der Rektor der Universität sein „einzigartiges Verständnis“ für den „völkischen Charakter der deutschen Philosophie“⁴⁵. Sein 1926 bei J.F. Lehmanns erschienener Band „Deutsche Weltanschauung. Grundzüge völkischen Denkens“ hat den Charakter eines Grundlagenwerkes, weshalb es hier repräsentativ für Wundts Gedankenkosmos in seinen Leitlinien skizziert werden soll.

Wundt hantiert im Gegensatz zu Lenz nicht mit Zitaten von Vertretern des deutschen Idealismus, er entwickelt vielmehr eine eigene Erzählung vom vermeintlich qualvollen Prozess der Selbstfindung des „deutschen Geistes“ von den Ursprüngen des „Eintritts der Germanen in die Weltgeschichte“ bis in die Gegenwart der „völkischen Weltanschauung“. Sein Ziel ist die „Vertiefung“ der völk-

⁴² Jungcurt, 2016. 174.

⁴³ Hantke, 2015. 194; Ferdinand, 2002. 5.

⁴⁴ Eine ausführliche Darstellung des „Thüringischen Hochschulkonfliktes“ findet sich bei Tilitzki, 2002. 126–129.

⁴⁵ Hantke, 2015. 189–190.

schen Bewegung von einer „Kampfbewegung“ zur „geistigen Bewegung“⁴⁶. Er will den Deutschen die verloren gegangene Metaphysik zurückgeben, denn ohne „solch Allerheiligstes“ könne kein Volk existieren. Die „große Besinnung des deutschen Volkes auf sich selbst“ sei das Gebot der Stunde. Man könne die „völkische Weltanschauung“ nicht auf die „Rassenfrage“ reduzieren, Rasse sei ein „Naturbegriff“, sei materialistisch und damit Teil einer „widervölkischen Weltanschauung“. Die „völkische Weltanschauung“ müsse der „völkischen Wahrheit“ folgen, Wahrheit sei wie Gott „ewig“ und offenbare sich jedem Volk in einer besonderen Form. Die Deutschen seien es, die unter den germanischen Völkern „dem Kerne selbst am nächsten gekommen“ seien.⁴⁷

Allerdings – und nun breitet Wundt ein ausuferndes Opfernarrativ vor dem Leser aus – sei diese Wahrheitsfindung immer wieder mit dem Eindringen „fremde[r] Einfuhr“ und durch „fertiges Erbe“ behindert worden, bis schließlich „die Juden [...] den geistigen Besitz der Deutschen“ verwaltet hätten. Antike Philosophie und christliches Erbe seien zwar „köstliche Geistesgüter“, aber „nur sehr allmählich“ sei es gelungen, dass diese „fremde Geisteswelt gewissermaßen einge-deutscht“ werden konnte. Nach großen Erfolgen durch Martin Luther, Meister Eckhart und Jakob Böhme habe der Dreißigjährige Krieg wieder alles zunichte gemacht und die Deutschen erneut „der Ausländerei“ preisgegeben. Und dennoch sei es Männern wie Kant, Fichte, Hegel, Schelling und Schopenhauer gelungen, aus der „Tradition des griechischen Denkens“ und unter „Beseitigung des Fremden und Undeutschen“ dieser Überlieferung „die deutsche Weltanschauung“ zu schaffen „die dem echten deutschen Sinn gemäß war.“ Aber ein weiteres Mal sei man von dieser „Höhe“ herabgestürzt und dem „Materialismus und Positivismus [...] der französischen Aufklärung“ verfallen, ein besonders schmachvoller Absturz, denn er sei „unter deutlichem jüdischem Einfluss“ geschehen und das 19. Jahrhundert über hätten „die Juden die Deutschen nicht zu dem ihnen eigenen Denken und Leben gelangen zu lassen.“⁴⁸

Damit ist das antisemitisch grundierte Terrain abgesteckt, innerhalb dessen sich die weiteren Ausführungen bewegen. Wundt greift darin zurück auf eine sogenannte Substanz des Deutschseins, die er im „arischen Glauben“ und im „deutschen Denken“ begründet sieht, deren „Zusammenklingen“ es den Deutschen ermöglichen soll „die ewige Wahrheit in ihrer eigenen Sprache auszusprechen“. Der „arische Glaube“, nach Wundt die Überlieferung der Mythenerzählungen der Edda, erhält die Funktion eines Korrektivs, anhand dessen „Verwandtes und

46 Wundt, 1926. 3.

47 Wundt, 1926. 9–13.

48 Wundt, 1926. 14–18.

Fremdes⁴⁹ getrennt werden müssten, denn Wundt hat in der Geschichte des sogenannten deutschen Denkens ein Dilemma entdeckt: „Wollen wir alles Fremde aus unserer Entwicklung ausmerzen [...], so geht uns der bestimmte Reichtum des Inhalts verloren. Ergreifen wir dagegen den von unseren großen Führern geschaffenen Gehalt [...], so sehen wir uns rasch in fremde Geistesströmungen hineingerissen“⁵⁰. Als Ausweg aus diesem Dilemma dient ihm der zuvor als „materialistisch“ geschmähte „Rassegedanke“, den er als Grundlage der „völkischen Weltanschauung“ bereits verworfen hatte. Die Rasse sei „international“, sie überschreite „die Grenzen der Völker“ und „sehr wahrscheinlich“ seien „die Arier in allen Völkern die schöpferischen Teile gewesen [...], die alle geistigen Werte der Menschheit geschaffen“ hätten⁵¹. Rassen seien „Geistesmächte“, die „echten Griechen“ wie „die echten Römer“ seien von „nordischer Rasse“ gewesen und „nordisches Blut“ reiche bis nach Palästina, aus dem Neuen wie aus Teilen des Alten Testaments spreche „der edle, germanischem Denken verwandte Geist“. Mit dieser sophistischen Volte kann Wundt eine „wunderbare innere Verwandtschaft des germanischen Wesens mit dem christlichen Glauben und dem griechischen Geiste“ entdecken⁵² und ihnen die Fremdheit wieder aberkennen, die er ihnen zuvor attestiert hatte. Sein Inklusionsmanöver ermöglicht es ihm, die entscheidende Alterität dem noch verbliebenen Fremden, dem „jüdischen Denken“ und seiner „Eigenart“, zuzuweisen. Das „deutsche Wesen“ sei „das gerade Widerspiel“ des jüdischen, die „völkische Weltanschauung“ müsse im „Gegensatz und in der Gegenüberstellung“ zum „jüdischen Denken“ formuliert werden. Im Folgenden entwickelt er aus der anti-judaistischen Denkfigur der Juden als Christusmörder, die das Angebot der „Versöhnung Gottes mit der Welt“ ausgeschlagen hätten, das Konstrukt eines spezifisch „jüdischen Denkens“, das den Zusammenhang von Gott und Welt verloren habe. „Endliches und Unendliches“ seien keine „lebendige Einheit“ mehr, diese falle in „zusammenhanglose Stücke tot auseinander“, so sei „totes“ ja „tötendes Denken“ entstanden, das das Judentum zu einer „verneinenden Macht“ habe werden lassen mit „furchtbaren Wirkungen auf das gesamte neuere Geistesleben.“ Von den Deutschen hingegen sei „das Wesen der Wahrheit, die Einheit des Unendlichen und Endlichen, [...] am tiefsten und am meisten umfassend ergriffen“ worden. Alle anderen europäischen Völker seien in ihren Weltanschauungen nur in der Lage „von der Wahrheit [...] einen Teil“ zu erblicken. Somit sei „das Ringen um eine völkische Weltanschauung [...] das Ringen um die Wahrheit selbst.“⁵³

49 Wundt, 1926. 52–55.

50 Wundt, 1926. 38.

51 Wundt, 1926. 28.

52 Wundt, 1926. 44, 47, 55.

53 Wundt, 1926. 66–69.

Die folgenden Kapitel variieren diesen Thesenkanon vor dem Hintergrund der europäischen Philosophiegeschichte, deren einzelne Autoren danach sortiert werden, ob sie den von Wundt geschaffenen Kriterien der „Versöhnung von Gott und Welt“ oder deren „Trennung“ verhaftet seien. „Trennung“ meint alle Denkrichtungen rationaler, kritischer und aufklärerischer Orientierung bis hin zum „Intellektualismus des Judentums“. Sie werden mit dem Verdikt des „Fremden“ belegt und verworfen. In einem Anhang unter dem Titel „Der ewige Jude“ konfrontiert Wundt ein letztes Mal seinen völkisch-mythologisch gewendeten Idealismus mit dessen imaginiertem Widerpart und entwirft eine Geschichte des Judentums als vermeintlich warnendes Beispiel für ein Volk, das „den edlen Teil seines Wesens nicht zu bewahren vermochte“, das als „Spielball der es umgebenden mächtigeren Völker“ ein „verdrängtes Herrschaftsbewusstsein“ entwickelt und im „Gelde“ das Mittel gefunden habe, seine „verdrängten Machtbedürfnisse zu befriedigen.“⁵⁴ Damit ist der Bogen vom vermeintlich philosophischen Materialismus des sogenannten jüdischen Denkens zum gängigen antisemitischen Topos des „jüdischen Mammonismus“ geschlagen. Man möge sich vom „ewigen Juden“ lossagen und zum „ewigen Deutschen“ bekennen lautet sein abschließender Appell⁵⁵. Die Tübinger Universitätsleitung ist diesem Diktum schon frühzeitig gefolgt. Seit 1931 gab es dort keine jüdischen Hochschullehrer mehr und „rassefremde Ausländer“ wurden schon seit den zwanziger Jahren nicht mehr zum Studium zugelassen, wie die Universitätsverwaltung stolz vermeldete⁵⁶. Max Wundt hat der Universität den Dienst erwiesen, das antijüdische Ressentiment mit einem philosophischen Konzeptualisierungsversuch zu adeln. Die Atmosphäre „revolutionärer Militanz“ an der Universität Tübingen und ihren Einfluss auf spätere Täter des NS-Regimes hat Michael Wildt überzeugend dargestellt⁵⁷. Max Wundt wurde 1945 emeritiert, publizierte in der Folgezeit zu Platon, Descartes, Kant und Hegel und bezog bis zu seinem Tod 1963 eine Beamtenpension⁵⁸.

Fritz Lenz und Max Wundt haben jeder auf seine Weise Paradigmata geschaffen, die völkischen Denkfiguren eine philosophische Begründung unterlegen. Lenz instrumentalisiert als Rassenhygieniker und Sozialingenieur Textpassagen von Fichte, Schopenhauer und Kant für den Versuch der Letztbegründung einer „Rassenethik“ aus dem deutschen Idealismus. Er setzt „Rassenpflege“ als „sittliches Hochziel“ und damit als letztgültiges Moralprinzip, dem alles menschliche

⁵⁴ Wundt, 1926. 179–187.

⁵⁵ Wundt, 1926. 195.

⁵⁶ Wildt, Michael. Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes. Hamburg: Hamburger Edition, 2002. 92.

⁵⁷ Wildt, 2002. 89–104.

⁵⁸ Ferdinand, 2002. 5.

Handeln unterzuordnen sei. Wundt konstruiert als akademisch ausgewiesener Philosoph und Lehrstuhlinhaber das Narrativ eines Ariermythos, das in Konfrontation mit „fremdem“, respektive „jüdischem Denken“, der Ermittlung einer „völkischen Wahrheit“ dienen soll. Mit der Setzung der Rasse als „Geistesmacht“, als Schöpferin „völkischer Wahrheit“ schafft er das Konstrukt einer spezifisch völkischen Erkenntnistheorie. Beide verfügten über ihre Verankerung in den publizistischen Netzwerken nationalistisch-völkischer Organisationen und Verlage über hinreichende Möglichkeiten ihren Narrativen Aufmerksamkeit und Geltung zu verschaffen.

Sven Brajer

Die Deutsche Kunstgesellschaft

Eine völkische Vereinigung im Kampf gegen den „Terror des Kunstbolschewismus“ der Weimarer Republik

Bereits 1879 kam es mit der Gründung des Dresdner Reformvereins unter Alexander Pinkert zu einer politischen Manifestation des mittelständischen Antisemitismus im Kaiserreich.¹ Nationalistische und völkische Weltanschauungen in Kunst und Kultur hatten in der sächsischen Residenzstadt spätestens seit Julius Langbehns 1890 veröffentlichtem Bestseller „Rembrandt als Erzieher“ ihren Platz gefunden. Dazu gesellte sich eine enorme Bismarck- und Luther-Verehrung.² Die Kulturkritik von Friedrich Nietzsche, per se nicht nationalistisch oder völkisch³, sondern die Deutung durch Teile der Nietzscheaner, ähnlich wie das Werk Richard Wagners und seiner Anhänger, fanden im Dresdner „Kunstwart“ und Dürerbund ihre mediale reichsweite Rezeption. Akteure wie Heinrich Pudor und Max Bieberer verknüpften völkischen Nationalismus mit einem radikalen mittelständischen Antisemitismus, der stellenweise auf sehr fruchtbaren Boden fiel.

All diese Entwicklungslinien sollten sich in der von der Kunsthistorikerin und Malerin Bettina Feistel-Rohmeder in Dresden 1920 ins Leben gerufenen Deutschen Kunstgesellschaft amalgamieren.⁴ Maßgeblich beeinflusste diese die künstlerische Ästhetik des sogenannten „Dritten Reiches“.⁵ Als „die alten Erbfeinde deutschen Wesens“ agierten für die Kunstgesellschaft „Rom und Juda“ und daher sahen sich die Mitglieder als „Empörer, Aufrührer, Revolutionäre gegen das herrschende System“ und „ihr Kampf galt der ewigen deutschen Kunst in unseren lebenden Meis-

1 Vgl. Piefel, Matthias. Antisemitismus und völkische Bewegung im Königreich Sachsen 1879–1914. Göttingen: V&R Unipress, 2004. 21–23.

2 All diese Entwicklungen werden in der Dissertation des Verfassers nachgezeichnet, vgl. Brajer, Sven. Am Rande Dresdens? Das völkisch-nationale Spektrum einer ‚konservativen Kulturstadt‘ 1879–1933. Dresden: Thelem, 2022.

3 Vgl. Niemeyer, Christian. Nietzsche, völkische Bewegung, Jugendbewegung. Über vergessene Zusammenhänge am Exempel der Briefe Nietzsches an Theodor Fritsch vom März 1887. *Vierteljahrsschrift für Wissenschaftliche Pädagogik* 79 (2003): 290–330.

4 Zur Vorgeschichte der 1873 in Heidenheim geborenen Gründerin im völkischen Spektrum des Kaiserreichs in Süddeutschland, vgl. Clinefelter, Joan L. Artists for the Reich. Culture and Race from Weimar to Nazi Germany. New York: Berg, 2005. 7–12, 15–19.

5 Vgl. Clinefelter, 2005. 49–98.

tern.⁶ Inspiriert wurde die völkische Kunstkritikerin vom Kulturnationalismus des Wilhelmischen Reiches, dem Kunstunterricht bei altmeisterlichen Künstlern wie Ludwig Dill oder Johann Vincent Cissarz und dem unmittelbaren Einfluss völkischer Verbände im familiären und beruflichen Umfeld sowie dem kunsttheoretischen Programm Henry Thodes. Thode imaginierte einen unvereinbaren Dualismus zwischen einer völkischen und einer internationalistischen Kunst, grenzte das „Deutsche Wesen“ explizit vom „Romanen“ ab, denn Ersteres „lebe mehr nach Innen“ und forderte final jeden Deutschen auf, „sich um die Erkenntnis des Wesens deutscher Kunst zu bemühen“.⁷ Final fand Feistel-Rohmeder nach Jahren des Umherirrens in Süddeutschland 1920 ihren Weg nach Dresden.⁸

Die Deutsche Kunstgesellschaft wurde am 15. November 1920 in Dresden gegründet. Ausgangspunkt stellten Werke und deren Rezeption des künstlerisch im Nazarenertum des frühen 19. Jahrhunderts verhafteten Richard Guhr⁹ dar, der sich strikt gegen die modernen Strömungen des Impressionismus und Expressionismus engagierte. Guhr war unter anderem auch als Professor an der Dresdner staatlichen Kunstgewerbeschule¹⁰ tätig und trat im Sommer des gleichen Jahres

6 Feistel-Rohmeder, Bettina. Kurzer Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung der Deutschen Kunstgesellschaft. Im *Terror des Kunstbolschewismus. Urkundensammlung des „Deutschen Kunstberichtes“* aus den Jahren 1927–33. Hg. Bettina Feistel-Rohmeder. Karlsruhe: Müller, 1938. 211–217, alle Zitate 211.

7 Thode, Henry. *Das Wesen der deutschen bildenden Kunst*. Leipzig/Berlin: Teubner, 1918. 2. f., 20–24, Zitate 16 f. und 133.

8 Vgl. Clinefelter, 2005. 8–12. Feistel-Rohmeders Vater (1843–1930), Wilhelm Rohmeder, war seit 1908 Mitglied des Guido-von-List-Gesellschaft, gründete 1914 in München eine Ortsgruppe des von Theodor Fritsch in Leipzig initiierten Reichshammerbunds und war darüber hinaus Bundesvorsitzender des Deutschen Schulvereins, vgl. Goddrick-Clarke, Nicholas. *Die okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus*. Graz, 2000. 116. [Zuerst als *The Occult Roots of Nazism. Secret Aryan Cults and Their Influence on Nazi Ideology. The Ariosophists of Austria and Germany 1890–1935*. New York: University Press, 1992, veröffentlicht].

9 Guhr war geprägt von den Residenzstädten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts: Schwerin, seiner Geburtsstadt, Berlin sowie Dresden, vgl. Stummann-Bowert, Ruth. *Ein Leben für Richard Wagner. Richard Guhr. Maler und Bildhauer 1873–1956*. Fritzlar: Stiftung Museum Fritzlar, 1988. 209. Zwischen 1900 und 1920 war er als Bildhauer in verschiedenen deutschen Städten sehr gefragt, vgl. ebd. 9.

10 Diese wurde 24 Jahre, von 1898 bis 1922 vom Alldeutschen Arnold Kuhnow geleitet, vgl. Mitglieder-Verzeichnis der Ortsgruppe Dresden des Alldeutschen Verbandes, Stand vom 13. September 1901. Dresden: ohne Verlag, 1901. 3. Rückblickend stellten die Nationalsozialisten die Kunstgewerbeschule im Sommer 1933 für die Zeit der späten Weimarer Republik „als marxistische Hochburg“ dar, die einer „Bereinigung“ bedarf, HStADD, 11125 Ministerium des Kultus und des öffentlichen Unterrichts, Nr. 17982, Aussagen der Sekretärin der Sächsischen Landesstelle für Kunstgewerbe (Juli 1933), Fräulein Ullrich, Bl. 13 sowie ebd.: Schreiben von Propagandaleiter und Pressewart der Gaufachgruppe der Bild. Künste der NSDAP [vermutlich Heinrich Salzmann

im Sächsischen Kunstverein mit einer Sonderausstellung seiner Bilder auf. Für Feistel-Rohmeder waren „seine Tafeln von wunderbarer Leuchtkraft der Farbe, gemalt in der Technik der alten Meister“, es „sprach ein Seher und Dichter zum Deutschen Volk – das Volk aber verstand ihn nicht!“¹¹ Das Interesse an den mit Symbolik überhäuftten Bildern des wunderlichen Professors war gering, das Echo der Presse größtenteils vernichtend. Eine der bekanntesten Schöpfungen Guhrs dagegen, der lange Zeit nur für seine Plastiken bekannt war, findet sich auf dem Turm des neuen Rathauses – „Der goldene Rathausmann“ von 1908.¹² Diese fünf Meter hohe, an Herkules angelehnte, vergoldete Bronzeskulptur schüttet mit der linken Hand sein Füllhorn des Glückes aus und zeigt mit dem rechten Arm auf die Stadt.¹³ Herakles bzw. Herkules galt für Guhr sinnbildlich als Halbgott und, inspiriert von Nietzsche, als Übermensch. Die Kunsthistorikerin Ruth Stummann-Bowert sah im Herkulesmythos einerseits ein gängiges Bildungsthema, das besonders zum Dresdner höfischen Kontext passte, bereits seit dem Spätmittelalter auftauchte und der Bevölkerung Schutz symbolisieren sollte.¹⁴ Andererseits kann hier nach ihrer Ansicht durchaus ein Symbol völkischer Ideologie gesehen werden.¹⁵ Inwiefern Guhr bereits zu diesem Zeitpunkt eindeutig im völkischen Spektrum verortet werden konnte, ist kaum zu rekonstruieren.¹⁶

Im Jahr 1912 jedoch, kurz vor Richard Wagners 100. Geburtstag, beschrieb Guhr in der Schrift „Das Problem der erotischen Regeneration“ eine 40-tägige Fastenkur vor Ostern, die er unter Anleitung seiner „Führerin“¹⁷, der Berliner Esoterikerin Valerie Gyigy¹⁸, im Vorjahr unternommen hatte. Die Beschreibung dieser

1891-nach 1944], Gau Sachsen an Ministerial Geheimrat Michael, Dresden-Nord, Ministerium des Innern vom 25.7.1933, Bl. 12.

11 Feistel-Rohmeder, 1938. 211.

12 Vgl. Gawol, Volker/Trappen, Peter. Der Goldenen Rathausmann zu Dresden. Dresden: Dresden Buch, 2008.

13 Vgl. H., K. Der goldene Rathausmann. *Dresdner Salonblatt (1908)*: 7 f. Siehe auch die Beschreibung in den *Dresdner Nachrichten*, Nr. 99 vom 9. April 1908. 2.

14 Vgl. Stummann-Bowert, 1988. 172.

15 Vgl. ebd. 12.

16 Allerdings stellte Richard Wagner, spätestens seit 1912 der wichtigste weltanschauliche Einfluss auf Guhr, bereits 1881 eine Nähe des Halbgotts Herakles zu den „edelsten arischen Stämme [n]“ her, vgl. Wagner, Richard. *Heldentum und Christentum*. Stuttgart: Urachhaus, 1937 (zuerst 1881). 6.

17 Guhr, Richard. *Das Problem der erotischen Regeneration*. Dresden: ohne Verlag, 1912. abgedruckt in: Stummann-Bowert, 1988. 220–224, Zitat 220.

18 Vgl. die esoterisch-wunderliche Schrift von Frau Gyigy. *Welt-Ge(h)richt(ig)! Oder Das verlorene Wort*. Berlin: ohne Verlag, 1909. Die Schriftstellerin trat wenige Jahre zuvor an Karl May heran, lobte ihn für seine Werke und die Ausgestaltung durch Sascha Schneider; ob May jedoch eine Einladung nach Berlin zu ihr annahm ist nicht nachzuweisen, vgl. Sudhoff, Dieter/Steinmetz,

Kur kulminierte in einer Pilgerfahrt nach Bayreuth zum Grab Richard Wagners. Seitdem war Guhr von dessen Gedankenwelt stark vereinnahmt, einhergehend mit völkischen Versatzstücken und Anleihen bei der Lebensreformbewegung in seinen Werken. Die von Guhr rezipierten Wagner-Schriften „Religion und Kunst“ (1880), „Erkenne dich selbst“ sowie „Heldenthum und Christenthum“ (beide 1881) waren für ihn von entscheidender Bedeutung. Wagner fungierte für den Kunstprofessor in seinen Bildern als ein Schlüssel zur „arischen Regeneration“.¹⁹

In dieser Zeit schuf Guhr das größte Wagner-Denkmal weltweit, im Liebenthaler Grund bei Pirna, das aber erst 1933 aufgestellt wurde und bis heute dort zu finden ist.²⁰ Der Musikwissenschaftler Eugen Schmitz, seit 1915 als Schauspielkritiker in den Dresdner Nachrichten aktiv und ab 1933 Mitglied der NSDAP²¹, betonte am 21. Mai 1933, einen Tag vor Wagners 120. Geburtstag, dass das 4,20 Meter hohe Werk „Deutschtum, völkische Kunst“ sowie den deutschen „Wehrgedanken“²² bei Wagner abbilde. Er stellt im Anschluss den Bezug zur Oper Lohengrin her, denn dort galt es, so Schmitz,

des Reiches Ehr' zu wahren, ob Ost oder West [...]. Was deutsches Land heißt, stelle Kampffesscharen, dann schmähst wohl niemand mehr das Deutsche Reich, denn auch wir waren ja bedroht von feindlichen Horden aus dem Osten, von den Kommunisten und Bolschewisten. Daß sie ihr Ziel nicht erreichten, das ist dem Aufbruch der Nation unter Führung Adolf Hitlers zu danken.²³

Der hier gewollte Gegenwartsbezug von Wagner zu Hitler war für die Nazis offensichtlich. Guhrs Klassizismus beim Liebenthaler Werk und dem in Graupa ausgestellten Bronzekopf Wagners erinnerte dennoch stark an den Dresdner Bildhauer

Hans-Dieter. Karl-May-Chronik IV und V. Sonderbände zu den Gesammelten Werken. Bamberg-Radebeul: Karl-May-Verlag, 2005/2006. 95, 144.

19 Dieser Terminus findet sich mehrfach sowohl bei Stummann-Bowert, 1988. 13, 17, 216 sowie sich darauf beziehend auch bei Weber, Solveig. Das Bild Richard Wagners. Ikonographische Bestandsaufnahme eines Künstlerkults. Bd. I: Text. Mainz: Schott, 1993. 171 sowie 250 und wird sowohl Guhr wie teilweise auch Wagner direkt zugeschrieben ohne jedoch konkrete Quellenangaben aufzuzeigen. Vermutlich wurde dieser Terminus, und das mehr als passend, als Zusammenfassung von Guhrs völkisch-teleologischer, von Wagner beeinflusster Weltanschauung durch Stummann-Bowert geschaffen.

20 Ein frühere Aufstellung des Denkmals in Dresden scheiterte aufgrund des Ersten Weltkriegs, vgl. Weber, 1993. 169 f.

21 Vgl. Seeger, Horst. Musiklexikon Personen A–Z. Leipzig: VEB Deutscher Verlag für Musik, 1981. 708–710.

22 Schmitz, Eugen. Abdruck der Rede zur Einweihung des Wagner-Denkmals im Liebenthaler Grund. *Die Stimmgabel* 1933, Nr. 1 vom 1. Juli 1933. 1–3, hier 1.

23 Ebd. 1f.

und Wagnerfreund Gustav Kietz und hat nicht zuletzt aufgrund der früheren Entstehungszeit wenig mit der Architektur der NS-Zeit zu tun.²⁴

Wie bereits angedeutet hatte zumindest die liberale Dresdner Presse 1920 kein Interesse an Kunst als Mittel zur Stärkung deutschvölkischer und nationaler Identität.²⁵ Der Kunsthistoriker und Redakteur Joseph Gantner (1896–1988) äußerte sich über Guhrs ausgestellte Bilder in den *Dresdner Neuesten Nachrichten* wenig begeistert:

Sie haben alle irgendwas mit Richard Wagner zu tun und sind vollgepfropft mit Geheimnissen und Anspielungen, bei denen auch anthroposophische Zusammenhänge merkbar werden. [...] Die Bilder befriedigen künstlerisch nicht. [...] Bei aller Theaterregie, in welcher Guhr sehr stark ist, fehlt hier völlig die überzeugende Farbe, und die ewige Wiederkehr des vielgeliebten Wagnerhauptes ermüdet.

Final stellte er sich die Frage: „Wäre es nicht besser Wagner zu spielen und das zu malen was bildender Kunst auch wirklich angemessen ist?“ und kam zu dem Fazit:

Die Sache gewinnt nichts, durch Guhrs Bestreben, seine Bilder als eine Art Altartafeln äußerlich nach Altdeutschen Vorbildern zurechtzufrisieren. Wir sind ohnehin heute von sakraler Malerei weiter entfernt als je. Wenn sie aber schon versucht werden soll, dann gewiß nicht unter diesem Zeichen.²⁶

Im Herbst besprach der renommierte Redakteur Ernst Köhler-Haußen einige Bilder von Guhr aus dieser Ausstellung vor der Ortgruppe der Theosophischen Gesellschaft in Dresden.²⁷ In den *Dresdner Nachrichten* wurde die Kunst Guhrs in

24 Vgl. Weber, 1993. 186. Zur Entstehungsgeschichte des Denkmals bis zu seiner Aufstellung vgl. auch Stief, Sizzo. *Erforschtes und Erlebtes. Das Lohengrinhaus in Graupa und das Richard-Wagner-Denkmal im Liebethaler Grund*. Hg. Ulrike Eichhorn. Berlin: edition eichhorn, 2010 (Manuskript zuerst 1971 entstanden). Unkritisch werden hier vom langjährigen Guhr-Schüler Stief sowohl Richard Wagner als auch Guhr gesehen und die Nazis als alleinige völkische Kräfte betrachtet, mit denen Guhr angeblich gar nichts zu tun hatte und welche das Wagner-Denkmal in ihrem Sinn missbrauchten. Exemplarisch: „Als Prof. Guhr [im Jahr 1912] am Schwertknauf des Jünglings das Sonnenrad [i. e. Hakenkreuz] anbrachte, war es nicht weiter als eine germanische Rune. Mit dem Denkmal und seiner Aufstellung im Liebethaler Grunde hat die Partei, wie ich wohl ausführlich genug geschrieben habe, nichts zu tun.“ Ebd. 39.

25 Vgl. Feistel-Rohmeder, 1938. 211; Clinefelter, 2005. 26.

26 Gantner, Joseph. Die Ausstellung der Kunstgenossenschaft. *Dresdner Neueste Nachrichten* 28 vom 10. Juli .1920. 2.

27 Interessant ist in diesem Kontext, dass diese esoterische Gemeinschaft, vor allem die in Deutschland dominante Internationale Theosophische Verbrüderung unter ihrem Vorsitzenden Hermann Rudolph ihr supranationales, universalistisches Weltbild spätestens 1918/19 in ein rassistisches wandelte, das später zunächst auch offen mit dem Nationalsozialismus sympathisieren

die Nähe der großen deutschen und italienischen Meister der Renaissance gerückt.²⁸ Generell konstatierte Bettina Feistel-Rohmeder, dass Künstler wie Guhr seit 1918 durch expressionistische und andere neue Stilrichtungen zu einem Schattendasein gezwungen waren.²⁹ Nicht ganz klar ist, welche Bilder von Guhr damals gezeigt wurden. Im 1938 erschienen Bildband „Aus der Dresdner Richard Wagner Ehrung im Schloß Albrechtsberg“ finden sich 22 Bilder von Guhr, die zwischen 1912 und 1933 entstanden sind, jedoch ohne jeweilige exakte Jahreszahlen.³⁰ Es ist also davon auszugehen, dass diese Ausstellung zum Jubiläum des 125. Geburtstags Richard Wagners auch das ein oder andere Bild enthielt, welches bereits 1920 zu sehen war. Zwei Bilder sollen hier vorgestellt werden in ihrer völkischen Rezeption, um einen Eindruck vom heute völlig vergessenen Richard Guhr und seiner Malerei zu bieten. Ernst Köhler-Haußen³¹, langjähriger Journalist der Dresdner Nachrichten und Freund Guhrs, schreibt im Vorwort der Ausstellung zum ersten Bild: *Ultima ratio /Germania 1918*

Mit Ketten an den Füßen gefesselt sehen wir das in Verzweiflung zusammengebrochene Deutschland, auf einem Hügel an der Rheinebene. Herrschend droht über ihr der Judensterne [sic!] mit dem Jehova-Zeichen; erschreckte Raben (Raben waren die Schicksalsboten des alten germanischen Gottes Wotan) umflattern es. Nur eins ist ihr geblieben: die blaue Blume, die den Glauben an die Kräfte des Herzens und der Seele darstellt, gleichviel, ob wir in ihr die blaue Blume der Romantik erblicken oder ein Gleichnis für die arisch-germanische

sollte. Noch radikaler gebaren sich seit 1914 der Leipziger theosophische Verleger und seine Anhänger Hugo Vollrath (1877–1943) und der Berliner Ariosoph Paul Zillmann vgl. Linse, Ulrich. „Universale Bruderschaft“ oder nationaler Rassenkrieg – die deutschen Theosophen im Ersten Weltkrieg. Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche. Hg. Nation und Religion in der Deutschen Geschichte. Frankfurt a. M./New York: Campus 2001. 602–651, hier 629–641; Zander, Helmut. Anthroposophie in Deutschland. Theosophische Weltanschauung und gesellschaftliche Praxis 1884–1945, Bd. I., Göttingen: V&R 2007. 307–312.

28 Dresdner Nachrichten 64, Nr. 438 vom 27. Oktober 1920. 3. Ob der Verfasser dieses Artikels selbst Ernst Köhler-Hausen war, der für die Dresdner Nachrichten jahrzehntelang schrieb, konnte nicht geklärt werden.

29 Vgl. Feistel-Rohmeder, 1938. 211.

30 1945 wurden darüber hinaus alle Bilder Guhrs zerstört. Einen Teil davon malte er einfach neu. Das macht die Datierung noch problematischer. Die Kunsthistorikerin Stummann-Bowert datiert den Entstehungszeitraum zwischen 1912 bis maximal 1927, vgl. Stummann-Bowert, 1988. 18.

31 Im Artikel der Zeitung Die Welt von Dankwart Guratzsch: Ernst Köhler-Haußen vom 13. Februar 2013 beschreibt Guratzsch die Umstände, unter denen Köhler-Haußen sein wohl wichtigstes Werk, ein ungedrucktes 115 Seiten langes Manuskript über die Bombardierung Dresdens am 13./14.2.1945 an seine zweite von ihm geschiedene Frau, damals die Frau von Curt Guratzsch, der wiederum Vater von Dankwart war, überreicht. Laut Stummann-Bowert war Curt im Umfeld der Artamanenbewegung von Bruno Tanzmann verortet sowie Lehrer an der Dresdner Kreuzschule, vgl. Dies., 1988. 115.

Eigenschaft der Treue gegen [i. e. also für] das eigene Wesen. Aus der deutschen Landschaft, dem Wald am Berg, strömt ein Nebelbach hernieder, der sich zu einer weißen Schlange gestaltet, dem Sinnbilde segensreicher, geheimer Kräfte; sie ist gekrönt von einem neuartigen Tempelchen, ein Gleichnis dafür, daß ein neuartiger Glaube der Menschheit aus dem arischen Wesen wieder das Heil bringen kann³²



Abb. 1: Richard Guhr: Ultima ratio/ Germania 1918 (Dresden, um 1920)

32 Köhler-Haußen, Ernst. (Vorwort), Aus der Dresdner Wagner-Ehrung im Schloss Albrechtsberg. Dresden: ohne Verlag, 1938. 6

Diese Beschreibung klingt stark nach vorheriger Absprache mit dem Künstler Guhr und seiner Intention: Deutschland als die Mutter Germania in Schwarz mit Trauerschleier auf einem Hügel in Madonnenkomposition zeigt die vielbeschriebene Schockstarre nationalistischer und völkischer Kräfte nach dem verlorenen Krieg. Die angeketteten Füße, der Dornenkranz und der Davidstern mit dem Schriftzeichen Jahwe, welcher nach 1945 von der Witwe von Guhr, Hedwig, entfernt wurde, benennen eindeutig das Judentum als schuldig an der Niederlage. Zugleich war es laut Guhr darüber hinaus zum neuen Herrn in Deutschland geworden. Vermutlich Enzian als Blume der Treue und die sagenumwobene Schlange, eventuell auch als Rhein zu deuten, zeigen den Weg zur vermeintlichen arischen Regeneration Deutschlands. Unten findet sich die von Stummann-Bowert als „Hüterin der Äonen“ erkannte Figur mit Turban beim alten Wappen von Berlin, während links daneben der „Wilde Mann“ beim Wappen von Dresden das Dämonische zeigen soll.³³ Darunter kann man in altertümlicher Schrift die Worte „ultima ratio“ lesen.

In Guhrs Bildern findet sich auch die sächsische Landschaft, besonders oft das Elbsandsteingebirge. Im Bild „Trias der Wende“ kehren vor diesem Hintergrund Richard Wagner und die beiden ebenfalls von Guhr oft rezipierten Philosophen Arthur Schopenhauer und Friedrich Nietzsche wieder. Wagner ist in der rechten Hand mit einer Sense ausgestattet und in der Linken mit dem Sinnbild der Zukunft, dem arischen Kind. Links daneben steht Schopenhauer in bodenlangem Umhang mit Pudel und Buddhafigur, zur rechten Nietzsche im Büssergewand, offenkundig mit dem Schlüssel zur Macht und dem Adler aus Zarathustra. In Bildern wie diesem verknüpfte Guhr klassische Bildungsideale des 19. Jahrhunderts mit einer zwischen christlicher, esoterischer und pseudogermanisch schwankenden Ikonographie.³⁴

Doch nicht nur die bildende Kunst Guhrs kann als beispielhaft für den andauernden Wagner-Kult vom Kaiserreich bis ins Dritte Reich gelten.³⁵ Auch als Schriftsteller trat Guhr mit mindestens zwei Publikationen in der Öffentlichkeit hervor. Sehr aussagekräftig ist „Der Judenstil oder der Expressionismus“ aus dem Jahr 1922. Dort wird von Guhr klar der „Jude, seinem innern Wesen nach Orientale und Wüstensohn“³⁶ für den vermeintlichen Verfall der bildenden Kunst in Deutschland beschuldigt, da er angeblich mit Macht, Geld und der Presse analog

33 Stummann-Bowert, 1988. 70, Zitate ebd. Ob Guhr bei der Figur des Wilden Mannes humoristisch auf den gleichnamigen Dresdner Stadtteil anspielt, bleibt offen.

34 Vgl. Weber, 1993. 251.

35 Vgl. ebd. 140.

36 Guhr, Richard. *Der Judenstil oder der Expressionismus*. Dresden: ohne Verlag, 1922. 3.

zur Börse über Wohl und Wehe der Kunst entscheide.³⁷ Dabei muss „ihm bzw. seiner Presse, in vollem Umfange und mit aller Schärfe der Verantwortlichkeit für die Schädigung am geistigen Körper des deutschen Volkes zugewiesen werden.“³⁸ Die „Verfallsursachen“ waren für Guhr eindeutig in „rassischen Gründen“ zu suchen.³⁹ Um sich zu befreien, müssten „die Einflüsse des fremden Blutes“ ausgetilgt werden, denn „alle deutsche Kunst von C[aspar] D[avid] Friedrich bis Böcklin ist ihrem innern Wesen nach – antisemitisch“, und der „hebräische Bazillus, negritischem Blute entstammend, hat ja noch andere Abnormitäten, an denen wir unsere Widerstandskraft erproben sollen, auf dem Gewissen.“⁴⁰



Abb. 2: Richard Guhr: Trias der Wende (Dresden, um 1912)

37 Vgl. ebd.

38 Ebd. 4.

39 Ebd.

40 Ebd.

Das ganze 16-seitige Pamphlet ist durchgängig in diesem ultravölkischen Duktus gehalten, der kaum zu ertragen und in dieser Form selten ein zweites Mal für den Untersuchungszeitraum in Dresden nachgewiesen werden konnte.

Guhr beschreibt weiterhin die Emanzipation der jüdischen „Niederrasse“ aus der „zweitausendjährigen Knechtschaft“ mit der Hilfe „internationalen Goldes“ und der „Schwarzkunst der Presse“.⁴¹ Max Liebermann personifizierte für Guhr die „ganze Unbehilflichkeit der jüdischen Rasse in Dingen der bildenden Kunst“.⁴² „Judenpresse“, „Judengenossen“, „Judengeiste“ waren für Guhr überall am Werk, um die biedere deutsche Kunst zu zerstören⁴³, denn: „die jüdische Tendenz, zu verwirren und aufzulösen, hatte gesiegt, der deutsche Maßstab war entwertet, die von Juden gemachte Mode triumphierte und auf den Trümmern standen Liebermann und [Paul] Cassirer.“⁴⁴ „Halbwahnsinnige wie van Gogh, Stümper wie Gauguin, der seine Lehren und Kunstmaximen von den Südsee-Insulanern bezogen hatte“, wurden vermeintlich von den Juden „zu Genies“⁴⁵ erhoben. Für Guhr existierte ein „Eklektizismus auf erotischer, bzw. Neger-Grundlage [...] [der] dem Juden verständlicher und aus Gründen der Rasse verwandter [sei], als der abendländische.“⁴⁶ Folglich war für Guhr um 1920 „ein derartiger Tiefstand der Leistungen und des Handwerks erreicht worden, auf dem das durch Kriegs- und Zeitläufe junge erregte Geschlecht sich unter Judas Szepter tummelte“.⁴⁷ „Fremdrassiges Volk und internationales Wesen nimmt den Deutschen im eigenen Land den Platz an der Sonne, weil Juda als Kunsthändler dabei am besten Geschäfte zu machen glaubt“⁴⁸, doch wenn sich laut Guhr diejenigen wenigen bündeln und das „Kartenhaus des Expressionismus in seinem eigenen Schmutz zusammengebrochen ist“, werden nur noch „unsere Museen“ von „den Greueln des Judenstils [...]“ erzählen können.⁴⁹ Dieser Wunsch sollte sich ab 1933 auf traurige Art bewahrheiten.

Bereits im Folgejahr 1923 erschien Guhrs Schrift „Die Schuld am Verfall der Künste“, der ideologisch gleichsam als zweiter Teil seiner Ausführungen angesehen werden kann. Abgerechnet wird hier mit allen Kunstformen mit einem „Is-

41 Ebd. 6.

42 Ebd.

43 Ebd. 9.

44 Ebd. 10.

45 Alle Zitate 11.

46 Ebd. 11 f.

47 Ebd. 13.

48 Ebd. 15.

49 Ebd. 16.

mus“ am Ende, vor allem Expressionismus, Kubismus⁵⁰ und Dadaismus gerieten ins Kreuzfeuer. Sein rassistisches Weltbild zeigte Guhr erneut deutlich, indem er konstatierte, dass bis vor zwei Jahrzehnten „Herosen wie Böcklin, Feuerbach, Menzel, Klinger in ihren Werken der Kunstwelt einen Höhenmaßstab verliehen, der neben der Gipfelkunst aller Zeiten bestehen konnte.“⁵¹ Dagegen sank „innerhalb einer kurzen Zeitspanne das junge Geschlecht von diesen Höhen herab und fühlt sich zum Kunstniveau des – Negers, des Südseeinsulaners hingezogen, dessen Kraal⁵² doch sonst nicht seinen Ansprüchen an Kultur und Fortschritt genügen würde.“⁵³ Guhr wurde offenbar von den politischen und kulturellen Entwicklungen überholt. So diagnostizierte der knapp Fünfzigjährige, dass „die Jugend krank“ sei und „gewissenlos den seit Jahrhunderten so schön gepflegten Garten der Kunst“ zerstöre.⁵⁴ Im Anschluss rechnete Guhr mit seinen Kritikern ab, denn für die von ihm beschriebene Entwicklung seien vor allem das Gewinnstreben und die Sensationslust deren Presse und sachunkundige Journalisten schuld.⁵⁵

Anschließend an die Botschaft von Guhr war auch für Bettina Feistel-Rohmeder klar: Das deutsche Volk war am Boden und bolschewistische Juden hatten nun auch in der Kunst das Sagen. Dagegen musste sie eingreifen und die Deutsche Kunstgesellschaft in Dresden zusammen mit vier Männern aus der Taufe heben, um „dem deutschen Volk das Bewusstsein seiner angestammten Kunst, das ihm verloren gegangen war, zurückzuschicken.“⁵⁶ Das waren Georg Beutel, der vor allem als Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes der Ortgruppe Dresden und als rechte Hand des dortigen Ratsarchivars Otto Richter fungierte. Dazu kamen der Lehrer Richard Krause, Vorsitzender der Ortsgruppe des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund sowie die Maler Walter Witting, Leiter der Dresdner Kunstgenossenschaft und Reinhold Rehm. Der Dresdner Kunstprofessor Richard Müller und das ehemalige Mitglied des Reichstags für die Deutschkonservative Partei⁵⁷, der Alldeutsche Max Wildgrube, fehlten bei der Gründungsversammlung

50 In seinem vorangegangenen Pamphlet „Der Judenstil oder der Expressionismus“ bezeichnete Guhr den Kubismus als eine „Richtung“, welche nach Art der Idiotenzeichnungen alle runden Körperformen in Würfel und Kuben zerlegte“, Guhr, 1922. 10.

51 Guhr, Richard. Die Schuld am Verfall der Künste. Dresden; ohne Verlag, 1923. 3.

52 Auch „Kral“, Afrikanische Ringsiedlung vor allem im südlichen Afrika, vgl. Friedrich Kluge, bearbeitet von Elmar Seebold, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, Bd. 24., Berlin/New York: De Gruyter, 2001. 534.

53 Guhr, 1923. 3.

54 Ebd. 4.

55 Ebd. 8–14.

56 Feistel-Rohmeder, 1938. 212.

57 Vgl. ebd.

entschuldigt⁵⁸; aber auch ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Partizipation zeigen die breite gesellschaftliche Verankerung dieser Ideale in Dresden. Ziel war, eine Ausstellung zu schaffen, die der „heutigen Verrottung [...] das Beste gegenüberstellt, was Deutsche Künstler unserer Tage hervorbringen.“ Weiterhin war dabei „das besondere deutsche Wesen [...] in der bildenden Kunst“ zu zeigen. Ein künstlerischer Leiter sollte der Organisation nach dem Führerprinzip vorangehen und die Organisation bestimmte, wer ausstellen durfte. Final wurde festgehalten, dass nur „deutschblütige“ Künstler dazu auserkoren waren.⁵⁹ Richard Müller nahm zunächst den Auftrag an, die Ausstellung als Leiter zu betreuen, gab ihn aber nach wenigen Wochen wieder an die Gesellschaft zurück.⁶⁰

Danach trat Friedrich Eugen Hopf, der bereits seit über 20 Jahren einer der zentralen Akteure des völkischen Spektrums in Dresden war, in Erscheinung. Neben seinen Führungsrollen als ehemaliger Vorsitzender der Ortsgruppe Dresden des Alldeutschen Verbands oder als Präsident des Sächsischen Militärvereinsverbands gründete er selbst völkische Organisationen wie die ebenfalls 1920 entstandene Vereinigung der Freunde Deutscher Kunst zu Dresden.⁶¹ Neben dem dortigen Vorsitz übernahm er sicher nicht zuletzt wegen seiner zahlreichen Kontakte auch die Führungsrolle in der Deutschen Kunstgesellschaft. Hopf konnte bekannte Dresdner Künstler und Funktionäre für die Gesellschaft gewinnen. Hervorzuheben sind Jean Louis Sponsel, der seit 1908 Direktor des Dresdner Kunstgewerbemuseums, des Historischen Museums⁶² und des Münzkabinetts war und von 1914 bis 1923 das Grüne Gewölbe leitete.⁶³ Hinzu kamen die als „deutschblütige Künst-

58 Vgl. ebd.

59 Ebd. 212–213., alle Zitate ebd.

60 Vgl. ebd., S. 213. Das passte zum fahigen, egozentrischen und unsteten Gemüt Müllers, der selbst mit seinen völkischen Kollegen oft im Streit stand, wie sich nach 1933 anhand der Rivalitäten in Dresden mit Walter Gasch (1886–1962) und Willy Waldapfel (1883–1965) zeigen sollte, Stephan Weber, Die Gleichschaltung der Kunstakademie. *Dresdner Hefte* 77 (1/2004). 26–35. Zu Müller siehe auch Rolf Günther, Richard Müller, Leben und Werk mit dem Verzeichnis der Druckgraphik, Dresden: ohne Verlag 1995, bes. 19–60.

61 Feistel-Rohmeder, 1938. 213. Die Vereinigung der Freunde Deutscher Kunst zu Dresden ist offenbar nie eigenständig in größeren Rahmen in Erscheinung getreten, sondern vermutlich in der („in der“ oder „in die“?) Deutschen Kunstgesellschaft aufgegangen.

62 Heute die „Rüstkammer“ im Dresdner Schloss.

63 Woermann, Karl. Nachruf an Jean Louis Sponsel. *Deutsche Corps-Zeitung* 47 (1930/31). 13–17. Als Student war Sponsel in den Corps Normannia Berlin, Suevia München und Rhenania Bonn aktiv und später in der sächsischen Residenzstadt entscheidend an der Gründung des Alte-Herren-Senioren-Convents Dresden beteiligt.

ler⁶⁴ definierten Emil Ernst Heinsdorff⁶⁵, Hermann Vogel, der „Malerpoet des Vogtlandes“⁶⁶ mit einem Sommersitz in Loschwitz bei Dresden, sowie der in Dresden und Umgebung äußerst aktive Bildhauer Selmar Werner, der auch im Umfeld Karl Mays zu finden war.⁶⁷

Einige Gäste der zunächst gut besuchten Veranstaltungen der Gesellschaft unter der Führung von Werner von Blumenthal setzten sich dafür ein, dass eine Ausstellung deutscher Kunst ohne das Œuvre von Max Liebermann nicht vorstellbar wäre. Dieser vermeintliche „Verrat“ war für Bettina Feistel-Rohmeder „eine abgekartete Sache“.⁶⁸ Daraufhin zog sich die Gruppe zunächst etwas aus der Öffentlichkeit zurück und wirkte bei der Dresdner Künstlergruppe Der Bund, den Reinhold Rehm leitete, und der von Hopf initiierten Vereinigung der Freunde Deutscher Kunst zu Dresden an Ausstellungen mit. Welche Auswirkungen jedoch die bisherige Agitation hatte, zeigt sich im Lebenslauf des bereits 1924 als „Kunstholschewist“⁶⁹ entlassenen Direktors des Dresdner Stadtmuseums, Paul Ferdinand Schmidt. Dieser zeichnete später den Besuch der DNVP-Fraktion zu Beginn der 1920er Jahre in seinem Hause nach:

Sie hatten sich niemals darum [die Ankaufspolitik des Museums] bekümmert, jetzt aber suchten sie die berühmten Steine des Anstoßes zu entdecken. Eines Sonntags um 10 Uhr mußte ich die germanische Horde durch meine vier Säle führen, in denen enggedrängt,

64 Feistel-Rohmeder, 1938. 213.

65 Der Maler und Goldschmied studierte unter anderem bei Hans Thoma in Karlsruhe, wo er eventuell Bettina Feistel-Rohmeder kennengelernt hat. 1941 illustrierte er das „entjudete“ Gesangbuch: *Großer Gott wir loben dich*. Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchenführer. Hg. Weimar: ohne Verlag 1941; Pappernigg, Michaela, Reiter, Cornelia, Kahler, Thomas: *Kunst des 20. Jahrhunderts. Bestandskatalog der österreichischen Galerie des 20. Jahrhunderts*. Österreichische Galerie Belvedere. Hg. Bd 2: G–K. Wien: Brandstätter Verlag, 1995. 113.

66 Karl Rödiger, Hermann Vogel, dem Malerpoeten des Vogtlandes zum Gedächtnis, in: *Mitteilungen des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz e.V.* Bd. 10 (1921) Heft 10/12, 197–213. Den Zusammenbruch des Deutschen Reiches hat er nicht überwunden. Von Ihm stammt folgendes Gedicht auf einer Neujahrskarte 1919: „Wir graben mit dem alten Jahr/Ein Grab dem, was uns heilig war./Der Märchenwald sein Hüter sei/Der macht die Herzen wundenfrei/Dann, neues Jahr – aus Not und Schand'/ Schaff uns ein neues Vaterland“, ebd. 212.

67 Vgl. Günther, Rolf. Selmar Werner (1864–1953). Katalog zur Sonderausstellung „Selmar Werner (1864–1953). Plastiken und Gemälde“ der Städtischen Kunstsammlung Freital im Haus der Heimat (8. April – 5. Juni 1995). Freital: Stadt Freital, 1995; Steinmetz, Hans-Dieter. Karl Mays Grabmal in Radebeul. *Jahrbuch der Karl-May-Gesellschaft* 25: (1995). 12–91; Feistel-Rohmeder, 1938. 213.

68 Ebd.

69 Zur Genese des artverwandten Begriffs „Kulturholschewismus“, vgl. Laser, Björn. *Kulturholschewismus! Zur Diskurssemantik der „totalen Krise“ 1929–1933*. Frankfurt a. M.: Lang, 2010, bes. 27–93.

Briefmarken ähnlich und ohne jeden Anspruch auf Repräsentation, die älteren und die modernen Bilder an den Wänden hingen, und ein Sturm brach los, als sie endlich die gesuchten ‚deutschabträglichen‘ Bilder und Aquarelle von Dix, George Groß [sic!] und Otto Griebel entdeckt hatten, mit einem Gebrüll, das hörens Wert war, weil die nationale Entrüstung sich hemmungslos in heimatlichen Naturlauten äußerte. Es war der Anfang vom Ende.⁷⁰

Im großen Stil ließ Schmidt, der ein großer Freund der expressionistischen Künstlergruppe Dresdner Sezession 1919 war⁷¹, Werke von Ernst Ludwig Kirchner, Otto Dix, Oskar Kokoschka, Conrad Felixmüller oder George Grosz ankaufen. Um diese in den beengten Räumlichkeiten zumindest zeitweise auszustellen, wurden exemplarisch die Stadtansichten von Gotthard Kühl in verschiedene städtische Amtsgebäude umdisponiert. Das erregte Unmut. Bereits seit 1921 trat der Archivrat und Vorsitzende des Vereins für Geschichte Dresden, Arthur Brabant, als eine Art reaktionärer Gegenspieler zu Schmidt hervor.⁷² Wenig begeistert und verständnislos äußerte er sich in der konservativen Dresdner Presse über die Bilder, die Schmidt ausstellte, und die neue Ausstellungspraxis generell. Für expressionistische Formensprache und grelle Farben konnte er sich nicht begeistern.⁷³ Dabei wollte Schmidt lediglich im modernen Gewand „die Bedeutung Dresdens, das mit Recht Elbflorenz genannt wird, als Kunststadt Einheimischen wie Fremden durch eine Sammlung von Werken Dresdner Künstler darlegen“.⁷⁴ Brabant hatte bereits den Grundstein für Schmidts Entlassung zum 8. Januar 1924 argumentativ gelegt – Schmidts Stelle sollte fortan unbesetzt bleiben.⁷⁵ Doch Schmidt blieb auch nach seinem Weggang nach Berlin stets im Fokus der Dresdner Völkischen. Als „Verfälscher der geistigen Nahrung des Volkes“ als „Schöpfer der Schreckenskammer“⁷⁶, gemeint waren die modernen Werke im Dresdner Stadtmuseum, wurde er denunziert. Vermutlich nicht zuletzt, weil er entgegen seiner politischen Verortung bis

⁷⁰ Schmidt, Paul Ferdinand. Lebenslauf. O. O. O. J. (1950er Jahre), als Manuskript gedruckt. 108 f.

⁷¹ Vgl. Porstmann, Gisbert. Paul Ferdinand Schmidt und sein Engagement für die Moderne in den städtischen Sammlungen. *Dresdner Hefte* 77 (1/2004). 10–16, hier 10, 12.

⁷² Vgl. ebd. 14 f.

⁷³ Brabant, Arthur. Das Dresdner Stadtmuseum. *Dresdner Nachrichten* 65, Nr. 218 vom 11.5.1921. 2 f.

⁷⁴ Schmidt, Paul Ferdinand. Die Dresdner städtischen Sammlungen – Eine Entwicklung. *Dresdner Nachrichten* 65, Nr. 224 vom 14.5.1921. 3.

⁷⁵ Vgl. Porstmann, 2004. 16.

⁷⁶ Dr. Paul F. Schmidt. *Deutsche Kunstkorrespondenz*, Folge 15, Dezember 1928, abgedruckt in: Feistel-Rohmeder, 1938. 44.

etwa 1930 als Kunstkritiker für die Dresdner Nachrichten, die der DNVP nahestanden, auftrat.⁷⁷

Scheiterten Versuche der Kunstgesellschaft, die Liquidität zu erhöhen, 1923 noch an der Inflation, konnte die Gesellschaft auf anderem Terrain mit der aggressiven Agitation gegen die von Hans Posse und „dem jüdischen Kunsthandel“⁷⁸ ins Leben gerufene I. Internationale Kunstausstellung Dresden 1926 reüssieren.⁷⁹ Für Feistel-Rohmeder und Co. war dieses Ereignis nach eigener Sichtweise ein „Gipfel internationaler Verlogenheit und Schamlosigkeit, [und] weckte eine solche Empörung in völkischen Kunstkreisen, daß die Deutsche Kunstgesellschaft offen auftreten und rasch auch Geldmittel an die Hand bekommen konnte, um nach außen zu wirken.“⁸⁰ Während Richard Müller, Wolfgang Müller, der sich später einfach Wolfgangmüller nannte, Hans Hanner, Leo Samberger oder auch Sascha Schneider⁸¹, kaum Preise gewannen, geschweige denn größere Aufmerksamkeit erringen konnten⁸², gelang es den personifizierten Feindbildern der Deutschen Kunstgesellschaft, Max Liebermann, Ludwig Kirchner, Emil Nolde, Karl Schmidt-Rottluff, Oskar Kokoschka und Max Beckmann, zahlreiche Auszeichnungen zu erhalten. Adolph von Menzel und Wilhelm Leibl waren dagegen gar nicht erst vertreten – für Bettina Feistel-Rohmeder war das, gerade in der Gründungsstadt ihrer Organisation, ein förmlicher Schlag ins Gesicht.⁸³ Heinrich Blume, Vorsitzender des radikal-völkischen Deutschbundes, gelang es nach dieser Schmach, die Aufnahme der Deutschen Kunstgesellschaft als sogenannte Zweckgemeinschaft dieses elitären Bundes zu veranlassen und so die völkische Basis weiter auszubauen.⁸⁴ Daneben finanzierte Blume die Herausgabe der von 1927 an erscheinenden

77 Vgl. ebd., S. 44–46. Daneben publizierte er aber auch im Zentralorgan der SPD im Vorwärts, wie die Kunstkorrespondenz an anderer Stelle zynisch bemerkte, vgl. Bei Kronprinzens. *Deutsche Kunstkorrespondenz, Folge 42, Julmond 1930*. 111.

78 Feistel-Rohmeder, 1938. 213.

79 Siehe die Sonderausstellung im Albertinum: Zukunftsräume. Kandinsky, Mondrian, Lissitzky und die abstrakt-konstruktive Avantgarde in Dresden 1919 bis 1932, <https://albertinum.skd.museum/ausstellungen/zukunftsräume-kandinsky-mondrian-lissitzky-in-dresden-1919-bis-1932/> [letzter Abruf am 17.11.2019].

80 Feistel-Rohmeder, 1938. 214.

81 Schneiders Rolle bei der Kunstgesellschaft war ambivalent, seine widersprüchliche Persönlichkeit zeigt „so recht den Unsegen rassischer Mischungen: zwischen Ost- und Nordrasse rieb sich hier frühzeitig ein großangelegtes, zur Unvollendung tragisch verdammtes Talent auf. Eine Kraft, zum Führer bestimmt, elementar gewaltiges Wollen zu Werken ballend, verging am Unsegen dekadenter Leidenschaften“ Sascha Schneider (†). Seine Kunst und wir. *Deutsche Kunstkorrespondenz Folge 3 Bd. II August 1927*, abgedruckt in: Feistel-Rohmeder, 1938. 15–16.

82 Vgl. Clinefelter, 2005. 31.

83 Feistel-Rohmeder, 1938. 214.

84 Vgl. ebd.

Deutschen Kunstkorrespondenz und nahm offenbar auf Bitten Bettina Feistel-Rohmeders das Amt des ersten Vorsitzenden der Gesellschaft an. Ludwig Dill aus Karlsruhe wurde sein Stellvertreter.⁸⁵

Neben den permanenten Angriffen auf Liebermann, Pechstein und vor allem Dix kam es zu harten Attacken auf Prominente wie Thomas Mann. Mann, der 1927 zum 80. Geburtstag von Liebermann diesen „in Abwesenheit jeder germanischen Gefühlsleute“ und seine Malerei als „das Gegenteil von Wagnerismus“ bezeichnet hatte, wurde als „Viertelkreole und Halbjude“ deklariert, dessen Geschmack als „einst ganz zierlicher Schilderer gepflegter Bürgerlichkeit“ tief heruntergekommen sei.⁸⁶ Auch die wohl renommierteste jüdische Familie Dresdens stand im völkischen Fokus der Kunstgesellschaft. Heinrich Arnhold war wie bereits sein Vater Georg Vorsitzender des Patronatsvereins der Staatlichen Gemäldegalerie. Er wurde scharf dafür kritisiert, dass er moderne Werke von Max Pechstein, Emil Nolde, Marc Chagall und anderen bekannten Künstlern angekauft hatte und diese neben die „Deutschen Helden der Kunst“ wie Albrecht Dürer, Ludwig Richter, Rembrandt van Rijn, eigentlich Niederländer, Arnold Böcklin, eigentlich Schweizer, und Moritz von Schwind, Österreicher, hing.⁸⁷ Ein zweiter Punkt war eine unterstellte Profitgier der Arnholds aufgrund der Tatsache, dass bei privaten Kunstausstellungen Bilder von Künstlern wie Oskar Kokoschka deutlich teuer waren als von Georg Jahn oder Georg Erlers⁸⁸ – frei nach Guhr hatte hier „der Jude“ die deutsche Kunst schlichtweg verjubelt. Das mondäne Mäzenatentum der jüdischen Arnholds wurde hier als Gegenstück zum vermeintlich bodenständigen Arier in das völkische Weltbild konfiguriert.

Die Bauhauskunst und andere moderne Bauformen wurden vom völkischen Professor für Architektur, Emil Hoegg, abwertend als „Jazz-Architektur“ bezeichnet.⁸⁹ 1929 wurde in Dresden mit Errichtung des ersten und lange Zeit einzigen

⁸⁵ Vgl. ebd.

⁸⁶ Der Kunstsommer 1927. *Deutsche Kunstkorrespondenz Folge 3 II August 1927*, abgedruckt in: Feistel-Rohmeder, 1938. 18.

⁸⁷ Vgl. Feistel-Rohmeder 1938. 30 f.

⁸⁸ Vgl. Merkwürdige Kunstausstellung in Dresden. In: *Deutsche Kunstkorrespondenz*, Folge 54, Dezember 1931, in: *Im Terror des Kunstbolschewismus. Urkundensammlung des „Deutschen Kunstberichtes“ aus den Jahren 1927–33*, Karlsruhe 1938, 154 f.

⁸⁹ Jazz-Architektur. *Deutsche Kunstkorrespondenz, Folge 11/12, August/September 1928*, abgedruckt in: Feistel-Rohmeder, 1938. 39. Jazz als Musik der Afro-Amerikaner, oft von New Yorker Juden arrangiert, war für die völkischen und ab 1933 für die Nationalsozialisten „entartete Musik“, Felbick. Lutz. Das „hohe Kulturgut deutscher Musik“ und das „Entartete“ – über die Problematik des Kulturorchester-Begriffs. *Zeitschrift für Kulturmanagement* 10: 2/2015, 85–115., siehe auch Schröder, Heribert: Zur Kontinuität nationalsozialistischer Maßnahmen gegen Jazz und Swing in der Weimarer Republik und im Dritten Reich.: Heribert Schröder. Hg. Colloquium: Festschrift Martin Vogel zum 65. Geburtstag. Bad Honnef: ohne Verlag, 1988.

Hochhauses am Albertplatz die vermeintliche „Amerikanisierung des Stadtbildes“ kritisch beäugt. Ähnlich kategorisiert wurden das 1928 gebaute und bereits 1938 wieder abgerissene futuristisch anmutende Kugelhaus im großen Garten und das im Entstehen befindliche benachbarte Hygienemuseum, das „die Wucht weitausladender horizontaler Massen und dachloser, nüchterner Kästen zur Geltung bringe.“⁹⁰ In ähnlichem Kontext wurde der Neubau der Dresdner Ortsgruppe des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes gesehen. Diese völkisch-nationalistische Gewerkschaft bezog 1930 ihr Domizil in einem „Schachtelhaus“⁹¹. Das mit dieser Spottform bezeichnete 1930 errichtete Hochhaus, das für „Banken, Bolschewistenheime und Ausstellungshütten stilgerecht sein mag“, war der Deutschen Kunstgesellschaft kaum zu vermitteln. Nicht zuletzt, da die Ziele dieser Gewerkschaft doch „auf Persönlichkeitsbildung und vaterländische Kulturförderung zielende[n] Arbeit“⁹² gerichtet waren, wie man verdrießlich feststellte. Nicht zuletzt stand diese Gewerkschaft dem Nationalsozialismus ab spätestens 1930 nahe⁹³, und war in seiner zeitgemäßen politischen Ausrichtung vermutlich eher wenig an Kunst- oder architektonischen Fragen interessiert.

Ende der 1920er Jahre zeigte sich eine interessante Verteilung der Mitglieder der Deutschen Kunstgesellschaft: von insgesamt hundert Personen lebten 27 in Dresden, zwölf in München, neun in Berlin, sechs in Karlsruhe, fünf in Braunschweig, vier in Weimar, drei in Freiburg und 34 in anderen Orten.⁹⁴ 1930 wurde in Weimar der Führerrat der Vereinigten Deutschen Kunst- und Kulturverbände gegründet, dem unter der Leitung Blumes und der Kunstgesellschaft siebzehn verschiedene Organisationen korporativ angehörten: neben dem Deutschbund, dem Bund völkischer Lehrer Deutschlands, der Deutsche Frauenkampfbund, der Dresdner Freie Theaterausschuss, die Dresdner Künstlergruppe „Der Bund“, der Kampfbund für Deutsche Kultur, Ortsgruppen Dresden und Karlsruhe, sowie der Nordische Ring.⁹⁵ Als Ehrenmitglieder konnten Alfred Rosenberg, Paul Schulze-Naumburg, der Professor Hans Günther aus München sowie der Industrielle Emil Kirdorf gewonnen werden- also die politische, künstlerische, wissenschaftliche und ökonomische Crème de la Crème der Völkischen in der Weimarer Republik. Hans Adolf Bühler wurde 1930 Mitglied und war seit 1932 Vorsitzender.⁹⁶ Sie alle

90 Feistel-Rohmeder, 1938. 52 f.

91 Feistel-Rohmeder, 1938. 135.

92 Ebd.

93 Hamel, Iris. Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933, Frankfurt a. M.: Lang, 1967. 260 f.

94 Vgl. Clinefelter, 2005. 42.

95 Vgl. Feistel-Rohmeder, 1938. 214.

96 Vgl. ebd.

repräsentierten die Organisation nach außen, während Bettina Feistel-Rohmeder im Hintergrund koordinierend aktiv blieb.⁹⁷ Es entstand ein Netzwerk, das zwischen 1920 und 1933 im Kulturbetrieb unermüdliche Angriffe auf die Kultur der Weimarer Republik zum Dauerzustand werden ließ.⁹⁸

Nach dem Berliner Max Liebermann stand vor allem Otto Dix jahrelang im Kreuzfeuer der Deutschen Kunstgesellschaft, wie der Kunsthistoriker Rainer Beck nachgezeichnet hat.⁹⁹ Besonders Bettina Feistel-Rohmeder waren der mondäne Dix und seine Schüler regelrecht verhasst:

Völlig empört aber besieht der deutschempfindende Besucher die Erzeugnisse der Dix-Schüler! Professor Otto Dix bezeugt sich selbst durch diese Schülerschau als einen Verderber Deutscher Jugend, und es wäre wohl Aufgabe Deutscher Frauenverbände, immer, immer wieder öffentlich Widerspruch dagegen zu erheben, daß eine Regierung die Tätigkeit solcher Volksverführer honoriert! Sage doch niemand, daß Abscheu von der Gemeinheit solchen Leuten die Hand führt! Nein, ein wohliges Wühlen im Abschaum nicht mehr menschlich zu nennender Gefühle, ein Wälzen im Schlamm und Schmutz wird da gezüchtet, und kein Jugendamt greift ein!¹⁰⁰

Neben der Heidenheimerin als Sprachrohr der völkischen Kunstszene in Dresden bestimmte seit den frühen 1930er Jahren „eine Art Trio infernale“¹⁰¹ das künstlerische Geschehen in Dresden. Dazu gehörten der sächsische NSDAP-Gaufachgruppenleiter der Bildenden Künste, Walther Gasch, der NSDAP-Stadtverordnete Willy Waldapfel sowie der Kunstprofessor der Kunstakademie, Richard Müller.¹⁰² Am 10. März 1933 wurde Müller zum Rektor des Professorenkollegiums gewählt, am 6. April wurde Dix durch Reichskommissar Manfred von Killinger entlassen. Am 26. Juni wurden acht Werke von Otto Dix und anderen angeblich undeutschen Künstlern im Innenhof des Rathauses gezeigt.¹⁰³ Damit sollte dem Volk präsentiert werden, „was eine marxistische, demokratische Stadtverwaltung an sogenannten Kunstwerken [...] angekauft hat“¹⁰⁴. Das war der Startschuss und quasi das Pilot-

97 Vgl. Clinefelter, 2005. 22.

98 Vgl., ebd. 25.

99 Beck, Rainer. „Flucht ist immer falsch“ – Inneres Exil als Emigration. Otto Dix im Dritten Reich, in: Moshe Zuckermann (Hrsg.), *Geschichte und bildende Kunst*, Göttingen: V & R, 2006. 149–178, hier 153 f.

100 Feistel-Rohmeder, 1938. 162 f.

101 Beck, 2006. 157. Siehe auch die Ausführungen bei Stephan Weber, *Die Gleichschaltung der Kunstakademie, Dresdner Hefte 77* (1/2004), S. 26–35.

102 Vgl. Beck, 2005. 157.

103 Vgl. ebd., 159.

104 *Dresdner Neueste Nachrichten*, Nr. 263 vom 22. September 1933, 3.

projekt für die im Oktober 1933 in Dresden stattfindende Ausstellung „Entartete Kunst“, die vier Jahre später auch in München starten sollte.¹⁰⁵

Wie rasch die Dresdner Kunstakademie 1933 unter dem Einfluss der Deutschen Kunstgesellschaft Stellung bezog, schilderte Willy Waldapfel im Dresdner „Freiheitskampf“ der NSDAP:

Wir deutschen Künstler haben es von 1918 an als eine unerhörte Schmach empfunden, daß die Dresdner Akademie der jüdisch-marxistischen Weltanschauung vollkommen verfallen war. Die Akademie, wo deutsche Kunst mit deutscher Seele gepflegt werden sollte, war eine Hochburg des Bolschewismus geworden. Die Stunde ist da, wo die Dresdner Akademie als erste in Deutschland die Fahne des Hakenkreuzes und die alte deutsche Fahne schwarz-weiß-rot aufzieht als sichtbares Zeichen, daß sich die Akademie zu der Idee Adolf Hitlers, zum nationalen Gedanken, bekennt und zurückgefunden hat.¹⁰⁶

In weniger als zwei Jahrzehnten seit Beginn des 20. Jahrhunderts hatte sich in Dresden gezeigt, wie aus ehemals konservativen, in der Schule der Nazarener bzw. dem altmeisterlichen Stil eines Albrecht Dürers verhafteten Künstlern hass-erfüllte und neidische Rassisten und Antisemiten geworden waren. Ein Beispiel dafür war Richard Guhr. Für diese Künstler bedeutete der Erste Weltkrieg und vor allem sein revolutionäres Ende eine tiefe Zäsur, da sie sich fortan einer wachsenden, progressiven Konkurrenz gegenübersehen und kein Monopol mehr auf die Ausführung großer Kunstarbeiten anmelden konnten. Das Selbstverständnis der Kunstgesellschaft kann speziell in Dresden auch als Reaktion auf die künstlerische Umwälzung von der in Kunstsachen vergangenheitsbetonten alten Kunststadt Dresden betrachtet werden, die von der 1910 gegründeten progressiven Künstlervereinigung Dresden und der Brücke ausging. Diese „undeutsche Neukunst“ war besonders den örtlichen Mitgliedern der Kunstgesellschaft, Walther Gasch, Else Munscheid, Reinhold Rehm, Guido Richter, Walter Witting sowie Wolfgang Müller ein Dorn im Auge. Einige Mitglieder, wie der Maler Richard Müller und Walter Gasch sowie der völkisch-nationalsozialistischer Politiker Heinrich Blume konnten nach ihrer jahrelangen „Vorarbeit“ auch ab 1933 als Professoren oder Funktionär im neuen Staat große Erfolge feiern – während Richard Guhr und Bettina Feistel-Rohmeder sich im festgesteckten NSDAP-Rahmen kaum oder gar nicht einordnen konnten oder wollten.

105 Vgl. Zuschlag, Christoph. Die Dresdner Ausstellung „Entartete Kunst“ 1933 bis 1937. *Dresdner Hefte* 77 (1/2004). 17–25, bes. 24.

106 Der Freiheitskampf 3, Nr. 67 vom 10.März.1933. 3.

Lena Heerdmann

Heimatkunde als Mittel der völkischen Erziehung?

Die Rolle heimatforschender VolksschullehrerInnen in der Verbreitung und Festigung völkischer Ideologien

1 Einleitung

In der öffentlichen Wahrnehmung lange im Vergleich zu AkteurInnen mit eindeutiger NS-Vergangenheit als ‚politisch harmlos‘ unbeachtet geblieben, geraten zunehmend auch AkteurInnen der Heimatbewegung der 1890er bis 1940er Jahre in die Kritik. Da es sich in aller Regel nicht um überregional bekannte Personen handelt, werden diese Debatten meist lokal bzw. auf kommunaler Ebene ausgetragen. Ein Beispiel hierfür ist die Umbenennung der Kurat-Frank-Straße – verweisend auf die Funktion des Priesters als Seelsorger – im bayerischen Kaufbeuren im Mai 2015. Christian Frank (1867–1942) war Priester, Heimatforscher und seit 1899 Herausgeber der Zeitschrift *Deutsche Gaue*, welche die Historikerin Martina Steber in ihrer Studie zur schwäbischen Heimatbewegung überzeugend als völkisch einstuft.¹ Ebenfalls aus der Feder Franks stammen verschiedene Einzelpublikationen, darunter eine heimatkundliche Anleitungsschrift aus dem Jahr 1903 mit dem Titel *Praktisches Handbüchlein für den Heimatforscher*². Eine Lokalzeitung betitelte 2015 die Berichterstattung zur Straßenumbenennung: „Das Leben des Christian Frank: Vom ‚konservativen Heimatschützer zum völkischen Ideologen‘. Stadtrat will Klarheit über Kurat Frank.“³ Ein weiteres Beispiel ist die Debatte um den niederrheinischen Heimatforscher Albert Steeger (1885–1958), dessen politisch-ideologische Gesinnung jüngst im Rahmen zweier Gutachten untersucht wurde, um Handlungsempfehlungen für mögliche Umbenennungen zu erhalten.⁴ Kritisch un-

1 Vgl. Steber, Martina. *Ethnische Gewissheiten. Die Ordnung des Regionalen im bayerischen Schwaben vom Kaiserreich bis zum NS-Regime*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2010. 133–155.

2 Frank, Christian. *Praktisches Handbüchlein für den Heimatforscher*. Kaufbeuren: Verlag Deutsche Gaue, 1903.

3 „Stadtrat will Klarheit über Kurat Frank“. *Kreisbote* vom 27. März 2015.

4 Verwiesen sei hier auf das vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) beauftragte Gutachten Alexander Friedmans (2021) sowie das von der Stadt Krefeld beauftragte Gutachten Joachim Scholtzsecks (2022).

tersucht wurde u. a. Steegers Mitwirkung an der Krefelder Ausstellung „2000 Jahre germanisches Bauertum am linken Niederrhein“ im Jahr 1935. Möglich scheint eine politische Einordnung häufig nur, wenn AkteurInnen eine Reihe von Publikationen oder institutionelle Funktionen aufweisen. Viele Heimatkundler⁵ agierten jedoch unterhalb dieser öffentlichen Sichtbarkeit. Insbesondere die heimatkundliche Praxis der seminarisch ausgebildeten Volksschullehrer, häufig handschriftlich oder in den örtlichen Schulchroniken vollzogen, steht dabei meist im Schatten der Publikationstätigkeit, mit der akademisch ausgebildete Gymnasiallehrer am Heimatdiskurs teilnehmen konnten, oder der Deutungsmacht, die Hochschullehrer über die Heimat- und Landeskunde sowie die sich im Laufe der 1920er Jahre professionalisierenden Volkskunde hatten.⁶ Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, ob die Heimatkunde zwischen 1900 und 1945 als Mittel der völkischen Erziehung verstanden werden kann und untersucht sowohl die asymmetrischen Machtverhältnisse zwischen heimatforschenden Volksschullehrern und Hochschullehrern auf dem Gebiet der Volkskunde als auch die Verschränkung von Unterrichts- und Heimatpraxis.

2 Heimatkunde im pädagogischen Kontext des Volksschulwesens

Sowohl die begriffs- als auch die bildungshistorische Auseinandersetzung mit dem Heimatkundeunterricht lässt sich insbesondere bei Astrid Kaiser⁷, Bernd Thomas⁸, Margarete Götz⁹ und Hartmut Mitzlaff¹⁰ nachlesen und soll daher hier

5 Im Bereich der Heimat- und Volkskunde überwogen im untersuchten Zeitraum männliche Akteure. Zwar gab es Volksschullehrerinnen, die etwa an volkskundlichen Befragungen teilnahmen, ihr schriftliches Output abseits dieser Fragebogen blieb jedoch meist weit hinter dem ihrer männlichen heimatforschenden Kollegen zurück.

6 Zur Breite dieser Bewegung und der Bedeutung volkskundlicher Sammelprojekte siehe etwa Schmall, Friedemann. Die Vermessung der Kultur. Der „Atlas der deutschen Volkskunde“ und die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1928–1980. Stuttgart: Franz Steiner, 2009.

7 Kaiser, Astrid. Neue Einführung in die Didaktik des Sachunterrichts, Baltmannsweiler: Schneider, 2019. 37–50.

8 Thomas, Bernd. Der Sachunterricht und seine Konzeptionen. Historische und aktuelle Entwicklungen, Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt, 2018.

9 Götz, Margarete. „Heimat – Heimatkunde – Sachunterricht“. Handbuch Grundschulpädagogik. Hg. Dies. u. a. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt, 2014. 522–527.

10 Mitzlaff, Hartmut. Heimatkunde und Sachunterricht. Historische und systematische Studien zur Entwicklung des Sachunterrichts – zugleich eine kritische Entwicklungsgeschichte des Heimatideals im deutschen Sprachraum (3 Bde.). Dortmund: Universität Dortmund, 1985.

nur cursorisch nachgezeichnet werden.. Die erste Nennung des Wortes „Heimathskunde“ findet sich 1816 in den Schriften des seit 1812 als Dozent und seit 1822 als Leiter eines Lehrerseminars tätigen Christian Wilhelm Harnisch.¹¹ Die Heimatkunde, fand sie auch schnell ihren Weg in die Mitte der bürgerlichen Heimathbewegung, war in ihrem Ursprung eine Neuerung der Elementarschulpädagogik des neunzehnten Jahrhunderts und so von Beginn an eng mit der Volksschullehrerschaft verknüpft. Ein Blick auf die amtlichen Quellen zeigt, dass die Heimatkunde zwar erst seit 1921 als Unterrichtsfach benannt, jedoch als Unterrichtsprinzip bereits in der *Allgemeine[n] Verfügung über Einrichtung, Aufgabe und Ziel der preußischen Volksschule*¹² von 1872 festgehalten war. Zum Geographieunterricht heißt es: „Der geographische Unterricht beginnt mit der Heimathskunde; sein weiteres Pensum bilden das deutsche Vaterland und das Hauptsächliche von der allgemeinen Weltkunde.“¹³ Mit den preußischen *Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen für die Grundschule*¹⁴ von 1921 wurde die Heimatkunde zum obligatorischen Schulfach der Volksschule erhoben. Dieser reformpädagogische Heimatkundeunterricht des frühen zwanzigsten Jahrhunderts blendete städtische Lebensweisen trotz Industrialisierungserfahrung aus und bezog sich in seinen Inhalten vorwiegend auf eine ländliche Idylle.¹⁵

Die Erhebung der Heimatkunde zum obligatorischen Schulfach wurde von PädagogInnen wie dem seit 1919 an der Universität Berlin tätigen Eduard Spranger begrüßt und als unbedingt notwendig angesehen, insbesondere zur Ausbildung eines „geistige[n] Wurzelgefühl[s]“¹⁶. In seinem 1923 publizierten Vortrag *Der Bildungswert der Heimatkunde* betonte Spranger, Heimat sei „erlebte und erlebte Totalverbundenheit mit dem Boden“¹⁷. Insbesondere an Spranger ist in den Debatten der 1960er und 1970er Jahre, in die die Umbenennung des Faches in „Sachkunde“ Ende der 1960er Jahre einzubetten ist, die hauptsächliche Kritik der

11 Vgl. Mitzlaff, Hartmut. „Die erste ‚Heimathskunde‘ von Chr. Wilhelm Harnisch (1787–1864) aus dem Jahre 1816“. Geschichte und historische Konzeption des Sachunterrichts. Hg. Astrid Kaiser und Detlef Pech. Baltmannsweiler: Schneider, 2008. 73–80.

12 „Allgemeine Verfügung zur Einrichtung, Aufgabe und Ziel der preußischen Volksschule“. *Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen* 14 (1872): 586–599.

13 Ebd., 596.

14 „Richtlinien für die Aufstellung von Lehrplänen für die Grundschule“. *Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen* 63 (1921): 185–188.

15 Vgl. Scheidegger, Tobias. „Petite Science“. Außeruniversitäre Naturforschung in der Schweiz um 1900. Göttingen: Wallstein, 2017. 610.

16 Spranger, Eduard. *Der Bildungswert der Heimatkunde. Mit einem Anhang „Volkstum und Erziehung“*. Stuttgart: Reclam, 1967. 14. [Orig. 1923].

17 Ebd.

Heimatkunde als ideologieüberladenes „Gesinnungsfach“¹⁸ festgemacht worden. So kritisierte Rudolf Mücke die „emotionale Tönung der Heimatkunde“¹⁹, Erwin Schwartz sprach von einem „emotional überladenen Heimatkundeunterricht“²⁰ und Gertrud Beck und Claus Claussen attestierten Sprangers Heimatkunde „restaaurative Tendenzen“²¹. Margarete Götz²² wiederum kritisierte Ende der 1980er Jahre diesen ‚Backlash‘. Man habe sich zu starr auf Sprangers Heimatverständnis konzentriert, welches nicht der Heimatkunde in den Landesrichtlinien der 1920er Jahre entsprochen hätte.²³

Nach 1933 gab es zunächst curriculare Einzelmaßnahmen, insbesondere in den Sachfächern. 1935 wurde per Erlass festgelegt, dass ‚Rassenkunde‘ zwar erst ab der 5. Jahrgangsstufe unterrichtet, jedoch im heimatkundlichen Unterricht der unteren Jahrgänge vorbereitet werden sollte.²⁴ Hier wurden die Kinder bereits zum Anlegen von Ahnentafeln angeleitet.²⁵ Erst 1937 erschienen die umfassenden *Richtlinien für den Unterricht in den vier unteren Jahrgängen der Volksschule*.²⁶ Für den Heimatkundeunterricht gab es zwar nur wenige inhaltliche Veränderungen, jedoch wurde seine Stellung weiter aufgewertet und ideologisch durch die Topoi ‚Helden und Heimat‘ sowie ‚Blut und Boden‘ unterfüttert.²⁷ Die Heimatkunde übernahm demnach sowohl vor als auch nach 1933 die Aufgabe der ideologisch-emotionalen Grundsteinlegung; sie war eine Art Nährboden, auf den man in höheren Jahrgängen fächerspezifisch aufbauen konnte. Die Sachfächer Geschichte, Erdkunde und Naturkunde erfuhren deutlichere Veränderungen. So legt etwa Henning Heske dar, wie der Erdkundeunterricht durch die Ideologisierung mit dem Ziel der Integration in die ‚Volksgemeinschaft‘ einerseits und die Hinzunah-

18 Mücke, Rudolf. *Der Grundschulunterricht. Wesenszüge, Analysen und Beispiele*. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt, 1972. 101.

19 Ebd.

20 Schwartz, Erwin. „Von der Heimatkunde zum Sachunterricht“. *Von der Heimatkunde zum Sachunterricht. Prinzipien und Beispiele*. Hg. Ders. Braunschweig: Westermann, 1977. 184–199. Hier S. 199.

21 Beck, Gertrud, und Claus Claussen, *Einführung in Probleme des Sachunterrichts*. Kronberg/Ts.: Cornelsen, 1976. 40.

22 Götz, Margarete. *Die Heimatkunde im Spiegel der Lehrpläne der Weimarer Republik*. Frankfurt am Main: Peter Lang, 1989.

23 Vgl. Ebd., 229 f.

24 Vgl. Ragaller, Sabine. *Sachunterricht. Ein Repetitorium für die Lehramtsprüfung*. Donauwörth: Auer, 2010. 42.

25 Vgl. Ebd.

26 Vgl. Ebd., 43.

27 Vgl. Ebd., 42 f.

me neuer Inhalte wie Geopolitik, Kolonialgeographie, Kartenkunde und ‚Wehrgeographie‘²⁸ andererseits der NS-Ideologie entsprechend ausgebaut wurde.²⁹

3 Heimat- und Volkskunde als Ehrenamt der Volksschullehrerschaft

Kathrin Stern führt in ihrer jüngst vorgelegten Studie³⁰ aus, dass in ländlich strukturierten Regionen „die Volksschullehrer wichtige Aufgaben im dörflichen Gefüge“³¹ einnahmen, aus denen sie ihre „soziale Reputation“³² bezogen. Eine traditionsreiche außerschulische Tätigkeit, aus der einige Volksschullehrkräfte hofften, soziales Ansehen generieren zu können, war die ehrenamtliche Heimatforschung. Bereits seit etwa 1900 demokratisierte sich die bürgerliche Heimatbewegung zunehmend und bot auch LehrerInnen, die nicht an höheren Schulen unterrichteten und akademisch ausgebildet waren, Partizipationschancen. Eberhard Forner und Carmen Palm sprechen hier von intrinsischen und extrinsischen Faktoren, die die Lehrkräfte dazu bewegten, sich neben der eigentlichen Profession mit der örtlichen Heimatkunde zu befassen.³³ Zu den intrinsischen Motivatoren zählte neben dem Wunsch nach sozialem Aufstieg ebenfalls das Streben nach höherer Bildung, die den VolksschullehrerInnen traditionell verwehrt blieb.³⁴ Dietmar Sauer mann schreibt für Westfalen, dass der Großteil der MitarbeiterInnen, die dem dortigen Archiv für Volkskunde für Auskunft zur Verfügung standen, aus der Heimatbewegung oder aus der Volksschullehrerschaft stammte.³⁵ Weiterhin sagt er: „Beide Gruppen waren oft identisch und spielten im kulturellen Leben ihrer Orte eine führende Rolle. Sie fühlten sich daher hinreichend legitimiert, allgemein verbind-

28 Heske, Henning. „...und morgen die ganze Welt...“. Erdkundeunterricht im Nationalsozialismus. Gießen: Focus, 1988. 256.

29 Vgl. Ebd., 176–183 und 208–211.

30 Stern, Kathrin. Erziehung zur „Volksgemeinschaft“. Volksschullehrkräfte im „Dritten Reich“, Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2021.

31 Ebd., 59.

32 Ebd.

33 Vgl. Forner, Eberhard, und Carmen Palm. „Sprache sammeln – Bilder machen. Lehrer als Wissensgeneratoren der württembergischen Volkskunde“. Kultur_Kultur. Denken. Forschen. Darstellen. Hg. Reinhard Johler u. a. Münster: Waxmann, 2013. 454–466. Hier 460–462.

34 Vgl. Ebd., 461.

35 Vgl. Sauer mann, Dieter. Volkskundliche Forschung in Westfalen 1770–1970. Geschichte der Volkskundlichen Kommission und ihrer Vorläufer, Bd. 1: Historische Entwicklung. Münster: Coppenrath, 1986. 118 f.

liche und exakte Aussagen über das Leben in den von ihnen vertretenen Orten zu machen.“³⁶ Volksschullehrer – ebenso wie die örtliche Geistlichkeit – wurden bereits in frühen volkskundlichen Arbeiten dankend als Gewährspersonen erwähnt, für ihre ausführlichen Auskünfte und Mitteilungen gelobt und zur Mitarbeit bei Sammelprojekten angeregt. So würdigte etwa Elard Hugo Meyer im Vorwort seiner *Deutschen Volkskunde* 1898 die „zahlreichen eifrigen Volksschullehrer“³⁷, mithilfe derer er sein volkskundliches Material über einen Zeitraum von fünf Jahren gesammelt hatte. Konkrete Aufrufe und Arbeitsaufforderungen zählen zu den extrinsischen Motivationsfaktoren der Laien-Heimatsforschung. Josef Blau veröffentlichte 1915 seine grundlegende Schrift *Der Lehrer als Heimatforscher. Eine Anleitung zu heimatkundlicher Arbeit*³⁸, in der er betonte, dass die Volksschullehrerschaft von den Universitäten ausgeschlossen sei³⁹ und mancher Landlehrer daher „einsam und ohne die Möglichkeit eines geistigen Anschlusses“⁴⁰ dastehe. Umso wichtiger sei es, sich die vielerorts noch fehlende Heimatkunde als Volksschullehrer selbst zu erarbeiten und sich als Heimatforscher zu betätigen.⁴¹ Blau schrieb: „Erst wenn wir in der Heimat und in der Volksseele wurzeln, sind wir imstande, uns geistig über unsere Umgebung zu erheben, auf die wir wirken sollen.“⁴²

1925 wurde die unter anderem seitens des Verbands Deutscher Vereine für Volkskunde⁴³ lang geforderte Reform der Volksschullehrerbildung beschlossen, nach der Volksschullehrkräfte fortan an wissenschaftlichen pädagogischen Akademien studieren sollten.⁴⁴ In einer Denkschrift des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung⁴⁵ von 1925 ist der Wunsch formuliert, die heimatforschenden Tätigkeiten der Volksschullehrerschaft institutionell zu bündeln und so wissenschaftlicher zu machen. Über die neu zu schaffenden pädagogischen Akademien heißt es dort, es sei zu hoffen, dass sie „zu Brennpunkten heimatkundlicher Interessen werden und so nicht nur die Volkskunde wissen-

36 Ebd., 119.

37 Meyer, Elard Hugo. *Deutsche Volkskunde*, Straßburg: Karl J. Trübner, 1898. V.

38 Blau, Josef. *Der Lehrer als Heimatforscher. Eine Anleitung zu heimatkundlicher Arbeit*. Prag: Haase, 1915.

39 Vgl. Ebd., 150.

40 Ebd., 9.

41 Vgl. Ebd.

42 Ebd.

43 Verband Deutscher Vereine für Volkskunde. *Denkschrift über die Notwendigkeit, die Volkskunde im Schulunterricht und bei der Lehrerausbildung in angemessener Weise zu berücksichtigen*. Freiburg i. Br.: Selbstverlag, 1925.

44 Vgl. „Bekanntmachung der Neuordnung der Volksschullehrerbildung“. *Das Schulrecht* 2 (1925): 69.

45 Die Neuordnung der Volksschullehrerbildung in Preußen. *Denkschrift des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung*. Berlin: Weidmannsche Buchhandlung, 1925.

schaftlich fördern, sondern auch zur Pflege bodenständiger Kultur und gesunden deutschen Volkstums beitragen werden“⁴⁶. Die Generationen der zuvor noch seminarisch ausgebildeten heimatforschenden Volksschullehrer bewegten sich fortan zwischen gelobter Mitarbeit und geschimpftem Dilettantentum. Im *Pädagogischen Zentralblatt* schrieb 1928 der Volkskundler und Gymnasiallehrer Fritz Boehm aus Berlin über die volkskundliche Ausbildung des Lehrers, es sei unbedingt notwendig, dass er sie an der Universität erhalte: „Sonst liegt die Gefahr vor, daß er die Volkskunde rein dilettantisch betreibt; es wird in dieser Beziehung von manchen Lehrern – bona fide natürlich – schon genug gesündigt, um eine Verstärkung dieser Gefahr zu wünschen.“⁴⁷

Das hatte man im Rheinland kurz nach der Jahrhundertwende offenkundig noch anders gesehen. Der Lehrer Theodor Ehrlich aus Sayn in der Nähe von Koblenz verkündete 1908 in der Monatsschrift zur Förderung des Elementarschulwesens, dem *Schulfreund*, der Volksschullehrer solle sich auch „in den Stunden der Muße einem solchen Fache widmen, welches seiner besonderen Neigung und Veranlagung entspricht“⁴⁸. Nachdem er die Vorzüge des heimatkundlichen Unterrichts in der Volksschule ausführte, etwa seinen patriotisch-nationalen Wert⁴⁹, forderte er, dass die freizeithliche Beschäftigung mit der Volkskunde planmäßig sein solle, etwa indem der Volksschullehrer Anschluss an eine volkskundliche Vereinigung suche.⁵⁰ Er weist außerdem auf die Arbeit des Rheinischen Wörterbuchs hin und endet eindringlich: „Auf die Mundartforschung, als einen der wichtigsten Zweige der Volkskunde, sei nachdrücklich hingewiesen und die Lehrer zur Beobachtung und Sammlung des Sprachschatzes der Heimat mit eindringlichen Worten ermahnt [...]“⁵¹. Paul Trense, ebenfalls in verschiedene Wörterbuch-Projekte involviert, veröffentlichte 1905 in der *Zeitschrift des Vereins für rheinische und westfälische Volkskunde* seinen programmatischen *Aufruf zur Sammlung und Erhaltung des Sprachschatzes der rheinisch-fränkischen Mundarten*⁵². Das Ziel einer derartigen Sammlung sah er darin, „der volkstümlichen Geisteskultur des Frankenstammes, dem lebendigen und ursprünglichen Ausdruck seiner Stammes-

46 Ebd., 8.

47 Boehm, Fritz. „Volkskunde und Schule“. *Pädagogisches Zentralblatt* 8 (1928): 65–75. Hier 69.

48 Ehrlich, Theodor. „Die Volkskunde als Spezialfach für den Lehrer“. *Der Schulfreund* 64 (1908): 114–122 und 168–179. Hier 115.

49 Vgl. Ebd., 169.

50 Vgl. Ebd., 176.

51 Ebd., 178.

52 Trense, Paul. „Aufruf zur Sammlung und Erhaltung des Sprachschatzes der rheinisch-fränkischen Mundarten“. *Zeitschrift des Vereins für rheinische und westfälische Volkskunde* 2 (1905): 1–53.

eigenart die gebührende Liebe und Wertschätzung zu sichern und für kommende Zeiten zu wahren“⁵³.

4 Heimatkundliche (Laien-)Praxis und institutionelle Deutungshoheit im Rheinland

Die Rheinprovinz als regionales Fallbeispiel weist mit dem Rheinischen Wörterbuch seit 1904 ein großangelegtes Sammelprojekt auf, für das VolksschullehrerInnen als Gewährspersonen rekrutiert wurden. Des Weiteren lässt sich am Beispiel des 1920 ins Leben gerufenen Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn (IGL) nachvollziehen, wie die interdisziplinäre Forschung der Germanistik, Volkskunde und Geschichte zunehmend auf den westlichen Grenzraum blickte und ihn mit Begriffen wie ‚Volksstamm‘, ‚Stammescharakter‘ und ‚Kulturraum‘ geographisch und bevölkerungswissenschaftlich zu durchdringen versuchte. Auf Grund der gebotenen Kürze nur verwiesen sei hier auf die sog. Westforschung.⁵⁴

Im Rheinland herrschte um 1900 der Rettungsgedanke in der Volkskunde vor: Sitten, Sprache und Bräuche sollten aufgezeichnet werden, da sie drohten aussterben. Nach der Erfahrung des Ersten Weltkriegs veränderte sich der Heimatdiskurs im Rheinland. Adam Wrede, Volkskundler und Philologe aus Köln, schrieb 1921 im Vorwort seiner *Rheinischen Volkskunde*: „Möge man sich deshalb besonders bei den so sehr gefährdeten rheinischen Verhältnissen noch mehr die Verwendung der Kräfte angelegen sein lassen, die im Volke wurzeln und dem Volke zu geben imstande sind, was des Volkes ist.“⁵⁵ Die wahrgenommene Bedrohung durch Frankreich sowie die Grenzverläufe, die nach 1919 nur allzu bewusst wurden, prägten den Umgang mit Heimat und damit auch die Heimatkunde. Anlässlich der Rheinischen Jahrtausendfeier, der wohl bedeutendsten volkskundlichen Manifestation der Heimatbewegung zwischen 1919 und 1933, erschien 1925 ein Sonderheft der *Zeitschrift für Deutschkunde*. Adolf Noll (IGL) schrieb hier zur lehrplanmäßigen Pflege der Heimatkunde: „Zu vollem Erfolg kann der eingeschlagene Weg [...] erst dann führen, wenn dem Schüler dabei immer wieder die Zusammenhänge mit dem gesamtdeutschen Boden vor Augen treten, wenn er seine Hei-

53 Ebd., 3.

54 Vgl. Müller, Thomas, und Wolfgang Freund. „Westforschung“. Handbuch der völkischen Wissenschaften. Akteure, Netzwerke, Forschungsprogramme. Hg. Michael Fahlbusch u. a. Berlin: De Gruyter, 2017. 1305–1313.

55 Wrede, Adam. *Rheinische Volkskunde*. Leipzig: Quelle & Meyer, 1922.

mat in den großen Rahmen einfügen kann, sie als Teil des größeren Vaterlandes schätzen und lieben lernt.“⁵⁶ Ein aggressiveres Heimatverständnis vermittelt das 1928 von Reinhard Lüster veröffentlichte Buch *Unsere Westdeutsche Heimat in ihrem Wesen und Wirken. Ein Buch für Jugend und Volk*⁵⁷. SchülerInnen direkt adressierend heißt es dort: „Westdeutschland darf keine Brücke werden zum Abgleiten nach Westen. Vielmehr muß der Rhein Pfeiler und Rückgrat des ganzen deutschen Volkskörpers sein, rheinisches Leben soll die reichste Gestaltung arteilgenen deutschmitteleuropäischen Lebens sein. Dieses mitteleuropäische Wesen ist Auswirkung nordisch bestimmter Menschen.“⁵⁸

Das IGL an der Universität Bonn übernahm in den 1920er Jahren das Projekt des Rheinischen Wörterbuchs. Zudem wurden Ferienkurse für die rheinische Lehrerschaft mit Vorträgen zu deutschen Mundarten, rheinischer Volkskunde oder etwa zur „Ausstrahlung des germanischen Altertums im Volksleben der Gegenwart“⁵⁹ angeboten, um die LokalforscherInnen fortzubilden und so auf die politisch bedeutsame Heimatbewegung nationalpolitisch Einfluss nehmen zu können. Franziska Wein fasst diesbezüglich zusammen: „Die politische Mission des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande bestand darin, den rheinischen Lokalpatriotismus mit dem umfassenderen Nationalpatriotismus zu versöhnen. Angesichts der Rheinlandbesetzung stand die Dringlichkeit dieser Aufgabe [...] außer Zweifel.“⁶⁰ In Bezug auf die Heimatforschung, so fährt sie fort, sah das Institut „seine vornehmste Aufgabe darin, [...] vorbeugend und lenkend einzugreifen“⁶¹. Marlene Nikolay-Panter beschreibt das Verhältnis zur Heimatforschung darüber hinaus als ambivalent: Zwar wollte man „auf die Mitarbeiter weiter Kreise der Provinz nicht verzichten, andererseits aber schätzte man die Produkte der heimatgeschichtlichen Forschung eher skeptisch ein.“⁶² Im Folgenden soll bei-

56 Noll, Adolf. „Geschichte und Deutsch als Grundlagen wissenschaftlicher Heimatforschung. Aufgaben und Arbeitsweise des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn“. *Zeitschrift für Deutschkunde* 39 (1925): 460–470. Hier 460.

57 Lüster, Reinhard. *Unsere Westdeutsche Heimat in ihrem Wesen und Wirken. Ein Buch für Jugend und Volk*. Weidenau: Weidenau-Sieg, 1928.

58 Ebd., 500.

59 Kreisarchiv Viersen (künftig: KAV), I 2, Nr. 770, Arbeitsgemeinschaft für Kulturgesetz und Volkskunde im Rahmen der Museumsbelange (1925–1940).

60 Wein, Franziska. *Deutschlands Strom – Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919–1930*. Essen: Klartext, 1992. 116 f.

61 Ebd., 117.

62 Nikolay-Panter, Marlene. „Geschichte, Methode, Politik. Das Institut und die geschichtliche Landeskunde der Rheinlande 1920–1945“. *Rheinische Vierteljahrsblätter* 60 (1996): 233–262. Hier 240.

spielhaft ein Blick auf einen solchen Heimatforscher und Volksschullehrer geworfen werden.

5 Unterrichts- und Heimatpraxis am Beispiel eines rheinischen Volksschullehrers

In einem Aufsatz in der *Zeitschrift des Vereins für rheinische und westfälische Volkskunde* aus dem Jahr 1914 erwähnte Josef Müller, Volkskundler aus Bonn und Leiter des Rheinischen Wörterbuchs, in einer Fußnote einige Personen, die besonders „reichhaltige“ Antworten auf seine Fragebogen gegeben hatten, darunter Wilhelm Sieben, ein niederrheinischer Volksschullehrer.⁶³ Im Depot des Niederrheinischen Freilichtmuseums des Kreises Viersen ist ein handschriftlicher Nachlass dieses Volksschullehrers verzeichnet, bestehend aus einem Skizzenbuch und 148 Notizheften im Oktavformat mit insgesamt etwa 5.800 Seiten.⁶⁴ Zudem publizierte Sieben zwischen 1911 und 1927 in der *Zeitschrift des Vereins für rheinische und westfälische Volkskunde* Kurzbeiträge aus zuvor gesammeltem Material zu Mundart und Volksfrömmigkeit. Im Fokus seiner Heimaterfahrung stand stets das gesprochene Wort. Ein Aufsatz Josef Müllers aus dem Jahr 1930/1931 erwähnte die freiwillige „Mitarbeit“ Siebens erneut lobend⁶⁵, er führte diese Tätigkeit also über einen langen Zeitraum neben seiner eigentlichen Profession aus. Seine allesamt auf den Einbänden handschriftlich als *Heimatkundliche Sammelhefte* betitelten Notizhefte nutzte er sowohl für die private Heimatforschung als auch für die Vorbereitung des heimatkundlichen Anschauungsunterrichts. Die Hefte enthalten Aufzeichnungen zu Mundart, Brauchtum, Volksfrömmigkeit sowie Boden- und Pflanzenkunde, aber auch persönliche Bemerkungen über KollegInnen, NachbarInnen, seinen 1930 geborenen Sohn und seine Ehefrau, welche im Dezember 1935 verstarb.⁶⁶ Wilhelm Sieben wurde 1878 in Kempen am Niederrhein geboren, besuchte von 1900 bis 1902 das Königliche Lehrerseminar in Kempen und war von 1902 bis 1948 als Volksschullehrer an verschiedenen katholischen Volksschulen im

63 Vgl. Müller, Josef. Die Bohne in rheinischer Sprache und Sitte. Dazu einige Worte zur Erinnerung an Johannes Franck. Elberfeld: Martini und Grüttefien, 1914. 6. [Sonderabdruck aus der *Zeitschrift für rheinische und westfälische Volkskunde*].

64 Vgl. Niederrheinisches Freilichtmuseum des Kreises Viersen (künftig: NFM), Nr. 185/2019, Notizhefte Wilhelm Sieben.

65 Vgl. Müller, Josef. „Bericht des Rheinischen Wörterbuches für 1930–1931“. *Rheinische Vierteljahrsblätter* 1 (1931): 316–317. Hier 316.

66 Vgl. NFM, Nr. 185/2019, Notizhefte Wilhelm Sieben.

nahegelegenen Viersen tätig.⁶⁷ 1911 trat er in den Verein für rheinische und westfälische Volkskunde ein und war von 1928 bis zur Auflösung des Vereins im Jahr 1936 als Beisitzer Teil des Vorstands. Seit 1936 war Sieben Leiter einer Arbeitsgemeinschaft für Heimatkunde und Volkstum des NS-Lehrerbunds der Kreisgruppe Viersen, die sich einmal im Monat zum Zweck der Fortbildung traf.⁶⁸ Ebenfalls assoziiert war er mit der NS-Kulturgemeinde in Viersen sowie dem Ortsverband „Volkstum und Heimat“ und nahm an entsprechenden Sitzungen teil.⁶⁹ Im Zuge seines Entnazifizierungsverfahrens wurde er im Mai 1947 politisch entlastet.⁷⁰

Anhand zweier Beispiele aus Siebens Aufzeichnungen soll im Folgenden aufgezeigt werden, wie sich heimatkundliche Praktiken im Rahmen der Unterrichtsvorbereitung mit der freizeithlichen Heimatforschung verschränkten. In seinem Selbstverständnis als Sammler der Heimat, welches in der selbstgewählten Bezeichnung seiner Notizhefte an klingt, verewigte er seit den 1900er Jahren auf Wanderungen niederrheinische Herrenhäuser, Landschaften sowie heimische Pflanzen in einem Skizzenbuch.⁷¹ Diese Art der Aufzeichnung, eine Kombination aus Wander-, Schreib- und Zeichenpraxis, gehörte für Sieben zum Alltag; Bleistift und Notizheft trug er vermutlich täglich bei sich, sowohl im Schulalltag als auch in seiner Freizeit. Josef Blau empfahl in seinem Buch *Der Lehrer als Heimatforscher*, der Lehrer habe in ausreichendem Maße das Zeichnen zu erlernen. Er postulierte: „So würden wir von unseren Wanderungen viele Andenken mit heimnehmen können und auch unsere Schüler zu schaffender Arbeit auch auf Ausflügen und Reisen befähigen können.“⁷² Im Juli 1935 nutzte Wilhelm Sieben seine *Heimatkundlichen Sammelhefte*, um eine gemeinsame Wanderung mit seinen SchülerInnen vorzubereiten. Die verschriftlichte Route beginnt mit dem direkten Umfeld der Schule. Auch ein Gang über den örtlichen Friedhof wurde geplant; hier bot sich die Gelegenheit, an ahnen- und familienkundliche Unterrichtsinhalte anzuknüpfen. Schließlich bemerkte Sieben: „Die Beobachtung der Getreideernte bietet Stoff zu Aufsätzen.“⁷³ Tobias Scheidegger beschreibt die Schulexkursion in seiner Dissertationsschrift als einen der „effizientesten Produktionsgänge“⁷⁴ in-

67 Vgl. KAV, I 2, Nr. 6165 und Nr. 7819, Personalakten Wilhelm Sieben.

68 Vgl. KAV, I 2, Nr. 328, Fortbildung der Lehrpersonen (1925–1941), Übersicht über die Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaften und Gilden des NSLB der Kreisgruppe Viersen.

69 Vgl. KAV, I 2, Nr. 3329, Kulturelle Angelegenheiten, Veranstaltungen, Mitteilungen an die Presse, Vereine und Stadtwerbung (1935–1936).

70 Vgl. Landesarchiv NRW Abteilung Rheinland, NW 1021 Nr. 453, Entnazifizierungsakte Wilhelm Sieben, geb. 11.1.1878.

71 Vgl. NFM, Nr. 184/2019, Skizzenbuch Wilhelm Sieben.

72 Blau, 1915. 139.

73 NFM, Nr. 185/2019, Notizhefte Wilhelm Sieben, Heft 118, 4.

74 Scheidegger, 2017. 610.

nerhalb der „Heimatmaschine“⁷⁵ Volksschule. Auf Exkursion wurden die Kinder mit heimatlichen Sehweisen bekannt gemacht und lernten, Landschaft, Geographie, Geschichte, Natur und ‚Volk‘ als einen einheitlichen Raum, als die ‚Heimat‘ wahrzunehmen.⁷⁶ Sabine Imeri spricht hier von „der gemeinschaftlichen Einübung eines ‚regionalen Blicks‘“⁷⁷.

Die Familienforschung, insbesondere als Genealogie Teil der lokalen Heimatforschung, ist ein weiteres Beispiel für die Verschränkung von Unterrichts- und Heimatpraxis. Wilhelm Sieben exzerpierte 1933 in seinen *Heimatkundlichen Sammelheften* ein Sonderheft des *Nachrichten-Blattes für rheinische Heimatpflege* zur rheinischen Familienforschung.⁷⁸ Aus vier Beiträgen schrieb er mit bibliographischen Angaben Informationen heraus, was darauf hindeutet, dass die Zeitschrift gemeinschaftlich, etwa für das Lehrerkollegium, bezogen wurde. Mummenhoffs⁷⁹ Hinweise zur Erstellung von Ahnen- und Stammtafeln setzte Sieben direkt auf den nächsten Seiten seines Notizheftes praktisch bzw. zeichnerisch um. Zu Isenburgs Artikel *Familienforschung und Vererbungslehre*⁸⁰ fertigte er seitenweise handschriftliche Notizen an und unterstrich innerhalb seiner Aufzeichnungen Passagen zum Wandel der Familienforschung von einer historischen hin zu einer naturwissenschaftlichen Forschung sowie zur Bedeutung von bevölkerungspolitischen Fragen, Eugenik, erbbiologischer Eheberatung, Sterilisierung und Sippenforschung für die Pädagogik. Auch Siebens Notizen aus Heckmanns⁸¹ Hinweisen zur Familienkunde in der Schule zeigen die enge Verbindung zwischen dem Heimatkundeunterricht und der Laien-Heimatforschung. Bereits in früheren Heften finden sich genealogische Notizen und Abschriften aus Archivalien, die Sieben im Rahmen von Nachforschungen zu Viersener Höfen und Familien angefertigt hatte.⁸²

Abschließend soll ein Blick auf zwei Kurzvorträge Siebens im Rahmen der Lehrerkonferenzen der katholischen Volksschule Viersen-Rahser geworfen wer-

75 Ebd.

76 Vgl. Ebd., 608–610.

77 Imeri, Sabine. „Heimatforschen in der Metropole oder wie regionales Wissen entsteht“. *Berliner Blätter* 50 (2009): 113–138. Hier 126.

78 Vgl. NFM, Nr. 185/2019, Notizhefte Wilhelm Sieben, Heft 35.

79 Mummenhoff, W. „Der praktische Weg zu Ahnen- und Stammtafeln“. *Nachrichten-Blatt für rheinische Heimatpflege* 4 (1932/33): 234–237.

80 Isenburg, W. K. Prinz von. „Familienforschung und Vererbungslehre“. *Nachrichten-Blatt für rheinische Heimatpflege* 4 (1932/33): 230–233.

81 Heckmanns, Franz. „Familienkunde in der Schule“. *Nachrichten-Blatt für rheinische Heimatpflege* 4 (1932/33): 238–241.

82 Vgl. NFM, Nr. 185/2019, Notizhefte Wilhelm Sieben, Heft 15.

den, welche in Form von protokollierten Konferenzberichten überliefert sind.⁸³ Von Herbst 1945 bis Dezember 1946 hatte er dort die kommissarische Schulleitung übernommen. Auf einer Lehrerkonferenz im Februar 1946 zählte Sieben ‚Charakterzüge des deutschen Volkes‘ auf, die er durch die kriegsbedingte Notlage in seinem Schulbezirk in Gefahr sah. Zu ihnen zählte er Gewissenhaftigkeit, Wahrheitsliebe, Hilfsbereitschaft, Ehrfurcht vor dem Göttlichen, Familiensinn sowie die Heimat- und Naturliebe.⁸⁴ Er trug vor: „So war es wenigstens in den Blütezeiten unseres Volkes, als Germanentum und Christentum es tief durchdrangen. Als deutschen Erziehern obliegt es uns daher, diese guten völkischen Eigenschaften und ihre Grundlage, die Gewissenhaftigkeit, in unserer Jugend zu pflegen und zu vertiefen.“⁸⁵ Auf einer weiteren Lehrerkonferenz formulierte Sieben: „Da gilt es, namentlich in den Gesinnungsfächern Religion, Deutsch und Heimatkunde die Kinder zur Gewissenhaftigkeit: zu Wahrheitsliebe, Ehrlichkeit, Nächstenliebe und Ehrfurcht zu erziehen. Wir wollen alles aufbieten, sie für diese christlichen und völkischen Tugenden zu begeistern.“⁸⁶ Siebens Verständnis von „völkisch“, so zeigt sich hier, war eng mit katholisch-christlicher Sittlichkeit verbunden. Pädagogische Prinzipien der Heimatkunde als Erziehung zur Vaterlandsliebe mit Blick auf die Nation, wie man sie etwa bei Eduard Spranger antrifft, werden nur bedingt fortgesetzt und stattdessen konfessionell unterfüttert.

6 Fazit

Die ehrenamtliche heimatforschende Tätigkeit von VolksschullehrerInnen hatte sowohl für den Heimatkundeunterricht als auch für die Heimatbewegung im Rheinland eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Karl Ditt bezeichnet die Volksschullehrkräfte als die „bedeutendsten Aktivisten der Heimatbewegung“⁸⁷; Werner Hartung beschreibt sie als „Vorkämpfer und Bannerträger des Heimat-schutzgedankens“.⁸⁸ Sowohl die SchülerInnen als auch die VolksschullehrerInnen

83 Vgl. KAV, I 2, Nr. 7159, Konferenzberichte der Volksschule Rahser (1946–1961).

84 Vgl. Ebd., 1.

85 Ebd.

86 Ebd., 9.

87 Ditt, Karl. „Regionalismus in Demokratie und Diktatur. Die Politisierung der kulturellen Identitätsstiftung im Deutschen Reich 1919–1945“. Auf der Suche nach regionaler Identität. Geschichtskultur im Rheinland zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. Hg. Wolfgang Isenbergs und Georg Mölich. Bergisch Gladbach: Thomas-Morus-Akademie, 1997. 13–29. Hier 19.

88 Hartung, Werner. „Das Vaterland als Hort von Heimat“. Grundmuster konservativer Identitätsstiftung und Kulturpolitik in Deutschland“. Antimodernismus und Reform. Zur Geschichte der

wurden mithilfe der Heimatkunde *zur* Heimat erzogen, die SchülerInnen im Heimatkundeunterricht; die heimatforschenden LehrerInnen durch zahlreiche Anleitungen und Fortbildungsangebote seitens der volkskundlichen Hochschullehrer. Mit der erhofften sozialen Anerkennung konnten die VolksschullehrerInnen häufig nur aus ihrem direkten dörflichen und kleinstädtischen Umfeld rechnen. Auf institutioneller und kulturpolitischer Seite blieb diese Anerkennung nicht selten aus. Wie am Beispiel des Rheinischen Wörterbuchs gezeigt wurde, „sicherten sich [letztlich] die akademischen Volkskundler die Deutungshoheit über das heterogene Material“⁸⁹. Der heimatforschende Volksschullehrer hingegen hatte die Funktion eines „Multiplikators in der Region“⁹⁰, wie es Marlene Nikolay-Panter ausdrückt. Dies gelang insbesondere durch die Verschränkung von Unterrichts- und Heimatpraxis. VolksschullehrerInnen waren volkskundliche Multiplikatoren mit meist auf ihr lokales Umfeld begrenzten Partizipationsmöglichkeiten, im Gegensatz zu einigen GymnasiallehrerInnen und vor allem Hochschullehrern, welche den völkisch-wissenschaftlichen Diskurs im Rheinland bedeutend mitgestalteten. Auch Wilhelm Sieben als rheinisches Fallbeispiel blieb mit seinen heimatkundlichen Praktiken meist auf der agrar-romantischen Ebene seines direkten Umfelds, statt an einem national-völkischen Heimatdiskurs teilzunehmen.

deutschen Heimatbewegung. Hg. Edeltraud Klüeting. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1991. 112–156. Hier 114.

⁸⁹ Forner und Palm, 2013. 460.

⁹⁰ Nikolay-Panter, 1996. 258.

Mirjam Schnorr

Vom „unappetitliche[n] Problem“, dass „Millionen Ausländer auf die deutschen Frauen und Mädchen los[gehen]“

„Fremdvölkische“ und Fragen der Prostitution im Nationalsozialismus

1 Einleitung

„Die in immer stärkerem Masse notwendig werdende Hereinnahme fremdvölkischer Arbeitskräfte führt zu einer Gefährdung des deutschen Blutes. [...] Der Führer hat daher angeordnet, dass für fremdvölkische Arbeiter [...] eigene Bordelle zu errichten sind“¹ – so lautete die streng vertrauliche Weisung in einem Rundschreiben des Stabsleiters Martin Bormann vom 7. Dezember 1940 an die Reichs- und Gauleiter der NSDAP. Die von der NS-Führung hiermit ausgedrückte und einige Zeit später durch Heinrich Himmler erneut formulierte Sorge, dass „diese Millionen Ausländer auf die deutschen Frauen und Mädchen los[gehen]“² und damit, im Falle sexueller Interaktionen, eine Bedrohung für das „deutsche Blut“, in übertragenem Sinne also für den Fortbestand des „deutschen Volkes“, bilden würden³, hatte folgenden realen Hintergrund: Zum Zeitpunkt von Bormanns Rundschreiben Ende 1940 befanden sich schätzungsweise tatsächlich bereits mehr als zwei Millionen „fremdvölkische“ Arbeitskräfte in Deutschland, darunter vor allem Zi-

1 International Tracing Service Bad Arolsen Digitales Archiv (künftig: ITS Digitales Archiv), 2.2.0.1, 82330949–50, Rundschreiben Martin Bormanns vom 7.12.1940.

2 Bundesarchiv Berlin (künftig: BArch Berlin), NS 19/3400, Bl. 1, Heinrich Himmler an Herbert Backe vom 30.7.1942; Himmler erklärte dies in seiner Funktion als Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Juli 1942 dezidiert in Bezug auf die Versorgung von Prostituierten in „Ausländerlagern“.

3 Für die Korrelation von einer Qualität des „Blutes“ und den daraus folgenden Eigenschaften des „Volkes“ innerhalb der NS-Ideologie siehe das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, auch Blutschutzgesetz, vom 15.9.1939, in dessen Präambel es lautet: „Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzungen für den Fortbestand des deutschen Volkes ist, ... hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen“, RGBL. I/100 (1935), 1146. Weiterführend hierzu die Einträge zum Begriff „Blut“ bei Cornelia Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin ²2007, 109–125.

vilarbeiter und Zivilarbeiterinnen sowie Kriegsgefangene⁴. Ihre Anzahl sollte bis 1945 für das „Großdeutsche Reich“ auf bis zu dreizehn Millionen anwachsen⁵.

Im Folgenden soll vor dem Hintergrund der Planung und Einrichtung von Bordellen für „fremdvölkische“ Arbeiter jenen Fragen nach den ideologischen Konzeptionen sowie Überlegungen, die diesem Vorhaben zugrunde lagen, nachgegangen werden⁶: Was bedeutete „fremdvölkisch“ überhaupt und welche Folgen

4 Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Berlin 1985, 97; Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn 1999, 112. Die Mehrzahl der im Deutschen Reich eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte waren Männer, vgl. Marc Buggeln, *Die Zwangsarbeit im Deutschen Reich 1939–1945 und die Entschädigung vormaliger Zwangsarbeiter nach dem Kriegsende: Eine weitgehend statistische Übersicht*, in: Working Papers der Unabhängigen Historiker Kommission zur Geschichte des Reichsarbeitsministeriums 1933–1945 Serie A, Nr. 4 (2017), www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de/sites/default/files/in-line-files/Working%20Paper%20UHK%20A4_Buggeln_1.pdf (letzter Zugriff: 3.11.2020) sowie Herbert, *Fremdarbeiter* (1985), 272.

5 Die Gesamtzahlen sind unsicher und variieren einerseits gemäß der zu betrachtenden Gruppen von „Fremd“- und Zwangsarbeitern, die neben Zivilarbeitern sowie Kriegsgefangenen auch Strafgefangene, Lager- und Ghettoinsassen umfassen konnten. Andererseits müssen Statusveränderungen der Arbeiter – so konnten z. B. Kriegsgefangene in die Lage von Zivilarbeitern kommen – und damit Mehrfachzählungen, ebenso wie der jeweilige geographische Kontext, mitberücksichtigt werden. Insgesamt leisteten über 20 Millionen ausländische Arbeitskräfte zwischen 1939 und 1945 Zwangsarbeit für das NS-Regime, davon ca. 13 Millionen im „Großdeutschen Reich“ (mit eingegliederten und annektierten Gebieten) und etwa sieben Millionen in den deutschen Besatzungsgebieten. Die „Fremd“- und Zwangsarbeiter des „Dritten Reiches“ waren in sämtlichen Gesellschaftsbereichen und Wirtschaftszweigen – in der Landwirtschaft, im Bergbau, in Industrie-, Fertigungs- und Rüstungsbetrieben sowie in Privathaushalten – beschäftigt. Vgl. Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945*, München 2001, 220–225; Jens-Christian Wagner, *Zwangsarbeit im Nationalsozialismus – Ein Überblick*, in: Stefan Hördler u. a. (Hrsg.), *Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Begleitband zur Ausstellung*, Göttingen 2016, 180–193, hier: 180 f., 184 ff.; Manfred Grieger, *Vernichtung und Arbeit im NS-Zwangsarbeitssystem*, in: Ebd., 218–231, hier: 218; Dietmar Süß, „Herrenmenschen“ und „Arbeitsvölker“. *Zwangsarbeit und Gesellschaft*, in: Ebd., 244–253, hier: 244 ff. Auch: Herbert, *Fremdarbeiter* (1985), 11, 270 f.; Julia Roos, *Backlash against Prostitutes' Rights: Origins and Dynamics of Nazi Prostitution Policies*, in: *Journal of the History of Sexuality* 11/1–2 (2002), 67–94, hier: 91.

6 Bordelle für „fremdvölkische“ Arbeiter sind in der Forschung bisher nur partiell behandelt worden. Darstellungen zum Thema der Prostitution bilden sie ebenso wie Publikationen zur NS-Zwangsarbeit ab und ordnen sie in ihre Schwerpunktsetzungen ein. Vgl. Christa Paul, *Zwangsprostitution. Staatlich errichtete Bordelle im Nationalsozialismus*, Berlin 1994, 117–127; Michaela Freund-Widder, *Frauen unter Kontrolle. Prostitution und ihre staatliche Bekämpfung in Hamburg vom Ende des Kaiserreichs bis zu den Anfängen der Bundesrepublik*, Münster 2003, 176–178; Robert Sommer, *Das KZ-Bordell: Sexuelle Zwangsarbeit in nationalsozialistischen Konzentrationslagern*, München 2009, 38 f.; Annette F. Timm, *The Ambivalent Outsider. Prostitution, Pro-*

ergaben sich hieraus für die Sexualität von derart im „Dritten Reich“ Klassifizierten? Wie sahen die Nationalsozialisten die in den Bordellen für „fremdvölkische“ Arbeiter zu beschäftigenden Prostituierten, wie deren potentielle Kunden – die ausländischen Männer, die als „Fremd“- und Zwangsarbeiter nach Deutschland gekommen waren? Welche weltanschaulichen Widersprüchlichkeiten ergaben sich hieraus?

2 Zur Genese des „Fremdvölkischen“

„Fremdes“ ist immer nur über eine Definition des „Eigenen“ zu fassen⁷. Demnach ist die Bezeichnung der oder des „Fremdvölkischen“ in der NS-Ideologie nur mittels eines Verständnisses des „Völkischen“ erklärbar⁸. Dieses setzten die Nationalsozialisten mit dem als Ideal geformten deutschen „Volk“, dem deutschen „Volkstum“ und der deutschen „Rasse“ gleich. Grundlage für jene beispielhafte Ausprägung des „Deutschen“ – auch „Arischen“ – war das „Blut“. Nur wer

miscuity, and VD Control in Nazi Berlin, in: Robert Gellately/Nathan Stoltzfus (Hrsg.), *Social Outsiders in Nazi Germany*, Oxford 2001, 192–211, hier: 201. Auch: Angelika Ebbinghaus, *Der Staat – Prostituiertenjäger und Zuhälter. Eine Dokumentation*, in: Angelika Ebbinghaus u. a. (Hrsg.), *Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich*, Hamburg 1984, 85–92, hier: 85; Mirjam Schnorr, *Prostitution im „Dritten Reich“. Zur Situation von „asozialen Frauen“ in ausgewählten badischen und württembergischen Großstädten zwischen 1933 und 1945*, in: Daniela Gress (Hrsg.), *Minderheiten und Arbeit. Aspekte einer vielschichtigen Beziehungsgeschichte*, Heidelberg 2019, 185–205, hier: 197–201; Maren Röger, *Kriegsbeziehungen. Intimität, Gewalt und Prostitution im besetzten Polen 1939 bis 1945*, Frankfurt a. M. 2015, 57; Maren Röger, *The Sexual Policies and Sexual Realities of the German Occupiers in Poland in the Second World War*, in: *Contemporary European History* 23/1 (2014), 1–21, hier: 2, 8, 13, 16; Roos, *Backlash*, 88, 91 f.; Herbert, *Fremdarbeiter* (1985), 75 ff., 126 f., 203; Spoerer, *Zwangsarbeit*, 202 f.; Karl Fallend, *Zwangsarbeit – Sklavenarbeit in den Reichswerken Hermann Göring am Standort Linz. (Auto-)Biographische Einsichten*, Köln 2001, 103–110.

7 Christoph Antweiler, *Fremdes und Eigenes. Zur Ethnologie der Beziehungen zwischen Kollektiven*, in: Gerald Hartung/Matthias Herrgen (Hrsg.), *Interdisziplinäre Anthropologie. Jahrbuch 6/2018: Das Eigene und das Fremde*, Wiesbaden 2019, 3–40, hier: 5 f.; Süß, „Herrenmenschen“, 244. Auch: Gisela Bock, *Gleichheit und Differenz in der nationalsozialistischen Rassenpolitik*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19/3: *Rassenpolitik und Geschlechterpolitik im Nationalsozialismus* (1993), 277–310, hier: 307 f.

8 In der NS-Ideologie wurden die Inhalte der „Völkischen Bewegung“ fortgeführt, erweitert und in das „Rassenprinzip“ des Nationalsozialismus überführt, vgl. Diemut Majer, „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard am Rhein 1981, 91–97.

„deutschblütig“ und damit „reinblütig“ oder „blutsbedingt“ als „Arier“ ausgezeichnet war, konnte auch „Volksgenosse“ beziehungsweise Mitglied der deutschen „Volksgemeinschaft“ – als einer Vorstellung der „Blutsgemeinschaft“ von „arisch“ „Gleichrassigen“ oder „Artgleichen“ – sein⁹. Bereits das 25-Punkte-Programm der NSDAP aus dem Jahr 1920 enthielt den Grundsatz: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist.“¹⁰

Die Auffassung vom „Deutschvölkischen“ und die Annahme von der höchsten Qualität des „deutschen Blutes“ sowie vom Verbund der „Volksgenossen“ in der „Volksgemeinschaft“ – als dem „Eigenen“ – implizierte die Abgrenzung und Ausgliederung vom „Anderen“ und „Fremden“, also vom „Nicht-Eigenen“ beziehungsweise „Ungleichen“¹¹. Dieses „Andere“ definierten die nationalsozialistischen Machthaber flexibel und rückten damit immer wieder wechselnde und zusätzliche Personengruppen ins Visier des Ausschlusses aus der deutschen „Volksgemeinschaft“¹². Die Exklusion wurde dabei als notwendig propagiert, weil das „Andere“ und „Fremde“ zugleich als negativer Einfluss, als „feindlich“, „gefährlich“ und „bedrohlich“ für das „Eigene“ galt¹³. Adolf Hitler hatte schon in *Mein Kampf*

9 Majer, „Fremdvölkische“, 82–118; Johannes Frackowiak, „Fremdvölkische“ und „Volksgemeinschaft“. Polnische Zuwanderer im Deutschen Reich 1933–1945, in: Jochen Oltmer (Hrsg.), *Nationalsozialistisches Migrationsregime und „Volksgemeinschaft“*, München 2012, 69–90, hier: 69 ff.

10 Document Archiv, www.documentarchiv.de/wr/1920/nsdap-programm.html (letzter Zugriff: 10.11.2020), Das 25-Punkte-Programm der NSDAP vom 24.2.1920. Auch: Schmitz-Berning, *Vokabular*, 660–664.

11 Majer, „Fremdvölkische“, 82–88; Elizabeth Harvey, *Weibliche Gemeinschaft als „Volksgemeinschaft“: Vergnügen, Konformität und Zwang*, in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hrsg.), *„Volksgemeinschaft“: Mythos, wirkungsmächtige soziale Verheißung oder soziale Realität im „Dritten Reich“? Zwischenbilanz einer kontroversen Debatte*, München 2012, 249–264, hier: 250 ff.

12 Rolf Pohl, *Das Konstrukt „Volksgemeinschaft“ als Mittel zur Erzeugung von Massenloyalität im Nationalsozialismus*, in: Schmiechen-Ackermann, *„Volksgemeinschaft“*, 69–86, hier: 69–74; Richard Bessel, *Eine „Volksgemeinschaft“ der Gewalt*, in: Ebd., 357–360; Jeremy Noakes, *Social Outcasts in the Third Reich*, in: Richard Bessel (Hrsg.), *Life in the Third Reich*, Oxford 1987, 83–96.

13 Ulrich Herbert, *Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1995, 20; Richard J. Evans, *Social Outsiders in German History. From the sixteenth Century to 1933*, in: Gellately/Stoltzfus, *Social Outsiders*, 20–44, hier: 38; Nikolaus Wachsmann, *From Indefinite Confinement to Extermination. „Habitual Criminals“ in the Third Reich*, in: Ebd., 165–191, hier: 167; Hans-Walter Schmuhl, *Eugenik und Rassenanthropologie*, in: Robert Jütte u. a. (Hrsg.), *Medizin und Nationalsozialismus. Bilanz und Perspektiven der Forschung*, Göttingen 2011, 24–38, hier: 24; Karl Heinz Roth, *„Auslese“ und „Ausmerze“: Familien- und Bevölkerungspolitik unter der Gewalt der nationalsozialistischen „Gesundheitsfürsorge“*, in: Gerhard Baader/Ulrich Schultz (Hrsg.), *Medizin und Nationalsozialismus. Tabuisierte Vergangenheit – Ungebrochene Tradition?*, Berlin 1980, 152–164, hier: 155 ff.; Patrick Wagner, *Kriminalprävention qua Massenmord. Die gesellschaftsbiologische Konzeption der NS-Kriminalpolizei und ihre Bedeutung für die Zigeunerverfolgung*, in: Michael Zimmermann (Hrsg.), *Zwischen Erziehung und Vernichtung*.

konstatiert: „Wenn wir all die Ursachen des deutschen Zusammenbruches vor unserem Auge vorbeiziehen lassen, dann bleibt als die letzte und ausschlaggebende das Nichterkennen des Rasseproblems und besonders der jüdischen Gefahr übrig“ – und hiermit zu suggerieren versucht, dass „Völker, die sich bastardieren oder bastardieren lassen“, sich also untereinander „vermischten“, nicht von Bestand sein könnten¹⁴. Mit der Abgrenzung ging gleichermaßen die Abwertung, Diskriminierung, Überwachung, Sanktionierung, Verfolgung und Vernichtung des „Anderen“ und „Fremden“ einher. Das umfasste auch die Schaffung eines „Sonderrechts“ beziehungsweise „Nicht-Rechts“ für die als solche definierten Kollektive¹⁵. In der Hauptsache – das legt zugleich das Zitat aus *Mein Kampf* nahe – richteten sich diese Aussonderungsstrategien sicherlich gegen Juden. Doch auch Sinti und Roma, die Gruppen von Zwangsarbeitern, der Kranken, „Asozialen“, Homosexuellen sowie anderen „unangepassten“ oder „gemeinschaftsfremden“ beziehungsweise „gemeinschaftsunfähigen“ Individuen waren hiervon in hohem Maße betroffen¹⁶.

Eine Kategorie des „Anderen“ und „Fremden“ bildete im Nationalsozialismus das „Fremdvölkische“, also das explizit vom „Deutschvölkischen“ und von der deutschen „Rasse“ Abweichende, das „Volksfremde“ – das nicht zum deutschen „Volk“ Gehörende¹⁷. Die Konzeption des „Fremdvölkischen“ weist dabei partiell über das „Dritte Reich“ hinaus, denn, ähnlich wie die Imagination des „Völkischen“ in der nationalsozialistischen Ideologie, stammte auch jene des „Fremdvölkischen“ bereits aus der „Völkischen Bewegung“¹⁸. Heinrich Claß, Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, schrieb unter dem Pseudonym Daniel Frymann 1912 in *Wenn ich der Kaiser wär'* vom infolge der Industrialisierungsprozesse des 19. Jahrhunderts notwendig gewordenen Einsatz „fremdvölkische[r] Ausländer“ in der Landwirtschaft zum Ausgleich der Abwanderung von deutschen Arbeitskräf-

Zigeunerpolitik und Zigeunerforschung des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2007, 379–391, hier: 386; Majer, „Fremdvölkische“, 364.

14 Adolf Hitler, *Mein Kampf*, München 1942, 259.

15 Christine Schoenmakers, „Der Schutz der deutschen Volksgemeinschaft ... verlangt die schwerste Strafe“. „Fremdvölkische“ vor Gericht 1940–1945, in: Oltmer, *Migrationsregime*, 91–110, hier: 91 f.; Majer, „Fremdvölkische“, 107–118.

16 Schoenmakers, „Fremdvölkische“, 91 f.; Herbert, *Arbeit, Volkstum, Weltanschauung*, 26 ff.; Majer, „Fremdvölkische“, 107–126.

17 Schmitz-Berning, *Vokabular*, 239. Diemut Majer beschreibt die Vorstellung vom „Prinzip der rassistischen oder ‚völkischen‘ Ungleichheit der Menschen“ als ein der „NS-Ideologie eigentümliche[s] Wesensmerkmal“, vgl. Majer, „Fremdvölkische“, 83.

18 Cornelia Schmitz-Berning weist nach, dass der Terminus des „Fremdvölkischen“ bereits 1817 als ein zum „fremden Volk“ gebildetes Adjektiv in substantivierter Form in Christian Moritz Paulis *Beiträgen zur Sprachwissenschaft* belegt ist. Dieses „Beispiel steht aber allein“, so konstatiert sie im Weiteren, vgl. Schmitz-Berning, *Vokabular*, 239.

ten in die urbanen Zentren¹⁹. Hans F. K. Günther, Philologe und Rassenforscher, hielt in seiner *Kleinen Rassenkunde des Deutschen Volkes* Ende der 1920er Jahre fest: „Die nichtnordischen Einschläge des heutigen deutschen Volkes stammen – abgesehen von späteren Zuwanderungen Fremdvölkischer in das deutsche Sprachgebiet – in der Hauptsache aus der ursprünglich verhältnismäßig schwachen Knechtschaft der Germanenstämme“²⁰.

Diese und vergleichbare Darstellungen, die auf die eine oder andere Weise die Hereinnahme oder Immigration „Fremdvölkischer“ in das Deutsche Reich thematisierten, entwarfen zugleich – ungeachtet der etwaigen tatsächlichen und in Zahlen fassbaren Migrationsbewegungen und ihrer Auswirkungen – schon vor 1933 vielfältige Bedrohungsszenarien: Durch die „Fremdvölkischen“ entstanden vermeintlich die Gefahren von staatlicher Unterwanderung, gesellschaftlicher Überfremdung oder „Verunreinigung“ des „deutschen Blutes“ durch geschlechtliche „Vermischung“²¹. Das förderte Ressentiments und Feindschaft. Alfred Rosenbergs *Der Mythos des 20. Jahrhunderts* aus dem Jahr 1930 stellte in diesem Zusammenhang einen Kulminationspunkt dar: Rosenberg betonte darin, dass das „beste Blut Deutschlands“, die deutsche „Rasse“, schon während des Dreißigjährigen

19 Daniel Frymann, *Wenn ich der Kaiser wär*. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig 1912, S. 21. Frymann schreibt z. B. in Bezug auf Polen, Franzosen oder Dänen – ebenso wie hinsichtlich der Juden – auch von „Volksfremden“, vgl. Ebd., 79. Heinrich Claß (1868–1953), Rechtsanwalt und Publizist, verfasste im Kaiserreich und in der Weimarer Republik unter den Pseudonymen Einhart und Daniel Frymann nationalistische und antisemitische Schriften, die zu Wegbereitern der NS-Ideologie zählten. Von 1908 bis 1939 war er Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, der als einer der einflussreichsten Vereine der „Völkischen Bewegung“ mit militaristischen, expansionistischen und rassistischen Inhalten zwischen seiner Gründung 1891 und seinem Verbot 1939 von sich reden machte. Anfang der 1920er Jahre pflegte Claß enge Kontakte zu Adolf Hitler, vgl. Werner Conze, Claß, Heinrich, in: Historische Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), *Neue Deutsche Biographie* 3, Berlin 1957, 263; Stefan Breuer, *Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik*, Darmstadt ²2010, 57–67, 176 f.

20 Hans F. K. Günther, *Kleine Rassenkunde des deutschen Volkes*, München 1929, 122. Hans Friedrich Karl Günther (1891–1968), studierter Biologe, Anthropologe und Soziologe, verfasste bereits in den frühen 1920er Jahren völker- und rassekundliche Schriften, die im Nationalsozialismus breit rezipiert wurden. Er gilt als Begründer des „nordischen Gedankens“, der Theorie einer Vormachtstellung des „nordischen Menschen“ gegenüber anderen „Rassen“ infolge von Prozessen der aktiven „Auslese“ und „Reinigung“ innerhalb des deutschen „Volkes“. 1922 erschien Günthers *Rassenkunde des deutschen Volkes* und 1929 seine *Kleine Rassenkunde des deutschen Volkes*. Im „Dritten Reich“ war er als Experte für Rassenkunde und -hygiene bekannt und erhielt in dieser Funktion vielfältig Anerkennung, vgl. Breuer, *Die Völkischen*, 115 ff., 216 f., 261 f.; Horst Ferdinand, Günther, Hans F. K., in: *Baden-Württembergische Biographien* 2 (1999), 176–180.

21 Ralf Koch, *Die „Fremdvölkischen“ im Blick der Einheimischen: Polnische Wanderarbeiter in Deutschland während der Weimarer Republik*, in: *Deutsche Studien* 30/117–118 (1993), 39–56, hier: 41–51. Auch: Herbert, *Arbeit, Volkstum, Weltanschauung*, 20–24; Süß, „Herrenmenschen“, 244 f.

Krieges, speziell durch die „zahlreiche[n] fremdstämmige[n] Schwärme feindlicher Staaten“, „ausgerottet“ und „verdorben“ worden sei²². Eine in Reaktion hierauf zu bildende „germanisch bestimmte Führerschicht“ könne deshalb immer nur „seelisch-nordischen Wesens sein“; mit den „Abkömmlingen der in Europa eingesickerten ganz fremden Rassen“ hingegen sei dies ausgeschlossen²³.

Nach ihrem Machtantritt schließlich propagierten die Nationalsozialisten zunehmend die Ideen von einer „blutlichen“ Degeneration des „Deutschen“ durch „fremde“ Einflüsse und durch das „Fremdvölkische“ an sich. Ein gedruckter Aushang aus dem Jahr 1935 mit zwölf Merksätzen warb zum Beispiel bei der Bevölkerung mit den folgenden „Geboten“ für eine „Rassereinhaltung“: „5. Halte das deutsche Blut rein. [...] 7. Wahre Deine Ehre und Deine Art bei Begegnung mit Volksfremden. 8. Deutsches Mädchen, Deine Zurückhaltung gegenüber Volksfremden ist keine Beleidigung. Im Gegenteil: Jeder anständige Ausländer wird Dich deswegen besonders achten. [...] 10. Die Reinhaltung des Blutes liegt im Interesse aller wertvollen Rassen.“²⁴ Außerdem suchten die NS-Machthaber diese Auffassungen zu institutionalisieren: Die Nürnberger Gesetze und ihre Ausführungsverordnungen vom Herbst 1935 etwa verboten Juden generell Eheschließungen, wenn hieraus eine „die Reinerhaltung des deutschen Blutes gefährdende Nachkommenschaft zu erwarten“ sei²⁵.

Indes erhielt der Begriff des „Fremdvölkischen“ tatsächlich erst nach dem Überfall auf Polen im September 1939 und damit im Zuge des Zweiten Weltkrieges sowie der Besatzung und Annexion unterschiedlicher Territorien in Europa durch das Deutsche Reich seine eigentliche Bedeutung. Der Terminus beschrieb dann die in diesen Gebieten ansässigen Bevölkerungen, von denen nennenswerte Teile

22 Alfred Rosenberg, *Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit*, München ⁵1933, 197 f.

23 Ebd., 521.

24 DHM Berlin, www.dhm.de/lemo/bestand/objekt/propagandablatt-12-gebote-zur-rassenreinigung-um-1935.html (letzter Zugriff: 10.11.2020), Merksätze zur nationalsozialistischen Rassentheorie von 1935.

25 Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15.9.1935, in: *RGBl. I/100* (1935), 1146 f.; Erste Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 14.11.1935, in: *RGBl. I/125* (1935), 1334–1336. Dies legt nahe, dass der Terminus des „Fremdvölkischen“ im nationalsozialistischen Sprachgebrauch nicht unbedingt trennscharf zur Bezeichnung unterschiedlicher Kategorien von „Fremden“ verwendet wurde – so konnten z. B. basierend auf der völkisch-rassistisch argumentierenden NS-Lehre gleichermaßen Juden oder „Zigeuner“ „fremdvölkisch“ sein. Im hiesigen Zusammenhang ist die Verwendung des Begriffs während des Zweiten Weltkrieges zur Beschreibung von Angehörigen anderer Nationen und Nationalitäten in den Blickpunkt zu nehmen. Als „Fremdvölkische“ wurden demnach v. a. Ausländer und Ausländerinnen – aus west- und osteuropäischen Staaten – bezeichnet, vgl. Majer, „Fremdvölkische“, 126–31; Schmitz-Berning, *Vokabular*, 239.

im Verlauf des Krieges als „Fremd“- und Zwangsarbeiter für das NS-Regime Verwendung fanden²⁶. Wiederum Himmler verfasste im Mai 1940 eine Denkschrift, die zentral für die Definition von „fremdvölkisch“ werden sollte: Bei der „Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“ sei darauf „[zu] sehen, so viel wie möglich einzelne Völkerschaften anzuerkennen und zu pflegen, also neben den Polen und Juden die Ukrainer, die Weißrussen, die Goralen, die Lemken und die Kaschuben [mit letzteren wurden Volksgruppen polnischer und tschechoslowakischer Landstriche bezeichnet]. Wenn sonst noch irgendwelche Volkssplitter zu finden sind, auch diese.“ In dieser Weise war es Himmler zufolge möglich, den „ganzen Völkerbrei“ zu „zergliedern“, „aufzulösen“ und damit letztlich die „Begriffe“ dieser „Völkerschaften“ „unbekannt“ zu machen beziehungsweise „völlig aus[zu]löschen“. Gleichzeitig seien zum einen die „rassisch Wertvollen“, vor allem Kinder, „aus diesem Brei herauszufischen, nach Deutschland zu tun, um sie dort zu assimilieren“ und zum anderen Teile der „verbleibenden minderwertigen Bevölkerung“ als „führerloses Arbeitsvolk“ für die Interessen Deutschlands auszubebenen²⁷.

Während Himmler 1940 seine Überlegungen anstellte, um die „Fremdvölkischen“ in Osteuropa letzten Endes zu vernichten, machten sich andere Angehörige der NS-Führung zunehmend Gedanken darüber, wie mit der wachsenden Anzahl ausländischer Arbeiter im Deutschen Reichsgebiet selbst umzugehen sei: Auf der einen Seite wurde das Leistungspotenzial dieser „Fremdvölkischen“ in sämtlichen Ressorts und ganz im Sinne Himmlers sowie der deutschen Kriegsführung umfassend ausgebeutet – „fremdvölkische“ Arbeiter und Arbeiterinnen waren also praktisch überall präsent²⁸. Kontakte zwischen Deutschen und „Fremdvölkischen“ hingegen unterlagen auf der anderen Seite nahezu vollständig Verboten und Strafen – dies galt in Bezug auf die ideologische Leitlinie einer „Reinhaltung des deutschen Blutes“ speziell auch auf dem Gebiet sexueller Betätigungen²⁹. Der dann unternommene Versuch, die weitgehend als bedrohlich empfundene Sexualität der Ausländer zu kontrollieren und zu kanalisieren, mündete, neben weite-

26 Ebd.

27 Denkschrift Heinrich Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten, 15.5.1940, in: Reinhard Kühnl, *Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten*, Köln 1987, 352–355. Siehe hierzu auch: Herbert, *Fremdarbeiter* (1985), 75.

28 Wagner, *Zwangsarbeit*, 180.

29 Roos, *Backlash*, 91 f.

ren Maßnahmen wie der harschen Sanktionierung von „verbotenem Umgang“³⁰, in der Schaffung spezieller Bordelle für die männlichen „fremdvölkischen“ Arbeiter.

3 Bordelle für „fremdvölkische“ Arbeiter im Zweiten Weltkrieg

Mit einem Bericht von Ende des Jahres 1940, also kurz nachdem das eingangs zitierte Rundschreiben Bormanns im Auftrag Hitlers zur Errichtung von Bordellen für „fremdvölkische“ Arbeiter ergangen war, konnte die Gauleitung Oberdonau bereits mitteilen, dass bei den Reichswerken Hermann Göring am Standort Linz ein entsprechendes Etablissement sogleich geschaffen worden war: Ein Neubau, den die Stadtgemeinde finanziert hatte, existierte inzwischen mit „allen Anforderungen, die man an Häuser dieser Art und in dieser Umgebung stellen kann“, der Pächter stand fest und die zukünftigen fünfzehn Prostituierten waren zumindest ideell ausgewählt, denn zur Einstellung in das Bordell sollten ausschließlich „nicht deutschblütige Insassinnen arischer Abstammung“ gelangen³¹. Ähnlich dem als Villa Nova bekannt gewordenen Prostitutionsbetrieb für „Fremd“- und Zwangsarbeiter der Hermann Göring Werke in Linz, der in dieser Sache zu einer Art Modellprojekt avancierte³², wurden in der Folge zahlreiche weitere Bordelle für die

30 Bezüglich der Befürchtung des NS-Regimes, dass es, abgesehen von jenen unvermeidlichen Berührungspunkten in den Arbeitssektoren, zu engeren, v. a. auch geschlechtlichen Kontakten zwischen Ausländern und Deutschen kommen könnte, seien an dieser Stelle die Verordnungen zur Strafbarkeit des Umgangs mit Ausländern und Kriegsgefangenen genannt. Vgl. §4 der Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des Deutschen Volkes vom 25.11.1939, in: RGBl. I/238 (1939), 2319; Verordnung über den Umgang mit Kriegsgefangenen vom 11.5.1940, in: RGBl. I/86 (1940), 769. Generell zählen hierzu auch der Gebrauch gezielter Diffamierungs- und Gräuelpropaganda sowie lokal oder regional initiierte Restriktionen gegen „Fremdvölkische“ wie etwa die Diffamierung jener Frauen, die geschlechtlich mit Ausländern verkehrten. Im Verlauf des Krieges kamen die „Polen“- und „Ostarbeitererlasse“ hinzu. Sämtliche dieser Maßnahmen hatten die Isolierung der ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen von der deutschen Bevölkerung bzw. die Implementierung einer (außer)rechtlichen Sonderstellung der „Fremdvölkischen“ zum Ziel. Außerdem legten sie Strafen bei Verstößen gegen die Umgangsverbote für Ausländer und Deutsche fest, die bis zur Hinrichtung reichen konnten, vgl. hierzu: Herbert, Fremdarbeiter (1985), 70–82, 122–129, 154–157.

31 BArch Berlin, NS 6/334, Bl. 13, Auszug aus dem Bericht der Gauleitung Oberdonau vom 27.12.1940.

32 Im Zusammenhang mit dem zitierten Auszug aus dem Bericht der Gauleitung Oberdonau, hieß es im beiliegenden Rundschreiben, dass die im „Gau Oberdonau gewonnen Erfahrungen

„fremdvölkischen“ Arbeitskräfte im Deutschen Reichsgebiet geplant und etabliert. Entscheidungsbefugt waren in dieser Sache die Kriminalpolizei(leit)stellen; Kostenträger sollten in erster Linie die Arbeitgeber, die „in grösserem Umfang fremdvölkische Arbeiter beschäftigten“, beziehungsweise die entsprechenden Gemeinden, oder auch die eigens von der Deutschen Arbeitsfront hierfür gegründete Häuser- und Barackenbau GmbH in Berlin sein³³. Bis Ende 1943 bestanden an unterschiedlichen Orten, wo Ausländer zum Arbeitseinsatz kamen, schließlich sechzig solcher Bordelleinrichtungen und noch fünfzig weitere waren zu diesem Zeitpunkt vorgesehen. Insgesamt mussten sich hierin schätzungsweise sechshundert Frauen vor allem aus Frankreich, Polen und dem Gebiet des Reichsprotectorats Böhmen und Mähren prostituieren³⁴.

Die einzelnen Durchführungsbemühungen variierten zwar abhängig von der jeweiligen Situation vor Ort und verliefen insgesamt betrachtet keinesfalls konfliktfrei – beispielsweise gab es immer wieder nennenswerte Probleme bei der Finanzierung der Bordelle –, dennoch existierte eine Reihe übergeordneter ideologischer Richtlinien, die für den Aufbau der „Fremdarbeiter“-Bordelle entscheidend sein sollten. Unter der Maßgabe der „Reinhaltung des deutschen Blutes“ und für den „Schutz deutscher Frauen“ waren die entsprechenden Prostitutionsstätten von der Kriminalpolizei vor allem zügig einzurichten. Bormann hatte bereits in seinem Rundschreiben dafür plädiert, dass „[d]erartige Bordelle [...] beschleunigt überall, wo fremdvölkische Arbeiter tätig“ waren, einzurichten seien; „Verbote

[...] für die Durchführung ähnlicher Maßnahmen in anderen Gauen wertvoll sein“ würden, BArch Berlin, NS 6/334, Bl. 13, Rundschreiben Martin Bormanns vom 27.1.1941. Zum Bordell der Hermann Göring Werke in Linz, siehe auch: Roos, Backlash, 92; Freund-Widder, Frauen unter Kontrolle, 176; Sommer, KZ-Bordell, 38 f.; Fallend, Zwangsarbeit, 103–110.

33 Paul, Zwangsprostitution, 118 f. Auch: ITS Digitales Archiv, 2.2.0.1, 82330961–63, Chef der Sicherheitspolizei und des SD Reinhard Heydrich an die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD u. a. vom 25.9.1941.

34 Freund-Widder, Frauen unter Kontrolle, 176; Paul, Zwangsprostitution, 123; Birthe Kundrus, „Die Unmoral deutscher Soldatenfrauen“. Diskurs, Alltagsverhalten und Ahndungspraxis 1939–1945, in: Kirsten Heinsohn u. a. (Hrsg.), Zwischen Karriere und Verfolgung. Handlungsräume von Frauen im nationalsozialistischen Deutschland, Frankfurt a. M. 1997, 96–110, hier: 103; Herbert, Fremdarbeiter (1985), 203. Auch: Röger, Kriegsbeziehungen, 57. Über den Alltag in den Bordellen für „fremdvölkische“ Arbeiter kann angenommen werden, dass die Kunden durchaus für den Geschlechtsverkehr zahlen mussten und die in den Bordellen eingesetzten Frauen, wenn auch strengen Verhaltensregeln unterworfen, so doch nicht uneingeschränktem Zwang ausgesetzt waren. Die Anwerbung der Frauen für den Dienst in den Bordellen hatte zumindest theoretisch freiwillig zu erfolgen. Aus ihrem Verdienst mussten sie einen festgelegten Betrag für Unterbringung und Verpflegung in dem Bordell, in dem sie gleichzeitig wohnten, zahlen. Es sollte ihnen außerdem möglich sein, so viel Geld zu verdienen, dass sie zeitweise in ihre Heimat fahren konnten. Vgl. hierzu: Schnorr, Prostitution, 197–201.

und Strafandrohungen“ würden sich in diesem Kontext – er rekurrierte hiermit offensichtlich auf die bis dahin ergangenen offiziellen Anordnungen zur Unterbindung „von (sexuellen) Kontakten“ Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern beziehungsweise Kriegsgefangenen – „nur bedingt wirksam“ zeigen³⁵. Auch Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und des SD, forderte nur wenig später, im Januar 1941, dass „nunmehr [...] mit grösster Beschleunigung die notwendigen Maßnahmen“ ergriffen werden müssten³⁶. Ebenso Reichsarbeitsminister Franz Seldte, der noch im gleichen Jahr erneut anstieß, das Vorhaben der Bordelle für „Fremd“- und Zwangsarbeiter „in grösserem Umfange und beschleunigt in Angriff“ zu nehmen, weil es „aus biologischen Gründen eine unausweichliche Pflicht“ darstelle³⁷.

Für die Bordelle kamen grundsätzlich Baracken-Neubauten, wie im Gau Oberdonau realisiert, oder als ein „Notbehelf“ auch bereits vorhandene Gebäude in den etwaigen konventionellen Rotlichtbezirken in Frage³⁸; in Mannheim und Karlsruhe beispielsweise wurden in den bestehenden Bordellstraßen der Gute-mannstraße und der Entenstraße schon vorhandene Etablissements für diesen Zweck umfunktioniert³⁹. In jedem Fall hatten die Bordelleinrichtungen in der Nähe der Einsatzorte der „fremdvölkischen“ Arbeiter zu liegen. Das sollte zum einen lange Wege für die Konsumenten der angebotenen Prostitution und zum anderen denkbare „Belästigungen“ für die umliegend wohnende deutsche Bevölkerung verhindern⁴⁰.

35 ITS Digitales Archiv, 2.2.0.1, 82330949–50, Rundschreiben Martin Bormanns vom 7.12.1940. Hier sei erneut u. a. auf die Verordnungen zur Strafbarkeit des Umgangs mit Ausländern und Kriegsgefangenen von 1939/40 verwiesen.

36 ITS Digitales Archiv, 2.2.0.1, 82330951–53, Chef der Sicherheitspolizei und des SD Reinhard Heydrich an die Kriminalpolizei(leit)stellen vom 16.1.1941.

37 Generallandesarchiv Karlsruhe (künftig: GLA Karlsruhe), 330 Zugang 1991/34 Nr. 269, n. fol., Reichsarbeitsminister Franz Seldte an die Präsidenten der Landesarbeitsämter u. a. vom 17.9.1941.

38 ITS Digitales Archiv, 2.2.0.1, 82330951–53, Chef der Sicherheitspolizei und des SD Reinhard Heydrich an die Kriminalpolizei(leit)stellen vom 16.1.1941; GLA Karlsruhe, 330 Zugang 1991/34 Nr. 269, n. fol., Bericht der Kriminalpolizeistelle Karlsruhe über die Besprechung im Reichskriminalpolizeiamt vom 11.10.1941.

39 Hierzu: GLA Karlsruhe, 330 Zugang 1991/34–136, n. fol., Polizeipräsident Mannheim an die Staatliche Kriminalpolizei Karlsruhe vom 20.5.1941; GLA Karlsruhe, 330 Zugang 1991/34 Nr. 269, n. fol., Bericht der Kriminalpolizeistelle Karlsruhe über die Besprechung im Reichskriminalpolizeiamt vom 11.10.1941; GLA Karlsruhe, 330 Zugang 1991/34 Nr. 135, n. fol., Verfügung der Kriminalpolizeistelle Karlsruhe vom 28.8.1944. Zum Mannheimer Bordell für „fremdvölkische“ Arbeiter, siehe auch: Schnorr, Prostitution, 197–201.

40 ITS Digitales Archiv, 2.2.0.1, 82330951–53, Chef der Sicherheitspolizei und des SD Reinhard Heydrich an die Kriminalpolizei(leit)stellen vom 16.1.1941.

Am wichtigsten war den Verantwortlichen bei der Etablierung der Bordelle für „fremdvölkische“ Arbeiter allerdings die Rücksichtnahme auf die „allgemeinen rassistischen Grundsätze“. Das bedeutete, dass für den Dienst in diesen Einrichtungen alleinig „fremdvölkische“ Frauen oder „Zigeunerinnen“ herangezogen werden durften. Prostituierte „deutschen Volkstums“ oder auch „Dirnen germanischen Volkstums“ – also etwa Holländerinnen oder Norwegerinnen – waren hingegen für diese Arbeit generell „auszuschalten“. Nach Möglichkeit hatten die „Bordellinsassinnen“ gemäß dem Grundsatz „Volkstum zu Volkstum“ und im Sinne einer „artgleiche[n] Besetzung“ ohnehin dem „Volkstum der am Ort eingesetzten fremden Arbeiter“ zu entsprechen⁴¹. Befanden sich also an einem Standort wie Mannheim zeitweise überwiegend französische Arbeitskräfte⁴², so kamen im Idealfall die diesen „Fremd“- und Zwangsarbeitern zur Verfügung gestellten Prostituierten ebenfalls aus Frankreich⁴³. War eine derartige Übereinstimmung nicht zu gewährleisten, dann lautete die Weisung, Prostituierte „unmittelbar aus den besetzten Gebieten“ für die Bordelle für „fremdvölkische“ Arbeiter anzuwerben⁴⁴. Polinnen waren dabei „bevorzugt einzusetzen“⁴⁵.

41 ITS Digitales Archiv, 2.2.0.1, 82330951–53, Chef der Sicherheitspolizei und des SD Reinhard Heydrich an die Kriminalpolizei(leit)stellen vom 16.1.1941; GLA Karlsruhe, 330 Zugang 1991/34 Nr. 269, n. fol., Bericht der Kriminalpolizeistelle Karlsruhe über die Besprechung im Reichskriminalpolizeiamt vom 11.10.1941; GLA Karlsruhe, 330 Zugang 1991/34 Nr. 269, n. fol., Reichssicherheitshauptamt an alle Kriminalpolizei(leit)stellen u. a. vom 12.4.1943. Auch: Paul, Zwangsprostitution, 125; Doris L. Bergen, Sex, Blood, and Vulnerability. Women Outsiders in German-occupied Europe, in: Gellately/Stoltzfus, Social Outsiders, 273–293, hier: 276.

42 Marco Brenneisen geht in seiner Studie von 30.000 ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen in Mannheim zwischen 1939 bis 1945 aus, die v. a. in Rüstungsbetrieben arbeiten mussten. Den größten Anteil von ihnen – ungefähr ein Viertel – machten französische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter aus. Hiernach folgten „Ostarbeiter“, insbesondere aus der Ukraine, Holländer und Italiener sowie Polen. Zusätzlich ließen sich weitere 30 Nationalitäten von „Fremd“- und Zwangsarbeitern in der Stadt ausmachen, vgl. Marco Brenneisen, Das Konzentrationslager Mannheim-Sandhofen im Spiegel der Öffentlichkeit. Die Rezeptionsgeschichte eines KZ-Außenlagers, Marburg 2011, 27–31.

43 Da beispielsweise in Mannheim das entsprechende Etablissement „von sehr vielen Franzosen besucht“ wurde, erging eine Verfügung zur „Anwerbung von zwei weiteren Dirnen französischer Nationalität“, vgl. GLA Karlsruhe, 330 Zugang 1991/34 Nr. 269, n. fol., Verfügung der Kriminalpolizeistelle Karlsruhe vom 11.10.1941. Auch: Schnorr, Prostitution, 199 f.

44 ITS Digitales Archiv, 2.2.0.1, 82330951–53, Chef der Sicherheitspolizei und des SD Reinhard Heydrich an die Kriminalpolizei(leit)stellen vom 16.1.1941.

45 GLA Karlsruhe, 330 Zugang 1991/34 Nr. 269, n. fol., Bericht der Kriminalpolizeistelle Karlsruhe über die Besprechung im Reichskriminalpolizeiamt vom 11.10.1941. Dies zeigte sich wiederum am Beispiel Mannheims, wo für die etwa 1.000 zum Zeitpunkt der Einrichtung des „Fremdarbeiter“-Bordells Mitte 1941 in „Gemeinschaftslagern“ untergebrachten Zwangsarbeiter – darunter Polen, Tschechen, Slowaken, Belgier, Holländer und Franzosen – zunächst sechs Polinnen als Prostitu-

Beeinflusst werden konnte die „Bedarfsfrage“ der Bordelle für „fremdvölkische“ Arbeiter indessen durch zwei Faktoren: Hielten sich zum einen „am selben Ort weibliche Arbeitskräfte des gleichen Volkstums“ auf, oder konnten solche zeitgleich in den jeweiligen Betrieb mit vermittelt werden, sodass theoretisch die Gelegenheit zu intimen Kontakten innerhalb der Gruppe der ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen bestand, dann konnte die Schaffung eines Bordells eventuell entbehrlich sein⁴⁶. Zum anderen war die „völkische Wesensart“ und damit verbunden eine etwaige unterschiedliche „Triebhaftigkeit“ der beschäftigten ausländischen Arbeiter zu berücksichtigen. Im Falle von Italienern sollte somit beispielsweise schon ab einer Anzahl von vier- bis fünfhundert Arbeitern ein Bordell geschaffen werden – während im Allgemeinen ein Richtwert von über tausend männlichen Arbeitskräften hinsichtlich des „massierte[n] Einsatz[es] fremdvölkischer Arbeiter“ und damit der Notwendigkeit, ein Bordell einzurichten, galt⁴⁷.

4 Fazit

Der Nationalsozialismus definierte in Anlehnung an die „(deutsch)völkische“ Ideologie „Fremdvölkische“ und „Fremdvölkisches“ als volkspolitische Bedrohungen, denen präventiv durch Abgrenzung, Kontrolle sowie letztlich durch Marginalisierung und Ausschaltung entgegenzuwirken war. Der Zweite Weltkrieg stellte in diesem Zusammenhang mit dem von Staats wegen beförderten Ausbau eines umfassenden „Fremd“- und Zwangsarbeitersystems – und infolgedessen der Anwesenheit mehrerer Millionen ausländischer Arbeitskräfte im Deutschen Reichsgebiet – eine besondere Herausforderung dar: Einerseits existierten starke ideologische Vorgaben und Vorbehalte gegen sämtliche Gruppen von „Fremdvölkischen“;

ierte angeworben wurden. Hierzu: GLA Karlsruhe, 330 Zugang 1991/34 Nr. 269, n. fol., Verfügungen der Kriminalpolizeistelle Karlsruhe vom 28.3. und 9.9.1941. Auch: Schnorr, Prostitution, 198 f. **46** Insbesondere in ländlichen Gebieten, wo „Fremd“- und Zwangsarbeiter zum Teil „weit zerstreut untergebracht“ werden mussten, sollte darauf geachtet werden, dass etwa gleich viele Frauen wie Männer als Arbeitskräfte zum Einsatz kamen, vgl. ITS Digitales Archiv, 2.2.0.1, 82330956–58, Reinhard Heydrich an die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD u. a. vom 18.5.1941.

47 Auch die „altersmäßige Zusammensetzung der Arbeitskräfte“ konnte Einfluss auf die Frage hinsichtlich der Einrichtung eines Bordells haben, vgl. ITS Digitales Archiv, 2.2.0.1, 82330956–58, Reinhard Heydrich an die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD u. a. vom 18.5.1941; GLA Karlsruhe, 330 Zugang 1991/34 Nr. 269, n. fol., Bericht der Kriminalpolizeistelle Karlsruhe über die Besprechung im Reichskriminalpolizeiamt vom 11.10.1941.

andererseits gab es kriegswirtschaftliche Dringlichkeiten, die den „Ausländer-Einsatz“ unentbehrlich machten.

Mit der Einrichtung von Bordellen für „fremdvölkische“ Arbeiter zeigten sich die nationalsozialistischen Machthabenden sodann pragmatisch und janusköpfig zugleich⁴⁸: Basierend auf der grundlegenden Annahme eines zu befriedigenden Sexualtriebs des Mannes – und hinsichtlich der „Fremdvölkischen“ überdies von einer zwar im Einzelnen abgestuften allerdings im Generellen eher übersteigerten sexuellen „Triebhaftigkeit“ – schufen sie diese speziellen Einrichtungen und der NS-Staat avancierte selbst zum Zuhälter. Hiermit sollte die Sexualität „fremdvölkischer“ Arbeiter kontrolliert, kanalisiert und als potentielle „Gefahr“ für deutsche Frauen und das deutsche „Blut“ abgefangen werden⁴⁹. Innerhalb dieser Bordellformen konnte die imaginierte notwendige „Rassentrennung“ überwiegend gewahrt werden: Die „Fremdvölkischen“ durften offiziell tatsächlich nur diese Etablissements und nicht etwa die deutschen Bordelle besuchen oder nutzen⁵⁰; ausschließlich ausländische Prostituierte und „Zigeunerinnen“ wurden in den Bordellen für „fremdvölkische“ Arbeiter beschäftigt⁵¹.

Das NS-Regime privilegierte also einerseits die ausländischen Arbeiter mit diesen besonderen Bordellen, indem es ihnen dort, entgegen anderer offizieller Richtlinien hinsichtlich der Behandlung von „Fremd“- und Zwangsarbeitern, sexuelle Kontakte erlaubte – sogar „Ostarbeitern“, die in der „Hierarchie“ von „fremdvölkischen“ Arbeitskräften weit unten standen⁵², wurde Anfang 1944 der Besuch der Bordelle gestattet⁵³. Mit diesem den „fremdvölkischen“ Arbeitern eingeräumten „Sonderrecht“ der Inanspruchnahme käuflicher sexueller Dienstleistungen jedoch wurde andererseits auch ihre Diskriminierung fortgeschrieben, weil der

48 Im vorliegenden Beitrag standen ausschließlich die Bordelle für „fremdvölkische“ Arbeiter im Vordergrund. Der NS-Staat richtete aber auch KZ- und Wehrmachtsbordelle ein. Vgl. Sommer, KZ-Bordell; Paul, Zwangsprostitution; Laura Fahnenbruck, Ein(ver)nehmen. Sexualität und Alltag von Wehrmachtsoldaten in den besetzten Niederlanden, Göttingen 2018.

49 Paul, Zwangsprostitution, S. 117; Kundrus, Unmoral, 103

50 Hierzu auch: GLA Karlsruhe, 330 Zugang 1991/34 Nr. 269, n. fol., Reichssicherheitshauptamt an alle Kriminalpolizei(leit)stellen u. a. vom 12.4.1943.

51 Erstaunlicherweise drückte sich bei der Etablierung der Bordelle für „fremdvölkische“ Arbeiter der ideologische Ursprung eines „Schutzes“ der deutschen Frau auch darin aus, dass deutsche Prostituierte hierfür nicht eingesetzt werden sollten – obwohl der Nationalsozialismus eigentlich die Prostituierte als Teil eines Personenkreises von „Asozialen“ und „Gemeinschaftsunfähigen“ verstand, der zur „Ausmerze“ frei war. Zu den ideologischen Konzeptionen der Prostituierten im Nationalsozialismus z. B. Wolfgang Ayaß, „Asoziale“ im Nationalsozialismus, Stuttgart 1995, 184; Schnorr, Prostitution, 187–190; Timm, The Ambivalent Outsider, 192.

52 Spoerer, Zwangsarbeit, 90–99.

53 Siehe GLA Karlsruhe, 330 Zugang 1991/34 Nr. 269, n. fol., Reichskriminalpolizeiamt an alle Kriminalpolizei(leit)stellen u. a. vom 7.2.1944.

Rahmen des sexuellen Erlebens deutlich vordefiniert war und als zusätzlicher Ausdruck von Zwang und Unterdrückung gelten kann. Parallel hierzu wurden Polen und „Ostarbeiter“, die Zwangsarbeit für das Deutsche Reich verrichteten und die dabei „verbotenen Umgang“ zu deutschen Frauen pflegten, mit dem Tode bestraft – dies vermeintlich auch deswegen, um die Moral der kämpfenden Männer an der Front, die ihre Frauen zurückgelassen in der Heimat wussten, aufrechtzuhalten⁵⁴.

Die Prostituierten in den Bordellen für „fremdvölkische“ Arbeiter wiederum selbst wurden – vor allem auch im Sinne einer Vorbeugung der Verbreitung von Geschlechtskrankheiten – gleichfalls streng überwacht, reglementiert und für die deutschen Interessen umfassend ausgenutzt⁵⁵. Sie waren ebenso wie Frauen, die in anderen Kontexten Sex für Geld anboten oder anbieten mussten, aus der Sicht des NS-Staates lediglich Mittel zum Zweck⁵⁶. Lässt sich somit anhand der Einrichtung von Bordellen für „fremdvölkische“ Arbeiter im Zweiten Weltkrieg nicht unbedingt eine kohärente Entwicklung von der Ideologie des „(Fremd)Völkischen“ hin zu staatlicher und politischer Praxis nachvollziehen, so kann dennoch konstatiert werden, dass man darin von Seiten der Führungselite ab 1939 eine wirkungsvolle Antwort auf vermeintliche Bedrohungen durch „Fremde“ aus dem Ausland sah.

54 Vgl. Herbert, *Fremdarbeiter* (1985), 74–81, 122–128, 154 ff.

55 Zur Geschlechtskrankenfürsorge für „fremdvölkische“ Prostituierte u. a. GLA Karlsruhe 1991/34 Nr. 269, n. fol., Reichsminister des Innern an die Reichsstatthalter in den Reichsgauen u. a. vom 24.10.1942.

56 Über etwaige Entschädigungen oder Entschädigungsbemühungen dieser Frauen ist zudem, anders als z. B. bei den „Trostfrauen“ des japanischen Militärs im Zweiten Weltkrieg, nichts bekannt. Auch Frauen, die in KZ-Bordellen sexuelle Zwangsarbeit leisten mussten, ersuchten aller Wahrscheinlichkeit nach fast nie um Entschädigung. Vgl. hierzu: Sommer, *KZ-Bordell*, 237, 278 f.; Mirjam Schnorr, *Forgotten, Unwanted and Uncomfortable? Prostitutes and Pimps as Victims of National Socialism*, in: *Practices of Memory and Knowledge Production. Papers from the 22nd Workshop on the History and Memory of National Socialist Camps and Extermination Sites*, hg. von Janine Fubel u. a., Berlin 2022, 155–186. Zum Thema der „Trostfrauen“ sei nur auswahlweise verwiesen auf: Chungee Sarah Soh, *The Comfort Women. Sexual Violence and Postcolonial Memory in Korea and Japan*, Chicago 2009.

Teil III: **„Wie bekommt man das Völkische aus den Köpfen?“**
Reeducation und Reorientation im besetzten Deutschland 1945 bis 1955

Sebastian Rojek

Die vom „NS-Bazillus“ Infizierten unter Quarantäne stellen?

Metaphorologische Einsichten in die Ziele der Entnazifizierung in
Württemberg-Baden

Fragen an die Geschichte erwachsen häufig aus den Erfahrungen der Gegenwart. Seit dem Beginn der Covid-19-Pandemie haben in der politischen Sprache Ausdrücke wie Infektionsketten, Infektionstest oder Quarantäne massiv an Relevanz gewonnen. Vor diesem Hintergrund eröffnet die Pandemie eine interessante Perspektive auf die Sprachbilder, mit denen sich die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg die Ziele der im Auftrag der Alliierten durchgeführten Entnazifizierungsmaßnahmen vor Augen zu führen versuchten¹. Denn das Problem, Millionen von Menschen hinsichtlich ihrer (ehemaligen und verbliebenen) Einstellung zum Nationalsozialismus zu überprüfen, musste auf irgendeine Weise sprachlich gefasst und auf den Begriff (oder die Metapher) gebracht werden. Wie war diese ungeheure Überprüfungsaufgabe überhaupt formulier- und sagbar? Ein Blick in einschlägige Quellen macht deutlich, dass hierfür an zentraler Stelle eine Metaphorik politischer Infektiologie gebraucht wurde.

In Württemberg-Baden war der Sozialdemokrat und Schorndorfer Bürgermeister Gottlob Kamm (1897–1973) als Staatsminister für politische Befreiung von April 1946 bis zu seinem Rücktritt im Februar 1948 für die Durchführung des „Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“² vom März 1946 verantwortlich. Zur Umsetzung dieses Gesetzes wurde ein eigenes Ministerium "[a]us dem Boden [...] gestampft"³, das die wurde, Oberaufsicht über die sogenannten Spruchkammern führte. Diese Kammern, die in Städten und Landkreisen gebildet wurden und denen Parteien- und Berufsvertreter vorstanden, hatten alle volljährigen Bürgerinnen und Bürger innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs hin-

1 Vgl. als Überblick über die Entnazifizierung: Thomas Schlemmer, Ein gelungener Fehlschlag? Die Geschichte der Entnazifizierung nach 1945, in: Martin Löhnig (Hrsg.), Zwischenzeit. Rechtsgeschichte der Besatzungsjahre, Regenstauf 2011, 9–33; zu Württemberg-Baden: Paul Sauer, Das Land Württemberg-Baden 1945–1952, in: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte. Bd. 4. Die Länder seit 1918, Stuttgart 2003, S. 343–439, hier 377–382.

2 Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus (5.3.1946), in: Regierungsblatt der Regierung Württemberg-Baden Nr. 8.

3 So Gottlob Kamm in seinem Referat in Wangen (12.9.1946), in: Hauptstaatsarchiv Stuttgart (künftig: HStAS), Q 1/16 Bü 6, 5.

sichtlich ihres Lebenslaufs während der NS-Herrschaft zu überprüfen und konnten Sühnemaßnahmen verhängen.

Der neue Minister nahm seine Aufgabe sehr ernst und reiste durch das Land, um vor den Vorsitzenden der neu gebildeten Spruchkammern, in Rundfunkansprachen, auf Pressekonferenzen und Arbeitstagen für eine erfolgreiche Umsetzung des Gesetzes zu werben. Diese Auftritte erlauben einen tieferen Einblick in die Zielvorstellungen eines Hauptverantwortlichen für das gesamte Entnazifizierungsprojekt im Südwesten. Die Ziele des Gesetzes sah Kamm nicht in einer Bestrafung, handelte es sich doch nicht um ein Strafgesetz, sondern um eine Sühnemaßnahme, die bei erwiesener Belastung durch Geldzahlungen, oder einfache Arbeit, die – analog zu den heute verhängten Sozialstunden – abzuleisten war. Ferner konnten politisch Belastete für eine gewisse Zeit von der Partizipation am politischen Prozess ausgeschlossen werden. Wenn in Spruchkammerverfahren Straftaten wie Morde oder Körperverletzungen bekannt wurden, so sollten die Fälle an ordentliche Gerichte überwiesen werden, die dann die Ermittlungen übernehmen und ein Strafverfahren einleiten sollten.

Befreiungsminister Kamm weigerte sich, „in der Denazifizierung ein moralisches Problem zu sehen“⁴. Vielmehr betrachtete er das gesamte Verfahren in pragmatischer Weise als „rein politisch“⁵. Es ging ihm darum, die Bürgerinnen und Bürger daraufhin zu prüfen, ob sie für eine stabile Demokratie in Frage kämen. Obwohl Kamm unter der nationalsozialistischen Herrschaft gelitten hatte und unter anderem mehrere Monate in einem Konzentrationslager inhaftiert gewesen war⁶, wies er Rachegeanken zurück: „Wer Hass mit Hass vergelten will [...], ist für unsere Aufgabe nicht geeignet“, ließ er seine Hörer auf einer Arbeitstagung im September 1946 wissen⁷. Für ihn war das gesamte Verfahren ein Prozess, in dem die Deutschen der Welt und vor allem sich selbst beweisen konnten, dass sie „aus dieser Katastrophe gelernt und die notwendigen Folgerungen gezogen“ hatten⁸. Es ging ihm um eine offene Abkehr von den Ideen des Nationalsozialismus und eine Hinwendung zur Demokratie im westlichen Sinne, wobei ihm insbesondere England und die Vereinigten Staaten von Amerika als vorbildlich erschienen. Aus dieser Perspektive entpuppte sich die Entnazifizierung als Teilprozess

4 Referat Gottlob Kamm in Wangen (12.9.1946), in: HStAS, Q 1/16 Bü 6, hier 15.

5 Ebd.

6 Military Government of Germany. Fragebogen Gottlob Kamms (21.6.1945), in: HStAS, Q 1/16 Bü 19; Military Government of Germany. Zweiter Fragebogen Gottlob Kamms (17.10.1945), in: ebd., Lebenslauf Gottlob Kamm, (o. D., vermutl. 1963), in: ebd.

7 Referat Gottlob Kamm in Wangen (12.9.1946), in: HStAS, Q 1/16 Bü 6, 27.

8 Vortrag für Radio Stuttgart von Herrn Minister Kamm (8.11.1946, 20:45 Uhr), in: HStAS, Q 1/16 Bü 6, hier 2.

einer „Suche nach Sicherheit“⁹. Denn Kamm definierte seinen Aufgabenbereich als „Sicherheitsmaßnahme“¹⁰. Aber Sicherheit wovor?

An dieser Stelle bediente sich der Minister, um seine Ziele den Zuhörerinnen und Zuhörern zu veranschaulichen, einer Metaphorik politischer Infektiologie, die sich schon in der Frühen Neuzeit beobachten lässt, vor allem aber seit dem Vormärz wirkmächtig wurde und bis heute besteht¹¹. Die historische Semantik hat seit längerem darauf aufmerksam gemacht, dass Sprachbilder und Metaphern als Formen des uneigentlichen Sprechens nicht nur „ein Mittel des Ausdrucks“ sind, sondern vielmehr „ein wesentliches Mittel der Einsicht“ darstellen¹². Metaphern veranschaulichen als sprachliche Bilder abstrakte Tatsachen, machen sie handhabbar und reduzieren die Komplexität der Welt¹³. Da Metaphern immer auf das gemeinsame Dritte eines Vergleichs (*tertium comparationis*) verweisen, sind sie ideale Gelenkstellen, um verschiedene soziale Sprachen miteinander zu verbinden. Metaphern sind damit mehr als nur rhetorische Figuren des Vergleichens oder der Substitution, sie sind Figuren, mit denen „neue Kontexte und neue mental und kulturell wirksame Wissensbestände produziert werden.“¹⁴ Sie wirken nicht nur in eine Richtung, sondern übertragen ihre Bedeutungen auf beide jeweils herangezogenen Bereiche, die miteinander in Interaktion gebracht werden¹⁵. In dieser Hinsicht lässt sich untersuchen, wie etwa die Seefahrt als Bild-

9 Eckart Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009; auch ders., Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer „modernen Politikgeschichte“ der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 53 (2005), 357–380.

10 Referat Gottlob Kamm in Wangen (12.9.1946), in: HStAS, Q 1/16 Bü 6, hier 14.

11 Vgl. als Überblick Olaf Briese, „Social Contagionism“: Psychology, Criminology and Sociology in the Slipstream of Infection, in: Thomas Rütten/Martina King (Hrsg.), Contagionism and Contagious Diseases. Medicine and Literature 1880–1933, Berlin/Boston 2013, 17–39; auch Herfried Münkler, Politische Bilder, Politik der Metaphern, Frankfurt a. M. 1994, hier 28 f.

12 José Ortega y Gasset, Die beiden großen Metaphern [1925], in: ders., Gesammelte Werke Bd. 1, Stuttgart 1996, 249–265, hier 253. Vgl. allgemein zu den unterschiedlichen Varianten, Metaphern der historischen oder philosophischen Einsicht zugänglich zu machen, Peter Burke, Die drei Sprachen der Metapher, in: Historische Anthropologie 14 (2006), 1–10; Brigitte Nerlich/David C. Clarke, Mind, meaning and metaphor: the philosophy and psychology of metaphor in 19th-century Germany, in: History of the Human Sciences 14 (2001), 39–61; Don Miller, The Politics of Metaphor, in: Theory, Culture and Society 23 (2006), 63–65; Ernst Müller/Falko Schmieder, Begriffsgeschichte und historische Semantik. Ein kritisches Kompendium, Berlin 2016, bes. 140–155, 609–614.

13 Ralf Konersmann, Vorwort: Figuratives Wissen, in: ders., (Hrsg.), Wörterbuch der philosophischen Metaphern, Darmstadt 2007, S. 7–21, hier 15.

14 Angelika Epple/Walter Erhart, Die Welt beobachten – Praktiken des Vergleichens, in: dies. (Hrsg.), Praktiken des Vergleichens, Frankfurt/New York 2015, 7–31, hier 17–18, 20–21, Zitat 20.

15 Grundlegend zur Interaktionstheorie der Metapher: Max Black, Die Metapher [1954], in: Anselm Haverkamp (Hrsg.), Theorie der Metapher, 2. Aufl. Darmstadt 1996 [zuerst 1983], 55–79; Wal-

spender für Führungsaufgaben von Politikern verwendet wird oder eben „Krankheit als Metapher“¹⁶ dient, um soziale Sachverhalte zu beschreiben. Problematisch – aber damit zugleich historisch interessant – wird es an den Stellen, an denen die Akteure in ihrem Sprachgebrauch erkennen lassen, dass sie die Metaphern nicht mehr *als* Metaphern verstehen, sondern diese für eine adäquate Erfassung der Wirklichkeit selbst halten. Wie entwickelte sich diese Sprache sozialer Ansteckung, an der Gottlob Kamm partizipierte?

In der Frühen Neuzeit wurden bereits einige Rebellionen als hochansteckende Ereignisse beschrieben, bevor sich seit dem Zeitalter der Französischen Revolution ein metaphorischer Strang politischer Sprachen ausprägte, der die rasante Ausbreitung neuer und vor allem als gefährlich für die soziale und politische Ordnung geltender Ideen als „Epidemie“ charakterisierte. Dies hatte – aus Sicht der Monarchien und ihrer Polizeien – den Vorteil, in eingängiger Weise sowohl die Geschwindigkeit zu beschreiben, mit der sich radikale Ideen in der Bevölkerung verbreiteten, als auch ihre potentiell gefährlichen Folgen im Metaphermodus zu präsentieren. Phänomene sozialer Ansteckung beschäftigten dabei die postnapoleonischen Sicherheitsbehörden ebenso wie die frühe Soziologie und die Mediziner, die in ihren Fachzeitschriften darüber diskutierten, ob die Europa in erstaunlicher Geschwindigkeit erfassende Kette revolutionärer Ereignisse 1848 als „psychische Epidemie“ zu deuten sei¹⁷. Als geeignete Gegenmaßnahmen zur Unterbrechung der politischen Infektionsketten erschienen deshalb Zensur und Kommunikationskontrolle¹⁸.

Auch noch am Ende des Ersten Weltkriegs blieb diese politische Sprache virulent. Einem exponierten Beobachter wie Winston Churchill erschien der Transport Lenins „in einem plombierten Wagen wie ein Pest-Bazillus von der Schweiz hinein nach Rußland“ als Ursache der revolutionären Infektion des Zarenrei-

ter Euchner, „Die Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte“. Zum Metaphern- und Symbolumfeld eines Marxschen Diktums, in: ders./Francesca Rigotti/Pierangelo Schiera (Hrsg.), Die Macht der Vorstellungen. Die politische Metapher in historischer Perspektive, Bologna/Berlin 1993, 277–307, hier 278, fasst Euchner das Problem so: „Die Metapher soll den Blick auf wesentliche Züge der Wirklichkeit eröffnen. Die so ins Auge gefasste Wirklichkeit entfaltet aber eine Eigendynamik, die die Metapher überwuchert und aufsaugt; die Realitätsanalyse verdrängt sie schließlich aus dem Blickfeld.“; siehe auch Richard Swedberg, Using Metaphors in Sociology. Pitfalls and Potentials, in: *The American Sociologist* 51 (2020), 240–257, hier bes. 242 f.

16 Susan Sontag, *Krankheit als Metapher*, Frankfurt a. M. 1978.

17 Tobias Weidner, *Die unpolitische Profession. Deutsche Mediziner im langen 19. Jahrhundert*, Frankfurt/New York 2012, 171.

18 Adam Zamoyski, *Phantome des Terrors. Die Angst vor der Revolution und die Unterdrückung der Freiheit 1789–1848*, München 2016, bes. 32–46.

ches¹⁹. Auf der deutschen Seite dagegen beschrieben Psychiater die Novemberrevolution als eine Infektionsbewegung, die ausgehend von in den (Nerven-)Lazaretten liegenden „Schwächlingen“ und „minderwertigen Drückebergern“ zur Destabilisierung der Heimatfront geführt habe²⁰. Die revolutionäre Massenbewegung erschien damit weniger als eine legitime politische, sondern als eine rein psychopathologische Erscheinung. In der Weimarer Republik lebte diese Sprache in gewisser Hinsicht fort, denn nicht nur in der Gesellschaft schienen infolge politischer und wirtschaftlicher Krisen „[s]ittliche und geistige Infektionen“²¹ wie der „Spekulationsbazillus“²² um sich zu greifen, sondern auch sämtliche Parteien bedienten sich einer existentiell-politischen Sprache der Hygiene, der Ansteckung und der Vergiftung, um vor den jeweiligen Gegnern und ihrer Politik zu warnen oder diese zu diskreditieren²³. Nun beschrieb die sozialdemokratische Presse in analoger Weise die zunehmenden Wahlerfolge der Hitler-Partei nach 1930 als besorgniserregende Ausbreitung des „nationalsozialistischen Bazillus“²⁴. Eine solche Metaphorik lässt sich auch als Ausdruck einer gewissen Hilflosigkeit deuten, da die SPD angesichts ihrer marxistischen Tradition und von ihrem Selbstverständnis her die Wahlerfolge der NS-Bewegung kaum erklären konnte. Das neue Phänomen einer „Volkspartei mit Mittelstandsbauch“²⁵ konnte aus Sicht der sozialdemokratischen Analysten nur einen großen Betrug an den „wahren“ Interessen der Bürger bzw. der Arbeiterklasse darstellen²⁶.

19 Winston S. Churchill, *The World Crisis. The Aftermath*, London 1929, 73: „in a sealed truck like a plague bacillus from Switzerland into Russia“.

20 Zur Vorgeschichte dieser Deutungen, die sich bereits während des Weltkriegs abzeichneten: Alina Enzensberger, *Übergangsräume. Deutsche Lazarette im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 2021, 288–344; zur Deutung nach 1918/19: Martin H. Geyer, *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne. München 1914–1924*, Göttingen 1998, 98–103.

21 Hans Ostwald, *Sittengeschichte der Inflation. Ein Kulturdokument aus den Jahren des Marktsturzes*, Berlin 1931, bes. 185–192, Zitat 185.

22 Ebd., 60.

23 Thomas Mergel, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2005, 282–285.

24 *Der Funke. Tageszeitung für Recht, Freiheit und Kultur*, Nr. 166 B (17.7.1932), 5 (Artikel: Gelbkreuz-Vergiftung der Betriebe); vgl. auch *Vorwärts* Nr. 341, Jg. 49 (22.7.1932), 10 (Artikel: Selbst den Gelben zu arbeiterfeindlich); *Neuer Vorwärts* Nr. 125, Jg. 3 (3.11.1935), 1 (Artikel: Demokratie gegen Verbrecherdiktatur). Menschen, die sich dem NS anschlossen erschienen als „nationalsozialistisch infiziert“, *Vorwärts* Nr. 166, Jg. 49 (9.4.1932), 3 (Artikel: Scheringer vor dem Reichsgericht).

25 Jürgen Falter, *Hitlers Wähler*, München 1993, 371 f.; zum Charakter der NSDAP als erste Volkspartei auch: Andreas Nachama, *Die NSDAP in der Weimarer Republik als moderne Volkspartei*, in: Hanno Hochmuth/Martin Sabrow/Tilmann Siebeneichner (Hrsg.), *Weimars Wirkung. Das Nachleben der ersten deutschen Republik* Göttingen 2020, 64–77.

26 Wolfram Pyta, *Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1989, 140–148, 517 f.

Diese hier skizzierte Metaphorik benutzte nach 1945 auch der Sozialdemokrat Gottlob Kamm in seinen Reden. Die sozialdemokratischen Diagnosen zum Aufstieg des Nationalsozialismus und seiner Kriegspolitik prägten also maßgeblich die Therapie. Kamm sah seine Aufgabe darin, „den umgekehrten Weg zu gehen“²⁷, um durch die Entnazifizierung einer Friedenspolitik den Weg zu bahnen. Ganz im Sinne der Weimarer Sozialdemokratie beschrieb er die nationalsozialistische Weltanschauung als einen „Pest Bazillus, der uns und andere Völker infizierte“²⁸. Zwar sei die „Krankheit“ vorerst besiegt, aber „die Gefahr der Ansteckung besteht weiter“²⁹. Die Entnazifizierung sollte also Sicherheit vor erneuter Ansteckung durch den NS-Bazillus gewährleisten.

Aber wie sollte das möglich sein? Kamm blieb auch hier ganz im Bild politischer Infektiologie, wenn er die Maßnahmen beschrieb, als habe es sich beim Nationalsozialismus tatsächlich um eine Epidemie gehandelt. Dementsprechend wollte er dieselben Schritte ergreifen, die seit Jahrhunderten immer wieder ergriffen worden sind, um mit hochansteckenden Krankheiten ohne Aussicht auf rasche Heilung umzugehen: Quarantäne und soziale Distanzierung, mithin einen Eingriff in soziale Netzwerke³⁰. In diesem Sinne führte er aus: „Wie bei der Pest nicht nur Kranke, sondern auch Gesunde, die mit ihnen in Berührung waren, abge sondert werden, bis klar ist, dass beim Letzteren keine Infektion stattfand, so werden jetzt bei uns die ehemaligen Parteigenossen, Aktivisten oder nicht, erst einmal isoliert.“³¹ Während dieser Quarantäne sollte sich dann herausstellen, wer ernsthaft erkrankt und wer (wieder) geheilt war:

Wer während dieser Isolierung die Härte mit sich bringt und meint, der Nationalsozialismus habe doch Recht gehabt, auf jeden Fall habe sich nichts gebessert, der ist infiziert, der ist krank. Wer aber in Geduld dem Tag seiner Rehabilitierung entgegenseht, die Arbeit verrichtet, die ihm geboten wird, der ist gesund, ist kein Nationalsozialist, auch wenn er Parteigenosse war.³²

Durch den Vergleich mit der Pest des Mittelalters verwies der Minister auf eine der verheerendsten Epidemien der Geschichte, die bis heute als Symbol für die zerstörerischen Konsequenzen von Infektionskrankheiten steht. Für den Sozialde-

27 Referat Gottlob Kamm in Wangen (12.9.1946), in: HStAS, Q 1/16 Bü 6, hier 3.

28 Ebd., 14.

29 Ebd.

30 Malte Thießen, Infizierte Gesellschaften: Sozial- und Kulturgeschichte von Seuchen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 65 Jg., 20–21 (11.5.2015), 11–18, hier 14; Florian Steger, Abstand halten in Zeiten bedrohlicher Seuchen – Knapp 2500 Jahre alte Erkenntnis, in: *Wissenschaftliche Buchgesellschaft* (Hrsg.), *Corona-Stories. Pandemische Einwü rfe*, Darmstadt 2020, 19–23.

31 Referat Gottlob Kamm in Wangen (12.9.1946), in: HStAS, Q 1/16 Bü 6, hier 14.

32 Ebd.

mokraten Kamm, der während der Weimarer Republik mit ansehen musste, wie sich der Nationalsozialismus immer schneller verbreitete und nach 1933 weite Teile der Gesellschaft erfasste, die ihn und seine gewissermaßen immun gebliebenen Mitstreiter verfolgten und ausgrenzten, stellte das Sprachbild der Epidemie wahrscheinlich auch eine erfahrungsgesättigte Variante dar, sich das Geschehen der letzten 12 Jahre augenfällig zu machen: „Wir waren in den Hitlerjahren entehrt, uns bestritt man die Vaterlandsliebe, wir waren keine Volksgegnossen, sondern Judenhörige, wenn wir für die Juden ein Wort wagten.“³³

Tatsächlich hatte die frühe NSDAP, wie Lokalstudien belegen, ihre Mitglieder vor allem über Nachbarschaftsnetzwerke gewonnen, also gewissermaßen über eine direkte Ansteckung von Mensch zu Mensch. Durch diese sogenannte Kleinarbeit konnte sich die Partei seit Mitte der 1920er-Jahre in bereits bestehenden sozialen Netzwerken und Bekanntenkreisen nicht zuletzt durch zahlreiche Vorfeldorganisationen mittel- bis langfristig etablieren, sei es in Dörfern, Vereinen, Institutionen wie Schulen und Universitäten oder an Arbeitsplätzen. Schritt für Schritt war die Partei nahezu überall präsent und konnte aufgrund dieser organisatorischen Tätigkeit etwa ab Anfang 1930 hohe Mobilisierungseffekte erzielen³⁴. In der Krise der Republik um 1930 schließlich gingen diese Ideen gewissermaßen „viral“, um einen aktuellen Ausdruck zu verwenden, der ebenfalls in infektiologischer Metaphorik die rasante Verbreitung von Ideen, Bildern oder Texten im digitalen Raum beschreibt³⁵. Dabei geht es hier gerade nicht darum, dieses Sprachbild als analytische Kategorie zur Erklärung der Verbreitung und schließlich Eindämmung des Nationalsozialismus einzuführen. Vielmehr gilt es, die politische Sprache transparent zu machen, mit der ein Teil der Zeitgenossen versuchte, eine Vorstellung davon zu entwickeln, wie eine Entnazifizierung erfolgen könne. Die Analogien zwischen rasanter Ausbreitung und zerstörerischen Folgen stifteten einen offenbar hinreichend plausiblen Zusammenhang zwischen Epidemien im medizinischen Sinne und politischen Ideen. Diese Sprache, die potentiell auch eine Entlastungsstrategie für die unschuldig NS-Erkrankten bot, schlug wiederum auf die Zielvorstellungen der Entnazifizierung durch, die dann als eine Art politischer

³³ Ebd., 16 (Unterstreichung i. O.).

³⁴ Anders G. Kjølsvædt, *The Dynamics of Mobilisation. The Nazi Movement in Weimar Berlin*, in: *Politics, Religions & Ideology* 14 (2013), 338–354; Felix Römer, *Die narzisstische Volksgemeinschaft. Theodor Habichts Kampf 1914 bis 1944*, Frankfurt a. M. 2017, 64–103, hier bes. 65–67; Daniel Siemens, *Nationalsozialismus*, in: Nadine Rossol/Benjamin Ziemann, *Einleitung*, in: dies. (Hrsg.): *Aufbruch und Abgründe. Das Handbuch der Weimarer Republik*, Darmstadt 2021, 441–464, hier bes. 445–457.

³⁵ Vgl. allgemein zur Anschlussfähigkeit einer Semantik des Viralen für verschiedene gesellschaftliche Teilbereiche Ruth Mayer/Brigitte Weingart, *Viren zirkulieren. Eine Einleitung*, in: dies. (Hrsg.), *Virus! Mutationen einer Metapher*, Bielefeld 2004, 7–41.

Quarantäne erschien. Indem sich die Bevölkerung erst nach ihrer Überprüfung wieder schrittweise am politischen Prozess beteiligen konnte, sollte sichergestellt werden, dass radikale Nationalsozialisten und chronisch Unbelehrbare nicht erneut Unheil stiften konnten. Die pragmatische Herangehensweise Gottlob Kamms baute letztlich darauf, dass die Menschen schließlich einsehen würden, dass die Demokratie das überlegene System sei. Dies aber benötigte Zeit und deshalb war eine Quasi-Quarantäne zu verhängen. Aus dieser Sichtweise war es auch weniger wichtig, dass die Menschen sich aus innerstem Herzen zur Demokratie bekannnten, viel wichtiger war hingegen, dass sie sich nicht mehr offen zum Nationalsozialismus bekennen konnten. Wenn diese Ziele erreicht waren, konnte ein Demokratisierungs- und Erziehungsprozess beginnen, der allerdings „Jahre brauchen“ werde, wie Kamm freimütig einräumte³⁶. Die Semantik des Ministers setzte dabei darauf, dass sich die erhofften Erfolge der Demokratie in eine Stabilitätsgarantie ummünzen ließen, die flankiert durch politische Erziehungsmaßnahmen dafür sorgte, dass ein „gesundes“ Staatswesen entstehen konnte.

Aber, so könnte man fragen, ist diese Sprache der Entnazifizierung mit ihrer Unterteilung in Gesunde und Kranke, die in einigen Quellen auftaucht, nicht selbst Teil jener Sprache, die im Nationalsozialismus und bei den Sozialbiologen dominiert hatte? Finden sich hier also noch Elemente der NS-Sprache? Die Antwort erfordert einen genauen Blick und wird zwei Merkmale hervorheben müssen: Erstens zeigt sich, dass Gottlob Kamm es bei seinen Erklärungen vermied, die Menschen selbst mit den Bazillen zu identifizieren. Genau dies hatte aber die biologistische Semantik der Sozialhygieniker seit der langen Jahrhundertwende getan. Ihm ging es – im Gegensatz zu den Nationalsozialisten und ihren Helfershelfern aus der Wissenschaft – nicht darum, potentiell gefährliche Menschen zu vernichten, sondern politische Ideen solange zu neutralisieren, bis die Demokratie an Robustheit gewonnen hatte. An dieser Differenz zeigt sich zugleich der schmale Grat, der eine infektiologische Metaphorik als vergleichsweise plausible Analogie für soziale Tatsachen vom Abgrund einer diese Sprachbilder ernst nehmenden Verwendungsweise trennte. Denn den Nationalsozialisten und ihren Unterstützern oder Geistesverwandten aus den Wissenschaften erschienen ihre Feinde selbst als Bakterien und Bazillen, die mitleidlos zu vernichten seien. Dieser „Biolo-

³⁶ Rede Gottlob Kamm auf der Arbeitstagung der öffentlichen Kläger und Spruchkammer-Vorsitzenden in Endersbach (16.11.1946), in: HStAS, Q 1/16 Bü 6, 5.

gismus als Paradigma des Sozialen³⁷ strebte danach, den „Volkskörper“³⁸ gesund und „rasserein“³⁹ zu halten, indem vermeintlich gefährliche Menschen im äußersten Fall schlicht ermordet wurden. Ausdrücke wie „Schädling“ oder „Parasit“ waren keine Metaphern sondern galten als adäquate Beschreibungen der Wirklichkeit⁴⁰. Auch in dieser Hinsicht lässt sich von der „Genesis der ‚Endlösung‘ aus dem Geist der Wissenschaft“ sprechen⁴¹. Gottlob Kamms Metaphorik hob sich von diesem Sprachgebrauch ab, denn er gebrauchte die Metaphern wieder *als* Metaphern.

Ein zweiter zentraler Unterschied hinsichtlich des Sprachgebrauchs liegt darin, dass Kamm ein ganz anderes temporalpolitisches Muster abrief. Während die Nationalsozialisten eine Rhetorik der „Endlösung“ verfolgten, in der Probleme ein für alle Mal erledigt werden sollten, um anschließend einen quasi geschichtslosen Zustand zu erreichen⁴², bettete Kamm seine infektiologischen Sprachbilder in einen langsamen, schrittweisen Prozess ein, der einer Demokratie mit auf Kompromisse angelegten Entscheidungswegen wesentlich angemessener war. Er rechnete damit, dass der NS-„Bazillus“ erst nach Jahren durch eine stabile Demokratie marginalisiert werden könne. Er dachte in langen Zeiträumen und setzte sich selbst in dieser Hinsicht gar nicht erst unter Handlungsdruck. Die Entnazifizierung durch Spruchkammern sollte nicht allzu lange dauern, aber die Demokratisierung, die parallel beginnen sollte, erschien ihm als langer und konfliktreicher Vorgang.

Doch trotz dieser zentralen Differenzen partizipierte Kamm in mancherlei Hinsicht auch am NS-Sprachgebrauch, etwa, wenn er gegenüber der Presse die

37 Michael Wildt, Biopolitik, ethnische Säuberungen und Volkssouveränität. Eine Skizze, in: ders.: Die Ambivalenz des Volkes. Der Nationalsozialismus als Gesellschaftsgeschichte, Berlin 2019, 91–113, Zitat 97.

38 Ute Planert, Der dreifache Körper des Volkes. Sexualität, Biopolitik und die Wissenschaften vom Leben, in: Geschichte und Gesellschaft 26 (2000), 539–576.

39 Paul Münch, „Rassenreinheit“. Zu Geschichte, Inhalt und Wirkung eines anthropologischen Axioms, in: Peter Burschel/Christoph Marx (Hrsg.), Reinheit, Wien/Köln/Weimar 2011, 421–461; Cornelia Schmitz-Berning, rassenrein, Rassereinheit, in: dies., Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin/New York 2000, 519–520.

40 Schmitz-Berning, Parasit, in: dies., Vokabular, S. 460–463; dies., Schädling, in: ebd., 554–557.

41 Detlev J. K. Peukert, Die Genesis der „Endlösung“ aus dem Geist der Wissenschaft, in: ders., Max Webers Diagnose der Moderne, Göttingen 1989, 102–121.

42 Vgl. zu den Vorstellungen von Zeitlichkeit und Historizität bei den Nationalsozialisten Christopher Clark, Von Zeit und Macht. Herrschaft und Geschichtsbild vom Großen Kurfürsten bis zu den Nationalsozialisten, München 2018, 189–229; Anselm Doering-Manteuffel, Die Ordnung der Zeit im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Lucian Hölscher (Hrsg.), Die Zukunft des 20. Jahrhunderts. Dimensionen einer historischen Zukunftsforschung, Frankfurt/New York 2017, 101–120.

Ziele seines Ministeriums damit kennzeichnete, dass es darum gehe, Mitläufern, „den Weg zur Volksgemeinschaft“⁴³ zu ebnen. Obwohl damit sicher nicht die rassistische Volksgemeinschaft im Sinne des Nationalsozialismus gemeint war, so wird doch an solchen Verwendungsweisen transparent, dass diese Idee, die im Ersten Weltkrieg aufkam und in der Weimarer Republik von nahezu allen Parteien in unterschiedlicher Weise vertreten wurde, auch unmittelbar nach 1945 noch erhebliche Attraktivität besaß⁴⁴. Die Grenzen von Inklusion und Exklusion hatten sich jetzt allerdings verschoben, denn nun waren die ehemaligen Parteigenossen außerhalb der „Volksgemeinschaft“ gestellt. Für die breite Masse dagegen gab es eine mittelfristige Inklusionsperspektive, die durch das Entnazifizierungsverfahren realisiert werden sollte.

Ein interessanter Punkt an Kamms Metaphorik ist die Tatsache, dass die Demokratie hier als ein gefährdetes Gut erschien. Sie bedurfte aufwendigen Sicherheits- und Erziehungsmaßnahmen, um gegen eine erneute Infektion gerüstet zu sein. Die Idee einer demokratischen Regierung erschien also keineswegs als Selbstläufer oder gar als Demokratie-Bazillus, der sich recht bald erfolgreich verbreiten könnte. Stattdessen war Hilfe „von oben“ notwendig. Offenbar war das Vertrauen in eine inhärente Attraktivität der Demokratie bei Gottlob Kamm nur schwach ausgeprägt. In starkem Kontrast zu den hohen Erwartungen angesichts der ersten Demokratisierungswelle nach dem Ersten Weltkrieg⁴⁵, waren die Erwartungen an den Erfolg der im Aufbau befindlichen Staatsordnung gering. Die Entlastung des demokratischen Gedankens von zu hohen Erwartungen, lässt sich auch als eine Enttäuschungsprävention verstehen. Anstatt – wie zu Beginn der Weimarer Republik – dem neuen Staat eine erhebliche Erwartungslast aufzubürden, die im Falle von Krisen zu schweren Enttäuschungen führen musste, hielt sich Kamm und mit ihm die gesamte politische Klasse eher zurück. Es dominierte

43 Ausschnitt aus der Stuttgarter Zeitung 2. Jg., Nr. 32 (13.4.1946) Nr. 32, in: HStAS, Q 1/16 Bü 1.

44 Michael Wildt, Die Ungleichheit des Volkes. „Volksgemeinschaft“ in der politischen Kommunikation der Weimarer Republik, in: Frank Bajohr/ders. (Hrsg.), Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2009, 24–40; Malte Thießen, Schöne Zeiten? Erinnerungen an die „Volksgemeinschaft“ nach 1945, in: ebd., 165–187.

45 Wolfram Pyta, Revolution als ästhetische Mobilisierung. Kulturhistorische Betrachtungen zur Novemberrevolution, in: Andreas Braune/Michael Dreyer (Hrsg.), Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch? Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort, Stuttgart 2019, 133–160, hier bes. 148–155; auch ders., Demokratischer Urknall? Überlegungen zur Geburt der deutschen Demokratie aus dem Geist der Novemberrevolution, in: Sabine Holtz/Gerald Maier (Hrsg.), Von der Monarchie zur Republik. Beiträge zur Demokratieggeschichte des deutschen Südwestens 1918–1923, Stuttgart 2019, 85–106; Andreas Wirsching, Zeiterwartung und Verfassungsschöpfung in Deutschland 1919, in: Dirk Schumann/Christoph Gusy/Walter Mühlhausen (Hrsg.), Demokratie versuchen. Die Verfassung in der politischen Kultur der Weimarer Republik, Göttingen 2021, 33–51.

ein Pragmatismus und ein Misstrauen gegenüber dem politischen Reifegrad beziehungsweise der immunologischen Abwehr der Bevölkerung.

Insgesamt fügt sich die hier analysierte Metaphorik der Entnazifizierung damit in eine obrigkeitliche Tradition in der deutschen Geschichte, in der Reformen in der Regel „von oben“ durchgeführt wurden. In diesem Fall handelte es sich allerdings um Maßnahmen, die in demokratisierender Absicht die Bürgerinnen und Bürger schrittweise an die neue Staatsform heranführen sollten. Ein für die westeuropäischen Demokratieversuche nach dem Zweiten Weltkrieg generell kennzeichnendes Merkmal, das sich also nicht allein auf innerdeutsche Faktoren zurückführen lässt⁴⁶. Dieser vorsichtige Weg einer langsamen Öffnung von politischen Partizipationsmöglichkeiten fand in der frühen Bundesrepublik seine logische Fortsetzung in einer starken „Kanzlerdemokratie“⁴⁷.

Wie also bekam man das nationalsozialistische und völkische Denken nach 1945 aus den Köpfen? Vor dieser Frage standen bereits die Zeitgenossen, die sich in der Nachkriegszeit für die Demokratie einsetzten. Achtet man auf die verwendeten Metaphern und Sprachbilder des Entnazifizierungsprojekts, so fällt auf, dass an zentraler Stelle wiederholt die Idee einer sozialen Ansteckung durch potentiell pandemische politische Ideen auftaucht. In gewisser Hinsicht steht die politische Sprache der Entnazifizierung damit in einer langen Tradition, die schließlich im sozialbiologistischen Weltbild der Nationalsozialisten ihren Höhepunkt erreichte. Zugleich aber grenzte sich diese Sprache von dem wissenschaftlichen Rassismus seit der Jahrhundertwende ab. Sie entradikalisierte diese Metaphern, indem sie sie wieder als Metaphern verwendete und mit einer anderen Zeitlichkeit verknüpfte. Damit weist das Entnazifizierungsprojekt Merkmale einer „Reform von oben“ auf, die für die Durchsetzung der Demokratie in Deutschland wesentlich wichtiger gewesen war, als „Revolutionen von unten“. Die seitens der Behörden verhängte Quarantäne und die langsame Entlassung in den politischen Prozess sollte mit einer schrittweisen Demokratisierung des politischen Lebens synchronisiert werden.

Wie attraktiv die Metaphorik der Infektiologie mit ihrer Dichotomie von „gesund vs. krank“ bis in die jüngste Gegenwart geblieben ist, beweisen Aussagen

46 Martin Conway, *The Rise and Fall of Western Europe's Democratic Age, 1945–1973*, in: *Contemporary European History* 13 (2004), 67–88; ders., *Democracy in Western Europe after 1945*, in: Jussi Kurunmäki/Jeppe Nevers/Henk te Velde (Hrsg.), *Democracy in Modern Europe. A Conceptual History*, New York/Oxford 2018, 231–256; ders., *Democracies*, in: ders./Pieter Langrou/Henry Rousso (Hrsg.), *Europe's Postwar Periods 1989, 1945, 1918. Writing History Backwards*, London u. a. 2019, 121–136.

47 Karlheinz Nieclauß, *Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Angela Merkel*, Wiesbaden 2015 [zuerst Stuttgart 1988].

wie die spektakuläre Fehldiagnose des ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf, der im Jahr 2000 feststellte: „Die Sachsen sind immun gegen Rechtsextremismus“ und diese Behauptung 2015 noch einmal bekräftigte⁴⁸. Solche Aussagen sind wohl erst möglich geworden, seit sich die Demokratie als erfolgreich und relativ gefestigt erwiesen hat. Denn am Beginn der Auseinandersetzung mit dem rechten Gedankengut stand die exakt gegenteilige Feststellung. Die Sprache der sicherheitssensiblen Wachsamkeit gegenüber Angriffen auf die Demokratie von Links und/oder Rechts war in der Entnazifizierung maßgeblich geprägt und demokratiekompatibel ausgestaltet worden. Wen wundert es angesichts dieser metaphorischen Prägung, dass Bundesinnenminister Horst Seehofer im Vorwort des Verfassungsschutzberichts für das Jahr 2019 behauptete, diese Behörde sei „das Immunsystem unserer freiheitlichen Gesellschaft [...] Wir werden weiterhin wachsam und wehrhaft sein.“⁴⁹

48 Uwe Backes/Steffen Kailitz, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Sachsen – Eine Hochburg des Rechtsextremismus?, Göttingen 2020, 7–19, hier 15 f.

49 Vorwort des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer, in: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2019, Bexbach o. J., 3–5, Zitat 3. Online unter: <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/verfassungsschutzberichte/vsbericht-2019>.

Johannes Gramlich

„Reeducation“, „Reorientation“ und die amerikanische Restitutions- und Kunstpolitik der Nachkriegszeit

Es wird im Folgenden der Versuch unternommen, Aspekte der amerikanischen Restitutions- und Kunstpolitik im Deutschland der Nachkriegszeit auf das Thema der Tagung zu beziehen. Ich werde mich also der Frage widmen, welche Rolle der bildenden Kunst bei der „Reeducation“ und „Reorientation“ in der amerikanischen Besatzungszone beigemessen wurde. Unter diesen Schlagworten werden juristische, bildungspolitische und kulturelle Maßnahmen und Programme zur Demokratisierung Deutschlands gefasst, die bis 1947 eher konfrontativen und strafenden Charakter hatten (Reeducation) und mit dem beginnenden „Kalten Krieg“ eine mehr konstruktive und kooperative Gestalt annahmen (Reorientation). Die Forschung hat gezeigt, dass es sich dabei keineswegs um eine „kausale Abfolge von politischem Programm, strukturellen Reformen und gesellschaftlich-kultureller Veränderung“ gehandelt habe, sondern vielmehr um einen „dynamische[n] Prozess mit teils nicht-intendierten Auswirkungen“.¹ Die amerikanische Kulturpolitik habe sich nach 1945 „erstaunlich unsystematisch“ dargestellt.²

Die Geschichtswissenschaften haben sich seit den 1990er Jahren umfassend mit der alliierten Restitutionspolitik auseinandergesetzt und ihre politische, juristische sowie ökonomische Dimension sowie ihre praktische Umsetzung gründlich untersucht.³ Zudem hat sich die Forschung in den letzten Jahren vermehrt der Rückerstattung von Kulturgütern zugewandt, für die zum Teil andere Regelungen und Zuständigkeiten galten als für die Restitution sonstiger Vermögenskategorien.

1 Katharina Gerund, Reeducation und Reorientation, publiziert am 5.8.2020 in: Historisches Lexikon Bayerns, verfügbar unter: www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Reeducation_und_Reorientation (30.1.2022).

2 Katharina Gerund/Heike Paul, Einleitung, in: dies. (Hg.), Die amerikanische Reeducation-Politik nach 1945. Interdisziplinäre Perspektiven auf „America’s Germany“, Bielefeld 2015, 7–18 (9).

3 Es liegen etliche Studien vor, die sich mit der alliierten und bundesdeutschen Restitutionspolitik und – allgemeiner – mit der sogenannten Wiedergutmachung nach Kriegsende auseinandersetzen; beispielhaft seien genannt: Constantin Goschler, Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945, 2. Aufl., Göttingen 2008; ders., Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus (1945–1954), München 1992; Jürgen Lillteicher, Raub, Recht und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik, 2. Aufl., Göttingen 2007; Tobias Winstel, Verhandelte Gerechtigkeit. Rückerstattung und Entschädigung für jüdische NS-Opfer in Bayern und Westdeutschland, München 2006.

Entsprechende Forschungsarbeiten haben auch die allgemeine Kunstpolitik der Alliierten als Teil ihrer Demokratisierungsbemühungen in den Blick genommen.⁴ Darüber hinaus haben sich Studien, in denen die Bedeutung der amerikanischen Kulturpolitik für die Reeducation und Reorientation im Mittelpunkt des Interesses stand, zunächst vor allem auf die Bereiche Bildung und Medien, Literatur und die Funktion der Amerika-Häuser konzentriert, vereinzelt aber auch die amerikanische Ausstellungspolitik sowie den Wandel in der deutschen Kunstrezeption nach 1945 in den Blick genommen.⁵ Darauf aufbauend werde ich im ersten Teil meiner Ausführungen die amerikanische (Kunst-)Restitutionspolitik fokussieren, sodann die Kunst- und Ausstellungspolitik in der amerikanischen Besatzungszone in den Blick nehmen.

1 *Amerikanische Restitutionspolitik und Reeducation*

Die alliierten Planungen zur Restitution von Vermögenswerten setzten bereits 1942/1943 ein. Dabei wurden die sogenannte äußere Restitution an die von Deutschland besetzten Staaten und die innere Rückerstattung an Personen, die im Deutschen Reich verfolgt und beraubt worden waren, aus rechtlichen Gründen separat behandelt. 1946 und 1947 konnte die amerikanische Militärregierung verbindliche Bestimmungen und Gesetze für beide Formen der Rückerstattung erlassen.⁶

4 Vgl. u. a.: Tanja Bernsau, *Die Besatzer als Kuratoren? Der Central Collecting Point Wiesbaden als Drehscheibe für einen Wiederaufbau der Museumslandschaft nach 1945*, Berlin 2013; Johannes Gramlich, *Begehrt, beschwiegen, belastend. Die Kunst der NS-Elite, die Alliierten und die Bayerischen Staatsgemäldesammlungen*, Wien u. a. 2021; Iris Lauterbach, *Der Central Collecting Point in München. Kunstschutz, Restitution, Neubeginn*, Berlin/München 2015; Emily Löffler, *Kunstschutz im besetzten Deutschland. Restitution und Kulturpolitik in der französischen und amerikanischen Besatzungszone (1944–1953)*, Wien u. a. 2019.

5 Emily Löffler gibt einen Forschungsüberblick in: *Kunstschutz* (wie Anm. 4), 230 f.; vgl. auch: Maritta Hein-Kremer, *Die amerikanische Kulturoffensive. Gründung und Entwicklung der amerikanischen Information Centers in Westdeutschland und West-Berlin 1945–1955*, Köln 1996; Sigrid Ruby, „Have we an American Art?“. Präsentation und Rezeption amerikanischer Malerei im Westdeutschland und Westeuropa der Nachkriegszeit, Weimar 1999; Ulrike Ziegler, *Kulturpolitik im geteilten Deutschland. Kunstausstellungen und Kunstvermittlung von 1945 bis zum Anfang der 60er Jahre*, Frankfurt am Main u. a. 2006.

6 Die grundlegenden Bestimmungen zur äußeren Restitution von Kulturgütern wurden Anfang 1946 im Alliierten Kontrollrat, dem höchsten gemeinsamen Gremium der vier Besatzungsmächte, beschlossen. Die Amerikaner setzten diese Bestimmungen in Form von internen Verwaltungsvorschriften auf Grundlage des Völkerrechts in ihrer Zone um. Für die innere Rückerstattung erließ die amerikanische Militärregierung am 10. November 1947 unilateral ein Gesetz, das nicht zwi-

Kunstgegenstände spielten bei den Planungen zur Restitution eine wichtige Rolle. Dies hatte damit zu tun, dass der bildenden Kunst im NS-Staat eine immense Bedeutung zugekommen war und die Nationalsozialisten daher besonders hemmungslos und systematisch auf Kunst- und Kulturgüter zugegriffen hatten. Zudem handelte es sich bei Kunstwerken in der Regel um Unikate, die nicht adäquat durch finanzielle Entschädigungsleistungen kompensiert werden konnten. Restititionen waren in diesem Bereich daher grundsätzlich wichtiger als Reparationen und Entschädigungszahlungen, zumal der eigene Kunstbesitz, das nationale Kulturerbe, auch für die beraubten Personen und Staaten einen hohen symbolischen Wert hatte. Die amerikanischen Kunstschutzoffiziere betonten wiederholt, dass es für einen dauerhaften Frieden in Europa von großer Bedeutung sei, das kulturelle Erbe der europäischen Staaten wiederherzustellen.⁷ Vor diesem Hintergrund fielen die Bestimmungen zur äußeren Restitution von Kunstgegenständen weitreichender aus als für andere Vermögenskategorien. Auch gründeten sich auf alliierter Seite etliche auf Kulturgüter spezialisierte Kommissionen und Einheiten, die darum bemüht waren, den NS-Kunstraub aufzuklären, entsprechende Restititionen vorzubereiten und ab 1945 auch zu organisieren – etwa die amerikanische Roberts Commission, die interalliierte Vaucher Commission und die *Monuments, Fine Arts, and Archives Section (MFAA)* der amerikanischen (und britischen) Streitkräfte.⁸

Dass sich die Alliierten früh mit der Restitutionspolitik auseinandersetzten, hatte also durchaus auch mit dem symbolischen Wert der Kunst zu tun, und war nicht zuletzt dem beständigen Druck geschuldet, den die betroffenen kontinental-europäischen Staaten und jüdische Organisationen auf die Besatzungsmächte ausübten. Insofern ging es vor allem darum, die Rechte der NS-Verfolgten und das kulturelle Erbe der europäischen Nationen wiederherzustellen. Die Reeducation spielte bei den Planungen zur amerikanischen Restitutionspolitik hingegen keine handlungsleitende Rolle. Sie wird eher als nicht unmittelbar intendiertes Bei- und Nebenprodukt greifbar, wie ein Blick auf die deutschen Reaktionen, zunächst auf die deutsche Politik zeigt.

Regierungen auf Bundes- und Landesebene waren dazu aufgefordert worden, an der Umsetzung der alliierten Restitutionsvorgaben mitzuwirken und diese Vorgaben nach dem Ende der Besatzungszeit fortzuführen. Interne Verlautbarungen aus bundesdeutschen und bayerischen Ministerien lassen keinen Zweifel daran, dass sie die Maßnahmen zur sogenannten Wiedergutmachung grundsätzlich als

schen unterschiedlichen Vermögenskategorien unterschied; vgl.: Gramlich, Begehrt (Anm. 4), 79–109.

⁷ Löffler, Kunstschutz (wie Anm. 4), insb. 263–311.

⁸ Gramlich, Begehrt (wie Anm. 4), 82–86.

eine eher lästige Notwendigkeit betrachteten, die von den Amerikanern zu umfassend, zu weitreichend und zu streng konzipiert worden sei.⁹ Gleichzeitig erkannten der Bund und der Freistaat Bayern in der „Wiedergutmachung“ aber auch ein äußerst wichtiges Mittel, um das Ansehen Deutschlands in der Welt wieder zu heben und international Vertrauen zurückzugewinnen. Auf politischer Ebene war die Außenwirkung folglich ein zentraler Faktor, um sich der „Wiedergutmachung“ doch einigermaßen zufriedenstellend zu widmen. So hieß es 1961 aus dem Bundesfinanzministerium, dass Rückerstattung und Entschädigung von „wesentlicher Bedeutung für die Einstellung des Auslands zu Deutschland“ seien.¹⁰ Auch das Auswärtige Amt betrachtete die „Wiedergutmachung“ als ein zentrales Prestigefeld für die Bundesrepublik und beobachtete entsprechende Reaktionen im Ausland mit Argusaugen.¹¹ Ein leitender Beamter der Restitutions- und Entschädigungspolitik in Bayern äußerte 1950 vor Anwärtern des diplomatischen Dienstes, dass „die Welt da draußen [...] das deutsche Volk beurteilen [wird] nach der Durchführung der moralischen Wiedergutmachung und nach der freudigen Erfüllung der materiellen Wiedergutmachung“.¹²

Mit Restitutions- und Entschädigungsleistungen konnte sich die Bundesrepublik folglich vom NS-Staat distanzieren und zugleich öffentlichkeitswirksam Verantwortung für das NS-Unrecht übernehmen. Darüber hinaus konnte die Rückerstattung zur Abgrenzung von der Sowjetunion dienen, die kaum ein Interesse daran hatte, private Eigentumsverhältnisse wiederherzustellen. In der sowjetischen Besatzungszone und der DDR existierte folglich keine Restitutionspolitik, die mit den Bemühungen auf westalliierten Seite und in der Bundesrepublik vergleichbar gewesen wäre.¹³ Auf politischer Ebene war die „Wiedergutmachung“ somit ein wichtiges Vehikel für die Westintegration. Sie demonstrierte und symbolisierte ganz unmittelbar die Re-Orientierung an einer westlichen und nach Europa gerichteten Werte- und Eigentumsordnung.

Auch für die westdeutsche Bevölkerung kann die alliierte Restitutionspolitik als unliebsame, aber wichtige Orientierungsmarke beschrieben werden. Denn die amerikanischen Bestimmungen zur inneren und äußeren Rückerstattung legten

⁹ Vgl. u. a.: Gramlich, *Begehrt* (wie Anm. 4), 128–134, und die Angaben in Fußnote 15.

¹⁰ Hermann Zorn vom Bundesfinanzministerium in einem Artikel aus dem Januar 1961, zitiert nach: Winstel, *Gerechtigkeit* (wie Anm. 3) 384.

¹¹ Winstel, *Gerechtigkeit* (wie Anm. 3), 381–383.

¹² Vortrag von Philipp Auerbach vor Anwärtern des Diplomatischen Dienstes, 16.5.1950, zitiert nach: Winstel, *Gerechtigkeit* (wie Anm. 3), 381.

¹³ Ralf Kessler/Hartmut Rüdiger Peter, *Wiedergutmachung im Osten Deutschlands 1945–1953. Grundsätzliche Diskussionen und die Praxis in Sachsen-Anhalt*, Frankfurt a. M. u. a. 1996; Jan Philipp Spanuth, *Rückerstattung Ost. Der Umgang der DDR mit dem „arisierten“ Eigentum der Juden und die Rückerstattung im wiedervereinigten Deutschland*, Essen 2007.

überhaupt erst einmal fest, was als verfolgungsbedingter Vermögensentzug zu gelten hatte, und sie legten diesen Tatbestand aus damaliger Sicht weitreichend fest. So waren nicht nur direkte Enteignungen durch Staat und Partei nichtig. Auch konnten sämtliche Rechtsgeschäfte angefochten werden, wenn sie dem Druck der Verhältnisse geschuldet waren – etwa, wenn der erzwungene Verlust der beruflichen Stellung, die bevorstehende Emigration oder diskriminierende Zwangsabgaben zum Verkauf des Eigentums genötigt hatten. Kulturgüter, die aus den von Deutschland besetzten Gebieten ins Deutsche Reich gelangt waren, mussten in jedem Fall auf dem Wege der äußeren Restitution repatriert werden, ganz unabhängig davon, wie und warum sie transferiert worden waren.¹⁴ Indem also auch vermeintlich legal erworbene Vermögenswerte restitutionspflichtig sein konnten, zeigten die amerikanischen Restitutionsbestimmungen einem beachtlichen Teil der deutschen Bevölkerung, dass er zu den Profiteuren und Mitverantwortlichen der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik gehört hatte. Die Amerikaner monopolisierten die Schuld für die Untaten der Vergangenheit nicht bei Staat und Partei, sondern schlossen all diejenigen ein, die günstige Gelegenheiten zum Profit gesucht und ausgenutzt hatten.

Damit lieferten die amerikanischen Restitutionsbestimmungen ein Bild von der NS-Verfolgung, das der damals vorherrschenden Sichtweise in Deutschland diametral entgegenstand. Die westdeutsche Bevölkerung sah sich überwiegend selbst als ein Opfer von Diktatur und Krieg und wollte keine Schuld an den Verbrechen der NS-Zeit zugesprochen bekommen. Als verantwortlich galt vor allem die oberste politische Führung um Adolf Hitler. Dementsprechend fand die Restitution von Vermögenswerten, die durch einen staatlichen Hoheitsakt enteignet worden waren, überwiegend Zustimmung in der Bevölkerung, während die Bestimmungen zur Rückabwicklung privater Rechtsgeschäfte auf Empörung, Ablehnung und Proteste stießen. Die Gegner der alliierten Rückerstattungsbestimmungen organisierten sich in regionalen und nationalen Interessenverbänden und lobbyierten offensiv gegen die Restitutionspolitik, um eine Revision der alliierten Gesetzgebung zu erreichen.¹⁵ Dabei ging es ausdrücklich nicht nur um den Schutz des eigenen Vermögens, sondern auch um ein Ende der „moralischen Diffamierung“, wie es in einem Publikationsorgan der Rückerstattungsgegner hieß.¹⁶ In

14 Zu den amerikanischen Bestimmungen zur äußeren und inneren Restitution vgl. die Literaturangaben in den Fußnoten 3 u. 4.

15 Zu den geschilderten Reaktionen aus der deutschen Bevölkerung, deren Meinung auch in repräsentativen Umfragen erhoben wurde, vgl.: Goschler, Schuld (wie Anm. 3), 125–146; Lillteicher, Raub (wie Anm. 3), 135–178; Winstel, Gerechtigkeit (wie Anm. 3), 343–378.

16 O. A., An die Leser, in: Die Restitution. Die Zeitschrift für alle Rückerstattungsfragen 4 (1953), o. S.

den Argumentationsmustern der Restitutionsgegner wird überdies das Fortbestehen antisemitischer Vorurteile sichtbar.¹⁷

Mit Blick auf den anhaltenden Unwillen und die mangelnde Einsicht scheint es kaum gelungen zu sein, der deutschen Bevölkerung die eigene Verantwortung für die Untaten der NS-Herrschaft mit Hilfe der Rückerstattungspolitik näherzubringen. Auch das direkte Aufeinandertreffen von Verfolgten und Profiteuren vor den Wiedergutmachungsbehörden und -kammern verlief häufig konfrontativ und trug nur selten zur Verständigung bei.¹⁸ Die Forschung kommt vor diesem Hintergrund zu dem Schluss, dass die „Frage der Rückerstattung“ bis zum Ende der 1960er-Jahre „kein ermutigendes Beispiel für die Rolle der Zivilgesellschaft als Motor der Diktaturfolgenbewältigung“ gewesen sei.¹⁹ Zumindest aber waren die Restitutionsbestimmungen ein Stachel im verbreiteten Unschuldsbewusstsein, der – ähnlich wie die Spruchkammerverfahren zur „Entnazifizierung“ – einen Rechtfertigungsdruck erzeugte und auf längere Sicht dabei half, das eigene Selbst- und Weltbild zu hinterfragen. Der Publizist und Journalist Kurt Grossmann, der 1933 von Deutschland in die Vereinigten Staaten emigriert war, äußerte 1956, elf Jahre nach Kriegsende, dass die „Wiedergutmachung“ ein „Bildungs- und Umbildungsfaktor“ sei, „den Deutschland braucht, um seinen moralischen Regenerationsprozess erfolgreich zu Ende zu führen“.²⁰ Dass die Restitution von NS-Raubkunst in den 1990er-Jahren wieder aufgenommen wurde, zeigt, dass dieser Regenerationsprozess bis heute andauert. Die grundlegenden Bestimmungen aus dem amerikanischen Restitutionsgesetz von 1947 werden dabei weiterhin angewandt. Inzwischen steht nicht mehr in Frage, dass beträchtliche Teile der deutschen Bevölkerung von der NS-Verfolgung profitiert haben.²¹

17 Goschler, Wiedergutmachung (wie Anm. 3), 170; Winstel, Gerechtigkeit (wie Anm. 3), 362–369.

18 Winstel, Gerechtigkeit (wie Anm. 3), 190–202, 343–361.

19 Constantin Goschler, Die Politik der Rückerstattung in Westdeutschland, in: ders./Jürgen Lillteicher (Hg.), „Arisierung“ und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989, Göttingen 2002, 99–125 (124); Winstel, Gerechtigkeit (wie Anm. 3), 349 f.

20 Kurt Grossmann, Anlage zu einem Schreiben an Freunde in der Bundesrepublik, 10.1.1956, zitiert nach: Winstel, Gerechtigkeit (wie Anm. 3), 385.

21 Die geschichtswissenschaftliche Forschung zur nationalsozialistischen Verfolgungs-, Enteignungs- und „Arisierungspolitik“ hat vor allem seit den 1990er-Jahren gezeigt, dass große Teile der Bevölkerung partizipierten und profitierten; vgl. u. a.: Benno Nietzel, Die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Juden 1933–1945. Ein Literatur- und Forschungsbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte 49 (2009), 561–613; Frank Bajohr, „Arisierung“ als gesellschaftlicher Prozeß. Verhalten, Strategien und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und „arischer“ Erwerber, in: Irmtrud Wojak/Peter Hayes (Hrsg.), „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt a. M./ New York 2000, 15–30.

2 Amerikanische Kunstpolitik und Reorientation

Für die allgemeine Kunstpolitik der Nachkriegszeit lässt sich ein direkter Anknüpfungspunkt zu den Restitutionsbemühungen herstellen. Denn da Kunstgegenstände vor allem bei der äußeren Rückerstattung eine herausgehobene Rolle spielten und in besonders umfassendem Maße restituiert wurden, fürchtete die für den Kunstbereich zuständige Abteilung der amerikanischen Militärregierung, die MFAA, dass Deutschland auf diesem Wege zu einer kulturellen Wüste werden könnte. Dem drängenden Wunsch der kontinentaleuropäischen Staaten, über die Restitutions hinaus zerstörte und verschollene Kunstwerke durch Äquivalente aus deutschen Sammlungen zu ersetzen, kamen die Amerikaner daher kaum nach.²² Gerade weil die Kunst im Nationalsozialismus so wirkmächtig instrumentalisiert worden war, maßen ihr vor allem die fachlichen Experten innerhalb der Militärregierung auch für die Reorientation einen hohen Stellenwert bei, weshalb sie einen zu großen Aderlass auf diesem Gebiet verhindern wollten.²³ Wie interne Stellungnahmen und Programmschriften zeigen, hielten es die Angehörigen der MFAA in diesem Zusammenhang für äußerst bedeutsam, die deutsche Kunstrezption, das Museumswesen, ja den Kunstbetrieb insgesamt zu internationalisieren, modernisieren und demokratisieren, um die vorherrschenden nationalen Denkmuster und eine deutsche Selbstisolation zu brechen und zu überwinden.²⁴

Allerdings fanden entsprechende Konzepte zunächst kaum Gehör. Die Kunstpolitik war in der amerikanischen Militärregierung nicht gut organisiert. Die Hauptaufgabe der dafür prädestinierten MFAA bestand in der Restitution von Raubkunst, was auch darauf zurückzuführen ist, dass der Großteil an Kunstsammlungen nationalsozialistischer Funktionäre und Organisationen im amerikanischen Verantwortungsbereich aufgefunden worden war. Dementsprechend gehörte die MFAA – anders als entsprechende Abteilungen in der britischen und französischen Zone – auch der *Restitution Branch* an. Daneben sollte sie vor allem

²² Gramlich, *Begehrt* (wie Anm. 4), 92 f.; Löffler, *Kunstschutz* (wie Anm. 4), 90–100.

²³ Diese Sichtweise war auch auf deutscher Seite zu hören, wenngleich zu berücksichtigen ist, dass entsprechende Argumente immer auch strategischen Charakter haben konnten, um zu umfassende Restitutions zu verhindern. So kritisierte der deutsche Kunsthistoriker Paul Clemen die amerikanische Restitutionspolitik in einem Schreiben an das Bayerische Kultusministerium vom 18.2.1947, um zugleich zu betonen, dass für „das verarmte Deutschland und seine Bevölkerung [...] die Kunstsammlungen aller Art heute Erziehungsmittel höchster Ordnung dar[stellen], ohne die eine innere Gesundung, ein geistiger Wiederaufstieg und v. a. eine Erziehung eines ganzen Volks, zumal der heranwachsenden Jugend, zu einer wirklichen Europäischen Gesinnung, zu einer entsprechenden Weite des Blicks nicht zu denken ist.“ Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Bestand der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen, 14/6, Nr. 64.

²⁴ Löffler, *Kunstschutz* (wie Anm. 4), 230–255.

den Wiederaufbau des Kunstbetriebs durch deutsche Kräfte unterstützen und überwachen, indem sie etwa deutsche Ausstellungsvorhaben prüfte und genehmigte, ohne selbst auf die Konzepte einzuwirken.²⁵ Erst ab 1947 konstatiert die Forschung einen allmählichen Bedeutungszuwachs für eine aktive Kulturpolitik in der amerikanischen Militärregierung, der unter anderem darin Ausdruck fand, dass die Rolle der Amerika-Häuser gestärkt, eine *Exhibitions and Information Center Branch* eingerichtet und die MFAA Ende 1948 von der *Restitution Branch* zur neu gegründeten *Cultural Affairs Branch* umgesiedelt wurde. Zu jener Zeit waren die amerikanischen Restitutionsbemühungen weit fortgeschritten und sollten in deutsche Verantwortung übergeben werden. Zudem führte der beginnende Ost-West-Konflikt dazu, dass der bildenden Kunst nun auch über die Fachexperten hinaus steigende Bedeutung für die Reorientation beigemessen wurde. Gleichwohl blieben entsprechende Initiativen eher punktuell und stark vom individuellen Einsatz der amerikanischen Kunstschutzoffiziere abhängig, was auch damit zu tun hatte, dass ihr Personalbestand äußerst gering war.²⁶

Das zunehmende Engagement der MFAA im kunstpolitischen Bereich wird vor allem an einer aktiven Ausstellungspolitik erkennbar. Zwar organisierte die MFAA bereits ab 1945 Kunstausstellungen an ihren Standorten in Marburg, München, Wiesbaden, später auch in den Amerika-Häusern, in denen sie nicht nur, aber auch zur Restitution vorgesehene Meisterwerke zeigte. Doch während es bei diesen Ausstellungen grundsätzlich immer auch um eine amerikanische Selbstinszenierung als Bewahrer eines deutschen und europäischen Kulturerbes und somit um einen Prestigegewinn in der deutschen Bevölkerung und den restitutionsberechtigten Staaten ging, wurden erzieherische Absichten in den Ausstellungskonzepten ab 1947 deutlicher erkennbar.²⁷ Diese Absichten bestanden vor allem darin, die nationalistische Vereinnahmung von Künstlern und Kunstepochen, die der NS-Staat unter anderem für die Kunst der Romantik oder für Künstler wie Rembrandt betrieben hatte, aufzubrechen und zu relativieren. Vermeintlich deutsche Kunst sollte in den Ausstellungen und Katalogen in einen gesamteuropäi-

25 Die Aufgaben der MFAA waren in den Military Government Regulations Nr. 18 niedergeschrieben und bestanden vor allem darin, NS-Raubkunst zu restituieren, den deutschen Besitz an Kulturgütern zu erhalten und zu schützen und die Verantwortung für Museen, Sammlungen, Bibliotheken und Archive möglichst bald in deutsche Hände zu übergeben; OMGUS, Military Government Regulations Title 18: Monuments, Fine Arts and Archives, 12.2.1947, in: NARA, RG 260, Entry 44, Box 694. Eine erste Version dieser Regulations wurde bereits Anfang 1946 herausgegeben. Vgl. auch: Löffler, Kunstschutz (wie Anm. 4), 243; Tätigkeitsberichte der MFAA, in: BArch B 323/221–225 u. 549 f.

26 Löffler, Kunstschutz (wie Anm. 4), 230–255.

27 Bernsau, Besatzer (wie Anm. 4), 136 u. 260 f.; Löffler, Kunstschutz (wie Anm. 4), 230–255, insb. 241–255; Ziegler, Kulturpolitik (wie Anm. 5).

schen Kontext gestellt, nationale Deutungsmuster von einer europäischen Interpretation der Kunstgeschichte abgelöst werden. Gegen nationale Narrative in der Kunstgeschichtsschreibung setzten die amerikanischen Wissenschaftler das Paradigma einer „western civilization“, eine Formulierung, die ab 1948 in ihren Ausstellungskonzepten und Katalogen Verwendung fand.²⁸ Folglich ist dieser pädagogische Ansatz fraglos im Zusammenhang mit dem beginnenden Ost-West-Konflikt, dem an Bedeutung gewinnenden Ziel der deutschen Westbindung und dem Konzept der Reorientation zu sehen.

Über eine aktive Ausstellungspolitik hinaus entwarfen die amerikanischen Kunstexperten auch Konzepte für eine Erneuerung und Modernisierung des deutschen Museumswesens, dem sie „fachliche Rückständigkeit, Überalterung und Generationenkonflikte beim Personal, eine einseitige nationale Ausrichtung, Beschränkung auf ein künstlerisch vorgebildetes Elitenpublikum und mangelndes Interesse an einem erzieherischen Einwirken auf die Gesellschaft“ attestierten.²⁹ Sie forderten die Öffnung und Demokratisierung deutscher Kunsthäuser, für die ihnen vor allem eine entsprechende Förderung und (Aus)Bildung von Nachwuchswissenschaftlern zentral erschien. Mit solchen Plänen stieß die MFAA innerhalb der Militärregierung aber kaum auf Interesse. Allein der deutsch-amerikanische Austausch von Personen und Kulturgütern wurde ab 1946/1947 erleichtert.³⁰ Die geringe Bereitschaft, die Erneuerung und Internationalisierung des deutschen Kunstbetriebes aktiv voranzutreiben, mag auch damit zu tun gehabt haben, dass die Stärkung eines internationalen Kulturaustauschs ab November 1945 von der UNESCO betrieben wurde, der die Bundesrepublik im Juli 1951 beitrug.³¹

Mit der Gründung des Zentralinstituts für Kunstgeschichte gelang im November 1946 auf Initiative der MFAA allerdings ein wichtiges Prestigeprojekt, das die deutsche Kunstgeschichte wieder an internationale Standards heranführen konnte. Das Institut sollte die kunstwissenschaftliche Forschung, Lehre und Publikationstätigkeit zur europäischen Kunst in internationalem Austausch vorantreiben, als ein internationales Forschungszentrum fungieren. Beheimatet wurde es im ehemaligen Verwaltungsbau der NSDAP in München, den die Amerikaner in jener Zeit als Central Collecting Point nutzten, also als Sammelstelle für sichergestellte Kunstbestände. Somit entwickelte sich das Zentralinstitut in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Collecting Point – es konnte auf den internationalen Strukturen und den Buch- und Fotobeständen, die sich bei der Provenienzforschung zu

28 Löffler, *Kunstschutz* (wie Anm. 4), 243.

29 Ebd., 251.

30 Ebd., 248.

31 Hans-Heinz Krill, Die Gründung der UNESCO, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 16/3 (1968), 247–279.

den dort gelagerten Werken gebildet hatten, aufbauen.³² Mit der inhaltlichen Konzeption des Instituts betrauten die Amerikaner deutsche Kunstwissenschaftler wie Hans Konrad Röthel, Konservator an den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen, der in Kunst und Wissenschaft die einzige Chance erkannte, um „mit dem Ausland die lebensnotwendigen Verbindungen wiederherzustellen“, wie er in einer Denkschrift zur Institutsgründung bekundete. Auf anderen Gebieten, insbesondere in Politik und Wirtschaft, sah Röthel diese Möglichkeit aufgrund der „materielle[n] und moralische[n] Belastung“ Deutschlands hingegen nicht.³³

Dass die Kunst prädestiniert dafür war, um sich mit ihrer Hilfe vom Nationalsozialismus abzugrenzen und Reputation in der Welt zurückzugewinnen, zeigte sich nicht zuletzt im Umgang mit der modernen Kunst, die im Nationalsozialismus als „entartet“ verfemt worden war. Die Initiativen zu ihrer Wiederaufwertung kamen nur vereinzelt von den Amerikanern, was auch damit zu tun hatte, dass in den sichergestellten Kunstbeständen aufgrund der nationalsozialistischen Kunstideologie kaum Werke der Moderne vorhanden waren. So bemühten sich vor allem deutsche Galerien, Kunstwissenschaftler und Kunstvereine nach dem Krieg zügig darum, an die künstlerische Avantgarde von vor 1933 anzuschließen.³⁴ Schon die Allgemeine Deutsche Kunstausstellung 1946 in Dresden wollte moderne Künstler und ihre Werke rehabilitieren. Auch die erste documenta in Kassel wies 1955 in internationaler Ausrichtung diesen Weg. Viele Museumsdirektoren versuchten gleich nach Kriegsende, die Lücke an Werken der Moderne in ihren Beständen wieder zu schließen, die die nationalsozialistische Beschlagnahmeaktion „Entartete Kunst“ aufgerissen hatte.³⁵ Dabei diente das Eintreten für moderne Kunst nicht nur als Tor zu einer internationalen Kunstwissenschaft, sondern auch als ein verbreitetes Entlastungsnarrativ, als Symbol für Widerstand, Westbindung und Demokratie, das vor allem in den Spruchkammerverfahren gerne genutzt wurde. Hildebrand Gurlitt, der sich im Zweiten Weltkrieg zu einem der wichtigsten Kunsthändler für Adolf Hitlers „Sonderauftrag Linz“ entwickelt hatte, äußerte mit Blick auf die „Entnazifizierung“ 1946: „Jeder beruft sich auf Moderne Kunst, jeder war gegen die Partei.“³⁶ Dass die Kunsthändler, Experten und Wissenschaftler, die tief in den NS-Kunstraub verstrickt waren, nach 1945 fast durchweg ungestraft davongingen und ihre beruflichen Stellungen halten konnten, belegt, dass

32 Lauterbach, Central Collecting Point (wie Anm. 4), 175–183; Löffler, Kunstschutz (wie Anm. 4), 256–260.

33 Hans Konrad Röthel, Denkschrift über die Gründung eines kunsthistorischen Zentralinstituts in München, 18.7.1946, zitiert nach: Lauterbach, Central Collecting Point (wie Anm. 4), 177.

34 Bernsau, Besatzer (wie Anm. 4), 317; Löffler, Kunstschutz (wie Anm. 4), 245 f.

35 Gramlich, Begehrt (wie Anm. 4), 232–238.

36 Hildebrand Gurlitt an Eugen Claassen, 12.7.1946, in: BArch N 1826/177, fol. 283.

dieses Narrativ erfolgreich war.³⁷ Es zeigt vor allem, dass die Beschäftigung mit der Kunst weiterhin als weitgehend unpolitisch und unbedenklich eingestuft wurde.

Damit war die Kunst ein vergleichsweise unverfängliches Mittel, mit dem die Bundesrepublik und der deutsche Kunstbetrieb Vertrauen in der Welt zurückzugewinnen, den Willen zur Westbindung demonstrieren und die Untaten der NS-Zeit hinter sich lassen konnten. Eine tatsächliche Einsicht in die eigene Verantwortung und Schuld war hinter dieser symbolischen Fassade hingegen nur selten zu erkennen.

37 Nikola Doll, Der Erste Deutsche Kunsthistorikertag 1948, in: Nikola Doll/Christian Fuhrmeister/Michael H. Sprenger (Hg.), *Kunstgeschichte im Nationalsozialismus. Beiträge zur Geschichte einer Wissenschaft zwischen 1930 und 1950*, Weimar 2005, 325–337; Nikola Doll/Ruth Hefrig/Olaf Peters/Ulrich Rehm (Hg.), *Kunstgeschichte nach 1945. Kontinuität und Neubeginn in Deutschland*, Köln u. a. 2006; Gramlich, *Begehrt* (wie Anm. 4), 118–121.

Sebastian Liebold

Freiheit und geistige Überlieferung

Arnold Bergstraessers Impulse zur Demokratie-Bildung

1 Einführung

Die gemeinsame Erinnerung an Kultursymbole und Schätze der Künste, dazu Ideen aus Renaissance, Klassik und Romantik, die jeder Schüler kannte, eingerahmt von einem diffusen Volksgedanken, bildeten – in Abwesenheit einer Staatsstruktur – bis 1871 die deutsche Identität. Ringsum waren inzwischen nicht nur Nationen auf dem Papier entstanden, sondern Gebilde, die auch den Alltag organisierten. In Deutschland schien die Entwicklung „verspätet“, dafür prägte insbesondere die Wilhelminische Zeit ein Nationalismus, der sich nach außen kriegerisch gebärdete, der aber im Inneren kaum Gewaltakte kannte und Züge eines liberalen Staats auf dem Weg zur Moderne aufwies. Dem Ersten Weltkrieg folgte eine chaotische Zeit der Suche nicht nur nach einer neuen Ordnung, sondern auch nach einer Antwort auf die drängende Frage: Was braucht eine moderne Gesellschaft an Werten aus der Vergangenheit, welches Volk hat eine überzeugende Antwort?

National-liberalen Köpfen mit Blick für die politische Ordnung erschien Frankreich als Gegenbild einer gefestigten Staatsnation: Der *citoyen* konnte am Geschehen teilhaben, zugleich aber war die französische Gesellschaft auf Besitzwahrung aus, das Land zögerlich industrialisiert und von wenigen einflussreichen Familien beherrscht.¹ Bei Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft suchten dann viele konservative Intellektuelle zwischenzeitlich verschüttete Bezüge in der älteren gesellschaftsdiagnostischen Literatur. Diese sollten ihrer Weltsicht Halt geben, als das völkische Prinzip ringsum zum allgemeinen Maßstab avancierte. Durch die Jugendbewegung, Weimarer Ideologiekämpfe, Proletarisierung und die nach 1930 stark mit physischer Gewalt einhergehende Debatte aufgrund der tonangebenden links- und rechtsextremistischen Bewegungen hatte sich besonders die bürgerlich-konservative Einstellung im Wortsinn erschüttert gezeigt. Kurz vor und nach der Machtübernahme der Hitlerpartei faszinierte viele das praktisch umgesetzte Ordnungsdenken. Während die tägliche Gewalt – auch in Universitätsorten wie Heidelberg – allen vor Augen stand, waren die Exklusionsmechanismen

¹ Hierüber waren sich deutsche und französische Sozialwissenschaftler einig, vgl. Sebastian Liebold, *Starkes Frankreich – instabiles Deutschland. Kulturstudien von Curtius/Bergstraesser und Vermeil zwischen Versailler Frieden und Berliner Notverordnungen*, Berlin/Münster 2008.

nicht sofort erkennbar (nach und nach nahmen sie in ihrer Auslöschungspraxis Gestalt an). Erst die Brutalität und die Menschenvernichtung während des Krieges ließ die „Stunde null“ möglich werden: Aller Einsatz für Demokratie und Menschenwürde kam in der frühen Bundesrepublik – so meine These – von dieser Schrecksekunde her. Besonders Remigranten setzten sich für eine humanere Gesellschaft ein.

Diese leise Wandlung lässt sich bei dem Nationalökonom und späteren Politikwissenschaftler Arnold Bergstraesser (1896–1964) an Unterschieden zwischen seinem nüchternen Frankreichbuch von 1930, einem programmatischen Text für den Akademischen Austauschdienst „Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen Nationen“ (aus dem gleichen Jahr), den autoritär, aber nicht völkisch gesinnten Schriften „Nation und Wirtschaft“ und „Staat und Erziehung“ (beide von 1933) sowie den tief in die Geschichte zurückschauenden Beiträgen über den Humanismus des „Lorenzo Medici“ und „Mensch und Staat im Wirken Goethes“ (beide von 1936), schließlich der im Exil verfassten Rede „On being responsible“ (von 1938) nachzeichnen. Erst 1944 meldete sich Bergstraesser mit einem für Soldaten gedachten Band „Germany – a short history“ zurück, 1949 veröffentlichte er in Chicago ein Mammutwerk über Goethes Gesellschaftsbild. Seine späten Schriften kreisen um die stabile Verankerung der Demokratie durch urteilskräftige Bildung auf allen Ebenen und die internationale Einbindung Deutschlands in feste Strukturen.²

Wie er, von 1954 an in Freiburg lehrend, die Mitbürger zur Mitarbeit im neuen Gemeinwesen – unter den Vorzeichen westlicher Rechtsgeltung und Europäisierung – gewinnen und damit aus den Klauen völkischen Denkens befreien wollte, will dieser Beitrag zeigen. Dazu soll im Folgenden Bergstraessers Denkweg von der Heidelberger Kulturkritik (aus der ein Weg zum Völkischen führte), den historischen Studien im Exil und den literarischen Einwüfen danach³ zum conserva-

2 Eine gedruckte Bibliographie existiert bislang nicht, die wesentlichen Schriften und Nachweise finden sich bei Horst Schmitt, Politikwissenschaft und freiheitliche Demokratie. Eine Studie zum „politischen Forschungsprogramm“ der „Freiburger Schule“ 1954–1970, Baden-Baden 1995, 313–316; ergänzend Sebastian Liebold, Arnold Bergstraesser und Fritz Caspari in Amerika, in: Frank Schale/Ellen Thümmeler/Michael Vollmer (Hrsg.), Intellektuelle Emigration. Zur Aktualität eines historischen Phänomens, Wiesbaden 2012, 89–110; Sebastian Liebold, Kulturvermittlung im Zeichen der Westbindung. Arnold Bergstraessers öffentliches Wirken in der frühen Bundesrepublik, in: Alexander Gallus/Sebastian Liebold/Frank Schale (Hrsg.), Vermessungen einer Intellectual History der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2020, 266–289.

3 Inwieweit sich vor allem aus Texten dieser Zeit eine politische Philosophie erkennen lässt, untersucht Joachim Detjen, Elemente politischer Philosophie im Denken Arnold Bergstraessers, in: Lothar R. Waas (Hrsg.), Politik, Moral und Religion – Gegensätze und Ergänzungen. Festschrift zum 65. Geburtstag von Karl Graf Ballestrem, Berlin 2004, 245–282.

tiv-humanistischen Spätwerk vorgestellt und in die *intellectual history* der Bundesrepublik eingeordnet werden. Zwei Thesen durchziehen das Werk des bei Alfred Weber ausgebildeten Kulturosoziologen und Nationalökonom: die persönliche Verantwortung des Einzelnen und das Bewusstmachen der geistigen Überlieferung, ohne die Freiheit zum Chaos führt.

2 Kulturkritik und Ideenwandel während des Krieges

Arnold Bergstraesser war die akademische Karriere nicht in die Wiege gelegt, aber sein Vater gab ihm als Verleger und Landtagsabgeordneter einen Sinn für Politik mit, so dass der Aufstieg zum Professor für Staatswissenschaft und Auslandskunde 1932 – nach einer Habilitation mit Frankreichstudien – nicht überraschte. Bergstraesser war ein geschickter Netzwerker, engagierte sich beim Akademischen Austauschdienst, hielt engen Kontakt etwa mit der Rockefeller-Stiftung und lehrte zeitweise an der Hochschule für Politik in Berlin. Als enger Schüler von Alfred Weber sah er in den Krisen und Wandlungen der Moderne Zerfallerscheinungen, die weniger den wirtschaftlich-technologischen Fortschritt begleiteten als vielmehr Zeichen des kulturellen Niedergangs waren. Die mit Ernst Robert Curtius herausgegebene Landeskunde Frankreichs von 1930 sicherte ihm einen Platz im Reigen der Interpreten des ebenso verhassten wie bewunderten Nachbarlandes, das – zeitgenössisch – mehr Kulturtraditionen zu bewahren schien als das Weimarer Deutschland.⁴

Bei aller Modernitätskritik schlug Bergstraesser einen konstruktiven Ton an, hielt die Welt für gestaltbar – und suchte nach Antworten für die Frage, woran sich ein mündiger Bürger orientieren könne. Wissen über kulturelle Wurzeln betrachtete Bergstraesser international vergleichend, da ihm – hierin liegt eine Kontinuitätslinie von der Heidelberger bis zur Freiburger Ära – die Eigenheiten der Völker, bewusst angeeignet, eine Grundlage für Kooperation und politischen Aus-

⁴ Die Heidelberger Zeit bis zur Emigration 1937 beleuchtet Günter C. Behrmann, Arnold Bergstraesser, die Heidelberger Staats- und Sozialwissenschaften und Georges „Staat“ im Europa der Zwischenkriegszeit, in: Bruno Pieger/Bertram Schefold (Hrsg.), „Kreis aus Kreisen“. Der George-Kreis im Kontext deutscher und europäischer Gemeinschaftsbildung, Hildesheim 2016, 475–546; Günter C. Behrmann, Deutsche Nachkriegspolitologen in der Nationalsozialistischen Diktatur: Arnold Bergstraesser, in: Hubertus Buchstein (Hrsg.), Die Versprechen der Demokratie. 25. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Baden-Baden 2013, 431–466.

gleich waren. Erkennbar wird dies an „Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen Nationen“ (1930) und an „Kultur, kulturelle Begegnung, internationale Kulturpolitik“.⁵ Bergstraessers Ziel war es, die „jüngere Generation“ für die politische Bildung zu begeistern, um ihr politisches Urteilsvermögen zu schärfen. Eine Nuance: Während 1930 ein Zweck darin lag, die Skeptischen zur Vernunft zu erziehen, den Idealisten hingegen nationalstaatliche Eigenheiten vor Augen zu führen, betonte Bergstraesser 1959 den Wert der vorbehaltlosen „kulturellen Begegnung“ als Schlüssel zur erfolgreichen Verständigung.

Für Bergstraesser, der bereits 1933 ins Visier von Gestapo und SS geriet, war die Kritik vor allem durch die NS-Studentenschaft zunächst nur ein vorübergehendes Ärgernis. Doch 1935 entzog ihm das Ministerium die Lehrbefugnis, 1936 wurde er entlassen. Bergstraesser, der als „Frontkämpfer“ zunächst lehrberechtigt blieb, ist am Ende nicht als Enkel eines jüdischen Großvaters und daher als „Nicht-Arier“, sondern aufgrund von politischer Unzuverlässigkeit entlassen worden.⁶ Nachdem er die völkisch-politische Kritik des pluralen Repressionsapparats zu spüren bekommen hatte, ging er 1937 ins kalifornische Exil und ließ mit zwei Schriften über das Menschenbild bei Lorenzo di Medici und bei Goethe das klassische Europa keineswegs hinter sich.

Eine schöpferisch-kritische Verbindung von abendländischem Christentum und Antike war für den in Heidelberg marginalisierten Bergstraesser der geistige Grundstein für die Zeit der Renaissance, deren Menschenbild sich im Florenz des Quattrocento herauszubilden begann: Er wollte die „Formen und Ideen der Lebensführung“ ergründen, die – abseits von administrativer Rationalität und Machtkalkül – von der „engsten Verschmelzung der Kunst“ mit der Gesellschaft zeugen.⁷ Parallelen zur Moderne sind unverkennbar: Die „Erhöhung von Person, Geschlecht und Einzelstaat“ habe zum „Zerbrechen der Bindungen an das große christliche Ganze“ geführt.

Jene neue Lebenshaltung, die den „Aufbau des Daseins“ aus „eigenem Sein und eigener Erfahrung“ ableitete, schuf eine neue Wirklichkeit: Nicht mehr der scholastisch überdeckte Aristoteles, sondern der ideenreiche Platon stand Pate für jenen Ort, in dem die Kunst zum „daseinsbestimmenden Ereignis und zur öffent-

5 Der letztgenannte, zuerst abgedruckt in: Internationale Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 5 (1959), Heft 1, findet sich in: Arnold Bergstraesser, Politik in Wissenschaft und Bildung. Schriften und Reden, Freiburg im Breisgau 1961, 229–246.

6 Wie Behrmann nachweisen – und damit die Vermutungen Rainer Eisfelds (in: Ausgebürgert und doch angebräunt. Deutsche Politikwissenschaft 1920–1945, 2. Aufl., Baden-Baden 2013, 104–114) triftig widerlegen konnte.

7 Arnold Bergstraesser, Lorenzo Medici – Kunst und Staat im Florentiner Quattrocento (1936), in: Erika Bergstraesser (Hrsg.), Staat und Dichtung, Freiburg im Breisgau 1967, 11–39, hier 11 und 13.

lich bedeutsamen Sache“ wurde.⁸ Die Gestaltbarkeit des Lebens galt in Florenz indes nicht als revolutionärer Akt, vielmehr erschien die Vervollkommnung des Schaffens nur möglich, weil „ununterbrochene Überlieferung und selbstverständlich tragende Könnerschaft“ die Protagonisten leiteten. Die Rolle Platons deutete Bergstraesser nicht aus ihrer „philosophiegeschichtlichen Stellung“ heraus, sondern aus der „zeitgenössischen Bedeutung“. Dieser Scharniertext zeigt einen Gedanken, der Bergstraesser nicht wieder losließ: die Verknüpfung von Tradition und situativer Gestaltung der Gegenwart.

Wie in Florenz als „kleinräumiger Sozietät“ eine enge Verbindung des Einzelnen mit dem Gemeinwesen entstanden sei, die Zugehörigkeit erfahrbar machte, dem Herrscher eine umsichtige, daher aber nötig unwidersprochene Führungsposition zugefallen sei, fast wie die eines Philosophenkönigs, so entstand Bergstraesser zufolge auch in Goethes Weimar ein humanistisches Verhältnis von „Mensch und Staat“. Während sich eine moderne Herrschaftsbegrenzung nicht durchsetzen ließ, hätten die Bürger eine „moralische Selbständigkeit“ errungen, die durch die ästhetische Bildung ein klares Bild von Würde und Wert des Menschen erreichte.⁹ Goethe habe sich weniger für die Herrschaftsform und Institutionen interessiert, vielmehr jede Herrschaft als „Äußerung menschlichen Charakters“ aufgefasst. Weil er sich nur um die „menschliche Seinsweise“ bekümmerte, habe er eine „neue Sicherheit des Sehens wie des Handelns“ gewonnen.¹⁰ Damit wies Bergstraesser der Ethik im Staat hohe Bedeutung zu – angesichts der regellosen Gewalt im NS-Staat ein Zeichen von Kritik auf persönlicher Ebene auch eine Wendung zu Eigenverantwortlichkeit und Wertebindung.

Zentral wurde dieser Gedanke, als Bergstraesser auf Vermittlung der Rockefeller-Stiftung eine Stelle als Dozent für German Civilization am Scripps College angetreten hatte (die er jedoch nur bis Anfang 1942 bekleidete, ehe er nach Chicago wechselte).¹¹ Die Rede „On being responsible“, gehalten kurz nach dem Münchner Abkommen Ende 1938, verhieß – in Fortführung von Gedanken der Wandervogelzeit – Humanität durch Bildung.¹² Die immense Verantwortung der kriegstraumatisierten Europäer, nach 1918 für Frieden einzutreten, belegte er durch einen Satz von Walther Rathenau: „No one discharges us from our share in

8 Ebd., 13.

9 Arnold Bergstraesser, Mensch und Staat im Wirken Goethes – Pandora, in: Corona 6 (1936), Heft 1, neu abgedruckt in: Erika Bergstraesser (Hrsg.), Staat und Dichtung, Freiburg im Breisgau 1967, 41–59, hier 42.

10 Ebd., 46.

11 Zur Emigration ausführlich Sebastian Liebold, Arnold Bergstraesser und Fritz Caspari, hier vor allem 93–106.

12 Arnold Bergstraesser, On being responsible, in: Scripps College Bulletin 13 (1938), Heft 1, 23–37.

the responsibility, yet we are rarely aware of the nature of our obligation.¹³ Dies verglich er mit der Verantwortung der Welt beim Münchner Abkommen: Die Position Chamberlains habe einen „central European imperialism“ des Deutschen Reiches ermöglicht. Im Bewusstsein immer wiederkehrender Gefahren, die in der menschlichen Natur liegen, schloss Bergstraesser: „Very often events escape us and our wishes, but the freedom of our own minds always remains. We have only to stand for this, for here lies our essential liberty.“¹⁴

Welche kreative Energie aus einer freiheitlichen Aneignung von Kulturtraditionen steckt, erkundete Bergstraesser mit Künstlern und Wissenschaftlern aus aller Welt zum 200. Geburtstag Goethes 1949. Die „Aspen Convocation“ dauerte zwei Wochen. Neben Vorträgen und Diskussionen fanden Konzerte und gemeinsame Wanderungen statt – die Liste von Teilnehmern wie Ernst Robert Curtius, José Ortega y Gasset, Artur Rubinstein und Albert Schweitzer bis zu Thornton Wilder spricht Bände. Bergstraesser legte sein Buch „Goethe’s image of man and society“ vor, ein Tagungsband erschien kurz darauf.

3 Kündler älterer Kulturbezüge in der frühen Bundesrepublik

Eine Zeitlang lehrte Bergstraesser abwechselnd in Chicago und in Deutschland (auf Einladung Max Horkheimers zunächst in Frankfurt, dann in Erlangen). Emsig betrieb er die endgültige Rückkehr. Bereits mit der Berufung 1954 nach Freiburg wurde er zu einem gefragten Interpreten der Gegenwartsverhältnisse. Zunächst sollen hier seine Texte sprechen, ehe die institutionelle Seite seiner Impulse für die Demokratie-Bildung zur Sprache kommt.¹⁵

Seinen Freiburger Schülern erschien Bergstraesser als Gelehrter mit stupendem Wissen – für manchen waren die historisch-literarischen Herleitungen von modernen Politikproblemen so abstrakt, dass etwa Ekkehart Krippendorff bald zu dem „Pragmatiker“ Theodor Eschenburg nach Tübingen wechselte. Ein Schlüssel-

13 Ebd., 27.

14 Ebd., 36.

15 Zu Bergstraessers Schriften siehe auch Sebastian Liebold, Ein konservativer Humanist? Arnold Bergstraesser in der frühen Bundesrepublik, in: Ders./Frank Schale (Hrsg.), Neugründung auf alten Werten? Konservative Intellektuelle und Politik in der Bundesrepublik, Baden-Baden 2017, 101–127; zum Wissenschaftsmanagement und der Gründung von Bildungsstätten vgl. Sebastian Liebold, Arnold Bergstraesser als Institutionengründer, Schulhaupt und Vermittler, in: Zyklus 4 (2018), 121–147.

text zu älteren Bezügen für zeitgenössische Fragen – wie etwa die europäische Einigung – ist die Rede „Hofmannsthal und der europäische Gedanke“, mit der Bergstraesser sich unter die Europa-Interpreten mischte.¹⁶ Er sah im Gegenspieler Stefan Georges einen „Wertesucher“ – Hofmannsthal konnte als „positiver“ und „politisch denkender“ Kopf die Modernisierung und Demokratisierung der Kulturkunde flankieren.¹⁷ Wie Goethe habe Hofmannsthal, berufen, „geistige Maßstäbe zu verwalten“ (wo die Politik dies verworfen hatte), das „fließende Leben mit der zeitlosen Wahrheit“ verbunden. In der Sprache des Dichters habe sich die „Erneuerung der Maßstäbe kulturellen Lebens“ angedeutet.¹⁸ Die Suche nach Halt durch die Literatur knüpft an einen Satz an, den Bergstraesser ganz ähnlich 1938 in den USA geäußert hatte: „Die Frage nach den Werten des Lebens entspringt [bei Hofmannsthal] einem sicheren Gefühl für ihre Verborgenheit und Gefährdung.“ Der Text kreist um die „Einheit der abendländischen Überlieferung“; nach dem „Verfall der geistigen Kräfte“ in der Zeit des Totalitarismus sollte eine Werte-Renaissance stattfinden. Konstruktiv ist Bergstraessers Kritik am Nationalstaat, die angesichts der europäischen Einigungsmühen modisch erscheint: Für ihn war es paradox, dass Staaten noch auf Reservatrechte pochen wollten. In Hofmannsthals Personenkonstellationen sei die Idee eines „übernationalen Verbandes“ greifbar – Bergstraesser wünschte sich eine „Einsicht in diesen aufbauenden und erneuerungsfähigen Kern der abendländischen Welt“ und eine „Wirkung des Geistes auf die politische Gestalt des Völkerlebens“.

Die Rede „Schillers Idee der Freiheit“ von 1955, gehalten in Mannheim, verweist auf den „Akt der Empörung“, durch den der Dichter der mit klarem Urteil erfassten „unsittlichen Wirklichkeit“ die Idee eines „sittlichen Baus der menschlichen Welt“ entgegengesetzt habe.¹⁹ Der Handelnde ende aber nicht mit Gedanken, sondern lebe „für die Verwirklichung der Idee“. Die Geschichte zeigte eine lange Dauer des „bloßen Naturstaates“, der den Menschen ständig gefährde, doch in der schroffen „Ungeborgenheit“ liege zugleich die Freiheit der Entscheidung. Für den Menschen sei eine „Übereinstimmung des geistigen Entwurfes mit der selbstgelebten Erfahrung“ wichtig. Im französischen Sinne sollte die „Grundverfassung des Menschen“ ein „freies Gemeinwesen“ ausbilden – Bergstraesser zitiert Schiller an-

16 Arnold Bergstraesser, Hofmannsthal und der europäische Gedanke (Kieler Universitätsreden 2), Kiel 1959 – gehalten 1951 in Kiel; Entwurf in University of Chicago Libraries, Special Collections: Presidents' Papers 1945–1950, Box 18, Mappe 10.

17 Dies gab Bergstraesser seinen Schülern mit auf den Weg, so Dieter Oberndörfer im September 2016 zum Verfasser.

18 Zitiert nach der Entwurfsfassung (wie Anm. 16), ebenso das Folgezitat.

19 Abgedruckt in: Arnold Bergstraesser, Staat und Dichtung, hrsg. von Erika Bergstraesser, Freiburg im Breisgau 1967, 239–252, hier 240.

lässlich des 150. Todestages: „Der gebildete Mensch macht die Natur zu seinem Freund und ehrt ihre Freiheit, indem er bloß ihre Willkür zügelt.“²⁰ Die Vernunft gibt dem Bürger das Mittel, sich zu verwirklichen und in die „Ganzheit“ einzuordnen, deren Balance auf Machtbeschränkung beruht. Erneut scheint Bergstraessers doppelte Ethik auf – Freiheit gelingt nur in Übereinstimmung mit der geistigen Überlieferung. Entscheidungsfreiheit als Kategorie der Politik griff Arnold Wolfers in einer Gedenkschrift für Bergstraesser auf.²¹

Einen Dies-academicus-Vortrag im Wintersemester 1962/1963, der das Studium generale stärken sollte, nannte Bergstraesser „Der Einzelne, die Vielen und die Ordnung“. Eine höhere Verantwortung vor Gott habe das abendländische Denken ethisch gestärkt; die demokratische Erziehung befestige das Wissen um die Bedingtheit menschlichen Vermögens im doppelten Sinne und um die Möglichkeiten seiner sozialen Rolle. An diesem Punkt hätte seine politische Philosophie, wie er sie in der Weimarer und in der frühen Exilzeit vertrat, geendet. Doch Bergstraesser unternimmt einen Ausflug in die Empirie und unterscheidet drei Arten des Sozialgefüges, das zweckbestimmte, das innere, das politische: Die erste bestimmt das Wirtschaftsleben – gekennzeichnet durch Leistungswillen. Die zweite ist der Bereich von Freundschaft, Literatur und den Künsten – sie ermögliche die Erfahrung von Transzendenz. Schließlich die dritte Art: Die freiheitliche Demokratie erlaube dem Bürger, anders als der totalitäre Einparteiensstaat, individuelle Entfaltung. Dabei müsse der Mensch zu einem Urteil fähig und offen für Kritik sein, um den Maßstab einzuhalten, der anderen ebenfalls ein freies Leben erlaubt. Die Politik spielt so eine ermöglichende und nur sekundär korrigierende Rolle.

Einen „Rundumschlag“ über die Grenzen des menschlichen Handelns lieferte Bergstraesser mit dem Diagnostext „Mensch und Gesellschaft im Atomzeitalter“²². Technische Neuerungen hoben diese Zeit gegenüber vergangenen Epochen heraus. Der Grad an Umgestaltung sei erdrückend, nicht nur „im alten Europa“, sondern auch in vielen Entwicklungsländern (Bergstraesser nahm – wie viele Zeitgenossen – an, dass der Fortschritt die globale Angleichung der Lebensverhältnisse ermöglichen würde).²³ Die Ausrichtung der „Daseinsführung“ auf eine transzendente Dimension habe derweil nachgelassen (die Säkularisation ermögliche für ihn eine „erzwingbare Gebundenheit“), ebenso die schöpferische Kraft

20 Drei Zitate in diesem Abschnitt finden sich ebd., 247–249.

21 Arnold Wolfers, Staatskunst und moralische Entscheidungsfreiheit, in: Fritz Hodeige/Carl Rothe (Hrsg.), Atlantische Begegnungen. Eine Freundesgabe für Arnold Bergstraesser, Freiburg im Breisgau 1964, 183–206.

22 Arnold Bergstraesser, Mensch und Gesellschaft im Atomzeitalter, in: Ders., Politik in Wissenschaft und Bildung – Schriften und Reden, Freiburg im Breisgau 1961, 109–123, hier 112.

23 Ebd.

der „dichterischen und bildenden Künste“, in denen etwa Schiller eine gemeinschaftsstiftende Wirkung und einen erzieherischen Weg zur politischen Freiheit gesehen hat.

Soziologisch beklagte Bergstraesser das Phänomen der „großen“ Institutionen: Großbetriebe, große Organisationen, große Städte hätten die „einfach übersehbare Gesellschaft“ zerstört.²⁴ Indes sei aus der unpersönlichen Art („Verstädterung ist eine konstruktive Möglichkeit“) die offene Gesellschaft entstanden, die jedem ohne Ansehen sein Recht zuspricht. Zur Freiheit benötige der einzelne immer Fähigkeit, Einsicht und Erziehung. Aus „Übergangsschwierigkeiten“ der Industriegesellschaft würden später neue Freiheiten (etwa Verfügung über Zeit, gesunde Lebensführung) erwachsen. Bergstraesser distanziert sich vom literarischen Pessimismus gegenüber dem „Massenzeitalter“ – eine „Modernisierung“ des kulturkundlichen Denkens der Heidelberger Studienzeit.

4 Demokratie-Bildung durch Institutionen

Wollte Bergstraesser in der Heidelberger Zeit noch klassisch durch Schriften wirken, konzentrierte er sich nach den Erfahrungen im Exil auf programmatische Reden (und kleinere Beiträge), vor allem aber auf Institutionen, die lange das weitertragen, was er für wichtig erachtete. Ich gehe daher auf akademische und breitere gesellschaftliche Initiativen ein. In beiden Gebieten kann man sein Wirken als Erfolg ansehen, da sich etwa der Gemeinschaftskunde-Unterricht schnell in der Bundesrepublik etablierte, die Schüler in maßgeblichen Forschungsinstituten Fuß fassten, bald selbst wieder Schüler ausbildeten (so u. a. Dieter Oberndorfer, Hans-Peter Schwarz oder Kurt Sontheimer) und seine Gründungen bis heute existieren.

Während seiner Zeit in Chicago hatte ein sich lebendig vernetzender Kreis von Deutschen (wie Hans Rothfels) und von Amerikanern (wie Robert M. Hutchins), die sich dem Humanismus verpflichtet fühlten, über Bedingungen einer besseren Zukunft ausgetauscht. Für Deutschland war klar: Demokratische Bildung war der Schlüssel zur Festigung der Demokratie. Als vielerorts Amerika- und Goethe-Häuser entstanden, war Bergstraesser der richtige Mann zur richtigen Zeit: Mit seinen Goestudien im Gepäck sprach er an Universitäten und in Bildungseinrichtungen von der in der Literatur belegten Freiheit des Einzelnen, von der Notwendigkeit einer fundierten demokratischen Bildung und einer vergleichenden Sicht auf die Zivilisationen der Welt als Basis eines friedlichen und humanistischen Zusammenlebens. Damit traf er zugleich den Kern amerikanischer Bemü-

²⁴ Ebd., 116.

hungen um die *reeducation*, und er wusste genau, wie die Amerikaner „ticken“. Nach dem geistigen Winter der NS-Zeit kam es zu einem Ideentransfer von – meist ursprünglich europäischen – Ansätzen aus den Denkschulen Amerikas u. a. nach Deutschland.

In zehn Jahren des Wirkens in Freiburg (er starb 1964) baute er nicht nur die dortige Politikwissenschaft auf, sondern setzte sich unermüdlich für Breitenbildung ein. Er etablierte das Freiburger Colloquium politicum, dessen Tutor eine Weile Wolfgang Schäuble (als Schüler Dieter Oberndörfers) war. Gemeinsam mit Theodor Eschenburg setzte er den Gemeinschaftskunde-Unterricht durch.²⁵ Bergstraesser war es wichtig, in den Lehrplänen die Erziehung zur Freiheit mit der Kenntnis der Geistesgeschichte zu verbinden. Mit Weitblick setzte er sich – die Kultursoziologie Alfred Webers global anwendend – für die „Weltzivilisation“ ein, wofür er Forscher zu den Kulturen Afrikas und Asiens nach Freiburg holte. Aus der „Arbeitsstelle für kulturwissenschaftliche Forschung“ ist nach seinem Tod das heutige Arnold-Bergstraesser-Institut hervorgegangen.

Auf dem Grenzgebiet zwischen Wissenschaft und Bildung wirkte er eng mit vielen Amerika-Instituten zusammen, deren Vortragsprogramme er mit früheren Kollegen aus der Exilzeit „ausstaffierte“ und für deren Finanzierung er durch Kontakte zu den großen Stiftungen sorgte. Beispielhaft soll hier kurz das Programm des Stuttgarter Amerika-Hauses vorgestellt werden, das zeitweise ein ambitioniertes Forschungs- und Umfrageprogramm unterhielt. Friedrich Tenbruck war die Zentralfigur (diesen Soziologen holte Bergstraesser bald nach Freiburg). Am akademischen Programm des Stuttgarter George-Washington-Instituts für Amerikanische Kultur und Vergleichende Soziologie beteiligte er sich u. a. im Wintersemester 1954/1955 (also ein halbes Jahr nach Amtsantritt in Freiburg) mit der Vorlesung „Die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik 1914–1954“ und mit einem kooperativ durchgeführten Lektürekurs „Analyse und Kritik neuerer amerikanischer Literatur zur Soziologie der industriellen Gesellschaft“. Beide Qualifikationsschriften Dieter Oberndörfers (1958, 1960) zeugen exemplarisch von der Übernahme des Interesses für Amerika durch einige Schüler.

Für viele Amerika-Institute hielt er geradezu rastlos Vorträge. Im Amerika-Haus Nürnberg sprach er am 12. März 1957 über den „sozialen Wandel im 20. Jahrhundert“. Zum 10. Jubiläum des Hauses begleitete ihn sein Lehrer Edgar Salin als Referent; Heinrich Weinstock referierte zu „Technologie contra Humanismus“, Dolf Sternberger sehr verständig über „Soziale und kulturelle Entwicklungsphasen der unterentwickelten Gebiete“. Den außenpolitischen Grundsatzvortrag „Die

²⁵ Ausführlich bei Joachim Detjen, Politische Erziehung als Wissenschaftsaufgabe. Das Verhältnis der Gründergeneration der deutschen Politikwissenschaft zur politischen Bildung, Baden-Baden 2016, 103–162.

atlantische Gemeinschaft und die Koexistenz-Parole“ hielt der Matador mehrerer transatlantischer Gruppen und Vereinigungen mehrfach. Ferner war Bergstraesser mit Tatkraft und Fördergeld an mehreren deutsch-amerikanischen Konferenzen beteiligt, darunter der „Third American-German Conference“ in Bad Godesberg und Berlin Ende 1962 – viele Bekannte tauchten auf: Carl Joachim Friedrich, Henry Kissinger und George N. Schuster, seinerzeit amerikanischer Vertreter bei der UNESCO in Paris (Bergstraesser war damals zudem Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission). Bergstraessers für die Bildung handhabbar gemachte Kulturgeschichte und sein bildungsbürgerliches Weltverständnis kamen mit der Amerika-Begeisterung der jungen Bundesrepublik günstig zusammen.

Sternstunde war – das bezeugen jüngere Beteiligte wie Fritz Scharpf oder Kurt Sontheimer einhellig – die NATO-Tagung im April 1960 „The Standpoint of the NATO towards the communist orbit“ mit umfangreichem kulturellem Begleitprogramm in Freiburg. Schon in Hans-Joachim von Merkatz' Eröffnungsrede (er war damals Vertriebenenminister) zeigt sich die von den Gästen geteilte Bündnisidee, die auf westlicher Freiheit und gemeinsamen Werten beruhte. Die Rede lobt Freiburgs „humanist spirit“. Der „genius of man“ des Ortes, ein Schlagwort Bergstraessers u. a. aus dem Goethe-Buch von 1949, zeigte: Es gebe Denker, die mit vernünftigen Ansichten – will heißen: einer mit den Amerikanern konvergierende Sicht – aktiv für eine Demokratisierung eintraten, wie sie die Amerikaner (und viele Deutsche, die totalitärer Ideen überdrüssig waren) wünschten.²⁶

Bergstraesser ist – neben seiner Schülerschar – als Wissenschaftsmanager und Institutionengründer bekannt, zuerst sicher die Akademien für politische Bildung in Baden-Württemberg und in Bayern (so Tutzing mit dem SPD-Politiker Waldemar von Knoeringen), Schloss Eichholz als Nukleus der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wesseling. Bergstraesser prägte indes auch den Beirat Innere Führung, der sofort nach Gründung der Bundeswehr die demokratische Einbindung der Soldaten in die Bundesrepublik sicherstellen sollte – dort wirkte er u. a. mit Marion Gräfin Dönhoff. Ferner war er überall aktiv, wo Außenpolitik mit Westbindung begleitet und vorgedacht wurde – bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, bei der Atlantik-Brücke, der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, nicht zuletzt als Gutachter für die Thyssen-, Fulbright- und Rockefeller-Stiftung. Viele seiner Schüler brachte er an Universitäten, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie in Stiftungen unter.

Schließlich war Bergstraesser ein gefragter Redner bei Festanlässen – mit einem ernsten Anliegen: die Bildungsprogramme so zu präzisieren, dass sie alle Gruppen verstehen konnten. So sprach er bei den Alpbacher Hochschulwochen,

²⁶ Manuskript im Freiburger Nachlass, B 204–226; Merkatz war 1964–1968 deutscher Vertreter im UNESCO-Exekutivrat.

in der Evangelischen Akademie Loccum, bei den Landfrauen genauso wie zum Schiller-Jubiläum in der Mannheimer Stadthalle, beim Stifterverband der deutschen Wirtschaft sowie bei den Gewerkschaften. Sein Wort hatte Gewicht, indes konnte er kaum für eine dauerhafte Festigung seiner Gedanken sorgen – so verblasste sein Werk schnell, viel schneller als das von Kollegen wie Ernst Fraenkel, der weniger geredet und mehr geschrieben hatte.

Warum waren seine Reden so einprägsam? Bergstraesser galt als charismatisch, seine Bilder gewannen die Zuhörer unabhängig von Herkunft und Schicht. Er erkannte u. a. die neue Rolle des Radios und war ständig „auf Sendung“, inhaltlich traf er den Ton der Adenauer-Zeit. Der SWR berichtete weidlich über „große“ Ereignisse, an denen Bergstraesser Anteil hatte – so zur 500-Jahr-Feier der Universität Freiburg Ende Juni 1957. „Die Aufgabe der Universität in Gesellschaft und Staat“²⁷ zum Jubiläum wurde gefolgt von strenger fachlichen Themen wie „Die internationale Politik“ (21. September 1958), ferner – zur Selbstfindung des Fachgebiets – zur „Stellung der Politik innerhalb der Wissenschaft“²⁸ (23. Oktober 1962) sowie zu „Der Einzelne, die Vielen und die Ordnung“²⁹. Am 14. August 1970 brachte der SWR ein Lebensbild Bergstraessers. Merkwürdigerweise nicht als Radiobeitrag überliefert ist der erwähnte Text zu „Mensch und Gesellschaft im Atomzeitalter“, obgleich damals ein „heißes“ Thema, zum dem sich neben vielen anderen etwa auch Karl Jaspers geäußert hat.

Am 25. Nov. 1963 sprach er (kurz vor seinem Tod) über John F. Kennedy. Einen Bericht über den Fackelzug der Studenten und die Rede selbst sendete der SWR stellvertretend für Kundgebungen im ganzen Land am Tag nach der Beisetzung des US-Präsidenten.³⁰ Er traf den Puls jener Zeit, öffentlich Anteil zu nehmen am gewaltsamen Tod eines charismatischen „Führers“ der westlichen Welt. Bergstraesser, der mit „Führung in der modernen Welt“³¹ die Rolle solcher Politiker 1961 soziologisch beschrieben hatte, verwendete zwar den Führer-Begriff lediglich in einem Zitat Adenauers über Kennedy, nutzte aber selbst Attribute einer solchen Person: Kennedy sei als „mutiger Mann“ geschätzt gewesen. Unter Verweis

27 Nach den Festreden (Bergstraesser hielt als Dekan der Philosophischen Fakultät eine Laudatio für Theodor Heuss), im SWR am 24. Juni zu hören, folgte die Rede zweifach im Äther, am 28. Juni und am 11. August 1957, vgl. Deutsches Rundfunkarchiv, SWR.

28 Den Beitrag hatte der SWR bereits am 26. Februar und am 8. Juni 1958 gesendet. In leichter Abwandlung brachte ihn der NWDR. Auch DLF und RIAS sendeten ähnliche Beiträge; vgl. Koblenzer Nachlass, N 1260, Mappe 146 bzw. 149; Freiburger Nachlass, B 204–76.

29 Zweimal gesendet, der zweite Termin 21. Juli 1964 lag schon nach Bergstraessers Tod.

30 SWR vom 26. November 1963. Im Redetext erwähnt Bergstraesser Kondolenzbücher im Rathaus und im Freiburger Amerikahaus – dieser Passus kommt im Radiomitschnitt nicht vor, vgl. Deutsches Rundfunkarchiv, SWR, Nr. 395–2.

31 Freiburg im Breisgau 1961.

auf Adenauer hob er hervor, wie Kennedy der „freien Welt“ das „Selbstvertrauen zurückgegeben“ habe, um den „Gefährdungen ihrer Existenz zu begegnen“.

Der überraschendste Brückenschlag zwischen Alltag und Geistesleben gelang Bergstraesser vermutlich in der Radiosendung des SWR vom 21. Juli 1958 über „Die geheimen Verführer“ (zur Übersetzung des Bandes „The hidden persuaders“ von Vance Packard).³² Georg Böse, der Redakteur, fragte ihn, ob neue Selbstbedienungsläden nicht die fortschreitende Amerikanisierung der Bundesrepublik zeigten und eine psychologische Beeinflussung der Hausfrau darstellten, die früher alles Sinnvolle über die Ladentheke gereicht bekam. Bergstraesser antwortete: Er erkenne nur Vorzüge, die Käuferin habe eine größere Entscheidungsfreiheit erlangt, der überredende Verkäufer falle weg. Allerdings müsse man die Freiheit zum Kauf erst allmählich erlernen. Selbstbedienungsläden seien ein Mittel der Demokratie. Flugs kam man auf die These Packards, eine politische Entscheidung herbeizuführen, indem man sachfremde Motivationen begünstigt, wenn man etwa einen Präsidenten als „vollkommenen Führer“ (es ging um die US-Präsidentenwahl 1956) darstelle, ohne sein Programm zu nennen. Bergstraesser konterte: Aufmerksamkeit für den Fürsten begegne uns schon in alten Fürstenspiegeln, so würden die Wähler die Persönlichkeit eines Politikers immerhin kennen. Georg Böse zitierte Packard weiter: Das Fernsehen bringe Präsidenten und Lokalpolitiker künstlich zusammen, wo doch das Gewicht der nationalen Ebene gar nichts mit Kommunalpolitik zu tun habe. Darauf aber der Remigrant: Diese Aufnahmen gäben ein persönliches Bild ab ähnlich der „fireside chats“ Präsident Franklin D. Roosevelts, die Hörer zum Nachdenken anregten. Ob Parteitage als Theater inszeniert seien und Wahlen lediglich der Verkaufsförderung unterschiedlicher Psychologengruppen dienen, darüber blieben die Interviewpartner bis zum Schluss uneins – Bergstraesser betonte Standfestigkeit, Böse sah den Menschen bedroht. Hier zeigt sich vielfach verdichtet die Demokratiebildung der frühen Bundesrepublik live.

32 Deutsches Rundfunkarchiv, SWR vom 21. Juli 1958; das Buch erschien bei Econ in Düsseldorf.

Rosemarie Lazarus

Die deutsche Presse in der ersten Re-educations-Phase

Weil wir uns seit einiger Zeit mit „fake news“ beschäftigen müssen und ungeahnten Möglichkeiten, sich über Social Media zu radikalisieren, ist die Frage, ob sich die Re-educations-Presse in der ersten Nachkriegszeit an die Völkischen richten konnte oder sollte, interessant. Sie lässt sich nicht nur mit ihrer Ausprägung und Dauer beantworten. Dabei müssen politische Entscheidungen, Kompetenzen und Strukturen der ausführenden Einrichtungen, auch der personelle Wechsel auf höchster Regierungsebene (Roosevelt/Truman und Churchill/Attlee) und bei der Militärverwaltung berücksichtigt werden.

Stellvertretend für eine völkische Gesinnung wird zunächst an die Wahlergebnisse der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) erinnert,¹ die mit ihrem höchsten Wahlergebnis im Dezember 1924 von 20,5 Prozent zweitstärkste Kraft nach der SPD (26 Prozent) geworden war. Das wäre etwa ein Fünftel der deutschen Bevölkerung. Die hier interessierenden Prozent-Anteile in den späteren Besatzungszonen waren in diesem Jahr im Westen etwa halb so hoch (z. B. 7,0 Prozent [Hessen], 9,4 Prozent [Bayern], 12,2 Prozent [Baden], 10,4 Prozent [Württemberg]) wie im Osten (z. B. 14,5 Prozent [Sachsen], 23,7 [Preußen], 24,1 [Mecklenburg-Strelitz], 28,9 [Mecklenburg-Schwerin]).

Der Begriff Re-education war bereits vor dem Zweiten Weltkrieg im Zusammenhang mit Deutschland aufgetaucht, wurde jedoch lange Zeit nur als eine Methode für die schulische und universitäre Bildung verstanden.² Die Amerikaner erweiterten die Bedeutung im Rahmen ihres *Political Warfare* und subsumierten darunter bald eine „Umformung“ des gesamten deutschen Sozialcharakters. Grundsätzlich handelten aber alle Alliierten bei der späteren Besetzung Deutschlands im Rahmen ihrer politischen Traditionen. Die Franzosen hielten den Gedanken, ein ganzes Volk umerziehen zu wollen, für ziemlich absurd, auch die Briten, die eher auf das Vorbild der britischen Demokratie setzten, waren keine Anhän-

1 Die DNVP gilt als Schmelztiegel von ca. 72 völkischen Verbänden und Organen mit nationalen, nationalliberalen, zum Teil antisemitischen und kaiserlich-monarchistischen Zielen. Beginnend mit Verlusten 1928 (14,3 Prozent) und dem Parteivorsitz des Verlegers A. Hugenberg verstärkten sich nationalistische Ansichten.

2 Koszyk, K., *Pressepolitik für Deutsche 1945–1949, Geschichte der deutschen Presse*, Teil IV, 1986, 123

ger eines „political schooling“.³ Die Re-educations-Politik der Amerikaner befand sich zudem von Anfang an in dem Dilemma, ein Volk mit Mitteln, die eigentlich undemokratisch waren, zur Demokratie erziehen zu wollen. Stalin äußerte sich im Frühjahr 1945 dagegen unverblümt: „[...] wer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein“.⁴

Das Konzept der Re-education ist von der amerikanischen Militärverwaltung am intensivsten durchgesetzt worden und ist auch besonders gut dokumentiert. Zum Verständnis des sich wandelnden Begriffs und der wenig einheitlichen Besatzungspolitiken wird kurz an die ausschlaggebenden Konferenzen erinnert, die zu keiner wirklich einheitlichen Linie aller Alliierten in der Behandlung des besiegten Deutschlands geführt hatten: Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943), Jalta, (4. bis 12. Februar 1945) und Potsdam (17. Juli bis 2. August 1945). Ein geplantes Kapitel „Prinzipien der Militärverwaltungen“, in dem ein einheitliches Vorgehen festgelegt werden sollte, blieb im Abschlussbericht der Tagung der *Europäischen Beratenden Kommission für Deutschland* im November 1944 ungeschrieben.⁵ Einigkeit bestand nur bei den Zielen einer bedingungslosen Kapitulation und einer zeitlich zu befristenden Übernahme der Regierungsgewalt durch zuerst drei Siegermächte, später zugunsten von Frankreich erweitert auf vier. In Potsdam verständigte man sich darauf, Deutschland durch Demilitarisierung, Demontage (der Schlüsselindustrien), Denazifizierung⁶ und Dezentralisierung auf Dauer kriegsunfähig zu machen, und delegierte die Festlegung einheitlicher alliierter Aktivitäten an einen einzurichtenden Kontrollrat. Später sollten demokratische Parteien erlaubt sowie die Freiheit der Rede und Presse angestrebt werden. Explizite Pläne zur „Re-education“ wurden nicht vereinbart.

Inhaltlich ist das amerikanische Konzept der Re-education insbesondere von einem von der amerikanischen demokratischen Linken favorisierten psychologisch definierten Menschenbild und dem Konstrukt eines Nationalcharakters geprägt worden.⁷ Die nationalsozialistischen Untaten offenbarten demnach eine be-

³ Merkel, I., Kapitulation im Kino, Zur Kultur der Besetzung im Jahr 1945, 2014/15, 100 f.

⁴ Zitiert nach Schwarz, H.-P., Vom Reich zur Bundesrepublik, Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, 1966, 213

⁵ OMGUS/Isd 5/235–1/20

⁶ Für die Denazifizierung gingen die Amerikaner von etwa 220.000 zu verhaftenden Personen und ca. 40.000 Verurteilungen aus.

⁷ Seit den 1920er Jahren hatte sich die Psychoanalyse um eine Theorie bemüht, die das soziale Gefüge einer Nation erklären kann. 1937 veröffentlichte die amerikanische Psychoanalytikerin K. Horney die Studie „The Neurotic Personality of our Time“. Sie hatte im Verlauf ihrer beruflichen Praxis festgestellt, dass die Entwicklung von Neurosen bzw. „normalen“ Gefühlen und Haltungen entscheidend vom kulturellen Umfeld beeinflusst werden. Diese zu ihrer Zeit wegweisende Arbeit

sonders krasse Form des deutschen Nationalcharakters, dem autoritäre Verhaltensweisen, Sadismus und Aggressionen sowie andererseits eine romantische Gefühllichkeit zugeordnet wurden, Eigenschaften, die für eine paranoide Persönlichkeit typisch wären. Diese Theorie vom „autoritativen Charakter“⁸ lag während des Krieges auch den Deutschlandanalysen von Franz L. Neumann, H. Stuart Hughes und Herbert Marcuse für das *Office of Strategic Services* (OSS) zugrunde⁹ und war auch Thema der *Conference on Germany after the War*, die vom *Joint Committee on Post-War Planning* im Frühjahr 1944 einberufen worden war. Die überwiegende Mehrheit der 75 an dieser Konferenz teilnehmenden Wissenschaftler, die über den „pathologischen deutschen Nationalcharakter“ berieten, waren amerikanische Psychiater, Psychologen, Neurologen, Soziologen oder Psychoanalytiker.¹⁰

Das Konstrukt eines Nationalcharakters stand in Europa seit der Klimatheorie und den seinerzeit wegweisenden Schriften des schottischen Philosophen David Hume und des Franzosen Charles Montesquieu¹¹ in einer Jahrhunderte langen Denktradition. Mit der Klimatheorie war versucht worden, nationale Unterschiede im Verhalten zu erklären, ausschlaggebend sollten das Klima und geographische Unterschiede sein. Im klimatheoretischen Ranking der europäischen Länder war die „Rasse des Nordens“ den südländischen Völkern grundsätzlich überlegen. Deutschland nahm dabei eine Mittelstellung ein. Im 20. Jahrhundert erfuhr das verstaubte Denkmodell mit den Schriften des Briten Lord Robert Vansittart eine Art Revival, darin bekräftigte er – propagandistisch passend während des Ersten

war nicht als Interpretation von Nationalcharakteren angelegt worden. Erst die auf dieser Studie aufbauende Theorie von Erich Fromm über den *autoritativen Charakter* wollte das moderne Massenindividuum, den Faschismus und rassistische Vorurteile erklären. Auch die „Studien über Autorität und Familie“, die Mitte der 1930er Jahre veröffentlicht worden sind, mussten als Erklärung für das Konstrukt des typischen „German Minds“ herhalten.

8 Hierauf haben eine Reihe von Buchautoren Einfluss gehabt, allen voran Lord Vansittart (*Black Record*) und Henry Morgenthau (*Germany is our Problem*). Die Theorie vom „autoritativen Charakter“ aus den 1930er Jahren hat in Deutschland in den 1968er Jahren über Max Horkheimer und Theodor Adorno noch einmal weite Verbreitung gefunden, obwohl es längst anders lautende empirische Befunde gab (z. B. Milgram Versuche). Die 68er Generation fürchtete sich davor, die autoritären Verhaltensweisen ihrer Väter geerbt zu haben.

9 Müller, T., *Krieger und Gelehrte*, 2010, 663

10 Report of a Conference on Germany after the War, in: *American Journal of Mental Deficiency*, Juli 1945, L, Nr. 1, 149 f.

11 Ausgehend von der antiken Geographie, die die Welt in kalte, heiße und gemäßigte Zonen aufteilte und nach den Effekten des Klimas auf Körper, Geist und Gemeinschaft der Einwohner fragte, entwickelte sich im 17. und 18. Jahrhundert eine Theorie des Klimas, die politische Herrschaftsformen, Kultur und den sogenannten „Nationalcharakter“ aus den Gegebenheiten des Klimas erklären wollte. Vertreter in Deutschland war u. a. Johann Gottfried Herder.

Weltkriegs – den minderwertigen Nationalcharakter der Deutschen.¹² Die neue psychoanalytisch gestützte „amerikanische Theorie“ vom deutschen Nationalcharakter lag später den Empfehlungen des *Joint Committee on Post-War Planning* für die Militärregierung zugrunde: (1) in der Frage der „War Guilt“ sollten das Volk und der Führer nicht voneinander unterschieden werden. (2) Dem deutschen Volk müsse klar gemacht werden, dass sie alle es waren, die es getan hatten. (3) Die Erzeugung von starken Schuldgefühlen würde eine Änderung des Volkscharakters unterstützen.¹³

Die Empfehlungen des *Joint Committee on Post-War Planning* haben mehr oder weniger allen Maßnahmen der Re-education zugrunde gelegen, u. a. auch bei den Nürnberger Prozessen eine Rolle gespielt. So akzentuierte der Chefankläger Robert H. Jackson, ein beurlaubter Richter des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten, seine Anklage mit einem weit über das Juristische hinausgehenden starken moralischen Aspekt. Für die PR-mäßige Begleitung des Prozessgeschehens sorgte der für die Lizenzzeitungen zuständige General McClure, indem er zusätzliche Papiermengen für zweiseitige Sonderbeilagen beschaffen ließ. Das Monopol der Prozessberichterstattung lag bei der Monopol-Agentur DANA.¹⁴ Deutsche Journalisten waren nur sehr eingeschränkt als Prozessbeobachter zugelassen. Aber die Vermischung von Strafrecht und Moral kam nicht wirklich gut an, auch nicht eine Justiz von Siegern über Besiegte.

Den Einfluss des Konstrukts vom „kranken“ Nationalcharakter auf die Formulierung der amerikanischen Besatzungsrichtlinie JCS 1067 vom April 1945 hat Walter Dorn nachgewiesen.¹⁵ JCS 1067 richtete sich auf die Denazifizierung, die Entmilitarisierung, die Einschränkung politischer Betätigungen und bestimmte das ausgeklügelte Lizenzwesen für Kunst, Kultur und die ins Leben zu rufende Presse, die in Absprache mit den Briten bei der Re-education eine besonders wichtige Rolle übernehmen sollte. Unter dem neuen Außenminister Byrnes setzte sich damit eine Definition von Re-education durch, die alle Maßnahmen, einschließlich der zur Zerstörung der gegenwärtigen deutschen Kriegsmacht einschloss. Der Erfolg sämtlicher Maßnahmen sollte nicht nach ihren unmittelbaren Ergebnissen, sondern letztlich nach ihrem Einfluss auf die deutsche Mentalität und den „deutschen

12 Briggs, A., *The War of Words*, 1970, 171 f.

13 Report of a Conference on Germany after the War, in: *American Journal of Mental Deficiency*, Juli 1945, L, Nr. 1, Appendix 6, 177 f.

14 Koszyk, K., *Pressepolitik für Deutsche 1945–1949*, *Geschichte der deutschen Presse*, Teil IV, 1986, 63. Durch Bestrafung der Schuldigen sollte die Re-education unterstützt werden. Die vom ICD verbreitete Berichterstattung war aber eher hinderlich. Die Vermischung von Strafrecht und moralischer Schuld wurde als bedenklich angesehen.

15 Dorn, W. L., *Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland (1944–1945)*, VzG, 6. Jahrgang, 1958

Nationalcharakter“ beurteilt werden.¹⁶ Der stellvertretende Militärgouverneur Lucius D. Clay soll über die Direktive JCS 1067 entsetzt gewesen sein und hat sich schon bevor er 1947 die Nachfolge seines Vorgängers McNarney antrat, für eine großzügigere Politik eingesetzt. So befürwortete er die weniger strenge Direktive JCS 1779.

Das Lizenzwesen und die Presse können nicht isoliert von den Sicherungsmaßnahmen der Besatzungsmächte gesehen werden, die unmittelbar nach dem Krieg im Vordergrund standen. Die der ersten Phase der Re-education zugrunde liegende Denkweise ist von dem Präsidenten des kantonal-bernischen Schriftstellerverbandes Zbinden als „totalitär“ bezeichnet worden.¹⁷ Begründung und gleichzeitig Rechtfertigung war das Konstrukt vom deutschen Nationalcharakter. Schon im September 1945 hatte der amerikanische Historiker L. W. Fuller das US-Außenministerium darauf hingewiesen, dass mit der Anwendung der Direktive keineswegs nationalsozialistische Einflüsse ausgeschaltet werden könnten.¹⁸

An die Stelle des zuerst praktizierten automatischen Arrests von führenden Nationalsozialisten, der bis Juli 1945 galt und der die Inhaftierung von etwa 182.000 Personen nach sich zog, traten in allen Westzonen formale Verfahren zur Überprüfung aller über 18-jährigen Deutschen auf NS-Aktivitäten: Security Review Boards (USA), Compulsary Arrest Categories (GB) und Commissions des Triage (Frankreich). Der immense Arbeitsaufwand wird deutlich an der Zahl von 1,6 Mio. Fragebögen, die von den Amerikanern bis zum Frühjahr 1946 überprüft worden sind. Dabei wurden 300000 Personen mit einem Beschäftigungsverbot belegt, 66500 Nazis in Haft genommen.¹⁹ Ein besonderes Problem stellte sich bei Flüchtlingen aus den Ostgebieten (ca. 5,9 Mio.): wegen fehlender Unterlagen konnten ihre Angaben nicht überprüft werden.²⁰ Aber unter dem Vorzeichen der politischen Säuberung fand auf allen Ebenen der Verwaltung und Wirtschaft auch ein Kampf um Arbeit und Einflussnahme statt.

Durch das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 wurden schließlich Deutsche in sogenannten „Spruchkammern“ an der Denazifizierung beteiligt. Zwischen Trümmern und materieller Not, Chaos und Elend der ersten Nachkriegszeit eröffnete eine Entlastung durch eine Spruch-

16 McLeish, A., Memorandum by the Central Secretariat; Potsdam Papers, Vol. II, Doc. No. 855, S. 780, zitiert in: Bungenstab, K. E., Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945–1949. Umerziehung zur Demokratie? 1970

17 Zbinden, H., Um Deutschlands Zukunft, Schriften zur Zeit, Heft 14, 1947

18 Fuller, L. W., in: Borsdorf, U., Niethammer, L. (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besatzung, Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, 1976

19 OSS Report Nr. 4626, Document III.2

20 Neumann, F., Die Umerziehung der Deutschen und das Dilemma des Wiederaufbaus, 1947, in: Söllner, A., Franz L. Neumann, Wirtschaft, Staat, Demokratie – Aufsätze 1930–1954, 1978

kammer („Persilschein“) vor allem die Chance auf Arbeit. Eine unbelastete Vergangenheit war also erstrebenswert und begünstigte wohl auch eine Haltung des „vorausseilenden Gehorsams“. In den Spruchkammern konnten parteipolitische Gegner oder anderweitig konkurrierende auch „abgeschossen“ werden, indem ihnen eine nationalsozialistische Schuld zugeschrieben wurde. Andererseits wurde vielen Lippenbekennenden mit gefälligen Narrativen vorschnell ein Recht auf politischen Irrtum zugebilligt. Im Rahmen der geteilten Zuständigkeiten kam es zum Teil zu erbitterten Kontroversen und Schuldzuweisungen an die Besatzungsmächte, mal wegen zu milder Urteile, mal wegen zu harter, und umgekehrt an die Deutschen. Im Oktober 1946 wurden schließlich sämtliche Belastete der Kategorie II (Nazi-Aktivisten) von der Militärregierung entlastet, 1947 kamen weitere ca. 70.000 Überprüfte in den Genuss einer Amnestie.²¹ Laut OSS Report Nr. 4626 blieben in der amerikanischen Zone 50–60 Prozent der als nationalsozialistisch eingestuften Richter und Staatsanwälte im Dienst, in der britischen Zone waren von 121 höheren Beamten 111 ehemalige Nazis. Über 80 Prozent der Richter des BGH hatten in den 1960er Jahren eine nationalsozialistische Vergangenheit.²² Mindestens 1000 Ex-Nazis sind laut der New York Times als Spione oder Informanten von den USA angeworben worden.²³

In der sowjetisch besetzten Zone sind nach dem militärischen Befehl Nr. 0016 (11. Januar 1945) für Maßnahmen zur Säuberung des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee und dem Befehl Nr. 0061 (6. Februar 1945), die beide eigentlich nicht einer Denazifizierung galten, Personen verhaftet worden.²⁴ Berija berichtete in einem Brief an Stalin vom 17. April 1945 von 215540 „ausgehobenen“ Personen, davon wurden 148540 in die UdSSR deportiert, die anderen waren nicht mehr arbeitsfähig oder gestorben.²⁵ Straftatbestände waren u. a. die Unterhaltung von Beziehungen zu einem ausländischen Staat oder Vertretern mit konterrevolutionären Absichten. Unter dem Deckmantel „Denazifizierung“ wurden in der sowjetischen Zone unter Mitarbeit deutscher Kommunisten möglichst Stalin-getreue Kommunisten in alle wichtigen Ämter der deutschen Selbstverwaltung platziert. Laut Beschluss des SED-Zentralsekretariat vom 15. Juni 1946 sollten allerdings

21 Weisz, C., (Hrsg.), *OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949*, 1994

22 Nolzen, A., *Die NSDAP, der Krieg und die deutsche Gesellschaft*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, 2004, 103

23 dpa, *Geheimdienste beschäftigten Nazis*, 28. Oktober 2014

24 Teilweise in Abänderung durch Befehl Nr. 00315 des Volkskommissars für innere Angelegenheiten L. Beria vom 18. April 1945

25 Poljan, P. M., *Westarbeiter: Reparationen durch Arbeitskraft. Deutsche Häftlinge in der UdSSR*, in: D. Dahlmann, G. Hirschfeld (Hrsg.), *Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation*, Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte – Neue Folge, Bd. 10, 1999

auch frühere NSDAP-Mitglieder eine „Bewährung“ erhalten.²⁶ Dafür reichte bereits ein Eintritt in die KPD oder SED aus, der ja die kommunistische Gesinnung unter Beweis stellte. Als die Sowjets mit SMAD-Befehl Nr. 35 die Entnazifizierung für beendet erklärten (1948), stellte die SED auf allen Verwaltungsebenen 43,6 Prozent der Mitarbeiter des Staatsapparats.²⁷

Die Vorgaben der o. a. amerikanischen Richtlinie JCS 1067 sind in die Kontrollrats-Direktiven Nr. 24 über Berufsverbote (12. Januar 1946), Nr. 38 zur Verhaftung/ Bestrafung von Naziverbrechern (12. Oktober 1946) und die Direktive Nr. 40 für deutsche Politiker und die deutsche Presse (12. Oktober 1946), die die Aktivitäten aller Alliierten angleichen sollten, eingeflossen. Bis dahin waren aber bereits überall Fakten geschaffen worden. In diesem Zusammenhang sind auch die Direktive Nr. 30 zu Denkmälern und Museen sowie der Kontrollratsbefehl Nr. 4 (13. Mai 1946) zu erwähnen, die die Einziehung von Literatur und Kunstwerken mit nationalsozialistischem und militärischem Charakter vorsahen. Sie ermöglichten die Herausgabe von Listen auszusondernder Literatur²⁸ und die Entfernung nationalsozialistischer Gemälde, Skulpturen und Denkmäler aus dem öffentlichen Leben. Etwa 10000 Kunstwerke wurden in militärische Depots in Amerika gebracht, in der sowjetischen Zone wurden auf der Grundlage der SMAD-Befehle Nr. 51 und Nr. 85 die Kunstwerke in Museen in Moskau, St. Petersburg und Kiew gebracht.²⁹

Kunst und Kultur wurden in allen Besatzungszonen als wesentlicher Bestandteil der Re-education angesehen. Darauf richtete sich das Lizenzwesen der *Information Control Division* (ICD) der amerikanischen Militärregierung (mit Sitz im ehemaligen Atelier des Staatskünstlers Arno Breker in Berlin-Dahlem), das auch politisch unerwünschte Künstler und Personen aus dem öffentlichen Leben fern halten sollte. Das Lizenzwesen war analog der ehemaligen nationalsozialistischen Reichskulturkammer nach sechs Kultur-Sektionen strukturiert: Presse, Literatur, Radio, Film, Theater und Bildende Künstler sowie Musik.³⁰ In der sowjetisch besetzten Zone war eine *Kammer der Kunstschaffenden* ins Leben gerufen worden,

26 Bundesarchiv, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Sig. IV 2/2.1/13.

27 Vollnhals, C., Entnazifizierung in West- und Ostdeutschland. Konzeptionen und Praxis, in: Internierungspraxis in Ost- und Westdeutschland, 1993, 23

28 Liste der auszusondernden Literatur, Deutsche Verwaltung für Volksbildung, 1946; Illustrative List of National Socialist and Militarist Literature, Military Government, 1946

29 Maertz, G., Kunst und Propaganda im Streit der Nationen, Deutsches Historisches Museum, Katalog, 2007, 458f.; Goldstein, C., Purges, Exclusions, and Limits: Art Policies in Germany 1933–1949, Cultural Policy Program, Working Papers, University of Chicago, o. J.

30 Nach Breitenkamp hat die Information Control Division trotz ihrer guten Vorsätze tatsächlich nur das Propagandaministerium ersetzt (Breitenkamp, E. C., The US ICD and its effect on German publishers and writers 1945 to 1949, 1953).

wenige Monate später der *Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands*. Das Konzept hatte der Kommunist Johannes R. Becher im Exil unter sowjetischer Führung entwickelt. Die *Gesellschaft zur Erforschung zeitgenössischer Dokumente* sollte Dokumente aus der NS-Zeit sammeln und zusammen mit dem *Deutschen Büro zum Studium der Presse* und dem *Büro für Aufklärung und kulturellen Aufbau* für Aufklärung und Propaganda sorgen. Gemäß Befehl Nr. 17 der sowjetischen Militärverwaltung SMAD (27. Juli 1945) führte die *Zentralverwaltung für Volksbildung* bereits den Aufbau und die Kontrolle des ostdeutschen Pressewesens aus.

Die deutsche Nachkriegspresse im Westen kann in der ersten Zeit grob in drei Phasen gegliedert werden: eine erste rigide Phase, eine zweite der kontrollierten Lizenzpresse und ab Herbst 1946³¹ eine Umorientierung und indirekte Lenkung (weg von der anti-faschistischen Re-education hin zu einem anti-kommunistischen Kurs).³² Am Anfang einer Flut von Vorschriften, Manuals, Directives etc. stand das Gesetz No. 191 (Militärregierung Deutschland) aus dem Jahr 1944,³³ das eine vollständige Sperre aller Presseaktivitäten, Theater, Filmtheater und Rundfunksender („black-out“) vorsah. Die rigide oberste Maxime lautete: „Wir wollen Mitteilungen und Richtlinien veröffentlichen, sonst nichts. Die Deutschen brauchen sich keine eigene Meinung zu bilden – das muss ihnen gesagt werden.“³⁴ Zum Chef der neuen *Information Control Division* (ICD) ernannt, bekräftigte der vorher für die psychologische Kriegsführung zuständige Generalmajor McClure das Medienverbot³⁵ und teilte ausdrücklich mit, dass Heereszeitungen bei der deutschen Bevölkerung eine Haltung passiver Hinnahme von Befehlen unterstützen und vertiefen sollten.³⁶ Kurz darauf, im Juni 1945, wurde mit der Direktive No. 3 das Lizenzwesen eingeführt,³⁷ die Direktive No. 4 vom 4. September 1945 untersagte jedoch jede Kritik an allen Militärregierungen. (Erst ein Jahr später folgte

31 Das Vorgehen wurde amerikanischen Presseoffizieren im *Manual for the Control of German Information Services* (12. Mai 1945) erläutert. In der amerikanischen Zone sollte ab Oktober 1945 die „Neue Zeitung“ ein Vorbild für die Lizenzpresse sein.

32 Im September 1947 wurde die Central Intelligence Agency (CIA) gegründet, deren Aufgabe u. a. die verdeckte politische und militärische Einflussnahme im Ausland sowie Propaganda gegen den Kommunismus war (Goldstein, Cora Sol, *Capturing the German Eye, American Visual Propaganda in Occupied Germany*, 2009).

33 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt

34 Zitiert nach: Mosberg, H., *Re-education*, 1991, 45

35 *Manual for the Control of German Information Services*

36 Direktive No. 1 vom 22. Mai 1945

37 Warkentin, E. J. (Hrsg.), *History of the Information Control Division*, 2016, 15

die Kontrollratsdirektive Nr. 40,³⁸ die für die Presse in allen alliierten Zonen gelten sollte).

Schon im Juni 1946 war ein *Langzeitplan zur Umerziehung der Deutschen* vorgelegt worden, der die Entwicklung einer unabhängigeren Presse durch Deutsche fördern sollte. Er wurde erst als Direktive 1779 (11. Juli 1947) für die Militärregierung bindend. Bis dahin hatte sich das Konzept, Deutschland als antisowjetisches Bollwerk zu nutzen, bei Hochfinanz, Banken und Militärs (z. B. Leahy, Marshall, Eisenhower, Clay, MacArthur), die in Europa auch Anlage- und Marktinteressen für wichtig hielten, durchgesetzt. Im Oktober 1947 hieß es, dass die Sicherheit der USA nur dann gewährleistet werden könnte, wenn es gelänge, Westeuropa vom sowjetischen Einfluss frei zu halten.³⁹

Die Re-education der Deutschen unterschied sich nicht nur in den einzelnen Besatzungszonen voneinander, sondern auch innerhalb der einzelnen Zonen.⁴⁰ Bei der Vergabe von Lizenzen war beispielsweise der persönliche Werdegang⁴¹ der hierfür verantwortlichen ehemaligen Presseoffiziere der Propagandakompagnien und der örtlichen Distriktkommandeure eher entscheidend.⁴² Sie hatten einerseits einen großen Handlungsspielraum, der teilweise dem der Nazi-Vorgänger entsprach, standen aber gleichzeitig in einem unauflösbaren Konflikt zwischen Prinzipien der Pressefreiheit und -zensur. Laut Anweisung der *Information Control Division* (ICD) sollten vertrauenswürdige deutsche Verleger und Redakteure (geeignete „Opinionleaders“) gefunden werden, die möglichst „aktive Antinazis“ und eher prowestlich als proöstlich eingestellt sein sollten.⁴³ Nicht immer konnten aber antragsstellende Schmeichler oder Denunzianten erkannt werden. Ein besonderes Problem entwickelte sich auch aus der Bevorzugung linksgerichteter

38 In der Kontrollratsdirektive No. 40 stand u. a., dass die deutsche Presse deutsche politische Probleme frei besprechen und die Politik der Besatzungsmächte kommentieren darf. Im nächsten Abschnitt hieß es aber, die deutsche Presse muss sich enthalten, Gerüchte zu verbreiten, die die Einheit der Alliierten untergraben könnte, oder deren Ansehen beschädigen könnte, Kritiken gegen Entscheidungen der Alliierten zu verbreiten, Deutsche zur Auflehnung gegen die Zonenbefehlshaber anzuleiten.

39 Schwarz, H.-P., *Vom Reich zur Bundesrepublik, Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949*, 1966, 71

40 Der amerikanische Politikwissenschaftler Joseph Dunner bemängelte uneinheitliche Berungsverfahren, (Koszyk, a. a. O., 117).

41 Mosberg spricht von einer Tabuzone, wenn es darum geht, deutsche Emigranten nach ihrer Religionszugehörigkeit oder politischen Einstellung zu charakterisieren (Mosberg a. a. O. 56).

42 Zur Geschichte der Presseoffiziere N. Frei, K. Koszyk, H. Habe, S. Heym, H. Mosberg, J. Gimbel u. a.

43 *Manual for the Control of German Information Services*

Journalisten der ersten Phase, die später nicht mehr erwünscht waren.⁴⁴ Das „Screening“ von Antragssteller der deutschen Lizenzpresse stellte im Grunde eine verschärfte Form eines Entnazifizierungsverfahrens mit insgesamt sieben Mal mehr Fragen als bei einem normalen Fragebogen dar.⁴⁵ Überwiegend erhielten Herausgeber Lizenzen, die mit der amerikanischen Version von Demokratie und einem damit eng gekoppelten neoliberalen Weltwirtschaftskonzept unter der Vorherrschaft der USA „harmonierten“. Von diesem Credo hat sich George F. Kennan, der die *Pax Americana* Jahrzehnte lang vertreten hatte (mit der u. a. der Kalte Krieg gerechtfertigt wurde), 1993 distanziert.⁴⁶

Der Aufbau einer unabhängigen Presse und die Trennung zwischen Nachricht und Kommentar in jedweder Berichterstattung standen im Widerspruch zur gleichzeitig eingerichteten einzigen Nachrichtenagentur und der Nachzensur, mit der die Presse kanalisiert und kontrolliert werden sollte.⁴⁷ Die Monopolagentur DANA, (später DENA) mit Sitz in Bad Nauheim, war ein besonders wirksames Instrument, um mediale Inhalte zu vereinheitlichen und zu kanalisieren sowie die redaktionelle Arbeit zu lenken und zu kontrollieren.⁴⁸ Die Monopolagentur widersprach der in Amerika üblichen Praxis der Nachrichtenlieferung über verschiedene Agenturen, z. B. Associated Press (AP), United Press (UP) oder International News Service (INS), auch Reuter. Auch über die Papierzuteilung (die außerdem einer tatsächlichen Knappheit geschuldet war) konnte eine (indirekte) Kontrolle über alle Druckerzeugnisse ausgeübt werden.

Weitere Festsetzungen waren: Bei der Neugründung deutscher Zeitungen waren bestimmte Formate verboten (Parteizeitungen, überregionale Zeitungen, Generalanzeiger, Boulevardzeitungen, Heimatzeitungen und kirchlich gebundene Zeitungen). Jede Stadt über 20.000 Einwohner sollte eine Lizenz erhalten, ab über 100000 Einwohner zwei. Von jeder Zeitung, deren Umfang auf vier Seiten begrenzt war, musste unmittelbar nach dem Druck ein Exemplar an die Militärregierung abgeliefert werden. In Bayern hat beispielsweise die *Scrutiny Section* bei der Nachzensur zwischen dem 1. Dezember 1945 und dem 9. November 1947 273 Beiträge beanstandet. Sie galten zu Recht der Nicht-Trennung von Meinung und Nachrichten, beanstandeten aber nicht kritische Berichte über die Verhältnisse in der sowjetischen Zone, die laut Kontrollratsdirektive Nr. 40 eigentlich verboten waren.

⁴⁴ Breitenkamp, E. C., *The US ICD and its effect on German publishers and writers 1945 to 1949*, 1953

⁴⁵ Mosberg, H., *Re-education*, 1991, 133

⁴⁶ Kennan, G. F., *Around the Cragged Hill: A Personal and Political Philosophy*, 1993, 182

⁴⁷ Im Oktober 1946 gab es 41 Lizenzblätter mit einer Auflage von vier Mio.

⁴⁸ Alle Stellen waren von Amerikanern besetzt.

Die Bekämpfung des Nationalsozialismus geriet seit Anfang 1947 immer mehr in den Hintergrund.⁴⁹ So war im Oktober 1946 die Nachrichtenagentur DANA – zwar mit vielen Querelen – unter der Leitung eines ehemaligen Kommunisten, Wilhelm Necker, in deutsche Hände übergeben worden. Ein halbes Jahr später wurde er jedoch wegen Linkstendenzen entlassen.⁵⁰ Auch die ursprünglich von Kriegsgefangenen in Camp Fort Kearny (RI) herausgegebene Zeitschrift *Der Ruf* (wegen ihres hohen Demokratisierungspotentials mit einer Auflage von bis zu 75000), die seit ihrer Wiedegründung (1946) unter dem Herausgeber Hans W. Richter einen dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus, die Frage der Kollektivschuld und „falsche Umerziehungsideale“ diskutierte, wurde im März 1947 verboten.

Schon im Spätsommer 1945 waren deutsche „Antifaschistische Ausschüsse“, die sich nach Kriegsende in vielen Städten spontan gebildet hatten und anfangs als Demokratisierungspotential angesehen worden waren, wegen kommunistischer Beteiligung von der amerikanischen Militärregierung aufgelöst worden. Ein vermutlich beunruhigender Bericht des amerikanischen Geheimdienstes hatte nämlich 1945 festgestellt, dass die Masse des europäischen Widerstands links sei und eine Befreiung vom Faschismus in verschiedenen Varianten des Sozialismus suchte.⁵¹ In der sowjetischen Besatzungszone sind antifaschistische Basisgruppen, die sich auch dort gebildet hatten und nicht der gewünschten stalinistischen Linie entsprachen, von Walter Ulbricht aufgelöst worden.⁵²

Leider bieten die Umfragen der *Opinion Survey Section*, die im Oktober 1945 zusammen mit der *Intelligence Branch* und der *Information Control Division* gegründet worden war, keine Anhaltspunkte für eine speziell auf vormals als völkisch zu bezeichnende Bevölkerungsgruppen ausgerichtete Re-education. Bis 1949 sind 72 Umfragen durchgeführt worden.⁵³ Mit dem zu der Zeit gerade in den Anfängen stehenden Instrument der Meinungsumfragen sollten die politischen Grundeinstellungen unterschiedslos aller Deutschen ermittelt werden. Sie waren nach heutigen Standards zu einfach aufgebaut, berücksichtigten zum Teil eine zu kleine Zahl von Probanden und verführten damit zu vereinfachenden Schlüssen. Den Fragebögen lag deutlich das Vorverständnis des deutschen Nationalcharakters –

49 Koszyk, a. a. O., 71

50 Koszyk, a. a. O., 50

51 Office of Research & Intelligence, Bericht 3200: Die politischen Kräfte, die in Deutschland seit dem Endes Krieges wirksam waren, zitiert in: U. Borsdorf, L. Niethammer (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besatzung, Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, 1976

52 Leonhard, W., Die Revolution entlässt ihre Kinder, 1970, 316

53 Merritt, A. J., Merritt R. L., Public Opinion in Occupied Germany, The OMGUS Surveys, 1945–1949, 1970, 3

alle Deutschen sind Nazis – zugrunde.⁵⁴ Es wurde nicht nach Entstehungsgründen des Nationalsozialismus gefragt oder der vorangegangenen Parteienlandschaft. Differenziert wurde nur nach alteingesessener Bevölkerung und den hinzugekommenen zahlreichen Flüchtlingen: Ihre politischen Ansichten unterschieden sich jedoch kaum voneinander (zu erwarten wären aber Unterschiede gewesen). Erkundet wurden Anteile der nationalsozialistisch oder kommunistisch eingestellten Bevölkerung (15 bis 18 Prozent unverändert nationalsozialistisch, 15 Prozent anti-kommunistisch [Umfrage 19, August 1946]).⁵⁵

In der Umfrage 175 (Juni 1949) war danach gefragt worden, ob die Befragten lieber in einem nationalsozialistisch oder einem sozialistisch geführten Land leben würden. Die meisten lehnten beide Alternativen ab, aber der Anteil derjenigen, die den Nationalsozialismus bevorzugt hätten, hatte sich von 1947 bis 1949 vergrößert. Das verblüffende Ergebnis dieser Umfrage war, dass der neue anti-kommunistische Kurs womöglich zu einem Rückfall in braune Zeiten geführt hatte. Die Umfragen vom Oktober 1946 bis zum Januar 1949 zeigten außerdem eine zunehmende Unzufriedenheit mit der Denazifizierung, die anfangs für richtig und gut gehalten worden war (Umfragen 7, 60 und 182). Welchen Anteil die zunehmend anti-kommunistisch eingestellte Presse an diesem Ergebnis hatte, kann nur vermutet werden, da nicht nach der Nutzung von Medien gefragt wurde. Aber noch die Umfrage 19 (März 1946) hatte den Deutschen eine hohe Bereitschaft zur Umorientierung und im Großen und Ganzen eine demokratische Gesinnung attestiert.⁵⁶

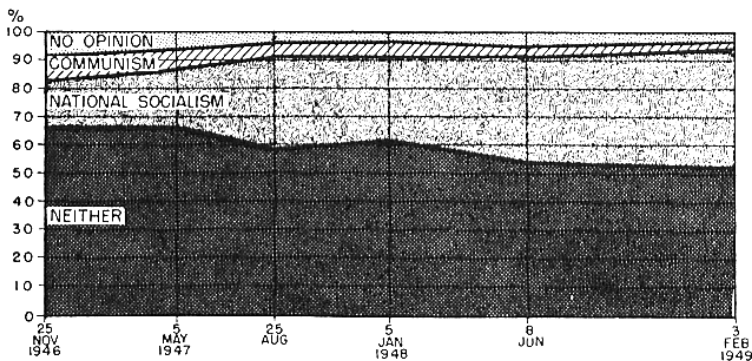


Abb. 1: Frage: Wenn Sie zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus wählen könnten, welche Regierung würden Sie vorziehen? (OMGUS Report 175, Juni 1949)

⁵⁴ Merritt, a. a. O., 30

⁵⁵ Merritt, a. a. O., 38

⁵⁶ Merritt, a. a. O., 41

Die rigiden Vorgaben der ersten Phase der Nachkriegs-Presse rücken sie mehr oder weniger in den Bereich von Propaganda. Noch den Herausgebern der Lizenzpresse, die sogar von den Amerikanern nicht als „freie Presse“ angesehen worden ist, sondern als eine Art Übergang dazu, wurden detaillierte politische und organisatorische Anweisungen gegeben. Eine mögliche Erklärung der Zunahme völkischen Denkens trotz Re-education (1947–1949) könnten neuere Autoritarismus-Theorien bieten. Sozialwissenschaftler der Universität Leipzig kamen unlängst zu dem Schluss, dass bestimmte gesellschaftliche Prozesse, vor allem solche, die undurchschaubar sind und Unsicherheiten auslösen, bei jedem Menschen (egal welcher Nationalität) autoritative Tendenzen aktivieren können.⁵⁷ Ihre Analysen des heute aktuellen Revivals völkischer Ideen zeigten den Bedarf nach Transparenz und verlässlich-glaubwürdigen Erklärungen komplexer Sachverhalte. Sie ordneten im Übrigen völkisches Gedankengut keineswegs nur dem Rande der Gesellschaft zu, sondern stellten fest, dass es ebenso aus der Mitte kommen kann.

⁵⁷ Die Autoritarismus-Theorie der 1930er Jahre hat mehrere wissenschaftliche Modifikationen durchlaufen. Heute wird von einem „autoritären Syndrom“ ausgegangen, zu dem Aggressionen, eine autoritative Unterwürfigkeit und Konventionalismus (das Befolgen gesellschaftlicher Normen) gehören. (Decker, O., Brähler, E. [Hrsg.], *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität*, 2020).

Nils Lange

Transatlantischer Liberalkonservatismus

Ernst Cramer und Matthias Walden im Verlag Axel Springer

Die Publizisten Ernst Cramer (1913–2010) und Matthias Walden (1927–1984) waren zwei der Männer, die großen Einfluss auf den Verleger Axel Springer ausübten. Dies galt ab dem Ende der 1950er Jahre bis in die 1980er Jahre hinein. Cramer, der Springer um 25 Jahre überlebte, war auch später noch ein wichtiger Ratgeber für dessen Nachfolger bis hin zu Matthias Döpfner.¹ Sie standen im Verlag für eine prononciert pro-amerikanische Ausrichtung sowie eine vehemente Verteidigung des liberaldemokratischen Herrschafts- und Gesellschaftssystems, als dessen größte Bastion im bundesdeutschen gesellschaftlichen Diskurs sie die Zeitungen des Axel-Springer-Verlages ansahen – insbesondere in den turbulenten 1960er und 1970er Jahren. In ihrer Gesamtheit kann diese Auffassung als transatlantischer Liberalkonservatismus verstanden werden. Genauer gesagt als konservativer Liberalismus, da sie das Liberale mit allen Mitteln zu verteidigen suchten. Cramer wie Walden wurden dabei stark von der Idee der amerikanischen „Reeducation“ beeinflusst, die sie beide kaum mit dem Begriff „Umerziehung“ übersetzten. Ihre Lebenswege führte sie jedoch auf höchst unterschiedliche Weise in den Einfluss amerikanischen politischen Denkens.

I

Ernst Cramer kam im Januar 1913 in Augsburg zur Welt. Cramers Familie war jüdisch; assimiliert und äußerst verwurzelt und bewandert in der deutschen Kultur, und – gerade Ernst – interessiert an der Ausformulierung einer deutsch-jüdischen Identität. 1933 gehörte er zum Beispiel zu den Gründern des Bundes Deutsch-jüdischer Jugend. Spät, 1939, emigrierte Cramer in die USA. Seine Eltern und seinen Bruder musste er in der Hoffnung zurücklassen, dass sie bald nachkämen, doch sie kamen nicht. Sie starben im Holocaust, während Ernst Cramer in den USA studierte und sich schließlich nach Pearl Harbor freiwillig bei der US Army meldete.²

¹ Siehe zum Beispiel: Matthias Döpfner, Der Weltbürger. 10. Todestag von Ernst Cramer, in: DIE WELT vom 19. Januar 2020.

² Siehe zur Biographie Cramers unter anderem: Gudrun Kruip, Mit ehemaligen Nazis zur gemeinsamen Demokratie? Der Remigrant Ernst Cramer und seine Rolle im Axel Springer Verlag,

In drei bewegenden Artikeln zum je 120. Geburtstag seiner Eltern und zum 80. Geburtstag seines Bruders spricht Ernst Cramer von dem Schmerz seines Verlustes und zeigt ein Bild eines Mannes, der sich eine gewisse Leidenschaft angeeignet hatte.³ Er lebte zu diesen Zeitpunkten schon mehr als 50 Jahre wieder in Deutschland.

Durch die Kenntnis von Land und Sprache gehörte Cramer fast zwangsläufig zu den US-Truppen, die nach Kriegsende in Deutschland blieben. Über seine eigene Entscheidung langfristig in seinem Geburtsland zu bleiben, schrieb er in der WELT 2005 einen langen Artikel, der einen eindrucksvollen Blick auf seinen Charakter eröffnet. Mit seinem Vorgesetzten besuchte Cramer am 11. April 1945 (noch vor dem Tod Hitlers) das befreite Konzentrationslager Buchenwald, in dem er selbst einige Tage nach den Novemberpogromen 1938 inhaftiert gewesen war. Das, was er zu sehen bekam, war „grauenerregend“, wie er schrieb. Schweigend fuhren sie zurück, bis sein Vorgesetzter Cramer ansprach und meinte, er könne es verstehen, wenn Cramer nach diesem Tag heute so schnell wie möglich an seine Universität in die USA zurückwolle. Cramer antwortete: „Gerade dieses heutige Erlebnis hat mir gezeigt, wo mein Weg in der nahen Zukunft zu liegen hat. Nach dem Furchtbaren, das wir gesehen haben, finde ich, es ist nahezu meine Pflicht, hierzubleiben, am Wiederaufbau mitzumachen und ein wenig dabei mitzuhelfen, dass in Deutschland wieder Vernunft, Anstand und Gerechtigkeit herrschen.“⁴ Cramers Haltung zeigt, wie wichtig Persönlichkeiten wie er für das amerikanische Vorhaben der Reeducation waren.

Genau zwanzig Jahre nach Cramers Besuch in Buchenwald, am 11. April 1965 schrieb der Berliner Journalist Matthias Walden in der Illustrierten *Quick*: „Mein Vaterland hat es mir schwer gemacht, es zu lieben. Aber ich versuche es trotzdem und gerade deshalb.“⁵ Der Vergleich zu Ernst Cramer drängt sich hier geradezu auf. Walden war 14 Jahre jünger als Cramer, wurde 1927 in Dresden geboren.⁶

in: Fritz Backhaus/Dmitrij Belkin/Raphael Gross (Hrsg.), *Bild dir dein Volk! Axel Springer und die Juden* (Begleitbuch zur Ausstellung im Jüdischen Museum Frankfurt am Main vom 15. März bis 29. Juli 2012), Göttingen 2012, 59–64.

3 Siehe: Ernst Cramer, *Unser Wiedersehen ist leider in weite Ferne gerückt*, in: DIE WELT vom 8. August 2000; Ernst Cramer, *Meine Mutter*, in: DIE WELT vom 26. August 2006; Ernst Cramer, *Ein Geburtstagsbrief*, in: DIE WELT vom 5. August 2001. Alle abgedruckt in: Ernst Cramer, *Ich habe es erlebt*.

4 Ernst Cramer, *Rückkehr in die Hölle*, in: DIE WELT vom 11. April 2005. Abgedruckt in: Lars Broder Keil, Sven Felix Kellerhoff (Hrsg.), *„Ich gehöre hierhin“ – Remigration und Reeducation: Der Publizist Ernst Cramer*, München 2020, 12–15.

5 Matthias Walden, *Wie national darf's denn sein? Offener Brief von Matthias Walden an Erich Mende*, in: *Quick – Illustrierte für Deutschland* vom 11. April 1965, 148.

6 Verweis auf Alias Name

Zwar diente Walden wie viele seiner Altersgenossen noch als Flakhelfer – erlebte auch das Bombardement auf Dresden mit – war aber noch zu jung, um selbst potenziell in das Nazi-Regime involviert zu werden.⁷ Nach dem Krieg blieb er zunächst in Dresden und begann seine journalistische Karriere bei der Parteizeitung der CDU Sachsen.⁸ Faktisch mit einem Schreibverbot versehen, floh er 1950 in die Bundesrepublik und reiste von dort aus nach West-Berlin, um beim Radiosender RIAS anzuheuern: dem „Rundfunk im Amerikanischen Sektor“.

Für die Informationspolitik der USA nahm der RIAS mit seinem Slogan „a free voice to the world“ eine wichtige deutschlandpolitische Rolle ein.⁹ Eine ganze Reihe von Journalisten durchlief zudem die Schule des Senders – mit Walden waren zum Beispiel zeitgleich später bekannte Figuren wie Egon Bahr oder Klaus Harpprecht Mitglieder der politischen Redaktion. Harpprecht berichtet in seinen Erinnerungen von einer Atmosphäre der „gelassenen Toleranz“ in dem Sender. Strikt wurde zudem auf die Trennung von Nachricht und Kommentar geachtet. Und natürlich ging es darum ein grundlegendes Gefühl der Wirklichkeit zu vermitteln.¹⁰ Egon Bahr beschrieb es in der Rückschau wie folgt: „Wir fühlten uns in Berlin bedroht, im Wesentlichen durch die Amerikaner geschützt, und waren kalte Krieger.“¹¹ Reeducation also natürlich wegen der deutschen Vergangenheit, aber auch wegen der Gegenwart: wegen der deutschen Teilung und des Kalten Krieges. Nicht immer, wie die Biographie Egon Bahrs zeigt, verliefen die Karrieren der vielen Journalisten, die von den Amerikanern geprägt wurden, so, wie diese sich das unbedingt vorstellten.¹² Häufig waren die US-Behörden am weiteren Werdegang der einstigen Redakteure interessiert und sorgten auch mit Austauschpro-

7 Vgl. Christina von Hodenberg, *Konsens und Krise: Eine Geschichte der deutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973*, Göttingen 2006; Dirk A. Moses, *Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie*, in: *Neue Sammlung – Vierteljahres-Zeitschrift für Erziehung und Gesellschaft* 40 (2000), H. 2, 233–263; und: Marcus M. Payk, *Balanceakt zwischen den Zeiten. Anmerkungen zur Generation der „Fünfundvierziger“*, in: *INDES* 1 (2011), 24–30.

8 Zur Biographie Waldens: Nils Lange, *Matthias Walden. Ein Leben für die Freiheit*, Berlin 2021.

9 Siehe: Schanett Riller, *Funken für die Freiheit. Die U.S.-amerikanische Informationspolitik gegenüber der DDR von 1953 bis 1963*, Trier 2004; Scott H. Krause, *Neue Westpolitik: The Clandestine Campaign to Westernize the SPD in Cold War Berlin, 1948–1958*, in: *Central European History* 48 (2015), 79–99.

10 Vgl. Klaus Harpprecht, *Schräges Licht. Erinnerungen ans Überleben und Leben*, Frankfurt am Main 2015 (2014), 220–222.

11 Egon Bahr, *Über Matthias Walden*, in: Bettina von Saß (Hrsg.), *„Er war ein guter Feind“*. Zum 15. Todestag von Matthias Walden äußern sich seine Kritiker, Berlin 1999, 83–85, hier 83.

12 Siehe: Andreas Vogtmeier, *Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung*, Bonn 1996; Alexander Gallus, *Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschlands zwischen Ost und West 1945–1990*, Düsseldorf 2001, 305 f.

grammen dafür, dass der Kontakt nicht abrisse – so zum Beispiel bei Walden.¹³ Harpprecht wurde Anfang der 1960er Jahre sogar Amerikakorrespondent beim ZDF.¹⁴

Neben dieser eher weicheren Seite des Engagements pochte die amerikanische Militärregierung in ihrem Einflussbereich ebenfalls auf die deutliche Vertretung amerikanischer Standpunkte in der deutschen Öffentlichkeit. Zum Beispiel blieb die Hauptaufgabe der „Neuen Zeitung“ – Untertitel „amerikanische Zeitung für die deutsche Bevölkerung“ – als Organ für die amerikanische Militärregierung zu wirken. Hier fand sich nun Ernst Cramer wieder, der als Presseoffizier als stellvertretender Chefredakteur arbeitete, bevor er Mitte der 1950er Jahre zur Agentur United Press wechselte, um dann 1958 seine Zeit bei Axel Springer zu beginnen. Cramer tat sich mit der dirigistischen Seite der „Neuen Zeitung“ nicht immer ganz leicht und versuchte hier mildernd einzuwirken. Wichtig war für ihn der Gedanke, dass die Deutschen auf Ihren eigenen Weg zurückgebracht werden sollten. So schrieb er bereits 1950 in einem Artikel in der „Neuen Zeitung“, deutsche Zeitungen hätten die Pflicht, auf Missstände im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit hinzuweisen. Sie machten damit das Gegenteil, als ihr eigenes Nest zu beschmutzen – wie es damals häufig hieß –, so der im Grunde eindringliche Appell Cramers an die Deutschen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.¹⁵

II

In der Bundesrepublik sollte eine Debatte über den Umgang mit der eigenen Vergangenheit noch eine ganze Weile schwelen, bis sie zu Beginn der 1960er Jahre richtig Fahrt aufnahm. Den Hintergrund bildete unter anderem die rechts- und gesellschaftspolitische Auseinandersetzung über die Verlängerung der Verjäh-

13 Siehe: U.S Embassy Bonn, Schreiben von Albert E. Hemsing (Public Affairs Officer) an das U. S. Department of State vom 21. September 1962. NA RG 59, General Records of the Department of State (Box 3068: 962a.40/9–2162), 3.

14 Klaus Harpprecht, Viele Grüße an die Freiheit. Aus einem transatlantischen Tagebuch, Stuttgart 1964; Zur Berufsbiographie Harpprechts: Marcus M. Payk, „... die Herren fügen sich nicht; sie sind schwierig.“ Gemeinschaftsdenken, Generationenkonflikte und die Dynamisierung des Politischen in der konservativen Presse der 1950er und 1960er Jahre, in: Franz-Werner Kersting/Jürgen Reulecke/Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975, Stuttgart 2010, 43–67, hier 64 f.

15 Vgl. Ernst Cramer, Die Macht des Publikums, in: Neue Zeitung vom 9. Juni 1950. Abgedruckt in: Keil, Kellerhoff (Hrsg.), Ich gehöre hierhin, 95 f.

rungsfrist für Mord.¹⁶ Äußerst aktiv im Bereich der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit mit dem Ziel der demokratischen Stärkung waren dabei unter anderem Publizisten wie zum Beispiel Matthias Walden, die in ihrem journalistischen Denken stark von einer liberalen angloamerikanischen Auffassung geprägt worden waren.¹⁷ Ebenfalls zu nennen wären auf diesem Feld unter anderem Joachim Fest und Gerd Ruge. Die öffentliche Debatte – die durch die ganze Gesellschaft von Parteien bis zu Familien ging – beschäftigte aber auch Ernst Cramer, der sich nie für eine sogenannte „Kollektivschuld“ der Deutschen aussprach, aber sehr wohl für eine „Kollektivlast“, aus der im Grunde die Verantwortung zur eigenen Aufarbeitung wächst. Nicht zum Ziel der „Bewältigung“, sondern eher mit der Absicht, Erinnerung wach zu halten und Lehren für die Gegenwart zu ziehen.¹⁸ Im Grunde steht diese Auffassung in einer Linie zur mehr als zwei Jahrzehnte später gehaltenen und berühmt gewordenen Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker über das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa.¹⁹ Auf der anderen Seite des Diskurses in den 1960er Jahren stand zum Beispiel der Schweizer Publizist Armin Mohler, der eine „Generalamnestie“ für alle Taten zur Zeit des Nationalsozialismus ins Gespräch brachte.²⁰

Mohler wurde 1920 in Basel geboren, war fasziniert vom Nationalsozialismus und versuchte in Deutschland in die Waffen-SS einzutreten, kehrte letztendlich unverrichteter Dinge aber in die Schweiz zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg promovierte er mit einer Arbeit über die „Konservative Revolution“ in Deutschland von 1918–1932. Mohlers Ziel war es, durch eine Rekonstruktion eines radikalen Konservatismus, der Idee der Schöpfung neuer Werte aus der Zwischenkriegszeit und einem zyklischen Weltbild der Wiederkehr eine Grundlage für eine anti-

16 Axel Schildt, Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, 21–63, hier 36.

17 Siehe exemplarisch die dreiteilige Fernsehdokumentation Waldens „Vor unserer eigenen Tür – Überlegungen zur deutschen Vergangenheit und Gegenwart“ im Sender Freies Berlin. Erstausstrahlungen 30. Januar 1962, 13. März 1962 und 1. Juni 1962 (eingesehen im Archiv des Rundfunk Berlin-Brandenburg).

18 Vgl. Kruij, *Mit ehemaligen Nazis zur gemeinsamen Demokratie?*, in: Backhaus / Belkin / Gross (Hrsg.), *Bild dir dein Volk*, 61.

19 Richard von Weizsäcker, Rede des Bundespräsidenten zur Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa, Bonn, 8. Mai 1989. Abgedruckt in: Richard von Weizsäcker, *Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander. Reden zur Demokratie*, Freiburg i. B. 2020, 13–35, hier insb. 19 f.

20 Vgl. Armin Mohler, *Vergangenheitsbewältigung. Von der Läuterung zur Manipulation*, Stuttgart 1968, 85–92.

liberale Rechte in der Bundesrepublik zu legen.²¹ In der deutschen Publizistik war er der zentrale Akteur in dieser Frage.²² Die demokratische Ordnung der Bundesrepublik galt ihm als „schwach“; auch das Bündnis mit den USA stellte er in Frage.

1965 sollte eben jener Armin Mohler für kurze Zeit an einem Vorhaben beteiligt sein, das im Verlag Axel Springer, genauer gesagt der WELT unter Chefredakteur Hans Zehrer, stattfand. Zehrer holte Mohler zur Zeitung und plante mit ihm eine Gruppe aufzubauen, die eine stärkere nationalkonservative Richtung in dem Blatt etablieren sollte.²³ Deutschlandpolitisch schwelgten sie in dem Traum, an die Bismarck'sche Politik der deutschen Mittelposition anzuknüpfen.²⁴ Letztendlich ging es Mohler um eine „neurechte“ autoritäre Gesellschaftsidee, mit der Zehrer, dem Markus Payk trotz aller Anpassung an die bundesrepublikanische Wirklichkeit die Sehnsucht einer „post-liberal order“ nachweisen kann, für sich gewinnen konnte.²⁵ Dieser machte sich daher bei Axel Springer für ein Engagement Mohlers stark und der Verleger ließ seinen einstigen Mentor Zehrer gewähren. Matthias Walden war zu dieser Zeit noch Kommentator beim öffentlichen Rundfunk und Kolumnist in der *Quick*. Für das Projekt bei der WELT war er von Zehrer und Mohler kaum vorgesehen.²⁶ Einige Jahre später sollte Mohler über Walden urteilen, dieser habe eine „linksliberale Grundeinstellung“, die nur von seinem „heftigen Antikommunismus“ übertüncht werde.²⁷ Ernst Cramer war 1965 Mitglied der

21 Vgl. Ralf Walkenhaus, Armin Mohlers Denkstil, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus und Demokratie*. 9. Jahrgang 1997, Baden-Baden 1997, 97–116, hier 102–106; zur Grundlage des antidemokratischen Denkens der Konservativen Revolution für eine Neue Rechte in der Bundesrepublik siehe auch: Armin Pfahl-Traugher, „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998, 160–163.

22 Vgl. Axel Schildt, *Inszenierung einer Biographie – Konstruktion einer Karriere*. Der Rechtsintellektuelle Armin Mohler (1920–2003), in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 70 (2019), H. 9/10, 554–567, hier S. 554 f.

23 Siehe dazu: Hans Becker von Sothen, Hans Zehrer als politischer Publizist nach 1945, in: Frank-Lothar Kroll (Hrsg.), *Die kupierte Alternative*. Konservatismus in Deutschland nach 1945, Berlin 2005, 125–178, hier 172–178; Gudrun Kruij, *Das „Welt“-„Bild“ des Axel Springer Verlages*. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen, München 1999, 121 f.

24 Zehrer hatte sich dazu schon früher bekannt, z. B.: Hans Zehrer, Was will Rußland?, in: *DIE WELT* vom 2. Juli 1955.

25 Siehe: Marcus M. Payk, A post-liberal order? Hans Zehrer and conservative consensus building in 1950s West Germany, in: *Modern Intellectual History* 9 (2012), H. 3, 681–698.

26 Vgl. Redaktion *DIE WELT*. Organisationsplan – Stand: 1. Januar 1966 (BArch: NL Zehrer, Signatur: NL 311/30).

27 Vgl. Armin Mohler, *Konservativ 1969*, in: Hans Julius Schoeps/Christopher Dannemann (Hrsg.), *Formeln deutscher Politik*. Sechs Praktiker stellen sich: Walter Scheel, Hans Reif, Freiherr von und zu Guttenberg, Armin Mohler, Günther Müller, Hans-Jürgen Wischniewski, München und Esslingen 1969, 91–118, hier 95.

geschäftsführenden Redaktion der WELT – eine etwas seltsame Konstruktion parallel zum Chefredakteur, die auch bald wieder abgeschafft werden sollte.

In seiner Funktion wehrte sich Cramer gegen den steigenden Einfluss Mohlers. Der Briefwechsel der Akteure aus jener Zeit zeigt ein zutiefst gestörtes Verhältnis. Auseinandergehende Vorstellungen zu den Themen wie dem Bezug zur deutschen Vergangenheit und die grundsätzliche Bejahung des liberalen Herrschafts- und Gesellschaftssystems konnten gerade zwischen Mohler und Cramer nicht ausgeräumt werden. Während Mohler vom „Faschismus im Namen der Demokratie“ sprach, wies Cramer daraufhin, dass er sehr wohl die Gefährdung des Staates von links sehe, aber im Gegensatz zu Mohler eben auch von rechts. Er warnte davor, Mohler als Repräsentant einer konservativen Publizistik zu verstehen, da diese ansonsten zur Debatte der Gestaltung der Gesellschaft nur „Abstruses“ beizusteuern hätte.²⁸

Kurzzeitig schien das Pendel gegen Cramer zu schwingen, als zu Beginn des Jahres 1966 Zehrer noch einmal vollumfänglicher Chefredakteur der WELT wurde und sogleich triumphierend an Mohler schrieb, er müsse jetzt nur noch direkt an ihn berichten.²⁹ Als im August 1966 Zehrer allerdings plötzlich verstarb, endete dieses von vornherein wenig erfolgsversprechende Vorhaben einer nationalkonservativen WELT jedoch abrupt. Mohler wollte von Axel Springer selbst noch die Erlaubnis zur Herausgabe einer eigenen Zeitschrift im Verlag erwirken, scheiterte aber.³⁰ Letztendlich mündete dies in der Gründung der Zeitschrift „Criticon“ mit Caspar von Schrenck-Notzing, die ähnlich wie William S. Schlamms „Zeitbühne“ ein Rückzugsort für Journalisten wurde, die im Verlag Axel Springer nun kein Heim mehr fanden.

Matthias Walden wurde 1967 auf Bestreben von Ernst Cramer fester Leitartikler in den WELT-Zeitungen.³¹ Diese nahmen eine Richtung auf, die als „transatlantischen Liberalkonservatismus“ beschrieben werden kann. Hielten sich in den 1950er und frühen 1960er Jahren in den WELT-Zeitungen noch Positionen die Waage, die gemeinhin als atlantisch beziehungsweise gaullistisch, also neutraler,

28 Siehe zu diesem Wortgefecht den Briefwechsel zwischen Cramer und Mohler vom 8. bis 24. November 1965 im Unternehmensarchiv der Axel Springer SE: NL Cramer, Ordner „AS / Firma / betreffend WELT“.

29 Vgl. Hans Zehrer an Armin Mohler vom 3. Januar 1966 (BArch: NL Zehrer, Signatur: NL 311/21).

30 Vgl. Armin Mohler an Horst Mahnke vom 14. Oktober 1966 (DLA Marbach, NL Mohler: Plan zu einer Zeitschrift im Springer-Verlag 1966); Und: Horst Mahnke an Armin Mohler vom 7. November 1966 (DLA Marbach, NL Mohler: Plan einer Zeitschrift im Springer-Verlag 1966). Siehe auch: Axel Schildt, *Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik*, Göttingen 2020, S. 755.

31 Walden selbst sah in Cramer einen wichtigen Akteur bei dieser Verpflichtung: Matthias Walden an Ernst Cramer vom 30. Dezember 1969 (Unternehmensarchiv Axel Springer SE, NL Springer: Box 107).

bezeichnet wurden, änderte dies sich unter dem stärkeren Einfluss Ernst Cramers und auch eines gewissen Wandels bei Springer selbst. Der pro-amerikanische Kurs des Verlages hatte natürlich auch einiges mit dem latenten Antiamerikanismus des gesellschaftlichen Protests in der Bundesrepublik Ende der 60er Jahre zu tun.³² Diese Positionierung war auch ein Hebel der Kritik an der sozialliberalen Ost- und Deutschlandpolitik, die häufig als Belastung für das deutsch-amerikanische Verhältnis interpretiert wurde. Hier taten sich dann besonders Matthias Walden als profiliertester Kommentator zur Deutschlandpolitik und Cramer als Beobachter der amerikanischen Politik hervor.³³ Unter dem Eindruck der Neuen Ostpolitik verschmolzen bis auf die Randpositionen einiger Fundamentalisten wie Mohler ohnehin gaullistische und atlantische Positionen unter einem antikommunistischen Stern. Auch viele ehemals sozialdemokratische Reformer fanden sich in den 1970er Jahren dann in diesem liberal-konservativen Lager in der Bundesrepublik wieder.³⁴

III

Gesellschaftspolitisch zeigte die Haltung Cramers und Waldens intellektuell Parallelen zu einer zentristischen Strömung des amerikanischen Liberalismus, die sich in den späten 1940er Jahren als Reaktion auf die weltpolitische Situation herausgebildet hatte und die politische Kultur in den USA im Grunde bis zur Ermordung John F. Kennedys entscheidend prägte. Im Kern war dieser Liberalismus eine emphatische Verteidigung des demokratischen Herrschaftssystems, das sich stets seiner eigenen Fehlbarkeit bewusst sein muss – also immer wieder in einen Aushandlungsprozess der besten Lösung eintritt ohne abgeschlossene Gesellschaftsentwürfe zu entwickeln. Ein Schlüsseldokument dieser Denkschule war das 1949 erschienene Buch des amerikanischen Politikwissenschaftlers und späteren Ken-

32 Siehe Peter Hoeres, *Reise nach Amerika. Axel Springer und die Transformation des deutschen Konservatismus in den 1960er und 1970er Jahren*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 9 (2012), 54–75, hier insb. 72–75.

33 Exemplarisch für Walden: Matthias Walden, *Wie ein Rausch*, in: *Welt am Sonntag* vom 12. September 1971; und ausführlich beschrieben: Lange, *Matthias Walden*, S. 263–308; exemplarisch für Cramer: Ernst Cramer, *Das Njet im Hintergrund*, in: *Welt am Sonntag* vom 29. April 1973; und weiter ausgeführt in: Keil / Kellerhoff (Hrsg.), *„Ich gehöre hierhin“*, 144–158.

34 Hoeres, *Reise*, 74 f.

nedy-Beraters Arthur M. Schlesinger Jr., „The Vital Center – The Politics of Freedom“.³⁵

Cramer stellte diese Auffassung zudem in einen geistigen Kontext, wenn er zum Beispiel in einer Rede vor der Franz Oppenheimer-Gesellschaft in Frankfurt am Main zu Beginn der 1970er Jahre in diesem Zusammenhang den berühmten Jesus-Satz „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“ hinzufügte: „Das Leben auf dieser Welt ist kein Paradies – und so schrecklich es klingen mag, jeder Versuch, die Erde zum Paradies zu machen, führt ins Gegenteil, in die Hölle.“³⁶ Auch Walden betonte im Hinblick auf die Rolle des Staates in der Gesellschaft, dass dieser nicht für das Glück des einzelnen Bürgers verantwortlich sei. Das unterscheide eben gerade den freiheitlichen Staat von einer Ideologie, die den Menschen stets die Verwirklichung ihres Glückes verspreche.³⁷

Diesem Verständnis entsprechend beruhte auch der von Schlesinger formulierte zentristische Liberalismus auf der Ansicht, dass bei allen Unterschieden in Idee und Motivation Kommunismus und Faschismus vergleichbare Phänomene seien, die auf die Folgen und Defekte der „free society“ reagieren und Antworten auf diese versprechen würden. Die gesellschaftlichen Ungleichheiten würden mystisch verklärt und die Massen in eine politische Apathie gestürzt werden, so Schlesinger.³⁸ Die Ähnlichkeiten faschistischer und kommunistischer Ideologie hatten in dieser Denkschule einen Umkehrschluss zur Folge, den Arthur Schlesinger Jr. mehr als 50 Jahre nach Erscheinen des „Vital Center“ in seinen Memoiren noch einmal treffend beschrieb: „Similiary the constitutional Right and the democratic Left had more in common than either had with fascism and communism.“³⁹

In den USA wurden die Anhänger dieser liberalen Strömung mit der Zeit zu „neoconservatives“, denen auch Jürgen Habermas, bei aller natürlich zu erwartenden Kritik von der universalistischen Linken, nicht absprechen konnte, auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie zu stehen.⁴⁰ In der Bundesrepu-

35 Arthur M. Schlesinger Jr., *The Vital Center. The Politics of Freedom*, Boston 2009 (1949); siehe dazu auch: Matthias Oppermann, Ein transatlantisches Vital Center? Raymond Aron und der amerikanische Liberalismus, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 65 (2014), H. 3/4, 161–176.

36 Zu den Zitaten: Ernst Cramer, Typoskript: „Geht es uns zu gut?“ Rede vor der Franz Oppenheimer Gesellschaft Frankfurt am Main am 16. Februar 1972, 5 (Unternehmensarchiv der Axel Springer SE: NL Cramer, Ordner Reden 1963–1972).

37 Vgl. Matthias Walden, *Die Fütterung der Krokodile. Ansichten – Einsichten*, München – Wien 1980, 54–60.

38 Vgl. Schlesinger Jr., *Vital Center*, 59.

39 Arthur M. Schlesinger Jr., *A Life in the 20th Century. Innocent Beginnings, 1917–1950*. New York 2000, 509.

40 Vgl. Peter Uwe Hohendahl/Erhard Schütz, Perspektiven konservativen Denkens. Deutschland und die Vereinigten Staaten nach 1945. Einleitung, in: Peter Uwe Hohendahl/Erhard Schütz

blik zeichnete sich, wie bereits angedeutet, eine ähnliche Entwicklung ab. Die vielfach beschriebene „konservative Tendenzwende“ in den 1970er Jahren hatte demnach kaum eine neurechte Dimension, sondern barg einen liberalen Kern.⁴¹ Dieser wurde von Intellektuellen wie Kurt Sontheimer repräsentiert, geformt und auch rückblickend bewertet.⁴²

Ernst Cramer und Matthias Walden fielen unter anderem in ihren Äußerungen zur Rolle des Axel-Springer-Verlages in dieser Denklinie auf. Cramer interpretierte in einer Rede auf einem Wirtschaftsseminar in Berlin 1972 beispielsweise die heftigen Angriffe auf den Verlag ab den späten 1960er Jahren damit, dass dieser zu einem der wesentlichen Verteidiger der bestehenden freiheitlichen Gesellschaftsordnung geworden sei – einem „Bollwerk gegen Radikalisierung“. Der Gedanke dahinter war, dass in dem liberalen Staat der Nachkriegszeit bereits der stetige Weg zu Verbesserungen angelegt sei, beriefe man sich konsequent auf die ihm inhärenten Wertvorstellungen: „Richtige Gesellschaftspolitik wäre demnach ein evolutionäres Perpetuum mobile, also ebenso eine Absage an revolutionäre oder gar gewaltsame Veränderungen wie an starres Festhalten am Gegenwärtigen, am Überkommenen.“ Cramer verwies in diesem Zusammenhang auf eine Beschreibung des Axel-Springer-Verlages, die auf Matthias Walden zurückging und die sich der Verleger selbst zu eigen gemacht hatte: „Unser Haus ist staatsloyal, und so sollen auch die Kräfte sein, die in ihm wirken.“ Gemeint war eine „auf den Grundlagen der Verfassung beruhende Staatsbejahung“.⁴³

Dieser konservative Liberalismus ist letztlich die Grundlage der Vorstellung vom „Ende der Geschichte“, also der Beschreibung Francis Fukuyamas, dass das

(Hrsg.), *Perspektiven konservativen Denkens. Deutschland und die Vereinigten Staaten nach 1945*, Bern 2012, 13–40, hier 35–37; und zur liberalen Grundlage des amerikanischen Neokonservatismus: John Ehrman, *The Rise of Neoconservatism. Intellectuals and Foreign Affairs 1945–1994*, New Haven 1995, 34; George H. Nash, *The Conservative Intellectual Movement in America. Since 1945*, New York 1976, 323; sowie als Selbstbeschreibung: Irving Kristol, *Neoconservatism. The Autobiography of an Idea*, New York 1995.

41 Zur Tendenzwende exemplarisch: Axel Schildt, „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten“. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), 449–478; Peter Hoeres, Von der „Tendenzwende“ zur „geistig-moralischen Wende“. Konstruktion und Kritik konservativer Signaturen in den 1970er und 1980er Jahren, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (2013), H. 1, 93–119.

42 Vgl. Kurt Sontheimer, *So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik*, München 1999, 54 f.

43 Zu den Zitaten: Ernst Cramer, Typoskript: *Die Unternehmung im Spannungsfeld gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen*. Vortrag auf dem USW-Symposium am 12. Juni 1972, 3–6 (Unternehmensarchiv der Axel Springer SE: NL Cramer, Ordner „Reden 1963–1972“); zum Ursprung dieser Idee bei Walden: Matthias Walden, *Liberal-sozialistische Koloraturen*, in: *Der Monat* 17 (1965), H. 200, 124–126.

Ideal der liberalen Demokratie der Endpunkt der Entwicklung gesellschaftlicher Systeme sei. Seinen Glauben an den westlichen Liberalismus stellte der amerikanische Politikwissenschaftler unter einen Vorbehalt, der sich auch im Titel des 1992 erschienen Buches wiederfindet: „The End of History and the last man“ – den Verweis auf Friedrich Wilhelm Nietzsches „letzten Menschen“.⁴⁴

Nietzsche hatte seinen „letzten Menschen“ als Kritik an der Moderne und der liberalen Demokratie in seinem philosophisch-literarischen Werk „Also sprach Zarathustra“ eingeführt. Man müsse sich Nietzsches Pessimismus und sein deterministisches Bild des „Übermenschen“ nicht zu eigen machen und könne dennoch von seinen Einsichten profitieren, so Fukuyama. Der Nihilismus, Egoismus und Eigennutz des „letzten Menschen“ korrumpiere die gesellschaftlichen Ideale der liberalen Demokratie und somit sei das Postulat vom „Ende der Geschichte“ nicht in einem linearen, sondern in einem hegelianischen Geschichtsverständnis zu verstehen.⁴⁵

In der Publizistik Ernst Cramers und auch Matthias Waldens war die Warnung vor dem „letzten Menschen“ allgegenwärtig. Sie knüpften damit an diese Ausrichtung des amerikanischen Liberalismus an. 1972 sagte Cramer: „Dieser materialistische, Verpflichtungen negierende Mensch ist ein Ruin der Gesellschaft, gleichgültig, ob er sich als Bourgeois oder als Vagabund, als Playboy oder als Hippie gibt. ‚Mir ist alles egal, wenn ich nur so leben kann, wie ich will‘ – mit dieser Philosophie kann man Welten zum Einsturz bringen.“⁴⁶ Auch die Warnung vor dem „letzten Menschen“ erscheint also im größeren Kontext als ein Erbe der amerikanischen Idee der Reeducation nach dem Zivilisationsbruch des „Dritten Reiches“.

44 Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, New York 2006 (1992). Das Nietzsche-Diktum vom letzten Menschen sollte aus dem Original zitiert werden.

45 Vgl. ebd., insb. 300–312; siehe zu Nietzsches Zarathustra ausführlich: Rüdiger Safranski, *Nietzsche. Biographie seines Denkens*, Frankfurt am Main 2018 (erstmalig 2000), 266–285.

46 Cramer, Rede vor der Franz Oppenheimer Gesellschaft 16. Februar 1972, 11 f.

Rebecca Schröder

Behördliche und rechtliche Implementierungsprozesse der Wiedergutmachung in Württemberg-Baden

Eine Annäherung an die Geschichte der Wiedergutmachung¹ kann über zweierlei Wege erfolgen: Durch die Perspektive der Opfer oder durch die des Gesetzgebers und der durchführenden Institutionen, d. h. den Behörden und Gerichten für Wiedergutmachung. Hierbei kommt den gesetzlichen Entwicklungen, Leistungen und Ausführungsorganisationen die meiste Aufmerksamkeit zu. Ebenfalls berücksichtigt werden müssten in diesem Kontext Fragen nach Entwicklungslinien, Handlungskontexten und Erfahrungswelten.² Erst eine Zusammenführung dieser beiden Perspektiven ermöglicht es, die Geschichte der Wiedergutmachung in gesamthistorische Bezüge und internationale Kontexte einzuordnen. Dieser Beitrag möchte die Perspektive der Verwaltung einnehmen und sich mit den behördlichen und rechtlichen Implementierungsprozessen der Wiedergutmachung, genauer der Entschädigung³ von NS-Unrecht, am Beispiel des Landes Württemberg-Baden, auseinandersetzen. Dabei sollen von der alliierten Militärgesetzgebung bis zum Entschädigungsgesetz die wichtigsten Rechtsgrundlagen vorgestellt und auf die dadurch bedingte Exklusion und Inklusion von bestimmten Opfergruppen aufmerksam gemacht werden.

1 Wiedergutmachung ist ein Sammelbegriff. Aus der Perspektive der Verwaltung umschreibt er alle Aktivitäten, die auf einen Ausgleich der Schäden abzielten, die den rassistisch, religiös und politisch Verfolgten in der Zeit des „Dritten Reichs“ zugefügt worden waren. Einige ursprünglich verfügbare sprachliche Alternativen wie „Rückerstattung“ und „Entschädigung“ fanden als Bezeichnungen für Teilgebiete der Wiedergutmachung Verwendung (Definition nach Ludolf Herbst).

2 Vgl. Tobias Winstel: *Verhandelte Gerechtigkeit. Rückerstattung und Entschädigung für jüdische NS-Opfer in Bayern und Westdeutschland* (Studien zur Zeitgeschichte Bd. 72), München 2006, 11.

3 Die Entschädigung regelte die Abgeltung persönlicher Schäden (z. B. an Leib und Leben, an Gesundheit, Inhaftierungszeit und Nachteile im beruflichen Fortkommen). Entschädigungsleistungen konnten entweder dem einzelnen Betroffenen bzw. seinen Angehörigen („Individualentschädigung“) oder einem Staat bzw. einer Organisation („Globalentschädigung“) zukommen. Globalentschädigungen erhielten vor allem der Staat Israel und die „Conference on Jewish Material Claims against Germany“, aber auch einige von Deutschland besetzte Staaten im Zweiten Weltkrieg (Definition nach Ludolf Herbst).

1 US-amerikanisches Militärgesetz Nr. 133 für Württemberg-Baden (1946)

Auf der Ebene der Besatzungszonen wurde die Wiedergutmachung zunächst von den alliierten Militärregierungen vorangetrieben. Schon auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945, auf der die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen bestätigt wurde, wurde außerdem ein Bündel von Maßnahmen zur „Zerstörung des deutschen Militarismus und Nationalsozialismus“⁴ beschlossen, zu dessen festem Element die Wiedergutmachungsleistungen gehörten. Deutschland sollte Entschädigung leisten für die Kriegszerstörungen und die Verfolgungsmaßnahmen aus rassischen, religiösen und politischen Gründen. Eine eigens eingerichtete „Schadensersatz-Kommission“ sollte die Frage des Umfangs und der Art und Weise der Wiedergutmachung des von Deutschland den Alliierten Ländern zugefügten Schadens behandeln.⁵

Zwar hätte es auch ohne alliierten Druck deutsche Bemühungen um eine Wiedergutmachung für die Opfer des Nationalsozialismus gegeben, doch wäre die Reichweite der Entschädigungsleistungen vermutlich geringer ausgefallen als es tatsächlich der Fall war. Es ist anzunehmen, dass es den Alliierten lieber gewesen wäre, wenn die Deutschen die Aufgabe selbst übernommen hätten, da sie befürchteten, indirekt finanzielle Leistungen für die NS-Verfolgten aufbringen zu müssen. Vor dem Hintergrund der im Versailler Vertrag geforderten immensen Zahlungen zögerten die deutschen Regierungen jedoch, diese Verantwortung alleine zu übernehmen.⁶

Im durch US-Truppen besetzten Württemberg-Baden liefen erste Maßnahmen zur Betreuung und Versorgung von NS-Verfolgten zunächst durch die amerikanische Militärregierung an. In der Opferfürsorge engagierten sich auch verschiedene kommunale Stellen auf Stadt- und Landkreisebene sowie nichtstaatliche Verbände und Interessenvertretungen. Diese ersten Entschädigungsmaßnahmen hatten den Charakter von Soforthilfemaßnahmen, zu denen die Zuteilung von Lebensmitteln und Kleidung genauso gehörte wie die Vermittlung von Wohnun-

⁴ Vgl. Bericht über die Konferenz von Jalta (Krimkonferenz) (4.-11. Februar 1945), Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, Berlin 1946, 4–5; Abgedruckt in: Einigkeit und Recht und Freiheit: westdeutsche Innenpolitik 1945–1955, hg. v. Theo Stammen, München 1965, 24–26.

⁵ Vgl. Bericht über die Konferenz von Jalta (Krimkonferenz) (4.-11. Februar 1945), Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, 4–5.

⁶ Vgl. Christian Goschler, Wiedergutmachung für NS-Verfolgte: Einführung und Überblick, in: Zeitenblicke 3 (2004), Abs. 15; online unter: <http://www.zeitenblicke.de/2004/02/goschler/index.html> (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).

gen und Arbeitsplätzen. Organisatorisch bewegte sich diese Hilfe auf der Ebene des allgemeinen Wohlfahrts- und Fürsorgewesens.

Im Gegensatz zu den anderen Ländern stellte Württemberg-Baden die Bemühungen um die NS-Opfer mit dem Gesetz Nr. 133 über die Bildung und vorläufige Verwendung eines Sonderfonds zum Zwecke der Wiedergutmachung vom 13. Juni 1946 schon früh auf eine gesetzliche Grundlage. Damit konnte der Aufbau eines eigenständigen, überörtlich angelegten Verwaltungszweiges speziell für die NS-Opferentschädigung unter staatlicher Regie beginnen. Mit diesem Gesetz wurde ein staatlicher Sonderfonds gebildet, aus dem Zahlungen an NS-Verfolgte geleistet wurden, die als Vorschuss auf spätere endgültige Wiedergutmachungsleistungen angerechnet wurden. Beantragt werden mussten die Leistungen bei den Landräten.

Der Charakter der Wiedergutmachung als einer Art Not- und Soforthilfe wandelte sich mit der Implementierung einer Wiedergutmachungsbürokratie zu einer klassischen Leistungsverwaltung. Die zentrale Zuständigkeit lag zunächst bei einem Referat, später bei einem Amt für Wiedergutmachung unter der Fachaufsicht des Innenministeriums in Stuttgart. Durch die Verordnung Nr. 162 des Staatsministeriums über den Aufbau der Wiedergutmachungsbehörden vom 14. Juni 1947 wurde die Zuständigkeit für die Wiedergutmachung vom Innen- in das Justizressort überführt. Das Justizministerium richtete eine eigene Abteilung für Wiedergutmachung ein und unterhielt in Karlsruhe eine Nebenstelle, die als Landesbezirksstelle für die Wiedergutmachung die NS-Verfolgten im Landesbezirk (Nord-)Baden betreute. Damit traten staatliche Zahlungen an NS-Opfer an die Stelle der kommunalen Leistungen. Die administrative Zuständigkeit ging in die Hände eines eigens dafür gebildeten staatlichen Verwaltungszweiges über.⁷

2 Das zoneneinheitliche Gesetz des Süddeutschen Länderrats (1949)

Ein entscheidender Schritt zur weiteren Verrechtlichung der Entschädigung ging vom Süddeutschen Länderrat (1945–1949) aus. Dieser wurde auf Initiative der US-Militärregierung am 17. Oktober 1945 gebildet und bestand bis zur Konstituierung von Bundestag und Bundesrat im Herbst 1949. Seine Aufgabe war es,

⁷ Bis hierhin vgl. Franz-Josef Ziwes, Entschädigungs- und Wiedergutmachungsakten, online unter: www.leo-bw.de/themenmodul/sudwestdeutsche-archivalienkunde/archivaliengattungen/akten/inhaltliche-unterscheidung/entschadigungs-und-wiedergutmachungsakten (zuletzt abgerufen am 03.02.2022).

im Rahmen der politischen Richtlinien der Besatzungsmacht die über das Gebiet eines Landes hinausreichenden Fragen gemeinschaftlich zu lösen, Schwierigkeiten im Verkehr der Länder zu beseitigen und die wünschenswerte Angleichung der Entwicklung auf den Gebieten des politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens sicherzustellen⁸

Der Länderrat bestand aus den Ministerpräsidenten der Länder Württemberg-Baden, Bayern, Groß-Hessen⁹ und – seit April 1947 – dem Senatspräsidenten der Freien Hansestadt Bremen. Er trat einmal im Monat unter wechselndem Vorsitz in Stuttgart zusammen. Unterstützt wurde die Arbeit des Länderrates von einem Sekretariat mit Sitz in Stuttgart. Im Juni 1946 wurde zusätzlich ein Direktorium aus Sonderbeauftragten und Bevollmächtigten der Länder sowie dem Generalsekretär gebildet, das im Wochenrhythmus zusammentrat, die Sitzungen des Länderrats vorbereitete und in dringenden Fällen auch Eilentscheidungen treffen konnte.¹⁰

Am 26. April 1949 wurde als zoneneinheitliches Gesetz vom Süddeutschen Länderrat das Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts erlassen. Die Ausarbeitung des Entschädigungsgesetzes von 1949 beruhte fast ganz auf deutschen Entwürfen, an denen Vertreter der politisch Verfolgten einflussreich beteiligt waren. Die Leistung der US-amerikanischen Besatzer lag darin, auch die sogenannten „Displaced Persons“ in den Berechtigtenkreis miteinzubeziehen.¹¹ Als „Displaced Persons“ (DPs) wurden Personen bezeichnet, die sich kriegsbedingt außerhalb ihres Heimatstaates aufhielten und ohne fremde Hilfe weder zurückkehren noch sich in einem anderen Land neu ansiedeln konnten und wollten. Im Sommer 1944 legten die alliierten Militärregierungen ein Memorandum vor, das die Aufgaben und Zuständigkeiten für ihre Truppen festlegte, wie DPs unterzubringen, zu versorgen und zu verwalten waren. Die DPs bestanden vor allem aus Holocaust-Überlebenden sowie Zwangsarbeitern und Zwangs-

8 Vgl. Lia Härtel (Bearb.), Der Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, hg. im Auftrag der Ministerpräsidenten von Bayern, Hessen, Württemberg-Baden und des Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen vom Direktorium des Länderrates, Stuttgart/Köln 1951, 51.

9 Vgl. Antje Mohr, Hessen und der Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes. Möglichkeiten und Grenzen länderübergreifender Kooperation in den Jahren 1945 bis 1949, Europäische Hochschulschriften, Bd. 816: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Gießen 1999.

10 Vgl. Lia Härtel (Bearb.), Der Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, hg. im Auftrag der Ministerpräsidenten von Bayern, Hessen, Württemberg-Baden und des Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen vom Direktorium des Länderrates, Stuttgart/Köln 1951, 51.

11 Vgl. Martin Häußermann, Quellen zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in den baden-württembergischen Staatsarchiven, in: Unterlagen der Nachkriegszeit als Quellen zur Geschichte des Dritten Reichs, Vorträge eines quellenkundlichen Kolloquiums im Rahmen der Heimattage Baden-Württemberg am 13.10.2001 in Bad Rappenau, Stuttgart 2004, 15–24; hier: 19.

verschleppten, die vornehmlich aus Osteuropa stammten und sich bei Kriegsende in Deutschland aufhielten.¹²

Dieses zoneneinheitliche Gesetz wurde durch besondere Landesgesetze in Bayern, Bremen, Baden-Württemberg und Hessen als Gesetz Nr. 951 zur Wiedergutmachung des nationalsozialistischen Unrechts vom 16. August 1949 verkündet. Diese Landesgesetze wurden nach Errichtung der BRD und nach Inkrafttreten des Grundgesetzes gemäß Art. 125 GG als Bundesrecht übernommen. In den Ländern ergingen nun entsprechende Gesetze, die grundsätzlich die gleichen Schadensarten regelten wie das Entschädigungsgesetz. Dieses sollte später auch als Vorbild für die bundesrechtlichen Regelungen dienen und hatte gegenüber der bisherigen Praxis den Vorzug, dass es nicht nur die Entschädigungsansprüche klarer definierte, sondern auch den Kreis der Berechtigten erweiterte. Als NS-Opfer galt, wer aus Gründen der Rasse im nationalsozialistischen Sinne, des Glaubens oder der Weltanschauung verfolgt worden war und dabei Schaden an Leben, Gesundheit, Freiheit, Eigentum, Vermögen oder im wirtschaftlichen Fortkommen genommen hatte.¹³

Die Gründung des Landes Baden-Württemberg führte ab dem Sommer 1952 zu einer Straffung und Vereinheitlichung in der Wiedergutmachungsverwaltung Südwestdeutschlands, wenngleich die gesetzlichen Grundlagen zunächst noch unterschiedlich blieben. Die vier neuen Regierungsbezirke erhielten jeweils ein dem Justizministerium unterstelltes „Landesamt für die Wiedergutmachung“ mit Sitz in Karlsruhe, Stuttgart, Freiburg bzw. Tübingen. Die beiden letztgenannten wurden bereits zum 20. September 1960 aufgehoben, während das Landesamt in Karlsruhe seit dem 1. Januar 1968 bis zu seiner Auflösung zum 1. Januar 1970 nur noch Außenstelle des in Stuttgart angesiedelten „Landesamt für die Wiedergutmachung Baden-Württemberg“ war. Dieses wurde zum 1. April 1992 aufgelöst und

12 Wolfgang Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951, Göttingen 1985; Angelika Königseder/ Juliane Wetzel, Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt am Main 1994; Michael Pegel, Fremdarbeiter, Displaced Persons, Heimatlose Ausländer. Konstanten eines Randgruppenschicksals in Deutschland nach 1945, Münster 1997; Rebecca Boehling/Susanne Urban/René Bienert (Hrsg.), Freilegungen: displaced persons; Leben im Transit. Überlebende zwischen Repatriierung, Rehabilitation und Neuanfang, 3. Jahrbuch des International Tracing Service, Göttingen 2014.

13 Vgl. Ziwes, Franz-Josef, Entschädigungs- und Wiedergutmachungsakten, online unter: www.leo-bw.de/themenmodul/sudwestdeutsche-archivalienkunde/archivaliengattungen/akten/inhaltliche-unterscheidung/entschadigungs-und-wiedergutmachungsakten (zuletzt abgerufen am 03.02.2022).

seine Aufgaben gingen auf das im Zuständigkeitsbereich des Finanzministeriums liegende Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) über.¹⁴

3 Das Bundesentschädigungsgesetz (1953)

Der erste deutsche Bundestag (1949–1953) ließ sich bei der Vereinheitlichung des Entschädigungsrechts im Bundesgebiet Zeit. Die Verhandlungen blieben jahrelang in der Frage der Kompetenz- und Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern stecken. 1951 wurden offizielle Regierungsgespräche zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel eingeleitet. Als dritter Partner kam die New Yorker „Conference on Jewish Material Claims against Germany“ hinzu, ein Dachverband der wichtigsten jüdischen Organisationen, der in den Verhandlungen die außerhalb Israels lebenden Juden vertrat. Die sogenannte „Claims Conference“ vertritt seit ihrer Gründung 1951 die Entschädigungsansprüche jüdischer Opfer des Nationalsozialismus und Holocaust-Überlebender. Die Organisation hatte ihren Sitz in New York City und unterhielt in Frankfurt am Main, Wien und Tel Aviv Repräsentanzen. Die Verhandlungen, die in Den Haag geführt wurden und im September 1952 in das Luxemburger Abkommen mündeten, bildeten einen Wendepunkt in der Wiedergutmachungsgeschichte.¹⁵ In das Vertragswerk war das so genannte Haager Protokoll Nr. 1 integriert, worin die Bundesregierung mit der Claims Conference viele Grundsätze und Einzelheiten für den Ausbau des Bundesentschädigungsgesetzes festgelegt hatte. Somit erhielt die Claims Conference als ausländische Nichtregierungsorganisation einen vertraglichen Einfluss auf die deutsche Gesetzgebung.¹⁶

Die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft trug ebenfalls das Ihrige bei: Die Bereitschaft, politische und moralische Verantwortung zu übernehmen, ließ nach 1945 deutlich nach. Vor dem Hintergrund des Wiederaufbaus, des Kalten Krieges und schließlich des eigenen erfahrenen Leids begannen viele Deutsche, sich selbst als Opfer zu betrachten und die eigene Mitschuld an den NS-Verbrechen zu ver-

14 Vgl. Ziwes, Franz-Josef, Entschädigungs- und Wiedergutmachungsakten, online unter: www.leo-bw.de/themenmodul/sudwestdeutsche-archivalienkunde/archivaliengattungen/akten/inhaltliche-unterscheidung/entschadigungs-und-wiedergutmachungsakten (zuletzt abgerufen am 03.02.2022).

15 Marilyn Henry, *Confronting the Perpetrators. A History of the Claims Conference*, Middlesex, 2006; Ronald W. Zweig, *German reparations and the Jewish world. A history of the claims conference*, London, 2. Aufl., 2001.

16 Vgl. Martin Häußermann, *Quellen zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts*, a. a. O., 20.

drängen. Man begann, das eigene Leid mit der Verfolgung der NS-Opfer aufzurechnen. Einhergehend mit der Integration ehemaliger NS-Funktionäre in die deutsche Nachkriegsgesellschaft wurden nicht die Täter, sondern die Opfer als eine Belastung für die neue Gesellschaft empfunden. Vor diesem Hintergrund war die Wiedergutmachung in der deutschen Bevölkerung unpopulär. Zudem war die Sicht der Deutschen auf die Opfer des NS-Regimes nicht einheitlich. Während die Entschädigung von Juden und politisch Verfolgten trotz finanzieller Bedenken in der Öffentlichkeit eher zustimmend angenommen wurde, war die Akzeptanz solcher Verfolgtengruppen wie z. B. „Zigeunern“ und Zwangssterilisierten wesentlich geringer. Auch verschob sich während des Kalten Krieges die Einstellung zu politisch Verfolgten vom kommunistisch-sozialistischen Widerstand auf den konservativ-militärischen. Personen, die nach 1945 der Kommunistischen Partei Deutschlands angehörten, wurde die Entschädigung wieder entzogen.¹⁷

Im Herbst 1953 wurde zunächst ein Provisorium, das entworfene „Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung“, auf den Weg gebracht. Dieses sollte den einzelnen Ländern erlauben, ihre Wiedergutmachungsgesetze weiterhin anzuwenden. Die Bereinigung des Provisoriums und die Aufhebung der Rechtsungleichheit im Bundesgebiet erfolgte mit dem am 1. Oktober 1953 in Kraft getretenen „Bundesentschädigungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung vom 18. September 1953“.¹⁸ Die bisher immer noch bedingt geltenden Landesentschädigungsgesetze wurden damit aufgehoben.¹⁹ Auf Grundlage dieses Gesetzes²⁰ konnten Personen, die aus rassistischen, politischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen von den Nationalsozialisten verfolgt worden waren, eine individuelle Entschädigung erhalten. Doch die zahlreichen Einzelbestimmungen des BEG waren kompliziert: Ein entscheidendes Kriterium bildete die Wohnsitzvoraussetzung. Antragsberechtigt waren Verfolgte des NS-Regimes, die bis zum 31. Dezember 1952 (bisher 1. Januar 1947) ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland oder West-Berlin,

17 Vgl. Norbert Frei/Sybille Steinbach (Hg.), *Beschweigen und Bekennen. Die deutsche Nachkriegsgesellschaft und der Holocaust*, Göttingen 2001; Ralph Giordano, *Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein*, Hamburg 1987.

18 Vgl. Walter Brunn/Hans Giessler/Heinz Klee u. a., *Das Bundesentschädigungsgesetz, Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland 4 u. 5*, München 1981 u. 1983.

19 Vgl. Hermann-Josef Brodesser u. a., *Wiedergutmachung und Kriegsfolgenliquidation. Geschichte, Regelungen, Zahlungen*, München 2000.

20 Als Standardwerk zu den rechtlichen Grundlagen der Wiedergutmachung gilt die Schriftenreihe des BfM. Vgl.: *Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland*, hg. v. Bundesminister der Finanzen in Zusammenarbeit mit Walter Schwarz, Bde. 1–6), München 1974–1987.

oder die vor ihrem Tod oder ihrer Auswanderung dort gelebt hatten. Damit waren alle Verfolgten aus dem Ausland von der Entschädigung ausgeschlossen. Problematisch war auch die gesetzte Antragsfrist vom 1. Oktober 1957. Die Verfolgten waren weltweit verstreut und es war für sie schwierig, schnell genug an die notwendigen Unterlagen heranzukommen.

Ebenso von Entschädigungen ausgeschlossen waren alle sogenannten „Asozialen“, die Zwangsarbeiter sowie ein Großteil der Sinti und Roma. Der Bundesgerichtshof schrieb in seinem Urteil vom 7. Januar 1956²¹, Sinti und Roma seien auf Grund ihrer „asozialen“ Eigenschaften und nicht aus rassistischen Gründen verfolgt worden. Kommunisten konnten als angebliche Feinde der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ keine Entschädigungszahlungen erhalten.²² Da Homosexualität in der Bundesrepublik Deutschland noch bis 1973 ein Straftatbestand war, wurden auch an diese Opfergruppe keine Zahlungen geleistet.²³ Dennoch versuchte die Bundesregierung auf Basis des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes von 1957, wenigstens einen Teil dieser Opfergruppen, die nach wie vor nicht als NS-Verfolgte im Sinne des Entschädigungsgesetzes anerkannt wurden, durch Auszahlung einmaliger finanzieller Leistungen zu entschädigen. Das Kriegsfolgengesetz trat als Bundesgesetz in Kraft und regelte, welche Ansprüche gegen das Deutsche Reich von der Bundesrepublik Deutschland zu erfüllen sein sollten und welche nicht.²⁴

An dieser Stelle wird deutlich, dass die Geschichte der Wiedergutmachung die Exklusion und Inklusion verschiedener Opfergruppen zum Thema hat. NS-Verfolgte stellten niemals eine Gruppe mit einer gemeinsamen Identität dar, die Kategorie implizierte vielmehr verschiedene Gruppen in Bezug auf Religion und Weltanschauung, sozialen Status und sexueller Orientierung, politischer Präferenzen und Nationalität. Auch innerhalb der ehemaligen KZ-Häftlingsgesellschaft setzten sich ältere Animositäten fort, diese richteten sich vor allem gegen die Einbeziehung der ehemaligen Kriminellen und „Asozialen“ in die Gruppe der „Verfolgten des Nationalsozialismus“. Auch die US-amerikanische Militärregierung versuchte, die Bildung einer dauerhaften Gruppenidentität der NS-Verfolgten zu

21 Vgl. Urteil des Bundesgerichtshofs vom 7. Januar 1956; vgl. AZ IV ZR 211/55; online unter: www.dejure.org/dienste/vernetzung/rechtsprechung?Gericht=BGH&Datum=07.01.1956&Aktenzeichen=IV%20ZR%20211%2F55 (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).

22 Vgl. Christian Reimesch, *Vergessene Opfer des Nationalsozialismus? Zur Entschädigung von Homosexuellen, Kriegsdienstverweigerern, Sinti und Roma und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 2003.

23 Vgl. Hans-Georg Stümke, *Homosexuelle in Deutschland. Eine politische Geschichte*, München 1989.

24 Vgl. Allgemeines Kriegsfolgengesetz; Online unter: www.gesetze-im-internet.de/akg/BjNR017470957.html (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).

verhindern. Nach 1945 existierte unter der deutschen Bevölkerung zudem ein breiter Konsens, wonach lediglich Personen, die aus rassistischen, religiösen, politischen oder weltanschaulichen Gründen verfolgt worden waren, als NS-Verfolgte betrachtet werden sollten. Von Anfang an existierte eine „Konkurrenz der Opfer“ – Gruppen wie etwa Kriminelle, „Asoziale“, Opfer der Zwangssterilisation, aber auch Zwangsarbeiter wurden schon gleich zu Beginn der Wiedergutmachung ausgeschlossen.²⁵

4 Die Novellierung des BEG-Ergänzungsgesetz (1956) und Schlussgesetz (1965)

Das Bundesergänzungsgesetz von 1956 versuchte deswegen in erster Linie, den Kreis der Anspruchsberechtigten zu erweitern. Mitaufgenommen wurden jedoch „nur“ juristische Personen sowie Künstler und Wissenschaftler, Hinterbliebene von ermordeten Verfolgten, irrtümlich Verfolgte und Personen, die verfolgt worden waren, weil sie einem Verfolgten nahestanden. Neben einem Wohnsitz in der BRD wurde nun auch ein ehemaliger Wohnsitz in den Gebieten anerkannt, die am 31. Dezember 1937 zum Deutschen Reich gehört hatten. Auch Sonderregelungen für Heimkehrer, Vertriebene, Flüchtlinge aus der Sowjetischen Besatzungszone und die DP's wurden aufgenommen.²⁶

1965 wurde das BEG zum BEG-Schlussgesetz erweitert. Durch eine Regelung der Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand konnte der Antragsteller seine Ansprüche weiter anmelden – vorausgesetzt, er hatte ohne eigenes Verschulden die Frist zum 1. April 1958 nicht einhalten können. Mit dem Gesetz wurde aber auch endgültig bestimmt, dass nach dem 31. Dezember 1969 – auch bei Wiedereinsetzung in den vorigen Stand – keine Anträge mehr angenommen werden konnten.²⁷ Deshalb besteht heute keine Möglichkeit mehr, neue Ansprüche auf Entschädigungsleistungen nach dem BEG geltend zu machen. Unter bestimmten Umständen ist allerdings noch die Feststellung von sogenannten Spätschäden möglich.

Ergänzt wurde das BEG im Laufe der Jahrzehnte durch Sonderregelungen wie den Härtefallregelungen, die teilweise für einen Ausgleich der nicht bedach-

²⁵ Bis hierhin vgl. Constantin Goschler, Wiedergutmachung für NS-Verfolgte (online, a. a. O.), Abs. 9.

²⁶ Vgl. Bundesentschädigungsgesetz; online unter: www.gesetze-im-internet.de/beg/index.html (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).

²⁷ Vgl. BEG-Ergänzungsgesetz und Schlussgesetz; online unter: www.gesetze-im-internet.de/begschlg/index.html (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).

ten Opfergruppen sorgten. Den Zwangsarbeitern wurde eine Entschädigung erst durch das im Sommer 2000 erlassene „Gesetz zur Errichtung der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“²⁸ ermöglicht. Weiterhin ungeregt blieb die Wiedergutmachung für homosexuelle NS-Opfer.

Im Kontext der Härtefallregelungen sind außerdem das Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes²⁹ (BWGöD) und das Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für die im Ausland lebenden Angehörigen des öffentlichen Dienstes (BGöD-Ausl.) erwähnenswert.³⁰ Mehrere Durchführungs- und Änderungsverordnungen passten jeweils die gesetzlichen Regelungen an die Erfordernisse der Praxis an.

5 Von der Not- und Soforthilfe zur klassischen Leistungsbürokratie

Von Seiten der Behörden und der Politik wurden die moralischen Implikationen der Wiedergutmachung betont. Man sprach von einem „Geist der Wiedergutmachung“, der von Reue und dem Verlangen, das Unrecht der nationalsozialistischen Zeit wiedergutzumachen, beseelt war. Dieser Anspruch scheiterte jedoch mit der Implementierung einer komplexen Wiedergutmachungsbürokratie, deren Kompliziertheit noch gesteigert wurde durch die sich ständig wandelnde Rechtslandschaft. Diese musste den Anforderungen der Opfer und der Politik im eigenen Land gerecht werden und stand den Vorstellungen der deutschen Bevölkerung, die sich selbst zu gern als Opfer des Nationalsozialismus betrachtete und ihre Schuld an den NS-Verbrechen verdrängte, diametral gegenüber. Häufig saßen in den Ämtern, welche die Wiedergutmachung zu bearbeiten hatten, dieselben Beamten, die vor 1945 schon dort gearbeitet hatten.³¹

28 Vgl. Gesetz zur Errichtung der Stiftung Erinnerung Verantwortung und Zukunft; online unter: www.gesetze-im-internet.de/evzstiftg/BJNR126300000.html (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).

29 Vgl. Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes; Online unter: www.dejure.org/BGBl/1951/BGBl_I_S_291 (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).

30 Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für die im Ausland lebenden Angehörigen des öffentlichen Dienstes; online unter: www.dejure.org/BGBl/1952/BGBl_I_S_137 (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).

31 Vgl. Martin Häußermann, Quellen zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts (a. a. O.), 24.

Die recht komplizierten und lückenhaften Gesetzesvorschriften waren ohne die schrittweise erlassenen Durchführungsbestimmungen kaum praktikabel. Diskussionen um die Wiedergutmachung innerhalb der Behörden waren auch immer geprägt von detaillierten Diskussionsfragen. Divergierende Auslegungen des Gesetzes waren durch die Ingebrauchnahme des Weisungsrechts zu vermeiden. Dazu dienten verschiedene Richtlinien sowie eine eigene Sammlung von Gesetzestexten. Die Folge dieses Bürokratismus waren kleinliche Antrags- und lange dauernde Bearbeitungsverfahren, die viele Verfolgte als schikanös und entwürdigend erlebten. Ein definitiver Vorteil der Bürokratisierung war es jedoch, dass mit ihr eine Willkürpraxis endete, die in hohem Maße von subjektiven Auffassungen einiger Weniger geprägt worden war und bei der die Unterstützungen wahllos verteilt worden waren. Die Wiedergutmachungsgesetze schufen zudem Ansprüche, die notfalls auch über den Rechtsweg eingeklagt werden konnten.³²

Die zunehmende Vereinheitlichung und Zentralisierung der Wiedergutmachung war sicherlich mit dem Ansinnen verbunden, unterschiedlichen Auffassungen in der Durchführung der Gesetze entgegenzuwirken, unterschiedliche behördeninterne Systeme zur Bearbeitung der Ansprüche zu unterbinden und somit einer Ungleichbehandlung der verschiedenen Opfergruppen und Schadensarten entgegenzuwirken. Auf der anderen Seite war es nun nicht mehr möglich, dass die einzelnen Wiedergutmachungsbehörden über die Ländergrenzen hinweg voneinander lernten, um ihre eigene defizitäre Art zu optimieren. Es war nun nicht mehr möglich, kurzfristig auf die unterschiedlichen Entwicklungen vor Ort und auf die individuellen Bedürfnisse der NS-Überlebenden zu reagieren. So entfernten sich die Landesbehörden von der Wunschvorstellung, adressatennahe Organisationen zu sein, die als zentrale Stelle für Antragsteller dienen sollte.

Eine zukünftige Novellierung der Wiedergutmachungsgesetze sollte weiterhin eine Vereinheitlichung und Zentralisierung im Blick haben, um vor allem der Ungleichbehandlung der verschiedenen Opfergruppen entgegenzuwirken. Gleichzeitig sollte eine Vereinfachung der Gesetzesvorschriften und eine Entbürokratisierung der Wiedergutmachung verfolgt werden, um den inzwischen sehr hoch betagten NS-Überlebenden auf möglichst unkompliziertem und schnellem Weg Entschädigungsleistungen auszahlen zu können. Gerade vor dem Hintergrund der skizzierten Implementierung und historischen Entwicklung der Wiedergutmachung sollte sich Gesetzeslage und Verwaltungshandeln verstärkt an den Bedürfnissen der NS-Überlebenden orientieren.

³² Vgl. Julia Volmer-Naumann, Vor und hinter dem Schreibtisch. Wiedergutmachungsbürokratie in Münster, in: Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel, bpb Schriftenreihe 1033, hg. v. Norbert Frei/ José Brunner/ Constantin Goschler, Bonn 2010, 554–572; hier: 565, 571.

Personenregister

- Achleitner, Georg 87
Adenauer, Konrad 331–332
Agamben, Giorgio 23–24
Aristoteles 324
Arndt, Ernst Moritz 34, 70, 88–89
Arnhold, Heinrich 260
Attlee, Clement 335
Auersperg, Alexander Graf 70
Bahr, Egon 351
Bartels, Adolf 109
Bauch, Bruno 232
Baumgartner, Joseph 65
Baur, Erwin 233
Becher, Johannes R. 342
Beck, Gertrud 268
Beck, Rainer 262
Becker, Carl Heinrich 218
Beckerath, Hermann von 35
Beckmann, Max 259
Below, Georg von 233
Bentham, Jeremy 235
Benz, Wolfgang 177
Berding, Helmut 105
Berger, Johann Nepomuk 88, 92
Bergstraesser, Arnold 322–333
Berija, Lavrentij 340
Bernhard, Ludwig 184
Beseler, Georg 33, 106
Beutel, Georg 255
Bewer, Max 108, 245
Biedenkopf, Kurt 308
Bismarck, Otto von 19, 30, 45, 49–50, 59–60, 106, 108, 111, 115, 245, 354
Blau, Josef 270, 275
Blum, Robert 33, 70, 94–97, 101
Blume, Heinrich 250, 252, 259, 261, 263
Blumenthal, Werner von 257
Böckenförde, Wolfgang 26
Böcklin, Arnold 253, 255, 260
Bodo, Fritz 161
Boeckh, Richard 130, 170
Boehm, Fritz 271
Boehm, Max Hildebert 184
Böhme, Jakob 89, 240
Bormann, Martin 279, 287–288
Börne, Ludwig 77–78
Böse, Georg 333
Brabant, Arthur 258
Brandl, Alois 132
Brandt, Ahasver von 62
Bredenkamp, Horst 26
Breker, Arno 341
Breuer, Stefan 124–125, 133, 138
Brommy, Karl Rudolf 38, 40
Broszat, Martin 181
Browning, Christopher 141
Brubaker, Rogers 168
Bühler, Hans Adolf 261
Bülow, Alexander von 36
Burgdörfer, Friedrich 173
Burkhardt, Johannes 18
Byrnes, James F. 338
Cassirer, Paul 254
Chagall, Marc 260
Chamberlain, Houston Stewart 143, 194, 232, 326
Churchill, Winston 300, 335
Cissarz, Johann Vincent 246
Claß, Heinrich 109, 233, 283
Claussen, Claus 268
Clay, Lucius D. 339, 343
Cramer, Ernst 349–350, 352–359
Curtius, Ernst Robert 323, 326
Dahlmann, Friedrich Christoph 35, 106
Dann, Otto 70
Darré, Walther 190
Davis, William Morris 159
Descartes, René 242
Dill, Ludwig 246, 260
Dipper, Christof 68
Ditt, Karl 277
Dix, Otto 258, 260, 262
Dönhoff, Marion Gräfin 331
Döpfner, Matthias 349
Dorn, Walter 218, 221, 263, 338
Drexler, Anton 145
Dronke, Ernst 77
Duckwitz, Arnold 38, 40

- Dürer, Albrecht 260, 263
 Ebert, Friedrich 50–51, 60
 Eckart, Dietrich 143–147, 149, 158
 Eckhart, Meister 240
 Edelmann, Moritz 116
 Ehrlich, Theodor 271
 Eickstedt, Egon von 176
 Eisenhower, Dwight D. 343
 Eisler, Cornelia 123
 Eisner, Kurt 144
 Engels, Friedrich 142–143
 Erasmus, Siegfried 113
 Erler, Georg 260
 Ernst, Eugen 144
 Eschenburg, Theodor 326, 330
 Feder, Gottfried 142–143, 145, 265
 Feistel-Rohmeder, Bettina 245, 247, 250,
 255, 257, 259, 262–263
 Felixmüller, Conrad 258
 Fest, Joachim 353
 Feuerbach, Anselm 255
 Fichte, Johann Gottlieb 235, 237, 240, 242
 Fircks, Arthur von 171–172
 Fischer, Eugen 233–234
 Forner, Eberhard 269
 Foucault, Michel 178
 Fraenkel, Ernst 332
 Frank, Christian 265
 Frank, Walter 111
 Franzen, Anton 117
 Freiligrath, Ferdinand 34
 Freitag, Sabine 68
 Frey, Gerhard (DVU-Vorsitzender) 70
 Freyer, Hans 214, 217
 Frick, Wilhelm 233, 238
 Friedrich, Carl Joachim 331
 Frymann, Daniel (Pseudonym von Heinrich
 Claß) 283, 372 *siehe auch* Claß,
 Heinrich
 Fukuyama, Francis 358–359
 Fuller, L.W. 339
 Gagern, Heinrich von 70, 110
 Gall, Lothar 69
 Gantner, Joseph 249
 Gasch, Walthar 262–263
 Gauguin, Paul 254
 Gauland, Alexander 71
 Gellner, Ernest 35
 George, Stefan 327, 330
 Gercke, Achim 177
 Gerstäcker, Friedrich 40
 Gervinus, Georg Gottfried 35
 Géza II. von Ungarn 372 *siehe* Geisa von
 Ungarn (Géza II. von Ungarn)
 Giskra, Abgeordneter 91
 Gobineau, Joseph Arthur de 193–194
 Goebbels, Joseph 147, 214, 218
 Goethe, Johann Wolfgang von 193, 235–236,
 322, 324–327, 329, 331
 Goldhagen, Daniel 141
 Göring, Hermann 287
 Götz, Josef 174
 Götz, Margarete 266, 268
 Graul, Hans 162
 Griebel, Otto 258
 Grimm, Wilhelm 36, 70
 Grossmann, Kurt 314
 Grosz, George (auch in der Schreibung
 „Groß“) 258
 Gruber, Max von 233, 235
 Guhr, Hedwig 252
 Guhr, Richard 246–249, 251–255, 260, 263
 Günther, Hans 261
 Günther, Hans F.K. 168, 174, 233–234, 284
 Gurlitt, Hildebrand 318
 Gutenberg, Johannes 79
 Gyígyi, Valerie 247
 Haase, Hugo 144
 Habermas, Jürgen 357
 Hachtmann, Rüdiger 57, 66
 Hahn, Hans Henning 106
 Hanner, Hans 259
 Hanslik, Erwin 157–160, 165
 Harkort, Friedrich 37
 Harnisch, Christian Wilhelm 267
 Harpprecht, Klaus 351
 Hartung, Werner 277
 Harvey, William 193
 Hassinger, Hugo 157–158, 161–163, 165
 Haupt, Joachim 27, 213–229
 Haushofer, Karl 156, 165
 Heckmanns, Franz 276
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 240, 242
 Heiderich, Franz 160

- Heinsdorff, Emil Ernst 257
 Henniges, Norman 157
 Hering, Rainer 105
 Herrmann, Albert 164
 Herwegh, Georg 34
 Heß, Rudolf 218
 Heske, Henning 268
 Hettner, Alfred 165
 Heuss, Theodor 60, 65
 Heydrich, Reinhard 289
 Himmler, Heinrich 149, 221–222, 279, 286
 Hintze, Otto 46–47
 Hitler, Adolf 61, 107, 111–112, 114, 118, 143,
 145–150, 162, 167, 195, 198, 214, 217–
 219, 227, 234, 248, 263, 282, 287, 301,
 313, 318, 350
 Hobbes, Thomas 26
 Höbelt, Lothar 71
 Hoegg, Emil 260
 Hoepner, Erich 150
 Höfken, Johann Wilhelm Gustav 88
 Hofmannsthal, Hugo von 327
 Höhn, Reinhard 221
 Homer 193
 Hopf, Friedrich Eugen 256–257
 Horkheimer, Max 326
 Hughes, H. Stuart 337
 Hume, David 337
 Hutchins, Robert M. 329
 Imeri, Sabine 276
 Isenburg, W.K. Prinz von 276
 Jackson, Robert H. 338
 Jahn, Friedrich Ludwig 33, 70
 Jahn, Georg 260
 Jaspers, Karl 332
 Jeitteles, Andreas 90
 Jesus 357
 Jodl, Alfred 150
 Jordan, Wilhelm 95–101
 Jung, Erich 233
 Jung, Rudolf 228
 Jünger, Ernst 195–211
 Jürgens, Karl Heinrich 70
 Kadell, Franz 68
 Kaiser, Astrid 89, 108, 110, 238, 266, 283
 Kamm, Gottlob 297–298, 300, 302–306
 Kant, Immanuel 24, 232, 235–237, 240, 242
 Karl IV., Kaiser 89
 Karpenstein, Wilhelm 217
 Keller, Karl 173–177
 Kennan, George F. 344
 Kennedy, John F. 332, 356
 Kier, Hiltrud 56
 Kiesel, Helmuth 199
 Kietz, Gustav 249
 Killinger, Manfred von 262
 Kipp, Michaela 153
 Kirchner, Ernst Ludwig 258–259
 Kirdorf, Emil 261
 Kissinger, Henry 331
 Kittel, Manfred 106
 Klagges, Dietrich 117–118
 Klenck, Wilhelm 178
 Klinger, Max 255
 Kloosterhuis, Jürgen 121–122, 138
 Kniesche, Herbert 185
 Knoeringen, Waldemar von 331
 Köck, Julian 105
 Köhler-Haußen, Ernst 249
 Kokoschka, Oskar 258–260
 Kolb, Walter 62
 Koppen, Wilhelm 114
 Krahmer-Möllenberg, Erich 186
 Krallert, Wilfried 163
 Krause, Richard 255
 Krebs, Albert 213, 221
 Krebs, Friedrich 61
 Krebs, Norbert 161
 Kretschmer, Karl 153
 Krippendorff, Ekkehart 326
 Kübau, Karl Friedrich, Freiherr von Kübeck 58
 Kühl, Gotthard 258
 Kumsteller, Bernhard 116, 118
 Kuranda, Ignaz 89–90, 102
 Kursell, Otto von 144–145
 Lagarde, Paul de 233
 Landau, Julia 123
 Langbehn, Julius 245
 Lange, Friedrich 108
 Langewiesche, Dieter 69
 Leahy, William D. 343
 Lehmann, Julius Friedrich 232–233, 237, 239
 Leibl, Wilhelm 259

- Leiter, Hermann 143, 160, 167, 190, 218, 255, 267, 275
 Lenin, Wladimir Iljitsch 146–147, 149, 300
 Lenz, Fritz 176–177, 231–237, 239, 242
 Levien, Max 143
 Liebermann, Max 254, 257, 259–260, 262
 Lienhard, Friedrich 108
 List, Friedrich 31, 33, 182
 Litt, Theodor 217
 Lohse, Hinrich 218
 Löwe, Wilhelm 38
 Ludendorff, Erich 217
 Luhmann, Niklas 23–24
 Lüster, Reinhard 273
 Luther, Martin 34, 240, 245
 Lyotard, Jean-François 22
 MacArthur, Douglas 343
 Maier, Hans 67
 Maier, Reinhold 65
 Mann, Thomas 41, 260
 Mannhardt, Johann Wilhelm 185
 Marcuse, Herbert 337
 Mareck, Titus 86–87
 Marshall, George C. 343
 Marx, Karl 113, 142–143
 Maßmann, Karl 184, 188–189
 May, Karl 257
 Mayer, Kurt 178
 McClure, Robert A. 338, 342
 McNarney, Joseph T. 339
 Medici, Lorenzo di 322, 324
 Meinecke, Friedrich 66
 Menzel, Adolph von 259
 Menzel, Robert 33
 Merkatz, Hans-Joachim von 331
 Metternich, Clemens Fürst von 58, 77, 86, 119
 Meyer, Elard Hugo 270
 Meynen, Emil 155
 Mill, John Stewart 235
 Mitzlaff, Hartmut 266
 Mohler, Armin 196, 198, 353–356
 Möller, Martin 71
 Mommsen, Wilhelm 66
 Montesquieu, Charles 337
 Moses 146, 149
 Moshack, Gustav 190
 Mosse, George L. 107
 Mücke, Rudolf 268
 Mühsam, Erich 143
 Müller, Josef 274
 Müller, Richard 255, 259, 262–263
 Müller, Wolfgang 259, 263, 372 *siehe auch* Wolfgangmüller
 Mummenhoff, W. 276
 Münkler, Herfried 21
 Munscheid, Else 263
 Münz, Rainer 122
 Naunyn, Franz 37
 Necker, Wilhelm 345
 Neils Conzen, Kathleen 128–129
 Neumann, Franz L. 337
 Neumann, Kurt Heinrich 113
 Neuwall, Abgeordneter 87
 Niebuhr, Marcus 36
 Niekisch, Ernst 224
 Nietzsche, Friedrich 47, 245, 247, 252, 359
 Nikolaus I., russ. Zar 126
 Nikolay-Panter, Marlene 273, 278
 Nolde, Emil 259–260
 Noll, Adolf 272
 Noske, Gustav 220
 Oberndörfer, Dieter 329–330
 Ohliger, Rainer 122
 Oppenheimer, Franz 357
 Ortega y Gasset, José 326
 Packard, Vance 333
 Palm, Carmen 269
 Passarge, Siegfried 165
 Paulsen, Friedrich 125
 Payk, Markus 354
 Pechstein, Max 260
 Penck, Albrecht 157, 159–161, 165
 Petersen, Hans-Christian 106
 Pfuel, Ernst von 94
 Pinkert, Alexander 245
 Platon 242, 324
 Posse, Hans 259
 Preuß, Hugo 144
 Prince-Smith, John 37
 Pudor, Heinrich 245
 Puschner, Uwe 124–125, 132–134, 137–138
 Pyta, Wolfram 178
 Radbruch, Gustav 52

- Radek, Karl 144
 Radowitz, Joseph von 38, 100–101
 Rapp, Albert 167
 Rathenau, Walther 183, 325
 Raumer, Kurt von 62
 Rehm, Reinhold 255, 257, 263
 Rembrandt van Rijn 260
 Renan, Ernest 21, 41
 Reventlow, Ernst Graf zu 111
 Richter, Guido 263
 Richter, Hans W. 345
 Richter, Ludwig 260
 Richter, Otto 255
 Ricœur, Paul 25
 Ritter, Gerhard 66
 Röhm, Ernst 221
 Roosevelt, Franklin D. 333, 335
 Roscher, Wilhelm 31
 Rosenberg, Alfred 143–146, 189, 195, 218, 239, 261, 284
 Röthel, Hans Konrad 318
 Rothfels, Hans 329
 Rubinstein, Artur 326
 Rückert, Heinrich 83
 Ruge, Arnold 91
 Ruge, Gerd 353
 Rußer, Wunibald 63
 Rust, Bernhard 220
 Salin, Edgar 330
 Salomon, Ernst von 215, 224
 Salzborn, Samuel 107
 Samberger, Leo 259
 Saueremann, Dietmar 269
 Schäfer, Dietrich 233
 Schallmayer, Wilhelm 176
 Scharpf, Fritz 331
 Schäuble, Wolfgang 330
 Scheidegger, Tobias 275
 Scheidt, Walter 175, 177–178
 Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph 240
 Schieder, Theodor 121
 Schiller, Friedrich 34, 327, 329, 332
 Schilling, Abgeordneter aus Wien 88
 Schirach, Baldur von 214, 218, 221
 Schlamm, William S. 262, 355
 Schlesinger, Arthur M. jr. 357
 Schmidt, Paul Ferdinand 257–258
 Schmidt-Rottluff, Carl 259
 Schmieder, Oskar 165
 Schmitt, Carl 23
 Schmitthenner, Paul 118
 Schmitz, Eugen 248
 Schmitz-Berning, Cornelia 195
 Schneider, Sascha 259
 Schopenhauer, Arthur 75–76, 83, 235–236, 240, 242, 252
 Schrenck-Notzing, Caspar von 355
 Schröder, Otto 82, 361–362, 364, 366, 368, 370, 372
 Schulz, Friedrich 39
 Schulze-Naumburg, Paul 261
 Schuster, George N. 331
 Schuth, Johannes 64
 Schwartz, Erwin 268
 Schwarz, Hans-Peter 329
 Schwarzenberg, Felix Fürst von 64–65, 115
 Schwarzkopf, Joachim von 76–77
 Schweitzer, Albert 326
 Schwind, Moritz von 260
 See, Klaus von 106
 Seeberg, Reinhold 233
 Seehofer, Horst 308
 Seldte, Franz 289
 Sieben, Wilhelm 274–276, 278
 Sieger, Robert 160
 Siemann, Wolfram 57, 68
 Sieyès, Emmanuel Joseph 42
 Simson, Eduard 113
 Smolka, Georg 66
 Sontheimer, Kurt 329, 331, 358
 Speck, Ulrich 68
 Spengler, Oswald 198, 208, 211
 Sponsel, Jean Louis 256
 Spranger, Eduard 267, 277
 Springer, Axel 349, 352, 354–356, 358
 Stadelmann, Rudolf 62
 Stalin, Josef 150, 336, 340
 Steber, Martina 265
 Steeger, Albert 265
 Stein, Erwin 65
 Stein, Lorenz von 36
 Stern, Kathrin 269, 356
 Sternberger, Dolf 330
 Strasser, Gregor 147–148, 214, 218, 221, 228

- Strasser, Otto 221
 Stresemann, Gustav 183, 187
 Strzygowski, Walter 162
 Stummann-Bowert, Ruth 247, 252
 Sunkel, Reinhard 215, 217–218
 Supan, Alexander 171
 Taylor, Alan J.P. 29
 Tellkamp, Ludwig 39
 Tempel, Wilhelm 214, 218, 224
 Tenbruck, Friedrich 330
 Thierfelder, Franz 184
 Thode, Henry 246
 Thomas, Bernd 266
 Thurmwald, Richard 174
 Toller, Ernst 143
 Traber, Theodor 64
 Traupe, Karl 70
 Trense, Paul 271
 Trommler, Frank 124–125, 128, 133, 137
 Truman, Harry S. 335
 Uhland, Ludwig 70
 Ulbricht, Walter 345
 Vahlen, Theodor 217
 Van Gogh, Vincent 254
 Vansittart, Lord Robert 337
 Venedey, Jakob 114
 Virchow, Rudolf 171–172
 Vogel, Hermann 257
 Vogel, Remigius 39
 Volz, Wilhelm 172
 Vossler, Otto 63
 Wadler, Arnold 143
 Wagener, Hermann 191
 Wagner, Richard 245, 247–250, 252
 Waldapfel, Willy 262–263
 Walden, Matthias 349–351, 353–359
 Wanner, Theodor 183
 Weber, Alfred 323, 330
 Weber, Max 48–49
 Wehenkel, Günther 184
 Weidenfeller, Gerhard 121–122, 125, 138
 Wein, Franziska 193, 273
 Weinstock, Heinrich 330
 Welcker, Carl Theodor 33
 Werner, Selmar 257
 White, Hayden 25
 Wiesner, Adolph 92
 Wilder, Thornton 326
 Wildgrube, Max 255
 Wilhelm I. 108
 Wilhelm II. 40
 Windisch-Graetz, Alfred Fürst von 86, 92
 Winkler, Heinrich August 68
 Winkler, Wilhelm 173, 175
 Wirth, Albrecht 109–111
 Witting, Walter 255, 263
 Wolf, Gerhard 168
 Wolf, Heinrich 111
 Wolfers, Arnold 328
 Wolfgangmüller 259, 372 *siehe auch* Müller,
 Wolfgang
 Wollstein, Günther 69
 Wrangel, Friedrich von 29
 Wrede, Adam 272
 Wundt, Max 231–234, 238–240, 242
 Wuttke, Abgeordneter 40
 Zehrer, Hans 354–355
 Zitelmann, Rainer 107